einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 25.01.2010 1/10

DGB

inhalt

Seite 3
Zurück auf Anfang
Ein Kernstück der Hartz-Reform wird rückgängig gemacht: Arbeitsagenturen und Kommunen sollen ihre Aufgaben wieder getrennt wahrnehmen

Seite 5
Frauenquote für Aufsichtsräte
40 Prozent aller Aufsichtsratsmandate müssen von Frauen besetzt werden, fordern die Gewerkschaftsfrauen

Seite 7
Tarifjahr 2010
Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske erklärt, warum auch in der Krise Lohnerhöhungen nötig sind

DGB 2010

Breites Bündnis gegen Kopfpauschale

Die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, eine solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems, Beschäftigungssicherung und eine neue Bildungsoffensive – das sind die Themen, die DGB und Gewerkschaften 2010 ganz oben auf ihre politische Agenda gesetzt haben. „Wir wollen die sozialen Errungenschaften und unseren Sozialstaat gegen neoliberale Angriffe verteidigen", erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Der rote Faden in der Arbeit der Gewerkschaften 2010 spiegele sich im Mai-Slogan „Wir gehen vor! Gute Arbeit. Gerechte Löhne. Starker Sozialstaat" wie auch im Motto des DGB-Kongresses wider: Vom 16. bis 20. Mai tritt das 19. Parlament der Arbeit unter dem Titel „Arbeit, Gerechtigkeit, Solidarität" zusammen.

„Wir gehen vor! Gute Arbeit. Gerechte Löhne. Starker Sozialstaat": Das ist das Motto, mit dem DGB und Gewerkschaften für die Veranstaltungen zum 1. Mai 2010 mobilisieren. Die zentrale Kundgebung findet in diesem Jahr in Essen statt. Das Gewerkschaftsjahr im Überblick auf Seite 6.

2010 werden entscheidende Weichen gestellt, davon sind die Gewerkschaften überzeugt: Wie kommt die deutsche Wirtschaft aus der Krise heraus? Werden die Krisenlasten gerecht verteilt? „Bisher haben Union und FDP kein Programm, wie sie Deutschland aus dieser Krise führen wollen", kritisiert der DGB-Vorsitzende. Stattdessen setzten sie auf Klientelpolitik und verteilten Steuergeschenke. „Was wir jetzt brauchen, ist eine Politik des Ausgleichs, der sozialen Balance", betont Sommer. So dürften Steuersenkungen nicht durch höhere Sozialabgaben erkauft werden, die vor allem die ArbeitnehmerInnen belasten. Um die Krise zu bekämpfen, müssten die Mittel für das Konjunkturpaket II schneller abfließen und ein Zukunftsinvestitionsprogramm mit weitreichenden Investitionen für Infrastruktur, Innovation, Forschung und Bildung aufgelegt werden.

Gegen die Pläne der Bundesregierung, eine einkommensunabhängige Kopfpauschale zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung einzuführen, werden sich die Gewerkschaften entschieden zur Wehr setzen – und das nicht allein, sondern in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis für den Erhalt eines solidarischen Gesundheitssystems. Die Vorbereitungen dafür laufen bereits auf Hochtouren. „Herr Rösler sollte wissen: Wir richten uns sehr langfristig und sehr grundsätzlich auf diese Auseinandersetzung ein", erklärt Sommer. •

plusminusBERLIN

+ *Agnieszka Malczak (Bündnis90/Die Grünen) fordert, dass Deutschland eine führende Rolle bei der Abrüstung einnimmt. Die Bundesregierung müsse sich jetzt unter anderem für einen Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel (Rheinland-Pfalz) einsetzen.*

– *Christian Lindner (FDP) plündert die verbale Mottenkiste der 50er Jahre, um für das liberale Bürgergeld zu werben. Er findet: Gerade Menschen in „Leichtlohnjobs" würde das Bürgergeld eine „Brücke zurück in die Selbstverantwortung" bauen.*

Aufkleber
bestellen unter
www.br-verseucht.de

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.ruhrfestspiele.de
Programm der Ruhrfestspiele 2010

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Analyse zur Situation der Kommunen in Folge der Krise

EuGH

Arbeitsrecht nachbessern

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat – nach verschiedenen von den Gewerkschaften heftig kritisierten Urteilen der vergangenen Jahre – am 19. Januar zu Gunsten der Rechte deutscher ArbeitnehmerInnen entschieden. Eine arbeitsrechtliche Regelung, wonach nur die Jahre der Betriebszugehörigkeit die Kündigungsfrist verlängern, die nach dem 25. Geburtstag von Beschäftigten liegen, ist laut EU-Recht eine unzulässige Altersdiskriminierung.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock begrüßte das Urteil: Es entspreche der Position, die die Gewerkschaften „bereits bei der Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinie in nationales Recht hatten", so Sehrbrock. Jetzt müsse die Bundesregierung die entsprechenden gesetzlichen Regelungen zügig ändern. •

Studien belegen: In Unternehmen mit Betriebsräten sind die Arbeitsbedingungen besser. „Betriebsräte machen den Unterschied" lautet denn auch das Motto der DGB-Begleitkampagne zu den Betriebsratswahlen 2010 *(einblick 22/09)* vom 1. März bis zum 31. Mai. Vier Plakatmotive werden als Großflächenplakate in ganz Deutschland für die Wahl von Betriebsräten werben. Für den 9. März ist der offizielle Auftakt der Kampagne geplant. Bereits vorher soll die Homepage zur Kampagne *www.mitbestimmt.de* online gehen. Die Kampagnen-Hotline 0180/234 00 00 beantwortet alle Fragen rund um die Betriebsratswahlen. Für die DGB-Gliederungen und die Mitgliedsgewerkschaften wird ein elektronisches Tool-Kit für Aktionen vor Ort zur Verfügung gestellt.

Öffentlicher Dienst

Gesundheit geht vor

VertreterInnen des DGB, des Bundesinnenministeriums und des Deutschen Beamtenbundes (dbb) haben im Dezember eine „Gemeinsame Initiative zur Förderung des Gesundheitsmanagements in der Bundesverwaltung" unterzeichnet. Damit rückt das Thema Gesundheit in den Mittelpunkt bei der Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock begrüßte die Vereinbarung. Nach intensiven Verhandlungen seien Bundesregierung und Gewerkschaften „dem gemeinsamen Ziel, Gesundheit zu fördern, ein Stück näher gekommen". •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

CGZP-Urteil

Ansprüche geltend machen

LeiharbeiterInnen, die auf Basis eines Tarifvertrags der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften Zeitarbeit (CGZP) beschäftigt sind, sollen jetzt rückwirkend ihren Anspruch auf „gleiche Bezahlung" geltend machen. Das rät der DGB mit Blick auf die anstehende Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts zur Tariffähigkeit der CGZP. Denn nach der Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Berlin, das die CGZP für „nicht tariffähig" hält, steige die Wahrscheinlichkeit, dass diese Entscheidung vom BAG bestätigt werde, so der DGB. Wenn die CGZP nicht tariffähig ist, sind auch ihre Tarifverträge nicht mehr gültig. Gilt für LeiharbeiterInnen aber kein Tarifvertrag, heißt das laut Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG): Die ZeitarbeiternehmerInnen erhalten dasselbe Entgelt wie die Stammbelegschaft. Das bedeutet gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Die betroffenen LeiharbeitnehmerInnen sollten ihre Ansprüche vor allem deshalb bereits jetzt geltend machen, weil für Lohnansprüche eine dreijährige Verjährungsfrist gilt. Wichtig ist es, die Ansprüche dem Arbeitgeber schriftlich und per Einschreiben zu übermitteln. Zudem sollten sich betroffene LeiharbeiterInnen rechtlich von ihrer DGB-Gewerkschaft beraten lassen. •

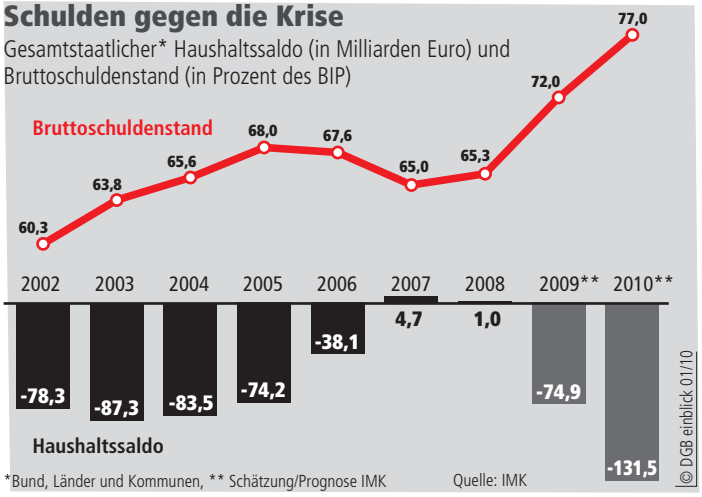
Wirtschaftsentwicklung

Investitionen besser als Steuersenkungen

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung hat die Bundesregierung vor weiteren Steuersenkungen gewarnt. Diese Debatten innerhalb der Koalition seien „völlig aus der Zeit gefallen", so IMK-Direktor Gustav Horn. Zu den bereits beschlossenen Steuerentlastungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes sagte Horn: „Die Wirkungen, die man sich davon erhofft, werden nicht eintreten." Die Krise sei noch nicht gänzlich überstanden. Deshalb seien statt Steuersenkungen weitere konjunkturpolitische Maßnahmen notwendig, so Horn.

Das IMK plädiert 2010 für ein Konjunkturpaket III mit dem finanziellen Umfang des Konjunkturpakets II – rund zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das dritte Paket dürfe inhaltlich aber keine Kopie des zweiten werden. Es müsse deutlichere Schwerpunkte bei Investitionen in Bildung und Infrastruktur setzen. •

In Folge der Krise sind die öffentlichen Haushaltssalden wieder deutlich gestiegen. Doch die staatlichen Investitionen waren bitter nötig. Das Resümee des IMK: Die Konjunkturprogramme waren „nicht perfekt, aber erfolgreich". Die schwarz-rote Bundesregierung habe mit „ihrer antizyklischen finanzpolitischen Reaktion auf die Krise Außergewöhnliches geleistet".



Jobcenter-Reform

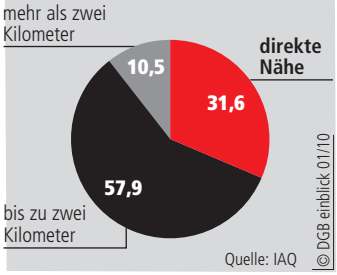
Zurück auf Anfang

Arbeitsministerin von der Leyen hat Eckpunkte für die bis Jahresende notwendige Reform der Jobcenter vorgelegt: Schwarz-Gelb will, dass die Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Kommunen ihre Aufgaben künftig wieder getrennt wahrnehmen – aber weiterhin möglichst eng kooperieren.

Ende 2007 hatte das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit von BA und Kommunen in den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) der Jobcenter als unzulässige „Mischverwaltung" für verfassungswidrig erklärt. Bis Ende 2010 muss deshalb eine Alternative für das ARGEn-Modell gefunden werden, das in den meisten Kommunen praktiziert wird. Daneben existieren bereits heute zwei weitere Modelle: die Optionskommunen und die getrennte Aufgabenwahrnehmung (siehe Randspalte „Aus 3 mach 2").

Unter einem Dach?

Räumliche Entfernung der örtlichen Arbeitsagentur zur kommunalen SGB II-Behörde in den Kommunen, die bereits die getrennte Aufgabenwahrnehmung praktizieren (Anteile in Prozent)



In den Städten und Landkreisen, in denen BA und Kommunen bereits die getrennte Aufgabenwahrnehmung (GAW) praktizieren, ist es in der Mehrzahl der Fälle bisher nicht üblich, dass beide Behörden tatsächlich auch unter „einem Dach" arbeiten.

Im Frühjahr 2009 hatte der damalige Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) mit SPD- und CDU-Ministerpräsidenten eine Lösung für die ARGEn ausgehandelt: An der Zusammenarbeit sollte sich vorgeblich nicht viel ändern – und eine Verfassungsänderung sollte die von den Karlsruher Richtern monierte Mischverwaltung ausnahmsweise zulassen. Kaum stand der Kompromiss, machte die Unionsfraktion im Bundestag klar, dass sie ihn nicht mittragen würde. Damit ist es jetzt an Schwarz-Gelb und Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU), die bisherigen Jobcenter in ein verfassungskonformes Modell zu übertragen.

Ihr Ansatz: Wo bisher ARGEn die Jobcenter betreiben, soll künftig die getrennte Aufgabenwahrnehmung (GAW) eingeführt werden – mit der Möglichkeit zur „freiwilligen Kooperation". Aus dem Arbeitsministerium heißt es, man werde dafür „zeitnah einen Mustervertrag ausarbeiten". Den sollen die Arbeitsagenturen den Kommunen vorlegen. Die können dann entscheiden „in welchem Ausmaß sie die Kooperationsangebote annehmen", so das Ministerium. Weiterer Bestandteil der Eckpunkte: Die heute insgesamt 69 Optionskommunen, in denen Städte und Landkreise auch die Arbeitsvermittlung übernehmen, bleiben bestehen und werden vom „Modellprojekt" zur festen Einrichtung.

Für den DGB sei aus dem Eckpunktepapier „bisher noch nicht erkennbar, wie Arbeitslose mit gleicher Problemlage überall in Deutschland tatsächlich auch gleiche Förderchancen haben", so DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy. Zudem habe Schwarz-Gelb die Ergebnisse der Evaluation der Hartz-Reformen offenbar nicht einmal diskutiert. „Die Begleitforschung hat gezeigt, dass die Optionskommunen weit seltener in Existenz sichernde Beschäftigung vermitteln als die anderen Modelle", so Adamy.

Aber auch die Ausweitung der getrennten Aufgabenwahrnehmung stößt auf Kritik. Erst 2009 hatte das Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) das GAW-Modell genauer unter die Lupe genommen. Das Resümee der ForscherInnen ist drastisch: „Das ursprüngliche Versprechen der Hartz-Reformen, ganzheitliche Dienstleistungen aus einer Hand zu erbringen, kann in der getrennten Aufgabenwahrnehmung nicht eingelöst werden." Auch die beste Kooperation ändere nichts daran, dass voneinander abhängige Bescheide und Formulare trotzdem getrennt ausgestellt werden müssten. Und auch das GAW-Modell ist verfassungsrechtlich nicht über jeden Zweifel erhaben. Die im Eckpunktepapier vorgeschlagene Lösung sei „aus mehreren Gründen verfassungswidrig", meint Joachim Wieland, Professor für Öffentliches Recht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften. Unter anderem würden die Verwaltungsabläufe so kompliziert, „dass sie nicht den grundgesetzlichen Anforderungen" des „Anspruchs auf Sicherung des Existenzminimums genügen".

Die Umstrukturierung der ARGEn fällt außerdem in eine Zeit, in der laut ver.di nahezu jeder Fünfte bei Arbeitslosigkeit „ohne Zwischenstopp in der Arbeitslosenversicherung direkt in das Hartz-IV-System abrutscht", warnt der ver.di-Fachbereich Sozialversicherung. Die Zahl der Beschäftigten in den bisherigen ARGEn müsse sich deshalb endlich am tatsächlichen Arbeitsanfall ausrichten: Oft würden Stellen fehlen, viele Arbeitsverträge der ARGE-MitarbeiterInnen seien lediglich befristet. •

Die IAQ-Studie und weitere Materialien:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

Aus 3 mach 2

Die drei bestehenden Modelle der Betreuung von LeistungsbezieherInnen und Arbeitslosen nach Hartz IV:

In den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) nehmen BA und Kommunen ihre Aufgaben in den Jobcentern gemeinsam wahr – diese Vereinheitlichung der Behördenkontakte war ein Kernbestandteil der Hartz-Reformen. Derzeit gibt es 346 ARGEn, für die jetzt ein alternatives Modell gefunden werden muss.

Beim Modell der Optionskommunen, das bei der Hartz IV-Einführung von den damaligen Oppositionsparteien CDU und CSU als „Feldversuch" durchgesetzt wurde, nehmen die Kommunen in alleiniger Trägerschaft alle Aufgaben wahr – auch die Arbeitsvermittlung von Langzeitarbeitslosen. Derzeit wird das Modell in 69 Kommunen praktiziert. Das bisher befristete Modell soll jetzt „entfristet" werden.

Beim Modell der getrennten Aufgabenwahrnehmung (GAW) übernimmt die BA Arbeitsvermittlung und ALG-II-Auszahlung, die Gemeinden die übrigen Leistungen (Unterkunft und Heizung) sowie begleitende Hilfen (Kinderbetreuung, Sucht- und Schuldnerberatung). Derzeit wird in 23 Kommunen nach diesem Prinzip gearbeitet.

Anzeige

NGG: Stark in Zukunft -
mit engagierten Menschen

Stellenausschreibung

Unsere Gewerkschaft NGG braucht Verstärkung. Wir suchen Frauen und Männer, die sich aktiv für unsere Kolleginnen und Kollegen einsetzen wollen. Wir suchen Frauen und Männer, die mit ihrem politischen und sozialen Engagement ihren Teil dazu beitragen wollen, dass es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unseren Branchen besser geht. Und wir suchen Frauen und Männer, die unserer NGG ein Gesicht geben, die unseren Weg in die Zukunft begleiten und tragen.

Daher bieten wir zum 01.10.2010 mehrere Stellen an zum/zur

Gewerkschaftssekretär/in zur Ausbildung

Diese Voraussetzungen sollten Sie mitbringen:
- Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft.
- Politisches und soziales Engagement.
- Möglichst ein abgeschlossenes Studium und/ oder eine vergleichbare Ausbildung (AdA und/ oder HWP*) und/oder eine abgeschlossene Berufsausbildung.
- Berufserfahrung.
- Erfahrung in der betrieblichen Interessenvertretung (JAV-/BR-Tätigkeit).
- Die Fähigkeit, Konflikte konstruktiv und zielorientiert zu lösen.
- Die Bereitschaft, im Team zu arbeiten.
- Interesse an juristischen Zusammenhängen.
- Ein hohes Maß an kommunikativer Kompetenz. Für uns stehen unsere Mitglieder im Mittelpunkt.
- Bereitschaft, aktiv auf Menschen zuzugehen.
- Bereitschaft zu Mobilität und Besitz des Führerscheins.
- Sichere Kenntnisse in MS-Office.
- Fremdsprachenkenntnisse sind erwünscht.

Die Ausbildung dauert insgesamt bis zu 2 Jahren. Die Arbeitsbedingungen und die Vergütung richten sich nach den für die NGG-Beschäftigten gültigen Bedingungen.

Wir freuen uns über jede geeignete Bewerbung.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung bis zum 31.03.2010 an:
Gewerkschaft NGG, Personalabteilung, Stichwort: „S.z.A", Haubachstr. 76, 22765 Hamburg

* AdA: Europäische Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main
* HWP: Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik

GEWERKSCHAFT NAHRUNG · GENUSS · GASTSTÄTTEN
www.ngg.net

Buch

Arbeitsunrecht

Verhinderung von Betriebsratsgründungen, „gelbe Gewerkschaften", die Gefälligkeitstarifverträge abschließen, Verdachtskündigungen wie im Fall der Supermarktkassiererin „Emmely", Leiharbeit und Praktika, heimliche und offene Überwachung von Angestellten – die Liste des sich immer mehr etablierenden Arbeits-Unrechts ist lang. Die These des von Werner Rügemer herausgegebenen Bandes „Arbeitsunrecht": Die Krise des Neoliberalismus verschärft dieses Unrecht. AutorInnen aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Initiativen legen in dem Buch eine umfassende Bestandsaufnahme vor. Es gelingt, das komplizierte Arbeitsrecht von einzelnen Entscheidungen auf eine politische Ebene zu heben und Handlungsperspektiven für Gewerkschaften und Beschäftigte darzulegen. •

Werner Rügemer (Hrsg.): Arbeitsunrecht – Anklagen und Alternativen, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2009, 251 Seiten, 24,90 Euro.

Arbeit und Leben

Bunte Palette

„Jugend und Zukunft" – unter diesem Motto steht das Jugendbildungsprogramm 2010 des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben. In mehr als 100 Seminaren und Projekten können sich Jugendliche zu verschiedenen Themenschwerpunkten, wie zum Beispiel Zivilcourage, Arbeitswelt, interkultureller Dialog und Globalisierung, informieren und fortbilden. Das Programm steht im Internet zum Download bereit. •

www.arbeitundleben.de

interregio

••• Der ***DGB NRW*** und die Fachgruppe Berufskolleg der GEW in Nordrhein-Westfalen laden am 2. März gemeinsam zur ***Fachtagung*** „Was gibt's Neues in der dualen Ausbildung?" nach Düsseldorf ein. In Arbeitsgruppen wird die Neuordnung der Berufsausbildung in verschiedenen Branchen diskutiert, Referate behandeln weitere Themen rund um das duale Ausbildungssystem wie „Berufsausbildung versus Bachelor". Anmeldungen sind noch bis zum 5. Februar möglich, Teilnahmebeitrag 25 Euro (für Nichtmitglieder 40 Euro, ermäßigt 20 Euro).

www.nrw.dgb.de/termine

••• Der ***DGB Thüringen*** unterstützt gemeinsam mit ver.di und GEW Thüringen das ***Bündnis*** „Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik in Thüringen", das sich gegen den rigiden Sparkurs der schwarz-roten Landesregierung in der Familienpolitik richtet. Ab dem 10. Februar sollen 200 000 Unterschriften gesammelt werden, die für ein Volksbegehren nötig sind. Das Ziel: Ein Gesetz, das allen Thüringer Kindern die Betreuung in Kindergärten und Schulhorten garantiert. Der seit 2004 gefahrene Sparkurs habe zur Aushöhlung des vorbildlichen Thüringer Betreuungssystems und zu erheblichem Fachkräftemangel für die Kitas geführt, so die InitiatorInnen. Im Vorfeld der Unterschriftensammlung finden zahlreiche Infoveranstaltungen statt.

www.bessere-familienpolitik.de

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** verleiht 2010 erneut als Mitglied des „Bündnisses der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit" das ***Band für Mut und Verständigung***. Das Band wird für Zivilcourage und Handeln gegen Fremdenfeindlichkeit sowie für ehrenamtliches Engagement für die interkulturelle Verständigung vergeben. Vorschläge und Nominierungen können bis zum 1. März online eingereicht werden.

www.respekt.dgb.de

DGB-Bundesfrauenkonferenz

Für Frauenquote in Aufsichtsräten

Mindestens 40 Prozent aller Aufsichtsratsmandate sollten von Frauen besetzt werden. Um das zu erreichen, braucht es verbindliche gesetzliche Regelungen. So lautet eine der Forderungen der 17. DGB-Bundesfrauenkonferenz (BFK) Mitte Januar in Berlin.

Unter dem Motto „Frauen bestimmt" zogen auf der BFK mehr als 200 Delegierte und Gäste eine gleichstellungs- und frauenpolitische Bilanz der letzten vier Jahre und formulierten ihre Anforderungen an die künftige Politik. Dabei fiel die Bilanz trotz einiger Fortschritte – wie der Einführung des Elterngeldes – eher negativ aus. Denn nach wie vor sind Frauen in den Führungsetagen der Wirtschaft unterrepräsentiert, verdienen Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer in vergleichbaren Positionen.

Eine wesentliche Verschlechterung der Situation von Frauen sei die Etablierung eines Niedriglohnsektors bereits unter Rot-Grün gewesen, stellte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf einer Podiumsdiskussion während der Konferenz fest. Denn es sind nach wie vor überwiegend Frauen, die im Niedriglohnbereich arbeiten. Die Delegierten sprachen sich deshalb mit großer Mehrheit für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn aus, um die oft prekäre Beschäftigungslage von Frauen in der Arbeitswelt zu verbessern. „Minijobs sind keine Brücke in Beschäftigung", stellte IG BAU-Vorstandsmitglied Bärbel Feltrini klar. Viele Unternehmen setzten sie systematisch ein, um Arbeitskosten zu sparen.

Eine klare Absage erteilten die Delegierten den Überlegungen aus der Regierungskoalition, die Geringfügigkeitsgrenze von derzeit 400 Euro auf 600 Euro anzuheben. Sie forderten stattdessen die Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse. Dazu gehört aus Sicht der DGB-Frauen die Einbeziehung aller Arbeitsverhältnisse in die Sozialversicherung – vom ersten verdienten Euro an. Auch das von Schwarz-Gelb beschlossene Betreuungsgeld lehnen die Gewerkschaftsfrauen ab. „Das ist absurd", erklärte DGB-Vize Ingrid Sehrbrock, im geschäftsführenden DGB-Vorstand unter anderem für Gleichstellungs- und Frauenpolitik zuständig.

Begrüßt wurde von den Delegierten dagegen die Bundesinitiative „Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft" des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS). Das aus Mitteln des BMAS und des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierte Programm wurde gemeinsam mit dem DGB und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) entwickelt. Ziel ist es, mit konkreten Projekten die Beschäftigungssituation von Frauen zu verbessern. „Mit der Förderung zahlreicher konkreter Projekte haben wir in den nächsten vier Jahren alle Chancen, dem Ziel der beruflichen Chancengleichheit ein gutes Stück näherzukommen", erklärte Michael Sommer zum Start. Erste Projekte der Gewerkschaften wurden während der BFK vorgestellt *(www.bundesinitiative-gleichstellen.de)*.

Doch das 110 Millionen Euro schwere Programm reicht allein nicht aus, um die Gleichstellung der Frauen durchzusetzen. Die Gewerkschaftsfrauen erneuerten deshalb auf der BFK ihre Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Deutliche Fortschritte für eine bessere Repräsentanz von Frauen in den Führungsetagen erhoffen sich die Gewerkschaftsfrauen zudem von einer verbindlichen gesetzlichen Frauenquote in Aufsichtsräten. Mindestens 40 Prozent aller Mandate sollten von Frauen besetzt sein, fordern sie.

Großen Raum nahm während der Konferenz die Diskussion der organisationspolitischen Anträge ein. Die Gewerkschaftsfrauen wollen, dass durch die anstehende DGB-Reform die Einfluss- und Mitsprachemöglichkeiten für Frauen wachsen. Kritisiert wurde daher unter anderem der Entwurf für eine veränderte DGB-Satzung, der auf dem DGB-Bundeskongress im Mai beraten werden soll. Er sieht unter anderem vor, dass die VertreterInnen der Frauen- und Jugendausschüsse künftig zwar ein Beratungs-, aber kein Stimmrecht mehr in den DGB-Bezirksvorständen haben.

Mit großer Mehrheit sprach sich die BFK dafür aus, das Stimmrecht in den Bezirksvorständen zu erhalten und es den VertreterInnen von Jugend und Frauen in den neu zu schaffenden Kreis- und Stadtvorständen einzuräumen. Ähnliches hatte bereits die DGB-Bundesjugendkonferenz im November gefordert. Beschlossen wurde von der BFK zudem ein Initiativantrag, der unter anderem eine verbindliche Frauenquote für die Besetzung von Gremien fordert, für die der DGB ein Vorschlagsrecht hat. •

Wer ernährt die Familie?

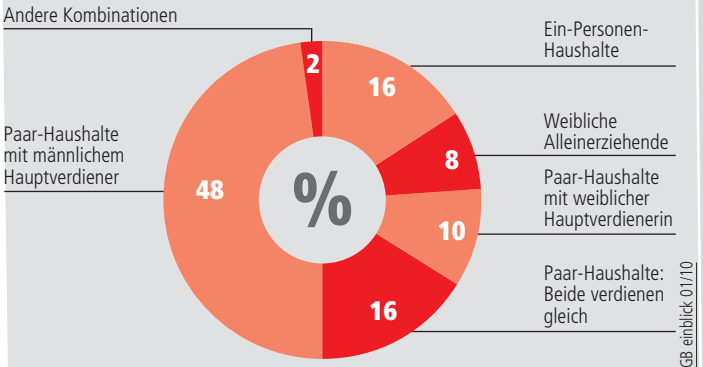
Im Rahmen der Bundesfrauenkonferenz wurde auch der Startschuss für das gemeinsame Projekt „Familienernährerinnen" von DGB und Bundesfrauenministerium gegeben.

Hintergrund des Projektes: Bereits in jedem fünften Mehrpersonenhaushalt sind Frauen die Hauptverdienerinnen und damit die „Ernährerinnen der Familie" – etwa die Hälfte von ihnen allein erziehend. Bei den anderen handelt es sich überwiegend um Frauen, deren Partner nicht erwerbstätig sind oder deutlich weniger verdienen. Fast 40 Prozent dieser Familien befinden sich im unteren Einkommensbereich.

Trotz dieser eindeutigen Fakten hält sich hartnäckig das Bild von den Frauen als „Zuverdienerinnen". Weder Sozial- noch Steuerecht werden den neuen Realitäten gerecht. Ziel des Projektes ist es, Handlungsempfehlungen vor allem für die Politik zu entwickeln.

Frauen immer seltener „Zuverdienerinnen"

Erwerbshaushalte mit mindestens einer Frau 2007 (in Prozent)



Quelle: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP); Brehmer / Klammer / Klenner 2009

kurz&bündig

Die GdP in NRW fordert eine neue „Waffenamnestie", nachdem die infolge des Amoklaufs von Winnenden beschlossene ausgelaufen ist. Der Erfolg dieser Amnestie zeige, dass die BürgerInnen zur Waffenabgabe bereit seien. Allein in NRW wurden 34 000 Waffen abgegeben. Die neue Amnestie solle von einer öffentlichen Kampagne begleitet werden.

Die GEW unterstützt das Bauprojekt „Häuser jetzt!" im südafrikanischen Township Masiphumelele bei Kapstadt. Hier sollen Wohnungen für 355 Familien aus Wellblechhütten entstehen. Doch die Fußball-WM treibt die Preise für Baumaterialien in die Höhe. Deshalb rufen GEW und die Entwicklungsorganisation DESWOS zu Spenden auf.
www.einblick.dgb.de/links

ver.di fordert von der Bundesregierung die Besteuerung von Boni und Höchsteinkommen, um künftigen Finanz- und Wirtschaftskrisen vorzubeugen. Außerdem solle die englische Initiative zur Bonibesteuerung als Vorlage für eine europäische Rahmenregelung genutzt werden.

Die IG Metall warnt davor, dass die Leiharbeit, vor allem infolge der Krise, reguläre Vollzeitjobs verdrängt. Gerade im Aufschwung würden die zuvor Entlassenen als LeiharbeiterInnen wieder eingestellt – um die gleiche Arbeit zu schlechteren Bedingungen zu verrichten.

DGB-Jugend

Bildung 2010

Fit für die gewerkschaftliche Jugendarbeit – unter diesem Motto steht das Bildungsprogramm der DGB-Jugend für 2010. Ob gewerkschaftliches Basis-Know-how, Deeskalationstraining oder Projektmanagement für Aktive: Die Seminare bieten fundierte Grundlagen. Die Seminarthemen in den Bereichen Politik, Internationales und DGB-Jugend-Projekte reichen von „Organizing an Hochschulen" bis zu „Schöner leben ohne Nazis". •
www.dgb-jugendbildung.de

DGB-Bildungswerk

Fortbilden gegen Rechts

Mit neuen Strategien versuchen Neonazis, in der gesellschaftlichen Mitte anzukommen. In Sportvereinen oder in Betrieben schlagen Rechte neue Töne an. Um effektiv gegen diese Neuausrichtung vorgehen zu können, bietet das DGB-Bildungswerk eine berufsbegleitende Fortbildung zur „Fachkraft Rechtsextremismus" an. Das Angebot richtet sich an MultiplikatorInnen. Vom 29. Januar bis zum 7. November werden in sechs Wochenendkursen und einer Blockwoche alle Facetten des Themas beleuchtet. Aktuelle Studien, methodische Schulungen, Präventionsstrategien und Interventionsmöglichkeiten stehen dabei im Vordergrund. Alle TeilnehmerInnen werden außerdem an einem Praxisprojekt mitarbeiten. •
www.einblick.dgb.de/links

IG BAU

Gegen Kinderarbeit

In einem Brief an die MinisterpräsidentInnen der Bundesländer hat sich die IG BAU für eine gesetzliche Änderung von Friedhofssatzungen eingesetzt. Hintergrund: Ein Großteil der Grabsteine auf deutschen Friedhöfen stammt aus Steinbrüchen, in denen Kinder arbeiten. Die Grabmale würden damit unter Verstoß gegen ein international geltendes Übereinkommen gegen Kinderarbeit – die ILO-Konvention 182 – hergestellt.

„Wir sind höchst besorgt, weil durch die Ausbeutung von Kindern Menschenrechte mit Füßen getreten werden", so das für Handwerkspolitik – und damit für die Steinmetze – zuständige IG BAU-Vorstandsmitglied, Andreas Steppuhn. Als aktives Mitglied des Vereins XertifiX e.V. will die IG BAU erreichen, dass „nur Grabmale aufgestellt werden, die nachweislich in der gesamten Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention hergestellt sind". Voraussetzung: Die Landesregierungen müssen gesetzliche Regelungen treffen, die es den Gemeinden erlauben, die Friedhofssatzungen dementsprechend zu ändern. •

2010: Das Gewerkschaftsjahr auf einem Blick

29./30.1.	DGB-Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg, Potsdam
30.1.	DGB-Bezirkskonferenz Baden-Württemberg, Stuttgart
30.1.	DGB-Bezirkskonferenz Hessen-Thüringen, Bad Hersfeld
5./6.2.	DGB-Bezirkskonferenz NRW, Hamm
6.2.	DGB-Bezirkskonferenz West, Spiesen-Elversberg
12./13.2.	DGB-Bezirkskonferenz Bayern, München
13.2.	DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt sowie DGB-Landeskonferenzen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Hannover
13.2.	DGB-Bezirkskonferenz Nord, Lübeck
8.3.	Internationaler Frauentag
9.3.	DGB, Auftakt der Dachkampagne zur Betriebsratswahl 2010, Berlin
26.3.	Equal Pay Day
28./29.4.	ver.di, Arbeitsmarktpolitische Tagung „Beschäftigungspolitik im dritten Jahr nach dem Finanz-Crash", Berlin
1.5.	Tag der Arbeit, zentrale 1.-Mai-Kundgebung des DGB, Essen
1.5.-13.6.	Ruhrfestspiele, Recklinghausen
9.5.	Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen
16.-20.5.	**DGB, 19. Ordentlicher Bundeskongress, Berlin**
8./9.6.	ver.di und HBS, Potsdamer Forum für Führungskräfte im öffentlichen Dienst, Potsdam
17.6.	IG Metall, Wissenschafts-Hearing zum Betriebsverfassungsgesetz, Berlin
1.9.	Antikriegstag
21./22.9.	ver.di, Personalräte-Forum, Magdeburg
23./24.9.	IG Metall, Engineering-Tagung, Stuttgart
7.10.	Welttag für menschenwürdige Arbeit
2./3.11.	Otto Brenner Stiftung, Jahrestagung mit Verleihung des Otto Brenner Preises für kritischen Journalismus, Berlin
9./10.11.	DGB, Schöneberger Forum, Berlin
22.-24.11.	GdP, Ordentlicher Bundeskongress, Berlin
4.12.	IG BCE, Recklinghäuser Tagung, Recklinghausen

Für den DGB und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist 2010 Kongressjahr: Das „Parlament der Arbeit", der 19. Ordentliche DGB-Bundeskongress, tritt vom 16. bis 20. Mai in Berlin zusammen, der GdP-Bundeskongress findet Ende November ebenfalls in Berlin statt. Vor dem DGB-Bundeskongress laufen von Januar bis Februar außerdem die DGB-Bezirkskonferenzen. Weitere Termine: www.einblick.dgb.de/termine

Tarifjahr 2010

Sozial ist, was Kaufkraft schafft

Warum auch in der Wirtschaftskrise Lohnerhöhungen nötig sind, beschreibt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

Klamme Staatskassen, mageres Wirtschaftswachstum, drohender Anstieg der Arbeitslosigkeit: Nur zu gerne nutzen die Arbeitgeber dieses durchaus realistische Szenario, um unsere Tarifforderungen zurückzuweisen. Dabei verkennen sie völlig, wie wichtig steigende Löhne sind, damit die Krise nicht noch schlimmer wird.

Foto: ver.di/Kay Herschelmann

Frank Bsirske, 57, ist seit der Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im März 2001 deren Vorsitzender

Denn die **Lohnentwicklung spielt eine Schlüsselrolle** für das wirtschaftliche Wachstum. Die Löhne bestimmen wesentlich den privaten Konsum, der knapp 60 Prozent der Endnachfrage in Deutschland ausmacht. Gerade seit dem Beginn der Finanzkrise im Herbst 2008 und des daraus resultierenden Wirtschaftseinbruchs haben die privaten Konsumausgaben stabilisierend gewirkt. Sie speisen sich aus tariflichen Einkommenserhöhungen von durchschnittlich drei Prozent sowie Kurzarbeitergeld und höheren Renten.

Exporte und Investitionen sanken dagegen um etwa 20 Prozent – der tiefste Einbruch seit der Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren. Für dieses Jahr wird prognostiziert, dass beide wieder ansteigen und das Wirtschaftswachstum anschieben. Das wird aber nicht reichen: Nur durch eine **nachhaltige Stärkung der Inlandsnachfrage** können wir das Wachstum stabilisieren und einen anhaltenden Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindern.

Auf den Punkt gebracht gilt: **Sozial ist, was Kaufkraft schafft.** Deshalb setzen die Industriegewerkschaften ganz wesentlich auf die Sicherung der Arbeitsplätze. Dabei nehmen sie aber auch die Einkommen in den Blick, wenn sie einen Teillohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung wollen. Zusätzlich brauchen wir von der lohnpolitischen Seite Impulse für die Konjunktur – und da kommt es in diesem Jahr besonders auf den öffentlichen Dienst an.

Auch deshalb fordern die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für ihre Mitglieder ein **Tarifpaket im Volumen von fünf Prozent**, bestehend vor allem aus einer spürbaren Entgelterhöhung mit einer sozialen Komponente, Aufstiegsmöglichkeiten und tariflicher Altersteilzeit als Beschäftigungsbrücke – verbunden mit einer verbindlichen Übernahme von Auszubildenden.

Bundesinnenminister de Maizière nennt diese Forderung „maßlos". Das ist mehr als befremdlich, schließlich hat die schwarz-gelbe Bundesregierung doch gerade eben Milliarden-Steuergeschenke an Hoteliers und reiche Erben vergeben **und verkauft uns das als Wachstumsbeschleunigung** per Gesetz. Dabei verkünden die Hoteliersverbände schon jetzt frech, dass sie die Mehrwertsteuersenkung nicht an ihre Kundschaft weiter geben wollen. Wirklich beschleunigt würde das Wirtschaftswachstum hingegen durch eine **spürbare Lohnerhöhung** für die direkt und mittelbar rund vier Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Doch der neue FDP-Generalsekretär denunziert den Staat sogar als „teuren Schwächling". Das ist zynisch und dummdreist und Ausfluss einer über Jahrzehnte propagierten Ideologie: Der Markt kann alles besser, der Staat ist schlecht. Längst wissen wir aber, dass Privatisierungen keineswegs immer zu besseren Leistungen führen. Gerade die Finanzkrise wäre **ohne das Eingreifen des aktiven Staates** und seine Hunderte von Milliarden an Garantien, direkten Hilfen und Investitionen **nicht zu bewältigen.**

Den BürgerInnen begegnet dieser Staat zuallererst im öffentlichen Dienst der Gemeinden: in Kindertagesstätten, Stadtbüchereien, beim Winterräumdienst und der Feuerwehr, in Bürger- und Wohnungsämtern, bei Wasserbetrieben, Stadtwerken, Bussen und Bahnen. Dort erleben und nutzen sie öffentliche Leistungen. Dort erleben sie aber auch seit Jahren wachsende personelle Engpässe und steigende Gebühren. Denn die öffentlichen Haushalte sind chronisch unterfinanziert: In den vergangenen 50 Jahren gab es nur dreimal einen Einnahmeüberschuss aller öffentlichen Haushalte. Das ist auch eine Folge der im internationalen Vergleich extrem geringen Besteuerung von Vermögen und Gewinnen sowie Erbschaften. Gleichzeitig werden die Einkommen der Arbeitnehmer in Deutschland relativ stark belastet. So werden die **staatlichen Ebenen systematisch finanziell ausgehungert.**

Damit wächst die Gefahr, dass wir in einen andauernden **Teufelskreis** aus sinkenden Einkommen, schrumpfender Nachfrage, wirtschaftlicher Stagnation und steigender Arbeitslosigkeit geraten. Um das zu verhindern, müssen auch und gerade 2010 höhere Löhne durchgesetzt werden. •

Krise frisst Tarifzuwächse auf

Die Tarifrunde 2010 startet mit dem öffentlichen Dienst (Bund und Gemeinden). Im Frühjahr folgen unter anderem die Metall- und Elektroindustrie, die chemische Industrie sowie das Bankgewerbe.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Diensts (ÖD) fordern ein Tarifpaket mit einem Gesamtvolumen von fünf Prozent. In den vergangenen zehn Jahren sind die Tarifentgelte im ÖD geringer gestiegen als in anderen Branchen: Von 2000 bis 2009 erhöhten sich die Tarifentgelte in der Gesamtwirtschaft nominal um 21,4 Prozent, dagegen im ÖD der alten Bundesländer nur um 17 Prozent.

Für das Tarifjahr 2009 zieht das WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung eine ambivalente Bilanz. Einerseits lagen die Tarifabschlüsse im Krisenjahr 2009 mit Steigerungen überwiegend zwischen zwei und vier Prozent weit über dem Anstieg der Verbraucherpreise von voraussichtlich 0,3 Prozent. Andererseits führten aber „Kurzarbeit, der Abbau von variablen Einkommensbestandteilen und die Nutzung von tariflichen Öffnungsklauseln sehr wahrscheinlich dazu, dass die effektiv gezahlten Bruttomonatsverdienste sinken", so Reinhard Bispinck, Leiter des WSI-Tarifarchivs.

www.tarifrunde-2010.de

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

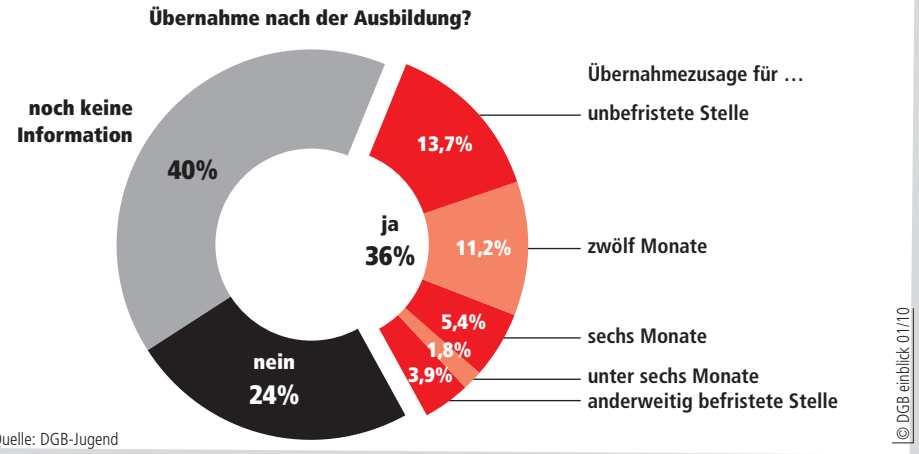
DIES & DAS

die DGB grafik

AUSZUBILDENDE: Unbefristete Übernahme wird zur Ausnahme

Kurz vor Ende ihrer Ausbildung haben knapp zwei Drittel aller Auszubildenden noch keine Zusage für eine Übernahme in der Tasche – jede/r Vierte sogar bereits eine Absage. Das zeigt eine Befragung der DGB-Jugend unter rund 2000 Auszubildenden, die sich im letzten Lehrjahr befinden. Gerade einmal 36 Prozent haben kurz vor Ende der Ausbildung die Zusage für eine Übernahme – doch auch hier gibt es einen Wermutstropfen: Nicht einmal 14 Prozent aller Befragten werden unbefristet übernommen.

Angaben von 1957 befragten Auszubildenden im letzten Ausbildungsjahr zu ihren Übernahmechancen/-zusagen/-absagen (in Prozent der Befragten)



Quelle: DGB-Jugend

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

27.1. ver.di, Workshop „Geschlechterrollen und psychische Belastungen", Hamburg

27.1. 65. Jahrestag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

27.-31.1. Weltwirtschaftsforum, Davos/Schweiz

29./30.1. IG Metall, Workshop „Studium und Beruf: Wie passt das zusammen?", Bad Orb

30.1. GEW, Hochschulkonferenz, Erfurt

3.2. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Zeitenwende für Hochqualifizierte – Veränderte Koordinaten der Angestelltenarbeit?", Frankfurt/M.

4.2. 90. Jahrestag des Inkrafttretens des Betriebsrätegesetzes

5./6.2. Hans-Böckler-Stiftung, Symposium „Gewerkschaften zwischen Prekariat und Casino-Kapitalismus", Hamburg

5.-7.2. IG BAU-Frauenreferat, Workshop „Rechtliche Hilfen für den Arbeitsalltag", Steinbach

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Lena Clausen, Haidy Damm, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Angaben nach § 7 a des Berliner Pressegesetzes: An der Graewis Verlag GmbH sind beteiligt: Anne Graef, Journalistin, Berlin (55 Prozent), Dr. Peter Wilke, Diplom-Volkswirt, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (18 Prozent), Klaus Maack, Diplom-Wirtschaftsingenieur, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (17 Prozent), Timm Steinborn, Journalist, Berlin (10 Prozent).

personalien

••• Der IG BAU-Vorsitzende ***Klaus Wiesehügel,*** 56, ist im Dezember 2009 als Präsident der Bau- und Holzarbeiter-Internationale (BHI) wiedergewählt worden. Wiesehügel wurde erstmals 2005, anlässlich des Zusammenschlusses des Internationalen Bundes der Bau- und Holzarbeiter (IBBH) und des Weltverbandes der Bau- und Holzarbeiterorganisationen (WVBH) zur BHI, in dieses Amt gewählt. Die BHI vertritt über zehn Millionen Mitglieder aus 125 Ländern.

••• ***Claus Eilrich,*** 60, bisher im Funktionsbereich Internationales des IG Metall-Vorstands in Frankfurt am Main für die Asien-Kontakte der Gewerkschaft verantwortlich, geht am 1. Februar 2010 als Sozialreferent der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Japan nach Tokio. Eilrich war von 2004 bis 2008 bereits als Sozialreferent der deutschen Botschaft in Peking tätig und bis 2003 Sprecher des Vorstandes der IG Metall in Frankfurt.

••• ***Claudia Menne,*** 47, Bereichsleiterin Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand, wurde im Dezember 2009 in Brüssel zur neuen Vorsitzenden des Frauenausschusses des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) gewählt.

••• ***Frank Zach,*** 49, bisher Vorstandssekretär beim DGB Baden-Württemberg, ist seit dem 12. Januar als Elternzeitvertretung von ***Bianca Kühl,*** 35, im Bereich Internationale Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand beschäftigt. Als politischer Referent ist er dort für die Internationale Arbeitsorganisation ILO, Gewerkschaftsrechte, Afrika und Asien zuständig.

Schlusspunkt.

„Ob Westerwelle auf Afghanistan-Konferenz Steuersenkungen vorschlägt?"

Eintrag des Bundestagsabgeordneten und SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber beim Kurznachrichtendienst „Twitter" vom 14. Januar.

Schwangerschaft

Bei Kündigung Klagefrist beachten

Eine schwangere Arbeitnehmerin muss die Unwirksamkeit einer Kündigung grundsätzlich innerhalb der dreiwöchigen Klagefrist gerichtlich geltend machen. Diese Frist ist auch einzuhalten, wenn die Arbeitnehmerin erst nach Zugang der Kündigung von ihrer Schwangerschaft erfahren hat. Die Klagefrist wird durch die Mitteilung der Arbeitnehmerin an den Arbeitgeber nach Kündigungsausspruch, sie sei schwanger, nicht gehemmt oder unterbrochen. Wird die Klagefrist versäumt, gilt die Kündigung als von Anfang an rechtswirksam.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 19. Februar 2009 – 2 AZR 286/07

Azubis

Immer sozialversicherungspflichtig

Auch wenn die Vergütung eines Auszubildenden die Geringfügigkeitsgrenze von 400 Euro nicht überschreitet, sind Sozialversicherungsbeiträge kraft ausdrücklicher gesetzlicher Anordnung zu entrichten. Die Versicherungspflicht greift selbst dann, wenn keine Ausbildungsvergütung gezahlt wird.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 15. Juli 2009 - B 12 KR 14/08 R

Hartz IV

Keine Kürzung ohne Vereinbarung

Weigert sich ein Hartz-IV-Empfänger, an einer vom Jobcenter verordneten Trainingsmaßnahme teilzunehmen, so hat das nicht unbedingt die Kürzung der Leistungen zur Folge. Die Leistungen können nur dann gekürzt werden, wenn zuvor der Hilfebedürftige in einer Eingliederungsvereinbarung mit dem Jobcenter sich zur Teilnahme an derartigen Kursen verpflichtet hat.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 17. Dezember 2009 - B 4 AS 20/09 R

Sozialplanabfindung

Bei Teilzeitbeschäftigung

Sozialpläne können bestimmen, dass sich die Abfindungshöhe nach der zuletzt bezogenen Monatsvergütung richtet. Dies gilt auch für teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer. Sozialpläne können regeln, dass in Fällen, in denen sich die individuelle Arbeitszeit in der näheren Vergangenheit wesentlich geändert hat, eine die gesamte Betriebszugehörigkeit einbeziehende Durchschnittsberechnung maßgeblich ist.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 22. September 2009 - 1 AZR 316/08

Betriebsratsschulung

Erforderlich bei neuen Inhalten

Eine Schulungsteilnahme ist für den Betriebsrat dann nicht erforderlich, wenn das geschulte Betriebsratsmitglied eineinhalb Jahre zuvor an einer Schulungsmaßnahme mit ähnlichen Inhalten teilgenommen hat (hier: Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit). Dies gilt zumindest dann, wenn die beiden Seminare nach der Ausschreibung zu mehr als der Hälfte deckungsgleiche Inhalte aufweisen.

Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Beschluss vom 1. September 2009 - 6 TaBV 18/09

Fristlose Kündigung

Bei vorgetäuschter Krankheit

Der Beweiswert einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ist erschüttert, wenn feststeht, dass ein Arbeitnehmer erklärt hat, er könne eine angebotene Schwarzarbeit ausführen. Eine derart vorgetäuschte Arbeitsunfähigkeit berechtigt den Arbeitgeber zum Ausspruch einer außerordentlichen Kündigung.

Der Fall: Nachdem der Arbeitgeber dem seit 20 Jahren beschäftigten Arbeitnehmer eine betriebsbedingte Kündigung ausgesprochen hatte, erhöhte sich der Krankenstand innerhalb der Kündigungsfrist. Der Arbeitgeber schaltete daraufhin einen Detektiv zur Überprüfung der Arbeitsunfähigkeit ein, der unter einem Vorwand bei dem krank geschriebenen Mitarbeiter anrief und äußerte, jemanden für Innenausbautätigkeiten zu benötigen. Der Arbeitnehmer teilte dem Detektiv mit, er könne sofort anfangen. Die Frage des Detektivs, ob er denn arbeitslos sei, beantwortete er, dass er zurzeit krank sei und sofort zur Verfügung stünde. Der davon informierte Arbeitgeber sprach eine fristlose Kündigung mit dem Vorwurf der vorgetäuschten Arbeitsunfähigkeit aus. Die Klage dagegen blieb ohne Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Das Vortäuschen der Arbeitsunfähigkeit stellt ein unredliches Verhalten dar, das unabhängig von einer Belastung des Arbeitgebers mit Entgeltfortzahlungskosten die Vertrauensgrundlage für die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses zerstört. Schon die angekündigte Arbeitsbereitschaft während einer Arbeitsunfähigkeit und nicht erst das tatsächliche Durchführen von Arbeiten erschüttert den Beweiswert eines Arbeitsunfähigkeitsattestes.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 1. April 2009 - 6 Sa 1593/08

Gesetzliche Unfallversicherung

Wegeunfälle nicht immer versichert

Unfälle auf dem Weg zur Arbeit genießen nur unter engen Voraussetzungen gesetzlichen Unfallversicherungsschutz

Der Fall: Vor der Garage der 51-jährigen Altenpflegerin, in der sie ihr eigenes Auto geparkt hatte, stand der Pkw ihres im Haus lebenden Sohnes. Da sie beim Umparken mithilfe eines Ersatzschlüssels vergessen hatte, bei abschüssiger Garagenauffahrt die Handbremse anzuziehen, wurde sie nach dem Verlassen des Fahrzeugs von der noch offenen Fahrzeugtür erfasst, zu Boden geworfen und von dem Vorderrad des Autos im Bereich des linken Knies überrollt. Die Berufsgenossenschaft erkannte den Unfall nicht als Arbeitsunfall an. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Das Umparken stand nicht in einem sachlichen Zusammenhang mit dem Versicherungsschutz, den die Arbeitnehmerin während ihrer Tätigkeit als Altenpflegerin genießt. Der Weg zur Arbeit ist eine Vorbereitungshandlung und als solche vom gesetzlichen Unfallversicherungsschutz erfasst. Hierzu gehört das Verhalten der Arbeitnehmerin jedoch nicht. Nur wenn sich quasi durch „höhere Gewalt" auf dem Weg zur Arbeit ein Hindernis ereignet, kann der innere Zusammenhang mit der versicherten Tätigkeit angenommen werden. Ein solcher Fall lag jedoch hier nicht vor. Die Frau hätte ohne weiteres ihren Sohn dazu anhalten können, den Pkw wegzufahren. Selbst wenn er sich nicht im Haus befunden hätte, steht die Einhaltung innerfamiliärer Absprachen nicht in unmittelbarem sachlichem Zusammenhang mit der im Unfallversicherungsrecht geschützten Tätigkeit.

Sozialgericht Detmold,
Urteil vom 22. Oktober 2009 - S 14 U 74/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 08.02.2010 2/10

DGB

Zusatzbeiträge in der GKV

Sprungbrett für die Kopfpauschale

Die angekündigten Krankenkassen-Zusatzbeiträge haben die Diskussion um die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) neu entfacht. Aus Sicht der Gewerkschaften geht es dabei nicht allein darum, dass die Versicherten – nach Praxisgebühr oder 0,9-Prozent-Sonderbeitrag – wieder einmal einseitig zur Kasse gebeten werden. Vielmehr seien die Zusatzbeiträge ein „Sprungbrett für die Kopfpauschale", so Annelie Buntenbach, im DGB-Vorstand für Gesundheitspolitik zuständig. Die Regierung schiebe die Verantwortung für die Zusatzbeiträge den Kassen zu. Doch dies sei scheinheilig. Die Zusatzbeiträge seien Ergebnis des Gesundheitsfonds. Der DGB habe von Anfang an kritisiert, dass der Fonds unterfinanziert ist und die Zusatzbeiträge als einziges Ventil zum Ausgleich von Defiziten herhalten müssen.

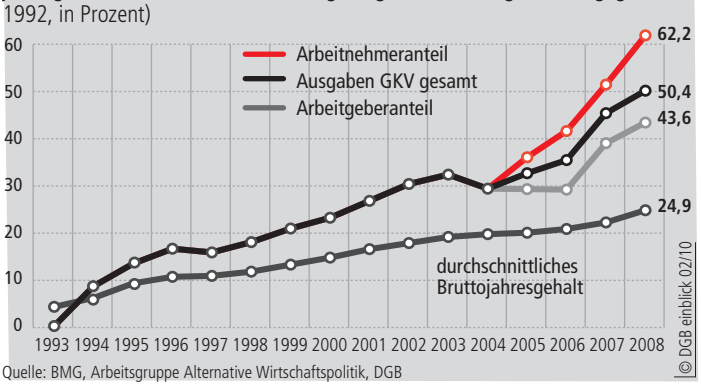
Der DGB schlägt vor, dass der Bund zur Vermeidung der Zusatzbeiträge seinen Sonderzuschuss verdoppelt, der bislang allein die krisenbedingten Einnahmeausfälle der Krankenkassen ausgleichen soll. Die erforderlichen vier Milliarden Euro entsprechen in etwa dem Betrag, den der Bund den Kassen seit Jahren für Langzeitarbeitslose verweigert. Für Hartz IV-Bezieher werden – pauschal – nur 125 Euro im Monat gezahlt. Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben der Kassen liegen jedoch bei 250 Euro.

Der Gesundheitsminister hat auf den Vorschlag des DGB bislang nicht reagiert. Stattdessen setzt er weiter auf den Systemwechsel zur einkommensunabhängigen Kopfpauschale, die einen „Sozialausgleich" von 20 bis 35 Milliarden aus Steuermitteln erfordert. Skepsis, ob das gelingt, ist angesagt, wenn der Minister es jetzt nicht mal schafft, zusätzliche vier Milliarden Euro zur Vermeidung der Zusatzbeiträge zu mobilisieren.

In einer eigenen Reformkommission für ein „solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft" will der DGB gemeinsam mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, WissenschaftlerInnen und weiteren gesellschaftlichen Organisationen bis zum Herbst 2010 eigene Vorschläge zur Weiterentwicklung der solidarischen Krankenversicherung erarbeiten. Die konstituierende Sitzung der Kommission findet Anfang März in Berlin statt. Daneben bereitet der DGB auch ein breites gesellschaftliches Aktionsbündnis gegen die Kopfpauschale vor. •

ArbeitnehmerInnen zahlen immer mehr

Entwicklung der Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), des Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteils sowie des durchschnittlichen Bruttojahresgehalts von 1993 bis 2008 (Steigerungen zusammengerechnet gegenüber 1992, in Prozent)



Quelle: BMG, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, DGB

Vom ursprünglich solidarisch finanzierten Gesundheitssystem ist Deutschland immer weiter entfernt. Seit 2004 steigt der Arbeitnehmeranteil in der GKV überproportional gegenüber dem Arbeitgeberanteil. Sollte die Kopfpauschale eingeführt werden, ist schon jetzt abzusehen: ArbeitnehmerInnen – vor allem diejenigen mit geringen bis mittleren Verdiensten – werden stärker belastet, Arbeitgeber weiter entlastet.

plusminusBERLIN

+ *Petra Pau (Die Linke) kritisiert die geplante Einführung von Körperscannern an Flughäfen. Für den Preis eines Scanners könnten mindestens acht gut bezahlte Sicherheitsleute eingestellt werden - dies „wäre allemal sinnvoller als eine staatlich geförderte Peepshow".*

– *Volker Kauder (CDU) weiß: „Die Buben in türkischen Familien werden oft wie kleine Könige erzogen." In einem Umfeld, in dem sie dann wie alle anderen behandelt würden, seien sie dann völlig irritiert und forderten oftmals mit Gewalt ihre Vorherrschaft ein.*

inhalt

Seite 3
Einfallstor für Lohndumping
Der DGB warnt: Auch die „entschärfte" Dienstleistungsrichtlinie kann zum Einfallstor für Billiglöhne werden

Seite 5
Täglich 795 neue Mitglieder
Trotz Krise und Beschäftigtenabbau ist es den Gewerkschaften 2009 gelungen, die Mitgliederzahlen weitgehend stabil zu halten

Seite 7
Anspruch auf Krippenplatz retten
DGB-Vize Ingrid Sehrbrock fordert Union und FDP auf, statt Steuern zu senken, den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz zu sichern

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://wiki.tbs-nrw.de
Eine Online-Enzyklopädie der Technologieberatungsstelle beim DGB NRW e.V. zum Thema Datenschutz und Mitbestimmung

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DIW-Studie zur Geschlechterverteilung in Aufsichtsräten und Unternehmensvorständen

Aufsichtsräte

Frauen fragen Vorstände

Die Bundesfrauenkonferenz des DGB hat Mitte Januar in Berlin eine verbindliche Frauenquote bei der Besetzung von Aufsichtsratsmandaten gefordert *(einblick 1/2010)*. 40 Prozent aller Sitze in den Kontrollgremien sollen von Frauen besetzt werden.

Jetzt erhält die 40-Prozent-Forderung weitere, kreative Unterstützung: Der Deutsche Juristinnenbund (djb), wie die DGB-Frauen Mitglied im Deutschen Frauenrat, hat die Aktion „Aktionärinnen fordern ein" gestartet. djb-Mitglieder, die gleichzeitig Aktionärinnen von deutschen Aktiengesellschaften sind, werden auf den Hauptversammlungen der Unternehmen von ihrem „aktienrechtlichen Auskunftsrecht" Gebrauch machen. Vorstand und Aufsichtsrat der AG konfrontieren sie dann mit der Frage, warum sich trotz der Vorgaben im Deutschen Corporate Governance Kodex der Frauenanteil bei den Aufsichtsratsmandaten der Anteilseigner immer noch nicht wesentlich erhöht hat. Insgesamt will der djb im Rahmen der Aktion rund 70 Hauptversammlungen besuchen – den Anfang machte djb-Präsidentin Jutta Wagner am 21. Januar auf der Hauptversammlung der ThyssenKrupp AG.

Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hat erst kürzlich wieder belegt, dass ein Großteil der weiblichen Aufsichtsratsmitglieder – rund drei Viertel – nicht von den Anteilseignern, sondern von der Arbeitnehmerseite benannt wird. Laut Studie liegt der Frauenanteil in Aufsichtsräten derzeit bei zehn Prozent. „Wir hätten noch weniger Frauen in Aufsichtsräten, wenn die Arbeitnehmer-Bänke nicht für ein wenig Ausgleich sorgen würden", meint dazu die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. •

DIW-Studie und Corporate Governance Kodex: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Bankgewerbe

Tarif gegen Verkaufsdruck

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di will in den anstehenden Tarifverhandlungen für das Bankgewerbe mit tariflichen Regelungen verhindern, dass KundenberaterInnen der Banken weiter in Interessenskonflikte zwischen Bank und Kunden geraten. Ziel sei, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern und gleichzeitig die Beratung kundenorientierter zu gestalten, so ver.di-Vorstand Uwe Foullong. ver.di wolle dem „krank machenden Verkaufsdruck im Vertrieb und dem Leistungsdruck in den Betriebsbereichen begegnen", so Foullong weiter.

Zum Forderungspaket der Gewerkschaft gehören deshalb unter anderem Tarifregelungen für einen Umbau der Vertriebssteuerung sowie Regelungen zu einem nachhaltigen Gesundheitsschutz. Darüber hinaus will ver.di den Kündigungsschutz verbessern und Regelungen zur Beschäftigungssicherung abschließen. Die erste Verhandlungsrunde für das öffentliche und das private Bankgewerbe startet am 19. April. •

Postmindestlohn

Pseudo-Tarif statt Mindestlohn

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat Ende Januar den Anfang 2008 für allgemeinverbindlich erklärten Postmindestlohn wegen Formfehlern des zuständigen Bundesarbeitsministeriums gekippt. Das Ministerium hatte den Mindestlohn per Rechtsverordnung eingeführt, muss laut Arbeitnehmer-Entsendegesetz aber vor Erlass einer solchen Verordnung allen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden der betreffenden Branche die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme geben. Das habe das Arbeitsministerium nicht im ausreichenden Maße getan, so die Leipziger Richter.

Gegen den Mindestlohn geklagt hatte der Arbeitgeberverband neue Brief und Zustelldienste (AGV NBZ), in dem die Konkurrenten der Deutschen Post – PIN und TNT – organisiert sind. Der AGV NBZ hatte mit der Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste (GNBZ) einen Tarifvertrag abgeschlossen, dessen Entgelte unter den von ver.di ausgehandelten Mindestlohntarifen liegen. Die GNBZ steht allerdings seit ihrer Gründung im Verdacht, eine vom Arbeitgeberverband gesteuerte „Pseudo-Gewerkschaft" zu sein. Im Oktober 2008 urteilte das Arbeitsgericht Köln, die GNBZ sei nicht tariffähig, weil es ihr „aufgrund personeller Verflechtungen mit der Arbeitgeberseite und erheblicher finanzieller Zuwendungen durch diese an der erforderlichen Gegnerunabhängigkeit" mangele.

ver.di halte am geltenden Mindestlohn von 8,40 bis 9,80 Euro fest, bekräftigte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis nach dem Urteil. „Die bemängelten Formfehler müssen geheilt werden. Das ist mittels einer erneuten Verordnung ohne weiteres möglich", so Kocsis. Auch DGB-Vorstand Claus Matecki fordert, die Formfehler durch eine neue Verordnung zu beheben. Außerdem bedeute das Leipziger Urteil im Umkehrschluss, dass „die Festlegung von branchenbezogenen tariflichen Mindestlöhnen durch Verordnung mit der Verfassung vereinbar ist". •

Anzeige

DGB

ARBEIT
GERECHTIGKEIT
SOLIDARITÄT

19. Parlament der Arbeit

AUSSCHREIBUNG

des 19. Ordentlichen Bundeskongresses gemäß § 7 Ziff. 7 der Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Der **19. Ordentliche Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes** findet vom 16. bis 20. Mai 2010 in Berlin, im Hotel Estrel, statt.

1. Eröffnung
2. Konstituierung
3. Geschäftsbericht des Bundesvorstandes
4. Beratung von Satzungsanträgen in Zusammenhang mit TOP 5
5. Wahlen
6. Referat der/des Vorsitzenden mit Aussprache
7. Beratung einer neuen Satzung des DGB und von Satzungsanträgen
8. Beratung von weiteren Anträgen
9. Schlussansprache

Dienstleistungsrichtlinie

Einfallstor für Lohndumping

Von der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt ist im Dezember die EU-Dienstleistungsrichtlinie (DLR) in Deutschland in Kraft getreten. Zwar haben die Gewerkschaften sich vor einigen Jahren erfolgreich gegen das geplante „Herkunftslandprinzip" zur Wehr gesetzt – doch auch die „entschärfte" Richtlinie kann zum Einfallstor für Lohndumping werden.

Eine Arbeitsgruppe, in der VertreterInnen von DGB und Gewerkschaften die Umsetzung der DLR begleitet haben, konstatiert für Deutschland „mangelnde Rechtssicherheit und Folgenabschätzung". Im Klartext: Die Richtlinie wird zwar maßgeblich in viele Wirtschafts- und Arbeitsbereiche eingreifen, mögliche Folgen – auch für den deutschen Arbeitsmarkt – sind aber kaum untersucht, geschweige denn absehbar. „Wir haben es hier mit einem gesellschaftlichen Großexperiment zu tun", meint DGB-Bundesvorstandssekretär Klaus Beck, Mitglied der Arbeitsgruppe. Das Einfallstor für Lohndumping in Deutschland könne durch die DLR riesengroß werden. „Das ist eher ein Scheunen- als ein Gartentor", so Beck. Denn die Richtlinie bietet eine Reihe von Schlupflöchern, um deutsche Arbeits- und Sozialstandards oder hiesige Tariflöhne zu umgehen.

Ein Beispiel: Die Möglichkeit der „vorübergehenden Dienstleistungserbringung" birgt in Kombination mit der Entsenderichtlinie eine deutliche Gefahr für das deutsche Lohngefüge. Wenn Dienstleister aus anderen EU-Staaten nicht als dauerhaft niedergelassen gelten, können von ihnen entsandte ArbeitnehmerInnen im „Zielland" immer noch grundsätzlich zu den Arbeits- und Sozialbedingungen des Herkunftslandes tätig werden, auch zu den Löhnen des Herkunftslandes – es sei denn, es gebe eine Mindestlohnregelung. Eine Frist, ab wann aus einer „vorübergehenden Dienstleistungserbringung" eine dauerhafte Niederlassung wird, gibt es aber nicht – der Zustand kann Jahre dauern: Das „Herkunftslandprinzip" durch die Hintertür.

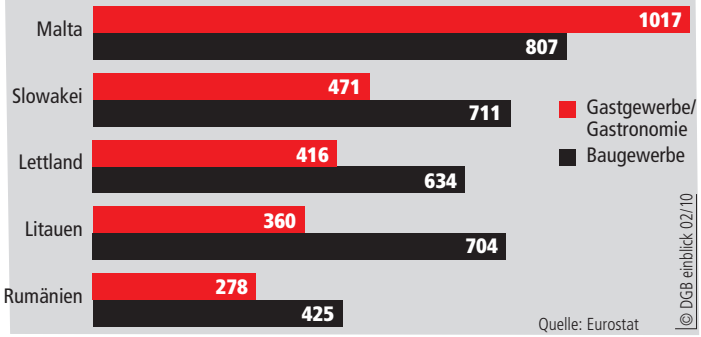
Ein weiteres durch die DLR forciertes Problem: In Deutschland fehlt eine generelle Registrierungspflicht für entsandte ArbeitnehmerInnen. Eine solche Meldepflicht gilt bisher nur für die ins Entsendegesetz aufgenommenen Branchen mit Mindestlöhnen. Und selbst in diesen Branchen wird meist nur die Einhaltung der Mindestlohnregelung kontrolliert. Somit gibt es selbst bei legalen Arbeitnehmer-Entsendungen keinerlei systematische Überprüfung, ob etwa Steuer- und Abgabepflichten in Deutschland bestehen oder Sozialstandards eingehalten werden. „Wir öffnen Arbeitsmärkte und wissen überhaupt nicht, wie viele Menschen in welchen Branchen kommen werden", meint Beck.

Die DLR und die Möglichkeit zum „Herkunftslandprinzip durch die Hintertür" machen außerdem die Ankündigung der Bundesregierung, sittenwidrige Löhne gesetzlich verbieten zu wollen, endgültig zur Farce. Ob im Herkunftsland ordnungsgemäß gezahlte Löhne, die erheblich unter dem deutschen Lohnniveau liegen, von dieser Regelung erfasst werden, ist bisher noch nicht geklärt.

Beruhigt zurücklehnen kann sich im Übrigen keine Branche. Anders als der deutsche Titel der Richtlinie suggeriert, gilt die DLR nicht nur für die klassischen Dienstleistungsbranchen, sondern für alle gegen Entgelt erbrachte selbstständige Tätigkeiten – auch handwerkliche oder industrielle. So unklar der Geltungsbereich der Richtlinie definiert ist, so schwer wird auch die Abgrenzung von „Dienstleistung" zu „Leiharbeit". Vielleicht werden Stammbelegschaften bald nicht mehr durch Leiharbeit, sondern durch „vorübergehende Dienstleistungserbringer" verdrängt – zumindest wenn die Bundesregierung nicht noch gegensteuert. •

Oft unter deutschem Lohnniveau

Durchschnittliche Bruttomonatslöhne im Baugewerbe sowie im Gastgewerbe und der Gastronomie ausgewählter EU-Staaten 2008 (in Euro)



Die Dienstleistungsrichtlinie ist in Kraft. Damit wird die Tätigkeit entsandter ArbeitnehmerInnen in Deutschland erleichtert. Wenn es keine Mindestlohnregelung gibt, dann sind Löhne aus Ländern wie Malta oder Rumänien für entsandte ArbeitnehmerInnen in Deutschland völlig legal. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer fordert deshalb flächendeckende Mindestlohnregelungen in allen Branchen.

Unübersichtlicher Wirrwarr

Ein Bestandteil der Dienstleistungsrichtlinie sind die in jedem EU-Land einzurichtenden „Einheitlichen Ansprechpartner" (EAP). Durch sie sollen die Behördenwege zur Genehmigung eines Dienstleistungsgewerbes vereinheitlicht werden. Die Kritik des DGB: Die Bundesregierung habe bei der Umsetzung der EAP die föderale Struktur der Bundesrepublik „völlig unzureichend beachtet". Denn in Deutschland übernehmen die Bundesländer die Einrichtung der EAP. Die Folge: Es drohe „ein unübersichtlicher Wirrwarr von Organisationsformen", so der DGB: Alle 16 Bundesländer haben sich für unterschiedliche Modelle entschieden.

Besonders kritisch: In manchen Ländern wird die EAP-Organisation den Kammern (IHK und Handwerkskammern) übertragen. Der DGB meint: Die Aufgaben der EAP sind originär staatliche Aufgaben und dürfen nicht allein von Privaten erfüllt werden.

Außerdem fordert der DGB, dass die EAP nicht nur Unternehmer, sondern auch ArbeitnehmerInnen zum Arbeits- und Sozialrecht beraten – in Kooperation mit den Gewerkschaften. Das Land Berlin ist hier mit seinem EAP-Modell Vorreiter.

Mehr zu den 16 EAP-Modellen und zum DLR-Bericht des DGB:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

Anzeige

Wissen, was dem Arbeitnehmer zusteht.

Entgeltfortzahlungsrecht
Arbeitsrecht | Sozialrecht | Bürgerliches Recht
Handkommentar
Herausgegeben von VizePräsLAG Dr. Peter Feichtinger und VRiLAG Hans Malkmus
2. Auflage 2010, ca. 640 S., geb., ca. 69,– €,
ISBN 978-3-8329-3755-3
Erscheint ca. März 2010

Neben der praxisorientierten Kommentierung des EFZG und des AAG befasst sich **das aktuelle Werk** insbesondere mit den Vorschriften, bei denen Krankheit/Arbeitsunfähigkeit für den **Anspruch auf Vergütung** entscheidend sein kann, wie die

- §§ 615 ff BGB (v.a. Voraussetzungen des Annahmeverzugs des AG; Anspruch des AN gegenüber dem AG auf Zuweisung eines leidensgerechten Arbeitsplatzes und entsprechende Anpassung des Arbeitsvertrages bei eingeschränkter Leistungsfähigkeit)
- § 2 PflegeZG (v.a. Voraussetzungen des Anspruchs des AN auf kurzzeitige Arbeitsbefreiung)
- Bestimmungen aus dem Bundesurlaubsgesetz, dem Berufsbildungsgesetz, dem Jugendarbeitsschutzgesetz, dem Mutterschutzgesetz, dem Sozialgesetzbuch V sowie dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst

Der Kommentar enthält Hinweise wie zur Darlegungs- und Beweislast, Fallbeispiele und Antragsformulierungen sowie umfangreiche Rechtsprechungsnachweise.

Nomos
Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter ▸ www.nomos-shop.de

Ruhrfestspiele 2010

Volle Pulle Kleist

Im Mittelpunkt der Ruhrfestspiele 2010 vom 1. Mai bis zum 13. Juni steht das Werk des Dramatikers Heinrich von Kleist. Insgesamt zehn Stücke des Dichters werden unter dem Motto „Kontinent Kleist im romantischen Meer" aufgeführt, inszeniert von renommierten Regisseuren und jungen NachwuchskünstlerInnen. Ein weiteres Highlight der Festspiele ist die musikalische Groteske „The Infernal Comedy – Confessions of A Serial Killer" mit Hollywoodstar John Malkovich. Auf der Kabarettbühne werden die KünstlerInnen Gerburg Jahnke, Werner Schneyder, Dieter Hildebrandt und der Schriftsteller Roger Willemsen auftreten.

Zentraler Bestandteil sind auch 2010 wieder Lesungen. So wird der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis gemeinsam mit Festspielleiter Frank Hoffmann aus E.T.A. Hoffmanns Stück „Die Bergwerke zu Falun" lesen. Weitere Lesungen bestreiten unter anderem die Schauspieler Otto Sander, Heinz Bennent und Burghart Klaußner sowie die Schauspielerin Fritzi Haberlandt und Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU). Die Ruhrfestspiele gehen auf die Solidarität von Bergarbeitern im Ruhrgebiet mit Hamburger Schauspielern im Nachkriegswinter 1946 zurück. Der DGB und die Stadt Recklinghausen sind Hauptgesellschafter der Ruhrfestspiele. •

www.ruhrfestspiele.de

Foto: Arno Declair

Der Kleist-Klassiker „Prinz Friedrich von Homburg" unter Regie von Andreas Kringenburg steht ebenfalls auf dem Programm. Auf dem Bild (v.l.n.r.): Johannes Schäfer, Ole Lagerpusch, Jörg Pose.

interregio

••• Der ***DGB Hamburg*** will gemeinsam mit den Gewerkschaften die dauerhafte ***Beratung von MigrantInnen*** sichern. Die Beratungsstelle „Migration und Arbeit" (MigrAr), ein Pilotprojekt von ver.di, berät bereits Beschäftigte ohne gesicherten Aufenthalt. So wird Menschen ohne Papiere Zugang zu Arbeitnehmerrechten ermöglicht, um sie vor Ausbeutung zu schützen. Die Ausbeutung der Beschäftigten ohne geklärten Aufenthaltsstatus führe auch zu Lohndumping. In Hamburg gibt es mehrere tausend Betroffene in der Reinigungsbranche, der Gastronomie, dem Baugewerbe aber auch im Hafen. Daher erweitern DGB und Gewerkschaften das Angebot der Beratungsstelle und sichern dauerhaft ihren Fortbestand.

www.dgb-hamburg.de
Kontakt: migrar.hamburg@verdi.de

Wettbewerb Gelbe Hand

Kreatives gegen Rechts

Der von DGB, IG BCE, IG Metall, ver.di und DGB-Bildungswerk geförderte Verein „Mach meinen Kumpel nicht an" schreibt auch 2010 den Wettbewerb „Gelbe Hand" aus. Junge Menschen in Ausbildung und Beruf sind wieder aufgerufen, ihre Beiträge gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung bis zum 31. März einzureichen. Die TeilnehmerInnen können die Darstellungsform der Beiträge frei wählen – zum Beispiel in Form von Interviews, Projektdokumentationen, Videoclips oder Kampagnenlogos. Auf die GewinnerInnen warten Sach- und Geldpreise. Die Preisverleihung findet am 20. Mai in Berlin statt. •

www.gelbehand.de

Mitgliederentwicklung

Täglich 795 neue Mitglieder

Trotz Krise und Beschäftigtenabbau ist es den Gewerkschaften 2009 gelungen, die Mitgliederzahlen weitgehend stabil zu halten. Zwar ist der Mitgliederrückgang gegenüber 2008 wieder etwas gestiegen – von 1,1 auf 1,7 Prozent. Er liegt aber deutlich unter dem der Vorjahre. Und zwei Gewerkschaften, die GEW und die GdP, konnten 2009 sogar ein Mitgliederplus erzielen.

„Krisenzeiten sind für Gewerkschaften nie gute Zeiten, wir waren noch nie Krisengewinnler", erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer zur aktuellen Mitgliederentwicklung und stellt klar: „Trotz Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben wir im zurückliegenden Jahr keine größeren Einbrüche zu verzeichnen." Die Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften habe sich stabilisiert.

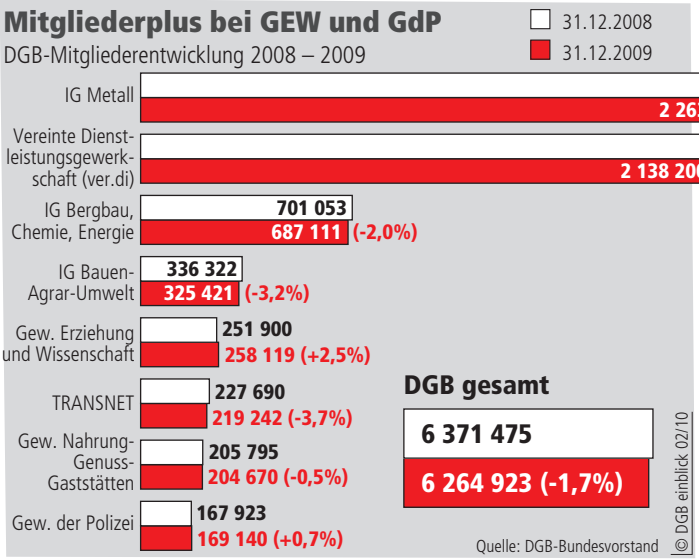
Ende 2009 zählten die acht DGB-Gewerkschaften insgesamt 6 264 923 Mitglieder. Das sind zwar 106 552 Mitglieder weniger als ein Jahr zuvor, doch der Mitgliederschwund ist trotz der anhaltenden Krise wesentlich geringer als vor 2008.

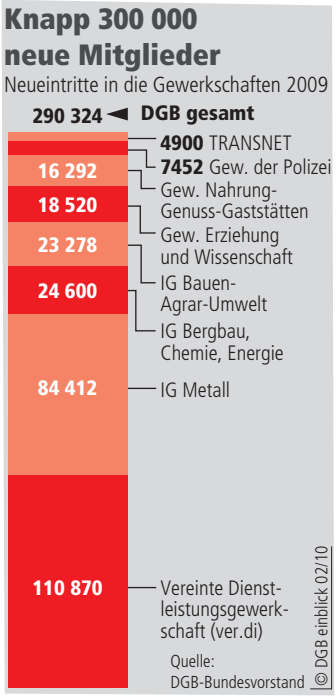
Im Schnitt sind 2009 täglich 795 Menschen neu in die Gewerkschaft eingetreten. Das sind weniger als 2008 (täglich 970 neue Mitglieder), gleichzeitig hat sich aber die Zahl der Abgänge verringert. Während 2008 die Gewerkschaften täglich 1219 Mitglieder verloren haben, waren es 2009 im Schnitt 1087 pro Tag. Die geringere Zahl von Austritten und Streichungen zeige, dass „wir bei der Bindung unserer Mitglieder besser geworden sind", meint Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall. Den Rückgang bei den Eintritten führt er vor allem darauf zurück, dass 2009 kaum Neueinstellungen erfolgten: „Erfolge bei Neuaufnahmen hängen vor allem vom Beschäftigungsaufbau ab."

Dieser Entwicklung wollen die Gewerkschaften nicht tatenlos zusehen. Eine erfolgreiche Mitgliederentwicklung sei unverzichtbar dafür, dass die Gewerkschaften betriebs- und gesellschaftspolitisch durchsetzungsfähig bleiben, sagt etwa Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Deshalb stoße die IG Metall Projekte an, die die Gewerkschaften auf diesem Feld voranbringe. So werde die IG Metall sich 2010 weiterhin intensiv um die Themen Leiharbeit und prekäre Beschäftigung kümmern und die Themen der jungen Generation ganz oben auf die Tagesordnung setzen.

Der Anteil der Mitglieder, die aktiv im Berufsleben stehen, blieb zudem 2009 stabil. Viele Gewerkschaften konnten ihn sogar erhöhen. Etwa ver.di: Trotz der anhaltenden Krise waren die Jahre 2008 und 2009 die erfolgreichsten seit Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft. Wie bereits im Vorjahr wuchs die Zahl der erwerbstätigen Mitglieder erneut, dieses Mal um 0,5 Prozent. Damit ist der Anteil erwerbstätiger Mitglieder, der im Dezember 2001 bei gut 70 Prozent lag, auf über 75 Prozent gestiegen. „Dieser Erfolg beruht vor allem darauf, dass wir unsere Mitglieder konsequent an zentralen Entscheidungen, vor allem über Tarifergebnisse, beteiligen", sagt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

Der GEW ist es bereits im zweiten Jahr in Folge gelungen, nach 2008 (+ 1,2 %) 2009 ein Mitgliederplus – diesmal von 2,5 Prozent – zu erreichen. Auch die GdP hat 2009 gegenüber dem Vorjahr ihre Mitgliederzahl um 0,5 Prozent erhöht. •





Gut 290 000 ArbeitnehmerInnen sind 2009 neu in eine DGB-Gewerkschaft eingetreten. Das sind zwar knapp 60 000 weniger als im Vorjahr. Einige Gewerkschaften – GdP, GEW, IG BAU und TRANSNET – konnten 2009 aber mehr neue Mitglieder gewinnen als im Vorjahr.

DGB-Bundesvorstand schlägt GBV zur Wiederwahl vor

Der DGB-Bundesvorstand hat am 2. Februar beschlossen, dem DGB-Bundeskongress im Mai 2010 die Wiederwahl des amtierenden Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes (GBV) zu empfehlen. Er folgt damit dem Vorschlag der Findungskommission der DGB-Gewerkschaften für die Wahl des GBV. „Michael Sommer ist und soll die Nummer Eins bleiben", erklärt der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg, als dienstältester Gewerkschaftsvorsitzender auch Vorsitzender der Findungskommission. Neben Michael Sommer (58) als Vorsitzender und Ingrid Sehrbrock (61) als Vize stellen sich Annelie Buntenbach (54), Dietmar Hexel (60) und Claus Matecki (61) zur Wiederwahl zur Verfügung. Sollte der DGB-Kongress dem Vorschlag des DGB-Bundesvorstandes folgen, haben bereits jetzt Ingrid Sehrbrock und Claus Matecki erklärt, dass sie spätestens mit Erreichen des 65. Lebensjahrs ihr Mandat niederlegen.

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die NGG fordert eine transparente Kennzeichnung von Lebensmitteln. Die VerbraucherInnen müssten sehen können, woher das Produkt stammt und wie es verarbeitet wurde. Neben dieser Kennzeichnung müsse auch die Verwendung gentechnisch veränderter Organismen klar gekennzeichnet werden.

Die IG BAU fordert gute Löhne im Handwerk, damit junge Leute sich für eine Ausbildung im Handwerk entscheiden. Qualifizierte Arbeit müsse gut bezahlt werden. Auch müsse die Lohnlücke zwischen Industrie und Handwerk geschlossen werden, dies scheitere jedoch bisher am Widerstand der Arbeitgeber.

Als unzureichend kritisiert die GEW die Erhöhung des BAföG. Um den Anstieg der Lebenshaltungskosten und Preise auszugleichen, sei eine Erhöhung von mindestens zehn Prozent notwendig. Auch müsse die Zahl der geförderten Studierenden von bisher 17 Prozent erhöht und die Altersgrenze für Masterstudierende aufgehoben werden.

TRANSNET und GDBA fordern eine Begrenzung der Fremdvergabe von Aufträgen bei der Deutschen Bahn. Zuerst müssten eigene Angestellte zum Einsatz kommen. Um die Leiharbeit zu begrenzen, sollten außerdem verbindliche Qualitätsstandards erarbeitet und diese dann wirksam kontrolliert werden.

DGB-Spendenaufruf

Hilfe für Haiti

Das Erdbeben auf Haiti, die größte Katastrophe seit Jahrhunderten für das ärmste Land in der amerikanisch-karibischen Region, hat die gesamte Infrastruktur – Krankenhäuser, Geschäfte und Schulen – zerstört. Betroffen sind auch die Einrichtungen der haitianischen Gewerkschaften. Unter dem Motto „Gewerkschaften helfen" will der DGB mit einer Spendenaktion dazu beitragen, dass die Arbeitnehmerorganisationen des Landes so schnell wie möglich wieder ihre Tätigkeit aufnehmen können. Die Spendenmittel sollen vor allem für den Wiederaufbau des Gebäudes des Nationalen Netzwerkes gewerkschaftlich organisierter Frauen (RENAFAM) eingesetzt werden – das Haus wurde bei dem Erdbeben vollständig zerstört. Mit den Geldern soll es wieder zu einem Ausbildungs- und Bürozentrum werden, in dem Konferenzen, Seminare und Informationsveranstaltungen vor allem für Frauen aus den Armenvierteln von Port-au-Prince durchgeführt werden können. •

Foto: FES

DGB und Gewerkschaften sammeln Spenden für den Wiederaufbau des gewerkschaftlichen Zentrums für Frauen in Port-au-Prince. Auf dem Bild vor dem zerstörten Gebäude: Gina Georges, die Koordinatorin des Zentrums, die beim Beben verschüttet wurde und erst nach 20 Stunden geborgen werden konnte.

Der DGB-Aufruf im Wortlaut: www.einblick.dgb.de. Spendenkonto: Gewerkschaften helfen, SEB Düsseldorf, Kontonummer: 1 756 906 400, Bankleitzahl: 300 101 11, Stichwort: „Erdbeben"

„Betriebsratsverseucht" ist das Unwort des Jahres 2009. Seit kurzem kann der Aufkleber zum Unwort im Internet unter www.br-verseucht.de bestellt werden. Der Aufkleber „Betriebsratsverseucht. Und das ist gut so!" misst im Durchmesser 10 cm. Zehn Exemplare kosten vier Euro zuzüglich Versandkosten. Herausgegeben wird der Aufkleber vom Graewis Verlag, in dem unter anderem auch der *einblick* erscheint.

Großdemonstration

Dresden gegen Rechts

Seit mehreren Jahren versammeln sich regelmäßig am 13. Februar viele Neonazis in Dresden, die gegen den „alliierten Bombenterror" demonstrieren. Um ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und Faschismus zu setzen, unterstützen der DGB Sachsen und die DGB-Region Dresden/Oberes Elbtal beide großen Bündnisse, die gegen den Naziaufmarsch in diesem Jahr mobil machen.

Zum einen ruft erstmals 2010 die Oberbürgermeisterin von Dresden, Helma Orosz, alle Dresdnerinnen und Dresdener auf, an einer Menschenkette teilzunehmen. Ihr Motto: „Erinnern und Handeln. Für mein Dresden". Ebenso unterstützt der DGB das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer". Im Aufruf des DGB Sachsen heißt es: „Es geht darum, der Opfer des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges in würdiger Weise zu gedenken und den Nazis entgegenzutreten. Wir setzen ein Zeichen aller demokratischen Kräfte."

Die DGB-Region informiert fortlaufend über die Planungen zu den Veranstaltungen und unterstützt bei logistischen Fragen. Im vergangenen Jahr hatten sich insgesamt 12 000 Menschen an den Demonstrationen gegen den Neonazi-Aufmarsch beteiligt. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Betriebsratswahlen 2010

Kommunizieren im Wahlkampf

Effiziente Kommunikation wird für die Wahlkämpfe von Betriebs- und Personalräten immer wichtiger. Das geht aus einer Betriebsräte-Befragung der Berliner Unternehmensberatung CAIDAO hervor. Fast 85 Prozent der Befragten halten eine exakt festgelegte Wahlkampfplanung für wichtig. Im Vordergrund stehen traditionelle Kommunikationsformen, bei der direkten Kommunikation wird das persönliche Gespräch (44,7 Prozent) eher genutzt als ein personalisierter Brief (24,2 Prozent). Bei der indirekten Kommunikation sind Flugblatt und Plakat mit insgesamt 77,3 Prozent dominierend. Werden elektronische Medien eingesetzt, steht das Intranet mit 62,1 Prozent auf dem ersten Platz. 97,3 Prozent der befragten Betriebsräte sind an neuen Kommunikationsformen interessiert, 58 Prozent sehen dabei großen Unterstützungsbedarf.

Befragt wurden Betriebsräte bei großen Finanzdienstleistern, Medien und Telekommunikation sowie im Gesundheitswesen. Zu den wichtigsten Wahlkampfthemen zählen die Befragten Arbeitsplatzsicherheit, Umstrukturierungen, Einhaltung von Tarifverträgen sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz. •

www.caidao.de

Rechtsanspruch auf Krippenplatz

Bund muss Rettungsplan entwickeln

Sollte der für 2013 geplante einklagbare Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz scheitern, wäre das eine gesellschafts- und bildungspolitische Katastrophe. Davon ist DGB-Vize Ingrid Sehrbrock überzeugt. Sie fordert Union und FDP auf, statt Steuern zu senken einen Rettungsplan für den Rechtsanspruch zu entwickeln.

Es zählt zu den wichtigsten Modernisierungsversprechen für das neue Jahrzehnt: Bis zum Jahr 2013 soll es für jedes Kind, das jünger als drei Jahre ist, einen einklagbaren Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz geben. Junge Mütter und Väter hätten **endlich eine echte Wahlfreiheit** – sich auch für Familie und Beruf entscheiden zu können. Darüber hinaus wäre es ein bildungspolitischer Aufbruch. Nahezu alle Bildungsforscher weisen darauf hin, dass gerade in diesem Alter der Grundstein für eine erfolgreiche Bildungsbiographie gelegt wird.

Der Aufbruch in Sachen frühkindlicher Bildung **fällt jedoch ernüchternd aus.** Bisher gibt es lediglich 417 000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in Deutschland. Soll das Ziel von 750 000 Plätzen bis zum Jahr 2013 erreicht werden, müsste jetzt die heiße Phase des Ausbaus beginnen. Doch die Kommunen schlagen Alarm. Selbst die anvisierte Versorgungsquote von 35 Prozent können sie nur schwer erreichen. Das Deutsche Jugendinstitut rechnet mit einem Bedarf von mehr als 40 Prozent.

Zeitgleich verschärft der Bund mit seinen realisierten und noch geplanten Steuergeschenken die finanzielle Lage der Kommunen dramatisch. Deshalb fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund, den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz vom Jahr 2013 an zurückzunehmen.

Dieser **Rechtsanspruch darf nicht aufgegeben werden,** auch wenn den Kommunen eine Klagewelle droht, weil das Angebot nicht ausreicht. Mit dem Anspruch wächst der politische Druck, dass Bund, Länder und Kommunen endlich die nötige Infrastruktur in der frühkindlichen Bildung schaffen. Mangelnde Kinderbetreuung trifft zudem vor allem Frauen. Gerade Alleinerziehende können wegen fehlender Kitas nicht erwerbstätig sein. Deshalb brauchen wir einen Rettungsplan für den Rechtsanspruch!

Der Bund muss **den Kommunen den finanziellen Spielraum lassen,** um den Krippenausbau zu leisten. Schon das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz" des Bundes hat sich als eine „Krippenausbau-Bremse" entpuppt. Sollten sich die Steuersenkungsphantasien der FDP mit jährlich 24 Milliarden Euro durchsetzen, wäre das der sichere Tod nicht nur dieses Projektes. Letztlich müssen sich Union und FDP fragen, welche Prioritäten sie setzen: eine niedrigere Mehrwertsteuer für Hotels? Oder eine bessere frühkindliche Bildung?

Die Länder müssen ihre **Ausbildungskapazitäten an Hochschulen und Fachschulen deutlich ausbauen.** Der Krippenausbau droht auch an einem massiven Fachkräftemangel zu scheitern. Soll der Rechtsanspruch vom Jahr 2013 an gelten, müssten bis dahin nach einer Studie der TU Dortmund unter dem Strich 47 000 neue Erzieherinnen und Erzieher in Vollzeit eingestellt werden. Ein Ziel, das Bund und Länder trotz zusätzlicher Anstrengungen wohl verfehlen werden. Jahr für Jahr verlassen nur 7000 ausgebildete Fachkräfte die Fach- und Hochschulen.

Wir müssen den Beruf der Erzieherinnen und Erzieher **attraktiver gestalten.** Zu den heutigen Bedingungen lässt sich kaum gutes Personal für unsere Kitas finden. Eine Erzieherin verdient heute als Berufseinsteigerin 2040 Euro (brutto, Vollzeitstelle). Nach sieben Berufsjahren kann sie auf ein Gehalt von 2400 Euro brutto kommen. Die schlechte Bezahlung steht in krassem Widerspruch zu den gestiegenen Anforderungen an die Arbeit der ErzieherInnen.

Wir brauchen bessere Bedingungen an Kitas statt ein Betreuungsgeld. Deutschland braucht **nicht nur mehr, sondern auch bessere Krippen.** Zu einer echten Qualitätsoffensive gehören kleinere Gruppen, mehr Zeit für die Vor- und Nachbereitung sowie eine bessere Fortbildung der ErzieherInnen. Bisher beteiligt sich der Bund ab 2013 mit 770 Millionen Euro pro Jahr an den Betriebskosten der Krippen. Soll eine Qualitätsoffensive für frühkindliche Bildung erfolgreich sein, müsste der Bund seinen Anteil aufstocken. Hierzu muss der Bund die rund zwei Milliarden Euro, die bisher vom Jahr 2013 an für das Betreuungsgeld vorgesehen sind, in bessere Bildung an den Kitas investieren. Letztlich muss sich auch hier die Bundesregierung entscheiden: Will sie gute Bildung in Krippen und Kindergärten garantieren? Oder will sie Kinder mit einer 150 Euro-Prämie von Kitas fernhalten?

Kurzum: Kommt das Betreuungsgeld und scheitert der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz wäre das in der Tat – frei nach der früheren Familienministerin Ursula von der Leyen – **eine gesellschafts- und bildungspolitische Katastrophe.** •

Qualität verbessern

Mit ihrer gemeinsamen Konferenz „Qualität in Kindertagesstätten verbessern!" wollen der DGB und die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) am 10. Februar in Berlin

Foto: DGB

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock, 61, ist im DGB-Bundesvorstand unter anderem für Bildungspolitik zuständig.

ein deutliches Signal dafür setzen, dass in Deutschland nicht nur die Zahl der Krippenplätze erhöht, sondern auch die Qualität der Kindertagesstätten weiterentwickelt werden muss. Dazu gehören die Umsetzung von Bildungsplänen, bessere Rahmenbedingungen für die Beschäftigten in den Kitas sowie eine Professionalisierung der Ausbildung der ErzieherInnen.

Bereits mehrfach haben sich DGB und BDA gemeinsam zur frühkindlichen Bildung geäußert. So haben sie sich im Sommer 2007 gemeinsam für eine deutliche Verbesserung der frühkindlichen Bildung ausgesprochen und Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr gefordert. Gleichzeitig unterstützen die Sozialpartner das Ziel der Bundesregierung, bis 2013 flächendeckend für mindestens ein Drittel aller Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz zu schaffen.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

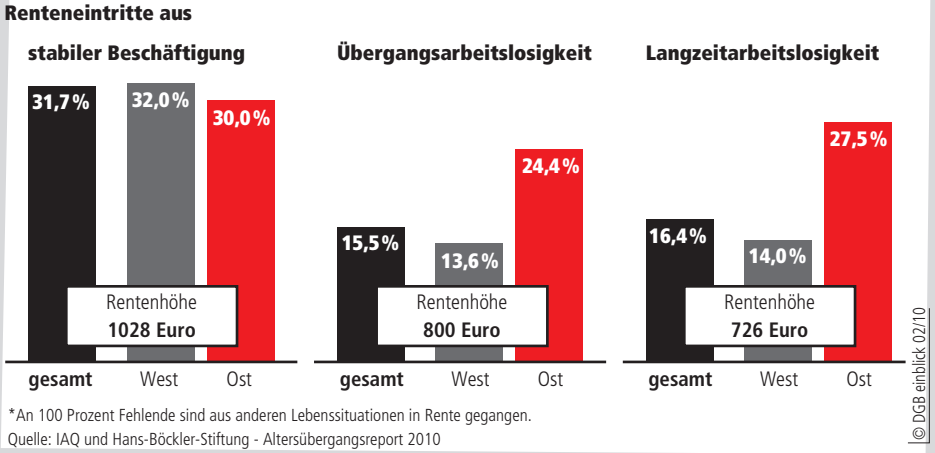
DIES & DAS

die DGB grafik

WEGE IN DIE RENTE: Ostdeutsche benachteiligt

Ostdeutsche ArbeitnehmerInnen waren vor ihrem Renteneintritt doppelt so häufig langzeitarbeitslos wie ihre westdeutschen KollegInnen. Das ist ein Ergebnis des Rentenübergang-Reports 2010 des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ). Zudem kam in Ostdeutschland jeder vierte Neuzugang zur Altersrente 2007 aus einer „Übergangsarbeitslosigkeit". Im Schnitt erfolgt der Renteneintritt nach Langzeitarbeitslosigkeit 42,7 Monate vor dem 65. Geburtstag. Die Folge: ein durchschnittlicher Rentenabschlag von 12,8 Prozent, so der Report.

Wege in die Altersrente im Jahr 2007 nach vorherigem Erwerbsstatus (in Prozent aller Renteneintritte)* und monatliche Rentenhöhe (in Euro)



*An 100 Prozent Fehlende sind aus anderen Lebenssituationen in Rente gegangen.
Quelle: IAQ und Hans-Böckler-Stiftung - Altersübergangsreport 2010

© DGB einblick 02/10

personalien

••• ***Dietmar Muscheid,*** 52, ist am 16. Januar auf der Landeskonferenz des DGB Rheinland-Pfalz mit 95 Prozent der Delegiertenstimmen erneut zum DGB-Landesvorsitzenden gewählt worden. Auf der saarländischen Landeskonferenz wurde am 23. Januar ***Eugen Roth,*** 52, (98%) als Landesvorsitzender bestätigt. Die Ergebnisse der Bezirkskonferenz des DGB-Bezirks West (Rheinland-Pfalz und Saarland) vom 6. Februar, auf der Muscheid als Bezirksvorsitzender und Roth als Bezirksvize kandidieren, standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

••• Die Bezirkskonferenz des DGB Sachsen wählte am 23. Januar die bisherige Bezirksvize ***Iris Kloppich,*** 57, (84,4 %) zur Nachfolgerin des scheidenden Bezirksvorsitzenden ***Hanjo Lucassen,*** 65. Neuer stellvertretender Vorsitzender wurde ***Markus Schlimbach,*** 44, (80,9%), bisher Pressesprecher und Arbeitsmarktexperte des Bezirks.

••• ***Doro Zinke,*** 55, wurde auf der DGB-Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg am 29. und 30. Januar zur neuen Bezirksvorsitzenden gewählt (93,3%). Zinke, bisher Bezirksvize, folgt damit ***Dieter Scholz,*** 62. Neuer stellvertretender Bezirksvorsitzender ist ***Christian Hoßbach,*** 46, (70,3%), bisher Leiter des Berliner Büros des IG Metall-Vorstands.

••• ***Nikolaus Landgraf,*** 43, ist als Nachfolger von ***Rainer Bliesener,*** 59, zum neuen DGB-Bezirksvorsitzenden Baden-Württemberg gewählt worden. Landgraf, bisher Regionalleiter der IG BAU im Bundesland, erhielt auf der Bezirkskonferenz am 30. Januar 78,8 Prozent der Delegiertenstimmen. Als Bezirksvize wurde ***Marion von Wartenberg,*** 52, (81,8%) wiedergewählt.

••• Im DGB-Bezirk Hessen-Thüringen wurde ***Stefan Körzell,*** 47, auf der Bezirkskonferenz am 30. Januar erneut zum Vorsitzenden gewählt (93,4%). Zur neuen stellvertretenden Bezirksvorsitzenden wurde im zweiten Wahlgang die thüringische DGB-Landesvorsitzende ***Renate Licht,*** 46, (48,3%) gewählt.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Lena Clausen, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

10.2. DGB und BDA, Fachkonferenz „Qualität in Kitas verbessern", Berlin

11./12.2. Hans-Böckler-Stiftung, Kolloquium des wissenschaftlichen Nachwuchses zum Arbeits- und Sozialrecht, Kassel

12.2. Internationaler Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten „Red Hand Day"

13.2. Stadt Dresden, u.a. unterstützt durch den DGB Sachsen, Menschenkette „Erinnern und Handeln. Für mein Dresden"

13.2. Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer", Demonstration, Dresden

17.2. ver.di, Diskussionsreihe „sicht.weisen", Berlin

Schlusspunkt.

„Wir haben einen Herzinfarkt gehabt – aber Herzinfarkte sind heute nicht mehr tödlich."

So lautet die Diagnose von David Rubenstein, Mitbegründer der US-Investmentgesellschaft Carlyle, zum Ausmaß der Finanz- und Wirtschaftskrise. Er geht davon aus, dass 2009 die besten Deals des Jahrzehnts erreicht werden konnten, wie er auf dem Weltwirtschaftsforum Ende Januar in Davos verkündete.

Hartz IV

Geld für eine Solaranlage

Hartz IV-Empfänger haben Anspruch auf Erstattung angemessener Unterkunftskosten. Hierzu gehört auch die Anschaffung einer Solaranlage, soweit eine anderweitige Stromversorgung nicht gewährleistet ist.

Der Fall: Der Hartz IV-Empfänger lebt in einem etwa 10 qm großen eigenen Bauwagen auf einem Wagenplatz. Ein Anschluss an die Stromversorgung besteht nicht. Die Heizung erfolgt über einen Holzofen, Strom wurde mittels Solaranlage erzeugt. Als diese Anlage defekt war, beantragte der Mann die Übernahme der Kosten für den Ersatz in Höhe von 6.195 Euro. Nach Ansicht des Hilfsbedürftigen komme nur eine Solaranlage in Betracht, da das Aufstellen von Stromgeneratoren in der Bauwagensiedlung verboten sei. Dem widersprach das Job-Center. Mit einem Antrag auf eine einstweilige Anordnung hatte der Hilfsbedürftige Erfolg.

Das Landessozialgericht: Das Job-Center ist verpflichtet, dem Antragsteller ein Darlehen in Höhe von 6.195 Euro zur Beschaffung einer Solaranlage zu gewähren. Dieser Erhaltungsaufwand ist im Vergleich mit entsprechenden Unterkunftskosten angemessen. Die durchschnittliche Jahresmiete einschließlich Nebenkosten für eine angemessene Wohnung lag hier für einen 1-Personenhaushalt bei etwa 5.360 Euro. Demgegenüber ist das Darlehen für die Solaranlage nicht unverhältnismäßig. Schließlich lässt der Ausschluss von der Stromversorgung erhebliche Beeinträchtigungen der Menschenwürde befürchten. Da eine funktionierende Stromversorgung zum elementaren Lebensbedarf gehört, ist zudem eine einstweilige Anordnung erforderlich.

Hessisches Landessozialgericht,
Beschluss vom 28. Oktober 2009 - L 7 AS 326/09 B ER

Fristlose Kündigung

Bei Drohungen gerechtfertigt

Wer Kollegen bedroht und beleidigt, riskiert die fristlose Kündigung, insbesondere wenn ein solches Verhalten bereits abgemahnt wurde.

Der Fall: Die klagende Bäckereiverkäuferin (31) war seit 7,5 Jahren bei der Arbeitgeberin beschäftigt. Sie war zunächst circa drei Wochen vor Erhalt der Kündigung vom Arbeitgeber aufgefordert worden, die neue Auszubildende vernünftig zu behandeln und nicht vor Kunden zu kritisieren. Eine Woche später wurde sie auf Veranlassung der Filialleiterin zu einem Personalgespräch gebeten. Daraufhin hatte die Verkäuferin der Auszubildenden vorgeworfen, sie sei schuld an diesem erneuten Gespräch. Dabei hatte sie mit der Hand ganz nah an deren Hals gestikuliert. Am Folgetag wurde die Verkäuferin erneut angewiesen, einen angemessenen Ton zu wahren und Beschimpfungen und Bedrohungen zu unterlassen. Direkt danach fuhr die Verkäuferin in die Filiale und drohte einer neuen Arbeitskollegin: „Wer mich beim Chef anmachen will, den mache ich platt". Darauf sprach der Arbeitgeber die fristlose Kündigung aus.

Das Landesarbeitsgericht. Das von der Arbeitnehmerin an den Tag gelegte ungezügelte aggressive Verhalten störte den Betriebsfrieden und machte eine gedeihliche Zusammenarbeit unmöglich. Da sich die Verkäuferin trotz einer Abmahnung nicht zusammengerissen, sondern ihr beanstandetes Verhalten sofort wiederholt hat, ist die fristlose Kündigung des langjährigen Arbeitsverhältnisses korrekt.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein,
Urteil vom 21. Oktober 2009 –3 Sa 224/09

URTEILE

Berufskrankheit

Bei hoher Belastung zu bejahen

Eine bandscheibenbedingte Erkrankung der Lendenwirbelsäule ist als Berufskrankheit (BK) anzuerkennen, wenn der Zusammenhang zwischen der beruflichen Tätigkeit und der Erkrankung mit der erforderlichen Wahrscheinlichkeit nachgewiesen wird. Das ist bei einem besonderen Gefährdungspotential durch hohe Belastungsspitzen der Fall. Ein Zweiradmechaniker ist diesen hohen Belastungsspitzen jedoch nicht ausgesetzt. Seine Belastung entspricht nicht der Belastung und den Arbeitsbedingungen, denen Angehörige der Pflegeberufe ausgesetzt sind.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 18. August 2009 - L 3 U 202/04

Betriebsrente

Insolvenzsicherung - Neue Bundesländer

Nach dem Einigungsvertrag gilt das Betriebsrentengesetz auch in den neuen Bundesländern, wenn die Versorgungszusage nach dem 31. Dezember 1991 erteilt wurde. Ist das Betriebsrentengesetz anwendbar, gelten auch die Regeln zum Insolvenzschutz. Danach hat der Pensionssicherungsverein (PSV) für gesetzlich unverfallbare Betriebsrentenanwartschaften einzustehen. Bei der Prüfung, ob die notwendige Betriebszugehörigkeit für die Unverfallbarkeit vorliegt, sind Zeiten der Tätigkeit als Mitglied einer „Produktionsgenossenschaft Handwerk" (PGH) mitzurechnen. Eine solche „Tätigkeit für ein Unternehmen" steht einem Arbeitsverhältnis gleich. Voraussetzung für den Insolvenzschutz ist weiter, dass die Zusage „aus Anlass" eines Arbeitsverhältnisses und nicht wegen einer Gesellschafterstellung erteilt wird.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 19. Januar 2010 - 3 AZR 660/09

Kündigungsfristen

Deutsche Regelung ist diskriminierend

Nach deutschem Arbeitsrecht verlängern sich die vom Arbeitgeber einzuhaltenden Kündigungsfristen stufenweise mit zunehmender Dauer des Arbeitsverhältnisses. Vor der Vollendung des 25. Lebensjahrs des Arbeitnehmers liegende Beschäftigungszeiten werden bei der Berechnung jedoch nicht berücksichtigt. Diese Regelung verstößt gegen Europäisches Recht. Denn sie stellt eine verbotene Diskriminierung aus Gründen des Alters dar.

Europäischer Gerichtshof,
Urteil vom 19. Januar 2010 – C-555/07

Leiharbeitnehmer

Müssen Fahrtkosten selbst zahlen

Die Aufwendungen für Fahrten von seinem Wohnort zur regelmäßigen Arbeitsstätte hat grundsätzlich der Arbeitnehmer selbst und nicht sein Arbeitgeber zu tragen. Dies gilt auch für Leiharbeitnehmer. Ein Anspruch auf Erstattung der Fahrtkosten kann nach dem einschlägigen Manteltarifvertrag Zeitvertrag nur dann bestehen, wenn dies im Arbeitsvertrag vereinbart wurde.

Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 8. September 2009 – 1 Sa 331/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 22.02.2010 3/10

DGB

DGB-Bundeskongress 2010

Gegenlenken in der Krise

„Arbeit, Gerechtigkeit, Solidarität" lautet das Motto, unter dem sich vom 16. bis zum 20. Mai 400 Delegierte aus den acht Mitgliedsgewerkschaften in Berlin zum „Parlament der Arbeit", dem 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress (OBK), treffen. Sie werden nicht nur den Geschäftsführenden Bundesvorstand neu wählen *(einblick 02/10)*, sondern auch die Weichen für die politische Arbeit des DGB für die kommenden vier Jahre stellen.

Am 15. Februar endete die Frist, bis zu der die laut Satzung berechtigten Gremien Anträge für den OBK einreichen konnten. Insgesamt liegen nun 154 Anträge vor. 21 dieser Anträge stammen vom DGB-Bundesvorstand, ebenfalls 21 haben die acht Mitgliedsgewerkschaften eingereicht. 72 Anträge wurden in den letzten Monaten auf den DGB-Bezirkskonferenzen beschlossen. 10 bringt der DGB-Bundesfrauenausschuss ein und 30 der DGB-Bundesjugendausschuss.

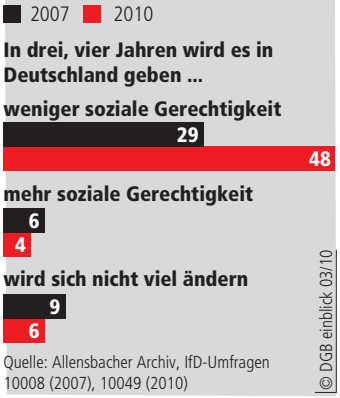
Viel Raum wird auf dem OBK vor allem die Debatte des gesellschaftspolitischen Leitantrags einnehmen, der vom DGB-Bundesvorstand beschlossen wurde. Unter dem Titel „Umdenken – Gegenlenken – Die Krise überwinden" fasst er die Positionen und Perspektiven der Gewerkschaften zur Überwindung der Systemkrise des neoliberal-kapitalistischen Wirtschaftsmodells zusammen. Ziel ist es, einen breiten gesellschaftlichen Diskurs darüber zu erreichen, wie eine zukunftsfähige und nachhaltige Gesellschaft und Arbeitswelt aussehen soll und welche Rolle darin den Gewerkschaften und ihrem Bund zukommt. Die DGB-Gewerkschaften wollen diesen Diskurs transparent und beteiligungsorientiert führen.

Die Diskussion darüber, wie Existenz sichernde Löhne und soziale Standards gesichert und Lohn- und Sozialdumping verhindert werden können, wird ebenfalls eine große Rolle auf dem OBK spielen. Sicher ist bereits jetzt, dass die DGB-Gewerkschaften ihre beim Kongress 2006 beschlossene Forderung nach einem Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro anpassen werden. Der DGB-Bundesvorstand schlägt in seinem OBK-Antrag eine Untergrenze von 8,50 Euro vor. Weitere Anträge des Bundesvorstandes beschäftigen sich u.a. mit den Themen Gute Arbeit, Europa, Bildung, sozialer Sicherheit, Steuerpolitik und einer nachhaltigen Energieversorgung.

Ende März tagt die Antragsberatungskommission, der Mitglieder aus allen DGB-Gewerkschaften angehören, um über ihre Empfehlungen zu den Anträgen zu beraten. Der DGB-Infoservice *einblick* wird in seinen kommenden Ausgaben die inhaltlichen Schwerpunkte der OBK-Anträge vorstellen. •

Immer weniger soziale Gerechtigkeit

„Was meinen Sie, wie es in drei, vier Jahren sein wird: Wird es dann in Deutschland mehr soziale Gerechtigkeit geben als bisher oder weniger, oder wird sich nichts ändern?" Antworten im Rahmen von repräsentativen Befragungen der über 18-Jährigen in Deutschland (in Prozent)



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10008 (2007), 10049 (2010)

Viele BundesbürgerInnen sind überzeugt, dass soziale Gerechtigkeit in Deutschland immer mehr abnimmt. Auf dem DGB-Bundeskongress im Mai werden die Delegierten auch darüber diskutieren, welche politischen Weichenstellungen erforderlich sind, um soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Fortschritt künftig sicherzustellen.

plusminusBERLIN

+ ***Monika Lazar** (Grüne) will eine klare Positionierung gegen Rechtsextremismus. Die neuen Bundesprogramme gegen „jeden Extremismus" seien realitätsfern, verharmlosten die Gefahr von Neonazis und kriminalisierten zivilgesellschaftliche Anti-Nazi-Kampagnen.*

– ***Günter Krings** (CDU) zeigt sich anlässlich der Entscheidung des EU-Parlamentes gegen das SWIFT-Abkommen mit den USA demokratieverdrossen: „Das war keine Sternstunde des Europaparlamentes." Er will neue Verhandlungen, die diesmal „zum Erfolg geführt werden müssen".*

inhalt

Seite 3
Der Bund wird erneuert
Auf dem DGB-Bundeskongress im Mai 2010 steht eine neue DGB-Satzung zur Abstimmung. einblick stellt die Details des Satzungsantrags vor

Seite 5
Im Hamsterrad
Unzählige Studien belegen – die steigende Arbeitsbelastung setzt den Beschäftigten zu. Doch wie können gute Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden?

Seite 7
Vorrang für Beschäftigung
Der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber beschreibt, was zu tun ist, um Entlassungen in der Krise zu vermeiden

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/
Internetseite des Deutschen Bundestags mit einer zeitnahen Auflistung aller Parteispenden

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Stellungnahme des DGB zur Konsultation der EU-Kommission über die zukünftige EU-Strategie bis 2020

POLITIK AKTUELL

Kopfpauschale

Finanzpolitisches Harakiri

Ungeachtet der breiten Kritik in der Öffentlichkeit hält Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler weiter an seinem Plan fest, eine Kopfpauschale in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) einzuführen. Im März tritt erstmals eine Regierungskommission zusammen, um Details zu erarbeiten. In einer eigenen Reformkommission für ein „solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft" will der DGB gemeinsam mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, WissenschaftlerInnen und weiteren gesellschaftlichen Organisationen bis zum Herbst 2010 eigene Vorschläge zur Weiterentwicklung der solidarischen Krankenversicherung entwickeln *(einblick 02/10)*. Die konstituierende Sitzung der Kommission findet an 10.März in Berlin statt. Daneben bereitet der DGB auch ein breites gesellschaftliches Aktionsbündnis gegen die Kopfpauschale vor.

Ein Systemwechsel hin zur einkommensunabhängigen Kopfpauschale, die einen „Sozialausgleich" von 20 bis 35 Milliarden aus Steuermitteln erfordert, sei „finanzpolitisches Harakiri", urteilt Annelie Buntenbach, im DGB-Vorstand für Gesundheitspolitik zuständig. Versicherte mit geringen Einkommen würden zu bedürftigen Bittstellern gemacht, weil sie die Kopfpauschale nicht zahlen könnten. Statt den seit Jahrzehnten bewährten Solidarausgleich in der GKV weiterzuentwickeln, würde die „Kopfpauschale zu einer Art Hartz IV in der Krankenversicherung führen". Zudem sei der „Sozialausgleich" nicht finanzierbar.

Die Kritik der Gewerkschaften wird durch Berechnungen des Bundesfinanzministeriums gestützt. Der Sozialausgleich ließe sich nur durch erhebliche Steuererhöhungen finanzieren, heißt es in einer Antwort des Ministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen. Um das bis zu 35 Milliarden teure Vorhaben zu verwirklichen, müsse der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer von aktuell 45 auf 73 oder gar 100 Prozent erhöht werden.

Mit der DGB-Reformkommission wollen die Gewerkschaften „eine transparente, öffentliche Debatte" über die Zukunft des Gesundheitssystems erreichen. „Ich halte es für falsch, dass die Bundesregierung mit spitzer Feder einen Systemwechsel formuliert und nun auch noch hinter verschlossenen Türen verhandeln will, wie das technisch umgesetzt werden kann", sagt Buntenbach. Der DGB setze diesem Vorgehen mit der eigenen Kommission gesellschaftliche Kraft und Kompetenz entgegen.

Neben WissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen haben bereits VertreterInnen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände – etwa Diakonisches Werk, AWO, Paritätischer, SoVD, VdK oder Volkssolidarität – ihre Teilnahme zugesagt. Auch die Verbraucherzentrale Bundesverband, der Deutsche Frauenrat, der Deutsche Bundesjugendring und Spitzenvertreter der Gesetzlichen Krankenversicherung machen mit. Um die Debatten in den Parteien aufzunehmen, habe der DGB im Übrigen auch die Arbeitnehmerorganisationen der Parteien in die Kommission eingeladen, so Buntenbach. •

Sozialgerichte

Präsidentin gegen Fusion

Die Präsidentin des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG), Marion Eckertz-Höfer, hat sich vehement gegen die Pläne der Bundesregierung ausgesprochen, die Sozialgerichte mit den Verwaltungsgerichten zusammenzulegen. Sie warne davor, die bewährte Spezialisierung des gegliederten Justizsystems, „um die wir im Ausland heftig beneidet werden, tagespolitischen Forderungen zu opfern".

Zuletzt wurde die Zusammenlegung der Sozial- und Verwaltungsgerichte 2008 wieder intensiver diskutiert, als die Föderalismuskommission II das Thema auf ihre Tagesordnung setzte. Der DGB aktivierte daraufhin ein Netzwerk aus zwölf Verbänden, darunter der Bund Deutscher Sozialrichter und der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen, das sich für die Eigenständigkeit der Sozialgerichte einsetzte. Das gegliederte Justizsystem sei nicht nur traditionell bedingt, so das Netzwerk in einer gemeinsamen Stellungnahme. Die fachliche Spezialisierung der Richter sei notwendig, weil ihnen heute „hochspezialisierte Prozessvertreter" gegenüberstünden. •

Finanztransaktionsteuer

Kampagnenfilm online

Die Kampagne „Steuer gegen Armut" hat auf der Berlinale einen Kurzfilm mit den Schauspielern Heike Makatsch und Jan Josef Liefers vorgestellt, um für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu werben. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki begrüßte den großen öffentlichen Zuspruch zur Aktion. „Wir freuen uns, dass die Kampagne, die auch vom DGB unterstützt wird, so viel Dynamik entfaltet." Ferner betonte Matecki die Vorteile einer Steuer auf Finanzprodukte: „Kurzfristige Spekulationen würden eingedämmt, Finanzströme transparent." Zudem spüle sie dauerhaft dringend benötigtes Geld in die öffentlichen Kassen. In dem Film spielen Makatsch und Liefers eine Interviewszene zwischen einer Journalistin und einem Banker – mit überraschendem Ausgang. •

www.steuer-gegen-armut.de

Energiepolitik

DGB unterstützt Klimaziel

Die für Energie- und Umweltpolitik zuständigen Vorstandsmitglieder des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften haben sich mit Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) auf eine Mitarbeit am energiepolitischen Gesamtkonzept der Bundesregierung verständigt. DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel betonte: „Wir unterstützen ausdrücklich das nationale Klimaabkommen der Bundesregierung." Demnach sollen bis 2020 die Treibhausgase um 40 Prozent reduziert werden. Für die Gewerkschaften stehe fest, dass im sozial-ökologischen Umbau der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven für die Zukunft liegen, so Hexel. Um dies zu erreichen, müsste die Energieeffizienz gesteigert und erneuerbare Energien ausgebaut werden. Kernenergie sei hingegen keine Brückentechnologie, sondern ein Auslaufmodell, betonte das DGB-Vorstandsmitglied. Energiekonzerne stünden in der Pflicht, stärker in den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu investieren. •

in eigener Sache

einblick-Redakteur **Timm Steinborn,** 29, seit 2000 freies, seit 2006 festes Mitglied der einblick-Redaktion, tauscht ab März die Tastatur gegen den Kinderwagen und geht für ein halbes Jahr in Elternzeit. Verstärkt wird die Redaktion in dieser Zeit von **Haidy Damm,** 38, freie Journalistin. Das einblick-Team wünscht Timm Steinborn und seiner Familie alles Gute und heißt Haidy Damm herzlich in der Redaktion willkommen.

DGB-Satzung und -Strukturreform

Der Bund wird erneuert

Der DGB-Bundesvorstand hat sich einstimmig auf den Entwurf einer neuen DGB-Satzung geeinigt, der dem DGB-Bundeskongress im Mai zum Beschluss vorgelegt wird. Wesentlicher Bestandteil: die Stärkung des DGB in seiner Funktion als Bund der Gewerkschaften durch eine neue Organisationsstruktur – mit zwei hauptamtlichen Ebenen und einer ehrenamtlichen Satzungsebene in kreisfreien Städten und Landkreisen.

DGB und Gewerkschaften haben das vergangene Jahr genutzt, um intensiv auf verschiedenen Ebenen an einer neuen Struktur für den DGB zu arbeiten – mit Erfolg: Im Februar haben sich die Mitgliedsgewerkschaften im DGB-Bundesvorstand einstimmig auf einen Satzungsentwurf mit einer neuen Struktur für ihren Bund der Gewerkschaften verständigt.

Damit geht die Strukturreform in die entscheidende Runde, nachdem Ende 2008 der Startschuss für die Diskussionen gefallen war. Bereits damals waren sich die Gewerkschaften einig: Die Finanz- und Wirtschaftskrise setzt neue, schwierigere Rahmenbedingungen. Mehr denn je braucht es in der Krise starke Gewerkschaften und einen starken DGB. Die Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften und des DGB suchten nach Wegen, den DGB und seine Strukturen langfristig zukunftsfest zu machen, und legten gemeinsame Eckpunkte für eine DGB-Strukturreform vor. Sie enthielten Vorschläge, wie der DGB in seiner Funktion als Bund der Gewerkschaften durch eine neue Organisationsstruktur gestärkt werden kann.

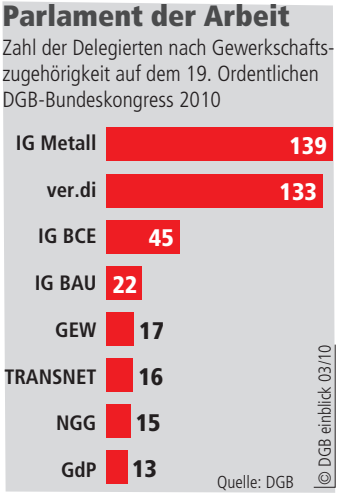
Die Eckpunkte sind in der Folge breit und intensiv diskutiert worden – in den Mitgliedsgewerkschaften ebenso, wie in den DGB-Bezirken. Wesentliches Ergebnis der Diskussionen sowie der Beratungen der Mitgliedsgewerkschaften: Die grundlegende Linie der Eckpunkte, die sich auch im Beschluss des DGB-Bundesvorstands zur neuen DGB-Satzung vom November 2009 widerspiegelte, wurde bestätigt.

Das heißt: Der DGB wird künftig auf zwei, statt bisher auf drei Ebenen hauptamtlich vertreten sein: auf der Bundes-, sowie auf der Bezirksebene. Auf der Bundesebene verkleinert sich der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) laut Satzungsentwurf von fünf auf vier Mitglieder, beim Bundeskongress im Mai werden aber noch fünf GBV-Mitglieder gewählt *(einblick 2/2010)*. Die bisher dritte Ebene, die Regionen, werden Teil der Bezirksverwaltungen. Aus der Funktion der Regionsvorsitzenden werden RegionsgeschäftsführerInnen, die nicht mehr von einer Regionsdelegiertenversammlung gewählt werden, sondern von den Bezirkskonferenzen.

Eine ihrer wichtigen Aufgaben laut Satzungsentwurf: die Arbeit der neuen, ehrenamtlichen Kreis- und Stadtverbände zu koordinieren und zu unterstützen. In möglichst vielen der rund 430 kreisfreien Städte und Landkreise der Bundesrepublik soll ein solcher DGB-Kreis- oder Stadtverband entstehen. Hierdurch wird der politische Einfluss von DGB und Gewerkschaften auf Kommunen und Kreise deutlich gestärkt und der DGB erhält auf lokaler Ebene ein Gesicht. Mit der verbesserten Präsenz in der Fläche soll der DGB die Arbeit der Mitgliedsgewerkschaften vor Ort effektiver als bisher unterstützen können. Dafür erhält jeder Bezirk für die Kreis- und Stadtverbände Haushaltsmittel durch den Bund.

Entgegen dem ersten Satzungsentwurf lässt der jetzt beschlossene Entwurf die genaue Ausgestaltung der Kreis- und Stadtverbände weitgehend offen und eröffnet damit Gestaltungsspielräume für individuelle Lösungen auf Bezirksebene. Sinnvoll: Denn die kommunalen Strukturen und Verfassungen sind von Bundesland zu Bundesland sehr verschieden.

Was genau „Rechte und Aufgaben" der neuen Gliederungen werden, wird laut aktuellem Satzungsentwurf der DGB-Bundesvorstand noch in einer Richtlinie regeln. Die endgültige Entscheidung über die Satzung liegt beim DGB-Bundeskongress und den dort vertretenen 400 Delegierten der acht Mitgliedsgewerkschaften. •



400 Delegierte der Mitgliedsgewerkschaften vertreten auf dem 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress, dem Parlament der Arbeit, im Mai 2010 über sechs Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Rund zwei Drittel der Delegierten kommen aus der IG Metall und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Frauen und Jugend dabei

Der jetzt vom DGB-Bundesvorstand einstimmig beschlossene Satzungsantrag an den Bundeskongress sieht Stimmrecht für VertreterInnen der DGB-Frauen und der DGB-Jugend in den DGB-Bezirksvorstände vor. Auf der Ebene der DGB-Kreis- und Stadtverbände wird diese Frage in der Richtlinie geregelt werden, die der DGB-Bundesvorstand über die Rechte und Aufgaben dieser neuen ehrenamtlichen Organisationsebene aufstellt.

In einem ersten Satzungsentwurf war für Frauen- und JugendvertreterInnen in den Bezirksvorständen nur ein Beratungsrecht vorgesehen (einblick 1/2010).

Solifonds neu geregelt

Der Beitrag der Mitgliedsgewerkschaften an ihren Bund bleibt unverändert bei zwölf Prozent ihres Beitragsaufkommens. Neu geregelt wird im Satzungsentwurf aber der Solidaritäts- und Aktionsfonds, aus dem Solidaritätsmaßnahmen und „besondere gewerkschaftliche Aktionen" finanziert werden. Die Mitgliedsgewerkschaften zahlen in den bisherigen Fonds gesondert ein. Künftig soll der neue Fonds aus den Mitgliedsbeiträgen finanziert werden.

PROJEKTE UND PARTNER

Bildungsarbeit

DGB-Region legt nach

Die DGB-Region Emscher-Lippe ist seit Anfang 2010 maßgeblich an der Umsetzung des von ihr initiierten regionalen „Masterplans Erziehung, Bildung, Arbeit" beteiligt. Die von DGB-Region und DGB-Bildungswerk NRW dafür gegründete gemeinnützige GmbH EBA organisiert die Umsetzung des mit über 600 000 Euro von der Landesregierung bezuschussten Vorhabens.

Kooperationspartner sind die örtliche Handwerkskammer und die gewerkschaftsnahe Gesellschaft MPQ. Der siebenköpfigen Lenkungsgruppe gehören neben dem DGB-Regionsvorsitzenden Josef Hülsdünker die Oberbürgermeister und der Landrat der Region an. Das Projekt mit einer Laufzeit von zwei Jahren koordiniert und beeinflusst alle öffentlichen Bildungsvorhaben in der Emscher-Lippe-Region – von der frühkindlichen Erziehung in Kitas bis zu Berufskollegs und Weiterbildungsträgern.

Projekte der Bildungsarbeit haben Tradition in der DGB-Region. Seit einem Beschluss der Regions-Delegiertenkonferenz 2001 ist der DGB vor Ort systematisch in der Ausbildungs- und Bildungspolitik aktiv. So wurde bereits vor Jahren das Projekt „Arbeiten und Lernen" gemeinsam mit dem DGB-Bildungswerk NRW gestartet. Das Projekt knüpfte Netzwerke zum „Übergangsmanagement" von der Schule in den Beruf. Für das Folgeprojekt „Ausbildungsreife und Berufsorientierung", das an 20 Schulen der Region das Übergangsmanagement verfeinerte, lief 2008 die öffentliche Förderung aus – selbst die Arbeitgebervertreter im Berufsbildungsausschuss der örtlichen IHK stimmten daraufhin bei einer Protestresolution mit.

DGB-Regionsvorsitzender Josef Hülsdünker setzt bei seinen Vorhaben in der Region auf starke Projektpartner. „Für die Umsetzung unserer Projektideen brauchen wir handlungsfähige Partner – wie das DGB-Bildungswerk NRW ", so Hülsdünker. •

www.dgb-emscher-lippe.de

interregio

••• Die ***DGB-Region Bremen-Elbe-Weser*** bietet in Kooperation mit den Gewerkschaften IG Metall, ver.di, NGG, GEW und dem gewerkschaftlichen Bildungsträger Arbeit und Leben e.V. prekär Beschäftigten Rat und Hilfe. Im ***BeratungsBüro Prekäre Beschäftigung*** in Bremen können sich LeiharbeiterInnen oder Menschen in geringfügig entlohnter Arbeit über ihre Rechte und Pflichten beraten lassen. Auch im Angebot: Tipps und Hilfe zu Tarifen, Praktika und Auseinandersetzungen ums Arbeitsverhältnis. Darüber hinaus bietet die Einrichtung Informationen im Rahmen der EU-Dienstleistungsrichtlinie für EU-BürgerInnen, die in Bremen arbeiten.

www.beratung-prekaere-beschaeftigung.de

••• Die ***DGB-Region Ostsachsen*** vergibt in Zusammenarbeit mit dem „Netzwerk Canaletto – Betriebs- und Personalräte stark im Netz" den ***1. Ostsächsischen Mitbestimmungspreis.*** Der Preis soll das Engagement von Betriebs- und Personalräten in der Öffentlichkeit bekannter machen und gewerkschaftliche Bildungsarbeit für Betriebsräte bewerben. Ausgezeichnet werden sollen Betriebs- und Personalräte aus Unternehmen und Verwaltung, in denen die Mitbestimmung besonders gut funktioniert, sowie Projekte, die erfolgreich Krisen bewältigt haben und zur Erhaltung und Schaffung von vollwertigen Arbeits- und Ausbildungsplätzen beigetragen haben. Bewerbungsschluss für Unternehmen (Betriebs- und Personalräte, Geschäftsleitung), Projekte und Initiativen ist der 15. März.

www.dgb-ostsachsen.de

Buch

Politische Bildung ist möglich

Politische Bildungsarbeit befindet sich seit Jahren auf dem Rückzug – aber nicht bei den Gewerkschaften. Jährlich mehr als 200 000 TeilnehmerInnen der gewerkschaftlichen Bildungsseminare zeigen: Politische Bildungsarbeit ist nach wie vor angesagt. In dem gerade im Schüren Verlag erschienenen Band „Politische Erwachsenenbildung am Beispiel der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit" stellen die drei Autoren nicht nur die didaktischen und methodischen Grundlagen der gewerkschaftlichen Bildung vor, sie erläutern auch den besonderen Charakter gewerkschaftlicher Bildungsarbeit. Seit der Gründung von Gewerkschaften hat sich am Grundverständnis wenig geändert: Aus Sicht der Gewerkschaften soll politische Bildung dazu beitragen, dass Menschen ihr soziales Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Darüber hinaus bietet das Buch zahlreiche praktische Hinweise für alle, die sich in der politischen Erwachsenenbildung engagieren. *Martin Allespach, Hilbert Meyer, Lothar Wetzel: Politische Erwachsenenbildung am Beispiel der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, Schüren Verlag, Marburg 2009, 223 Seiten, 19,90 Euro.* •

DGB-Broschüre

Steuern für Zocker

Der Finanzmarkt muss an die Kette, da sind sich viele gesellschaftliche Akteure sicher. Am besten mit Hilfe einer Finanztransaktionssteuer. In Sonntagsreden möchte das auch Bundeskanzlerin Merkel, doch politische Bewegung ist nicht zu erkennen. Denn, so lautet ein Gegenargument, die Steuer mache nur im internationalen Rahmen Sinn. Ein Scheinargument, wie eine aktuelle Broschüre des DGB zum Thema belegt. Unter dem Titel „Aus der Krise lernen – Finanztransaktionen besteuern" wird der Finanzmarkt mit seinen Produkten beschrieben.

Zudem wird mit vielen diffusen Argumenten gegen die Steuer abgerechnet und ein Überblick über die verschiedenen möglichen Besteuerungsvarianten gegeben. •

www.dgb-bestellservice.de

Otto-Brenner-Stiftung

Berlinale-Film gefördert

Der von der Otto-Brenner-Stiftung unterstützte Film „Fritz Bauer – Tod auf Raten" hat es in das Programm der 60. Berlinale geschafft. In der Dokumentation setzt Regisseurin Ilona Ziok dem ehemaligen Staatsanwalt und Antifaschisten Fritz Bauer ein filmisches Denkmal. Dieser war 1935 vor den Nazis geflohen und gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zu den führenden Aufklärern der Naziverbrechen. So erstritt Bauer 1952 in einem Prozess die Rehabilitation der hingerichteten Widerstandskämpfer und war maßgeblicher Initiator der Frankfurter Auschwitz-Prozesse. Der Film erzählt von seinem Kampf für Gerechtigkeit, zeigt Archivmaterial und lässt Wegbegleiter zu Wort kommen. •

www.einblick.dgb.de/links

Gesundheitsschutz

Schlaflos im Hamsterrad

Unzählige Studien belegen: Deutsche ArbeitnehmerInnen leiden unter einer stetig steigenden Arbeitsbelastung. Zuletzt hat ein Report der Deutschen Angestellten-Krankenkasse (DAK) belegt, dass Schlafstörungen, verursacht durch beruflichen Stress, keine Seltenheit mehr sind. Doch was sind die Auswege aus dem Turbo-Hamsterrad?

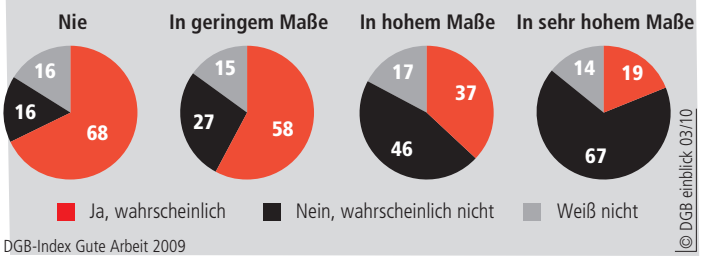
Egal, auf welcher Ebene man sich dem Thema nähert: Die Zahlen und Fakten sind eindeutig. Flexible Arbeitsprozesse, ständige Erreichbarkeit im Job über E-Mail, Handy und Telefon und in Krisenzeiten die Sorge um den Arbeitsplatz führen zu einer zunehmenden psychischen Belastung der Beschäftigten. Der Gesundheitsreport der DAK zeigt einmal mehr, welche Folgen dies hat. Demnach geben 28 Prozent der Erwerbstätigen im Alter zwischen 35 und 65 Jahren an, dass sie in den letzten drei Monaten Schlafprobleme wie Ein- und Durchschlafstörungen hatten. Bei mehr als jeder/m Vierten traten diese sogar häufiger auf. Zieht man diese Gruppen zusammen, dann berichtet jede/r Zweite davon, Probleme beim Ein- oder Durchschlafen zu haben, so der DAK-Bericht. Als stärkster Störfaktor für den Schlaf weist der Report mit 40 Prozent die Kategorie „besonderer Stress und Belastungen" aus. Hierzu zählen einschneidende Lebenskrisen wie Todesfälle oder Krankheiten aber vor allem auch psychische Belastungen am Arbeitsplatz, wie Zeitdruck, ständige Arbeitsunterbrechungen, Mobbing sowie die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zudem machen weitere 20 Prozent der Befragten Schichtarbeit und Arbeiten nach 20 Uhr für Schlafstörungen verantwortlich. ForscherInnen der Deutschen Gesellschaft für Schlafforschung und Schlafmedizin (DGSM) bestätigen: Psychischer Stress am Arbeitsplatz sei ein wichtiger Faktor bei der Genese von Insomnie, also chronischer Schlaflosigkeit, der den Einfluss von physischem Stress bei weitem überwiege.

Klaus Pickshaus, Leiter des Bereichs Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung beim IG Metall-Vorstand, verwundern diese Zahlen nicht. „Seit Jahren gibt es einen Trend, dass die psychischen Belastungen in der Arbeitswelt steigen. Vor allem der zunehmende Leistungsdruck sowie die Ausweitung der Arbeitszeit stehen als Ursache an erster Stelle." Zudem weist Pickshaus auf den zusätzlichen Druck hin, den die Wirtschafts- und Finanzkrise in die Arbeitswelt getragen hat. Die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz setzt vielen Beschäftigten massiv zu. Dabei sei oftmals auffällig, dass durch Kurzarbeit zwar die Arbeitszeit gesunken ist, um Arbeitsplätze zu sichern, andererseits ist das Arbeitspensum für manche aber gleich geblieben. Pickshaus weiß um den enormen Druck: Auf Veranstaltungen zur Gesundheit sei die psychische Dimension mittlerweile Hauptthema, erklärt Pickshaus. „Für die Leute steht fest, dass ihre psychische Verfassung elementare Grundbedingung ist, um ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten." Den Zusammenhang zwischen Jobsicherheit und gesunden Bedingungen am Arbeitsplatz verdeutlichte auch das Votum von 480 000 TeilnehmerInnen der IG Metall-Mitgliederbefragung im vergangenen Jahr. Mit fast 90 Prozent wollen die Menschen vor allem einen sicheren Arbeitsplatz. 84 Prozent fordern zudem einen Arbeitsplatz, der nicht krank macht.

Doch welche Möglichkeiten gibt es, Sicherheit und Gesundheit zu vereinbaren? Pickshaus stellt klar, dass es in erster Linie wieder um die Themen Leistungsdruck und Arbeitszeit gehen muss. Die Beschäftigten hätten durch Kurzarbeit das Mehr an Freizeit als Stressausgleich durchaus zu schätzen gelernt. Darum mache es Sinn, die aktuelle Situation als „Einrastpunkt" zu nutzen, um Arbeit gleichmäßiger auf mehr Beschäftigte zu verteilen, fordert Pickshaus. Dafür müsse aber auch bei der Arbeitsorganisation angesetzt werden. Zu viele Stellen seien in den vergangenen Jahren gestrichen worden. Um die Folgen zu verdeutlichen, müssten Instrumente etwa der IG Metall wie der Arbeitszeit-TÜV oder das StressBarometer stärker genutzt und die Ergebnisse in der Öffentlichkeit verbreitet werden: Damit niemand das Gefühl hat, alleine im Hamsterrad zu sein. Für die Gewerkschaften steht fest: Gerade jetzt ist es Zeit für Gute Arbeit.

Unter Stress Rente unerreichbar

Bewertung von Beschäftigten, ob sie unter den aktuellen Arbeitsbedingungen bis zum regulären Renteneintrittsalter durchhalten (in Prozent)



DGB-Index Gute Arbeit 2009

Permanente Arbeit unter Zeitdruck wirkt sich auch negativ auf den Renteneinstieg aus. Der DGB-Index Gute Arbeit 2009 zeigt, dass Beschäftigte, die ihre Arbeit immer unter besonderem Zeitdruck verrichten, nicht davon ausgehen, bis zum Rentenalter arbeiten zu können.

Gute Arbeit jetzt

Unter dem Motto Gute Arbeit setzen sich die Gewerkschaften für gute Bedingungen im Job ein. Der DGB-Index Gute Arbeit zeigt seit 2007, wie die Beschäftigten in Deutschland ihre Arbeitsbedingungen bewerten. Anhand von 15 Dimensionen wird die Zufriedenheit der ArbeitnehmerInnen zum Beispiel mit ihrem Einkommen oder der Arbeitsintensität ermittelt. Die Ergebnisse 2009: 12 Prozent haben gute Arbeit, 33 Prozent schlechte Arbeit und 55 Prozent mittelmäßige Arbeit.

Im Internet bieten die Einzelgewerkschaften weitere Info- und Prüfangebote. Mit dem Arbeitszeit-Check der IG Metall können Beschäftigte schnell nachprüfen, wie es um die Bedingungen in ihrem Betrieb bestellt ist. Unter www.verdi-gute-arbeit.de informiert ver.di umfassend zum Thema.

Hintergrund und Links zum Thema unter
www.einblick.dgb.de/hintergrund

kurz&bündig

TRANSNET und GDBA haben die Bahn AG aufgefordert, den Beschäftigten einen zusätzlichen Urlaubstag zu gewähren. Ihr persönlicher Einsatz im Winterdienst, am Gleis, in der Wartung und Instandhaltung sowie im Zug habe die Beeinträchtigungen des Zugverkehrs durch das Winterwetter begrenzt. Dies müsse honoriert werden.

Die IG BCE kritisiert die angekündigten Kürzungen in der Solarenergie. Diese träfen die deutschen Photovoltaikmodul-Hersteller und -Zulieferer und bedrohten so tausende Arbeitsplätze. Bei der Verlagerung ins Ausland würde Photovoltaik unter schlechteren Sozial- und Umweltstandards produziert.

Die GEW fordert ein Bundesgesetz zur Regelung der Hochschulzulassung. Der Bund habe nach der Föderalismusreform die nötigen Kompetenzen und dürfe nicht länger zuschauen, wie die Hochschulen mit der dezentralen Steuerung überfordert seien. Das Zulassungschaos gehe ins fünfte Jahr und schrecke junge Menschen von der Aufnahme eines Studiums ab.

ver.di kritisiert die Billigpreisstrategie im Einzelhandel. Das durch die Discounter ausgelöste Preisdumping setze die ganze Lebensmittel-Branche unter Druck. Leidtragende sind neben den Beschäftigten der produzierenden Betriebe auch die Verbraucher wegen sinkender Qualität.

DGB-Kampagne

Junge Betriebsräte gesucht

„Betriebsräte machen den Unterschied" ist das Motto der DGB-Begleitkampagne zu den Betriebsratswahlen 2010 *(einblick 22/09 und 01/10)* vom 1. März bis zum 31. Mai. Gestartet werden soll die Kampagne am 9. März mit einer Pressekonferenz in Berlin, an der neben dem DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske und der Autor Günter Wallraff teilnehmen. Ab 5. März werben Großflächenplakate für die Wahl von Betriebsräten. Parallel werden auch Anzeigen in Tageszeitungen geschaltet. Auch in sozialen Internet-Netzwerken wie Facebook oder Xing soll die Kampagne präsent sein.

Die Homepage zur Kampagne *www.mitbestimmt.de* enthält neben Infos zu den Wahlen auch interaktive Elemente – so werden Beschäftigte aufgefordert, ihre eigene Einschätzung zum Wert von Betriebsräten abzugeben und den Satz „Betriebsräte machen den Unterschied, weil …" zu ergänzen. Zudem werden im Rahmen der Kampagne die jüngsten Betriebsratsmitglieder in Deutschland gesucht. Sie sollen auf der Homepage vorgestellt werden.

Bereits jetzt beantwortet die Kampagnen-Hotline 0180 - 234 00 00 Fragen rund um die Betriebsratswahlen. Neben einem elektronischen Tool-Kit für Aktionen vor Ort soll es außerdem im April eine Aktionszeitung geben. •

Appell

Zukunft ohne Atomwaffen

Im Mai 2010 tritt die internationale Staatengemeinschaft zusammen, um über die Zukunft des Atomwaffensperrvertrages zu beraten. Mit Barack Obama hat die Atommacht USA einen Präsidenten, der eine Welt ohne Atomwaffen als Ziel seiner Politik benannt hat. Um die Staatengemeinschaft zu ermutigen, konkrete Schritte in Richtung atomare Abrüstung zu beschließen, hat in Deutschland ein breites Bündnis den Appell „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!" gestartet. Zu den ErstunterzeichnerInnen gehören u.a. Vorsitzende und Vorstandsmitglieder von DGB und Gewerkschaften, darunter Frank Bsirske (ver.di), Helga Schwitzer und Hans-Jürgen Urban (IG Metall), Franz-Josef Möllenberg (NGG), Ulrich Thöne (GEW) sowie Annelie Buntenbach (DGB). •

www.npt2010.de

in eigener Sache

In der Rubrik „Personalien" der letzten Ausgabe *(einblick 2/2010)* ist der Redaktion ein Fehler unterlaufen. Bei der Berechnung der prozentualen Wahlergebnisse der neuen DGB-Spitze in Baden-Württemberg haben wir eine falsche Zahl abgegebener gültiger Stimmen zugrunde gelegt. Der neue Bezirksvorsitzende **Nikolaus Landgraf,** 43, erhielt tatsächlich 83,8 Prozent, die stellvertretende Vorsitzende **Marion von Wartenberg,** 52, erhielt 84,4 Prozent der gültigen Stimmen.

?...nachgefragt

Foto: privat

Stefanie Hanke, 40, ist Vertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Dominikanischen Republik und Direktorin für Haiti. Zu ihren Aufgaben gehört, die Mittel aus der DGB-Spendenaktion für den Wiederaufbau des Zentrums für gewerkschaftliche organisierte Frauen an die Partner in Haiti weiterzuleiten *(einblick 2/10)*. Hier ihre Einschätzung der aktuellen Lage in der Erdbebenregion.

Zurzeit geht es darum, Hunderttausende Obdachlose mit Lebensmitteln und Unterkünften zu versorgen. Spätestens im März, wenn die ersten großen Regenfälle kommen, muss für viele Obdachlose eine neue Bleibe gefunden sein – wo ist noch unklar. Die medizinische Hilfe ist immer noch unzureichend. Durch das Beben sind unzählige Menschen arbeitslos geworden. Sie stehen vor dem Nichts, denn eine Arbeitslosenversicherung existiert nicht.

Zudem ist Haiti eines der korruptesten Länder der Welt – es ist zu befürchten, dass zahlreiche Hilfsgelder in den Taschen von Regierungsbeamten landen werden. Die Diskussionen um den Wiederaufbau laufen. Aber die staatlichen Strukturen waren bereits vor dem Beben sehr schwach und kaum funktionsfähig. So gab es nicht einmal eine Baubehörde. Das Katasteramt ist zerstört. Damit sind Konflikte um Grundbesitz vorprogrammiert. Das Beben ist auch deshalb so verheerend gewesen, weil viele Häuser gebaut wurden, ohne irgendwelche Normen zu beachten. Unklar ist, ob es zukünftig eine Behörde geben wird, die die Einhaltung der Bauvorschriften kontrolliert. Dies alles sind ganz konkrete Probleme, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Wir machen uns auf jeden Fall auf einige Überraschungen gefasst.

Spendenkonto: *Gewerkschaften helfen, SEB Düsseldorf, Kontonummer: 1 756 906 400, Bankleitzahl: 300 101 11, Stichwort: „Erdbeben"*

Mehr: *www.einblick.dgb.de*

MEINUNG

Beschäftigungssicherung in der Krise

Politik muss Job-Paket begleiten

In der Krise hat Beschäftigungssicherung Priorität – nicht nur für die Gewerkschaften und die Unternehmen. Auch die Politik muss einen Beitrag leisten, meint Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall.

Foto: IG Metall, Gaby Gerster

Berthold Huber, 60, ist seit 2007 Erster Vorsitzender der IG Metall.

Im vergangenen Jahr ist es besser gelungen, Beschäftigung zu sichern, als wir alle zu hoffen wagten. 2010 wird allerdings wesentlich schwieriger werden. Wir sind wohl **auf dem Boden der Krise angekommen.** Nach dem historisch einmaligen BIP-Minus von fünf Prozent in 2009 wäre es aber leichtfertig, BIP-Prognosen von plus ein bis zwei Prozent als „Aufschwung" zu bezeichnen.

Für die deutsche Metall- und Elektroindustrie war 2009 das schwierigste Jahr seit dem Zweiten Weltkrieg. Aufträge und Produktion gingen in nie dagewesenem Umfang zurück. Mit den von der IG Metall vorgeschlagenen Maßnahmen wie der Kurzarbeit oder der Umweltprämie für Altautos aber auch mit dem Konjunkturpaketen I und II konnte ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosenzahlen verhindert werden. Der Arbeitsmarkt blieb im Vergleich mit dem Konjunktureinbruch stabil. Der oft geschmähte Sozialstaat hat sich als stabiler Anker erwiesen. Das ist eine Erkenntnis aus der Krise, die hoffentlich auch in der Politik ankommt.

Dennoch: **Wir stehen 2010 vor der beschäftigungspolitischen Bewährungsprobe.** Allein in den Branchen der Metall- und Elektroindustrie stehen bis Ende 2012 rund 700 000 Jobs auf dem Spiel, wenn Politik, Arbeitergeber und Gewerkschaften nicht gegensteuern.

Für die IG Metall steht fest, dass die Sicherung der Arbeitsplätze für Unternehmen und Politik nach wie vor oberste Priorität haben muss. Es bleibt bei der Forderung: „Keine Entlassungen in der Krise". Eine solche Krise lässt sich nicht mit alten Antworten bewältigen. **Wir brauchen neue Rezepte und neue Wege.** Manche mögen uns loben, dass wir Rituale über Bord geworfen haben. Diese Reaktion ist oberflächlich, darum geht es überhaupt nicht. Wir suchen nach tragfähigen Lösungen, die Beschäftigten vor Massenarbeitslosigkeit zu schützen. Die Arbeitgeber haben hoffentlich gelernt: Wer Mitarbeiter vorschnell entlässt, verliert unwiederbringlich Know-how, findet im nächsten Aufschwung kein Fachpersonal und fördert zudem einen massiven Wohlstandsverlust.

Das entscheidende Instrument zur Verhinderung von Massenarbeitslosigkeit **bleibt die Kurzarbeit.** Sie hat Hunderttausende erfolgreich vor einer drohenden Arbeitslosigkeit bewahrt und wird es auch weiterhin tun. Die maximale Bezugsdauer von Kurzarbeit beträgt heute 18 Monate. Aber die volle Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit endet schon am 31.12.2010. Diese asynchrone Regelung muss beseitigt werden. Nur wenn die Bezugsdauer von Kurzarbeit und die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge synchron laufen, wird dieses Instrument erfolgreich bleiben.

Für den Fall, dass Betriebe an die Grenzen der gesetzlichen Kurzarbeit stoßen, ohne dass sich die Auftragslage nachhaltig verbessert hat, **will die IG Metall zusätzliche tarifliche Modelle zur Beschäftigungssicherung bereitstellen.** Damit können wir für die Beschäftigten, aber auch für die Betriebe, **eine Brücke bis zum Ende der Krise bauen.** Die Lasten hierfür müssen jedoch fair aufgeteilt werden. Deshalb kann es eine Absenkung der tariflichen Arbeitszeit nur mit einem Teillohnausgleich geben. Das ist der Beitrag der Unternehmen zur Lastenverteilung. **Aber ohne öffentliche Unterstützung geht es nicht.** Deshalb muss der Gesetzgeber den Teillohnausgleich befristet beitragsfrei stellen. Denn Arbeitslosigkeit ist für die Bundesagentur für Arbeit um ein Drittel teurer als die Kombination aus gesetzlicher und tariflicher Kurzarbeit à la IG Metall.

Wir erwarten, dass die Politik ein von Arbeitgebern und Gewerkschaften geschnürtes Job-Paket konstruktiv begleitet. **Es geht um Zukunftsinvestitionen und nicht um neue Subventionspolitik!** Letztendlich profitieren alle davon: Die Beschäftigten behalten ihre Arbeitsplätze, die Betriebe verlieren kein Know-how, die sozialen Sicherungssysteme müssen weniger Beitragsausfälle verkraften, und die Politik muss keine Folgen von Massenarbeitslosigkeit bewältigen. Es ist möglich, Entlassungen in der Krise zu verhindern – **wenn man will.**

Durchbruch in NRW

Wie Beschäftigungssicherung in der Krise aussehen kann, zeigt die IG Metall mit ihrem Tarifabschluss für die rund 700 000 Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen, auf den sich Arbeitgeber und IG Metall am 18. Februar einigten. Er wurde noch am gleichen Tag von den Tarifparteien in Baden-Württemberg übernommen.

Der Tarifvertrag „Zukunft in Arbeit" schützt mit einem Paket zur Jobsicherung die Beschäftigten vor betriebsbedingten Kündigungen, verbessert die Übernahme von Azubis und sieht auch Entgelterhöhungen vor. So soll es für 2010 eine Einmalzahlung von 320 Euro geben, und zum 1. April 2011 steigen die Gehälter um 2,7 Prozent.

Der Tarifvertrag schützt die Beschäftigten in Betrieben, die seit mindestens zwölf Monaten kurzarbeiten, für weitere zwölf Monate mit einer neuen tariflichen Kurzarbeit vor betriebsbedingten Kündigungen.

„Mit den gefundenen Instrumenten kann Beschäftigung über die Krise gesichert werden. Es liegt nun an den Unternehmen, diese Instrumente zu nutzen", urteilt Berthold Huber.

Mehr Informationen:
www.einblick.dgb.de

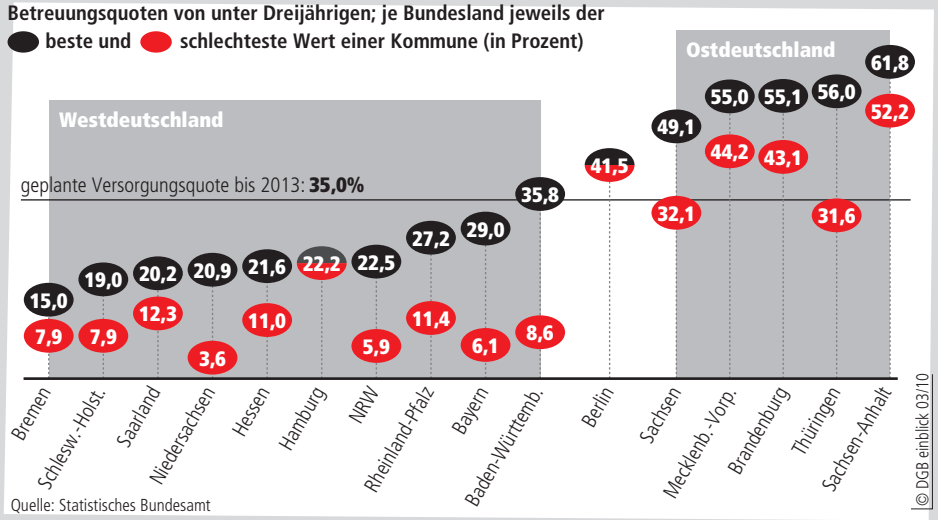
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

KITAS: Ostdeutschland eine Klasse für sich

Selbst die ostdeutschen Kommunen, die in ihren Bundesländern Schlusslicht bei der Betreuungsquote von unter Dreijährigen in Kitas sind, schlagen die meisten Bestwerte westdeutscher Bundesländer deutlich. Während es etwa in Niedersachsen Landkreise gibt, in denen nicht einmal jedes 25. Kind unter drei Jahren betreut werden kann (Landkreis Leer), gibt es überall in Ostdeutschland mindestens für jedes dritte Kind einen Kita-Platz. Die Bundesregierung strebt bis 2013 eine Versorgungsquote von 35 Prozent an.



personalien

••• ***Guntram Schneider,*** 58, wurde am 6. Februar von der Bezirkskonferenz des DGB NRW mit 87,8 Prozent als Bezirksvorsitzender wiedergewählt. Zur neuen stellvertretenden Bezirksvorsitzenden wurde mit 63,3 Prozent ***Dr. Sabine Graf,*** 49, bisher Geschäftsführerin der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, gewählt.

••• Ebenfalls am 6. Februar wählte die Bezirkskonferenz des DGB West ***Dietmar Muscheid,*** 52, zum neuen und alten Bezirksvorsitzenden (93,9%). Als stellvertretender Vorsitzender wurde ***Eugen Roth,*** 52, (99,0%) wiedergewählt.

••• Auf der Bezirkskonferenz des DGB Bayern wurde ***Matthias Jena,*** 49, bisher Pressesprecher der IG Metall Bayern, am 12. Februar mit 59,6 Prozent zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er setzte sich in der Abstimmung gegen ***Dominik Schirmer,*** 43, (40,4%) Leiter des ver.di-Fachbereichs „Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen" in Bayern, durch. Der bisherige Bezirksvorsitzende ***Fritz Schösser,*** 62, war nicht zur Wiederwahl angetreten. Neue stellvertretende Bezirksvorsitzende wurde ***Christiane Berger,*** 47, bisher Geschäftsführerin der Technologie- und Innovationsberatungsagentur in Bayern e.V. (99,0%).

••• Die Bezirkskonferenz des DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt wählte am 13. Februar ***Hartmut Tölle,*** 56, mit 81,7 Prozent erneut zum niedersächsischen Landesvorsitzenden und zum DGB-Bezirksvorsitzenden. Als Bezirksvize und Landesvorsitzender von Sachsen-Anhalt wiedergewählt wurde ***Udo Gebhardt,*** 57, mit 91,6 Prozent.

••• ***Uwe Polkaehn,*** 54, seit sechs Jahren Vorsitzender der DGB-Region Schleswig-Holstein-Südost, wurde am 13. Februar von der Bezirkskonferenz des DGB Nord zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt (94,6%). Er folgt ***Peter Deutschland,*** 65, der nicht zur Wiederwahl antrat. Alter und neuer stellvertretender Bezirksvorsitzender wurde ***Ingo Schlüter,*** 50, mit 85,7 Prozent.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Lena Clausen, Haidy Damm, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

24.2. DGB-Region Mittelfranken „Talk im Uhrenturm – Zurück an den Abgrund! Welcher Weg führt aus der Krise?", Nürnberg

24./25.2. Hans-Böckler-Stiftung, 3. Hochschulpolitisches Forum „Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung", Berlin

1.3. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) und Institut Arbeit und Qualifizierung (IAQ), Workshop „Minijob – eine Beschäftigungsform mit Nebenwirkung", Duisburg

2.3. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Symposium „IMK-Konjunkturforum – Wirtschaftspolitische Herausforderungen nach der Krise", Berlin

Schlusspunkt.

„Die Regelleistungen sowohl des Arbeitslosengeldes II für Erwachsene als auch des Sozialgeldes für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres genügen dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht."

Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, bei der Urteilsverkündung zur Berechnung der Hartz-IV-Sätze am 9. Februar 2010

URTEILE

Ausländische Arbeitnehmer

Kaum Deutsch – Kündigung möglich

Ist ein Arbeitnehmer nicht in der Lage, in deutscher Sprache abgefasste Arbeitsanweisungen zu lesen, so kann eine ordentliche Kündigung gerechtfertigt sein.

Der Fall: Der 1948 in Spanien geborene Arbeitnehmer war seit 1978 als Produktionshelfer beschäftigt. Nach einer vom Arbeitnehmer unterzeichneten Stellenbeschreibung zählte zu den Anforderungen die Kenntnis der deutschen Sprache in Wort und Schrift. Der Arbeitnehmer absolvierte im September 2003 auf Kosten des Arbeitgebers während der Arbeitszeit einen Deutschkurs. Mehrere empfohlene Folgekurse lehnte er ab. In der Folgezeit wurde bei mehreren internen Audits festgestellt, dass der Arbeitnehmer Arbeits- und Prüfanweisungen nicht lesen konnte. Im September 2005 forderte der Arbeitgeber ihn auf, Maßnahmen zur Verbesserung seiner Deutschkenntnisse zu ergreifen, zuletzt verbunden mit dem Hinweis auf eine Kündigung. Nach einem Audit von April 2007 war der Arbeitnehmer weiter nicht in der Lage, die Vorgaben einzuhalten. Daraufhin kündigte der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis.

Das Bundesarbeitsgericht: Der Arbeitgeber verfolgt ein im Sinne des Gesetzes legitimes, nicht diskriminierendes Ziel, wenn er – z.B. aus Gründen der Qualitätssicherung – schriftliche Arbeitsanweisungen einführt. Die Kündigung verstößt nicht gegen das Verbot mittelbarer Diskriminierung wegen der ethnischen Herkunft. Dem Arbeitgeber war es nicht verwehrt, vom Arbeitnehmer ausreichende Kenntnisse der deutschen Schriftsprache zu verlangen. Der Arbeitgeber hatte ihm ausreichend Gelegenheit zum Spracherwerb gegeben.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 28. Januar 2010 - 2 AZR 764/08

Vollzugsbeamtin

Liebe zum Junkie kostet Job

Eine Strafvollzugsbeamtin, die mit einem drogenabhängigen Strafgefangenen eine Liebesbeziehung eingegangen ist und andere Dienstvergehen begangen hat, ist aus dem Dienst zu entfernen.

Der Fall: Die Justizvollzugsobersekretärin war in einer Justizvollzugsanstalt eingesetzt, als sie eine Liebesbeziehung mit einem drogenabhängigen Strafgefangenen einging, der für einen Drogenentzug auf Widerruf aus der Haft entlassen war. Sie nahm ihn in ihre Wohnung auf, ohne ihren Vorgesetzten Meldung zu machen. Des Weiteren duldete sie, dass der Strafgefangene ihr Fahrzeug ohne Fahrerlaubnis führte und sie begleitete ihn bei einer Fahrt zur Beschaffung von Drogen. Schließlich ging sie trotz Krankschreibung während des laufenden Disziplinarverfahrens einer nicht genehmigten Nebentätigkeit nach.

Das Oberverwaltungsgericht: Bereits durch das Eingehen einer Liebesbeziehung mit dem Strafgefangenen, seine Aufnahme in ihre Wohnung sowie das Verschweigen dieser Umstände hat die Beamtin ein schwerwiegendes Dienstvergehen begangen. Dies gilt umso mehr, als sich der Strafgefangene nach dem Abbruch des Drogenentzugs nicht bei ihr hätte aufhalten dürfen. Sie hat sich erpressbar gemacht und ist deswegen zum Sicherheitsrisiko geworden. Eine weitere Dienstpflichtverletzung stellt das Dulden des Fahrens ohne Fahrerlaubnis dar. Darüber hinaus hat sie während des Disziplinarverfahrens eine nicht genehmigte Nebentätigkeit ausgeübt, obwohl sie dienstunfähig war. Wegen der Schwere der Dienstvergehen kann der Dienstherr nicht mehr auf die beanstandungsfreie Erfüllung der Dienstpflichten vertrauen.

Oberwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 11. Januar 2010 - 3 A 11186/09.OVG

Betriebsrente

Fehler bei Anpassung schnell rügen

Wenn der Versorgungsempfänger eine ausdrückliche Anpassungsentscheidung des Arbeitgebers für unrichtig hält, muss er dies vor dem nächsten Anpassungsstichtag wenigstens außergerichtlich geltend machen. Mit dem nächsten Anpassungsstichtag erlischt der Anspruch auf Korrektur einer früheren Anpassungsentscheidung.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 10. Februar 2009 - 3 AZR 610/07

Bestattungskosten

Bei Bedürftigkeit zahlt das Sozialamt

Eine mittellose Witwe hat trotz leistungsfähiger Verwandtschaft Anspruch auf Übernahme der Kosten für die Bestattung des verstorbenen Ehemanns gegenüber dem Sozialleistungsträger.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 29. September 2009 - B 8 SO 23/08 R

Nachtarbeit

Zuschlag ist zu zahlen

Nach dem Arbeitszeitgesetz hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer bei Fehlen einer tariflichen Regelung für die während der Nachtzeit geleisteten Arbeitsstunden eine angemessene Zahl bezahlter freier Tage oder einen angemessenen Zuschlag auf das ihm zustehende Bruttoarbeitsentgelt zu gewähren. Der angemessene Umfang der zu bezahlenden Freizeit bei einem Auslieferungsfahrer in der Brot- und Backwarenindustrie beträgt 25 v.H. der geleisteten Nachtarbeitsstunden. Auslieferungsfahrer sind nach dem Manteltarifvertrag für die Brot- und Backwarenindustrie für Berlin/Brandenburg nicht von der Zuschlagspflicht für die Nachtarbeit ausgenommen.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 17. September 2009 - 26 Sa 809/09

Hartz IV

Kürzung nur bei korrekter Belehrung

Langzeitarbeitslosen kann das Arbeitslosengeld II wegen Verstoßes gegen die Eingliederungsvereinbarung nur nach konkreter Belehrung über die Rechtsfolgen gekürzt werden. Die Belehrung muss verständlich, richtig und vollständig sein und sich auf den Einzelfall beziehen.

Sozialgericht Dortmund,
Beschluss vom 5. Januar 2010 - S 22 AS 369/09 ER

Schwerbehindertenvertretung

Wahlvorschläge im Original einreichen

Wahlvorschläge für die Wahl der Schwerbehindertenvertretung müssen innerhalb der Einreichungsfrist mit der erforderlichen Anzahl von Stützunterschriften im Original beim Wahlvorstand eingehen. Die Einreichung von Telekopien genügt nicht. Der Wahlvorstand muss das Vorliegen der erforderlichen Unterschriften zuverlässig prüfen können. Dies kann er nur, wenn ihm die Originalunterschriften vorliegen. Allerdings müssen sich nicht sämtliche Stützunterschriften auf demselben Blatt befinden.

Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 20. Januar 2010 - 7 ABR 39/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 08.03.2010 4/10

DGB

inhalt

Seite 3
Für ein Europa des sozialen Fortschritts
Gerade in der Krise ist eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen notwendiger denn je, sind sich DGB und spanische Gewerkschaften einig

Seite 5
Strategien statt Rituale
Der IG BCE Vorsitzende Michael Vassiliadis im einblick-Interview zur DGB-Zukunftsdebatte

Seite 7
Gesellschaftsbündnis gegen Elfenbeinturm
DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach über die Ziele der Reformkommission für ein solidarisches Gesundheitssystem

Der Button zum Aufkleber
(im Original vierfarbig)
bestellen unter
www.br-verseucht.de

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.radiolabour.net/
Wöchentlich neu zusammengestellte Radiosendung zu weltweiten Gewerkschaftsthemen und Arbeitskämpfen

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Studie zu gesundheitlichen Schäden durch Arbeitslosigkeit

Sozialstaat

Eine andere Debatte ist nötig

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über die Hartz-IV Regelsätze hat eine Debatte über den Sozialstaat ausgelöst. Insbesondere neoliberale FDP-Kreise nutzen das Urteil, um den Sozialstaat zu diffamieren, während mittlerweile sogar bei den Koalitionspartnern die Stimmen lauter werden, die eine sachliche Debatte fordern.

Im Kern legt das Urteil fest, dass es ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums gibt. In welcher Höhe entscheidet der Gesetzgeber. Nicht bezogen haben sich die Verfassungsrichter auf das Lohnabstandsgebot als Maßstab für die Ermittlung des Existenzminimums. Im Sozialgesetzbuch SGB XII ist festgelegt, in welchem Verhältnis der Bezug eines Hilfeempfängers verglichen mit einer fünfköpfigen Familie im unteren Einkommensbereich liegen muss. Die Bundesregierung hatte in Karlsruhe betont, dass dieses Verhältnis gewahrt bleiben müsse. Die momentane Debatte diene allein dazu, die „Bezieher von Sozialleistungen und Geringverdiener gegeneinander auszuspielen", urteilt der Bundesgeschäftsführer der Volkssolidarität Bernd Niederland.

Für den DGB geht es nicht darum, nur das Existenzminimum zu sichern. Rund 1,3 Millionen Vollzeitbeschäftigte sind zurzeit auf ergänzende Leistungen nach ALG II angewiesen. Deshalb fordert der DGB ein „Sofortprogramm zur Vermeidung von Hartz IV, Working Poor und Armut". Dazu gehören eine bessere Absicherung bei Arbeitslosigkeit, entschärfte Zumutbarkeitsregelungen, flächendeckende, Existenz sichernde Mindestlöhne und höhere Regelsätze. „Wir brauchen keine Auseinandersetzung der Ärmsten gegen die Armen à la Westerwelle, sondern Lösungen, die Lohndumping beseitigen und den Niedriglohnsektor eindämmen", betont der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

In Deutschland hat die Umsetzung neoliberaler Politik bereits jetzt deutliche Spuren hinterlassen. Deshalb wird die Zukunft des Sozialstaates auch auf dem DGB-Bundeskongress im Mai eine wichtige Rolle spielen. Im gesellschaftspolitischen Leitantrag des DGB-Bundesvorstandes wird ein tiefgehender Umbau der Wirtschafts- und Sozialordnung gefordert. Ein starker Sozialstaat ist Garant für ein friedliches und gerechtes Zusammenleben und den Zusammenhalt einer Gesellschaft." •

Hartz IV: Zu wenig für Familien

Monatlich braucht ein Paar mit einem Kind* so viel Euro für …

331	Nahrungsmittel
114	Einrichtungs-, Haushaltsgegenstände
106	Freizeit, Kultur, Unterhaltung
104	Kleidung und Schuhe
80	Wohnen (ohne Miete und Heizung)
73	Verkehr
61	Post, Telefon, Internet
22	Gesundheitspflege
20	Bildungswesen
17	Bewirtung und Übernachtung
51	andere Waren und Dienstleistungen
Gesamt	**979 Euro**
tatsächliche Leistungen nach SGB II**	**897 Euro**

* 6-13 Jahre, Konsumausgaben von Ein-Kind-Familien im unteren Fünftel der Einkommensverteilung (ohne Sozialhilfebezieher) laut Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 (aktuellste Zahlen), Auswahl der Gütegruppen und Abschläge nach den Vorgaben der Regelsatzverordnung.
** Bis Juli 2009 lag der Satz bei 833 Euro.
Quelle: Becker 2009

© DGB einblick 04/10

Nach einer Studie der Volkswirtin Irene Becker im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung kommen Familien mit Kindern in der Grundsicherung zu kurz. Nach ihrer Rechnung ergibt sich ein monatlicher Mehranspruch zwischen 70 und 82 Euro. Zudem kritisiert sie, dass ein echter Inflationsausgleich fehlt, weil die Regelsätze auf fünf Jahre alten Zahlen basieren und nicht an die Preisentwicklung angepasst sind.

plusminusBERLIN

+ ***Lisa Paus** (Grüne) will Vermögende zur Finanzierung der Krisenkosten stärker in die Pflicht nehmen, denn „außergewöhnliche Krisen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen". Deshalb unterstützt sie die Forderung nach einer einmaligen Vermögensabgabe.*

– ***Dirk Niebel** (FDP) findet es richtig, wenn Unternehmen für Gesprächstermine mit Politikern zahlen. Durch Sponsoring „können Parteien sich finanzieren, ohne auf staatliches Geld angewiesen zu sein". Bedarf für neue gesetzliche Regelungen sieht er nicht.*

Europäisches Jahr gegen Armut

DGB kritisiert Projektauswahl

Der DGB hat seine Mitarbeit im Rahmen der vom Bundesarbeitsministerium (BMAS) geleiteten Aktivitäten zum Europäischen Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung eingestellt. In einem Brief an Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) kritisiert DGB-Vorstand Annelie Buntenbach die Projektauswahl als „intransparent" und die Informationspolitik gegenüber dem Programmbeirat, in dem auch der DGB vertreten war, als „unzureichend". Zudem habe das BMAS ohne Zustimmung des Beirates die Zahl der zu fördernden Projekte von ursprünglich 60 auf 40 reduziert. Auch die inhaltliche Auswahl der Projekte stößt beim DGB auf Kritik.

Unter den geförderten Projekten befänden sich einige Maßnahmen, bei denen der PR-Charakter im Vordergrund stehe und von einer armutsbekämpfenden Wirkung nicht gesprochen werden könne. So hatte der Landkreis Göttingen ein Projekt eingereicht, das zum angeblich schlechten Image von Ein-Euro-Jobs eine mediale Gegenstrategie entwickeln sollte.

Unter diesen Bedingungen sei eine Mitwirkung des DGB im Rahmen der vom BMAS ausgewählten Projekte leider nicht möglich, erklärt Buntenbach. Gleichzeitig will der DGB sein Engagement an anderen Stellen im Kampf gegen Armut forcieren – beispielsweise als Mitglied in der nationalen Armutskonferenz. Zudem planen DGB und Hans-Böckler-Stiftung für den 8. Juni eine Konferenz unter dem Motto „Wege aus der Kinderarmut". ●

Anzeige

Sie wollen über Ihren beruflichen Tellerrand blicken und sind an Wirtschaft und Politik interessiert?
Informieren Sie sich über ein Sozialökonomisches Studium in Hamburg – nach Aufnahmeprüfung auch ohne Abitur!

Infos: www.gdff.de oder www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialoekonomie/studium/

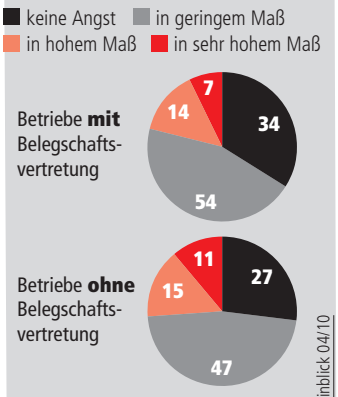
Mindestlohn

Kein Stellenabbau

1,22 Millionen Arbeitsplätze seien bedroht, wenn der DGB sich mit seiner Forderung von einem allgemeinen Mindestlohn von 8,50 Euro durchsetzen könnte, hat das Ifo-Institut in Dresden kürzlich berechnet. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage, betont DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki. „Andere europäische Länder haben seit Jahren Mindestlöhne, ohne dass es dabei zum Stellenabbau gekommen wäre. Im Gegenteil – eine Studie für Großbritannien belegt, dass darüber die Beschäftigung sogar stabilisiert werden konnte." Hintergrund ist der stetig wachsende Niedriglohnsektor. So ist die Zahl der erwerbstätigen Hartz-IV-Bezieher zwischen 2005 und 2009 um 43,6 Prozent gestiegen. Damit subventioniere der Steuerzahler die Armutslöhne der Unternehmen, so Matecki. „Wir brauchen Mindestlöhne, die die Beschäftigten möglichst unabhängig machen von Hartz IV." ●

Sicherer mit Betriebsrat

Anteil der Beschäftigten, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben (in Prozent)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2009, der Index basiert auf einer repräsentativen Befragung von 7930 ArbeitnehmerInnen im ersten Quartal 2009

© DGB einblick 04/10

In Betrieben mit Belegschaftsvertretungen gibt es mehr Leistungsgerechtigkeit, weniger Angst um die berufliche Zukunft, eine höhere Arbeitszufriedenheit, weniger Resignation und stärkere Bindungen der Beschäftigten an ihren Betrieb. Das zeigt eine gerade veröffentlichte Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit. „Mitbestimmung hat also ganz konkrete Vorteile", fasst DGB-Vorstand Dietmar Hexel zusammen. Während 14 Prozent der Beschäftigten in mitbestimmten Betrieben ihre Arbeitsbedingungen als gut einschätzen, sind es nur zehn Prozent in Betrieben ohne Betriebsrat. Die Broschüre mit den Ergebnissen der Sonderauswertung kostet ein Euro plus Versandkosten.
Bestellungen:
www.dgb-index-gute-arbeit.de

Fragen an ...

Foto: DGB/Franka Bruns

Dietmar Hexel,
Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, zur DGB-Kampagne „Betriebsräte machen den Unterschied" zu den Betriebsratswahlen 2010.

■ Der DGB begleitet die Betriebsratswahlen mit einer eigenen Dachkampagne. Was ist die Kernaussage?

■ *Wir wollen „jenseits der Fabriktore" für die Idee der Mitbestimmung werben. Unser Kampagnenmotto lautet „Betriebsräte machen den Unterschied" – nämlich den Unterschied zwischen unfairen und fairen Arbeitsbedingungen, schutzlosen und geschützten Beschäftigten, zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit. Wir wollen das Thema Mitbestimmung lebendig werden lassen und mehr Demokratie in der Wirtschaft einfordern. Und wir haben ganz konkrete Ziele: Wir wollen wieder eine Wahlbeteiligung von über 80 Prozent erreichen und streben an, dass mindestens 70 Prozent aller Betriebsratsmandate von gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen eingenommen werden.*

■ Die Wirtschaftskrise ist auch in Deutschland noch nicht überwunden. Warum sind Betriebsräte in einer solchen Situation besonders wichtig?

■ *Deutschland hat die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise bisher vergleichsweise gut verkraftet. Das hat viele Gründe. Betriebsräte hatten einen riesigen Anteil daran, die Krisenfolgen abzumildern. Sie übernehmen Verantwortung für ihre Kolleginnen und Kollegen, aber auch für das Unternehmen als Ganzes. Überall in Deutschland, in allen Branchen und Regionen, kämpfen die Betriebsräte ebenso wie die Gewerkschaften als Krisenmanager um die Arbeitsplätze ihrer Kolleginnen und Kollegen. Manches Unternehmen kann nur überleben, weil es einen engagierten Betriebsrat hat, der kreative Lösungen entwickelt, um die Krise durchzustehen. Und wenn doch Entlassungen unvermeidbar sind, handeln sie Sozialpläne aus und sorgen dafür, dass es nicht die Schwächsten trifft.*

Die Kampagne startet am 9. März mit einer Aktion vor einer Discounter-Filiale in Berlin-Mitte, an der neben dem DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske und der Autor Günter Wallraff teilnehmen.

Gemeinsame Erklärung von DGB und spanischen Gewerkschaften

Für ein Europa des sozialen Fortschritts

Während die Finanzwelt sich nach der von ihr ausgelösten Krise langsam erholt, zeigt sich überall in Europa deutlich: Die Lasten der Krise tragen vor allem die ArbeitnehmerInnen. Wichtiger denn je ist es deshalb, mit einer sozialen Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen das soziale Europa zu sichern. Diese Forderung haben der DGB und die spanischen Gewerkschaften CCOO und UGT in einer gemeinsamen Erklärung bekräftigt.

Ob Griechenland, Irland oder Portugal: In den EU-Staaten, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise besonders in die Klemme geraten sind, sollen vor allem die ArbeitnehmerInnen bluten, um die öffentlichen Haushaltsdefizite zu bereinigen – mit Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, Abbau von sozialen Leistungen, Heraufsetzung des Renteneintrittsalters oder Rentenkürzungen. Auch Spanien macht da keinen Unterschied: Mit einem Spar- und Reformprogramm will der sozialistische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero bis 2013 insgesamt 50 Milliarden Euro einsparen, um das Haushaltsdefizit wieder unter die in der Euro-Zone zulässigen drei Prozent zu drücken. Vorgesehen waren zunächst auch massive Rentenkürzungen. Nach heftigen Protesten auch der spanischen Gewerkschaften wird der Plan nun noch einmal überarbeitet.

Das gute Verhältnis zwischen den spanischen Gewerkschaften und Zapatero ist zumindest auf nationaler Ebene ein wenig getrübt. Nach wie vor hoch sind aber die Erwartungen der europäischen Gewerkschaften an die spanische EU-Ratspräsidentschaft. „ Ich bin froh, dass in so schwierigen Zeiten Spanien das Heft in der Hand hat", sagt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Es brauche engagierte und erfahrene Europäer, die um die Bedeutung des sozialen Europas wissen und sich dafür einsetzen. „Davon gibt es derzeit nicht so viele."

Deshalb ist es auch kein Zufall, dass sich DGB und die beiden spanischen Gewerkschaftsbünde CCOO und UGT gerade jetzt in bilateralen Gesprächen auf eine gemeinsame Erklärung zum sozialen Fortschritt in Europa verständigt haben. In ihrer Resolution fordern sie deutliche Schritte hin zu einem sozialen Europa, eine soziale Fortschrittsklausel in allen EU-Verträgen sowie eine eindeutige Klarstellung der Europäischen Entsenderichtlinie. Es muss sichergestellt werden, dass die dort getroffenen Regelungen europäische Mindeststandards sind – und nicht als Maximalstandards ausgelegt werden können, wie sie der Europäische Gerichtshof in verschiedenen Entscheidungen in den letzten zwei Jahren interpretiert hat.

Damit nicht in Folge der Wirtschaftskrise das Europäische Sozialmodell und die sozialen Sicherheitssysteme beschädigt werden, fordern die spanischen und deutschen GewerkschafterInnen endlich entschiedene Maßnahmen der EU zur Regulierung der Finanzmärkte – wie etwa eine europäische Finanztransaktionssteuer und eine europäische Wirtschaftsregierung. •

Die Erklärung von DGB, CCOO und UGT: ***www.einblick.dgb.de***

?...nachgefragt

Foto: EMB/Andy Michaelis

Ein klares Signal für europäische Solidarität haben die Opel-ArbeitnehmervertreterInnen, die Metallarbeitergewerkschaften aus den Opel-Staaten und der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) nach einem Treffen Ende Februar gesetzt: keine Zustimmung für das vorgelegte Sanierungskonzept für Opel bzw. General Motors, solange das Werk in der belgischen Hafenstadt Antwerpen keine Zukunft hat. *einblick* hat den EMB-Generalsekretär Peter Scherrer zur Situation befragt.

Die Restrukturierungspläne von Opel haben einmal mehr deutlich gemacht, wie große multinationale Unternehmern versuchen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an verschiedenen europäischen Standorten gegeneinander auszuspielen. Doch für uns ist klar: Dieses Spiel machen wir nicht mit. Es gibt von unserer Seite nur eine Antwort: Über alle Grenzen hinweg steht die Einheit der Gewerkschaften und der ArbeitnehmerInnen, um sicher zu gehen, dass es keine Werksschließungen und keinen Personalabbau bei Opel gibt. So lange das Management die Schließung des Opel-Werkes in Antwerpen nicht zurücknimmt, sind wir zu keinen weiteren Verhandlungen bereit. Ich weiß, dass die Arbeitgeber unser klares Votum sehr ernst nehmen. Denn in der Vergangenheit hat sich die enge Kooperation der ArbeitnehmervertreterInnen schon mehrfach ausgezahlt. Ich erinnere dabei nur an die europäischen Aktionstage in den vergangenen Jahren, wo wir mit Demonstrationen, Betriebsversammlungen und Arbeitsniederlegungen unsere Standpunkte klar gemacht haben. In der jetzigen Situation steht fest: Der vorgelegte Plan der Arbeitgeber muss vom Tisch.

Blog der Beschäftigten in den General Motors-Werken weltweit: www.gmworkersblog.com/languages/deutsch

Europa 2020: Enttäuschende Strategie

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat am 3. März die Strategie „Europa 2020" der EU-Kommission zur künftigen Wirtschaftspolitik in der EU vorgestellt, die die bisherige Lissabon-Strategie ablösen soll. Das Papier setzt auf Wachstum – mittelfristig sollen die Maßnahmen zwei Prozent bringen. Barroso fordert eine stärkere wirtschaftspolitische Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten. Zielmarke für alle Länder soll eine Beschäftigungsquote von 75 Prozent sein, 40 Prozent der jüngeren Menschen sollen einen Hochschulabschluss erreichen. Zudem sollen die Forschungsausgaben auf drei Prozent erhöht und die schon beschlossenen EU-Klimaziele bekräftigt werden, darunter die Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes um ein Fünftel bis 2020. Die Zahl der von Armut bedrohten Menschen soll um 20 Millionen gesenkt werden. Sanktionen sieht das Papier nicht vor.

In einer ersten Stellungnahme hat John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), das Programm als „enttäuschend" und „fehlerhaft" kritisiert. „Es ist extrem notwendig, zu analysieren, was die Krise verursacht hat und wie weitere Krisen verhindert werden können", so Monks. Das erfülle der Vorschlag Barrosos nicht.

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Broschüre

Tipps für Selbstständige

Knapp zwei Millionen Selbstständige arbeiten ohne ausreichende soziale Sicherung und unter prekären finanziellen Bedingungen. Mit der Broschüre „Tipps für Selbstständige – Soziale Sicherung und wenn das Geld nicht reicht" steht der DGB Solo-Selbstständigen mit qualifiziertem Rat zur Seite. Die Broschüre gibt etwa Antwort auf die Fragen wie: Was muss ich bei den Sozialversicherungen beachten? Was steht mir zu, wenn ich von meinem Einkommen nicht leben kann? Wer ist in den Gewerkschaften für mich zuständig? Ein Einzelexemplar kostet einen Euro plus Versandkosten. •

www.dgb-bestellservice.de

students at work

Bewegung ins Bündnis

VertreterInnen des Netzwerks „students at work" treffen sich vom 24. bis 26. März in Hattingen zu einer Impulskonferenz, um über zukünftige Strategien der gewerkschaftlichen Studierendenarbeit zu beraten. Unter dem Motto „Bewegung im Bündnis" werden gewerkschaftlich organisierte Aktive und VertreterInnen anderer Initiativen in Workshops und Vorträgen ihre Erfahrungen rund um die Studierendenarbeit vorstellen. Ziel ist es, das Projekt „students at work" im Austausch mit anderen weiterzuentwickeln. Zudem auf der Tagesordnung: Eine Analyse der Studierendenproteste des vergangenen Jahres. •

www.students-at-work.de

interregio

••• Der ***DGB Bezirk Nord*** schreibt gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern (MV), der Landeszentrale für politische Bildung und der MV-web Agentur den ***Medienpreis „Sophie"*** aus. 2010 wird neben Preisen in den Kategorien Rundfunk und Print erstmals auch eine „Sophie" für den Bereich Online-Journalismus verliehen. Ziel ist es, kritischen Journalismus in MV aufzuwerten. Bewerbungen können bis zum 5. Mai eingereicht werden.

www.sophie-medienpreis.de

••• Der ***DGB Hamburg*** unterstützt die ***Einführung der Primarschule*** in der Hansestadt. Im Vorfeld der Volksabstimmung im Sommer wollen sich die Gewerkschaften aktiv in Verwaltung und Betrieben für die Reform einsetzen. Uwe Grund, Vorsitzender des DGB Hamburg, begrüßt, dass sich nun alle im Stadtparlament vertretenen Parteien dafür ausgesprochen haben, die Reform zu unterstützen.

www.dgb-hamburg.de

••• Die Vorsitzende des ***DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg*** Doro Zinke begrüßt, dass der Entwurf eines neuen ***Vergabegesetzes für das Land Berlin*** an sozialen und ökologischen Kriterien festhält. „Insbesondere die Tariftreue-Regelungen und die Festsetzung einer untersten Lohngrenze sind aus unserer Sicht sehr wichtig, nicht zuletzt aufgrund der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa ab dem 1. Mai 2011", so Zinke.

www.berlin-brandenburg.dgb.de

Anzeige

Das DGB Bildungswerk BUND besetzt die **Leitung des Kompetenzzentrums „Betriebswirtschaft und Unternehmenspolitik"**
mit einem/r Bildungsreferenten/in

DGB BILDUNGSWERK BUND

Tätigkeit: Durchführung von Weiterbildungsveranstaltungen in betriebswirtschaftlichen und unternehmenspolitischen Themen, für Mitglieder in Betriebsräten, Wirtschaftsausschüssen und Aufsichtsräten. Sie sind verantwortlich für die selbstständige, zielorientierte Konzeptionierung, Budgetierung, Vermarktung und Durchführung der Veranstaltungen und Aufgaben des Kompetenzzentrums.

Was sie mitbringen:
- Fundierte Kenntnisse in betriebswirtschaftlichen Systemen (externes/internes Rechnungswesen, Controlling, Unternehmensplanung und -organisation, Personalwirtschaft, Personalentwicklung). und in der betrieblichen Mitbestimmung
- Erfahrungen mit aktuellen Strategien und Konzepten der Unternehmens-Restrukturierung, ihrer praktischen Umsetzung, ihren Auswirkungen und ihrer Bedeutung für die Betriebsratsarbeit.
- Erfahrungen in den sogenannten „wirtschaftlichen Angelegenheiten" der Betriebsverfassung einschließlich ihrer personalwirtschaftlichen Konsequenzen.
- Informationssystematische Kenntnisse im Zusammenhang mit der Verarbeitung von Wirtschafts- und Sozialdaten im Kontext der Betriebsverfassung
- Die für die Aufgabe notwendigen betriebsverfassungs- und gesellschaftsrechtlichen Kenntnisse.

Voraussetzungen:
1. Fachwissenschaftliches Hochschulstudium (BWL, VWL/Sozialwissenschaften mit betriebswirtschaftlichen Schwerpunkten).
2. Erfahrungen in der Erwachsenenbildung, insbesondere mit Betriebsräten.
3. Einschlägige berufliche Tätigkeiten oder betriebliche Praktika.
4. Solide Englischkenntnisse in Wort und Schrift

Ihr Arbeitsort ist Hamburg – räumliche Mobilität wird erwartet.

Die Stelle soll zum 01.05.2010 besetzt werden und wird nach Haustarif entlohnt.

Richten Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bitte bis zum 19.03.2010 an:
DGB Bildungswerk, Personalreferat, z.H. Heike Hombach
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
heike.hombach@dgb-bildungswerk.de, http://www.dgb-bildungswerk.de

Interview mit dem IG BCE-Vorsitzenden Michael Vassiliadis

Strategien statt Rituale

Bereits in seiner Grundsatzrede als frisch gewählter Vorsitzender der IG BCE hat Michael Vassiliadis eine Zukunftsdebatte in und um den DGB gefordert. Im einblick-Interview erklärt er, welchen Herausforderungen sich die Gewerkschaften stellen müssen und wie der Entwurf einer neuen DGB-Satzung die Voraussetzungen für einen starken Bund der Gewerkschaften schaffen soll.

Foto: IG BCE

Michael Vassiliadis, 45, wurde im Oktober 2009 zum Vorsitzenden der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) gewählt.

Du hast gleich nach deiner Wahl zum IG BCE-Vorsitzenden eine Zukunftsdebatte in und um den DGB gefordert. Um was soll es dabei gehen?

Seit mindestens 30 Jahren reden wir in den Gewerkschaften darüber, dass wir organisationspolitisch auf die Veränderungen der Arbeitswelt und der Gesellschaft reagieren müssen. Es gab und gibt dazu auch durchaus immer wieder Ansätze, Konzepte, Projekte. Im Mainstream der gewerkschaftlichen Strategiedebatte und im gewerkschaftlichen Alltag spielt die Modernisierung der Organisationsstruktur dennoch eine eher untergeordnete Rolle.

Welche Veränderungen sollten sich deiner Meinung nach in der Organisationsstruktur niederschlagen?

Die Anforderungen an die Gewerkschaften sind heute wesentlich differenzierter als früher. Nehmen wir die IG BCE. Im Bergbau beispielsweise funktioniert die gewerkschaftliche Organisation tatsächlich noch wie eh und je. Da funktioniert die Gewerkschaftsarbeit, in den Ortsgruppen, von der Jugend bis zu den Rentnern sind wir in den Revieren fest verankert. Unser Organisationsgrad beträgt dort fast 100 Prozent. In anderen Bereichen, ich nenne nur mal die die Forschung in der Pharma-Industrie, sieht das ganz anders aus. Insgesamt ist die Mitgliederstruktur nicht mehr mit der Beschäftigtenstruktur deckungsgleich. Das gilt – mehr oder weniger ausgeprägt – für alle Gewerkschaften.

Haben sich die Ansprüche der Beschäftigten an die Gewerkschaften verändert?

Ja. In der chemischen Industrie etwa hat es unglaubliche Veränderungsprozesse in den Belegschaften gegeben. Der Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten ist enorm gewachsen. Beispiel BASF: Der Anteil der AT-Angestellten beträgt dort über 20 Prozent. Und auch die tariflich bezahlten Arbeitnehmer verdienen weit über dem Durchschnitt. Diese Beschäftigten haben andere Erwartungen an uns als zu früheren Zeiten. Die beiden unteren Entgeltgruppen gibt es hier nur noch im Tarifvertrag, aber kaum noch in der Realität.

Es gibt aber auch die wachsende Zahl der Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen bzw. diejenigen, die dauerhaft keine Chance auf Arbeit haben.

Michael Sommer sagt immer, die Gewerkschaften sind das Stärkste, was die Schwachen haben. Das finde ich richtig. Wir brauchen branchenspezifische Mindestlöhne, wir müssen uns um Hartz IV kümmern, wir müssen Mindeststandards sichern. Den Schutz zu organisieren, war immer Funktion der Gewerkschaften. Gleichzeitig haben Gewerkschaften aber auch schon immer einen Gestaltungsanspruch. Das müssen wir viel deutlicher machen. Notfallmanagement allein reicht nicht aus.

Wie können die Gewerkschaften ihrem Gestaltungsanspruch wieder mehr gerecht werden?

Damit sollten wir uns gemeinsam in der Zukunftsdebatte intensiv beschäftigen. Ich will dem nicht vorgreifen. In allen Gewerkschaften gibt es bereits Ansätze, den veränderten Belegschaften gerecht zu werden. Aber reicht das aus? Die Gründe für die Mitgliederverluste sind sicher vielfältig, aber wir haben Verluste. Wir müssen den Trend brechen und umkehren, sonst laufen wir irgendwann Gefahr, nur noch für eine Minderheit zu sprechen. Wenn wir das Ruder nicht herumreißen, können wir den Verlust unserer Bindekraft auch nicht mehr mit Campaigning wettmachen.

Ist der Ernst der Lage in den Gewerkschaften angekommen?

Jedenfalls ist das Verständnis dafür gewachsen. Das Festhalten an den alten Ritualen wird nicht ausreichen, um uns auf der Höhe der Zeit zu halten. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir die erforderlichen Veränderungsprozesse strategisch anlegen.

Immerhin gab es doch die Initiative Trendwende.

Ja. Und in diesem Rahmen sind gute Projekte auf den Weg gebracht worden, die den DGB wieder zurück in die Vorhand gebracht haben – etwa der DGB-Index Gute Arbeit oder die Potenzialanalyse. Notwendig wäre jetzt, sich neu zu verständigen, wie wir die Trendwende fortführen. Stattdessen haben wir uns verheddert in einer Satzungsdebatte. Ich habe sie sehr ernst genommen, weil die neue Satzung Voraussetzung ist für unsere Modernisierungs- und Veränderungsprozesse. Allerdings war die Kommunikation des Satzungsentwurfs eine Katastrophe.

Was heißt das?

Wir sind gestartet mit dem Ziel, den DGB zukunftsfähig zu machen. In der Wahrnehmung der Organisation kam aber vor allem an, dass wir Frauen und Jugend die Beteiligung in den Bezirksvorständen lassen, ihnen aber ihr Stimmrecht nehmen wollen. Das versteht niemand. Völlig in den Hintergrund ist dabei geraten, weshalb das ursprünglich so beabsichtigt war. Es ging darum, auf allen Ebenen des DGB dem Prinzip „Bund der Gewerkschaften" Geltung zu verschaffen. Ziel dabei ist es, die Verantwortung der Mitgliedsgewerkschaften für den DGB zu erhöhen.

Ziel der neuen Satzung ist es also, den DGB zu stärken?

Ja. Außerdem ging es darum, Aufgaben und Identität des DGB zu klären. Wir müssen uns die Frage stellen, welche Aufgaben soll der DGB übernehmen, welche die einzelnen Gewerkschaften. Das kann auch bedeuten, dass die Gewerkschaften Aufgaben an den DGB abgeben. Wenn wir den Bund der Gewerkschaften nicht hätten, müssten wir ihn erfinden. Ich hoffe, dass die Debatte über die Stärkung des DGB auf dem DGB-Kongress im Mai und danach ernsthaft und mit der notwendigen Sensibilität und Tiefe fortgeführt wird. Ob uns das gelingt, ist auch eine Frage von Organisationskultur. Ich bin da aber ganz zuversichtlich. Wenn die Schmerzen stark genug sind, dann sind Großorganisationen durchaus in der Lage, Veränderungsprozesse einzuleiten. Was ich mir dann wünschen würde, wäre, dass es uns gelingt, eine Modernisierungsdynamik zu entwickeln, eine Aufbruchstimmung, bei der alle sagen: Ja, das ist cool, da mache ich mit. Damit der DGB irgendwann nicht nur der stärkste Schutz der Schwachen ist, sondern auch „sexier than Iphone".

Langfassung des Interviews:
www.einblick.dgb.de

kurz&bündig

Die IG BAU fordert die 50-prozentige Beteiligung der ArbeitnehmerInnen in der Selbstverwaltung des Handwerks. Die Bevorteilung der selbstständigen Meister in der Vollversammlung der Handwerkskammern sei nicht mehr zeitgemäß und benachteilige die demokratischen Rechte der ArbeitnehmerInnen.

Die GdP befürwortet die Initiative zur Ausbildung afghanischer Polizisten in Deutschland. So könnten höhere Ränge der afghanischen Polizei in sicheren Gebieten ausgebildet werden, dabei von den deutschen Ausbildungseinrichtungen profitieren und eine rechtsstaatliche Polizei kennen lernen.

ver.di und IG Metall unterstützen die Online-Petition gegen den elektronischen Entgeltnachweis (ELENA). Die Petition tritt ein für die informationelle Selbstbestimmung der BürgerInnen, den Schutz der Persönlichkeitsrechte sowie für Arbeitnehmerdatenschutz und das Prinzip der Datensparsamkeit bei öffentlichen Verfahren.
www.einblick.dgb.de/links

Die NGG hat eine Spende in Höhe von 8 800 Euro an türkische GewerkschafterInnen übergeben, die seit Dezember in einer „Zeltstadt" für ihre Arbeitsplätze demonstrieren. Die Spenden sind auf dem Solidaritätskonto der NGG eingegangen und werden für die Lebensmittelversorgung verwendet.

DGB-Kongress 2010

Zukunft für Gute Arbeit

400 Delegierte aus den Mitgliedsgewerkschaften werden auf dem 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress (OBK) vom 16. bis 20. Mai die Weichen für die Arbeit des DGB in den kommenden vier Jahren stellen. *einblick* stellt im Vorfeld einige der insgesamt 154 eingereichten Anträge an den OBK vor. Diesmal: der Leitantrag des DGB-Bundesvorstandes „Gute Arbeit für eine zukunftsfähige Arbeitsgesellschaft".

Der Antrag geht auf die veränderten Bedingungen in der Arbeitswelt ein und beschreibt, wie die Gewerkschaften die Veränderungen gestalten wollen. So soll der DGB Index Gute Arbeit als Instrument ausgebaut und die Berichterstattung weitergeführt und fortentwickelt werden.

Die Ergebnisse sollen noch stärker genutzt werden, um die öffentliche Diskussion zu forcieren und um arbeitspolitische Konzepte zu erarbeiten. Um gesunde und moderne Arbeitsplätze zu schaffen, setzt der DGB auf Netzwerke wie zum Beispiel die Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA). Für mehr Chancengleichheit in Unternehmen empfiehlt der Antrag, das Konzept des „Diversity Managements" stärker zu nutzen.

Auf politischer Ebene misst der Antrag dem Kampf gegen prekäre Arbeitsbedingungen und der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn sowie den Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich, Altersteilzeit, gute Bildung und Arbeitnehmerdatenschutz zentrale Rollen bei. Für den DGB gilt: „Arbeit hat neben der wirtschaftlichen auch eine sinnstiftende Funktion und darf nicht dumm und schon gar nicht krank machen." •

Anzeige

Der Fachbereich Sozialökonomie (WiSo-Fakultät der Universität Hamburg) bietet ein interdisziplinäres, praxisbezogenes Studium mit den Fächern BWL,VWL, Soziologie und Recht für Berufserfahrene – auch ohne Abitur – an.

Infos: www.gdff.de oder www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialoekonomie/studium/

Anstecken, Flagge zeigen, Betriebsrat wählen:** „Betriebsratsverseucht, Und das ist gut so!". Den Aufkleber zum Unwort des Jahres (einblick 03/10) gibt es jetzt auch als Button. Erhältlich ist er in zwei Größen – mit 25 bzw. 32 mm Durchmesser. Der Einzelpreis pro Button beträgt 1,80 Euro plus Versandkosten. Für größere Bestellmengen gibt es eine Rabattstaffel.* ***www.br-verseucht.de

Griechenland

DGB solidarisch

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat sich solidarisch mit den griechischen ArbeitnehmerInnen erklärt. Sie dürften nicht den Preis für eine Krise zahlen, die andere durch verantwortungsloses Handeln verursacht hätten, so der DGB: „Es kann nicht angehen, dass EU-Kommission, Rat und Europäische Zentralbank Griechenland jetzt einseitig Lohn- und Sozialkürzungen anordnen, aber nichts gegen Spekulanten unternehmen." Die Politik müsse die Finanzmärkte wieder stärker regulieren. Gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund will der DGB zudem einen neuen sozialen Deal für Europa. •

www.einblick.dgb.de/links

Anzeige

Die Absolventen des Sozialökonomischen Studienganges haben gute bis sehr gute Berufsaussichten in Unternehmen,Verbänden, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen oder als Selbständige.

Einzelheiten unter www.gdff.de/alumni/karrieren.php

Datenschutz

DGB begrüßt Karlsruher Urteil

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung begrüßt. „Mit dem Urteil hat das Bundesverfassungsgericht erneut das besondere Gewicht des Datenschutzes hervorgehoben." Sehrbrock plädiert dafür, die Entscheidung auch in die Überlegungen der Bundesregierung bei der Überarbeitung des elektronischen Entgeltnachweises ELENA unbedingt zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollte das Urteil auch zum Anlass genommen werden, das ‚diffus bedrohliche Gefühl des Beobachtetseins', dem viele ArbeitnehmerInnen ausgesetzt sind, zukünftig auszuschließen. Ein umfassendes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, wie es die FDP in der letzten Legislaturperiode noch gefordert hatte, würde hier Abhilfe schaffen. •

Gesundheitssystem

Gesellschaftsbündnis gegen Elfenbeinturm

In einer eigenen Reformkommission für ein „solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft" will der DGB gemeinsam mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, WissenschaftlerInnen und weiteren gesellschaftlichen Organisationen bis zum Herbst 2010 eigene Vorschläge zur Weiterentwicklung der solidarischen Krankenversicherung entwickeln. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erläutert die Ziele.

Foto: DGB/Susann Loessin

Annelie Buntenbach, 55, ist im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Gesundheits- und Sozialpolitik zuständig.

Das Bundeskabinett hat vor knapp zwei Wochen eine Regierungskommission zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) eingesetzt. Diese Kommission ist mit acht BundesministerInnen hochrangig besetzt, doch weder Ziel, Aufgaben oder Zeitplan sind eindeutig benannt. Den Hintergrund liefert der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP: Die Koalition will einkommensunabhängige Arbeitnehmerbeiträge einführen und den Arbeitgeberbeitrag einfrieren. Details sind bisher nicht bekannt. Was kann das heißen? Einkommensunabhängige Arbeitnehmerbeiträge sind nichts anderes als Kopfpauschalen. Danach zahlt eine Verkäuferin oder ein Rentner die gleiche Pauschale wie ein gut verdienender Abteilungsleiter. Bei einem kompletten Systemwechsel würde die Kopfpauschale auf heutigem Stand 145 Euro betragen. **Bei einem Monatseinkommen von 1000 Euro entspricht dies einer Beitragserhöhung von knapp 84 Prozent.**

Um seine Kopfpauschale durchzusetzen, plant der Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler einen so genannten Sozialausgleich. Dafür müssten die Steuern drastisch erhöht werden. Das Bundesfinanzministerium spricht in einer ersten Stellungnahme von einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes um mindestens 73 Prozent. Es ist davon auszugehen, dass die Koalition mit der Regierungskommission versucht, die Kopfpauschale klein zu rechnen. Schließlich hat die CSU bereits ihr Veto bekräftigt. **Wie ein „Sozialausgleich" überhaupt aussehen soll, weiß Rösler allerdings selbst noch nicht.** Ob eine achtköpfige Ministerrunde im politischen Elfenbeinturm zu nachhaltigen Lösungen für eine sozial gerechte Finanzierung des Gesundheitswesens kommen kann, darf bezweifelt werden.

DGB und Gewerkschaften lassen sich nichts vormachen: Auch eine kleine Kopfpauschale ist sozial ungerecht – das zeigen schon die Zusatzbeiträge. Außerdem würde das von der Koalition geplante Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge dazu führen, dass künftige Belastungen ausschließlich auf die Versicherten abgewälzt würden. Weder die akuten noch die chronischen Finanzprobleme der GKV werden dadurch gelöst – ganz im Gegenteil. **Es droht eine Belastungswelle für Versicherte, es drohen Steuererhöhungen und ein Bedürftigkeitssystem à la Hartz IV** für Geringverdienerinnen und -verdiener sowie Rentnerinnen und Rentner.

Der DGB hat deshalb eine eigene Reformkommission für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft einberufen. Neben der Expertise einer wissenschaftlichen Ideenschmiede wollen wir gemeinsam mit den Vorstandsmitgliedern der Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrts-, Frauen-, Jugend- und Verbraucherschutzverbänden eine breite gesellschaftliche Debatte anstoßen. Jüngste Umfragen zeigen, dass 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger die Kopfpauschale nicht wollen. Wir werden aber nicht nur die Regierungspläne begleiten und deren Folgen deutlich machen. Wir werden eigene Reformvorstellungen im Sinne einer solidarischen Bürgerversicherung weiterentwickeln. Dabei wollen wir uns nicht länger mit Modellen aufhalten, sondern **konkrete Schritte aufzeigen, mit denen die Finanzierung der Krankenversicherung solidarisch und sozial gerecht gesichert werden kann.**

Reform-Kommission des DGB

Der DGB-Kommission gehören insgesamt 39 VertreterInnen aus Verbänden, Wissenschaft, Gewerkschaften und Politik an.
Zu den VertreterInnen der Verbände gehören u.a. ***Adolf Bauer,*** *Präsident Sozialverband Deutschland e. V.,* ***Prof. Dr. Gunnar Winkler,*** *Präsident Volkssolidarität Bundesverband e. V., sowie* ***Ulrike Mascher,*** *die Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland.*
Neben DGB-Vorstand ***Annelie Buntenbach*** *sind auch alle acht Mitgliedsgewerkschaften in der Kommission vertreten:* ***Ulrich Freese*** *(IG BCE),* ***Anne Jenter*** *(GEW),* ***Ellen Paschke*** *(ver.di),* ***Michaela Rosenberger*** *(NGG),* ***Regina Rusch-Ziemba*** *(TRANSNET),* ***Hans-Jürgen Urban*** *(IG Metall),* ***Klaus Wiesehügel*** *(IG BAU),* ***Bernhard Witthaut*** *(GdP).*
Zu den teilnehmenden WissenschaftlerInnen gehören u.a. ***Prof. Dr. Gustav Horn,*** *Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) sowie* ***Prof. Dr. Rolf Rosenbrock,*** *Leiter der Forschungsgruppe „Public Health" im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung WZB.*
Beteiligt sind außerdem als Einzelsachverständige der Gesundheitsexperte ***Klaus Kirschner, Fritz Schösser,*** *der Vorsitzende des Aufsichtsrates vom AOK-Bundesverband sowie* ***Christian Zahn,*** *der Verwaltungsratsvorsitzende des GKV-Spitzenverbandes.*
Teilnehmen werden auch VertreterInnen der Arbeitnehmerorganisationen von Bündnis 90/Die Grünen, der SPD sowie der Partei Die Linke. Die Arbeitnehmerorganisationen der Unionsparteien haben ihre Teilnahme abgesagt.

Die vollständige Liste aller Kommissionsmitglieder: www.einblick.dgb.de

ZEITPLAN

Am **10. März** findet die konstituierende Sitzung der DGB-Reformkommission Gesundheit statt. Weitere Treffen sind am **21. April, 30. Juni** und am **21. September** geplant. Auf der abschließenden Sitzung am **26. Oktober 2010** werden die Vorschläge der Kommission vorgestellt.

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

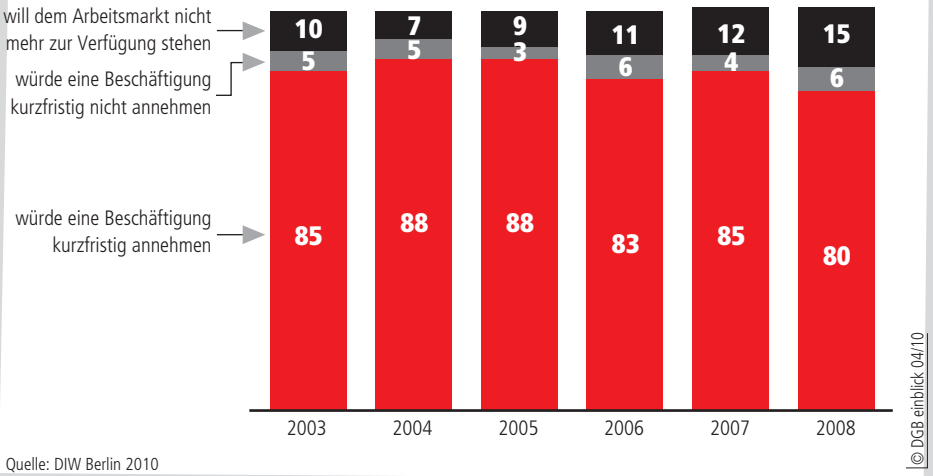
DIES & DAS

die DGB grafik

HARTZ IV: Die meisten wollen arbeiten

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) belegt in seiner Studie „Fünf Jahre Hartz IV – Das Problem ist nicht die Arbeitsmoral": Ein Großteil der Hartz-IV-EmpfängerInnen ist auch kurzfristig bereit, einen Job anzunehmen. Dies deckt sich mit den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die offiziellen Zahlen zeigen: Gerade einmal 2,5 Prozent der ALG II-BezieherInnen sind im Oktober 2009 mit Sanktionen belegt, nur ein Bruchteil davon, gerade mal zwei Prozent, betraf die Ablehnung eines sozialversicherten Jobs.

Angaben von Hartz IV-EmpfängerInnen zur Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt 2003 bis 2008 (in Prozent)



Quelle: DIW Berlin 2010

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

8.3. Internationaler Frauentag

8./9.3. GdP, 5. Bundesfrauenkonferenz, Potsdam

9.3. DGB, Presseauftakt der DGB-Dachkampagne zu den Betriebsratswahlen 2010 mit Frank Bsirske (ver.di), Dietmar Hexel (DGB) und Günter Wallraff, Berlin

9.3. DGB, Veranstaltung „Arbeit und Arbeitsbeziehungen in und zu Südchina", Frankfurt/M.

10.3. DGB, Konstituierende Sitzung der DGB-Reformkommission „Gesundheit", Berlin

11.3. ver.di und IG Metall, Workshop „Big Brother im Betrieb", Berlin

12.-14.3. IG BAU, Frauentag der IG BAU „Arbeit – Leben – Gerechtigkeit", Frankfurt

14.-17.3. IG Metall, Workshop „Konflikte wahrnehmen und bearbeiten, diskriminierenden Parolen paroli bieten!", Sprockhövel

14.3. DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Volkslauf „Besser läuft's mit Betriebsrat", Hannover

16.-20.3. GEW, Messe „didacta 2010 – die Bildungsmesse", Köln

18.3. DGB NRW, Veranstaltung „romantik@work: Kultur als Arbeit – Arbeit als Kultur", Düsseldorf

21.3. Internationaler Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung

22./23.3. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Corporate Social Responsibility (CSR) in der Unternehmensstrategie", Köln

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Haidy Damm, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Lena Clausen, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

personalien

••• ***Michael Knuth,*** 52, ist neuer Pressesprecher der IG Metall Bayern. Er folgt ***Matthias Jena,*** 49, der am 12. Februar zum neuen Vorsitzenden des DGB Bayern gewählt wurde. Knuth war bereits von 1992 bis 1997 für die Öffentlichkeitsarbeit der IG Metall Bayern zuständig.

••• ***Michael Schulze,*** 44, ist seit 1. März Kommunikationsmanager der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Bisher war der studierte Historiker Etat-Direktor bei der Agentur Scholz & Friends.

Tipp

Buch: ***Silke Bothfeld, Christina Klenner, Astrid Ziegler u.a., Geschlechterungleichheit im Betrieb, edition sigma, Berlin, 563 Seiten, 29,90 Euro***

Dass Frauen immer noch knapp ein Viertel weniger verdienen als Männer, ist bekannt. Aber wie sieht es mit der Arbeitszeit aus? Warum gibt es nur wenige Vorstandsfrauen? Diesen und vielen weiteren Fragen gehen die AutorInnen des Buches „Geschlechterungleichheit im Betrieb" auf den Grund. Das Buch liefert eine umfassende Bestandsaufnahme mit vielen interessanten Fakten und Zahlen zur Ungleichheit von Männern und Frauen in deutschen Betrieben.

Schlusspunkt.

„Es ist erstaunlich, wie viel Fachwissen in den Gewerkschaften vorhanden ist zu den einzelnen Branchen. Das zeigt, wir brauchen die Kompetenz der Gewerkschaften."

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am 2. März auf der Pressekonferenz nach einem Gespräch mit dem DGB-Bundesvorstand

Arbeitsverhältnis

Lange WC-Sitzungen ohne Lohnkürzung

Häufige Toilettenbesuche während der Arbeitszeit rechtfertigen nicht ohne weiteres eine Gehaltskürzung.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war bei einer Rechtsanwaltskanzlei als Rechtsanwalt angestellt. Der Chef der Anwaltskanzlei hatte eine seiner Mitarbeiterin angewiesen, über die Zeiten der Toilettenbesuche des Rechtsanwalts genau Buch zu führen. Aufgrund dieser schriftlichen Protokollierung kam der Arbeitgeber zu dem Ergebnis, dass der Arbeitnehmer in einem Zeitraum von 18 Tagen insgesamt 384 Minuten auf der Toilette verbracht hatte. Der Arbeitgeber rechnete daraufhin die Toilettenzeiten auf die Dauer des Arbeitsverhältnisses hoch und kam zu dem Ergebnis, dass der Arbeitnehmer in zehn Monaten zusätzlich zu den üblichen Pausen- und Toilettenzeiten insgesamt 90 Stunden auf der Toilette verbracht hatte. Hierfür zog er dem Arbeitnehmer 682,40 Euro vom Nettogehalt ab. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Der Lohnabzug war unberechtigt. Der Arbeitnehmer hatte im betreffenden Zeitraum unter akuten Verdauungsproblemen gelitten.

Arbeitsgericht Köln,
Urteil vom 21. Januar 2010 - 6 Ca 3846/09

Hartz IV

Streichung auf Null nicht rechtens

Der Grundsicherungsträger (Arge oder Kommune) ist grundsätzlich verpflichtet, zeitgleich mit der Entscheidung über den vollständigen Wegfall von laufenden Hartz IV-Leistungen auch darüber zu entscheiden, ob er stattdessen dem Hartz IV-Bezieher Sachleistungen oder geldwerte Leistungen (z.B. Lebensmittelgutscheine) zur Verfügung stellt. Diese Verpflichtung ergibt sich aus dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes.

Der Fall: Dem unter Betreuung stehenden Leistungsempfänger, der ein wenige Monate altes Baby zu versorgen hat, hatte die Arge die Leistungen für drei Monate vollständig gestrichen, weil er seinen Mitwirkungspflichten wiederholt nicht nachgekommen war. Hiergegen klagte er mit Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Arge hat nicht zeitgleich mit dem Sanktionsbescheid darüber entschieden, ob statt der Hartz-IV-Leistungen Sachleistungen oder geldwerte Leistungen zu gewähren sind. Diese zeitgleiche Entscheidung ist erforderlich, weil das physische Existenzminimum eines Hartz-IV-Empfänger auch bei Sanktionen im Blick zu behalten und der Leistungsfall so unter Kontrolle zu halten ist. Nach den gesetzlichen Vorgaben kann die Arge unter bestimmten Voraussetzungen bei Sanktionen statt der Geldleistung unter anderem Lebensmittelgutscheine gewähren; dies soll sie tun, wenn der Leistungsempfänger mit minderjährigen Kindern in Bedarfsgemeinschaft lebt. Die Arge muss regelmäßig vor Verhängung einer Sanktion klären, ob die Gewährung z.B. von Lebensmittelgutscheinen im konkreten Fall erforderlich ist; der Leistungsempfänger darf nicht darauf verwiesen werden, dies nachträglich beantragen zu können.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,
Beschluss vom 9. September 2009 - L 7 B 211/09 AS ER

URTEILE

Streik

Keine Untersagung im Schnellverfahren

Wegen der Bedeutung des Streikrechts darf eine Streikmaßnahme im einstweiligen Verfügungsverfahren nur dann untersagt werden, wenn sie eindeutig rechtswidrig ist oder drohende wesentliche Nachteile abzuwenden sind. Keine dieser Voraussetzungen lagen im Falle des von der Gewerkschaft ver.di im Dezember 2009 ausgerufenen Warnstreiks bei der Bauer Druck Köln KG vor.

Arbeitsgericht Köln,
Beschluss vom 15. Dezember 2009 - 12 Ga 179/09

Betriebsratsmitglied

Hat ein elektronisches Leserecht

Jedes Mitglied des Betriebsrats verfügt über ein unabdingbares Recht, auf Datenträgern gespeicherte Dateien und E-Mails des Betriebsrats auf elektronischem Wege zu lesen.

Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 12. August 2009 - 7 ABR 15/08

Gewerkschaftseigenschaft

Die CGZP ist nicht tariffähig

Die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) ist nicht tariffähig. Die Tarifgemeinschaft wird durch einzelne Gewerkschaften gebildet, die aufgrund ihrer Satzung nicht zum Abschluss von Tarifverträgen für den gesamten Bereich der Zeitarbeit zuständig sind; die Tarifgemeinschaft kann daher nicht einen weitergehenden Zuständigkeitsbereich haben, als die Mitgliedsgewerkschaften in ihrer Summe.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Beschluss vom 7. Dezember 2009 - 23 TaBV 1016/09

Ehrenamtliche Richter

Genießen Kündigungsschutz

Ehrenamtliche Richter des Landes Brandenburg genießen besonderen Kündigungsschutz bei allen Kündigungen ihres Arbeitsverhältnisses während ihrer Amtszeit.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 21. Dezember 2009 - 10 Sa 2193/09

Internet

Auch für den Betriebsrat

Der Betriebsrat kann vom Arbeitgeber die Bereitstellung eines Internetanschlusses jedenfalls dann verlangen, wenn er bereits über einen PC verfügt, im Betrieb ein Internetanschluss vorhanden ist, die Freischaltung des Internetzugangs für den Betriebsrat keine zusätzlichen Kosten verursacht und der Internetnutzung durch den Betriebsrat keine sonstigen berechtigten Belange des Arbeitgebers entgegenstehen. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz hat der Arbeitgeber dem Betriebsrat für die laufende Geschäftsführung in dem erforderlichen Umfang auch Informations- und Kommunikationstechnik zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört das Internet.

Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 20. Januar 2010 - 7 ABR 79/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 22.03.2010 5/10

DGB

inhalt

Seite 3
Konkrete Hilfe
Betriebsratswahlen 2010: Betriebsräte übernehmen Patenschaften für neu gewählte Interessenvertretungen

Seite 5
Konkrete Schritte
DGB und TUC fordern Fahrplan für Finanztransaktionssteuer

Seite 6
Konkrete Seiten
Nach viel Arbeit am Detail ist der neue DGB Internet-Auftritt im Netz

Seite 7
Kontra ELENA
Der elektronische Entgeltnachweis ELENA verletzt die Grundrechte von Beschäftigten

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.campact.de/gesund/sn1/signer
Kopfpauschale kippen! Aufruf des globalisierungskritischen Netzwerkes attac für eine gerechte und solidarische Gesundheitsversorgung

Hintergrund

www.suedwind-institut.de/downloads/2010-02_SW_Schmuck-Studie.pdf
„Schmuck: Liebesbeweis, Broterwerb und Ausbeutung": Studie des Südwind-Instituts vom Rohstoff bis zur Ladentheke.

Kommunale Finanzen

Kommunen auf der Intensivstation

Den deutschen Kommunen drohen bis 2013 Rekorddefizite von deutlich über 40 Milliarden Euro. „Die Kommunen liegen auf der Intensivstation", sagt Petra Roth (CDU), Frankfurter Oberbürgermeisterin und Präsidentin des Deutschen Städtetages, und fordert: „Der Verfall ihrer finanziellen Basis muss gestoppt werden. Sonst geht die Lebensqualität für die Menschen in den Städten verloren."

Eine neu einberufene Gemeindefinanzkommission der Bundesregierung soll deshalb bis zum Herbst 2010 Vorschläge zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung erarbeiten. DGB-Bundesvorstandsmitglied Claus Matecki warnt „vor einer Interpretation dieses Arbeitsauftrages, die in Richtung Abbau von sozialen oder ökologischen Standards geht". Zur Unterstützung der Kommunen fordert er einen Ausbau der Gewerbesteuer zur Gemeindewirtschaftssteuer.

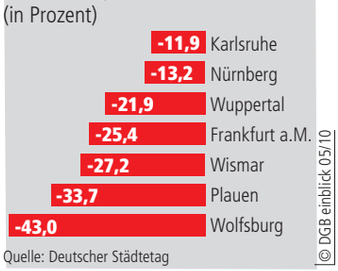
Während es um deutliche Mehreinnahmen für die Kommunen und eine Altschuldenregelung für die vielen Gemeinden mit Nothaushalten gehen müsste, senkten die Koalitionäre die Steuern jedoch immer weiter, kritisiert Matecki. Er warnt die Bundesregierung vor einer Haltung nach dem Motto: Die Kommunen können es nicht mehr bezahlen, also reagiert der Bund mit „Flexibilisierung", indem er die Pflicht- zur freiwilligen Aufgabe macht. „Im Zweifel fallen dann viele notwendige Leistungen ganz unter den Tisch", so Matecki.

In Hessen haben der DGB und ver.di jetzt eine Studie vorgelegt, die sich mit der Situation der Finanzen in den hessischen Kommunen befasst. Darin zeigen die Autoren Kai Eicker-Wolf (DGB-Hessen-Thüringen) und Achim Truger (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Düsseldorf), dass die Kommunen in Hessen seit Mitte der 1990er Jahre unter einer strukturellen Unterfinanzierung leiden. „Die aktuelle finanzielle Lage der Kommunen ist natürlich auch das Resultat der konjunkturell bedingten Einnahmerückgänge", so Eicker-Wolf. In der Beurteilung sei aber die Steuerpolitik systematisch unterbelichtet.

Die Gewerkschaften fordern deshalb eine angemessene Steuerausstattung für die Kommunen. „Die Gewerbesteuer darf nicht abgeschafft, sondern ihr Aufkommen muss verstetigt werden", fordert Jürgen Bothner, Vorsitzender von ver.di Hessen. Es müsse schnell im Sinne der Kommunen gehandelt werden, sonst „werden wir einen Verfall der kommunalen Infrastruktur, Leistungskürzungen, Privatisierungen und massive Gebührenerhöhungen erleben". •

Kommunen leiden unter Steuerrückgängen

Steuerrückgänge 2008 gegenüber 2010 in ausgewählten Städten (in Prozent)



Quelle: Deutscher Städtetag

© DGB einblick 05/10

Verschiedene Kommunen reagieren bereits mit drastischen Kürzungen der kommunalen Versorgung. So erhöhte Frankfurt/M. die Straßenreinigungsgebühren um knapp fünf Prozent. Die Stadt Wismar diskutiert, die Grundsteuer zu erhöhen sowie Gebühren für städtische Einrichtungen zu überarbeiten. Wolfsburg will über 11 Millionen Euro in 2010 und 2011 durch pauschale Kürzungen einsparen. In Wuppertal sollen die Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich um 1,1 Mio. Euro gekürzt, Schwimmbäder und Kultureinrichtungen geschlossen und die Elternbeiträge für Kitas und Ganztagsschulen erhöht werden.

plusminusBERLIN

+ ***Renate Künast* (Grüne) kritisiert die Ankündigung der Bundesregierung, die Erkundungen in Gorleben fortzusetzen. Zum Schutz der Interessen der Atomindustrie werde auf ein Verfahren mit Bürgerbeteiligung verzichtet und die Menschen „für dumm verkauft".**

– ***Guido Westerwelle* (FDP) will als Außenminister die deutsche Atomtechnik zum Exportschlager machen. Die Nukleartechnologie gehöre „zu den modernsten und sichersten weltweit". Deshalb könne der Export auch mit Staatsgeldern abgesichert werden.**

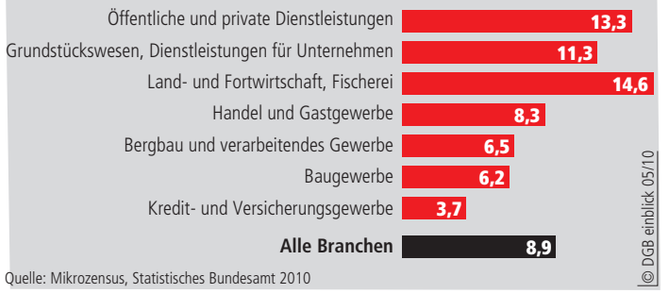
G20-Prozess

Mehr Gewicht für Afrika

Die Staaten und auch die Gewerkschaften Afrikas sollten eine größere Rolle bei der Bewältigung der globalen Krise durch die G20-Staaten einnehmen. Das hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in Johannesburg anlässlich von Gesprächen mit dem südafrikanischen Gewerkschaftsdachverband COSATU erklärt. „Die Stimme Afrikas muss im G-20-Prozess stärkeres Gewicht bekommen, dazu bedarf es aber auch eigener Initiativen der afrikanischen Gewerkschaften", sagte Sommer. Vom 4. bis zum 14. März besuchte der DGB-Vorsitzende Südafrika und dessen Nachbarland Simbabwe. Schwerpunkt der Gespräche in Simbabwe waren vor allem die Lage der Menschen- und Gewerkschaftsrechte und der Demokratisierungsprozess. „Der demokratische Wandel in diesem Land kann nur mit den Gewerkschaften gelingen", so Sommer. In der Vergangenheit hatte sich Sommer mehrmals persönlich eingeschaltet, um Gewerkschafter vor Folter und Haft zu bewahren. •

Befristete Verträge vor allem in neueren Dienstleistungsbereichen

Anteil der befristet Beschäftigten in ausgewählten Wirtschaftsbereichen 2008 (in Prozent)



Quelle: Mikrozensus, Statistisches Bundesamt 2010

Jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag ist befristet. Das geht aus einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. „Die fatalen Folgen befristeter Beschäftigung werden politisch viel zu wenig diskutiert", erklärte dazu DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. Sie fordert die Bundesregierung auf, die Unternehmen per Gesetz dazu zu zwingen, Befristungen stets zu begründen. 2008 waren 2,7 Millionen Menschen oder 8,9 Prozent aller Beschäftigten befristet angestellt – und damit so viele wie nie zuvor. Das zeigt der jüngste Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. Besonders häufig betroffen sind jüngere ArbeitnehmerInnen, Frauen und ausländische Beschäftigte. Häufig finden sich befristete Jobs in den „neueren" Dienstleistungssparten.

Berufsbildungsbericht

Berichterstattung unzureichend

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) hat die bisherige Ausbildungsberichterstattung als unzureichend kritisiert. Das geht aus seiner am 11. März – gegen die Stimmen der Arbeitgeber – beschlossenen gemeinsamen Stellungnahme zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2010 hervor, den das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vorgelegt hat. Darüber hinaus haben Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Länder jeweils eigene Stellungnahmen eingebracht.

Nach Auffassung des Ausschusses sollten die Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt, insbesondere die Situation der unversorgten BewerberInnen künftig differenzierter dargestellt werden. Die Gewerkschaften fordern u.a., dass künftig Jugendliche in „Warteschleifen" als „unversorgt" in der Statistik geführt werden. Zudem würden bislang Jugendliche, die als „nicht ausbildungsreif" gelten, aus der Statistik verschwinden. Der Berufsbildungsbericht wird im April nach der Verabschiedung durch das Bundeskabinett veröffentlicht. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Wirtschaftsjournalismus

Studie belegt „Pfusch am Bau"

Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz haben im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung eine Studie zum Thema „Wirtschaftsjournalismus in der Krise – Zum massenmedialen Umgang mit der Finanzmarktpolitik" vorgelegt. Ihr Fazit: „Der tagesaktuelle deutsche Wirtschaftsjournalismus hat als Beobachter, Berichterstatter und Kommentator des Finanzmarktes und der Finanzmarktpolitik bis zum offenen Ausbruch der globalen Finanzmarktkrise schlecht gearbeitet; Pfusch am Bau nennt man das im Handwerk."

Untersucht wurde die Berichterstattung der Finanz- und Wirtschaftsredaktionen von fünf überregionalen Tageszeitungen, der Deutschen-Presse-Agentur (dpa) und der ARD-Tagesschau im Hinblick auf ihre Aufgaben als „Frühwarnsystem" und der „umfassenden Informationen". „Während die fünf Tageszeitungen im Krisenverlauf Sachkompetenz und kritische Distanz aufbauen, lassen die dpa-Meldungen und die ‚Tagesschau' keinen nennenswerten Qualitätszuwachs erkennen. Sie bleiben journalistisch sensationell schlecht", so die Autoren, die hoffen, mit ihrer Studie eine Debatte über Qualitätsjournalismus anzuregen. dpa hat die Ergebnisse in einer Stellungnahme angezweifelt. •

www.otto-brenner-stiftung.de

Equal Pay Day

Aktion am Brandenburger Tor

Zum dritten Mal setzt am 26. März bundesweit das Equal-Pay-Bündnis mit vielfältigen Aktionen ein Zeichen gegen die Entgeltdiskriminierung von Frauen. Der Tag markiert den Zeitraum, den Frauen hierzulande über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssen, um auf das Vorjahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu kommen. Zu den Initiatoren des Aktionstags gehört unter anderem der Deutsche Frauenrat, dem auch der DGB angehört. Die zentrale Aktion in Berlin findet am 26.3. am Brandenburger Tor (12 bis 14 Uhr) statt. •

www.equalpayday.de
www.entgeltgleichheit.de

EGB

Konjunkturpakete fortsetzen

Im Vorfeld des EU-Frühjahrsgipfels am 25./26. März hat die Exekutive des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in einer gemeinsamen Erklärung die Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, nicht aus den Konjunkturpaketen auszusteigen, die zur Bewältigung der Krise in vielen Ländern Europas gestartet wurden. Neben einem Programm für Griechenland, das die Verursacher der Krise dort in die Verantwortung nimmt und nicht einseitig zu Lasten der Beschäftigten geht, fordern die europäischen Gewerkschaften u.a. die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer sowie endlich wirksame Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

BETRIEBSRATSWAHLEN 2010

Betriebsräte beraten Betriebsräte

Wer, wenn nicht andere Betriebsräte, wissen genau, was zu tun ist, wenn es Probleme mit dem Arbeitgeber gibt – ob bei den Betriebsratswahlen oder im betrieblichen Alltag. Das Netzwerk „Beteiligungsorientierte Betriebsratsarbeit" bietet anderen Betriebsräten Unterstützung an.

In manchen Betrieben stoßen Beschäftigte auf großen Widerstand, wenn sie einen Betriebsrat gründen wollen. „Es sollten Patenschaften entstehen", empfiehlt der Autor Günter Wallraff aufgrund seiner Erfahrungen bei Recherchen in der Arbeitswelt: „Von Kollege zu Kollege, vom gewerkschaftlich organisierten Kollegen, der noch einen Job hat, zum Leiharbeiter hin – also von Mensch zu Mensch. Aber auch von Belegschaft zu Belegschaft oder von Betriebsrat zu Betriebsrat."

Solche Patenschaften gibt es längst – so unterstützen etwa beim Discounter Schlecker Betriebsräte die KollegInnen in Filialien ohne Betriebsrat. Das Netzwerk „Beteiligungsorientierte Betriebsratsarbeit" will die Vernetzung von Betriebsräten noch weiter vorantreiben. Entstanden aus einem Projekt der Initiative Trendwende haben sich die Betriebsräte von fünf Unternehmen zu diesem Netzwerk zusammengeschlossen. Sie haben alle als Pilotbetriebe im Rahmen des Trendwende-Projektes neue Formen der Beteiligung in ihren Betrieben etabliert und schwierige Themen mit ihren Belegschaften erfolgreich umgesetzt. „Dabei war der Austausch mit den anderen Betriebsräte enorm wichtig", erklärt Thomas Raue, IBM-Betriebsrat in Hannover und einer der Koordinatoren des Netzwerkes.

So haben sich im Rahmen des Pilotprojektes alle beteiligten Betriebsräte auf einzelne Themen spezialisiert und geben ihre Erfahrungen und Kenntnisse an die anderen weiter. Im Rahmen der Betriebsratswahlen 2010 wollen die Netzwerker ihre Kompetenzen mit anderen teilen. Sie erhoffen sich davon in einer Art „Schneeballsystem" eine Verbreiterung ihres Netzwerkes: „Wir wollen andere Betriebsräte unterstützen und die Gewerkschaften entlasten, erwarten aber auch neue Impulse für unser Netzwerk", so Raue. ●

www.beteiligung.dgb.de

Viel beachtet in den Medien: die offizielle Eröffnung der DGB-Dachkampagne am 9. März in Berlin durch Dietmar Hexel, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, den Journalisten Günter Wallraff sowie den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirkse.

Foto: Sebastian Henneke

Betriebsräte – ein Grundrecht

„Stimmt. Betriebsräte machen den Unterschied": Unter dem Motto der DGB-Dachkampagne zu den Betriebsratswahlen 2010 haben der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, DGB-Vorstandmitglied Dietmar Hexel und der Journalist Günter Wallraff die Kampagne am 9. März in Berlin eröffnet. Vor einer Schlecker-Filiale in Berlin betonte Bsirske: „Schlecker ist beispielhaft für Unternehmen, die auf unrühmliche Weise und durch eine unsoziale Unternehmenspraxis zu Lasten und auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgefallen sind." Aber gerade in diesem Unternehmen hätten mutige Betriebsrätinnen gezeigt, dass es auch anders geht. Mittlerweile gebe es in 170 Filialen Betriebsräte, sowie einen Gesamtbetriebsrat bei der Drogerie-Kette. Hexel rief alle ArbeitnehmerInnen auf, an den Wahlen teilzunehmen. Die DGB-Gewerkschaften hätten das Ziel, mindestens 70 Prozent aller Sitze zu besetzen. Dies gelte auch für kleine und mittlere Betriebe, insbesondere in den neuen Bundesländern.

Der Journalist Günter Wallraff kritisierte scharf, dass die Arbeit von Betriebsräten zunehmend unter Missachtung sämtlicher Arbeitnehmerrechte behindert werde. Mittlerweile gebe es Anwaltsbüros, die sich darauf spezialisiert haben, die „Kriegsführung gegen Betriebsräte und ArbeitnehmerInnen" zu optimieren, so Wallraff. Er betont: „Betriebsräte sind wichtig, weil sie Grundrecht repräsentieren. Das Recht sich am Arbeitsplatz für die Kollegen gestaltend einzusetzen – aber auch zum Wohl des Betriebes." Oft sei ein Betriebsrat ein Ombudsmann, der beide Seiten berücksichtige. Die Mehrheit der Betriebsräte wolle keinen Kampf, sondern setze sich zum Wohle und Erhalt des Betriebs ein und schütze ihre KollegInnen, die alle diesen Schutz verdient hätten, so Wallraff. ●

DGB-Kampagne: ***www.mitbestimmt.de***

Erste Erfolge

Seit dem 1. März finden die Betriebsratswahlen statt – erste Ergebnisse aus großen Unternehmen zeigen: Die DGB-Gewerkschaften können ihre Position behaupten bzw. ihre Stimmenanteile erhöhen.

Bei Opel Rüsselsheim wurde Klaus Franz zum dritten Mal in Folge zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Die von ihm angeführte Liste „IG Metall – Wir sind Opel" erzielte mit 86,6 Prozent der Stimmen ihr bestes Wahlergebnis seit 1945.

Ähnlich positiv sind auch die Ergebnisse an den deutschen VW-Standorten. In Wolfsburg konnte die IG Metall-Liste über 90 Prozent, in Salzgitter 95 Prozent, in Braunschweig 96 Prozent und in Kassel über 94 Prozent der WählerInnen für sich gewinnen.

Auch aus anderen Gewerkschaften gibt es erste positive Signale. So erhielt die IG BCE-Liste bei BASF in Ludwigshafen 85,6 Prozent der Stimmen.

Im Rahmen der DGB-Dachkampagne zu den Betriebsratswahlen 2010 lädt der DGB am 22./23. April zu einer Fachtagung nach Berlin ein. Ihr Thema: „Betriebsräte 2010: Wirtschaft braucht Mitbestimmung".

Mehr Infos:
www.einblick.dgb.de

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Jugendbildungsstätte

Sterne für Flecken Zechlin

Die DGB-Jugendbildungsstätte in Flecken Zechlin hat als Zeichen für gute Qualität drei Sterne im Rahmen eines Zertifizierungsverfahrens erhalten. Der stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg Christian Hoßbach hat die Auszeichnung auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) Mitte März in Empfang genommen. Das Gütesiegel wird durch das vom Bundesfamilienministerium geförderte BundesForum Kinder- und Jugendreisen e.V. vergeben und gilt für drei Jahre. •

www.einblick.dgb.de/links

Girls' Day 2010

Politik als Beruf

Bereits zum neunten Mal öffnen am 22. April Unternehmen, Hochschulen und Organisationen ihre Türen für Schülerinnen ab der 5. Klasse zum Mädchen-Zukunftstag. Auch beim DGB-Bundesvorstand haben in diesem Jahr wieder 20 Mädchen die Chance, Menschen kennen zu lernen, die „Politik zum Beruf" gemacht haben. Im vergangenen Jahr beteiligten sich bundesweit mehr als 126 000 Mädchen und über 9000 Unternehmen und Organisationen. Der Zukunftstag startete 2001 als gemeinsame Initiative vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem DGB und der Initiative D21. Ziel ist es, dass die junge, besonders gut ausgebildete Frauengeneration ihre Berufsmöglichkeiten voll ausschöpft und sich nicht auf „typisch weibliche" Berufsfelder beschränkt. Gerade in technischen, technikna-hen und naturwissenschaftlichen Bereichen fehlt zunehmend qualifizierter Nachwuchs. Unternehmen und Organisationen, die noch Plätze anbieten wollen, können ihr Angebot zum Girls' Day online anmelden. •

www.girls-day.de

Im Einsatz für die Beschäftigten

Aufsichtsrat des Monats

Foto: E.ON Energie AG

Aufsichtsrat des Monats im März ist **Klaus Dieter Raschke.** Der gelernte Steuerfachgehilfe ist unter anderem Mitglied des Konzernbetriebsrats der VEBA/e.on AG und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Preussen Elektra/e.on Kernkraft GmbH. ver.di-Mitglied Raschke setzt sich sowohl im Unternehmen als auch auf Landes- und Bundesebene in der Gewerkschaft für die Beschäftigten ein. So gehört er seit 1979 zur ver.di-Tarifkommission für Preussen Elektra und e.on. Wie er seine langjährige Erfahrung als Mitbestimmungsprofi einbringt, erklärt er im Fragebogen zur Aktion „Aufsichtsrat des Monats" auf *www.dgb.de/aufsichtsrat*

Dienstleistungspolitik

Berlin im Fokus

Berlin ist Hauptstadt und Touristenmagnet. Mehrere Millionen TouristInnen jährlich wissen das Dienstleistungsangebot der Stadt zu schätzen. Doch wie sehen die Arbeitsbedingungen aus? Prekär, schlecht bezahlt und befristet lautet in vielen Fällen die Antwort. Aus diesem Grund richten der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg und die Beratungsfirma Wert.Arbeit am 16. April in Berlin die Konferenz „Dienstleistungen – Wertschätzung und -schöpfung in der Metropolregion Berlin" aus. Auf dem Programm stehen Analysen einzelner Branchen, Beispiele „Guter Praxis" aus anderen europäischen Städten und Diskussionen mit ExpertInnen aus Politik, Verbänden und Gewerkschaften. Ziel der Konferenz ist es, Impulse für eine innovative Dienstleistungspolitik in Berlin zu geben. •

www.wertarbeitgmbh.de/projekte.php?id=14

interregio

••• ***IG Metall, IG BAU, IG BCE und NGG*** haben gemeinsam mit dem thüringischen Wirtschafts- und Arbeitsminister und ArbeitgebervertreterInnen die ***„Konzertierte Aktion Thüringen 2010"*** ins Leben gerufen. Unter dem Titel „Wirtschaft stabilisieren, Wachstumspotenziale erschließen, sozialen Zusammenhalt stärken" sollen im Dialog von Politik, Arbeitgebern und Gewerkschaften Impulse für die künftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung gegeben werden. Handlungsfelder sind u.a. die Stärkung der Sozialpartnerschaft, die Tarifbindung der Unternehmen, faire Löhne und Gehälter sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von LeiharbeiterInnen.

www.thueringen.dgb.de

••• Der ***DGB Sachsen*** kritisiert die ***Sparpläne*** der sächsischen Staatsregierung im Kinder- und Jugendbereich. Gerade in Sachsen, wo der Anteil der Jugendlichen an der Bevölkerung sinke, seien die Kürzungen und die Zerschlagung bewährter Strukturen eine soziale Katastrophe, so Iris Kloppich, Vorsitzende des DGB Sachsen. Die Investitionen in junge Menschen zu kürzen, würde nur kurzfristig zu Einsparungen führen, die später teuer durch höhere Ausgaben bezahlt werden müssten.

www.dgb-sachsen.de

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** hat einen gemeinsamen ***Zukunftspakt*** für die Berliner Industrie mit dem Regierenden Bürgermeister, Berliner Kammern und Unternehmensverbänden geschlossen. Darin ist festgelegt, dass die Maßnahmen zur Stärkung des Industriestandortes Berlin konzertiert und intensiviert werden. Dazu gehört die Bekämpfung des Fachkräftemangels und eine Verbesserung des Standortmarketings.

www.berlin-brandenburg.dgb.de/

neue Bücher

Früher Netzwerker

Von der Gewerkschaftsarbeit im Zentralverband der Angestellten (ZdA) über den Widerstand gegen die Nazis und Exil bis zum gewerkschaftlichen Wiederaufbau führt **der Lebensweg von Hans Gottfurcht.** Er war einer der frühen gewerkschaftspolitischen Netzwerker auf internationalem Parkett. Reich an Details über die gewerkschaftliche Angestelltenbewegung breitet Autorin Ursula Bitzegeio eine beachtenswerte Biografie aus. So hatte Gottfurcht maßgeblichen Anteil an der Bündelung der GewerkschafterInnen im Londoner Exil während des Zweiten Weltkriegs. Seine enge Beziehung zum englischen TUC und der Labour-Party waren für den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften ab 1945 sehr hilfreich.

Ursula Bitzegeio: Über Partei- und Landesgrenzen hinaus. Hans Gottfurcht (1896 – 1982) und die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten, J.H.W. Dietz Verlag, Bonn, 2009, 424 Seiten, 48 Euro.

Europäische Finanztransaktionssteuer

Gewerkschaften fordern konkrete Schritte

In einem gemeinsamen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel und den britischen Premierminister Gordon Brown haben der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und der Vorsitzende des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC Brendan Barber einen konkreten Fahrplan zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene gefordert.

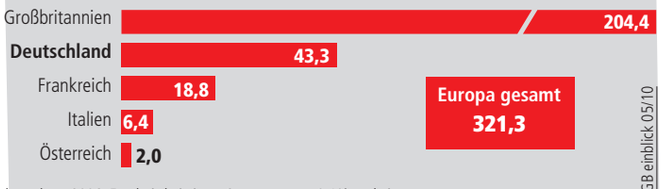
Die Finanztransaktionssteuer kann eine zentrale Säule für eine zukünftige Finanzarchitektur sein, davon sind die Gewerkschafter überzeugt. „Mit einer Finanztransaktionssteuer würden primär kurzfristige Transaktionen verteuert mit dem Ergebnis, dass so ein Beitrag zur Stabilisierung von Aktienkursen, Rohstoffpreisen und Wechselkursen geleistet würde", heißt es in dem Brief. Spekulationsgeschäfte würden eingedämmt und die Verursacher der Krise an den Kosten beteiligt. Die Einnahmen könnten zum Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge, zur Armutsbekämpfung und zur Bekämpfung des Klimawandels eingesetzt werden.

Mit deutlicher Mehrheit hat das Europaparlament am 10. März die EU-Kommission aufgefordert, die Einführung einer Steuer auf Finanzgeschäfte zu prüfen. Derartige Steuern könnten sicherstellen, dass der Finanzsektor einen „fairen und spürbaren" Beitrag leistet, um die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen. Damit scheinen auch die EU-Parlamentarier nicht mehr abwarten zu wollen, ob sich auf internationaler Ebene eine Finanztransaktionssteuer durchsetzen lässt.

Das sei ein Schritt in die richtige Richtung, begrüßt DGB Vorstandsmitglied Claus Matecki die parlamentarische Initiative. Es sei nicht die Zeit auf die G20 zu warten, sondern auf europäischer Ebene ein Zeichen zu setzen und die Finanztransaktionssteuer einzuführen. Die EU könne und müsse als eigenständiger Wirtschaftsraum vorangehen. •

Steuereinnahmen in erheblichem Umfang

Hypothetische Einnahmen durch die Transaktionssteuer in ausgewählten europäischen Ländern (in Milliarden US-Dollar)*



*errechnet 2006. Ergebnis bei einem Steuersatz von 0,1% und einem mittleren Szenario betreffend den Rückgang von Transaktionsvolumen. Quelle: DGB/WIFO

© DGB einblick 05/10

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung WIFO hat errechnet, welche Einnahmen durch eine Transaktionssteuer erzielt werden könnten. Die Zahlen beinhalten sowohl kurzfristige Spekulationen und (außerbörsliche) OTC Transaktionen als auch den Ankauf von Aktien und Anleihen. Das Institut folgert, dass zwar kurzfristige Spekulationen zurückgehen würden, der Aktienmarkt insgesamt jedoch kaum nachlassen würde.

?...nachgefragt

Foto: SPD

Das EU-Parlament (EP) hat am 10. März mit einer klaren Mehrheit von 536 gegen 80 Stimmen die EU-Kommission aufgefordert, Optionen zur Besteuerung von Finanztransaktionen zu prüfen. Jutta Steinruck, 47, SPD-Europaabgeordnete und Vorsitzende der DGB-Region Vorder- und Südpfalz, erläutert das Votum des EP.

Das Europaparlament (EP) fordert von der Kommission eine Studie, die die Möglichkeiten einer Besteuerung von Finanztransaktionen in der EU und durch die EU prüft. Gegen die Konservativen und Liberalen ist es uns gelungen, durchzusetzen, EUROPÄISCHE Möglichkeiten zu prüfen. Die Konservativen wollten nur einen Prüfauftrag für eine Besteuerung weltweit. Wir dürfen uns aber nicht hinter den USA oder anderen Ländern verstecken, wenn es auf der globalen Ebene keinen Fortschritt in dieser Frage gibt. Mit dem Beschluss fordert das EP allerdings noch nicht die Steuer, nur deren Prüfung. Das EP sieht darin die Chance, die Einnahmen der Mitgliedstaaten zu erhöhen, die Verursacher der Finanzkrise zur Verantwortung zu ziehen und das Missverhältnis von realen zu spekulativen Geschäften einzuschränken. Dass es uns dieser Beschluss trotz der konservativen Mehrheiten im Parlament gelungen ist, hängt auch damit zusammen, dass im EP wesentlich sachorientierter als in den nationalen Parlamenten gearbeitet werden kann. Und wir wissen alle: Seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags hat das EP mehr Möglichkeiten, europäische Politik zu gestalten – allerdings nur, wenn die Parlamentarier an einem Strang ziehen.

Unterstützung wächst

Die Unterstützung für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer wächst weltweit. In Deutschland zeigt die Kampagne „Steuer gegen Armut" Erfolge. So wurde ein Offener Brief an die Bundesregierung zum Start der Kampagne im Oktober 2009 bereits von 50 Organisationen unterzeichnet. Dazu gehören Gewerkschaften, das globalisierungskritische Netzwerk attac, Entwicklungs- und Umweltorganisationen, Bischöfe, Banker und WissenschaftlerInnen. Eine Petition an den Bundestag zur Steuer haben über 66 000 BürgerInnen unterstützt.

Auch in Großbritannien wird die Forderung von einem großen öffentlichen Votum getragen. Die Kampagne für eine Robin-Hood-Steuer startete am 10. Februar und wird ebenfalls von einem breiten Bündnis unterstützt.

Eine internationale Unterschriftenliste für eine Transaktionssteuer soll den Staats- und Regierungschefs der G20 im Juni in Toronto/Kanada übergeben werden.

Die Broschüre des DGB zur Finanztransaktionssteuer (einblick 03/10) bringt die Argumente für die Steuer auf den Punkt: „Es ist nicht einzusehen, warum alle Güter – auch die existentiellsten – mit einer Umsatzsteuer von bis zu 19 Prozent besteuert werden, alle Finanzprodukte aber steuerfrei gehandelt werden."

www.steuergegenarmut.de

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die IG BAU fordert die Regierung von Simbabwe auf, freie Gewerkschaftsarbeit zuzulassen und die Menschenrechte zu achten. Damit setzt sie sich für die Gewerkschaft der Landwirtschafts- und Plantagearbeiter in Simbabwe (GAPWUZ) ein, auf die von Sicherheitskräften massiver Druck ausgeübt wird.

Die GEW fordert eine lückenlose Aufklärung der Missbrauchsfälle von SchülerInnen durch Lehrer. Für sexuelle Übergriffe auf Kinder dürfe es keine Toleranz geben. Neben strafrechtlichen Konsequenzen sei auch eine Entschuldigung der Täter angemessen. Trotzdem dürfe nicht eine ganze Berufsgruppe an den Pranger gestellt werden.

Die GdP erklärt zum Jahrestag von Winnenden, dass die Gefahr von Amokläufen an Schulen nicht gebannt sei. Das verschärfte Waffenrecht könne aufgrund praxisferner Regelungen nicht umgesetzt werden. Darüber hinaus fehle es an Personal für die Überprüfungen. Die Amnestie für die Abgabe illegaler Waffen soll verlängert werden.

ver.di begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die Vorratsdatenspeicherung. Dies sei ein Erfolg für Demokratie und Meinungsvielfalt in Deutschland. Bekannt gewordene Verstöße gegen den Datenschutz hätten gezeigt, dass die Datensammelwut des Staates zu Missbrauch führen könne.

Relaunch www.dgb.de

Website im neuen Look

Es ist soweit: Nach monatelangem Schrauben am Detail ist die neue Website des DGB-Bundesvorstands im Netz. Neben der Seite zu 60 Jahren DGB und dem wissenschaftlichen Online-Debattenmagazin „Gegenblende" ist sie das neue Herzstück des Online-Auftritts des Deutschen Gewerkschaftsbundes. „Das Internet wird immer wichtiger bei der Meinungsbildung und Information der breiten Öffentlichkeit. Mit unserem neuen DGB-Internetauftritt werden wir dieser zunehmenden Bedeutung gerecht", so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Ich freue mich sehr, dass wir jetzt die inhaltlichen, gestalterischen und technischen Möglichkeiten nutzen, die das Internet bietet." Der neue Aufbau der Webseite erleichtert Interessierten den Zugang zu Informationen, Hintergrundwissen sowie Positionen des DGB. Die gewerkschaftliche Arbeit und das gesellschaftspolitische Engagement werden in ansprechender Form und unter verstärktem Einsatz von Bildern, Audio und Video deutlich herausgestellt. Außerdem bietet *www.dgb.de* Dialogmöglichkeiten von kommentierbaren Artikeln bis zur Teilnahme an Umfragen.

Längst ist der DGB auch auf Youtube und Twitter vernetzt; der neue Webauftritt bindet diese Mitmachdienste und auch die sozialen Online-Netzwerke wie Facebook, StudiVZ und Delicious mit ein. Klare Schwerpunktsetzung, eine übersichtliche, ansprechende Seitenaufteilung bilden den Schwerpunkt der Konzeption. Die neue Internetseite bietet zwei inhaltliche Zugänge: Im Bereich „Über uns" sind Organisationsstruktur und Geschichte des DGB hierarchisch abgebildet. Die thematische Vielfalt ist über eine Schlagwortnavigation via Tag Cloud (Schlagwortwolke) abgebildet. Schwerpunkte, etwa zur Wirtschaftskrise, stellt die Webseite gebündelt in Dossiers dar. Im Look von *www.dgb.de* erfolgt in den nächsten Wochen auch der Relaunch der Websites der Region Köln-Bonn und des Bezirks Hessen-Thüringen. •

www.dgb.de

DGB-Kongress 2010

Starke Arbeitnehmerrechte

Leih- und Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung und Minijobs sind auf dem Vormarsch - bewusst gefördert durch politische Entscheidungen. Die Krise hat die Bedingungen für viele Beschäftigte noch verschärft. Der Leitantrag des DGB-Bundesvorstandes zum Arbeitsrecht an den 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress im Mai beschreibt, wie die Gewerkschaften diesen negativen Entwicklungen entgegentreten wollen. So sollen bei der Leiharbeit Missbrauchsmöglichkeiten ausgeschlossen werden. Vor allem sei es unabdingbar, das Prinzip der Gleichbehandlung beim Entgelt und den übrigen Arbeitsbedingungen vom ersten Arbeitstag festzulegen. Der Tarifvertrag zwischen DGB-Tarifgemeinschaft und Leiharbeitgebern soll per Rechtsverordnung allgemeinverbindlich erklärt werden. Ferner sollen Betriebsräte die tarifgerechte Eingruppierung überwachen. „Strohfirmen", um Stammbeschäftigte als Leiharbeiter zu schlechteren Bedingungen anzustellen, sollen verboten werden. Um befristete Beschäftigung zu bekämpfen, wollen die Gewerkschaften Befristung auf sachliche Gründe beschränken. Verdachtskündigungen, wie im Fall „Emmely", sollen gesetzlich ausgeschlossen werden. Außerdem sollen Arbeitnehmerrechte bei Insolvenzen verbessert werden. Der Antrag stellt zudem klar: „Ein umfassendes transparentes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz ist überfällig."

Vom 24. bis 26. März berät die Antragsberatungskommission des DGB über ihre Empfehlungen zu den 154 Anträgen an den DGB-Bundeskongress im Mai. •

Zeitarbeit

Tarifvertrag abgeschlossen

Die DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit und der Bundesverband Zeitarbeit (BZA) haben einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Der Abschluss hat eine Laufzeit bis Ende Oktober 2013 und sieht ab 1.7.2010 Tariferhöhungen in vier Schritten vor. Danach steigen die Mindestentgelte im Westen von 7,38 Euro bis zum 1. November 2012 auf 8,19 Euro pro Stunde, im Osten von 6,42 Euro im gleichen Zeitraum auf 7,50 Euro. Für die weiteren Entgeltgruppen wurden prozentuale Erhöhungen vereinbart. Gleichzeitig wurden die untersten Entgelte als jeweilige Mindestlöhne festgeschrieben. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki forderte nach dem Tarifabschluss die Politik auf, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf die Zeitarbeit auszuweiten. •

MEINUNG

ELENA

Auf Vorratsdatenspeicherung folgt Vorratsdatenspeicherung

Der elektronische Entgeltnachweis ELENA verletzt die Grundrechte der Beschäftigten und speichert unzulässig Daten auf Vorrat. ver.di-Vize Gerd Herzberg fordert deshalb: ELENA muss gestoppt werden.

Foto: ver.di

Gerd Herzberg (60) ist seit 2001 stellvertretender ver.di-Vorsitzender.

ver.di lehnt die durch den so genannten elektronischen Entgeltnachweis ELENA gestartete Vorratsdatenspeicherung ab, weil es dadurch zu einer Datenspeicherung auf Vorrat kommen wird, die die rund 40 Millionen abhängig Beschäftigten hierzulande in ihren Grundrechten verletzt. **Wir unterstützen deshalb ausdrücklich die gegen ELENA eingereichte Verfassungsbeschwerde.**

Das ELENA-Konzept geht auf einen Vorschlag der Hartz-Kommission aus dem Jahr 2002 und auf Forderungen von Arbeitgeberverbänden zurück. Für das ELENA-Verfahren wurde eine elektronische Versicherungskarte als Signatur- oder Schlüsselkarte entwickelt, die für den Abruf von Verdienstbescheinigungen und Arbeitsbescheinigungen durch die jeweils zuständige öffentliche Stelle nach Ermächtigung durch den Antragsteller zur Verfügung steht.

Diese digitale Signatur soll zunächst für sechs Bescheinigungen gelten: Bundeselterngeld, Arbeitsbescheinigung nach Ende des Arbeitsverhältnisses, Nebeneinkommensbescheinigung, Bescheinigung über geringfügige Beschäftigung, Wohngeldbescheinigung und Fehlbelegungsabgabe. In Zukunft solle das System aber **auf 45 weitere Bereiche ausgeweitet werden.** Dabei ist geplant, ab 2015 auch Anträge auf Krankengeld, Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld und Rentenzahlungen in das ELENA-Verfahren einzubeziehen.

Seit Jahresanfang müssen nach dem ELENA-Verfahrensgesetz die für die Leistungen erforderlichen Daten von den Arbeitgebern automatisch an die Technische Abteilung der Deutschen Rentenversicherung, die so genannte Zentrale Speicherstelle ZSS und die Informationstechnische Servicestelle der Gesetzlichen Krankenversicherung (ITSG) übermittelt werden.

Mit Beginn des Jahres 2012 müssen dann Arbeitgeber ihren Beschäftigten keine Bescheinigungen mehr ausstellen, die die Leistungsarten der Meldungen an ELENA erfassen. Die Beschäftigten sind, wenn sie Leistungen beanspruchen, darauf angewiesen, die elektronische Signaturkarte zu beantragen. Sie werden so Teil des Systems, **ohne eine Wahl zu haben.** ver.di sieht das Hauptproblem des ELENA-Verfahrens darin, dass es sich um die Bündelung von auf Vorrat gehaltenen Daten handelt. Die weitaus meisten davon **werden niemals benötigt,** weil die meisten Beschäftigten die entsprechenden Sozialleistungen nicht in Anspruch nehmen dürften. Wir schließen uns damit der Meinung des Bundesdatenschutzbeauftragten Peter Schaar an, der das Missverhältnis zwischen umfassender Speicherung und punktueller Nutzung für verfassungsrechtlich bedenklich hält. Die Größe dieser neuen Datenbank stellt auch aus ver.di-Sicht ein verfassungsrechtliches Problem dar.

Schon 1983 im Volkszählungsurteil hat das Bundesverfassungsgericht die **Gefahren für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung** in den technischen Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung gesehen. Diese Auffassung hat es Anfang März in seiner Entscheidung zur Vorratsdatenspeicherung mit Hilfe von Telekommunikationsverkehrsdaten ergänzt und fortgesetzt. Die damals schon festgestellte unzulässige Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts erscheint im Vergleich zu ELENA gerade zu unbedeutend. Der heute geschaffene Datenpool ist eine gut geeignete **Grundlage für einen gläsernen Menschen der Zukunft,** über den jeder jederzeit alles erfahren kann.

Hinzu kommt, dass die Signaturkarte den Betroffenen nicht einmal die technische Hoheit über ihre eigenen Daten gibt. Denn die liegt letztlich bei den Sozialbehörden, die auf die verschlüsselt abgelegten Daten zugreifen können. Damit löst der mit ELENA geschaffene zentrale Datenpool mit hochdifferenzierten und sensiblen Angaben der gesamten abhängig beschäftigten Bevölkerung in Deutschland zwangsläufig **Begehrlichkeiten bei den unterschiedlichsten Bedarfsträgern** aus.

Bei einer durch das Bundeswirtschaftsministerium bereits angekündigten Ausweitung der Datenspeicherung auf das gesamte Sozialrecht werden diese **Gefahren ins Unerträgliche ausgeweitet.** Deshalb fordert ver.di von der Bundesregierung: Stoppt diese Form der Vorratsdatenspeicherung und Grundrechtsverletzung abhängig Beschäftigter – ELENA darf nicht fortgeführt werden! •

Beschwerde beim Verfassungsgericht

Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende, hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung zum Anlass genommen, ein umfassendes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz und Konsequenzen im Hinblick auf ELENA zu fordern. „Das Bundesverfassungsgericht spricht davon, dass eine anlasslose Speicherung ein ‚diffus bedrohliches Gefühl des beobachtet seins' hervorrufen kann, das eine unbefangene Wahrnehmung der Grundrechte beeinträchtigt. Diese Überlegungen sollte die Bundesregierung bei der angekündigten Überarbeitung des elektronischen Entgeltnachweises ELENA unbedingt berücksichtigen", so Sehrbrock.

Der Verein FoeBud e.V. aus Bielefeld will ELENA ganz kippen, bereits gesammelte Arbeitnehmerdaten sollen gelöscht werden. Der Verein, der sich für Bürgerrechte und Datenschutz engagiert, will mit einer Verfassungsbeschwerde dafür sorgen, dass dem Datenschutz Genüge getan wird. FoeBud ruft alle Betroffenen, also alle ArbeitnehmerInnen, auf, sich an der Massenklage gegen ELENA zu beteiligen. Noch bis zum 25. März kann man sich per Internet der Klage anschließen, bis Ende des Monats muss die Beschwerde in Karlsruhe sein.

www.foebud.org

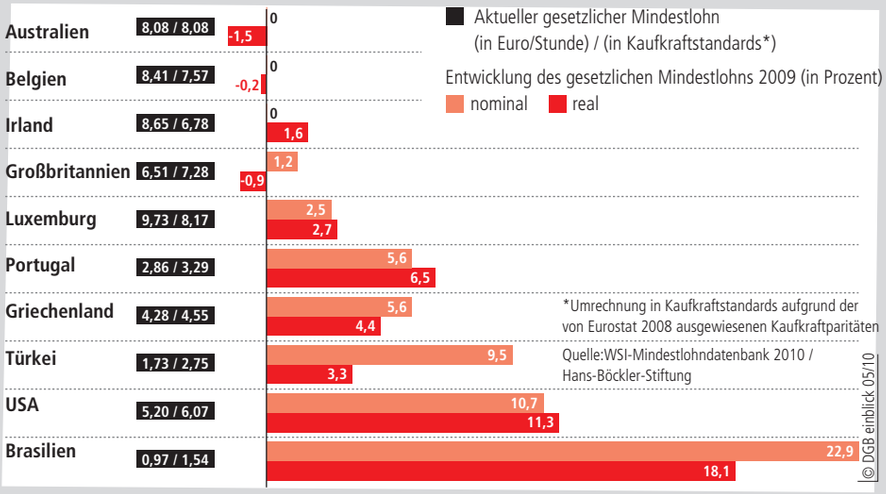
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

MINDESTLÖHNE: Instrumente gegen die Krise

Aufgrund der Krise sind die Mindestlöhne in vielen Ländern Europas 2009 geringer gestiegen als zuvor. Das geht aus dem WSI-Mindestlohnbericht 2010 hervor. Dabei stärken Mindestlöhne die Binnennachfrage und wirken deflationären Tendenzen entgegen, meint die Internationale Arbeitsorganisation ILO. Bestes Beispiel: Brasilien. Dort ist der Mindestlohn in zwei Schritten um insgesamt 23 Prozent auf 0,97 Euro erhöht worden – mit positiven Auswirkungen auf die Entwicklung von Reallohn und Kaufkraft. ***www.einblick.dgb.de/links***



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

23.3. DGB, Diskussion „Eine Arbeitswelt für alle. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Arbeitsleben", Berlin

23.3. IG BCE, Diskussion „Islamkritik oder antimuslimischer Rassismus", Hannover

25.3. DGB-Saar, Veranstaltung „Gleiche Bezahlung für Frauen – ein weiter Weg!", Saarbrücken

26.3. DGB u.a., Aktionstag „Equal Pay Day"

26.3. IG BCE, Konferenz „Fair p(l)ay - Spielregeln für die Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt", Hannover

27./28.3. DGB-Jugend u.a., Aktion „Gemeinsam werden wir die Nazis stoppen", Duisburg

4.4. DGB-Frauen Bayern, Tagung „Der neue bayerische Sozialbericht", Rosenheim

personalien

••• Dipl.-Betriebswirt ***Reinhold Petermann,*** 56, und Dipl.-Kaufmann ***Achim Albrecht,*** 42, haben gemeinsam die Geschäftsführung der Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw) und ihrer Tochtergesellschaften übernommen. Sie treten damit die Nachfolge von ***Edgar Schramm,*** 65, an, der nach 32 Jahren als Geschäftsführer in den Ruhestand verabschiedet wurde. Petermann ist bereits seit zwölf Jahren als Prokurist im Unternehmen tätig, Albrecht war in den letzten elf Jahren Geschäftsführer einer überregionalen Bildungseinrichtung.

••• ***Hanns Brauser,*** Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH, ist Anfang März nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 62 Jahren verstorben. Von 1975 bis 1990 war Brauser in verschiedenen Funktionen für den DGB-Bundesvorstand tätig, unter anderem als DGB-Bundesjugendsekretär, als Geschäftsführer des DGB-Bildungswerkes und zuletzt als Vorstandssekretär des damaligen DGB-Vorsitzenden Hans-Werner Meyer. 1990 wechselte der Sozialdemokrat in die nordrhein-westfälische Landespolitik. Auch als Abteilungsleiter in verschiedenen Ministerien und der NRW-Staatskanzlei blieb er den Gewerkschaften verbunden. „Hanns Brauser war ein engagierter Gewerkschafter, der sich mit Weitblick und konkreter Fantasie für die Kolleginnen und Kollegen engagiert hat", würdigte ihn Klaus Beck, DGB-Bundesvorstandssekretär, der lange Jahre mit Brauser zusammengearbeitet hat.

Anstecken, Flagge zeigen, Betriebsrat wählen: ***„Betriebsratsverseucht, Und das ist gut so!". Den Aufkleber zum Unwort des Jahres gibt es jetzt auch als Button. Erhältlich ist er mit 25 bzw. 32 mm Durchmesser. Der Einzelpreis pro Button beträgt 1,80 Euro plus Versandkosten. Für größere Bestellmengen gibt es eine Rabattstaffel.*** ***www.br-verseucht.de***

Schlusspunkt.

„Wir müssen aufpassen, dass die Demokratie insgesamt nicht Schaden nimmt durch solche Vorwürfe, die da konstruiert werden."

FDP-Generalsekretär Christian Lindner am 12. März im „ZDF-Morgenmagazin" zu kritischen Berichten über die Reisebegleiter von Außenminister Guido Westerwelle (FDP)

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Udo Böhlefeld, Haidy Damm, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Gesetzliche Krankenversicherung

Keine Behandlung in Privatklinik

Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung haben grundsätzlich keinen Anspruch auf Behandlung in einer Privatklinik. Der Anspruch der Versicherten auf Behandlung beschränkt sich grundsätzlich auf zugelassene Ärzte und Krankenhäuser. Ein Anspruch auf stationäre Behandlung in einer Privatklinik besteht auch dann nicht, wenn der behandelnde Arzt zur ambulanten vertragsärztlichen Versorgung zugelassen ist.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Beschluss vom 7. Mai 2009 - L 5 KR 168/08

Witwenrente

Nur nach rechtlich anerkannter Ehe

Eine Eheschließung nach buddhistischem Zen-Ritus begründet keinen Anspruch auf Witwenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Witwe im Sinne des Gesetzes kann nur sein, wer mit dem Versicherten in einer gültigen, vor einem Standesbeamten geschlossenen Ehe gelebt hat. Eine Eheschließung nach buddhistischem Zen-Ritus ist dem nicht gleichzustellen.

Sozialgericht Mainz,
Urteil vom 3. September 2009 - S 1 R 546/07

Hartz IV

Abwrackprämie ist kein Einkommen

Bei der Berechnung von Hartz-IV-Leistungen ist die Abwrackprämie nicht als Einkommen anzurechnen.
Die Abwrackprämie übersteigt zwar das Siebenfache der Hartz-IV-Regelleistung. Sie steht aber dem Leistungsempfänger nicht tatsächlich zur Verfügung und kann daher nicht für den privaten Konsum ausgegeben werden. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und damit eine Verringerung des Hilfebedarfs treten deshalb nicht ein. Außerdem würde eine Anrechnung den Förderzweck der Abwrackprämie vereiteln.

Hessisches Landessozialgericht,
Beschluss vom 15. Januar 2010 - L 6 AS 515/09 B ER

Arbeitsgelegenheit

Konfessionslos – Ablehnung grundlos

Die Sorge, wegen Konfessionslosigkeit keine Aussicht auf eine Festanstellung zu erhalten, stellt keinen wichtigen Grund dar, eine in einer konfessionsgebundenen Einrichtung angebotene Arbeitsgelegenheit abzulehnen.

Sozialgericht Koblenz,
Urteil vom 20. Mai 2009 - S 2 AS 702/07

Hartz IV

Bei höheren Wohnkosten Belehrung nötig

Eine Familie, die Arbeitslosengeld II bezieht, muss vom Grundsicherungsträger erneut über die Unangemessenheit ihrer Unterkunftskosten belehrt werden, wenn sich ihr Wohnbedarf durch die Geburt eines Kindes erhöht hat.

Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Beschluss vom 1. September 2009 - 6 TaBV 18/09

Sehbehinderte

Kasse hat Einkaufsfuchs zu zahlen

Ein Barcode-Lesegerät mit digitaler Sprachausgabe (sog. Einkaufsfuchs), der es einer erblindeten Versicherten ermöglicht, die hauswirtschaftliche Versorgung des eigenen Haushalts einschließlich des Einkaufens weitgehend selbständig auszuführen, ist ein Hilfsmittel im Sinne des Gesetzes.

Der Fall: Die mit ihrem Ehemann zusammen wohnende blinde Frau ist mit einem Blindenlangstock und einem Blindenvorlesegerät mit Braillezeile und Farberkennungssystem versorgt. Ihre Augenärztin hatte ihr den Einkaufsfuchs verordnet, mit dem ein Blinder oder Sehbehinderter selbstständig Einkäufe tätigen und bei der häuslichen Vorratshaltung erkennen kann, welche Lebensmittel zum Verbrauch anstehen. Die zuständige gesetzliche Krankenversicherung lehnte die Kostenübernahme ab, der Einkaufsfuchs helfe der Frau nur in besonderen Lebenssituationen, ihre Sehfähigkeit zu ersetzen. Die Kosten von etwa 2.500,- Euro stünden nicht in einem angemessenen Verhältnis zum Nutzen. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die blinde Frau hat einen Anspruch auf den Einkaufsfuchs. Die Versorgung des eigenen Haushalts einschließlich des Einkaufens gehört zu den Grundbedürfnissen und das Hilfsmittel dient der Wahrnehmung dieses Grundbedürfnisses. Da der Einkaufsfuchs es der Frau erst ermöglicht, selbstständig einzukaufen bzw. sich im eigenen Haushalt zu orientieren, hat die gesetzliche Krankenversicherung die erforderlichen Kosten zu tragen.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 11. November 2009 - L 4 KR 17/08

Hartz IV

Nach Suizidversuch neue Wohneinrichtung

Die ARGE muss einem Hartz-IV-Empfänger, der seine Wohnung aufgelöst und die Einrichtung entsorgt hat, nach einem gescheiterten Selbstmordversuch einen Zuschuss für eine neue Einrichtung zahlen.

Der Fall: Der Hartz-IV-Empfänger unternahm einen Selbstmordversuch. Zuvor hatte er seine Wohnungseinrichtung entsorgt. Er war der Auffassung, dass diese Gegenstände nach seinem Tod von niemandem zu gebrauchen seien. Nach dem gescheiterten Suizid wurde der Mann zunächst stationär behandelt. Sodann stellte er bei der ARGE einen Antrag auf Wohnungserstausstattung. Diese gewährte ihm ein Darlehen zur Anschaffung von Einrichtungsgegenständen. Der Mann war jedoch der Auffassung, dass ihm ein Zuschuss zustehe.

Das Sozialgericht: Da die Wohnung des Mannes im Zeitpunkt der Antragstellung nicht mit entsprechenden Einrichtungsgegenständen ausgestattet war, bestand hat ein Bedarf für eine Erstausstattung. Unerheblich ist insoweit, ob ihn an dem Verlust der ursprünglich vorhandenen Einrichtungsgegenstände ein Verschulden trifft. Ein Ausschluss des Anspruchs auf Erstausstattung kommt nur dann in Betracht, wenn ein Betroffener ohne wichtigen Grund vorsätzlich oder grob fahrlässig die Voraussetzungen für seine Hilfebedürftigkeit selbst herbeigeführt hat. Vorliegend hat jedoch ein wichtiger Grund bestanden, weil der Arbeitslose sein Leben habe beenden wollen. Im Übrigen hat er damit nicht eigene Hilfebedürftigkeit herbeiführen, sondern dem Nachmieter eine geräumte Wohnung hinterlassen wollen. Die Bewilligung nur eines Darlehns zur Anschaffung der Einrichtungsgegenstände ist daher nicht gerechtfertigt.

Sozialgericht Düsseldorf,
Gerichtsbescheid vom 6. November 2009 - S 35 AS 206/07

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 06.04.2010 6/10

DGB

inhalt

Seite 3
Prüfungsbedarf
Mit einem neuen Instrument kann die unterschiedliche Bezahlung von Frauen und Männern aufgedeckt werden

Seite 5
Handlungsbedarf
Die steigende Arbeitsbelastung an Schulen macht LehrerInnen krank

Seite 7
Schutzbedarf
Die Vorsitzende der IG BAU-Bundesfachgruppe Gebäudereiniger-Handwerk Susanne Neumann über Befristungen und deren fatale Auswirkungen

Generation prekär

DGB-Jugend will breite Debatte

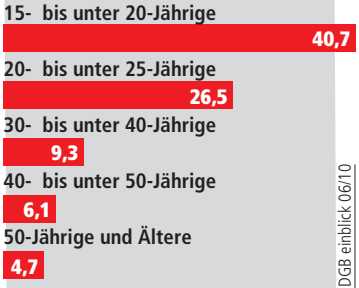
Ob Azubi oder Studierende: Der Einstieg in die Arbeitswelt ist für die junge Generation heute geprägt durch Unsicherheit und prekäre Arbeitsbedingungen. Für die DGB-Jugend steht fest: Es ist höchste Zeit, dass sich etwas ändert. Mit einer gewerkschaftsübergreifenden Offensive will die Gewerkschaftsjugend auf die Situation der jungen Generation hinweisen und Veränderungen anstoßen. DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf betont: „Prekarität ist keine Perspektive. Jugend will Veränderungen. Unser Ziel ist es, eine neue soziale Debatte innerhalb der jungen Generation zu initiieren und voranzubringen."

„Wie wollen wir leben?" Diese Frage soll im Mittelpunkt stehen. Die DGB-Jugend setzt mit ihrer Offensive einen Beschluss der DGB-Bundesjugendkonferenz vom Dezember 2009 um. Geplant ist, durch koordinierte Öffentlichkeitsarbeit die Problematik stärker ins Bewusstsein zu rücken und die mediale Präsenz der Gewerkschaftsjugend deutlich zu erhöhen. Projekte und Botschaften sollen besser verzahnt und Kooperationen mit Partnerorganisationen gefördert werden. Vor allem soll aber die „Generation prekär" selbst zu Wort kommen. „Wir wollen anhand der Leitfrage gemeinsam mit den Jugendlichen über ihre Probleme und Anliegen diskutieren, ihre Interessen zuspitzen und mit Leben füllen", so Rudolf.

In einer ersten Phase werden derzeit gewerkschaftlich Aktive befragt, im nächsten Schritt soll die Debatte geöffnet und mit möglichst vielen jungen Menschen fortgeführt werden. Die wichtigsten Themen dabei sind offensichtlich – schließlich ist für viele Jugendliche heute der Einstieg in die Arbeitswelt ein Fehlstart. So fanden allein 2009 rund 83 000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Insgesamt 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Auch diejenigen, die eine Stelle haben, müssen um ihre Zukunft bangen. Nur noch ein Drittel aller Azubis kann sicher mit einer Übernahme rechnen, im Herbst 2009 ist – im Zuge der Krise – die Jugendarbeitslosigkeit um 12 Prozent gestiegen. René Rudolf konstatiert: „Junge Berufseinsteiger sind höchst verunsichert. Sie sind die unfreiwilligen Vorreiter einer zunehmenden Prekarisierung. Drehen oft endlose Praktikums- und Maßnahmenschleifen, und wenn sie eine Ausbildung absolvieren, werden sie hinterher nicht übernommen. Leiharbeit und Befristungen beim Jobeinstieg sind die Regel."

Ähnliches erfahren auch junge Menschen, die studieren oder studieren wollen. Massiver Leistungsdruck durch die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge und gestiegene Lebenshaltungskosten lassen die Abbrecherquoten an den Unis steigen. Ein Großteil der Studienberechtigten verzichtet von vorne herein auf ein Studium – vor allem aus finanziellen Gründen. Bis zum ersten unbefristeten Job stehen für viele Uni-AbsolventInnen dann zunächst unbezahlte Praktika auf dem Plan. •

Jung, ledig, befristet
Anteil der befristet Beschäftigten nach Alter 2008 (in Prozent)



Quelle: Mikrozensus, Statistisches Bundesamt 2010

© DGB einblick 06/10

Die Zahl befristeter Arbeitsverträge hat deutlich zugenommen. Vor allem jüngere Beschäftigte werden besonders häufig nur befristet eingestellt.

plusminusBERLIN

+ ***René Röspel (SPD) fordert die Bundesregierung auf, das Stiftungskapital der Deutschen Stiftung Friedensforschung um fünf Millionen Euro zu erhöhen. Bereits heute reichten die Mittel nicht mehr aus, um alle Ziele in dem gebotenen Maß umzusetzen.***

– ***Uwe Barth (FDP) hat Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) für dessen Aufruf zu den Betriebsratswahlen kritisiert. „Angesichts der vielen Betriebe in Thüringen, die bislang ohne Betriebsrat auskommen, sehen wir in der Erklärung einen Affront", findet Barth.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.respect4workers.org
DHL-Beschäftigte weltweit vernetzen sich und kämpfen gemeinsam

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
DIW-Studie zur Zukunft der Alterssicherung in West- und Ostdeutschland

OECD-Bericht

Falsche Konsequenzen

DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki hat den Deutschland-Bericht der OECD scharf kritisiert. Die OECD-Ökonomen bescheinigten der deutschen Arbeitsmarktpolitik zwar Erfolg, „ziehen aber nicht die richtigen Konsequenzen", so Matecki. In der Studie werden weitere Deregulierungen gefordert wie weniger Kündigungsschutz und mehr befristete Arbeitsverhältnisse. Die OECD zeige damit, dass sie weiterhin auf „neoliberale Rezepte" setze.

So kritisierten die Ökonomen, dass die Nutzung von Kurzarbeit in der Krise den heimischen Strukturwandel behindert hätte. „Dabei wird völlig ignoriert, dass gerade die Kurzarbeit dazu beigetragen hat, hoch wettbewerbsfähige Industriestrukturen zu sichern", so Matecki. •

UN-Behindertenrechtskonvention

Barrieren auf dem Arbeitsmarkt

Vor einem Jahr ist in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft getreten. DGB-Vorstand Annelie Buntenbach fordert nun weitere Maßnahmen zur Umsetzung: „Die Konvention verlangt gleiche Chancen für Menschen mit und ohne Behinderung auf gute, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen." In Deutschland sei die Arbeitslosenquote von Menschen mit schwerer Behinderung seit Jahren überdurchschnittlich hoch. Die Arbeitswelt der Zukunft müsse „inklusiv" sein. Dabei gehe es nicht allein darum, diejenigen, die aus dem Arbeitsprozess gedrängt worden sind, wieder zu integrieren, sondern es komme darauf an, von vornherein den Arbeitsmarkt-Zugang für Menschen mit Behinderung gleichberechtigt zu ermöglichen. „Das bedeutet: weder Barrieren bei der Einstellung von Menschen mit Behinderung noch bei der Weiterbeschäftigung von Beschäftigten nach Unfällen oder Krankheiten", so Buntenbach. •

Sittenwidriger Lohn

Arbeitgeber müssen zahlen

Wenn aufgrund sittenwidriger Löhne die Bundesagentur für Arbeit (BA) an ArbeitnehmerInnen ergänzende SGB II-Leistungen zahlen muss, muss der Arbeitgeber der BA die Leistungen erstatten. Das geht aus einer Entscheidung des Arbeitsgerichts Stralsund hervor.

Die BA fordert die Träger der Grundsicherung, die ARGEN bzw. die Jobcenter, auf, in solchen Fällen die Erstattungsansprüche gegen die Arbeitgeber gerichtlich geltend zu machen. Eine Sittenwidrigkeit liegt vor, wenn die Arbeitsvergütung weniger als zwei Drittel des in der Branche und Wirtschaftsregion üblicherweise gezahlten Tariflohns erreicht. Für die Beurteilung der Sittenwidrigkeit hat die BA als Orientierungswert einen Stundenlohn von unter drei Euro gewählt. Die Arbeitsagenturen sollen aber auch tätig werden, wenn sich im Einzelfall ein höheres Entgelt als sittenwidrig erweist.

Wenn die übliche Vergütung über den erbrachten Leistungen der Arbeitsagentur liegen sollte, können auch die Beschäftigten einen Restvergütungsanspruch einklagen. Liegt der Verdacht nahe, dass sittenwidrige Löhne gezahlt werden, und werden gleichzeitig Leistungen nach dem SGB II erbracht, sollten sich die Betroffenen an ihre AnsprechpartnerInnen bei der ARGE bzw. dem Jobcenter wenden, rät der DGB. •

11. Leiharbeitsbericht

Soziale Probleme ausgeblendet

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat den aktuellen Regierungsbericht zur Leiharbeit scharf kritisiert. In einer Stellungnahme weist der DGB darauf hin, dass der Bericht die sozialen und beschäftigungspolitischen Probleme der Leiharbeit „nur völlig unzureichend" thematisiere. Wesentliche statistische Quellen zur arbeitsmarktpolitischen Bedeutung der Leiharbeit würden vernachlässigt. So fehle zum Beispiel die Feststellung des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), wonach nur acht Prozent der vormals Arbeitslosen über die Leiharbeit eine dauerhafte reguläre Beschäftigung gefunden haben. Ebenso verzichte der Bericht auf Auswertungen der Bundesagentur für Arbeit und auf Daten des Statistischen Bundesamtes.

Auch kritische Stimmen aus Verbänden und Gewerkschaften seien offensichtlich nicht erwünscht. So tauchen Stellungnahmen der Gewerkschaften zur Leiharbeit im Bericht nicht auf. „Stattdessen wird Verbänden, die eine weitere Deregulierung fordern, ein großer Stellenwert eingeräumt", kritisiert der DGB. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

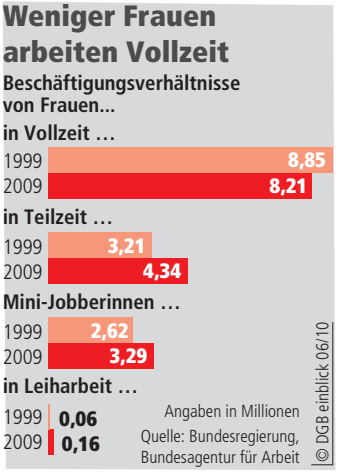
Sozialgerichte

DGB gegen Fusion

Seit Jahren wird die Zusammenlegung der Verwaltungs- und Sozialgerichte diskutiert. Jetzt erhält das Thema neue Aktualität. Die Konferenz der JustizministerInnen (JUMIKO) und die Konferenz der Arbeits- und SozialministerInnen haben eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt, die mögliche Änderungen des Sozialgerichtsgesetzes und die Zusammenlegung der Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit auf Länderebene vorbereitet. Hintergrund ist, dass der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag die Möglichkeit der Zusammenlegung auf Länderebene eröffnet hat. Dadurch entstünde ein „intransparentes Durcheinander", befürchtet der DGB. Zudem ginge langjährig angehäuftes Spezialwissen verloren. Gleichzeitig steht auch eine Änderung des Sozialgerichtsgesetzes auf der Tagesordnung. Erneut werden wieder alte Forderungen diskutiert – etwa die nach der Einführung von Gebühren im sozialgerichtlichen Verfahren oder die drastische Beschränkung der Berufungsmöglichkeiten.

Vor der nächsten Sitzung der JUMIKO am 24. Juni will der DGB in einem Brief an die JustizministerInnen für die Eigenständigkeit der Sozialgerichte und gegen Verschlechterungen im Sozialgerichtsgesetz protestieren. Dazu hat er jetzt eine Unterschriftensammlung gestartet. Schon in der Vergangenheit – zuletzt 2008 – hatte der DGB gemeinsam mit anderen Verbänden die Fusion erfolgreich verhindert *(einblick 03/10)*. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund



In den letzten Jahren ist die Erwerbsquote von Frauen in Deutschland kontinuierlich gestiegen – auf nunmehr 66,1 Prozent. Und doch haben sie immer seltener Jobs mit existenzsichernden Einkommen. Frauen arbeiten mehr in Teilzeit, die Zahl der Vollzeitbeschäftigten geht zurück. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervor.

Entgeltdiskriminierung

Neues Prüfinstrument für gleiche Löhne

Die Lohnkluft zwischen Männern und Frauen in Deutschland wird immer größer. 2008 verdienten Frauen im Durchschnitt 23,2 Prozent weniger als Männer, 2006 betrug die Lohnlücke noch 22,7 Prozent. Trotz dieser „skandalösen Situation" begnüge sich die Bundesregierung „mit Appellen und lockeren Vereinbarungen mit den Arbeitgebern", kritisiert DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. Mit einem neuen Prüfinstrument können jetzt die Mechanismen aufgedeckt werden, die zu unterschiedlicher Bezahlung führen.

Mit dem „eg-check", den die Gleichstellungsexpertinnen Karin Tondorf und Andrea Jochmann-Döll mit Förderung der Hans-Böckler-Stiftung entwickelt haben, können Unternehmen, Betriebs- und Personalräte und auch einzelne Beschäftigte prüfen, ob in ihrem Betrieb diskriminierungsfreie Löhne gezahlt werden. Auch die Bundesregierung hatte Unternehmen vor kurzem unter dem Namen Logib-D einen freiwilligen Selbsttest vorgestellt. Die Forscherinnen äußerten jedoch Zweifel, ob der Test geeignet ist, tatsächliche Lohnungleichheit festzustellen.

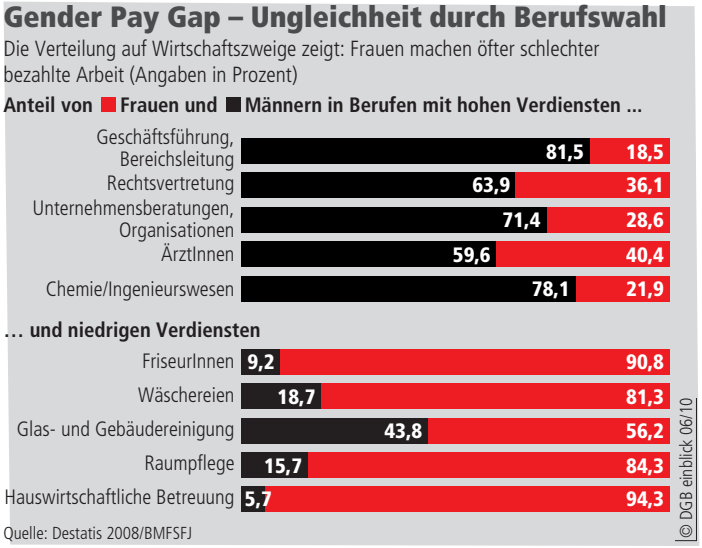
Ein Knackpunkt ist die Freiwilligkeit. Denn in der Schweiz, aus der das Vorbild für Logib-D stammt, gelten andere Rahmenbedingungen. Dort müssen Firmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern nachweisen. Wenn sich in Deutschland ein Unternehmen dem Selbsttest unterzieht, muss es bei einer negativen Bewertung nicht handeln.

Mangelnde Verbindlichkeit ist nach Ansicht von Tondorf und Jochmann-Döll jedoch nicht das einzige Problem mit dem Modell der Bundesregierung. „Entgelt ist ein komplexes Thema, dem muss die Software angemessen sein", so Jochmann-Döll. Die Höhe des Lohns werde von einer Vielzahl an Faktoren beeinflusst. So konzentrieren sich Frauen auf Branchen und Berufe mit niedrigem Verdienstniveau, sie machen seltener Karriere, steigen häufiger aus dem Erwerbsleben aus, weil sie sich um die Familie kümmern. Statistisch lässt sich so nach Angaben des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) ein Drittel der Einkommenslücke herausrechnen. Beim Rest bestehe Diskriminierungsverdacht.

Denn Diskriminierung geschieht häufig verdeckt und lässt sich nur schwer aufspüren. „Die Lohn-Ungerechtigkeit zu überwinden, ist nicht allein Sache der Frauen", sagt auch Sehrbrock. „Pflege- oder Sozialberufe beispielsweise sind nämlich nicht weniger wert als die Arbeit mit Maschinen – aber genauso wird es häufig gesellschaftlich definiert." Das neue Prüfinstrument klopft deshalb auf Basis der geltenden Rechtslage wichtige Vergütungsbestandteile – wie Grundgehalt, Leistungsvergütungen oder Erschwerniszuschläge – einzeln auf mögliche Diskriminierung ab.

Aber, „gute Prüfverfahren nützen nichts, wenn es keinen Druck gibt, die festgestellte Diskriminierung zu beseitigen", betont Heide Pfarr, Wissenschaftliche Direktorin des WSI. Sie befürwortet deshalb ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, in dem auch die Vergabe von öffentlichen Aufträgen von diskriminierungsfreier Bezahlung abhängig ist. Auch Sehrbrock forderte anlässlich des Equal Pay Day's am 26. März „endlich Instrumente, die zu gleichem Lohn für Mann und Frau führen". Unternehmen könnten beispielsweise zu regelmäßigen Audits und konkreten Maßnahmenplänen verpflichtet werden.

Nicht nur die Diskriminierung von Frauen beim Entgelt sei ein Skandal, sondern auch, „dass sich daran in Deutschland seit vielen Jahren kaum etwas ändert", kritisiert Helga Schwitzer, Vorstandsmitglied der IG Metall, und fordert eine Initiative der Bundesregierung für eine gesetzliche Regelung zur Entgeltgleichheit. •



Frauen und Männer verteilen sich sehr unterschiedlich auf Branchen und Berufsfelder. So sind Frauen in Bereichen weniger vertreten, die besser bezahlt werden. Strukturelle Entgeltungleichheit macht sich unter anderem daran fest, wie technische oder pflegerische Berufe bewertet werden.

Mehr Geld mit dem eg-check.de

Das Angebot eg-check.de bietet momentan noch als Testversion verschiedene Instrumente, mit denen sich für jede einzelne Beschäftigte die Ursachen einer Benachteiligung identifizieren und der finanzielle Anspruch berechnen lassen. Ziel ist, dass sich mit der Prüfung rechtlich aussagekräftige Aussagen erzielen lassen:

***1. Statistiken.** Sie enthalten anonymisierte Entgeltdaten des zu prüfenden Unternehmens, differenziert nach Geschlecht und weiteren, für die Prüfung relevanten Kriterien. Ein statistischer Vergleich kann erste Hinweise auf eine mögliche Benachteiligung geben.*

***2. Regelungs-Checks.** Diese machen diskriminierende Bestimmungen in entgeltrelevanten Regelungen sichtbar, also in Betriebs- oder Dienstvereinbarungen, aber auch in Tarifverträgen.*

***3. Paarvergleiche.** Hier wird die individuelle Bezahlung einer weiblichen Beschäftigten mit der eines männlichen Beschäftigten verglichen - zum Beispiel die einer Küchenleiterin mit der eines Werkstattleiters.*

www.eg-check.de

PROJEKTE UND PARTNER

Wirtschaftsjournalismus

Die Debatte geht weiter

Für viele Diskussionen hat die von der Otto-Brenner-Stiftung geförderte Studie zum Wirtschaftsjournalismus in der Krise *(einblick 05/10)* gesorgt. Unter dem Titel „Notleidend: Risiken und Nebenwirkungen des Wirtschaftsjournalismus in Deutschland" soll die Debatte nun beim nächsten „Mainzer Medien Disput" am 20. April in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin fortgeführt werden. Es diskutieren u.a. Martin Romanczyk (dpa), Rainer Hank (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung), Ulrich Deppendorf (ARD – angefragt), der Publizist Tom Schimmeck sowie Wolfgang Storz, einer der Autoren der Studie. •

www.otto-brenner-stiftung.de

Ausstellung

Christlich-Soziale im DGB

Die Gründerväter und -mütter des DGB waren sich 1949 einig: „Schafft die Einheit". Seit seiner Gründung im Oktober 1949 vertritt der DGB alle ArbeitnehmerInnen in Deutschland unabhängig von ihrer parteipolitischen und religiösen Orientierung. Eine aktuelle Wanderausstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) zeigt die Geschichte der „Christlich-Sozialen" im DGB. Bebildert mit vielen Plakaten und Portraits führender Köpfe, zeigt die Ausstellung den Weg der christlich-sozialen Gewerkschaftsbewegung vom Kaiserreich bis heute. Zentraler Bestandteil sind Dokumente, Plakate und Informationen im Vorfeld der DGB-Gründung. Premiere feierte die Ausstellung bereits im Februar in der Berliner DGB-Zentrale. Weitere Stationen sind geplant. •

www.einblick.dgb.de/links

Für viele christlich-soziale ArbeitnehmerInnen war der DGB-Wahlaufruf „Wählt einen besseren Bundestag" von 1953 ein Verstoß gegen die parteipolitische Unabhängigkeit der Einheitsgewerkschaft. Das Plakat ist Bestandteil der KAS-Ausstellung „Christlich-Soziale im DGB".
Abbildung: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Fragen an ...

Foto: privat

Achim Albrecht, 42, Geschäftsführer des DGB-Berufsfortbildungswerks bfw, zur Bedeutung von Weiterbildung für die Beschäftigungssicherung und -förderung in Deutschland.

■ Alle reden von lebenslangem Lernen, de facto ist Weiterbildung weiterhin auf dem Rückzug. Was sind die Folgen?

■ *Sehr gut ausgebildete Beschäftigte sind das wichtigste Kapital für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Eine kontinuierliche Weiterbildung schafft zusätzlich Motivation bei den Beschäftigten. Die Folgen einer defensiven Weiterbildungsausrichtung im Unternehmen sind weitreichend. Nicht mehr auf „der Höhe der Zeit" oder auf dem neuesten Stand der Technik, auch im Sinne von Mitarbeiterqualifikationen, zu sein, führt über kurz oder lang zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit.*

■ Wieso nutzen die Arbeitgeber die besondere Förderung von Qualifizierung während der Kurzarbeit kaum?

■ *Qualifizierung während der Kurzarbeit sollte von allen Beteiligten, von Unternehmen wie Beschäftigten, als Chance begriffen werden. Das Argument vieler Unternehmen, die Qualifizierung wäre zu unflexibel, greift nicht. Zum einen kann durchaus auch im Unternehmen selbst qualifiziert werden, zum anderen ist keine große Gruppenstärke erforderlich. Auch das Antragsverfahren ist erleichtert, und die Weiterbildungspartner stehen beratend zur Seite. Es wäre schade, wenn die Unternehmen diese Chance verpassen.*

■ Sind die Qualifizierungsmaßnahmen von Arbeitsagenturen und ARGEN zur Förderung von Arbeitslosen überhaupt wirksam?

■ *Es gibt nachweislich sehr gute Instrumente in der Arbeitsmarktpolitik. Gerade die abschlussbezogenen Aus- und Weiterbildungen haben einen hohen Vermittlungserfolg. Da diese Maßnahmen, z.B. Umschulungen, nicht die billigsten sind, wurden sie in den letzten Jahren leider häufig von kurzfristigen Maßnahmen, die teilweise auch nur eine Woche dauern, verdrängt. Ich halte den Wirkungsgrad dieser Kurzmaßnahmen für kritisch.*

Betriebsräte-Preis 2010

Einsendeschluss für gute Arbeit

Betriebsräte sichern Arbeitsplätze und setzen sich für den Schutz von Beschäftigten ein. Um diesen Einsatz zu würdigen, wird auch 2010 wieder der „Deutschen Betriebsräte-Preis" verliehen. Ausgezeichnet werden sollen Projekte aus den Jahren 2008 bis 2010. Vorschläge können noch bis zum 30. April eingereicht werden. Bewerben können sich einzelne Betriebsratsmitglieder, komplette Gremien oder auch betriebsübergreifende Betriebsräte-Kooperationen. Vergeben wird der Preis von der Fachzeitschrift Arbeitsrecht im Betrieb und der Beratungsagentur [m]5-consulting. Schirmherrin ist Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU). Zur Jury gehören u.a. DGB-Vorstand Dietmar Hexel und der Opel-Betriebsratsvorsitzende Klaus Franz. •

www.deutscherbetriebsraete-preis.de

interregio

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** ist Partner im ***Aktionsbündnis „Stadtvertrag Klimaschutz"*** gemeinsam mit der IHK, der Handwerkskammer und der Umweltschutzorganisation BUND. Ziel des Projekts ist es, die Berliner BürgerInnen und Unternehmen zu überzeugen, das Klima zu schützen und auf erneuerbare Energien umzusteigen. Unter der Schirmherrschaft von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) gibt es in den kommenden zwei Jahren Kampagnen zu den Schwerpunkten Mobilität, Heizen und Warmwasser, Stromverbrauch sowie Gebäudesanierung.

www.stadtvertrag-klimaschutz.de

••• Über 100 TeilnehmerInnen der Veranstaltung „ELENA – Datenkrake mit 800 Armen?" des ***DGB München*** haben die ***Resolution „ELENA stoppen!"*** verabschiedet. Damit wollen die Gewerkschaften eine gesellschaftliche Debatte über Datenschutz und Grundrechte anstoßen. Die Daten von Beschäftigten müssten vor Missbrauch geschützt werden, heißt es in der Resolution. Deswegen sei eine Verfassungsbeschwerde gegen ELENA durch den DGB und die Gewerkschaften „wünschenswert".

www.dgb-muenchen.de

Psychische Belastungen von LehrerInnen

Enormer Handlungsbedarf

Schule macht krank – eine Binsenweisheit. Dabei aber geht es nicht allein um stressgeplagte SchülerInnen, die auf das bedrohliche nächste Zeugnis warten – es geht auch um psychische und physische Belastungen von Lehrern und Lehrerinnen.

Psychische Belastungen am Arbeitsplatz spielen im Allgemeinen eine größere Rolle als körperliche. So ist nach Daten des Statistischen Bundesamtes jeder achte Berufstätige psychischen Belastungen ausgesetzt. Zwangsläufig werden Arbeitsschützer in einem solchen Zusammenhang auf „Betriebsstätten" aufmerksam, die nicht dem klassischen Bild vom Arbeitsschutz in unfallbedrohten industriellen Umgebungen entsprechen. Schule macht auch Lehrer krank. Nur jeder dritte Lehrer erreicht nach seiner beruflichen Laufbahn heute die reguläre Altersgrenze von 65 Jahren, 2004 wurden bundesweit 4300 Lehrer wegen Dienstunfähigkeit frühpensioniert. Kein Wunder, dass der Berufsverband Deutscher Psychologen feststellt, dass die Frühpensionierungsquote bei Lehrern „alarmierend hoch" sei. Stress und Burn-Out-Syndrome haben aber auch Ursachen – die sich beseitigen lassen.

Solche Ursachen zu finden, ist ein kompliziertes Unterfangen, denn anders als meist im Bereich des physischen Arbeits- und Gesundheitsschutzes liegen die Ursachen für psychische Erkrankungen nicht auf der Hand. Hier Antworten zu finden, war Aufgabe der Studie „Vergleichende Darstellung und Bewertung von Methoden zur Erfassung von psychischen Arbeitsbelastungen im Schulbereich". Dr. Ralf Neuner, Dozent für betriebliches Gesundheitsmanagement an der Universität Ulm, begutachtete im Auftrag von Hans-Böckler- und Max-Traeger-Stiftung sowie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die höchst unterschiedlichen Verfahren, die sich mit der Prävention von Gesundheitsgefahren an Schulen beschäftigen.

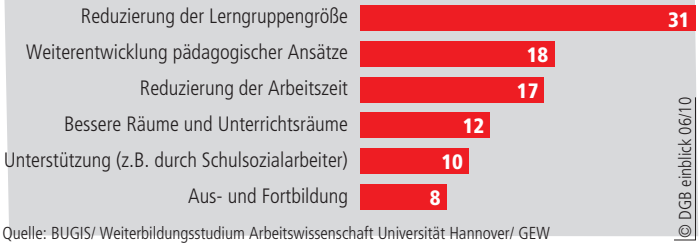
„Während die Gefährdungsbeurteilung im Bereich von physikalisch-chemischen Faktoren mit bewährten und standardisierten Messverfahren vorgenommen werden kann, zeigt sich bei der Erfassung psychischer Arbeitsbelastungen ein differenziertes Bild", sagt Neuner. Von der großen Zahl an Messverfahren – allein die Bundesanstalt für Arbeitsschutz (BauA) listet mehr als 130 – „ist beim genaueren Hinsehen nur ein kleiner Teil auch tatsächlich für Gefährdungsbeurteilungen im Schulbereich geeignet." Erstmals macht Neuner mit der Studie den Versuch, den Personalräten und den Beauftragten für den Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen mit einem vergleichenden Überblick der zahlreichen einschlägigen Studien Hilfestellung zu geben. Weder Personalräte noch Arbeitsschutzbeauftragte verfügen in der Regel über das notwendige Expertenwissen.

Der Bedarf, das gesundheitliche Gefahrenpotenzial an Schulen zu untersuchen, ist groß. Professor Joachim Bauer von der Klinik für psychosomatische Medizin der Universität Freiburg kam 2004 zu dem Ergebnis, dass 35 Prozent aller Pädagogen unter dem Burn-Out-Syndrom leiden, ein Fünftel seien behandlungsbedürftig. Und den SchülerInnen geht es nicht besser: 2005 machte das Gesundheitsamt in Stuttgart bei über 50 Prozent chronische Beschwerden aus. 15 Prozent seien psychosomatisch erkrankt. Bei Wolfgang Oelsner von der Klinikschule in der Kinder- und Jugendpsychiatrie Köln suchen viele von ihnen nach einem Ausweg: „Wir haben es mit tragischen Fällen einer intellektuellen Überforderung zu tun und auch mit Kindern, die dem rauen Klima nicht mehr gewachsen sind," zitierte 2005 der *stern* Wolfgang Oelsner.

Nur in wenigen Bundesländern wurde zwischenzeitlich mit der Erhebung psychischer Belastungen begonnen, Maßnahmen fehlen überall, weiß Anne Jenter vom geschäftsführenden Vorstand der GEW. „Die psychische Belastung steigt zunehmend. LehrerInnen müssen permanent Eltern und Schülern auf der einen Seite und Schulleitung, Schulämtern und Ministerialbürokratie auf der anderen Seite gerecht werden. Kreativität bei der Wissensvermittlung und zunehmend mehr Erziehungsleistungen müssen von den LehrerInnen erbracht werden. Präventives Gesundheitsmanagement muss mit dafür sorgen, dass unsere Lehrerpersönlichkeiten den an sie gestellten Ansprüchen auch gerecht werden können." •

Besonders wichtig: kleinere Klassen

Vorschläge von LehrerInnen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen ihrer Arbeit (in Prozent)



Quelle: BUGIS/ Weiterbildungsstudium Arbeitswissenschaft Universität Hannover/ GEW

Die Vorschläge von LehrerInnen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen bleiben bislang fast unbeachtet. Dabei zeigen die Ergebnisse der Modellversuche in verschiedenen Bundesländern ein ähnliches Bild.

Arbeitsschutz an Schulen

Das 1996 erlassene deutsche Arbeitsschutzgesetz entspricht der Umsetzung einer EU-Rahmenrichtlinie aus dem Jahr 1989 zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit.

Anders als in der Vergangenheit erstreckt es sich auch auf Beamte und den Schulbereich und verpflichtet Dienstherrn und Arbeitgeber, die erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten bei der Arbeit zu treffen und regelmäßig zu überprüfen.

Die konkreten Maßnahmen ergeben sich aus den jeweiligen zugehörigen Verordnungen und Unfallverhütungsvorschriften und der vom Arbeitgeber zu erstellenden Gefährdungsbeurteilung. Zur Unterstützung muss der Arbeitgeber Betriebsärzte und Sicherheitsfachkräfte hinzuziehen, in Dienststellen ohne Personalrat sind die Beschäftigten vor wesentlichen Arbeitsschutzmaßnahmen anzuhören.

Mehr Infos:

www.einblick.dgb.de/links

kurz&bündig

Die GdP fordert als Reaktion auf den Anstieg politisch motivierter Gewalt und Gewalt gegen PolizistInnen ein härteres Durchgreifen des Staates. Dazu gehörten härtere Gesetze, Strafverschärfungen und größere polizeiliche Präsenz an bekannten Brennpunkten. Den Personalkürzungen der letzten Jahre müsse nun entgegengesteuert werden.

Die IG BAU warnt vor Wohnungsmangel. Die Anzahl der Baugenehmigungen habe auch 2009 den Neubaubedarf wieder deutlich unterschritten. Mit den Förderungskürzungen für Wohnungsneubau gehe auch der Wegfall zehntausender Arbeitsplätze einher.

Die IG Metall NRW hat von der Landesregierung ein Gütesiegel für faire Leiharbeit gefordert. Danach soll eine Zertifizierungsstelle Gütesiegel an die Leiharbeitsfirmen ausstellen, die gleiche Arbeit gleich gut bezahlen.
www.einblick.dgb.de/links

ver.di fordert eine konsequente Strafverfolgung der belasteten Spitzenmanager in der Telekom-Bespitzelungsaffäre. Es seien massive Eingriffe in die Grundrechte von Journalisten, Gewerkschaftern und Aufsichtsräten geschehen, die dementsprechend geahndet werden müssten.

DGB-Aufruf zum 1. Mai

Demonstrationen für gute Arbeit

Unter dem Motto „Wir gehen vor! Gute Arbeit. Gerechte Löhne. Starker Sozialstaat" stehen in diesem Jahr die DGB-Kundgebungen zum 1. Mai. Zu den zentralen Forderungen gehört die Absicherung von Arbeitsplätzen – gerade in der Krise. „Gewerkschaften und Betriebsräte haben maßgeblich dazu beigetragen, dass bislang ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert werden konnte", heißt es im 1. Mai-Aufruf. Jetzt müssten auch „die Verursacher der Krise für die Finanzierung der Krisenlasten gerade stehen". Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern ein grundlegendes Umdenken in der Gesellschaft: „Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht den Spekulanten." Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns sei dringender denn je. Deutlich wird in dem Aufruf zum 1. Mai auch die klare Ablehnung der Kopfpauschale, die das „Solidarprinzip auf den Kopf stellt". Die Hauptkundgebung des DGB wird in Essen sein. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

DGB-Kongress

Aktionsplan gegen Rassismus

Das Motto der Eröffnungsveranstaltung des 19. Ordentlichen DGB-Kongresses am 16. Mai in Berlin lautet: „Mut gegen rechts". Mit Strategien gegen Rechtsextremismus und Rassismus beschäftigt sich auch einer der Leitanträge des DGB-Bundesvorstandes. Beide seien keine Randphänomene, heißt es in dem Antrag. Sie sind weit verbreitet und „gefährden das Zusammenleben in einer vielfältigen und offenen Gesellschaft".

Die Zahl rechtsextrem motivierter Straftaten ist weiter gestiegen. Obdachlose, Andersdenkende, MigrantInnen: Es gibt viele Menschen, die von Rechtsextremen als „Gegner" oder als „minderwertig" eingestuft werden. Gleichzeitig sitzen sie in kommunalen Parlamenten, engagieren sich in Ortsvereinen und in der Jugendarbeit, um ihr Gedankengut zu verbreiten. Um dem entgegenzutreten, fordert der Antrag von der Bundesregierung, gemeinsam mit anderen Akteuren einen „Aktionsplan gegen Rassismus" zu entwickeln, der eine gesamtgesellschaftliche Strategie bietet. Ausdrücklich eingeschlossen sein müssten Maßnahmen wie ein Verbotsverfahren gegen die NPD sowie Vereins- und Aufmarschverbote.

Aber „rassistische Vorurteilsstrukturen entwickeln sich nicht unabhängig von der politischen Debatte". Deshalb müsse eine Strategie auch in der Bildungspolitik verankert sein sowie die Rechte Betroffener stärken und den Diskriminierungsschutz ausweiten, so der DGB-Antrag. Konkret wird zudem ein Bleiberecht für Betroffene von rechtsextremer Gewalt gefordert. Gesamtgesellschaftlich heiße auch, in Betrieben gegen rassistische Einstellungen aktiv zu sein. Ein Ansatz für Gewerkschaften sei hier eine Bildungsarbeit, die „rechtsextreme Sozialdemagogie demaskiert". •

DGB-Ratgeber

Infos für Beamte

Der DGB hat seinen bewährten Ratgeber „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte" gründlich überarbeitet. Der gerade in 12. Auflage neu erschienene Band bietet auf 284 Seiten jede Menge Infos zu Beamtenrecht, Besoldung, Personalvertretung, Versorgung oder Beihilfe. Der Ratgeber kostet 5 Euro für Gewerkschaftsmitglieder und 7,50 Euro für Nichtmitglieder (jeweils plus 2,50 Euro Versandkosten). •

www.beamten-informationen.de

Gesundheitsprävention

BETSI und LOGI für DGB-Beschäftigte

Der DGB bietet seinen Beschäftigten im Rahmen einer Kooperation mit der Deutschen Rentenversicherung ein attraktives Programm zur Gesundheitsprävention an. Es heißt BETSI - „Beschäftigungsfähigkeit teilhabeorientiert sichern" – und besteht aus drei Phasen: einer Woche stationärem Aufenthalt in der Rehaklinik Überruh bei Isny/Allgäu, zwölf vom DGB bezahlten Trainingseinheiten in einer ambulanten Einrichtung in Arbeitsplatznähe und einem Abschlusswochenende. Das zweite Seminar vom 21. bis 27. März war für die Teilnehmenden „ein Hammer" und „ein Quantensprung für den Arbeitgeber DGB" – so die einhellig begeisterten Rückmeldungen. Die Woche bestand aus medizinischen Tests, sportlichen Aktivitäten von der Rückenschule über Bogenschießen bis zum Schneeschuhwandern, Vorträgen über gesunde Ernährung (LOGI), Fitness und einer Einheit zum Thema Burnout. Näheres im DGB-Weiterbildungsprogramm und bei Rainer Bliesener, Beauftragter des DGB-Bundesvorstands für Gesundheitsprävention. •

rainer.bliesener@dgb.de

MEINUNG

Befristete Beschäftigung

„Menschen zweiter Klasse“

Fast jede zweite Neueinstellung ist mittlerweile befristet. Die Folgen für die ArbeitnehmerInnen sind immens – ohne Perspektive auf einen sicheren Job ist eine Lebensplanung kaum möglich. Laut Koalitionsvertrag will die Bundesregierung befristete Beschäftigung sogar noch weiter erleichtern. Die Auswirkungen dessen wären fatal. Davon ist Susanne Neumann, Vorsitzende der IG BAU-Bundesfachgruppe Gebäudereiniger-Handwerk, überzeugt.

Im Dienstleistungsbereich, wie bei uns in der Gebäudereinigung, sind befristete Einstellungen die Regel. Die Folgen für die so Beschäftigten sind immens. Aus Angst um den Arbeitsplatz meldet sich eine befristete Arbeitnehmerin nicht krank, sie klagt weder Überstunden noch tarifliche Leistungen ein. Befristete Beschäftigte werden auch kaum für den Betriebsrat kandidieren – selbst wenn sie nach sechs Monaten Betriebszugehörigkeit gewählt werden könnten. Schließlich gilt der besondere Kündigungsschutz von Betriebsräten für sie nicht, ihr Arbeitsverhältnis endet zum vereinbarten Zeitpunkt.

Durch die in vielen Firmen unserer Branche üblichen auf sechs Monate befristeten Verträge können die ArbeitnehmerInnen **gerade für sechs Monate im Voraus planen.** Das heißt: Sie müssen am selben Tag, an dem sie den Arbeitsvertrag unterschreiben, zur Arbeitsagentur gehen, um anzukündigen, dass sie in einem halben Jahr möglicherweise wieder auf der Straße sitzen. Wenn sie eine Wohnung mieten wollen, wissen sie nicht, ob sie die Miete in sechs Monaten zahlen können. Wenn der Fernseher, die Waschmaschine oder der Kühlschrank kaputt gehen, ist es Befristeten nicht möglich, einen Überziehungskredit oder einen Kleinkredit bei der Bank zu bekommen. Befristet Beschäftigte sind Menschen zweiter Klasse in diesem Land. Sie können in keiner Art und Weise in die Zukunft schauen. **Es ist diese Unsicherheit, die die Beschäftigten so fürchterlich kaputt macht.**

Befristete Einstellungen für eine Schwangerschafts- oder Krankheitsvertretung sind nachvollziehbar, ebenso für Auftragsspitzen. Aber nicht nur in unserer Branche werden systematisch mit befristeten Verträgen Kündigungsschutzrechte ausgehebelt und die Beschäftigten unter Druck gesetzt. Die Betriebsräte sind bei diesen Verträgen außen vor und haben keine Möglichkeit, einzuwirken. Das Ganze hat Methode: Bevor der dritte Arbeitsvertrag kommt, bevor die dritte Befristung ausgelaufen ist, stehen die Beschäftigten auf der Straße. **Im Dienstleistungsbereich sind die Beschäftigten eine Nummer** – und wenn deine Nummer gezogen wird, bist du weg, egal wie gut du vorher gearbeitet hast.

Susanne Neumann, 50, Vorsitzende der IG BAU-Bundesfachgruppe Gebäudereiniger-Handwerk sowie des IG BAU-Bezirksverbandes Emscher-Lippe, weiß, wovon sie spricht: Seit 1981 arbeitet die Betriebsratsvorsitzende und ehrenamtliche Arbeitsrichterin als Gebäudereinigerin – bis heute in derselben Firma, bei Stölting in Gelsenkirchen und Düsseldorf. Mit ihrem Engagement und ihren öffentlichen Auftritten – zuletzt als Gast bei „Anne Will“ in der ARD – will Neumann ihren KollegInnen zeigen: „Mit Mut und Hartnäckigkeit kann man eine Menge erreichen.“

Hinzu kommt die Leistungsverdichtung nicht nur in unserer Branche. Ein Beispiel: Vor 20 Jahren haben in einem Chemiewerk noch 43 Frauen geputzt, heute sind es gerade mal 14 400-Euro-Kräfte, die die gleiche Arbeit erledigen. Natürlich ist das in der Regel nicht in der bezahlten Arbeitszeit zu schaffen, aber auch da haben die Arbeitgeber Strategien entwickelt, **insbesondere befristet Beschäftigte unter Druck zu setzen.** Es werden einfach die von der einzelnen Beschäftigten zu reinigenden Quadratmeter hochgeschraubt. Befristet Eingestellte werden ermahnt: „Das Hauptzollamt kontrolliert uns.“ Wenn es eine Frau wagt, ihre tatsächliche Arbeitszeit und ihre Überstunden anzugeben, kann sie sicher sein, dass ihr Arbeitsvertrag nicht verlängert wird.

Befristet Beschäftigte werden **elementarer Arbeitnehmerrechte, vor allem des Kündigungsschutzes, beraubt.** Ich erlebe den Kampf mit der Befristung täglich. Nicht bei mir im Betrieb, aber als Gewerkschafterin in meinen Sprechstunden. Es gibt sie überall, und wir versuchen verzweifelt Mittel und Wege zu finden, um dagegen anzugehen. Schlimm ist, dass es überwiegend Frauen sind, die so ausgebeutet werden. Deshalb dürfen wir auf keinen Fall zulassen, dass – wie Schwarz-Gelb es im Koalitionsvertrag vorsieht – Befristungen noch erleichtert werden. Im Gegenteil: Es müssen wirksame Maßnahmen gefunden werden, um dem **gängigen Missbrauch von befristeten Verträgen einen Riegel vorzuschieben.**

Betriebsräte machen den Unterschied

Das Motto der DGB-Dachkampagne zu den Betriebsratswahlen 2010 kann Susanne Neumann aus eigener Erfahrung bestätigen. Dank einer Betriebsvereinbarung des Betriebsrats mit dem Arbeitgeber, der Stölting Dienstleistungsgruppe, sind in ihrem Unternehmen befristete Einstellungen ausgeschlossen. Auch das Unternehmen weiß das zu schätzen und wirbt damit, dass Stölting „die erste Gebäudereinigungsfirma in Deutschland“ sei, die ausschließlich unbefristete MitarbeiterInnen beschäftigt.

Noch bis zum 31. Mai finden die turnusgemäßen Betriebsratswahlen statt. In vielen Unternehmen konnten die Listen der DGB-Gewerkschaften bereits erfolgreich die Zahl ihrer Mandate wieder erlangen bzw. sogar verbessern.

Im Rahmen der Kampagne gibt es jetzt auch einen Film, der im Zeitraffer die Geschichte der betrieblichen Mitbestimmung in Deutschland Revue passieren lässt. Zudem ist vor kurzem zur Unterstützung der Akteure vor Ort die vierseitige Aktionszeitung „Drucksache“ erschienen mit Regionalausgaben für Bayern, Berlin/Brandenburg, Niedersachsen/Sachsen-Anhalt/Bremen, Sachsen, Südbrandenburg/Lausitz sowie Thüringen.

www.mitbestimmt.de

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

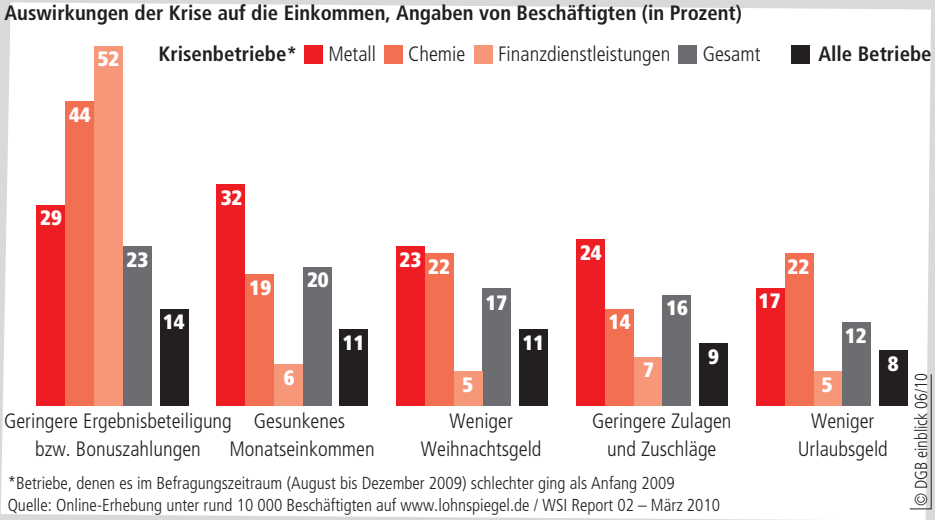
DIES & DAS

die DGB grafik

WIRTSCHAFTSKRISE: Es trifft die Beschäftigten

Personalabbau, Kurzarbeit, Abstriche bei Lohn und Gehalt – es trifft vor allem die Beschäftigten, wenn es Unternehmen in Folge der Krise wirtschaftlich schlechter geht. Zwischen den Branchen gibt es aber deutliche Unterschiede. Zu diesem Ergebnis kommt eine Online-Erhebung des Projekts Lohnspiegel des WSI-Tarifarchivs von 2009. Sie zeigt: Am stärksten betroffen von der Krise ist die Metallindustrie, dagegen ging es Ende 2009 in einem Viertel der Betriebe im Bereich Finanzdienstleistungen schon wieder bergauf.

Auswirkungen der Krise auf die Einkommen, Angaben von Beschäftigten (in Prozent)



*Betriebe, denen es im Befragungszeitraum (August bis Dezember 2009) schlechter ging als Anfang 2009
Quelle: Online-Erhebung unter rund 10 000 Beschäftigten auf www.lohnspiegel.de / WSI Report 02 – März 2010

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

6.-8.4. IG BCE, Veranstaltung „Jahrestagung 2010: Schwerbehindertenvertretung", Haltern am See

7.4. Weltgesundheitstag

9.4. DGB, attac, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Diskussion „Mitbestimmung, Partizipation, Genossenschaften – mit mehr Wirtschaftsdemokratie aus der Wirtschaftskrise?", Hannover

9.-11.4. Friedrich-Ebert-Stiftung, Seminar „Globalisierung und soziale Demokratie", Stuttgart

11.-14.4. DGB-Bildungswerk, Seminar „Sucht in der Arbeitswelt: Reflexion und Supervision für die tägliche Praxis", Starnberg am See

16.4. GEW, Max-Traeger-Stiftung, Fachkonferenz „Schulforschung+Schulpolitik=Schulreform", Hannover

18.-23.4. DGB-Bildungswerk, Seminar „Betriebsrat und Arbeitsrecht – die ersten Schritte sicher gehen", Hamburg-Sasel

18.-23.4. DGB-Bildungswerk, Seminar „Computerisierung und Arbeitnehmerdatenschutz", Hattingen

20.4. Land Rheinland-Pfalz, Otto-Brenner-Stiftung, Netzwerk Recherche, Diskussion „Notleidend: Risiken und Nebenwirkungen des Wirtschaftsjournalismus in Deutschland", Berlin

21.4. WSI und DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg, Fachtagung „Tariftreue und Mindestlöhne", Berlin

personalien

••• ***Oliver Suchy,*** 40, in der DGB-Bundesvorstandsverwaltung für politische Planung in der Arbeitsmarkt- und in der Sozialpolitik zuständig, hat die kommissarische Leitung des Bereichs Sozialpolitik beim DGB-Bundesvorstand übernommen. Der bisherige Leiter, ***Prof. Dr. Heinz Stapf-Finé,*** 47, ist seit 1. April Professor für Sozialpolitik an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin.

••• ***Maria Kathmann,*** 60, ist nach 27 Jahren Tätigkeit beim DGB-Bundesvorstand Ende März in den Ruhestand gegangen. Von 1983 bis 1986 arbeitete sie zunächst als Referatsleiterin in der Abteilung Jugend, danach im Bereich Gleichstellungs- und Frauenpolitik. Sie wird aber weiterhin das DGB-Beratungsprojekt zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie koordinieren.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Udo Böhlefeld, Haidy Damm, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt

„Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute Morgen vor Eintritt in die Tagesordnung nichts zu verkünden, was zur Förderung der Motivation oder zur Behinderung der Tagesordnung geeignet sein könnte."

Grußwort von Bundestagspräsident Norbert Lammert zu Beginn der Bundestagssitzung am 26. März 2010. Auf dem Programm standen unter anderem Anträge zum Rüstungsexportbericht und zur Vorratsdatenspeicherung in Europa sowie die Unterrichtung zum 11. Leiharbeitsbericht der Bundesregierung.

Meldepflicht

Keine Kostenerstattung für Monatskarte

Der Arbeitsuchende, der Leistungen bezieht, hat sich persönlich bei der Arbeitsagentur zu melden, wenn diese ihn dazu auffordert. Die notwendigen Reisekosten, die dem Arbeitslosen aus Anlass einer solchen Meldung entstehen, können auf Antrag übernommen werden. Ist eine Zeitfahrkarte (hier Monatsfahrschein) unabhängig vom Meldetermin erworben worden, kommt eine auch nur anteilige Übernahme der Kosten für die Zeitfahrkarte nicht in Betracht. Denn solche Aufwendungen sind nicht aus „Anlass der Meldung" entstanden.

Sozialgericht Berlin,
Urteil vom 28. Januar 2010 - S 128 AS 32434/08

Krankheitsbedingte Kündigung

Unterhaltsverpflichtungen mitteilen

Eine Kündigung ist unwirksam, sollten dem Betriebsrat vor Ausspruch einer krankheitsbedingten Kündigung nicht die jeweiligen Unterhaltsverpflichtungen einer betroffenen Arbeitnehmerin mitgeteilt werden.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 9. Dezember 2009 - 15 Sa 1769/09

Jugend- und Auszubildendenvertreter

Übernahme geht vor Leiharbeit

Ein Arbeitgeber kann verpflichtet sein, einen Jugend- und Auszubildendenvertreter nach erfolgreicher Beendigung der Ausbildung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen.
Voraussetzung ist, dass es im entsprechenden Betrieb einen ausbildungsadäquaten Arbeitsplatz gibt, der mit einem Leiharbeitnehmer besetzt ist.

Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 17. Februar 2010 - 7 ABR 89/08

Arbeitslosigkeit

Unterbrechung ohne neuen Antrag

Bei einer Unterbrechung der Arbeitslosigkeit für die Dauer von höchstens sechs Wochen ist eine erneute Arbeitslosmeldung und Antragstellung zur Erlangung von Arbeitslosengeld nicht erforderlich, wenn die Unterbrechung dem zuständigen Sachbearbeiter vorher angezeigt worden ist.

Sozialgericht Speyer,
Urteil vom 3. Februar 2009 - S 10 AL 220/07

Ehrenamtliche Richter

Genießen Kündigungsschutz

Ehrenamtliche Richter des Landes Brandenburg genießen besonderen Kündigungsschutz bei allen Kündigungen ihres Arbeitsverhältnisses während ihrer Amtszeit.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 21. Dezember 2009 - 10 Sa 2193/09

Arbeitslosengeld

Verdacht reicht für Sperrzeit nicht

Allein der Verdacht von Pfandmanipulationen einer Kassiererin rechtfertigt nicht die Verhängung einer Sperrzeit.

Der Fall: Die 45jährige Frau war als Kassiererin beschäftigt. Wegen des Verdachts der Pfandmanipulationen wurde ihr fristlos gekündigt. Mit der Begründung, der Verlust des Arbeitsplatzes sei selbst verschuldet, verhängte die Bundesagentur für Arbeit eine Sperrzeit. Die dagegen gerichtete Klage war erfolgreich.

Das Sozialgericht: Ein arbeitsvertragswidriges Verhalten der Arbeitnehmerin konnte nicht nachgewiesen werden. Zwar hat der Bereichsleiter des Arbeitgebers geschildert, ihm seien die hohen Pfandbeträge der Kassiererin aufgefallen und er habe dies teilweise selbst, teilweise durch andere überprüfen lassen. Die Frau habe mehrmals innerhalb kürzester Zeit 100 Pfandgegenstände in die Kasse eingegeben. Der Zeuge konnte aber aus eigener Anschauung nicht angeben, dass das abgegebene Pfandgut nach solchen Eingaben nicht mit den Kasseneingaben übereinstimmte. Im Anschluss an die Zeugenaussage konnten beim ehemaligen Arbeitgeber keine schriftlichen Aufzeichnungen mehr über das angebliche Fehlverhalten der Kassiererin erlangt werden. Bezüglich zu hoher Pfandeingaben bestanden vielfältige Möglichkeiten anderer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Manipulation, so dass die Differenz von Kasseneingabe und Pfandzählung nicht mit Sicherheit der Kassiererin angelastet werden konnte

Sozialgericht Mainz,
Urteil vom 24. September 2009 - S 10 AL 157/07

Wohnungserstausstattung

Auch ohne ausdrückliche Nennung

Für einen Antrag auf Gewährung einer Wohnungserstausstattung ist es ausreichend, bei der Beantragung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts eine Situation zu schildern, die einen solchen Bedarf erkennen lässt.

Der Fall: Die hilfsbedürftige Frau beantragte bei der ARGE für sich und ihre drei minderjährigen Kinder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Sie schilderte bereits beim Erstgespräch, dass sie wenige Tage vor Antragstellung fluchtartig ihren bisherigen Wohnort in den USA verlassen hätte und noch heute in eine unmöblierte Wohnung einziehen werde. Der Antragsstellerin wurde mitgeteilt, dass sie in sechs Tagen erneut vorsprechen solle. Noch vor dem vereinbarten Besprechungstermin lieh sich die Frau Geld und kaufte davon zwei Betten, drei Matratzen, einen Tisch und eine gebrauchte Küchenzeile. Bei der zweiten Vorsprache bei der ARGE legte die Frau einen schriftlichen Antrag auf Leistungen für die Erstausstattung vor und schilderte den konkreten Bedarf. Die ARGE bewilligte ihr Leistungen für die Erstausstattung der Wohnung, allerdings ohne Berücksichtigung der bereits erworbenen Gegenstände.

Das Sozialgericht: Die ARGE ist verpflichtet, auch die Kosten der weiteren erworbenen Einrichtungsgegenstände zu übernehmen. Der bei der erstmaligen Vorsprache gestellte Antrag umfasste neben den monatlichen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts auch einmalige Leistungen zur Erstausstattung der Wohnung. Die Antragsstellerin musste dazu den Begriff „Wohnungserstausstattung" nicht benutzen; es genügte die Schilderung der Umstände, die einen Bedarf erkennen ließen.

Sozialgericht Koblenz,
Urteil vom 20. Oktober 2009 - S 11 AS 1231/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 19.04.2010 7/10

DGB

inhalt

Seite 3
Geschäftsmodell Kündigung
Was tun, wenn Anwaltskanzleien helfen, missliebige Beschäftigte loszuwerden?

Seite 5
Studienfinanzierung
DGB fordert umfassende Bafög-Reform

Seite 7
Wirtschaftskrise und Medien
Der Publizist Tom Schimmeck meint: Schon viel zu lange hängen viele Medien an den Lippen neoliberaler Meinungsmacher

Neuorganisation Hartz IV

Die betroffenen Menschen in den Blick nehmen

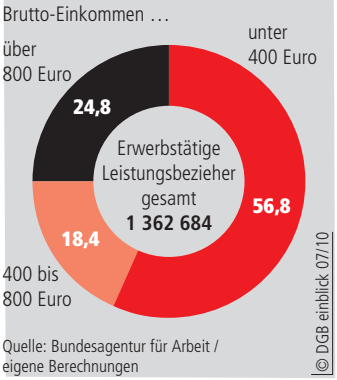
Der Zeitdruck ist enorm. Zwei Jahre nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Zukunft der Job-Center hat sich Ende März endlich eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe auf einen Kompromiss geeinigt. Darin ist festgelegt, dass die Arbeitsgemeinschaft als gemeinsame Einrichtung zwischen Kommune und Agentur für Arbeit im Grundgesetz abgesichert wird. Das Optionsmodell wird ebenfalls im Grundgesetz verankert und auf bis zu 110 Kommunen ausgedehnt.

„Die sich abzeichnende Neuorganisation hat die von Hartz IV betroffenen Menschen nicht im Blick", kritisiert Annelie Buntenbach, Mitglied im DGB-Bundesvorstand. „Vielmehr droht sich die Spaltung in Arbeitslose erster und zweiter Klasse zu vertiefen."

In einem Positionspapier hat der DGB deshalb jetzt seine Anforderungen vorgestellt. Darin fordern die Gewerkschaften eine bessere und bürgerfreundlichere Vermittlung und Betreuung: „Bundesweit muss eine bessere Unterstützung sichergestellt werden, ebenso wie Chancengleichheit aller Einkommensschwachen auf Teilhabe am Erwerbsleben." Dazu gehöre auch eine bessere personelle Ausstattung der Job-Center: „Der Anteil befristet Beschäftigter bei den Trägern muss deutlich reduziert, die Qualifikation des Personals verbessert und ein hoher und einheitlicher Weiterbildungsstandard erreicht werden."

Immer mehr Aufstocker

Eigenes Einkommen von erwerbstätigen, abhängig beschäftigten BezieherInnen von Hartz IV-Leistungen, Stand November 2009 (Angaben in Prozent)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit / eigene Berechnungen

Im November waren 4 883 428 Erwerbsfähige auf staatliche Unterstützung angewiesen. Darunter sind immer mehr Erwerbstätige, die ihren Lohn aufstocken müssen – insgesamt 1 362 684 Menschen (27,9 %). Der Großteil von ihnen – 1 253 018 – ist abhängig beschäftigt.

Die Pläne der Regierung, die Zahl der Optionskommunen aufzustocken, hält der DGB für problematisch. Die Evaluation der vergangenen Jahre zeigte, „dass sie bei der Vermittlung der Arbeitslosen unter dem Strich keineswegs besser sind. Sie vermitteln öfter in Beschäftigung, die die Existenz nicht sichert und bei denen die Betroffenen weiter auf Hartz IV angewiesen sind", so Buntenbach. Für die Zukunft fordert der DGB, dass den Arbeitgebern und Gewerkschaften konkrete gesetzliche Beteiligungsrechte bei der Ausgestaltung öffentlich geförderter Beschäftigung eröffnet werden. Nur so könnten „Verdrängungs- und Mitnahmeeffekte auf dem regulären Arbeitsmarkt verhindert werden".

Am 21. April sollen die Änderungen des SGB II im Regierungskabinett beraten und beschlossen werden. „Entscheidend ist aus gewerkschaftlicher Sicht, dass sichergestellt ist, dass Erwerbslose und Einkommensschwache in vergleichbaren Lebenslagen auch gleich behandelt werden und gleichen Zugang zu Förderung haben, egal wo sie leben und von wem sie betreut werden", sagt Buntenbach. •

plusminusBERLIN

+ ***Jutta Krellmann (Die Linke) begrüßt die gemeinsame Klage von Verbraucherschützern gegen Lidl. Der Lebensmittelkonzern betreibe ein „falsches Spiel" auf dem Rücken der Beschäftigten und gaukele mit seiner Werbung der Öffentlichkeit „faire Arbeit" vor.***

– ***Minister Dirk Niebel (FDP) will, dass Militär und Entwicklungshelfer in Afghanistan eng zusammenarbeiten. Ohne Sicherheit könne Entwicklungshilfe „zu Schutzgelderpressung und Korruption führen". Er wolle aber nicht „den Taliban oder Kriminellen helfen".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.aktion-freiheitstattangst.org/de/themen/verbraucher-a-arbeitnehmerinnen-datenschutz
Arbeitsgruppe Verbraucher- & ArbeitnehmerInnen-Datenschutz der Aktion Freiheit statt Angst

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Studie der Kampagne für Saubere Kleidung zur Klage gegen die irreführende Werbung des Discounters Lidl

Leiharbeit

Risikofaktor Arbeitslosigkeit

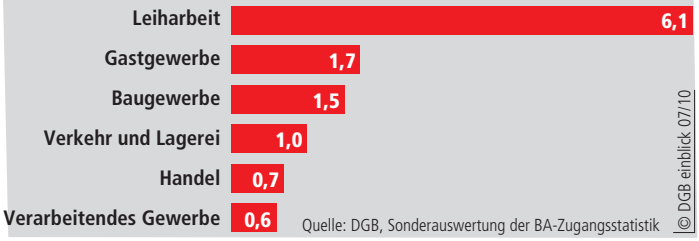
In keiner anderen Branche ist das Risiko arbeitslos zu werden, so groß wie in der Leiharbeit. Das ist das Ergebnis einer neuen Analyse des DGB-Bundesvorstandes. Zunächst „Jobmotor", sei die Leiharbeit in der Krise zum „Vorreiter des Personalabbaus" geworden. 722 500 Leiharbeitskräfte waren im Juli 2008 sozialversichert beschäftigt – so viele wie nie zuvor. Dann drehte die Spirale nach unten: Innerhalb von nur einem Jahr wurden rund 200 000 Arbeitsplätze abgebaut.

Die Analyse des DGB zeigt zudem eine hohe Fluktuation. Rein rechnerisch werden 76 Prozent der durchschnittlich beschäftigten Leiharbeitskräfte innerhalb von nur 12 Monaten arbeitslos. Oft werde der Blick jedoch „einseitig auf die hohen Einstellungen" gerichtet. Dass die Branche überdurchschnittlich Arbeitslose rekrutiere, werde „als Indiz für eine positive Brückenfunktion der Leiharbeit fehl interpretiert." Zudem besteht in der Branche ein hohes Verarmungsrisiko, so der DGB. Bundesweit wird mehr als jede vierte Leiharbeitskraft unmittelbar nach der Entlassung zum Hartz IV-Empfänger. Und auch beschäftigte Leiharbeitskräfte sind überdurchschnittlich armutsgefährdet – jede siebte bis achte ist auch bei Vollzeit ergänzend auf Hartz IV angewiesen. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Geheuert und gefeuert

Risiko, arbeitslos zu werden, nach ausgewählten Branchen (in Prozent)



In keiner anderen Branche ist das Risiko so groß, arbeitslos zu werden, wie in der Leiharbeit. Die Fluktuation ist außerordentlich hoch, und die Arbeitsverhältnisse sind überwiegend von kurzer Dauer.

Gesundheitssystem

Argumente gegen Kopfpauschale

Die Arbeit der „DGB-Reformkommission für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft" *(einblick 04/10)* schreitet zügig voran. Nach der konstituierenden Sitzung am 10. März steht auf der nächsten Sitzung der Kommission am 21. April eine ordnungspolitische Bestandsaufnahme des bisherigen Systems der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auf der Tagesordnung. Schwerpunkt der Analyse soll die seit 1990 enorm gewachsene finanzielle Belastung der Versicherten sein. Seit 2004 ist zudem der Arbeitnehmeranteil in der GKV überproportional gegenüber dem Arbeitgeberanteil gestiegen. Die Kommission will sich aber auch mit Übergangsszenarien zur von Schwarz-Gelb geplanten Kopfpauschale auseinandersetzen. •

?...nachgefragt

Auf dem DGB-Bundeskongress im Mai steht die Anhebung der DGB-Mindestlohnforderung von bisher 7,50 Euro auf 8,50 Euro zur Abstimmung. Utopisch unter einer schwarz-gelben Bundesregierung? Mitnichten, sagt Doro Zinke, 55, Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg.

Bei entsprechendem politischen Willen wird die DGB-Forderung Ende des Jahres im Hauptstadtbezirk Gesetz sein – zumindest bei der öffentlichen Auftragsvergabe. Nahezu sicher ist, dass die bisherige Forderung „Kein Lohn unter 7,50 Euro" im Berliner und im Brandenburger Vergabegesetz umgesetzt wird. Wie notwendig ein Vergabemindestlohn ist, zeigt das aktuelle Urteil zum Postmindestlohn. Die PIN AG Berlin hat ihren Beschäftigten bereits angekündigt, die Löhne wieder unter 7,50 Euro zu drücken. Größter Auftraggeber der PIN AG ist das Land Berlin! Allein in Berlin und Brandenburg werden jährlich Aufträge in Höhe von ca. acht Milliarden Euro vergeben – zumeist an den billigsten Anbieter, ob tarifgebunden oder nicht. Tariftreue und Mindestlohn sind daher wichtige Vergabekriterien „gegen Ausbeutung mit Steuergeldern".

Die Landesregierungen sind im Prinzip auf einem guten Weg. In Berlin steht die Verabschiedung eines neuen Vergabegesetzes kurz bevor, in Brandenburg soll ein erster Gesetzentwurf bis zum Sommer vorliegen. Die Gesetze beschränken die Tariftreue allerdings weitgehend auf allgemeinverbindliche Tarifverträge. Dies hatte der Europäische Gerichtshof in seinem skandalösen Rüffert-Urteil 2008 vorgeschrieben.

Datenschutz

Eckpunkte vorgelegt

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat Anfang April Eckpunkte für den Datenschutz von ArbeitnehmerInnen vorgelegt. Regelungen für Videoüberwachung am Arbeitsplatz und Gesundheitschecks vor Einstellungen sollen demnach in das Bundesdatenschutzgesetz eingefügt werden. Gewerkschaften hatten bisher gefordert, ein eigenständiges Datenschutzgesetz einzuführen, um den Besonderheiten des Arbeitsverhältnisses Rechnung zu tragen.

So sehen die Bestimmungen im Bundesdatenschutzgesetz vor, dass Betroffene freiwillig der jeweiligen Datenerhebung zustimmen können. In einem Arbeitsverhältnis ist diese Freiwilligkeit jedoch problematisch. Zwar sei zu begrüßen, dass in das Thema Arbeitnehmerdatenschutz Bewegung komme, aber es bleibe abzuwarten, wie der Entwurf tatsächlich aussehe, heißt es beim DGB. •

in eigener Sache

In der *einblick-Ausgabe 06/10* hat der Fehlerteufel zugeschlagen. Es fehlen zwar nur wenige Buchstaben, aber leider nicht unwichtige. So ist Achim Albrecht (Interview auf Seite 4) natürlich nicht Geschäftsführer des „DGB-Bildungswerks bfw" sondern des DGB-Berufsfortbildungswerks bfw. Und auf Seite 5 haben wir die letzten drei Worte des Artikels unterschlagen: GEW-Vorstand Anne Jenter möchte, dass „die Lehrerpersönlichkeiten den an sie gestellten Ansprüchen auch gerecht werden können". Eine korrigierte Fassung der Ausgabe als pdf-Datei gibt es unter ***www.einblick.dgb.de/download***.

Anwälte gegen Arbeitnehmerrechte

Geschäftsmodell Kündigung

Wenn ihre Namen in Unternehmen auftauchen, heißt dies zumeist nichts Gutes: Einige Anwaltskanzleien, die sich auf Arbeitsrecht für Unternehmen spezialisiert haben, beraten Unternehmen, um Betriebsräte und missliebige Beschäftigte loszuwerden – und das mit allen Mitteln. Was steckt hinter den Methoden und was können die Betroffenen dagegen unternehmen?

Die Vorgehensweise ist meist ähnlich: Beschäftigte eines Unternehmens wollen einen Betriebsrat gründen, berufen einen Wahlvorstand, informieren die MitarbeiterInnen. Soweit nichts Ungewöhnliches – vor allem im Jahr der turnusgemäßen Betriebsratswahlen. Doch in einigen Fällen greifen Arbeitgeber zu harten Bandagen, um die Gründung und die Arbeit von Betriebsräten zu bekämpfen. Beraten werden sie oft von Anwaltskanzleien, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die „Unkündbaren zu kündigen". Die häufigsten Mittel: Abmahnungen, Überwachung am Arbeitsplatz, der Einsatz von Privatdetektiven im privaten Umfeld und Strafanzeigen.

Seit 2007 beschäftigt sich die Stuttgarter ver.di-Gewerkschaftssekretärin Christina Frank mit diesen Fällen. „Zunehmend agieren die Kanzleien beratend im Hintergrund und treten selbst nicht in Erscheinung", weiß Frank. Darum sei schwer zu ermitteln, ob wirklich eine Hardliner-Kanzlei hinter Repressalien steckt. „Auffällig ist, dass immer auf eine negative Veränderung des Betriebsklimas hin gearbeitet wird."

Aktueller Fall: ein Pflegeheim in Nordrhein-Westfalen mit knapp 80 MitarbeiterInnen und einem fünfköpfigen Betriebsrat. Bereits bei der Wahl 2009 standen Wahlvorstand und KandidatInnen unter Beschuss. MitarbeiterInnen, die der Geschäftsleitung nahe stehen, machten öffentlich gegen den Betriebsrat mobil. Die Hatz gipfelte in der fristlosen Kündigung der Betriebsratsvorsitzenden. Der Vorwurf: Arbeitsverweigerung. Die Büroangestellte war zum Dienst an der Pforte versetzt worden. Obwohl es vorher nie Brauch war, sollte sie über Ostern Dienst schieben – sie weigerte sich.

Die fristlose Kündigung wurde im ersten Anlauf vom Arbeitsgericht abgelehnt. Nun hat der Arbeitgeber nachgelegt, die Entscheidung steht noch aus. Christina Frank kennt dieses Szenario: „Die Leute sollen mürbe gemacht werden, damit sie psychisch dem Druck nicht mehr standhalten und sich zurückziehen." Die Folgen sind oft dramatisch. Frank weiß von Beschäftigten, die schwere körperliche und psychische Erkrankungen davon getragen haben. Damit es nicht so weit kommt, lautet ihr Rat: „Sofort die Gewerkschaft einschalten und vor allem an die Öffentlichkeit gehen! Parteien, Verbände, Betriebsseelsorge der Kirchen und Vereine am Ort einschalten, öffentliche Kundgebungen organisieren." Die Erfahrung zeige: „Kein Unternehmen kann sich eine schlechte Außendarstellung über einen längeren Zeitraum leisten." Dass sich öffentliche Gegenwehr auszahlt, zeigt ein Beispiel aus Süddeutschland. Eine Bank wollte 2007 einer gewerkschaftlich aktiven Betriebsrätin kündigen. Vorausgegangen war monatelanger massiver Druck auf die Frau. Nach unzähligen Aktionen und Demonstrationen mit bis zu 4500 TeilnehmerInnen war die Kündigung vom Tisch – eine Niederlage für die Geschäftsführung und den beratenden Anwalt.

Die Kanzleien konzentrieren sich aber nicht nur auf den Kampf gegen Betriebsräte. Ein weiteres „Spezialgebiet" ist die Kündigung „störender Arbeitnehmer", wie es die Anwaltskanzlei Dr. Schreiner und Partner GbR in einem Seminar anbietet. Sie hat sich auf Arbeitsrecht für Arbeitgeber spezialisiert. Auf ihrer Homepage wirbt die Kanzlei mit dem Slogan: „Das Recht des Stärkeren liegt in der Natur einer jeden Sache."

Was diese „Spezialisten" empfehlen, um „Kranke", „Querulanten", „Schlechtleister", „Pflichtverletzer" und „Unfähige" zu kündigen, zeigt ein Blick in die Seminarunterlagen. Sie lassen kaum Zweifel, dass hier alle Register gezogen werden, um dem Firmenmotto gerecht zu werden. Um einem „störenden" Arbeitnehmer zu kündigen, wird den Arbeitgebern geraten, die Kündigung als Projekt anzugehen. Der Arbeitgeber habe die Wahl zwischen der „Kontrollstrategie", bei der auch Privatdetektive zum Einsatz kommen können, und der „Konfrontationsstrategie".

Hier geht es um die Schaffung fester Regeln, Verbote und Vorgaben, die bei Verstoß konsequent mit Abmahnungen sanktioniert werden. Christina Frank sieht in dieser Methodik ebenfalls einen gezielten Angriff auf die Psyche der betroffenen Beschäftigten. Frank fordert deshalb die Einrichtung einer übergeordneten Task Force: „Die Betroffenen brauchen schnelle und professionelle Hilfe von GewerkschafterInnen, JuristInnen und OrganizerInnen." Öffentliche Solidarität bleibe das beste Gegenmittel. Niemand muss sich in sein Schicksal fügen. Die Gewerkschaften und der DGB-Rechtsschutz stehen für alle Mitglieder in solchen Situationen als kompetente Berater. •

„Betonkopf Westerwelle"

Betriebsratswahl-Krimi im ostwestfälischen Herford. Betonwerk-Boss Manfred Westerwelle hat sechs Arbeiter entlassen, nachdem diese sich als Gewerkschaftsmitglieder für die Wahl eines Betriebsrates und die Einführung von Tariflöhnen eingesetzt hatten. Die Belegschaft ist als Reaktion darauf nun in den Streik getreten. Carsten Burkhardt von der IG BAU Westfalen kommentiert: „Der Arbeitskampf richtet sich gegen unglaubliche Vorgänge im Unternehmen." Das Betonwerk habe seine Beschäftigten mit Dumpinglöhnen um die acht Euro abgespeist, obwohl sie Anspruch auf einen Tariflohn von 14 Euro hätten. „Einigen Westerwelles mag die Mitsprache von Arbeitnehmern – und damit die Gründung eines Betriebsrates – ein Dorn im Auge sein. Sie ist aber ein Grundrecht, das wir verteidigen werden", so Burkhardt. Mittlerweile sind 80 Prozent der Belegschaft IG BAU-Mitglieder. Sie stimmten mit 95,5 Prozent für den Streik.

Anstecken, Flagge zeigen, Betriebsrat wählen – erst recht, wenn der Chef sich querstellt: „Betriebsratsverseucht, Und das ist gut so!" – Aufkleber und Buttons zum Unwort des Jahres gibt es unter www.br-verseucht.de

PROJEKTE UND PARTNER

Schule und Arbeitswelt

Möglichkeit zur Vernetzung

Die gewerkschaftliche Initiative „Schule und Arbeitswelt" lädt vom 9. bis 12. Mai in Walsrode zu einem Multiplikatorenseminar ein. Die Veranstaltung verfolgt das Ziel, die TeilnehmerInnen über gewerkschaftliche Aktivitäten im Übergang von Schule zur Berufsbildung zu informieren. Anderseits soll ihnen auch die Möglichkeit zur Vernetzung gegeben werden. Ausgehend von der schulpolitischen Debatte in Hamburg sollen auch die Realisierungschancen „einer guten Schule für alle" thematisiert werden. •

jeanette.klauza@dgb.de

neue**Bücher**

Die Wirtschafts- und Finanzkrise stellt die ideologische Vorherrschaft des Marktradikalismus in Frage. Jetzt muss über Alternativen nachgedacht werden. Das Buch ***Kurswechsel für Deutschland***, herausgegeben vom IG Metall-Vorsitzenden **Berthold Huber,** eröffnet eine fundierte Debatte über die Zukunft dieses Landes. „Marktradikaler Kapitalismus oder soziale marktwirtschaftliche Demokratie – das ist für Huber der Scheideweg, vor dem wir stehen. Denn für Berthold Huber ist die Finanz- und Wirtschaftskrise in ihrem Kern eine Kulturkrise des westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells", schreibt Gesine Schwan in ihrem Vorwort.

Huber besetzt in seinem einleitenden Essay Begriffe neu oder erobert sie von den Marktradikalen zurück: Freiheit, Wettbewerb, Leistung. Er fordert, Ursachen und Folgen der Krise gemeinsam und öffentlich zu analysieren und zu bewerten, damit die Gesellschaft daraus lernen und Konsequenzen ziehen kann. Er plädiert für eine weitreichende Demokratisierung der Wirtschaft und fordert eine neue Wirtschaftspolitik, deren Ziel eine ökologisch-nachhaltige Industriegesellschaft ist.

Mit Hubers Thesen setzen sich die anderen Autoren des Bandes kritisch-solidarisch auseinander. Dazu gehören u. a. der Soziologieprofessor Stephan Lessenich, der Industriesoziologe Michael Schuhmann, der Arbeitsmarktexperte Günther Schmid sowie der Bildungsforscher Martin Baethge. Die Absicht aller Autoren beschreibt Huber so: „Wir haben gemeinsam das Ziel, erst die gesellschaftliche Debatte und dann die Politik in eine neue Richtung zu schieben."

Berthold Huber, Kurswechsel für Deutschland – Die Lehren aus der Krise, Campus-Verlag, 2010, Frankfurt, 252 Seiten, 24,90 Euro

Menschenkette

Atomkraft abschalten

Für den 24. April ruft ein breites Aktionsbündnis unter dem Motto „KettenReAktion: Atomkraft abschalten!" zu einer großen Menschenkette auf. Die Aktion richtet sich gegen die von Schwarz-Gelb und den großen Energiekonzernen geplante Laufzeitverlängerung von Atommeilern. Auf dem Plan: eine ca. 120 Kilometer lange Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel. Zum Trägerkreis der Aktionen gehören auch der DGB Nord und der IG Metall-Bezirk Küste. •

www.anti-atom-kette.de

Girls' Day 2010

Hinter den Kulissen

Auch in diesem Jahr öffnet die DGB-Bundesvorstandsverwaltung zum Girls' Day 2010 ihre Türen. Rund 20 Mädchen haben am 22. April wieder die Chance, einen Blick hinter die Kulissen des politischen Alltags zu werfen. Zum 10-jährigen Jubiläum stehen Besuche in der Pressestelle, in der Abteilung Frauenpolitik und bei der DGB-Jugend auf dem Programm. Die DGB-Bezirksvorsitzenden Iris Kloppich (Sachsen) und Doro Zinke (Berlin/Brandenburg) werden den Mädchen Rede und Antwort stehen. •

www.girls-day.de

„Beschäftigungssicherung hat Priorität"

Aufsichtsrat des Monats

Foto: IG Metall

Aufsichtsrat des Monats im April ist **Ralf Heppenstiel.** Als gelernter Verfahrensmechaniker und Industriemeister Hüttentechnik ist er seit 1982 bei Thyssen Krupp Nirosta am Standort Dillenburg beschäftigt. Der 43-Jährige vertritt die Interessen der Beschäftigten auf verschiedenen Ebenen des Unternehmens. So ist Heppenstiel seit sieben Jahren Betriebsratsvorsitzender am Standort Dillenburg, Vorsitzender im Europäischen Betriebsrat und Mitglied im Aufsichtsrat bei Thyssen Krupp Nirosta. „Beschäftigungssicherung und der Schutz von Leib und Leben der Kolleginnen und Kollegen sind mir besonders wichtig", betont das IG Metall-Mitglied. Wie er diese Maxime auch im Aufsichtsrat vertritt, erklärt er im aktuellen Fragebogen zum Aufsichtsrat des Monats. *www.dgb.de/-/p0K*

interregio

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** und der gewerkschaftsnahe Bildungsträger „Arbeit und Leben" laden am 2. Mai zu einer ***Stadtrundfahrt durch Berlin*** ein. Mit der Bustour soll an die Zerschlagung der Gewerkschaften vor 77 Jahren erinnert werden. Unter dem Titel „Mit uns zog die neue Zeit – Gewerkschaftsmoderne – Niederlage – Widerstand" begeben sich die TeilnehmerInnen der Rundfahrt auf die Pfade der Gewerkschaften vor und nach 1933. Zu sehen sein werden die alten Gewerkschaftshäuser, Treffpunkte von GewerkschafterInnen und die Orte des Nazi-Terrors.

www.berlin-brandenburg.dgb.de

••• Der ***DGB Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt*** hat die niedersächsische Regierungskoalition aus CDU und FDP aufgefordert, ihren ***Entwurf zum Versammlungsgesetz*** nachzubessern. Die Gewerkschaften kritisieren die zahlreichen Eingriffs- und Überwachungsmöglichkeiten für Behörden und die ausgeweiteten bürokratischen Anforderungen an Organisatoren von Demonstrationen. „Sanktionen und Auflagen müssen verhältnismäßig sein", fordert der DGB. Ohne Nachbesserungen sei die niedersächsische Regelung kein modernes, freiheitliches Gesetz, sondern wirke abschreckend und behindere das „Durchsetzen der Grundrechte".

www.niedersachsen.dgb.de

Studienfinanzierung

DGB fordert umfassende BAföG-Reform

Am 21. April will das Bundeskabinett das Nationale Stipendienprogramm und eine kleine BaföG-Reform beschließen. Aus Sicht des DGB reichen die geplanten Reformen nicht aus, um mehr jungen Menschen aus einkommensschwachen Familien den Weg zur Hochschule zu ebnen. Der DGB fordert deshalb eine umfassende BAföG-Reform.

Soziale Chancengleichheit fängt mit dem gleichberechtigten Zugang zu Bildung für alle an, egal welcher Herkunft. Doch noch immer muss man Arbeiterkinder an den Hochschulen mit der Lupe suchen. Von 100 Kindern, die nicht aus Akademiker-Familien stammen, landen nur 23 an den Unis. Bei Kindern aus Akademiker-Familien sind es dagegen 83 von 100, so die letzte Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW). Ein Drittel aller Studienberechtigten scheut sich aus finanziellen Gründen, ein Studium zu beginnen. Das zeigt eine aktuelle Studie des Hochschul-Informationssystems (HIS).

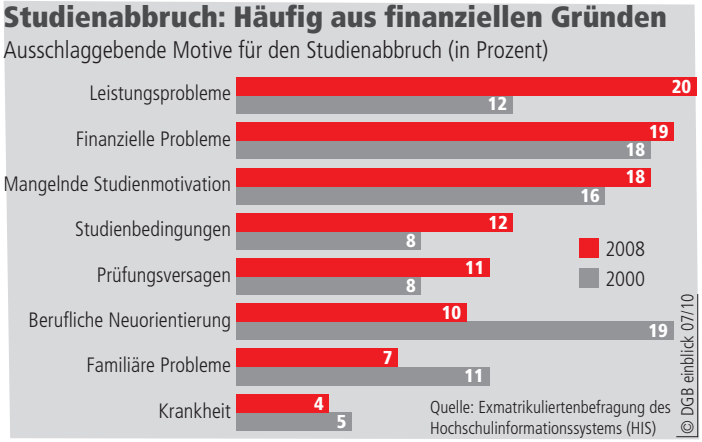
Dass die Bundesregierung mit zwei ihrer ersten bildungspolitischen Vorhaben die Studienfinanzierung verbessern will, sei vor diesem Hintergrund richtig, erklärt DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. „Herzstück einer staatlichen Studienförderung muss aber das BAföG bleiben." Für das Nationale Stipendienprogramm sollen 300 Millionen Euro im Jahr bereit stehen, so der Plan von Schwarz-Gelb. Das Stipendium soll 300 Euro im Jahr betragen, nicht auf das BAföG angerechnet werden und zur Hälfte von Bund und Ländern, zur anderen Hälfte von der Wirtschaft getragen werden. Zudem sollen die BAföG-Bedarfssätze um zwei Prozent steigen. Aus Sicht des DGB ist das viel zu wenig: Mit der geplanten Erhöhung wird noch nicht mal die Preissteigerung seit Herbst 2007 ausgeglichen.

„Stipendien können das BAföG nur ergänzen", betont Sehrbrock. „Sie sind konjunkturanfällig, das hat die Krise gezeigt. Vor allem ein Punkt macht den Unterschied: Bei Stipendien sind die jungen Menschen auf das Wohlwollen der Geldgeber angewiesen, BAföG ist ein Rechtsanspruch." Sehrbrock befürchtet außerdem, dass die Ko-Finanzierung der Wirtschaft zu einer ungleichen Verteilung der Mittel an den Hochschulen führt: „Unternehmen werden in solche Studierende investieren, die „verwertbare" künftige Fachkräfte sind."

Statt vor allem auf Stipendien zu setzen, fordert der DGB eine umfassende Reform der Studienförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). So müsse der Kreis der Geförderten deutlich erweitert werden. Lag deren Anteil in den 1970er Jahren noch bei knapp 50 Prozent, sind es heute unter 20 Prozent. Gemeinsam mit dem DSW hat der DGB bereits im Dezember 2009 Eckpunkte für eine BAföG-Reform vorgelegt. Danach sollen die Bedarfssätze um mindestens vier, die Freibeträge um fünf Prozent steigen. „Mehr noch: Ein halbes Jahrzehnt ohne BAföG-Erhöhung sollten wir den Studierenden nicht mehr zumuten", so Sehrbrock. Die BAföG-Sätze müssten deshalb künftig wieder regelmäßig an die Einkommensentwicklung angepasst werden.

Lebenslanges Lernen nicht nur zu predigen, sondern auch zu praktizieren, würde zudem beim BAföG bedeuten: „Wir müssen die Altersgrenze von bisher 30 Jahren ersatzlos streichen. Wer zum Beispiel nach Berufstätigkeit oder Kindererziehung wieder an die Hochschule will, darf nicht an starren und lebensfernen Vorschriften scheitern", fordert die stellvertretende DGB-Vorsitzende. Damit Studierende nicht für die schlechte Umsetzung des Bologna-Prozesses bestraft werden, müsse das BAföG an Bachelor und Master angepasst werden. Unterbrechungen zwischen Bachelor und Master sollten auch für BAföG-EmpfängerInnen möglich sein.

Eine Strukturreform beim BAföG sei nicht teuer, rechnet Sehrbrock vor. „Zurzeit gibt der Bund 1,5 Milliarden Euro für das BAföG aus. Eine kräftige BAföG-Erhöhung samt Streichung der Altersgrenze und Bologna-Kompatibilität würde den Bund rund 130 Millionen Euro kosten." Eine echte BAföG-Reform ließe sich also leicht durch den Verzicht auf das Nationale Stipendienprogramm finanzieren. •



Jede/r fünfte Studienabbrecher/in steigt aus finanziellen Gründen aus.

Für eine neue Bildungsoffensive

„Mit guter Bildung aus der Krise – DGB-Thesen für eine neue Bildungsoffensive" ist der Titel des bildungspolitischen Leitantrags des DGB-Bundesvorstandes für den DGB-Kongress im Mai in Berlin.

„In kaum einem anderen Land hängen die Bildungschancen der Kinder so stark vom Geldbeutel der Eltern ab wie in Deutschland", heißt es in dem Antrag. Und weiter: „Die Wirtschafts- und Finanzkrise droht die Bildungskrise weiter zu verschärfen." Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern deshalb eine „neue Bildungsoffensive". Im Mittelpunkt steht dabei die Forderung nach einer nationalen Bildungsstrategie, um den „Wettbewerbsföderalismus" zu überwinden.

Die insgesamt 13 Eckpunkte reichen von der Forderung nach mehr Investitionen in Bildung über die Absage an weitere Privatisierungen und Gebühren im Bildungssystem und die Forderung nach verbesserten Übergängen von der Schule in die Berufsausbildung bis hin zu vermehrten Anstrengungen in der Weiterbildung. Die DGB-Gewerkschaften sind sich zudem einig: Gute Bildung braucht mehr Zeit – und wir brauchen eine gute Schule für alle.

www.einblick.dgb.de
Eckpunkte zur BAföG-Reform von DGB und Deutschem Studentenwerk

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

GEW

Die GEW fordert, den Einfluss der Bundeswehr an Schulen zu beschränken. Es bestünden Kooperationsabkommen mit Landesregierungen, die der Bundeswehr weit reichende Befugnisse bei Unterrichtsgestaltung und politischer Bildung einräumten. Diese gehörten jedoch in die Hände ausgebildeter PädagogInnen.

ver.di

Im Kampf um die Erhaltung des Wuppertaler Theaters ruft ver.di zur Gründung eines neuen „Bündnis für Theater" – auch für andere von der Schließung bedrohte Häuser – auf. Es müsse ein deutliches Zeichen gegen Kulturabbau gesetzt werden, gerade in der Krise. Kunst und Kultur stellten ein Mehrwert für die Gesellschaft dar.

TRANSNET

TRANSNET und GDBA fordern die Länder auf, ihre Verantwortung für die Sicherheit in Zügen wahrzunehmen. Bisher werde aus Kostengründen auf mehr ZugbegleiterInnen und Sicherheitskräfte verzichtet. Die Aktion „sicher unterwegs" hätte bereits 2008 gezeigt, dass sich MitarbeiterInnen und Reisende mehr Personal wünschten.

IG BAU

Die IG BAU lehnt im Hinblick auf ELENA „gläserne ArbeitnehmerInnen" ab. Immer mehr Beschäftigte fürchteten, unter ständiger Beobachtung zu stehen. Hinzu kämen die Speicherung der Daten ohne Anlass und fehlende Transparenz, die die ArbeitnehmerInnen verunsicherten.

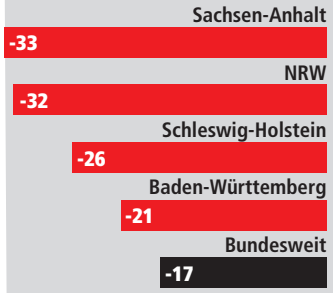
Gewerbeaufsicht

Weiterer Abbau unverantwortlich

Fast alle Bundesländer sparen weiter bei der Gewerbeaufsicht. So wurden in Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt zwischen 2005 und 2008 über 30 Prozent der Stellen bei der Gewerbeaufsicht gestrichen. Ausreichende staatliche Kontrollen werden dadurch in Frage gestellt. In einem Flächenland wie Schleswig-Holstein sollen nur noch etwa 50 Gewerbeaufsichtsbeamte in Zusammenarbeit mit der Unfallkasse Nord die Aufsicht gewährleisten. Tatsächlich erforderlich wären über 150 Stellen. Damit die Gewerbeaufsichtsämter ihren Aufgaben gerecht werden können, brauchen sie ausreichendes Personal und stabile Strukturen, die nicht zu stark dezentralisiert sein dürfen, fordert DGB Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. •

Gewerbeaufsicht: Immer weniger Personal

Personalabbau bei der Gewerbeaufsicht 2005 bis 2008 (in Prozent der Gesamtkapazität)



Quelle: Unfallverhütungsberichte des BMAS (SUGA) / DGB-Berechnungen

© DGB einblick 07/10

Schwarzarbeit

Mehr Zollkontrolle

Die IG BAU fordert 4800 zusätzliche Zoll-Kontrolleure für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS). Nur mit deutlich mehr Personal und einer effizienteren Struktur sei es möglich, die wachsende Zahl von Branchen-Mindestlöhnen konsequent zu überwachen, sagt der Bundesvorsitzende der IG BAU, Klaus Wiesehügel. Die FKS müsse derzeit bundesweit mit rund 6500 Mitarbeitern kontrollieren, ob die Lohnuntergrenzen bei über zwei Millionen Arbeitnehmern eingehalten werden. Hinzu kämen voraussichtlich ab Sommer nochmals rund 800 000 Beschäftigte in der Pflegebranche. Die Zahl der Branchen, in denen ein Mindestlohn vereinbart worden ist, hat sich seit 2005 verdoppelt, die Zahl der Kontrolleure dagegen ist nahezu gleich geblieben.

Die von Bundesfinanzminister Schäuble jetzt angekündigte Aufstockung der FKS-Kontrolleure um 200 Beamte sei viel zu gering, so Wiesehügel. Außerdem müsse „die Arbeit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit bundesweit wieder zentral organisiert und koordiniert werden". Neben der Mindestlohn-Kontrolle fordere auch die Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und organisierter Schwarzarbeit einen hohen Personaleinsatz. „Allein damit hat die Finanzkontrolle Schwarzarbeit schon alle Hände voll zu tun", so Wiesehügel. •

Handwerk

Tarif ist Pflicht

Handwerksbetriebe, die Mitglied einer Innung sind, können sich nicht einfach aus der Tarifbindung verabschieden. Das hat das Verwaltungsgericht in Braunschweig entschieden. Im Umkehrschluss heißt das: Innungsmitglieder müssen Tarif zahlen. Zu Grunde liege dabei immer der von der Innung abgeschlossene Tarifvertrag.

Das für Handwerkspolitik zuständige DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki begrüßt die Entscheidung der Richter. „Dieses Urteil ist ein Warnsignal für die Innungen aller Bezirke, die in ihrer Satzung eine sogenannte Mitgliedschaft ohne Tarifbindung vorsehen." Derartige Satzungen seien nicht rechtskonform. Darauf würden die KollegInnen in der Selbstverwaltung des Handwerks nun dringen, betont Matecki. Er fordert: „Gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, faire Existenz sichernde Entgelte sowie tarifgebundene Arbeitsverhältnisse müssen wieder selbstverständlich werden im Handwerk." •

1. Mai

Berlin soll nazifrei bleiben

Bundesweit haben Neonazis in Dutzenden von Städten Demonstrationen am 1. Mai angemeldet. Auch in Berlin wollen sie marschieren. Dagegen hat sich ein Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien und Initiativen zusammen gefunden. In einem so genannten Aktionskonsens haben sich die Bündnispartner geeinigt: „Wir werden uns in Berlin durch Aktionen des zivilen Ungehorsams mit Massenblockaden den Nazis entgegen stellen und sie stoppen. Dieses Ziel eint uns über alle Unterschiede hinweg." Wie das Bündnis weiter erklärt, soll von den Nazigegnern keine Eskalation ausgehen. Aber man sei flexibel und werde die Nazis daran hindern, am 1. Mai durch Berlin zu marschieren.

Koordiniert werden alle Aktivitäten per Internet. Dabei haben die Initiatoren aus dem Vorgehen der Dresdener Staatsanwaltschaft gelernt: Auf einer in der Türkei registrierten Homepage sollen die Infos über Treffpunkte der Nazis und geplante Gegenaktivitäten erscheinen. Die Staatsanwaltschaft hatte die Blockadeaufrufe anlässlich der geplanten Neonazi-Aktionen am 13. Februar in Dresden zum Anlass genommen, die Internet-Seiten der Nazigegner abschalten zu lassen. •

www.1-mai-nazifrei.tk

Wirtschaftskrise und Medien

Schiffbruch im Mainstream

Die globale Wirtschaftskrise erwischt die Medienbranche doppelt: Sie erschüttert ihr wirtschaftliches Fundament. Zugleich offenbart sie ihre größte Schwäche: Viel zu lange hingen viele Medien an den Lippen potenter Meinungsmacher. Meint der Publizist Tom Schimmeck.

Als ich Hans-Olaf Henkel Mitte der 90er Jahre zum ersten Mal traf, rauchten wir eine Zigarre zusammen. Der BDI-Chef schien ungeduldig, verärgert. Er war tief enttäuscht von CDU-Kanzler Helmut Kohl. Weil der den Sozialstaat nicht vehement beschnitten, die Löhne nicht gedrückt hatte. Ich fragte Henkel, wie kostbar ihm 50 Jahre sozialen Friedens und wachsenden Wohlstands seien. „Derzeit ist der Preis zu hoch", sprach er und zerdrückte den Rest seiner Zigarre, „wir kriegen das auch billiger".

Henkel wollte **den Geist Ronald Reagans und Margaret Thatchers endlich nach Deutschland holen.** Um den Siegeszug der marktradikalen Lehre zu organisieren, entschloss er sich zu einer Art ideologischem Direktmarketing, tingelte durch die Talkshows, immer einen knackigen Spruch auf den Lippen, und sammelte Anhänger. Mit großem Erfolg. Keine zehn Jahre später bildeten seine neoliberalen Vorstellungen den Dreh- und Angelpunkt des deutschen Meinungsspektrums.

Der Mainstream der Wirtschaftswissenschaft stand Spalier. In den Buchläden türmten sich Abgesänge auf den Sozialstaat, die den so zwangsläufigen wie unvermeidlichen Abstieg der Nation prophezeiten – sofern nicht schleunigst das neue Credo zur obersten politischen Maxime erklärt würde: **viel mehr Markt, viel weniger Staat.** Auch Zeitungen und Sender schienen sich nahezu einig, riefen mit dem ZDF- und Bild-Journalisten Peter Hahne: „Schluss mit lustig". Der Sozialstaat, verkündete der Spiegel schon 1998, sei „zum Monstrum geworden".

Neue Initiativen, Konvente und Foren mit gut gefüllten Kriegskassen wetterten gegen das – wie es einer ihrer Wortführer, Altbundespräsident Roman Herzog, gerne ausdrückte – „verfettete Gemeinwesen". Selbst die regierende rotgrüne Koalition folgte mit **Hartz-Gesetzen, Steuergeschenken für Konzerne und einer Deregulierung der Finanzbranche** recht eifrig diesem Zeitgeist.

Das deutsche Modell der Sozialpartnerschaft mit all seinen Sicherungen, die menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen und ein würdiges Altern garantieren und gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und Armut schützen sollen, geriet bald schwer in Misskredit. Wer noch von Gerechtigkeit und Spielregeln sprach, die lausige Binnennachfrage kritisierte, bessere Bildung für alle forderte oder gar die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich anprangerte, **galt nun als unverbesserlicher Besitzstandswahrer,** Bedenkenträger, Sozialromantiker und Schmarotzer. **Kurzum: Als Gewerkschafter.**

Wer heute in den Jubelgeschichten blättert, mit denen Medien über Jahre **die grandiose Geldvermehrung und die Wunderkraft der Märkte** feierten, kann sich – bei aller Tristesse – ein Lachen kaum verkneifen. Da wurde uns mit allerwärmsten Worten etwa das „Modell Island" angepriesen – die vermeintliche Erfolgsstory jenes kühlen Inselstaates, dessen neue Regierung 1991 begonnen hatte, ihr Land nach dem Lehrbuch der neoliberalen „Chicago Boys" umzukrempeln. Rigoros wurden Bedienstete entlassen, Unternehmenssteuern gesenkt, Staatsausgaben zusammengestrichen, wurden Banken, Betriebe, Schulen und Krankenhäuser privatisiert. Tatsächlich schwappte Reichtum über die Insel. Isländer fuhren plötzlich schwere Range Rover und feierten tolle Partys. Bis der Crash kam. Bis die Krone abstürzte, die größte Börsenblase aller OECD-Staaten platzte und nur ein kolossales Minus übrig blieb. Verstaatlicht natürlich. Aus der Traum. Der Volksmund taufte die Range Rovers um in „Game Overs".

Doch es war kein Spiel. **Wir stehen vor den hässlichen Trümmern einer falschen Heilslehre,** einer Ideologie: Billionen wurden vernichtet, Hunderttausende Menschen entlassen, zwangsgeräumt, ihrer Existenz beraubt. Vom lange anschwellenden Marktgeschrei bleibt nur ein heiseres Bellen. Auch die Medien leiden wirtschaftlich heftig unter der Krise. **Vor allem aber hat ihre Glaubwürdigkeit gelitten.** Weil auch viele Journalisten das hohe Lied allzu begeistert mitgesungen haben. Und sich vom wachsenden Heer der PR-Profis, Werbegurus, Spin-Doktoren, Unternehmensberater und anderen modernen Meinungsfrisören diktieren ließen, was angeblich gut ist für unsere Gesellschaft.

Der Katzenjammer ist beträchtlich. Vielleicht lernen wir etwas daraus. Vielleicht auch nicht. Denn Hans-Olaf Henkel ziert schon wieder die Bestsellerliste. •

Medien, Macht und Meinungsmache

Foto: privat

Tom Schimmeck, 50, Mitbegründer der taz, arbeitet heute als freier Autor für die Süddeutsche Zeitung, die Zeit, den Deutschlandfunk, den NDR und viele andere Medien. 2007 wurde er mit dem Otto-Brenner-Preis für kritischen Journalismus ausgezeichnet.

In seinem gerade erschienenen Buch „Am besten nichts Neues. Medien, Macht und Meinungsmache" analysiert er den Niedergang des unabhängigen Journalismus. Sein Fazit: Die Medien drohen zu Handlangern derer zu werden, die sie kontrollieren sollen – mit fatalen Folgen für die demokratische Gesellschaft.

Tom Schimmeck, Am besten nichts Neues, Westend Verlag, 2010, Frankfurt/Main, 304 Seiten, 17,95 Euro
www.schimmeck.de

Am 20. April gehört Tom Schimmeck zu den Diskutanten auf dem Podium des „Mainzer Medien Disputs" in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin. Unter dem Titel „Notleidend: Risiken und Nebenwirkungen des Wirtschaftsjournalismus in Deutschland" soll die Debatte über die von der Otto-Brenner-Stiftung geförderte Studie zum Wirtschaftsjournalismus in der Krise von Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz fortgeführt werden (einblick 06/10).

www.otto-brenner-stiftung.de

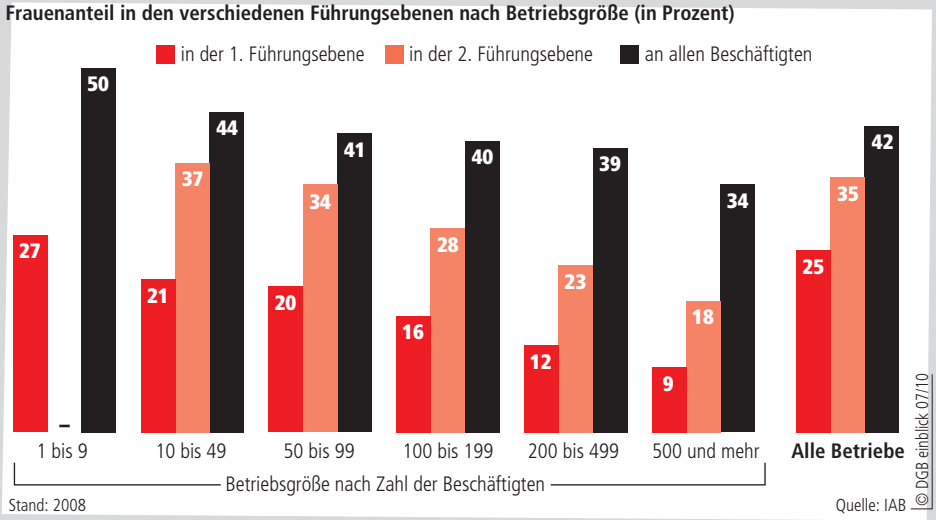
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

GROSSUNTERNEHMEN: Kaum Frauen in Chefpositionen

Je größer die Unternehmen sind, umso seltener besetzen Frauen Chefsessel. Das ist ein Ergebnis des Betriebspanels, das das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) 2008 zum zweiten Mal durchführte. Ernüchternd ist dabei, dass trotz Frauenfördermaßnahmen in Großunternehmen Frauen wenig Karrierechancen haben. So sitzen im Vorstand der Deutschen Telekom zurzeit nur Männer, im Konzernmanagement beträgt der Frauenanteil 13 Prozent. Bis 2015 will die Telekom den Frauenanteil auf 30 Prozent anheben.



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

19.4. ver.di, Diskussion „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen", Berlin

19.4. DGB-Region Leipzig-Nordsachsen, Lesung Günter Wallraff „Aus der schönen neuen Welt", Leipzig

21.4. DGB-Bezirk Berlin/Brandenburg und WSI, Fachgespräch „Tariftreue und Mindestlöhne – Handlungsmöglichkeiten für Vergabegesetze nach dem Rüffert-Urteil des Europäischen Gerichtshofs", Berlin

21.4. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Vorstandsvergütung in Deutschland II", Köln

21.4. DGB, Sitzung der DGB-Reformkommission „Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft", Berlin

22.4. Aktionstag, Girls' Day/Mädchen-Zukunftstag

22.4. DGB, Regionaltagung West „Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund", Düsseldorf

22./23.4. DGB, Tagung „Betriebsräte 2010 – Wirtschaft braucht Mitbestimmung", Berlin

23.-25.4. ver.di, Workshop „Mit Genauigkeit zum Ziel – Mitgliederwerbung mit Gender Mainstreaming", Walsrode

24.4. Aktionsbündnis, Menschenkette „KettenreAktion – Atomkraft abschalten", AKW Brunsbüttel, Hamburg, AKW Krümmel

26.4. Welttag des geistigen Eigentums

27./28.4. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Innovation und Personal – ein Thema im Aufsichtsrat", Lohr

27.4. DGB, Empfang „Wir gehen vor! Gute Arbeit – Gerechte Löhne – Starker Sozialstaat", Görlitz

29.4. DGB-Bezirk Sachsen, Arbeitnehmerempfang des DGB-Sachsen, Dresden

1.5. DGB, Tag der Arbeit „Wir gehen vor! Gute Arbeit – Gerechte Löhne – Starker Sozialstaat"

2.-5.5. ver.di, Seminar „Antizionismus, Israelkritik und Antisemitismus", Mosbach

3.-5.5. ver.di, Camp „Campus der Zukunft – Erfahrungen und Perspektiven", Naumburg

3.5. Welttag der Pressefreiheit

personalien

••• ***Marco Frank,*** 41, bisher politischer Referent im Bereich Gesellschaftspolitik, Strategie und Planung bei der DGB-Bundesvorstandsverwaltung, arbeitet seit dem 15. März im Bereich Sozialpolitik des DGB-Bundesvorstandes, Referat Gesundheitspolitik / Pflegeversicherung. Er folgt ***Jürgen Sendler,*** 65, der im letzten Jahr in den Ruhestand gegangen ist.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Udo Böhlefeld, Haidy Damm, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt

„Viele Psychologen und Psychiater haben nachgewiesen, dass es keinen Zusammenhang zwischen dem Zölibat und der Pädophilie gibt, aber viele andere haben gezeigt und mir kürzlich versichert, dass ein Zusammenhang zwischen Homosexualität und Pädophilie besteht. Das ist die Wahrheit und das ist das Problem."

Tarcisio Bertone, Kardinalsekretär im Vatikan, am 13.4. über die Ursachen der Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche.

Verhaltensbedingte Kündigung

Grund und Abmahnung müssen gleich sein

Macht ein Arbeitnehmer bei seiner nicht unverzüglichen Krankmeldung falsche Angaben über die voraussichtliche Dauer seiner Arbeitsunfähigkeit und mahnt ihn der Arbeitgeber nur wegen dieser falschen Angaben ab, so ist eine verhaltensbedingte Kündigung wegen erneuter, diesmal aber bloß verspäteter Krankmeldung nicht gerechtfertigt.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 18. Dezember 2009 - 6 Sa 1239/09

Gesetzliche Krankenversicherung

Kostenerstattung nach deutschen Sätzen

Wird eine ärztliche Behandlung im EU-Ausland durchgeführt, so ist die deutsche Krankenkasse nur verpflichtet, höchstens die Kosten zu erstatten, die bei einem vergleichbaren deutschen Vertragskrankenhaus entstanden wären.

Bundessozialgericht; Urteil vom 17. Februar 2010 – B 1 KR 14/09 R

Weihnachtsgratifikation

Für Rentner bei betrieblicher Übung

Gewährt ein Arbeitgeber seinen Betriebsrentnern in drei aufeinander folgenden Jahren vorbehaltlos eine Weihnachtsgratifikation in gleicher Höhe, so entsteht dadurch eine betriebliche Übung, die ihn zur Zahlung auch in den Folgejahren verpflichtet. Erklärt er den Betriebsrentnern gegenüber zu einem späteren Zeitpunkt, er gewähre die Gratifikation nur noch in den kommenden drei Jahren, und rechnet er sie ab diesem Zeitpunkt mit dem Hinweis „Versorgungsbezug freiwillige Leistung" ab, lässt dies den Anspruch auch dann nicht entfallen, wenn die Versorgungsberechtigten der vom Arbeitgeber beabsichtigten Änderung nicht widersprechen. Der Arbeitgeber kann sich nicht darauf berufen, es sei eine gegenläufige betriebliche Übung entstanden.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 16. Februar 2010 - 3 AZR 123/08

Arbeitslosengeld II

Sparguthaben werden angerechnet

Werden Sparguthaben in Form von Sparbüchern, Sparbriefen und Bausparverträgen „aus steuerlichen Gründen" auf den Namen eines (zunächst noch) minderjährigen Kindes angelegt, so sind diese dem Kind als Vermögen auch dann zuzuordnen, wenn es keine Kenntnis von den Anlagen hat.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 20. November 2009 - L 1 AL 265/05

Wohnungsausstattung

Übernahme nur notwendiger Kosten

Ausstattungsgegenstände, die nur deshalb erforderlich werden, weil der Hilfebedürftige zuvor eine nicht notwendige Veränderung in der Wohnung vorgenommen hat, sind nicht übernahmefähig.

Sozialgericht Berlin, Urteil vom 28. Januar 2010 - S 128 AS 28212/08

Zeckenbiss

Kann auch Dienstunfall sein

Ein Zeckenbiss und die darauf zurückzuführende Borrelioseinfektion können ausnahmsweise als Dienstunfall anerkannt werden.

Der Fall: Die Lehrerin begleitete Grundschüler anlässlich einer mehrtägigen Schulveranstaltung, die auf einem im Wald gelegenen Bauernhof stattfand. Auch während der Pausen, in denen sich die Kinder in der bewaldeten Umgebung des Bauernhofes aufhielten, hatte die Lehrerin die Schüler zu beaufsichtigen und zu betreuen. Während einer solchen Pausenaufsicht wurde sie von einer Zecke gebissen. Einige Monate später wurde bei ihr eine auf einen Zeckenbiss zurückzuführende Borrelioseinfektion festgestellt. Wegen dieser Erkrankung wurde sie einige Tage im Krankenhaus stationär behandelt. Ihre Klage auf Anerkennung des Zeckenbisses und der daraus resultierenden Erkrankung als Dienstunfall hatte Erfolg.

Das Bundesverwaltungsgericht: Voraussetzung der Anerkennung als Arbeitsunfall ist, dass Tag und Ort des Zeckenbisses festgestellt werden können. Außerdem muss die Beamtin in Ausübung ihres Dienstes infiziert worden sein. Nach den tatsächlichen Feststellungen sind das Datum und der Ort des Zeckenbisses hinreichend bestimmt. Damit sind die Anforderungen der gesetzlichen Regelung erfüllt, die sicherstellen sollen, dass über die Zurechnung eines Ereignisses zum dienstlichen oder persönlichen Bereich eines Beamten eindeutig entschieden werden kann. Zwar hat sich die Lehrerin zum Zeitpunkt des Bisses in der bewaldeten Umgebung des Bauernhofes aufgehalten. Doch hat die Lehrerin die Schüler auch während der Unterrichtspausen betreuen müssen. Damit hat sie sich aus dienstlichen Gründen im natürlichen Lebensraum von Zecken aufgehalten.

Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 25. Februar 2010 - 2 C 81.08

Aufhebungsvertrag

Kein Angebot – keine Diskriminierung

Es stellt keine Altersdiskriminierung dar, wenn der Arbeitgeber nur jüngeren Arbeitnehmern Aufhebungsverträge anbietet.

Der Fall: Der 1949 geborene Arbeitnehmer ist seit 1971 beim Arbeitgeber beschäftigt. Im Juni 2006 gab die Firma, bei der betriebsbedingte Kündigungen zu diesem Zeitpunkt tariflich ausgeschlossen waren, bekannt, dass Arbeitnehmer der Jahrgänge 1952 und jünger gegen Zahlung von Abfindungen freiwillig ausscheiden könnten. Die Abfindungshöhe richtete sich nach der Betriebszugehörigkeit und Höhe des monatlichen Entgelts. Der Arbeitgeber behielt sich vor, den Abfindungswunsch abzulehnen. Der Arbeitnehmer verlangte vom Arbeitgeber, ihm ein Angebot zum Abschluss eines Aufhebungsvertrags zu unterbreiten, das eine Abfindung in Höhe von insgesamt 171.720 Euro beinhaltet. Seine Klage blieb ohne Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Das neu geschaffene Altersdiskriminierungsverbot verfolgt wesentlich den Zweck, älteren Arbeitnehmern den Verbleib im Arbeitsleben zu ermöglichen. Es zwingt deshalb Arbeitgeber im Rahmen geplanten Personalabbaus nicht, auf Verlangen älterer Arbeitnehmer einen Aufhebungsvertrag gegen Zahlung einer Abfindung zu schließen. Auch unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung war der Arbeitgeber nicht verpflichtet, den Aufhebungsvertrag zu schließen. Denn es wurde nicht hinreichend dargelegt, dass die Firma solche Verträge mit anderen älteren Arbeitnehmern geschlossen hätte.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 25. Februar 2010 - 6 AZR 911/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 03.05.2010 8/10

DGB

inhalt

Seite 3
Gerecht
Bündnis gegen Systemwechsel in der Krankenversicherung

Seite 5
Geprellt
DGB fordert Schutz der Verbraucher vor Schrott-immobilien

Seite 7
Gescannt
DGB-Vize Ingrid Sehrbrock über geplanten gesetzlichen Arbeitnehmerdatenschutz

Finanzhilfen für Griechenland

Gewerkschaften für Moratorium

Der DGB fordert „schnelle und unbürokratische Hilfe" und „eine schärfere Regulierung der Finanzmärkte", während die Zocker Wetten auf die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands abschließen. Die Gewerkschaften sind sich einig: Gegen Griechenlands haushaltspolitische Notlage hilft nur Solidarität.

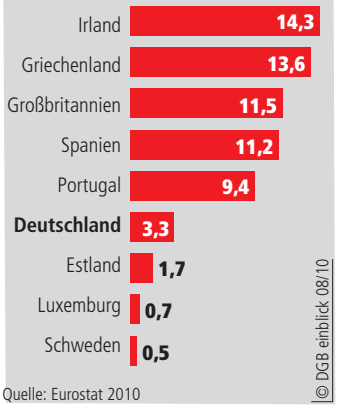
Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer: „Die Banken haben sich von den Regierungen retten lassen und spekulieren nun mit diesem Geld gegen die Regierungen." Er spricht sich für ein Moratorium deutscher Kreditinstitute zu Gunsten Griechenlands aus. „Die Griechen brauchen Zeit. Es würde Sinn machen, wenn die deutschen Banken ihre Forderungen zurückstellen und dem griechischen Staat einen Zahlungsaufschub gewähren." Claus Matecki, im DGB-Bundesvorstand für Wirtschaftspolitik zuständig, fordert, dass sich alle an den Verlusten beteiligen, die von der Verschuldung Griechenlands profitieren. Nicht die gegenwärtige, sondern die konservative Vorgängerregierung hat das Land in diese Situation mit täglich wachsenden Refinanzierungsproblemen gebracht. Kaum, um allen Griechen ein Leben in Saus und Braus zu finanzieren: 20 Prozent der Bevölkerung sind akut von Armut bedroht.

Das Land ist dem Druck der Finanzmärkte und Spekulanten ausgeliefert, weil jegliche gesicherte und günstige Finanzierungsquelle fehlt. Während die „notleidenden" Banken mit Bilanzen voller toxischer Papiere unbegrenzt Geld von der Europäischen Zentralbank (EZB) zu einem Zinssatz von einem Prozent einsammeln und diese faulen Papiere auch noch als Sicherheit hinterlegen konnten, können Griechenland und andere der nun notleidenden Euro-Staaten wie Spanien oder Portugal mit ähnlichen Hilfen nicht rechnen. Im Gegenteil: An der Finanzmisere der Griechen verdienen genau diese Banken. Sie streichen saftige Zinsen in Höhe von zehn Prozent und mehr für Staatsanleihen an Griechenland ein – von der EZB holen sie sich das frische Geld für einen Zinssatz von einem Prozent.

Nicht einsichtig ist für Claus Matecki, dass die EZB den Finanzjongleuren unter die Arme greift, nicht aber einer demokratisch gewählten Regierung in der Eurozone: „Griechenland braucht keine Kredite aus den anderen Staaten oder vom IWF, sondern von der EZB zu den Bedingungen, wie sie auch den Banken gewährt wurden. Nur günstige EZB-Gelder sorgen dafür, dass das Land sich und seinen Haushalt sanieren kann, weil dann der Schuldendienst auszuhalten wäre." Matecki würde es begrüßen, wenn der Druck, den günstiges EZB-Geld auf die Kapitalmärkte ausübte, die Zinserwartungen der Anleger schrumpfen ließe. „Es lohnt sich dann nicht mehr, gegen Staaten der Eurozone zu spekulieren." •

Überall gestiegen

Haushaltsdefizite in ausgewählten EU-Staaten 2009 gemessen am Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)



Quelle: Eurostat 2010

Im vergangenen Jahr verbuchte kein einziger EU-Staat einen Haushaltsüberschuss. Das größte öffentliche Defizit „erwirtschaftete" Irland, die niedrigsten Verschuldungsquoten verzeichneten Schweden, Luxemburg und Estland.

plusminusBERLIN

+ ***Uta Zapf (SPD) zieht anlässlich des 24. Jahrestages der Reaktorexplosion in Tschernobyl die Konsequenz, „den Atomausstieg weiter zu verfolgen". Es sei eine „vernünftige Entscheidung", auf erneuerbare Energien umzusteuern und die „beste Vorsorge".***

– ***Angelika Brunkhorst (FDP) kündigt an, ihre Partei werde im Gorleben-Ausschuss „konstruktiv mitarbeiten". Allerdings weiß sie schon jetzt, dass „die haltlosen Vorwürfe" der Opposition entkräftet werden. Es gelte „eine Anti-AKW-Kampagne zu verhindern".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://xlurl.de/8eRgDu
Gewerkschaften und Umweltbewegung – Sven Giegold über neue Gemeinsamkeiten

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Euroraum vor der Zerreißprobe? IMK Report, Ausgabe April 2010

EU 2020-Strategie

Vollbeschäftigung kein Ziel

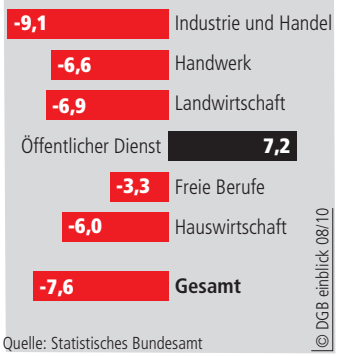
Der DGB und der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) fordern, die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Mittelpunkt der EU-2020-Strategie zu stellen, die die Lissabon-Strategie ablösen soll. In einem gemeinsamen Brief an EU-Beschäftigungskommissar László Andor haben der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und der ÖGB-Präsident Erich Foglar die Planungen der EU-Kommission für neue beschäftigungspolitische Leitlinien kritisiert, mit denen die Zukunftsstrategie umgesetzt werden soll. So fehle das Ziel der Vollbeschäftigung gänzlich.

Die Kommission hat Ende April vier beschäftigungspolitische Leitlinien vorgelegt, an denen sich die Arbeitsmarktpolitik der Mitgliedstaaten bis 2014 ausrichten soll. Während der Flexicurity-Strategie viel Raum gewidmet wird, kommen die Sicherung der Arbeitsplätze und die Verbesserung der Arbeitsplatzqualität sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch zukunftsgerichtete Investitionen deutlich zu kurz, kritisieren DGB und ÖGB. Ausdrücklich unterstützen die Gewerkschaften dagegen die in den Leitlinien vorgesehene Bekämpfung der Armut. Sie fordern aber stabile und verlässliche Indikatoren, um messbare Fortschritte zu erreichen. •

www.einblick.dgb.de

Weniger Ausbildungsverträge in der Krise

Rückgang/ Zunahme von Ausbildungsverträgen 2009 nach Branchen im Vergleich zu 2008 (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt

Der DGB fordert anlässlich der Vorstellung des aktuellen Bundesbildungsberichtes transparente und vollständige Ausbildungsmarktstatistiken. Bei den vom Statistischen Bundesamt ermittelten 7,6 Prozent weniger Ausbildungsverträgen fehlen nach Berechnungen des DGB die 73 456 Jugendlichen, die in Maßnahmen stecken, aber als versorgt gezählt werden, obwohl sie noch einen Ausbildungsplatz suchen.

Urheberrecht

Gegen Internetsperren

Kultur- und Medienschaffende müssen auch im digitalen Zeitalter von den Einkünften ihrer Arbeit leben können. Deshalb müssten geeignete Lösungen gefunden werden, gegen die illegale Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke etwa im Internet vorzugehen, forderte Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Bereichsleiter Kunst und Kultur der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, auf einer Pressekonferenz am 26. April, dem „Tag des geistigen Eigentums". „Zum geltenden Urheberrecht gibt es keine Alternative", betonte er. Eine Stärkung der Urheberrechte im Internet dürfe aber keinesfalls zu Lasten von Pressefreiheit und Datenschutz gehen. ver.di lehne sowohl Vorratsdatenspeicherung wie auch Internetsperren ab. •

Verbraucherklage

Lidl muss Werbung zurückziehen

Die am 6. April eingereichte Klage der Verbraucherzentrale Hamburg gegen Lidl wegen unlauteren Wettbewerbs war erfolgreich. Lidl hat sich in einer Unterlassungserklärung verpflichtet, das beanstandete Werbeversprechen von weltweit fairen Arbeitsbedingungen zurückzuziehen. Das Bündnis, dem auch die Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) und dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) angehört, wirft Lidl vor, sich nicht an das in der Werbung gegebene Versprechen fairer Arbeitsbedingungen bei Textilzulieferern in Bangladesch zu halten. •

Beschäftigungschancengesetz

Keine Verbesserung für Jugendliche

Das Bundeskabinett hat am 21. April das „Gesetz für bessere Beschäftigungschancen am Arbeitsmarkt – Beschäftigungschancengesetz" verabschiedet. DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach begrüßt die darin vereinbarte Verlängerung der Kurzarbeit. Eine reine „Absichtserklärung" ist für sie dagegen die „Initiative für arbeits- und ausbildungssuchende Jugendliche im Hartz IV-System", nach der Job-Center Jugendlichen nach einem ALG II-Antrag „unverzüglich" Angebote machen müssten. Das sei schon jetzt der Fall. Wichtiger sei die gespaltene Zuständigkeit von Job-Centern, Arbeitslosenversicherung und Kommunen aufzugeben. •

Mitbestimmung

Betriebsräte als Krisenmanager

Betriebsräte haben sich in der Finanzkrise als „Krisenmanager bewährt", davon ist DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel überzeugt. Mancher Betrieb überlebe nur, „weil er einen engagierten Betriebsrat hat, der kreative Lösungen entwickelt, um die Krise durchzustehen", betonte er in der Diskussionsrunde „Wirtschaft braucht Mitbestimmung", zu der der DGB im Rahmen der Kampagne zu den Betriebsratswahlen 2010 Ende April in Berlin VertreterInnen der Bundestagsparteien eingeladen hatte.

Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Mitbestimmung gibt es in erster Linie bei den prekär Beschäftigten, befristet Eingestellten oder LeiharbeitnehmerInnen. Die Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt habe dazu beigetragen, dass in diesen Bereichen die Mitbestimmung „faktisch ausgehebelt" sei, so Klaus Ernst (Die Linke). Auch Hubertus Heil (SPD) und Beate Müller-Gemmeke (Bündnis 90/Die Grünen) sehen die Entwicklung in der Leiharbeit kritisch. „Die Dinge haben sich anders entwickelt, als wir es erwartet haben", sagte Müller-Gemmeke in Bezug auf das 2003 geänderte Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. •

www.mitbestimmung.de

WSI

Mehr „Häuserkämpfe"

2009 gab es deutlich weniger Arbeitskämpfe als ein Jahr zuvor. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung zählte rund 420 000 Streikende, rund eine Million weniger als 2008. Trotz der niedrigeren Zahlen habe sich der Trend zu konfliktreichen Tarifrunden aber fortgesetzt. Der Großteil aller Arbeitskämpfe seien Konflikte um Haustarifverträge, so WSI-Experte Heiner Dribbusch. Die zunehmende Zersplitterung der Tariflandschaft, Tarifflucht und die Weigerung vieler Unternehmen, überhaupt einen Tarifvertrag abzuschließen, seien die wesentlichen Gründe für die Zunahme so genannter „Häuserkämpfe". •

Gesundheitspolitik

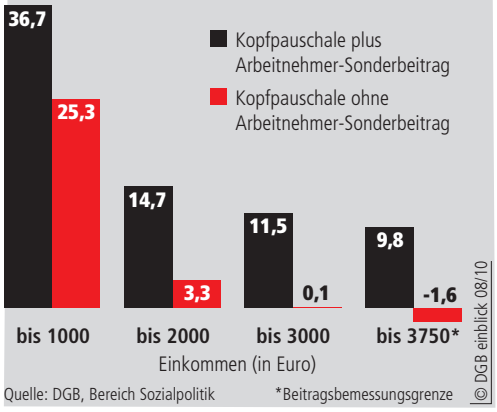
Arbeitgeber profitieren von Kopfpauschale

Die Regierungskommission zur Gesundheitsreform hält sich nach ihrem zweiten Treffen am 21. April bedeckt, die Arbeitgeberverbände legen ein eigenes Konzept vor. Der Kurs ist klar: Der Systemwechsel in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nutzt Arbeitgebern. Das wollen die Gewerkschaften nicht hinnehmen.

Als Testballon für den bereits im Koalitionsvertrag angekündigten Systemwechsel gilt die auf die Agenda gesetzte „kleine Kopfpauschale" von 29 Euro. Wird das Modell durchgesetzt, müssten die Versicherten diesen Betrag zusätzlich zu ihrem GKV-Beitrag zahlen. Eventuell könnte der Arbeitnehmer-Sonderbeitrag zur Krankenkasse von 0,9 Prozent durch die 29 Euro abgelöst werden. Dann müssten die Versicherten künftig statt bisher 7,9 nun 7,0 Prozent ihres Einkommens plus 29 Euro für die GKV zahlen. Überdurchschnittlich belasten würde das GeringverdienerInnen oder RentnerInnen mit einem Einkommen von 1000 Euro pro Monat (siehe Grafik). Gut Verdienende würden dagegen weniger belastet bzw. sogar entlastet. Das Institut für Gesundheitsökonomie geht davon aus, dass eine solche Prämie rein rechnerisch rund acht Milliarden Euro zusätzlich einbringen könnte. Nicht eingerechnet wurde dabei aber, dass eine Reihe Versicherter für diese Prämie den Sozialausgleich benötigt. Als „unsoziales Prinzip" kritisiert DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach das Konzept, denn damit „steigen die Belastungen umso mehr, je niedriger das Einkommen ist". Damit würde ein Großteil der Versicherten abhängig von staatlicher Unterstützung. Ihnen droht also eine Bedürftigkeitsprüfung wie bei Hartz IV. Das sei das Gegenteil von solidarischer Finanzierung, so Buntenbach.

Folgen der „Kopfpauschale 29 Euro"

Die Beiträge für die GKV würden nach dem Modell Kopfpauschale von 29 Euro prozentual steigen um...



Für die Kopfpauschale von 29 Euro sind zwei Modelle möglich: Entweder müssten die Versicherten diesen Betrag zusätzlich zu ihrem Beitrag zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zahlen (Kopfpauschale plus Arbeitnehmer-Sonderbeitrag), oder der Arbeitnehmer-Sonderbeitrag von 0,9 Prozent würde durch die 29 Euro abgelöst. In beiden Fällen profitieren die BezieherInnen von höheren Einkommen. Die Mehrheit der Versicherten, vor allem RentnerInnen und GeringverdienerInnen, würde deutlich belastet.

Auch der Arbeitgeberverband (BDA) hat jetzt Vorschläge zur Finanzierung der GKV vorgelegt. Sein wichtigstes Ziel: Die Finanzierung von Krankheitskosten sollen vom Arbeitsverhältnis entkoppelt werden. Die Vorschläge der BDA zielen im Wesentlichen darauf ab, die Leistungen der GKV einzuschränken, die Zuzahlungen sowie Praxisgebühren zu erhöhen und den Versicherten noch zehn Milliarden Euro mehr aus der Tasche zu ziehen, betont Buntenbach. Mit dieser „phantasielosen Abzocke" wollten sich die Arbeitgeber „aus der Verantwortung für die Finanzierung der GKV stehlen". Durch Praxisgebühren, Zuzahlungen und Zusatzbeiträge sei die paritätische Finanzierung bereits jetzt ausgehebelt. Nach Angaben des DGB ist der Arbeitgeberanteil an den tatsächlichen Gesundheitsausgaben um 38 Prozent geschrumpft. Gleichzeitig beziffern die Krankenkassen den Anteil der Kosten, die arbeitsbedingte Krankheiten hervorrufen, auf 15 Milliarden Euro jährlich. „Gewinner der Kopfpauschale wären vor allem die Arbeitgeber", lehnt Buntenbach die Pläne ab.

Die Reformkommission, die auf Initiative des DGB eigene Vorschläge zur Zukunft des Solidarischen Gesundheitssystems erarbeitet, hat sich zeitgleich mit der Regierungskommission ein zweites Mal getroffen. Im Mittelpunkt stand eine Bewertung der Kopfpauschale und die Zukunft des GKV-Modells. Das bisherige Modell habe sich im internationalen Vergleich hervorragend bewährt, ein Wechsel sei deshalb „stark begründungspflichtig", sagte Kommissionsmitglied und Gesundheitswissenschaftler Rolf Rosenbrock anlässlich des Treffens. Vergleiche mit dem niederländischen System, wo bereits eine Kopfpauschale eingeführt wurde, zeigen nach einer Bewertung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, dass der steuerliche Ausgleich letztlich dazu führe, dass weniger Menschen einen ausreichenden Versicherungsschutz in Anspruch nehmen.

Aktionen gegen Kopfpauschale

Auf Initiative des DGB startet jetzt das Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale". Gemeinsam wollen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbände, Frauen- und Jugendverbände, Migranten- sowie Ärzteorganisationen und gesundheitliche Interessenvertretungen die kommenden Monate nutzen, um die breite gesellschaftliche Ablehnung der Kopfpauschale in eine aktive Bürgerbewegung zu verwandeln.

„Allein die Tatsache, dass sich innerhalb weniger Wochen ein Bündnis von Organisationen mit einem Potenzial von mehr als 25 Millionen Mitgliedern gegen die Kopfpauschale zusammenfindet, sollte die Bundesregierung davon abbringen, mit der Kopfpauschale durch die Wand zu wollen", sagt DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Denn: „Die Pauschale ist unsolidarisch, ungerecht und unsozial." Die soziale Balance gerate ins Ungleichgewicht, so Benedikt Dederichs vom Sozialverband Deutschland. Deshalb sei es wichtig zu zeigen „bis hierhin und nicht weiter", betont Alfred Schüler von der Volkssolidarität.

www.stoppauschale.de

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Rechtsschutz

Neues Portal für Betriebsräte

Betriebsräte können sich ab sofort im neu eingerichteten „BR-Portal" auf der Website des DGB-Rechtsschutzes über Urteile der Landesarbeitsgerichte und des Bundesarbeitsgerichts der vergangenen vier Jahre informieren. Das BR-Portal beinhaltet Entscheidungen zur Vorbereitung und Durchführung von Betriebsratswahlen sowie zur Arbeit der Betriebsräte. Von „Briefwahl" über „Geschlechterquote" bis hin zu „Wahllokal" fasst das BR-Portal gerichtliche Entscheidungen zu vielen Knackpunkten rund um die Betriebsratswahl kurz und übersichtlich zusammen.

„Geplant ist, das neue Portal regelmäßig um interessante und für die Betriebsratsarbeit wichtige Beschlüsse zu erweitern", erklärt Klaus Westermann, Geschäftsführer der DGB Rechtsschutz GmbH. „Damit möchten wir den Betriebs- und Personalräten als größte deutsche und europäische ‚Fachkanzlei' auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts einen zusätzlichen Service im Internet anbieten."

Die DGB Rechtsschutz GmbH ist bundesweit an 170 Orten präsent und vertritt auch Betriebsräte in arbeitsrechtlichen Beschlussverfahren, in denen betriebsverfassungsrechtliche Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Interessenvertretung der Arbeitnehmer geklärt werden. Häufig sind das Streitigkeiten über die Durchsetzung von Mitbestimmungsrechten des Betriebsrates sowie Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den Tätigkeiten der betrieblichen Interessenvertretung (Kosten, Freistellungen, Seminarteilnahme) oder mit Betriebsratswahlen. •

www.dgbrechtsschutz.de

WSI-Tarifhandbuch 2010

Tarifpolitik in Ostdeutschland

„20 Jahre Tarifpolitik in Ostdeutschland" ist das Schwerpunktthema des gerade erschienenen WSI-Tarifhandbuchs 2010. Das Handbuch befasst sich mit der Angleichung der tariflichen Arbeits- und Einkommensbedingungen, mit den Erfolgen gewerkschaftlicher Tarifpolitik, Schwierigkeiten und Perspektiven. Die tarifpolitische Entwicklung wird durch einen umfangreichen Tabellenteil illustriert. WSI (Hrsg.), WSI-Tarifhandbuch 2010, 280 Seiten, 19,90 Euro. •

Familie und Beruf

Workshop für Bildungsakteure

Um Anknüpfungspunkte des Themas Vereinbarkeit von Familie und Beruf an die Aufgabenfelder von Betriebs- und Personalräten soll es im Multiplikatoren-Workshop am 22. Juni in Hamburg gehen. Die Themen Arbeitszeit, Arbeitsrecht, betriebliche Gesundheitsförderung, Gute Arbeit, Konflikt/Mobbing, Gremienmanagement, demografiefeste Personalpolitik und Tarifverhandlungen stehen im Fokus des Workshops. Diskutiert werden soll, wie man die verschiedenen Bereiche strategisch und methodisch besser miteinander vernetzen kann. •

www.einblick.dgb.de/links

Bildungsstreik

DGB-Jugend mischt mit

Die DGB-Jugend will kein selektives Bildungssystem und unterstützt deshalb den Bildungsstreik, zu dem Studierende, SchülerInnen, Lehrende und viele Organisationen aufrufen. Ziel der Aktionen in diesem Frühjahr ist ein sozial gerechtes und qualitativ gutes öffentliches Bildungswesen. Höhepunkt sollen am 9. Juni Demonstrationen

und Aktionen überall in Deutschland sein. Die DGB-Jugend will überall kräftig mitmischen.

Die neue Ausgabe von *Soli extra* fasst die Positionen der Gewerkschaftsjugend zum Thema Bildung für alle zusammen – in Schule, Ausbildung und Studium. Aus dem Inhalt: ein Abriss der Bildungspolitik in Deutschland und die Haltung des DGB, Beispiele aus NRW und Wien – so wird gestreikt, Rechtstipps für Studierende, SchülerInnen und Azubis beim Bildungsprotest. Außerdem: Termine, Publikationen, Webtipps. •

www.dgb-jugend.de, „Broschüren"

interregio

••• Der ***DGB Berlin-Brandenburg*** hat jetzt auch von Juristen ***Unterstützung*** für seine Forderung erhalten, Tariftreue und Mindestentgelte in Vergabegesetzen zu verankern. Konkret fordert der DGB für die geplanten Reformen der Vergabegesetze in Berlin und Brandenburg unter anderem, die öffentliche Auftragsvergabe an ein Mindestentgelt von 8,50 Euro / Stunde zu knüpfen. Dr. Florian Rödl von der Universität Frankfurt/Main bestätigte auf einer DGB-Fachtagung die Rechtmäßigkeit von Mindestentgelten im Vergaberecht auch für ausländische Auftragnehmer. Diese Regelung sieht bislang nur das Berliner Vergabegesetz vor, in Brandenburg wird sie dagegen kritisch gesehen. Rödl warnte ausdrücklich vor Ausnahmeregelungen für ausländische Unternehmen. Dadurch würden Inländer diskriminiert.

www.berlin-brandenburg.dgb.de

••• ***DGB*** und ***GEW NRW*** haben das ***„Bochumer Memorandum"*** zur Bildungsbilanz in NRW vorgelegt. Die wissenschaftliche Studie zur Bildungspolitik der schwarz-gelben Landesregierung belegt, dass die soziale Spaltung im Bildungssystem weiter wächst. Besonders brisant: Gerade Kinder aus sozial schwächeren Familien bleiben weiterhin „abgehängt". DGB und GEW fordern daher einen klaren Kurswechsel. Auch angesichts des demografischen Wandels sei es verantwortungslos, einen großen Teil der Jugendlichen ohne Ausbildung und Chancen auf eine Erwerbstätigkeit zu lassen. In einem neuen Memorandum Anfang 2011 soll überprüft werden, ob sich nach der Landtagswahl etwas geändert hat.

www.nrw.dgb.de

••• ***Der DGB Bayern*** und der Landeskirchenrat im Freistaat fordern in einer ***gemeinsamen Erklärung*** die „Einführung einer Finanztransaktionssteuer, eine wirksame staatliche Regulierung der Finanzmärkte, ein Verbot von Finanzprodukten ohne Anhalt an der Realwirtschaft, eine höhere Eigenkapitalquote der Banken und eine Begrenzung von Bonuszahlungen."

www.bayern.dgb.de

Arbeit und Leben

Arbeitsrechtstag Rhein-Ruhr

Für den 9. Juni lädt Arbeit und Leben NRW Betriebs- und Personalräte sowie Schwerbehindertenvertretungen zum „Arbeitsrechtstag Rhein-Ruhr" nach Essen ein. Im Mittelpunkt stehen aktuelle Entscheidungen der Arbeitsgerichte und ihre Auswirkungen auf die betriebliche Praxis. Behandelt werden Themen wie das Equal-Pay-Gebot in der Leiharbeit oder die neueste Rechtsprechung bei Urlaub und Krankheit. •

www.aulnrw.de

Finanz- und Immobilienmarkt

DGB fordert besseren Verbraucherschutz

Fast jede zweite Familie in Deutschland hat schon Vermögen verloren, weil sie unsicheren oder falschen Versprechen von Finanzdienstleistern traute. „Verbraucher und Beschäftigte am Finanz- und Immobilienmarkt zu schützen, ist seit dem Beginn der Finanzkrise zu einem der dringendsten Probleme der Politik geworden", erklärt DGB-Vorstand Claus Matecki.

Foto: Udo Böhlefeld

Am 27. April verlieh die Anja-Schüller-Stiftung in der Berliner DGB-Zentrale erstmals die mit je 1000 Euro dotierten Preise für investigativen Journalismus zum Thema Schrottimmobilien. Auf dem Foto von links nach rechts: Preisträger Hans-Peter Schütz (Stern), Preisträger Thomas Öchsner (Süddeutsche Zeitung), Prof. Edda Möller (Ex-Vorsitzende des Bundesverbandes Verbraucherzentrale), Gerhart Baum (Bundesinnenminister a.D.), Claus Matecki (DGB-Bundesvorstandsmitglied), Klaus Schüller (Vorsitzender der Anja-Schüller-Stiftung e.V.) sowie Preisträger Ulrich Neumann (SWR).

Im Mittelpunkt der Verleihung der von der Anja-Schüller-Stiftung ausgeschriebenen Journalisten-Preise stand ein besonders extremer Fall von skandalösen Machenschaften der Finanzdienstleister – der Betrug mit überteuerten Schrottimmobilien, der schon tausende Menschen in den Ruin, einige sogar in den Tod getrieben hat. Besonders hervor getan hat sich dabei die Bausparkasse Badenia. „Die Preisträger haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Machenschaften der Badenia einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurden", erklärte Gerhart Baum, Anwalt und Bundesminister a.D. Aufklärung sei aber nach wie vor notwendig. Denn auch nach der weltweiten Finanzkrise gehe es vielen Finanzinstituten nur darum, überteuerte Produkte zu verkaufen. Baum begrüßt es, dass sich der DGB im Verbraucherschutz engagiert: „Das ist ein wichtiges Signal."

„Seit Jahren predigen Politiker den ArbeitnehmerInnen: Spart für das Alter, sorgt privat vor. Doch sie versäumen es, gleichzeitig für mehr Transparenz und Regulierung auf den Finanz- und Immobilienmärkten zu sorgen", kritisierte Claus Matecki. „So sind viele Verbraucher nach wie vor skrupellosen Finanzhaien und Immobilienberatern ausgeliefert." Längst würden an den internationalen Finanzmärkten wieder hoch risikoreiche Anlageprodukte gehandelt, doch auf konkreten und besseren Schutz vor Betrug warteten die VerbraucherInnen bislang vergeblich. Auch die Beschäftigten der Kreditinstitute stünden durch die Verkaufsvorgaben unter krankmachendem Druck (siehe Seite 6). Baum forderte den Generali-Vorstand als Konzernmutter der Badenia auf, einen Fonds einzurichten, um geprellte Schrottimmobilienopfer unbürokratisch zu entschädigen und weitere langwierige Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden. Außerdem appellierte Baum an den Gesetzgeber, die Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Verbraucherschutz zu einem Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode zu machen.

„Leider ist der Sumpf, in dem solche 'Geschäftsmodelle' funktionieren, bis heute nicht trockengelegt", stellte Prof. Dr. Edda Müller fest. „Wir Verbraucherschützer warten noch immer auf eine effektive verbraucherorientierte Finanzaufsicht, wirksame Sanktionen bei mangelhafter Beratung sowie eine Überprüfung der Selbstkontrolle des Berufsstands der Notare." •

Um die Verbraucher besser vor riskanten Finanzprodukten oder betrügerischen Immobiliengeschäften zu schützen, fordert der DGB von der Bundesregierung:

- *eine kurze und fokussierte Verbraucherinformation mit der Pflicht zur Offenlegung aller Kosten sowie einer transparenten und klaren Risikokennzeichnung bei Finanzprodukten und möglichst auch bei Immobiliengeschäften*
- *eine verständliche Risikokennzeichnung, etwa einen Ampelcheck für Geld- oder Immobilienanlagen: Rot bedeutet hohes Risiko, Gelb steht für mittleres Risiko und Grün für eine empfehlenswerte Geldanlage*
- *einen Finanzmarkt-TÜV, angesiedelt bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, der alle Finanzmarktprodukte prüft, bewertet und erst nach erfolgreicher Prüfung auf dem heimischen Finanzmarkt zulässt*
- *eine bessere Ausstattung der Verbraucherzentralen, um die Beratungs- und Aufklärungsarbeit in ausreichendem Maße zu gewährleisten.*

Anja-Schüller-Stiftung

Sie wurde gerade mal 28 Jahre alt: Anja Schüller nahm sich vor sechs Jahren das Leben, weil sie abgezockt von der Bausparkasse Badenia keinen Ausweg mehr aus ihrer finanziellen Not sah. Die Bausparkasse hatte die Krankenschwester dazu überredet, als Alterssicherung eine „Schrottimmobilie" zu kaufen, die die in Aussicht gestellten Mieterlöse nicht erwirtschaftete. Als die junge Frau die Kredite nicht mehr bedienen konnte, drohte die Badenia mit Gehaltspfändung.

Anja Schüller ist eine von mehreren Suizidopfern und eine von tausenden Geschädigten im Badenia-Skandal. „Meine Familie hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht, betrügerische Geschäfte mit Schrottimmobilien öffentlich zu machen", erklärt ihr Vater Klaus Schüller, Gewerkschaftssekretär beim DGB in Thüringen. Erstmals hat die Stiftung am 27. April Preise für investigativen Journalismus zum Thema Schrottimmobilien verliehen. Die 2009 gegründete Anja-Schüller-Stiftung will aber auch andere Betrogene unterstützen. Eine Hotline ist in Vorbereitung.

www.anja-schueller.de

Mehr zum Thema auf Seite 8: Buchtipp „Abkassiert"

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die IG Metall sieht die Arbeitsplätze in der Stahlindustrie durch „Spekulanten und marktbeherrschende Kartelle" bedroht. Auf einer Protestkundgebung in Duisburg forderte IG Metall-Vorstandsmitglied Bertin Eichler einen Rohstoff- und Energiegipfel, auf dem Unternehmen, Politik und Gewerkschaften gemeinsam Strategien zur Sicherung der Unternehmen und zum Erhalt der Arbeitsplätze entwickeln.

ver.di und die Zentralstelle für Kriegsdienstverweigerer (KDV) rufen die Bundesregierung auf, Zivildienstleistende nicht länger als billige Hilfskräfte einzusetzen. Insbesondere in privatisierten Einrichtungen sollten reguläre Arbeitsplätze mit Mindestlohn geschaffen werden.

Die NGG fordert mehr Ausbildungsqualität im Gastgewerbe und bessere Arbeitsbedingungen. Die Probleme, Auszubildende zu finden, seien hausgemacht. Der Ruf der Branche sei katastrophal. Zudem bricht mehr als zwei Drittel der Azubis die Ausbildung ab oder wechselt nach der Prüfung die Branche.

Die GdP fordert mehr Engagement vom Profi-Fußball gegen Gewalt. Mehr Sicherheit könne durch gute Ordnungsdienste und betreute Fan-Projekte erreicht werden. Angesichts ihres Engagements sei es unverständlich, dass die GdP nicht zum „Runden Tisch gegen Gewalt" von DFB und DFL eingeladen ist.

Chemische Industrie

Tarifabschluss sichert Übernahme von Azubis

Im Tarifabschluss für die chemische Industrie haben sich IG BCE und Chemie-Arbeitgeber auf ein neues Instrument geeinigt, um die Übernahme nach der Ausbildung zu fördern. Der neue Tarifvertrag „Brücke in Beschäftigung" sieht vor, dass alle 1900 Betriebe der chemischen Industrie rund 25 Millionen Euro in einen Nachwuchssicherungsfonds einzahlen. Mit Fondsmitteln werden Betriebe unterstützt, die trotz schwieriger wirtschaftlicher Lage Ausgelernte übernehmen. Für jede Übernahme gibt es einen monatlichen Entgeltzuschuss von bis zu 1000 Euro, befristet auf ein Jahr. Auf diese Weise können 2010 und 2011 mindestens jeweils 1000 Übernahmen gefördert werden. Gefördert werden ausschließlich Betriebe, die dem Chemie-Arbeitgeberverband angehören, und Ausgelernte, die Mitglied der IG BCE sind.

Um die Beschäftigung stabil zu halten, haben die Tarifparteien zudem ein „Krisenbündnis Chemie – Brücken für Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit" geschlossen. Ehe es zu Entlassungen kommt, müssen sämtliche Möglichkeiten der Beschäftigungssicherung ausgereizt sein. Das am 21. April beschlossene Tarifpaket für die bundesweit rund 550 000 Beschäftigten in der Branche sieht außerdem vor, dass die Beschäftigten statt einer linearen Lohnerhöhung eine Einmalzahlung erhalten – zwischen 550 Euro für ArbeitnehmerInnen in Normalschicht bis zu 715 Euro bei vollkontinuierlicher Schichtarbeit – sowie einen Bonus abhängig von der wirtschaftlichen Lage ihres Unternehmens. „Unsere Gewerkschaft hat gezeigt, dass Tarifpolitik auch unter schwierigen Rahmenbedingungen Neues entwickeln und kräftige innovative Akzente setzen kann", betont Peter Hausmann, im geschäftsführenden IG BCE-Vorstand für Tarifpolitik zuständig. •

Betonwerk Westerwelle

Staatsanwalt ermittelt

Im ostwestfälischen Herford ermittelt der Staatsanwalt. Der Grund: Wegen „Behinderung der Betriebsratswahl" hat die Gewerkschaft IG BAU Strafanzeige gegen die Geschäftsführung der Westerwelle + Co. KG erstattet. Betonwerk-Geschäftsführer Kai-Uwe Westerwelle, dessen Sohn Manfred und ein weiterer Manager sollen sich vor Gericht verantworten, weil sie die Wahl eines Betriebsrates mit allen Mittel verhindern wollten, nicht einmal vor der Kündigung der fünf KandidatInnen für den Betriebsrat schreckten sie zurück *(einblick 07/10)*. Die IG BAU hat außerdem beim Arbeitsgericht einstweilige Verfügungen gegen die fristlose Kündigung der Beschäftigten beantragt.

Die Beschäftigten von Westerwelle sind seit über drei Wochen im Streik. Rückenwind aus Berlin und Düsseldorf soll jetzt helfen: DGB-Vorstand Annelie Buntenbach hat sich zur Solidaritätsaktion in Herford angesagt, NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) wurde um Vermittlung gebeten. •

Banken-Tarifrunde

Verkaufsdruck beenden

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di will für das Bankgewerbe Tarifregelungen erreichen, die verhindern, dass Kundenberater in einen Interessenkonflikt zwischen Bank und Kunden geraten. „Es muss Schluss sein mit dem Verkaufsdruck im Vertrieb und dem Leistungsdruck in den Betriebsbereichen", fordert ver.di-Bundesvorstandsmitglied Uwe Foullong. Beratungen müssten wieder kundenorientiert ausgerichtet und der krank machende Leistungsdruck sowie überzogene Zielvorgaben beendet werden. Deshalb fordert ver.di einen Tarifvertrag zum Arbeits- und Gesundheitsschutz. Das Forderungspaket von ver.di umfasst außerdem beschäftigungssichernde Maßnahmen sowie eine angemessene Erhöhung der Gehälter und Ausbildungsvergütungen. Die zweite Runde der Tarifverhandlungen für die rund 240 000 Beschäftigten findet am 17. Mai statt. •

www.verkaufsdruckneindanke.de

ELENA

ver.di verweigert sich

Seit Anfang des Jahres sind alle Arbeitgeber verpflichtet, Entgeltdaten ihrer Beschäftigten im ELENA-Verfahren an die Zentrale Speicherstelle der Deutschen Rentenversicherung zu melden. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di lehnt diese „Vorratsdatenspeicherung von Arbeitnehmerdaten als verfassungsrechtlich unzulässig ab", so ver.di-Vize Gerd Herzberg. ver.di unterstützt nicht nur die Verfassungsbeschwerde gegen ELENA *(einblick 5/10)*, sondern will sich dem Verfahren auch als meldepflichtige Arbeitgeberin verweigern. Exemplarisch sollen für zwei ver.di-Beschäftigte die Daten nicht gemeldet werden. Falls ein Bußgeldbescheid ergehen sollte, will ver.di „konsequent alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen". •

Arbeitnehmerdatenschutz

Ausforschung verhindern, nicht legitimieren

Kurz vor Ostern hat Bundesinnenminister Thomas de Mazière Eckpunkte für eine gesetzliche Regelung zum Beschäftigten-Datenschutz vorgelegt. Doch statt Ausforschung der Beschäftigten à la Lidl, Telekom und Co. künftig zu verhindern, könnte das Gesetz der Überwachung von Beschäftigten sogar noch Vorschub leisten. Das befürchtet DGB-Vize Ingrid Sehrbrock.

Foto: DGB

Ingrid Sehrbrock, 61, stellvertretende DGB-Vorsitzende, ist unter anderem für Arbeits- und Sozialrecht zuständig.

Seit langem sind wirksame gesetzliche Regelungen zum Arbeitnehmerdatenschutz überfällig. Schon lange hat die Politik Regelungen angekündigt, ohne dass den Worten Taten folgten. Grundsätzlich ist deshalb zu begrüßen, dass der Innenminister nun die Initiative ergriffen hat. Die jetzt vorgelegten Eckpunkte **gehen nach Auffassung des DGB völlig in die falsche Richtung.**

Statt wirksame Regelungen vorzusehen, die Vorfälle wie bei Lidl und Co., bei der Telekom oder der Bahn verhindern, werden Korruptionsbekämpfung und die Durchsetzung von „Compliance-Anforderungen" in den Mittelpunkt gerückt. Das legt die Befürchtung nahe, dass mit der Begründung, Korruption verhindern und Regelverstöße des Unternehmens und der Beschäftigten vermeiden zu wollen, **Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten im Arbeitsverhältnis missachtet werden**. Vorhandene Beschäftigtendaten sollen grundsätzlich für diese Zwecke verwendet werden dürfen. Zwar sollen Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit gewahrt werden. Doch wer darüber entscheidet, was erforderlich und verhältnismäßig ist, wie transparent das sein muss, lassen die Eckpunkte offen. Bestenfalls werden dies die Gerichte irgendwann entscheiden – allerdings erst, wenn Beschäftigte den Mut finden, gegen den Arbeitgeber gerichtlich vorzugehen. Auch Video-Überwachung, Ortungssysteme und die Kontrolle der Telefon- oder Internetnutzung sollen für betriebliche Interessen und zur Korruptionsbekämpfung verwendet werden dürfen. Damit wird **Ausforschung künftig nicht verhindert, sondern legitimiert.**

Zudem sehen die Eckpunkte vor, Abweichungen von den gesetzlichen Regelungen zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Daten in bestimmten Fällen zu ermöglichen, wenn die Beschäftigten einwilligen. **Das hebelt den Schutz, den das Gesetz bewirken soll, endgültig aus.** Wer verweigert schon seine Einwilligung, wenn er hofft, einen Arbeitsplatz zu bekommen oder ihn zu behalten? Sollten die Eckpunkte tatsächlich umgesetzt werden, wird ein reines Beruhigungsmittel verabreicht: Beschäftigtendatenschutz steht drüber, Überwachung und der Generalverdacht gegenüber Beschäftigten, ihrem Arbeitgeber zu schaden, sind drin.

Wer das Persönlichkeitsrecht der Beschäftigten wirklich ernst nimmt, muss **den Schutz in den Mittelpunkt stellen** und nicht die Korruptionsbekämpfung. Dazu wäre zwingend erforderlich, die gezielte Überwachung von Beschäftigten zu verbieten – weder durch Video- und Tonaufnahmen noch zum Beispiel durch die Kontrolle von Telefongesprächen.

Auch ein Zugriff auf personenbezogene oder -beziehbare Nutzerdaten bei der Verwendung moderner Kommunikationsmittel muss ausgeschlossen werden. Der DGB bestreitet nicht, dass es auch Gründe geben kann, persönliche Daten zu nutzen – allerdings nur, wenn konkrete Anhaltspunkte für Straftaten oder schwere Vertragsverstöße vorliegen und es keine anderen Mittel zur Aufklärung gibt. Dabei muss der Zweck der Datenerhebung, -verwendung und -speicherung vorher festgelegt und dokumentiert werden. Die **Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretungen müssen gewahrt werden.**

Das Fragerecht des Arbeitgebers und die Zulässigkeit der Anordnung medizinischer Untersuchungen müssten auf der Grundlage der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte geregelt werden – subjektive Eignungsanforderungen des Arbeitgebers können keinesfalls, wie in den Eckpunkten angedeutet, Eingriffe in die Privatsphäre rechtfertigen. Nur tätigkeitsbezogene Fragen dürfen zulässig sein.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich seit Jahren für bessere gesetzliche Regelungen zum Schutz des im Grundgesetz verankerten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung im Arbeitsverhältnis ein. Die eklatanten Datenschutzverstöße, die in den letzten beiden Jahren bekannt wurden, und die politischen Reaktionen darauf haben die Hoffnung genährt, dass ein solches Vorhaben ernsthaft in Angriff genommen wird. **Die Eckpunkte des Innenministeriums erschüttern diese Hoffnung nachhaltig.** •

Nichts gelernt

Seit den Überwachungsskandalen in großen deutschen Unternehmen aus jüngster Zeit ist Arbeitnehmerdatenschutz in aller Munde. Die Unternehmen haben wenig aus der öffentlichen Diskussion gelernt, so scheint es. Eine gerade veröffentlichte Umfrage von TNS Emnid im Auftrag der Unternehmensberatung Pricewaterhouse-Coopers bei den Datenschutzbeauftragten der 1000 größten Unternehmen hierzulande zeigt: Zwar gibt es in 80 Prozent dieser Firmen eine Datenschutzrichtlinie, Schulungen dazu aber gerade mal in einem Viertel der Betriebe, und nur jedes fünfte Großunternehmen leistet sich einen Vollzeit-Datenschutzbeauftragten.

Die DGB-Gewerkschaften fordern seit Jahren ein eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutzgesetz. Bisher ohne Erfolg. Immerhin hat Schwarz-Gelb in der Koalitionsvereinbarung angekündigt, den Beschäftigtendatenschutz in einem eigenen Kapitel im Bundesdatenschutzgesetz zu regeln. Jetzt liegen die Eckpunkte des Innenministeriums vor. Nicht nur die Gewerkschaften kritisieren, dass sie die falschen Prioritäten setzen – Korruptionsbekämpfung vor Schutz der Persönlichkeitsrechte.

Im Internet
www.einblick.dgb.de
Eckpunkte des DGB zum Arbeitnehmerdatenschutz

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

BILDUNG: Noch immer eine Frage der Herkunft

Die Herkunft entscheidet über Bildungswege. Das zeigt auch die Ende April veröffentlichte 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. 59 Prozent der Eltern von Studierenden haben Abitur, während nur 11 Prozent der Kinder von Hauptschulabgängern 2009 studierten. Die Auslese beginnt früh. Eine Sonderauswertung der Grundschul-Lese-Untersuchung IGLU von Wilfried Bos zeigt: Akademikerkinder erhalten fast dreimal häufiger eine Gymnasialempfehlung als Kinder aus der Mittel- und Unterschicht.

Quelle: DSW/HIS 19. Sozialerhebung

personalien

••• ***Marion Knappe,*** 43, bisher Pressesprecherin und Referatsleiterin für Medienpolitik im Bereich Öffentlichkeitsarbeit beim DGB-Bundesvorstand, ist seit 1. Mai Sozialreferentin in der deutschen Botschaft in Washington. Bis auf Weiteres übernimmt ***Frank Zach,*** 49, vom Bereich Internationale Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, ihre Aufgaben.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

3.-5.5. ver.di, Workshop „Campus der Zukunft", Naumburg

5.5. Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

6.5. IG Metall, Diskussion „Bürger-Bündnisse contra Nazi-Netzwerke", Berlin

7.5. DGB, Fachtagung „Arbeitsvermittlung europaweit im Vergleich – Europäische Migrationsgespräche", Berlin

9.-14.5. DGB, Workshop „Interkulturelles Training – Grundkurs", Starnberg am See

11.5. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Unternehmenskäufe und -verkäufe (M&A)", Dortmund

11.5. DGB, Treffen „Forum Weiterbildung – Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund Ost", Leipzig

13.-16.5. GEW, Diskussion und Workshop „12. Mai-Meeting der Gemeinschaftsaufgaben Gewerkschaftliche Bildungsarbeit", Bad Bevensen

13.-16.5. IG BCE, Bundesjugendtreffen 2010: „Von Krisengeistern und Geisterkrisen", Gnewikow

16.-20.5. DGB, 19. Ordentlicher DGB-Bundeskongress, Berlin

Tipp

Buch: Gerhart Baum, Julius Reiter, Olaf Meitner: Abkassiert. Die skandalösen Methoden der Finanzbranche, Rowohlt, Reinbek, 249 Seiten, 16,90 Euro

Spannend wie ein Krimi liest sich das Buch von Gerhart Baum, dem ehemaligen Bundesinnenminister, sowie seinen beiden Anwaltskollegen Julius Reiter und Olaf Methner. Die drei erfahrenen Verbraucheranwälte enthüllen die skandalösen Methoden der Finanzbranche, die die Finanzkrise ausgelöst haben, und deren Verflechtungen mit der Politik. Faktenreich und detailliert zeigen sie anhand zahlreicher Beispiele, wie Banken, Versicherungen und andere Finanzdienstleister unerschüttert bis heute ihre Kunden gnadenlos abkassieren. Ihr Buch ist ein beeindruckendes Plädoyer für neue gesetzliche Regelungen zum Schutz der Verbraucher und zur Kontrolle der Finanzbranche.

Schlusspunkt.

„Ich habe noch keinen Euro am Hochofen schwitzen sehen."

Bertin Eichler, im geschäftsführenden IG Metall-Vorstand für Finanzen zuständig, erklärt auf der IG Metall-Großdemo in Duisburg am 22. April den Unterschied zwischen Real- und Finanzkapital.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Udo Böhlefeld, Haidy Damm, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Gesetzliche Krankenversicherung

Krankenkasse muss Therapierad zahlen

Beugt ein Therapierad dem Verlust der Gehfähigkeit vor, sind die Kosten von der gesetzlichen Krankenkasse zu übernehmen.

Der Fall: Die 44-jährige Frau, seit ihrer Geburt gehbehindert, ist halbtags berufstätig und benutzt seit ihrem 16. Lebensjahr ergänzend zur Krankengymnastik ein Behindertendreirad. Das Dreirad ersetzt den Rollstuhl nicht vollständig, jedoch durch das tägliche Training konnte die Frau ihre Gehfähigkeit bislang erhalten. Das ihr 1995 von der Krankenkasse gewährte Therapierad war aufgrund der intensiven Nutzung 2007 nicht mehr brauchbar. Die Frau beantragte daher bei ihrer Krankenkasse die Übernahme der Kosten von etwa 2300 Euro für eine Ersatzbeschaffung. Die Kasse lehnte mit der Begründung ab, zur Sicherung der Mobilität stehe bereits ein Rollstuhl zur Verfügung. Im Übrigen sei Radfahren kein Grundbedürfnis, das bei behinderten Erwachsenen von den Krankenkassen sicherzustellen sei. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die gesetzlichen Krankenkassen müssen zwar behinderten Menschen nicht das Fahrradfahren ermöglichen. Vielmehr obliegt den Kassen allein die medizinische Rehabilitation. Dazu gehört aber auch, einer drohenden Behinderung vorzubeugen. Krankengymnastik sei bei der klagenden Frau nicht ausreichend. Durch das Training mit dem Therapierad erreicht sie, die nur wenige 100 m gehen kann, einen Muskelaufbau, der eine langsamere Ermüdbarkeit bewirke. Die Koordination wird verbessert, wodurch eine Minderung der Sturzgefährdung erreicht wird. Die vermehrte Durchblutung mindert die Spastik.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 17. Dezember 2009 – L 8 KR 311/08

Nebentätigkeit

Bei der Konkurrenz untersagt

ArbeitnehmerInnen ist während eines Arbeitsverhältnisses jede Konkurrenztätigkeit zum Nachteil des Arbeitgebers untersagt. Das gilt auch bei Nebentätigkeiten, sofern ihnen nicht jede unterstützende Tätigkeit für den Konkurrenten abgesprochen werden kann.

Der Fall: Die Arbeitnehmerin ist als Briefsortiererin mit 15 Wochenstunden bei der Deutschen Post AG beschäftigt. 2006 teilte sie ihrem Arbeitgeber mit, sie übe frühmorgens eine Nebentätigkeit als Zeitungszustellerin mit einer Wochenarbeitszeit von sechs Stunden aus. Das Konkurrenzunternehmen stellt auch Briefe und andere Sendungen zu. Die Tätigkeit der Arbeitnehmerin beschränkt sich aber auf Zeitungszustellung. Die Deutsche Post hat die Nebentätigkeit untersagt. Sie beruft sich auf die Tarifregelung, die die Untersagung wegen des unmittelbaren Wettbewerbs ermöglicht. Die Arbeitnehmerin machte geltend, sie sei wegen ihrer Teilzeitbeschäftigung auf die Einnahmen aus der Nebentätigkeit angewiesen. Vor Gericht hatte sie Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Die Arbeitnehmerin darf die Nebentätigkeit ausüben. Die anwendbare Tarifregelung lässt eine Untersagung nur im unmittelbaren Wettbewerb zu, der hier nicht vorliegt. Zwar konkurrieren die beiden Unternehmen mindestens bei der Briefzustellung. Die Arbeitnehmerin ist aber nicht in der Briefzustellung tätig. Durch ihre Nebentätigkeit werden schutzwürdige Interessen der Deutschen Post nicht beeinträchtigt.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 24. März 2010 - 10 AZR 66/09

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 8/10

URTEILE

Freizügigkeit in der EU

Fußballerausbildung nicht umsonst

Fußballvereine dürfen für von ihnen ausgebildeten Nachwuchsspieler eine Ausbildungsentschädigung fordern, wenn diese Spieler ihren ersten Profivertrag mit einem Verein eines anderen Mitgliedstaats schließen möchten.

Europäischer Gerichtshof,
Urteil vom 16. März 2010 – C-325/08

Probezeit

Kündigung wegen Schweißgeruchs

Begründet der Arbeitgeber eine Kündigung in der Probezeit mit dem Vorwurf von Schweißgeruch und ungepflegtem Erscheinungsbild des Arbeitnehmers, so ist dies gerichtlich nicht zu beanstanden. Denn der Kündigungsschutz nach dem Kündigungsschutzgesetz greift erst nach sechsmonatigem Bestehen des Arbeitsverhältnisses. Bis zu diesem Zeitpunkt kann ein Arbeitsverhältnis grundsätzlich ohne Vorliegen eines Kündigungsgrundes gekündigt werden.

Arbeitsgericht Köln,
Urteil vom 25. März 2010 - 4 Ca 10458/09

Altersteilzeit im öffentlichen Dienst

Blockmodell ist nicht zwingend

Nach dem Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeit im öffentlichen Dienst besteht kein Anspruch auf Altersteilzeit nach einem bestimmten Modell. Der Arbeitnehmer hat danach allein Anspruch auf Prüfung seines Wunsches „nach den Grundsätzen des billigen Ermessens". Bei Überprüfung der dem Blockmodell entgegenstehenden Sachgründe können auch finanzielle Erwägungen Berücksichtigung finden, nach denen das Teilzeitmodell kostengünstiger ist.

Landesarbeitsgericht München,
Urteil vom 12. Januar 2010 - 6 Sa 488/09

Kindergeld

Anrechnung auf Hartz IV ohne Bedenken

Die vollständige Anrechnung des Kindergeldes als leistungsminderndes Einkommen auf „Hartz IV-Leistungen" ist mit dem Grundgesetz vereinbar. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ist nicht verletzt.

Bundesverfassungsgericht,
Beschluss vom 11. März 2010 – 1 BvR 3163/09

Feuerwehrleute

Altersbegrenzung ist erlaubt

Es ist zulässig, das Höchstalter für die Einstellung bestimmter Feuerwehrleute auf 30 Jahre festzulegen. Die Altersgrenze für Feuerwehrleute stellt keine verbotene Diskriminierung wegen des Alters dar, wenn sie Feuerwehrleute betrifft, die unmittelbar an der Brandbekämpfung beteiligt sind.

Europäischer Gerichtshof,
Urteil vom 12. Januar 2010 - C-229/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 16.05.2010 9/10

DGB

inhalt

DGB-Bundeskongress
Anlässlich des „Parlaments der Arbeit" vom 16. bis 20. Mai erscheint der einblick mit dem Schwerpunkt: Welche Themen bewegen den 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress?

Seite 3
Bilanz und Ausblick – der DGB-Vorsitzende Michael Sommer im Interview

Seite 5
Vorstellung der KandidatInnen zum Bundesvorstand

Vom 17. bis 20.5. informiert die einblick-Sonderausgabe EXTRAblick täglich unter *www.einblick.dgb.de* über das aktuelle Kongressgeschehen

19. Parlament der Arbeit

Gute Arbeit auch in der Krise

„Arbeit, Gerechtigkeit, Solidarität" lautet das Motto, unter dem sich vom 16. bis zum 20. Mai 400 Delegierte aus den acht Mitgliedsgewerkschaften in Berlin zum „Parlament der Arbeit", dem 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress, treffen. Sie werden nicht nur den Geschäftsführenden Bundesvorstand neu wählen, sondern auch die Weichen für die politische Arbeit des DGB für die kommenden vier Jahre stellen.

Im Zentrum der Eröffnung am Sonntag, 16. Mai, stehen die Reden des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, der Bundeskanzlerin Angela Merkel und von Klaus Wowereit, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin. Das Rahmenprogramm widmet sich dem Thema „Mut gegen Rechts". Dabei wird der Rapper Samy Deluxe musikalisch sein Projekt „crossover e.V." vorstellen, und der Kabarettist Serdar Somuncu setzt sich mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit auseinander. Musikalisch begleitet wird die Eröffnungsfeier von dem belgischen Mädchenchor Scala.

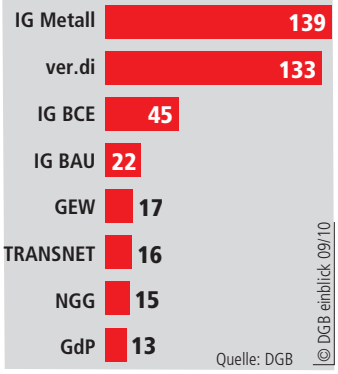
Der Montag beginnt mit den Wahlen zum Geschäftsführenden Bundesvorstand. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder – der Vorsitzende Michael Sommer, seine Stellvertreterin Ingrid Sehrbrock sowie Dietmar Hexel, Annelie Buntenbach und Claus Matecki – stellen sich zur Wiederwahl. Am Nachmittag startet die Arbeit an den Anträgen. Insgesamt beziehen sich 138 der vorher eingereichten 152 Anträge auf zentrale politische Handlungsfelder der Gewerkschaften, allein 22 Anträge befassen sich mit Wegen aus der Krise. 14 Anträge beschäftigen sich mit Fragen zur Satzung oder zur Organisationspolitik.

Zwei große Themenkomplexe werden den Kongress bestimmen. Davon geht der DGB-Vorsitzende Michael Sommer aus: „Wir müssen uns mit der Krise und ihren Folgen beschäftigen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nicht allein die Kosten der Krise tragen. Es ist unerträglich, dass es immer noch keine ausreichenden Maßnahmen der Politik gibt, um den Verursachern das Handwerk zu legen und sie endlich zur Kasse zu bitten."

Der zweite Schwerpunkt beschäftigt sich mit der zunehmenden Prekarisierung der Arbeit, aber auch mit den Ansprüchen der Gewerkschaften an gute Arbeit. „Wie wollen wir zukünftig arbeiten? Wie schaffen wir es, prekäre Arbeit einzugrenzen? Wie erreichen wir eine gerechte Entlohnung? Dazu gehört auch das Thema Mindestlohn", erklärt Sommer. Zur Abstimmung steht ein Antrag des DGB-Bundesvorstandes, den von den Gewerkschaften geforderten Mindestlohn auf 8,50 Euro zu erhöhen. Ein weiteres wichtiges Thema wird die Organisationsreform des DGB sein. Damit soll der DGB als Bund der Gewerkschaften als wirksame und durchsetzungsfähige Vertretung der Arbeitnehmerinteressen auf allen politischen Ebenen gestärkt werden.

Wer nicht in Berlin präsent ist, kann die Debatten im Internet live unter *www.dgb.de* verfolgen.

Parlament der Arbeit
Zahl der Delegierten nach Gewerkschaftszugehörigkeit auf dem 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress 2010



400 Delegierte der Mitgliedsgewerkschaften vertreten auf dem 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress vom 16. bis 20. Mai über 6,2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder.

plusminusBERLIN

+ ***Angelica Schwall-Düren (SPD) begrüßt die Entscheidung des Ecofin-Rates, eine weltweite Finanztransaktionssteuer zu prüfen. Die Bundesregierung solle sich darum kümmern, diese möglich zu machen, statt sie zu verhindern.***

– ***Hans-Peter Friedrich (CSU) schiebt die Forderung der Opposition nach einer Finanztransaktionssteuer weit weg. Wenn überhaupt, dann müsste sie „weltweit" umgesetzt werden, eine rein europäische Steuer werde die CSU nicht mittragen.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

https://epetitionen.bundestag.de
Bundestags-Petition des Deutschen Hebammenverbandes zur Sicherstellung einer flächendeckenden Geburtenvor- und nachsorge

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Analyse des DGB zur „Familiären Situation von arbeitslosen und erwerbstätigen Hartz IV-EmpfängerInnen"

Griechenland

DGB solidarisch

Der DGB-Bundesvorstand hat sich in einer Resolution solidarisch mit den griechischen ArbeitnehmerInnen erklärt. „Finanzielle Soforthilfen dürfen nicht an ein rigides Sparprogramm geknüpft werden, das zu Lasten der sozial Schwachen geht“, heißt es dort. Gemeinsam mit EGB-Generalsekretär John Monks und Peter Scherrer, Generalsekretär des Europäischen Metallarbeiterbundes (EMB), überbrachte DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki die Solidaritätserklärung anlässlich einer Protestveranstaltung des griechischen Gewerkschaftsbundes GSEE in Athen gegen das Sparpaket der griechischen Regierung.

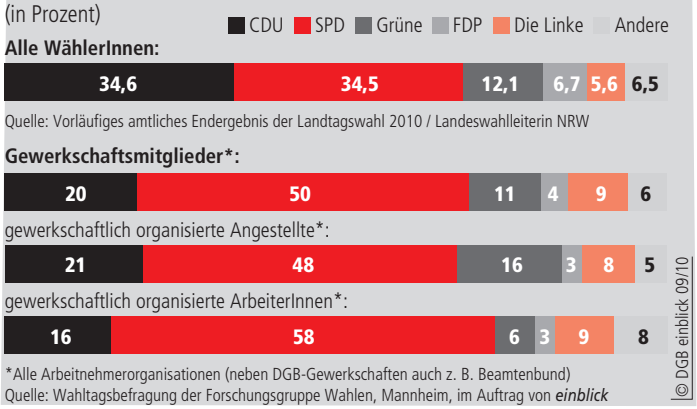
Der DGB kritisiert die harten und „nicht hinnehmbaren Auflagen“, die mit der beschlossenen Griechenlandhilfe einher gehen. „Wieder müssen Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner mit Lohnkürzungen, Einschnitten bei Renten und Sozialleistungen sowie einer Anhebung der Mehrwertsteuer die Zeche für die Krise zahlen.“ Für die griechische Volkswirtschaft und die Bevölkerung befürchtet der Bundesvorstand katastrophale Folgen: Wachstum und Steuereinnahmen würden sinken, Arbeitslosigkeit und Schulden weiter steigen.

Zur Lösung der Krise der Eurozone seien aus gewerkschaftlicher Sicht vier zentrale Maßnahmen erforderlich: sofortige Finanzhilfen für die kriselnden Mitgliedsstaaten, eine Reform des monetären Ordnungsrahmens, eine strikte Kapitalmarktregulierung und ein solidarischer Abbau der Ungleichgewichte in der Eurozone. •

www.einblick.dgb.de/links

Gewerkschafter: Satte Mehrheit für Rot-Grün

Zweitstimmen bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 9. Mai 2010 (in Prozent)



Quelle: Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2010 / Landeswahlleiterin NRW

*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von *einblick*

© DGB einblick 09/10

Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wurde Schwarz-Gelb eindeutig abgewählt – auch von den gewerkschaftlich organisierten WählerInnen. Gerade mal 20 Prozent von ihnen gaben der Union ihre Stimme und nur vier Prozent der FDP. Eine komfortable Mehrheit unter den GewerkschafterInnen erreichte dagegen Rot-Grün mit insgesamt 61 Prozent. 50 Prozent von ihnen votierten für die Sozialdemokraten, elf Prozent für die Grünen. Auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern sind die Grünen mit einem Plus von fünf Prozentpunkten gegenüber 2005 die Wahlgewinner im bevölkerungsreichsten Bundesland, gefolgt von der Linken mit plus drei Prozentpunkten. Während die SPD gegenüber 2005 drei Prozent ihrer gewerkschaftlich organisierten WählerInnen verloren hat, beträgt das Minus bei der CDU sieben Prozent. Damit sind die Verluste der Union in dieser Gruppe sogar unterdurchschnittlich (alle WählerInnen: –10,3 %).

Anzeige

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.

Die Debeka hat die zufriedensten Kunden

... und das bereits seit Jahren in Folge!

erfahren. sicher. günstig.

Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18
56058 Koblenz
Telefon (02 61) 4 98 - 0
www.debeka.de

Debeka

Michael Sommer im Interview

„Wir sind quicklebendig“

Bekämpfung der Krise, gute Arbeit und Organisationsreform: Im *einblick*-Interview zieht der DGB-Vorsitzende Michael Sommer eine Bilanz der letzten vier Jahre und und gibt einen Ausblick auf den DGB-Kongress und die politische Agenda des DGB in der nächsten Legislaturperiode.

Foto: DGB

Michael Sommer, 58, der bisherige DGB-Vorsitzende, soll nach einhelliger Meinung aller Gewerkschaften auch der neue Vorsitzende sein. Sommer war vor seiner Wahl an die Spitze des DGB im Mai 2002 als stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) maßgeblich an der Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di beteiligt, bei deren Gründung im März 2001 wurde er zu einem der vier stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden gewählt. Im Juni soll er nach dem Willen der wichtigsten Mitgliedsbünde im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) zum neuen IGB-Präsidenten gewählt werden. Sommer ist bereits seit der IGB-Gründung 2006 dessen stellvertretender Präsident.
Langfassung des Interviews: *www.einblick.dgb.de*

Beim letzten DGB-Kongress hast du in deiner Grundsatzrede eine Regulierung der Finanzmärkte und eine Börsenumsatzsteuer gefordert – lange vor der Krise. Hattest du Vorahnungen, oder ist eine strengere Kontrolle der Finanzmarktakteure deine grundsätzliche Überzeugung?

Beides. Kurz zuvor hatte der damalige SPD-Vorsitzende die Debatte um die Heuschrecken losgetreten. Ich war überzeugt: Es reicht nicht, nur die Existenz von Heuschrecken zu beweinen, wir müssen etwas gegen die Auswüchse des Private-Equity-Marktes tun.

Damals war schon absehbar, was kommen kann. Einige wenige seriöse Ökonomen haben das auch vorausgesehen. Wir alle haben uns aber kaum Ausmaß und Folgen der Finanzkrise vorstellen können. Grundsätzlich hielt und halte ich es für falsch, man könne alles den freien Marktkräften überlassen. Eine soziale Marktwirtschaft, die für die Menschen da ist, braucht regulierende Eingriffe. Bedauerlich ist, dass die Politiker bis heute immer noch nicht die unübersehbaren Schlüsse aus der Krise gezogen und effektive Regulierungen auf den Weg gebracht haben. Das wird mit Sicherheit ein großes Thema des Kongresses.

Welche weiteren Schwerpunkte wird es neben der Krisenbewältigung auf dem Kongress geben?

Wir müssen uns mit der Krise und ihren Folgen beschäftigen. Der zweite Schwerpunkt wird die Frage sein: Wie wollen wir zukünftig arbeiten? Wie schaffen wir es, prekäre Arbeit einzugrenzen? Wie können wir der Entwertung von Arbeit entgegenwirken? Wie erreichen wir eine gerechte Entlohnung? Dazu gehört auch das Thema Mindestlohn. Ein weiteres wichtiges Thema, aber nach außen nicht das Hauptthema, wird sein: Wie ist der DGB als Dachverband künftig aufgestellt?

Die Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften und des DGB haben zur Reform des Dachverbandes gemeinsam einen Entwurf für eine neue Satzung vorgelegt. Kritiker sagen, die Veränderungen wären nicht ausreichend.

Natürlich kann sich jeder immer etwas anderes oder mehr vorstellen. Wir haben auch im Kreis der Vorsitzenden wesentlich mehr diskutiert. Entscheidend ist, dass wir alle gemeinsam zu der Überzeugung gelangt sind: Die neue Satzung muss vor allem klarstellen, dass der DGB der Bund der Gewerkschaften ist und keine neunte Gewerkschaft. Wichtig ist, dass dieser Entwurf, der ein Kompromiss ist, einstimmig beschlossen wurde. Denn eine Satzung des DGB muss von allen Mitgliedern getragen werden – diese Mitglieder sind die acht Gewerkschaften, die auch die Delegierten auf dem DGB-Kongress stellen.

Wie beschreibt die neue Satzung die Aufgaben des DGB?

Ziel der Reform ist zum einen, die Satzung handhabbarer zu machen. Zum anderen folgt aus der Klarstellung vom DGB als dem Bund der Gewerkschaften, also die gemeinsame Organisation der acht Mitgliedsgewerkschaften, dass er auch eine entsprechende innere Verfassung erhält. Künftig soll der DGB im Wesentlichen die Aufgabe haben, als gesellschaftspolitischer Arm der Gewerkschaften zu wirken. Das heißt, der DGB soll vor allem auf den politischen Ebenen der Bundesrepublik, in Europa und auch global agieren.

Was folgt aus der Debatte und dem Beschluss?

Positiv ist, dass alle Gewerkschaften nach einer langen, intensiven Diskussion gesagt haben: Ja, wir wollen und wir brauchen diesen DGB. Wir wollen ihn allerdings als eine gemeinsame Einrichtung der acht Gewerkschaften und nicht als eine neunte Gewerkschaft. Diese Klarstellung halte ich für ausgesprochen wichtig, auch dass die Satzungsempfehlung ganz einmütig gemacht wurde. Und zu der ein oder anderen Diskussion haben wir gemeinsame Lösungen gefunden, etwa zur Frage, wie künftig die Vertretung von Frauen und Jugendlichen in den Vorständen gesichert wird, mit Stimmrecht in den Vorständen auf Bezirks-, Kreis- und Stadtverbandsebene. Ich hoffe, dass der gemeinsame Antrag die notwendige breite Unterstützung auf dem DGB-Kongress erhält. Die Debatte darüber, wie sich der DGB nach innen und außen aufstellt, ist damit sicher nicht beendet. Wir sind eine lebende Organisation, und eine lebende Organisation muss sich immer weiterentwickeln.

Wie geht es denn dann nach dem Kongress weiter?

Die Organisation muss sich nach innen neu richten. Das einzuleiten und umzusetzen, wird eine meiner Hauptaufgaben sein, wenn ich wiedergewählt werde. Man muss manche Diskussion aber auch zum Abschluss bringen. Wenn wir die neue Satzung beschlossen haben, haben wir die Grundlage, auf der wir in der nächsten Zeit arbeiten. ▸▸▸

Was sich daraus ergibt, werden wir dann sehen. Ich bin kein Hellseher, eines weiß ich aber: Wenn wir diese Entscheidung nicht fällen, dann könnte es sehr schwierig für den DGB werden. Ich hoffe nicht, dass es dazu kommt.

Ist nicht seit Beginn der Krise die Bedeutung der Gewerkschaften in Öffentlichkeit und Politik gewachsen?

Ja, das ist eine Entwicklung, auf die wir stolz sein können. Die Aktivitäten der Gewerkschaften in der Krise – in der Politik, in den Betrieben und auf der Straße – haben auch dazu geführt, dass die Mitgliederbasis trotz Krise stabil geblieben ist. Deshalb ist mir auch nicht bange um die Zukunft der Gewerkschaften – im Gegenteil. Dass unsere gesellschaftspolitische Rolle deutlich gewachsen ist, zeigen auch die vielen positiven Referenzen, die die Gewerkschaften zum 60ten Geburtstag des DGB erhalten haben. Wir können uns aber nicht auf diesen Lorbeeren ausruhen. Die Zahl der Mitglieder ist entscheidend für unsere Kampfstärke, für unsere Finanzkraft, auch für das Ansehen in dieser Gesellschaft. Eine Trendumkehr bei der Mitgliederentwicklung bleibt deshalb Hauptaufgabe. Aber allen, die uns schon das Totenglöckchen geläutet haben, sage ich: Packt es beiseite. Wir sind quicklebendig.

Von Kurzarbeit bis Abwrackprämie: Viele Maßnahmen in der Krise beruhen auf Vorschlägen der Gewerkschaften. Zeigt das, dass ohne die Gewerkschaften nichts läuft in der sozialen Marktwirtschaft?

Ja – und auch nicht ohne Betriebsräte, so selbstbewusst dürfen wir sein. Im Zusammenspiel von Betriebsratsarbeit und Unternehmensmitbestimmung, von Tarifautonomie und politischer Arbeit ist es der Gewerkschaftsbewegung gelungen, das Anti-Krisen-Programm entscheidend zu prägen. Uns ist allerdings nicht gelungen, den gewissenlosen Spekulanten, den „Halunken" auf den Finanzmärkten, das Handwerk zu legen. Griechenland ist die Antwort der Spekulanten darauf, dass die Politik gezaudert und nicht energisch genug gehandelt hat. Der Chef des Bundesamts für Finanzdienstleistungen spricht vom „Angriffskrieg der Spekulanten gegen den Euro". Dem muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Es darf auch nicht sein, dass die kleinen Leute den Karren aus dem Dreck ziehen und am Ende auch noch dafür bezahlen sollen. Deshalb meinen wir es auch sehr ernst mit unserer Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer. Diejenigen, die die Krise verursacht haben, müssen mindestens entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit dafür bezahlen.

Wie sieht deine Bilanz der letzten vier Jahre aus?

Wir haben manches erreicht – nicht nur eine gute Krisenpolitik. Wir haben das Thema Mindestlohn auf die Tagesordnung gesetzt, zahlreiche Branchen-Mindestlöhne durchgesetzt und sind gesellschaftspolitisch unserem Ziel eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns näher gekommen. Wir haben Teile der Öffentlichkeit und der Politik für die Notwendigkeit eines handlungsfähigen Staats sensibilisieren können, müssen uns aber nach wie vor mit politischen Kräften auseinandersetzen, die neoliberalen Ideologien anhängen – von der Rente über unser Gesundheitssystem bis hin zu den Staats- und Gemeindefinanzen. Gleichzeitig sind die politischen Rahmenbedingungen für uns nicht leichter geworden – in Europa, aber auch hierzulande, weil nun neoliberale Kräfte in der Regierung sitzen. Dennoch gibt es viel auf der Habenseite. Kein Tag Arbeit war umsonst. Wir haben nicht immer Erfolg gehabt, aber das gehört nun mal zum Wesen der Gewerkschaftsbewegung. Aber die Gewerkschaften und der DGB haben sich als die gestaltende Kraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etablieren und stärken können. Wir haben ganz klar in diesem

Foto: Udo Böhlefeld

Punkt unser Profil geschärft. Und der Kurs der Einheitsgewerkschaft hat zur positiven Wahrnehmung auch einen entscheidenen Beitrag geleistet. Letztlich ist meine Bilanz positiv, und sie ist so, dass wir darauf gut aufbauen können.

Welche Themen gehören für dich ganz oben auf die Agenda für die neue Legislaturperiode?

Primär geht es darum, die Krise weiter zu bekämpfen, ihre Folgen zu bewältigen und die Verursacher der Krise zur Kasse zu bitten. Zum zweiten muss prekäre Arbeit eingedämmt, der Niedriglohnsektor ausgetrocknet, der Arbeitsmarkt ins Lot gebracht und guter Arbeit wieder zum Durchbruch verholfen werden. Und drittens geht es darum, DGB und Gewerkschaften zukunftsfest zu machen. Das sind die drei großen Themen. Wenn wir alle schaffen: Chapeau!

Was sind deine persönlichen Ziele bei deiner dritten Kandidatur für den DGB-Vorsitz?

Wichtig ist vor allem, dass die gesellschaftspolitische Rolle der Gewerkschaften und ihres Dachverbandes gestärkt und die parteipolitisch unabhängige Position des DGB weiter ausgebaut werden. Was wir tun, geschieht im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und nicht als verlängerter Arm irgendeiner anderen Organisation. Wir sind mittlerweile wieder ein sehr ge- und beachteter Teil der politischen Auseinandersetzung. Wir können Beides – sowohl verhandeln als auch kämpfen. Das haben wir in der Krise bewiesen. Was ich dafür persönlich tun kann, mache ich gern. Meine Arbeit macht mir Spaß, nicht jeden Tag, nicht immer, aber sehr, sehr oft.

Ich kandidiere jetzt für eine dritte Amtszeit für das meiner Meinung nach wichtigste politische Amt, das die Gewerkschaften zu vergeben haben. Für mich wäre es eine Ehre, zum dritten Mal an die Spitze des DGB gewählt zu werden. Ich habe in den letzten beiden Amtszeiten gezeigt, wofür ich stehe, und ich hoffe sehr darauf, dass ich ein positives Votum bekomme. Und: Ich würde nicht noch einmal kandidieren, wenn mich nicht alle Gewerkschaftsvorsitzenden vorgeschlagen hätten.

Du sollst künftig auch im Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) eine größere Rolle spielen.

Die wichtigsten Mitgliedsbünde im Internationalen Gewerkschaftsbund haben mich aufgefordert, für das Amt des IGB-Präsidenten zu kandidieren. Das ist ein reines Ehrenamt. Diese Arbeit wird mich – auch zeitlich – ein bisschen mehr belasten, als meine bisherige Tätigkeit als erster stellvertretender IGB-Präsident. Sie wird aber meine Arbeit als DGB-Vorsitzender nicht tangieren. Die operative Arbeit des IGB übernimmt der Generalsekretär. Auch dieses Amt wird neu besetzt. Der bisherige Generalsekretär Guy Ryder geht zur ILO, seine Nachfolgerin soll die derzeitige Präsidentin Sharan Burrow werden. Dass ich nun Präsident werden soll, ist sicher eine Anerkennung für meine bisherige Arbeit, vor allem aber ist es eine Wertschätzung für die deutsche Gewerkschaftsbewegung und ihre internationale Solidaritätsarbeit insgesamt – sowohl durch die Gewerkschaften aus dem industrialisierten Norden, als auch durch die aus den Schwellen- und Entwicklungsländern. Darauf können wir stolz sein, und es zeigt auch: Wir sind ein bestimmender Teil der sozialen Globalisierung.

Vorstandswahlen

Alle kandidieren erneut

Der DGB-Bundeskongress ist auch Wahlkongress: Alle vier Jahre wählen die Delegierten den fünfköpfigen Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) neu. Neben dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer treten alle bisherigen Vorstandsmitglieder wieder zur Wahl an. einblick hat sie gefragt, worauf es ihnen in den kommenden vier Jahren ankommt.

Ingrid Sehrbrock, 61, gehört dem GBV seit Dezember 1999 an, seit Mai 2006 ist sie stellvertretende DGB-Vorsitzende. Sehrbrock ist unter anderem zuständig für die Bereiche Jugend, Bildung und Qualifizierung, Öffentlicher Dienst und Beamte, Gleichstellungs- und Frauenpolitik sowie Arbeits- und Sozialrecht. Die Christdemokratin gehört seit langem dem Vorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) an und ist auch Mitglied des CDU-Bundesvorstandes. Sehrbrock ist überzeugt: „Was hoffentlich die letzten gerade lernen, ist: Der Markt ist nicht weise und der Staat nicht hinderlich. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der die Rahmenbedingungen und die Regeln für die richtige soziale Marktwirtschaft setzt. Denn massive Gerechtigkeitslücken und schlechte Arbeitsbedingungen sind auch ein Ergebnis des Desinteresses der Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft am Gemeinwohl." Ganz oben auf ihrer Agenda stehen die Themen Bildung und Ausbildung: „Wir werden Bund und Länder an ihren auf dem Dresdner Bildungsgipfel selbst gesetzten Zielen weiter messen und nicht ruhen, immer wieder gleiche Chancen für alle jungen Menschen zu fordern." Neben mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung und besseren Einstiegschancen von jungen Menschen liegen ihr auch ein wirksames Arbeitnehmerdatenschutzgesetz und der Abbau der Entgeltungleichheit besonders am Herzen: „Wir brauchen endlich einen klaren gesetzlichen Rahmen, um gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit in absehbarer Zeit zu erreichen."

Seit 2002 ist **Dietmar Hexel,** 60, Mitglied im GBV, zuständig unter anderem für Mitbestimmung, Corporate Governance, Energie- und Umweltpolitik, DGB-Rechtsschutz, Personal und Organisationspolitik. In der Arbeitswelt gilt für ihn: „Statt Opfergang und Verzicht müssen mehr Freiheit, Sicherheit und Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer durch Mitbestimmung und Miteigentum im Vordergrund stehen." Seit 2006 ist Hexel Mitglied der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex. Es geht ihm um Impulse für eine nachhaltige Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft: „Wir müssen Ökologie, Ökonomie und sozialen Wandel verbinden". Und: „Ich werde weiter daran arbeiten, dass der DGB ein attraktives Bündnis für die Gewerkschaften bleibt – mit guten Strategien, kompetenten Beschäftigten und hilfreichen Dienstleistungen."

Vorstandsmitglied **Annelie Buntenbach,** 55, geht es in den kommenden vier Jahren vor allem darum, „Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, Lohndumping zu stoppen, den Niedriglohnsektor einzudämmen und Hartz IV sowie Kinder- und Altersarmut zu vermeiden. Mindestlöhne und Gleiches Geld für gleiche Arbeit gehören genauso dazu wie Reformen für eine solidarische Bürgerversicherung. Das bedeutet auch, dass wir energisch gegen Sozialabbau, die Rente mit 67 und vor allem die Kopfpauschale vorgehen müssen." Sie sieht hier „eine Grundsatzentscheidung: mehr soziale Sicherung durch mehr Solidarität oder aber – wie bei Hartz IV und der Kopfpauschale – der Weg in den Sozialhilfestaat mit neuen Unsicherheiten und Abhängigkeiten." Buntenbach ist im GBV verantwortlich für die Bereiche Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie Migrations- und Antirassismuspolitik.

Für DGB-Vorstandsmitglied **Claus Matecki,** 61, steht fest: „Mein Ziel ist und bleibt: Jeder muss von seiner Arbeit leben können. Deshalb braucht es u.a. weitere Branchenmindestlöhne. Darüber hinaus möchte ich die Auseinandersetzung über eine soziale und ökologische Reformpolitik als Alternative zum Finanzmarktkapitalismus vorantreiben." Die Krise und ihre Folgen zu bekämpfen, hat für ihn Priorität: „In den letzten vier Jahren haben wir einiges vorangebracht. Gleich zu Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir uns mit Vorschlägen zur Bewältigung der Krise und dem Kapitalismuskongress in die gesellschaftliche Debatte eingemischt." Ein weiterer Erfolg ist für ihn die DGB-Mindestlohn-Kampagne: „Mit ihr ist es uns gelungen, die öffentliche Meinung zu unseren Gunsten zu drehen. Diese Arbeit möchte ich fortsetzen." Matecki ist unter anderem zuständig für die Bereiche Struktur- und Regionalpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik und Handwerk sowie Finanzen. •

Fotos: DGB

Mut gegen Rechts

„Mut gegen Rechts" lautet nicht nur das Motto der Eröffnungsveranstaltung auf dem DGB-Kongress, unter dem gleichen Motto stellt auch eine Ausstellung während des Kongresses exemplarisch 25 Beispiele für Zivilcourage vor.

Rechtsextremismus und Rassismus sind weit verbreitet und „gefährden das Zusammenleben in einer vielfältigen und offenen Gesellschaft", heißt es im Antrag des Bundesvorstandes für den 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress. Um dem entgegenzutreten, fordern die Gewerkschaften einen „Aktionsplan gegen Rassismus" und eine gesamtgesellschaftliche Strategie. Gesamtgesellschaftlich heißt auch, gewerkschaftlich aktiv zu sein. Hierfür gibt es viele Beispiele, wie die Ausstellung „Mut gegen Rechts" auf dem Kongress zeigt: Ob auf der Straße, in der Bildungsarbeit, in den Betrieben oder in langjähriger Bündnisarbeit vor Ort – Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter engagieren sich aktiv gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Die Ausstellung würdigt dieses Engagement und will Mut machen für den Kampf gegen alte und neue Nazis.

Anzeige

Know-how aus zahlreichen Verfahren.

Betriebliche Einigungsstelle
Anträge – Verfahren – Musterbetriebsvereinbarungen
Herausgegeben von RA Bernd Spengler, FAArbR, RA Dr. Frank Hahn, FAArbR und VRiLAG Gerhard Pfeiffer
2010, ca. 500 S., brosch., ca. 59,– €,
ISBN 978-3-8329-2581-9
Erscheint ca. Juni 2010

Das Handbuch liefert das nötige Know-how, das die Autoren – erfahrene Rechtsanwälte und Richter – in zahlreichen Einigungsstellenverfahren erworben haben.

Von der Anrufung und Besetzung der Einigungsstelle über das Verfahren bis hin zur gerichtlichen Überprüfung und den Kosten des Einigungsstellenverfahrens – in dem neuen Praxishandbuch erhalten Betriebsräte und Gewerkschaften, Rechtsanwälte sowie Vorsitzende von Einigungsstellen alle Informationen aktuell und praxisgerecht aufbereitet.

Aktuelle Themen wie die **Vereinbarung eines Sozialplanes** sowie Verhandlungen über einen **Interessenausgleich bei Betriebsänderungen**, die Vereinbarung von **Kurzarbeit** oder **Arbeitszeitkonten** sind integriert.

Das Buch enthält taktische Hinweise, Fallbeispiele, Muster und ausformulierte **Musterbetriebsvereinbarungen**.

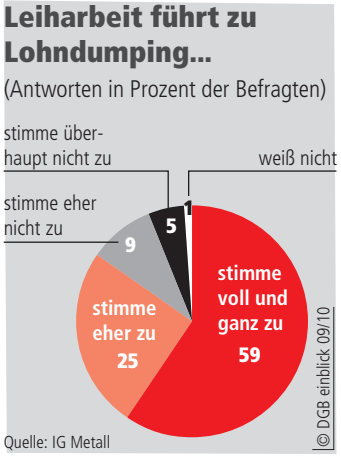
Nomos
Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter ▸ www.nomos-shop.de

Leiharbeit

Deregulierung beenden

Leiharbeit hat keinen guten Ruf. Das bestätigt eine repräsentative Umfrage durch TNS Infratest Politikforschung im Auftrag der IG Metall. Danach meinen 84 Prozent, dass Leiharbeit Lohndumping fördert. 78 Prozent fürchten, dass Leiharbeit reguläre Arbeitsplätze verdrängt. Ebenso viele halten sie für „eine moderne Form der Ausbeutung". Die IG Metall will jetzt mit einer Kampagne „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld" den Auswüchsen der Leiharbeit einen Riegel vorschieben. Ziel sei „weit über die gewerkschaftlichen Strukturen hinaus" ein Bündnis für faire Bedingungen in der Leiharbeit zu schmieden, sagt IG Metall-Vize Detlef Wetzel.

Auch auf dem DGB-Bundeskongress wird das Thema Leiharbeit behandelt. So wird im gesellschaftspolitischen Leitantrag „Umlenken – Gegenlenken" des Bundesvorstandes die Gleichstellung von LeiharbeitnehmerInnen „vom ersten Tag an" gefordert. Im arbeitsrechtlichen Antrag heißt es zudem, das Synchronisationsverbot sei aufzuheben und Verstöße von Unternehmen müssen stärker sanktioniert werden. Zwei Anträge der Bezirksvorstände Baden-Württemberg und West fordern, Leiharbeit zu befristen, und mehr Mitbestimmung für Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit. •



Im Rahmen einer repräsentativen Umfrage durch TNS Infratest Politikforschung im Auftrag der IG Metall sprechen sich die Befragten überwiegend gegen Leiharbeit aus.

Hochschulreform

DGB für neuen Kurs

Die Studienreform im Zuge des Bologna-Prozesses droht zu scheitern. Für DGB und Gewerkschaften ist die Ursache dafür die mangelhafte Umsetzung: Überfrachtete Studienpläne, gestiegene Abbrecherquoten und hohe Hürden auf dem Weg ins Ausland kennzeichnen den Alltag an deutschen Hochschulen.

DGB und Gewerkschaften fordern deshalb, beim deutschen Bologna-Gipfel am 17. Mai einen nationalen Aktionsplan zu beschließen. Zu den Eckpunkten dieses Aktionsplans gehören die Stärkung der sozialen Dimension des Bologna-Prozesses. Sie fordern eine regelmäßige Anpassung der BAföG-Sätze, die Abschaffung von Studiengebühren im europäischen Hochschulraum und den Auf- und Ausbau berufsbegleitender Studiengänge. DGB und Gewerkschaften wollen einen uneingeschränkten Zugang vom Bachelor- zum Master-Studium, die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen müsse beendet werden.

Trotz aller Kritik: Ein Zurück zum alten Diplom, Magister oder Staatsexamen wäre aus Sicht der Gewerkschaften falsch. „Wenn Deutschland ausstiege, während 46 andere Länder weitermachen, brächte das für Studierende und Beschäftigte nur Nachteile. Der europäische Hochschulraum ist die richtige Antwort auf die Föderalismus-Reform I, die die bildungspolitische Kleinstaaterei noch zugespitzt hat. Gerade deshalb ist eine Reform der Reform wichtig", erklärte der DGB-Bildungsexperte Matthias Anbuhl. •

Erwartungen an das „Parlament der Arbeit"

Klare Signale gefordert

Welche Themen sind den Delegierten und Gästen im Vorfeld des DGB-Kongresses wichtig? Die *einblick*-Redaktion hat an unterschiedlichen Ecken nachgefragt.

Foto: Kay Herschelmann

„Für mich ist wichtig, dass vom Kongress wegweisende gesellschaftspolitische Impulse ausgehen. Und dass diese Impulse dann auch umgesetzt werden. Vor allem in den Bereichen Leiharbeit, Mindestlohn und Rente müssen klare Signale gesandt werden. Spannend wird außerdem die Diskussion um die DGB-Strukturreform. Ich bin der Meinung, dass der DGB als politische Interessenvertretung der Gewerkschaften gestärkt werden muss."

Horst Steiner, 73, Mitglied im ver.di-Gewerkschaftsrat und im ver.di-Bundesseniorenausschuss, ist der älteste Delegierte auf dem DGB-Bundeskongress.

Foto: Privat

„Ich bin gespannt auf die Leute aus den verschiedenen Gewerkschaften. Vor allem freue ich mich auf den Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen zur aktuellen Situation in anderen Branchen. Gerade junge Menschen sind durch die Folgen der Krise betroffen. Darum ist das Thema Übernahme für mich ganz zentral. Mein Standpunkt: Es kann nicht sein, dass junge, gut ausgebildete Menschen nicht übernommen werden oder mit 21 Jahren in der Leiharbeit landen. Da muss sich was tun. Gespannt bin ich auch auf die anstehenden Wahlen."

Vanessa Haas, 20, ist die jüngste Delegierte auf dem DGB-Bundeskongress. Die Fertigungsmechanikerin arbeitet bei BMW in München und ist dort Geschäftsführerin der Jugend- und Auszubildendenvertretung.

„Die Krise in Griechenland zeigt: Die Spekulanten sind außer Kontrolle. Die G 20-Staaten müssen deshalb ein glaubwürdiges Bekenntnis ablegen, wie sie die Kontrolle über die globale Finanzwirtschaft zurück erobern wollen. Wir müssen den Missbrauch und die Profitgier der Konzerne stoppen inklusive der maßlosen Bezüge ihrer Manager. Die Regierungen müssen der Regulierung der Finanzmärkte höchste Priorität einräumen und ihre finanzielle Basis durch progressive Steuerreformen erweitern, damit alle Einkommen fair besteuert werden. Wir zählen auf den DGB, dass er gemeinsam mit uns, dem Internationalen Gewerkschaftsbund, politische und soziale Unterstützung für einen tiefgreifenden Systemwechsel und eine Regulierung des Finanzsystems mobilisieren wird."

Foto: DGB

Guy Ryder ist seit 2006 Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) mit 176 Millionen Mitgliedern in 155 Ländern.

„Ich gehe davon aus, dass es gerade unter Gewerkschaftern ein Bewusstsein für die wichtigen Fragen der Gesellschaft gibt. Stichworte sind soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung für Mann und Frau und Chancengleichheit für Migranten und Deutsche. Vor allem aber brauchen wir eine fundierte Haltung gegen Intoleranz, für eine aufgeschlossene und vielfältige Demokratie und Ausdauer im Kampf um die Überzeugung der Unbelehrbaren."

Foto: Somuncu

Serdar Somuncu ist politischer Kabarettist und wird bei der Eröffnungsfeier auftreten.

„Die globale Finanzkrise hat eine weit größere Reichweite als uns einige politische Schaufensterdekorateure glauben machen wollen. Diese Krise ist die bisher größte Herausforderung für die europäische Gewerkschaftsbewegung. Gefährdet sind sowohl der Zusammenhalt Europas wie das europäische Sozialmodell. Die Antwort darauf muss europäisch sein. Deshalb erwarte und hoffe ich, dass der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften weiter – wie bisher – ihren Beitrag zur Kräftigung des EGB leisten und ihn in Zukunft verstärken."

Foto: EGB

John Monks ist Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes EGB.

Internationale Gäste

Rund 200 internationale Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden zum 19. Ordentlichen Bundeskongress des DGB erwartet, darunter Guy Ryder, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und der Präsident des russischen Gewerkschaftsbundes FNPR Mikhail Shmakov. Auf europäischer Ebene haben sich rund 30 Vorsitzende von Gewerkschaftsverbänden angekündigt, auch der Vorsitzende des griechischen Gewerkschaftsbundes GSEE Jannis Panagopoulus plant seine Teilnahme.

International werden der Vorsitzende des palästinensischen Gewerkschaftsbundes PGFTU, Sa'ed Shaher und Delegationen aus China und Vietnam erwartet wie auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus den afrikanischen Staaten und Namrata Bali, die Vorsitzende der indischen Gewerkschaft SEWA (Self Employed Women's Association), die selbstständige Frauen in handwerklichen Berufen der vielen indischen Manufakturen (hauptsächlich in der Textilbranche) organisiert.

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

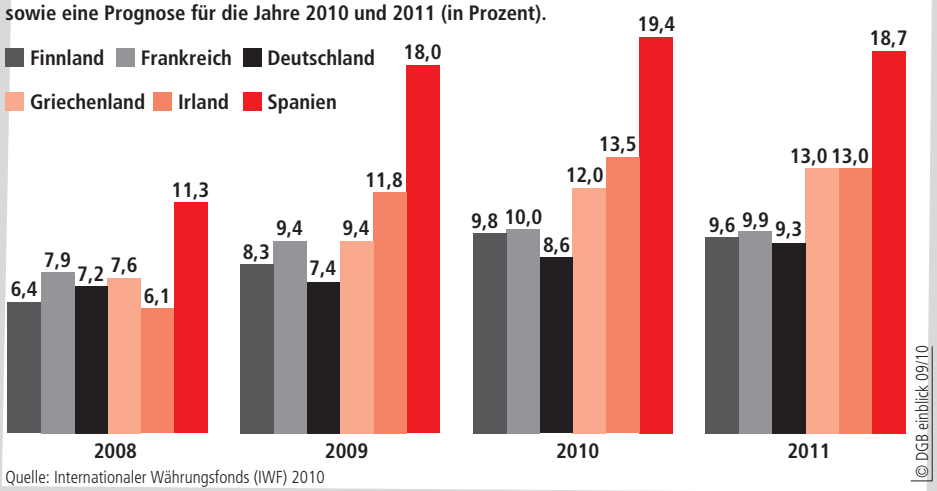
DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITSLOSENQUOTE IN EUROPA: Beschäftigte zahlen die Zeche

Die Verursacher der Krise zocken wieder ungeniert, gleichzeitig schlägt die Krise jetzt auf den Arbeitsmarkt durch. Besonders betroffen in Europa: Griechenland, Irland und Spanien. Laut einer Analyse des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist die Arbeitslosenquote in Spanien von 11,3 Prozent im Jahr 2008 auf 18,0 Prozent gestiegen. Für 2010 sieht der IWF sogar einen Anstieg auf 19,4 Prozent voraus. Aber auch für Deutschland, Frankreich oder Finnland prognostiziert der IWF einen Anstieg der Arbeitslosenquote.

Arbeitslosenquote in ausgewählten europäischen Ländern 2008 und 2009, sowie eine Prognose für die Jahre 2010 und 2011 (in Prozent).



Quelle: Internationaler Währungsfonds (IWF) 2010

personalien

••• Zehn GewerkschafterInnen gehören dem Präsidium des 19. Ordentlichen DGB-Kongresses an. Das Präsidium leitet die Diskussionen im Plenum und soll für den ordnungsgemäßen Ablauf des Kongresses entsprechend der Satzung sorgen. Zu den Mitgliedern gehören: ***Robert Feiger*** (IG BAU), ***Edeltraud Glänzer*** (IG BCE), ***Sabine Gerold*** (GEW), ***Karola Pieschnik*** (IG Metall), ***Erika Albers*** (TRANSNET), ***Claudia Wöhrmann-Adam*** (ver.di), ***Michael Sommer*** (DGB-Vorsitzender), ***Ingrid Sehrbrock*** (stellvertretende DGB-Vorsitzende), ***Dietmar Muscheid*** (DGB West) und ***Doro Zinke*** (DGB Berlin/Brandenburg).

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

18.5. Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Armut in Deutschland – ein verdrängtes Problem", Chemnitz

18.5. Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächsreihe „Bruchzonen der Globalisierung", Leipzig

19.5. ver.di, Diskussion „sicht.weisen", Berlin

19./20.5. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „IFRS – eine problemorientierte Einführung für Aufsichtsratsmitglieder", Berlin

20.5. ver.di und IG Metall, Diskussion „Die braune Ideologie und ihre Publikationen unter der Lupe", Berlin

20.5. Mach meinen Kumpel nicht an e.V., Preisverleihung „Die Gelbe Hand", Berlin

27.5. IG Metall, Diskussion „Neonazis und soziale Demagogie", Berlin

28.5. Friedrich-Ebert-Stiftung, Seminar „Arbeitnehmerinteressen in der Politik und Gesellschaft", Hertlinghausen

19. Ordentlicher DGB-Bundeskongress in Berlin

16.5. Eröffnung mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit. Anschließend Totenehrung, Konstituierung und Geschäftsbericht mit Aussprache. Anschließend DGB-Bezirksabende

17.5. Wahlen zum Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV), Grundsatzreferat DGB-Vorsitzende/r und Aussprache. Anschließend Beratung von Anträgen und Satzungsanträgen. Danach: Gewerkschaftsabende sowie der Empfang der internationalen Gäste

18.5. Antragsberatung, ab 17 Uhr Talkrunde mit den im Bundestag vertretenen Parteien, anschließend Parteienabende

19.5. Fortsetzung des Kongresses, Antragsberatung

20.5. Fortsetzung des Kongresses, Schlusswort

Vom 17. bis 20.5. informiert täglich unter *www.einblick.dgb.de* die einblick-Sonderausgabe *EXTRAblick* über das aktuelle Kongressgeschehen.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Udo Böhlefeld, Haidy Damm, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„In Nordrhein-Westfalen wird die These widerlegt werden, dass Wahlen verliert, wer regiert."

Guido Westerwelle am 8. Oktober 2009, drei Wochen nach der von Union und FDP gewonnenen Bundestagswahl.

URTEILE

Gewaltopferentschädigung

Auch nach misslungener Operation

Hat jemand infolge eines vorsätzlichen, rechtswidrigen tätlichen Angriffs eine gesundheitliche Schädigung erlitten, kann er Versorgungsleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) beanspruchen. Unter bestimmten Voraussetzungen gilt dies auch für einen Patienten, dessen Gesundheit durch eine misslungene Schönheitsoperation beeinträchtigt worden ist.

Der Fall: Die 1954 geborene Frau litt an erheblichem Übergewicht, Herzschwäche, Bluthochdruck, Lungenschwäche, insulinpflichtiger Zuckerkrankheit und einer Darmerkrankung, als sie von einem Gynäkologen eine Fettabsaugung durchführen ließ, ohne von diesem zuvor über die damit verbundenen Risiken und andere wichtige Umstände aufgeklärt worden zu sein. Danach kam es bei ihr zu gesundheitlichen Schwierigkeiten. Einige Monate später versuchte der Arzt, eine bestehende Fettschürze zu korrigieren, und saugte weiteres Fett ab. Dies führte zu erheblichen Gesundheitsstörungen, die im Krankenhaus behandelt werden mussten. Bezüglich dieser beiden Eingriffe wurde der Arzt wegen vorsätzlicher gefährlicher Körperverletzung unter Einbeziehung zahlreicher weiterer Taten zum Nachteil anderer Patienten zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Die Klage auf Entschädigung als Gewaltopfer hatte Erfolg.

Das Bundessozialgericht: Die Frau ist Opfer einer Gewalttat geworden. Bei ihr sind deshalb die durch die misslungenen ärztlichen Eingriffe verursachten Gesundheitsstörungen als Schädigungsfolgen im Sinne des Opferentschädigungsgesetzes anzuerkennen. Ein Patient wird dann zum Gewaltopfer, wenn ein als vorsätzliche Körperverletzung strafbarer ärztlicher Eingriff aus der Sicht eines verständigen Dritten in keiner Weise dem Wohle des Patienten dient. So war es hier, weil sich der Arzt bei seiner Vorgehensweise im Wesentlichen von eigenen finanziellen Interessen hat leiten lassen und die gesundheitlichen Belange seiner Patientin hintangestellt hat.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 29. April 2010 - B 9 VG 1/09 R

Beamtenrecht

Keine Urlaubsabgeltung

Ein Beamter hat keinen Anspruch auf die finanzielle Abgeltung von Urlaub, den er krankheitsbedingt nicht nehmen konnte.

Der Fall: Der Beamte war vor seiner Pensionierung ein Jahr lang ununterbrochen dienstunfähig erkrankt. Er begehrt eine finanzielle Entschädigung in Höhe von etwa 10000 Euro für 62 Urlaubstage, die er in den Jahren 2007 und 2008 krankheitsbedingt nicht nehmen konnte. Seine Klage hatte keinen Erfolg.

Das Oberverwaltungsgericht: Das Beamtenrecht sieht – anders als das Arbeitsrecht – keine Abfindung für nicht genommenen Erholungsurlaub vor. Ein solcher Anspruch ergibt sich auch nicht aus europarechtlichen Regelungen. Zwar ist danach Urlaub, welcher bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht genommen werden konnte, finanziell abzugelten. Jedoch hat der Beamte – anders als der Arbeitnehmer – während der gesamten Zeit seiner Erkrankung einen Anspruch auf Fortzahlung seiner vollen Bezüge. Deshalb ist die Unmöglichkeit, Erholungsurlaub zu nehmen, für den Beamten mit keinem finanziellen Nachteil verbunden, der ausgeglichen werden müsste.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 30. März 2010 - 2 A 11321/09.OVG

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 9/10

Mitbestimmung bei der Arbeitszeit

Umkleidezeit ist Arbeitszeit

Das Ankleiden vorgeschriebener Dienstkleidung im Betrieb gehört zur Arbeitszeit im Sinne des Paragraphen 87 Absatz 1 Nr. 2 Betriebsverfassungsgesetz, wenn die Kleidung besonders auffällig ist und deshalb nicht auf dem Arbeitsweg getragen werden braucht.

Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 10. November 2009 - 1 ABR 54/08

Kindermissbrauch I

Beamter ist untragbar

Sexueller Missbrauch eines Kindes durch einen Beamten ist ein besonders schweres Dienstvergehen, das in der Regel die disziplinarische Höchstmaßnahme (Entfernung aus dem Dienst bzw. Aberkennung des Ruhegehalts) rechtfertigt. Auch ein außerhalb des Dienstes begangener sexueller Missbrauch eines Kindes durch einen Beamten kann das Vertrauen in die Integrität des Beamtentums unzumutbar belasten.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 25. März 2010 - 2 C 83.08

Kindermissbrauch II

Kann kein Logopäde mehr sein

Wer als Logopäde wegen sexuellen Missbrauchs eines Kindes verurteilt wird, verliert die Berufserlaubnis. Das Berufsverbot umfasst alle Patienten und nicht nur die des gleichen Geschlechts wie das Missbrauchsopfer.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 28. April 2010 - 3 C 22.09

Schwerhörigkeit

Lichtsignalanlage kann nötig sein

Versicherte, die wegen einer an Taubheit grenzenden Schwerhörigkeit die Klingel ihrer Wohnung mit den vorhandenen Hörgeräten nicht wahrnehmen können, haben grundsätzlich Anspruch auf Versorgung mit einer Lichtsignalanlage, um die Signale der Türklingel optisch wahrzunehmen. Bei einer solchen Lichtsignalanlage handelt es sich um ein Hilfsmittel der gesetzlichen Krankenversicherung, weil die Bestandteile nicht fest mit dem Gebäude verbunden sind. Bei deren Einbau handelt es sich also nicht um eine Maßnahme zur Verbesserung des individuellen Wohnumfeldes; diese Maßnahmen fallen in die Zuständigkeit der Pflegekassen und können nur nach vorheriger Feststellung der Pflegebedürftigkeit bezuschusst werden.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 29. April 2010 - B 3 KR 5/09 R

Arbeitgeberauskunft

Schadensersatz bei falscher Auskunft

Der Arbeitgeber hat gegenüber seinen Arbeitnehmern die vertragliche Nebenpflicht, keine falschen Auskünfte zu erteilen. Entsteht dem Arbeitnehmer durch eine schuldhaft erteilte unrichtige Auskunft ein Schaden, kann der Arbeitgeber zum Schadensersatz verpflichtet sein.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 4. Mai 2010 - 9 AZR 184/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 31.05.2010 10/10

DGB

inhalt

Seite 2
Mammutprogramm bewältigt
Die wichtigsten Beschlüsse des DGB-Bundeskongresses auf den Seiten 2, 3, 4 und 6: von Wegen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise bis zur neuen Satzung des DGB

Seite 5
Kongress-Splitter
Rockende Gewerkschaftsvorsitzende, ein neues prominentes ver.di-Mitglied und eine Aktion der DGB-Jugend

Seite 7
Außenansichten
Beobachtungen und Eindrücke von internationalen Kongressgästen

DGB-Bundeskongress

„Wir können dieses Land verändern"

Geschlossen und selbstbewusst präsentierten sich die DGB-Gewerkschaften auf dem 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress vom 16. bis 20. Mai in Berlin. Mit Aktionen wollen sie im Herbst für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mobilisieren.

Foto: Simone Neumann

Der neue Vorstand bleibt der alte: Alle fünf bisherigen Mitglieder des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes wurden wiedergewählt. Mehr auf Seite 3.

„Es war ein richtig guter Kongress, ein Kongress der Geschlossenheit, der sehr viel, sehr solidarisch miteinander diskutiert hat, der auch viel auf den Weg bringt und gebracht hat", fasste der wiedergewählte DGB-Vorsitzende Michael Sommer in seinem Schlusswort zum Kongress zusammen. Gute Arbeit und Wege aus der Wirtschafts- und Finanzkrise standen im Mittelpunkt der Debatten. Die Botschaft ist eindeutig: „Die deutsche Arbeitnehmerschaft und ihre Gewerkschaften werden sich auch in der Krise nicht das Fell über die Ohren ziehen lassen", so Sommer. Damit die Krise nicht einseitig zu Lasten der Beschäftigten geht, „werden wir uns wehren". Und weiter: „Ich verstehe die Diskussionen und Beschlüsse, die wir hier gefasst haben, als Auftrag an den Bundesvorstand, Aktionen für den Herbst vorzubereiten, dezentral, betrieblich, aber machtvoll."

In Deutschland sei „einiges aus dem Lot geraten", hatte Sommer drei Tage zuvor in seiner Grundsatzrede erklärt. Seine Analyse der bundesdeutschen Gesellschaft ist ernüchternd. Notwendig sei eine neue, solidarische Ordnung. Wenn die Gewerkschaften zusammenstünden, so der DGB-Vorsitzende, dann könnten sie „dieses Land verändern". Sommer zog eine Bilanz der jahrelangen Deregulierung, Privatisierung und zügellosen Globalisierung: „Der historische Kompromiss der alten Bundesrepublik, der auch den kleinen Leuten ihr kleines Glück gönnte, der die Gesellschaft durchlässiger und den Aufstieg für alle greifbar machte, wurde aufgekündigt." Die Arbeit habe vieles von ihrem Wert verloren. Es gebe mehr Lohn-Ungerechtigkeit und Armutslöhne, sagte Sommer; er sprach von „Anarchie auf dem Arbeitsmarkt". Die Angst vor Hartz IV mache die Menschen gefügig; die Furcht, den Arbeitsplatz und die bürgerliche Existenz zu verlieren, sitze tief.

Der selbsternannten Elite der Gesellschaft warf Michael Sommer „Geiz und grenzenlose Gier" vor. Die Schere zwischen Arm und Reich sei „weiter geöffnet denn je". Arme hätten „kaum noch eine Chance, aus eigener Kraft ihrer Lage zu entkommen", 40 Prozent der Hartz IV-Empfänger hätten das System „noch nie verlassen".

Dass die Werte Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität noch nicht gänzlich unter die Räder gekommen seien, ist „vor allem uns, den Gewerkschaften, zu verdanken", erklärte Sommer. Sie hätten immer wieder Front gemacht gegen unsoziale Politik, seien vor dem Neoliberalismus nicht in die Knie gegangen. Es sei „eine große Vision", in Ordnung zu bringen, was in zwei, drei Jahrzehnten durcheinander geraten sei, sagte er. „Neoliberalismus war gestern. Soziale Gerechtigkeit könnte morgen sein." •

plusminusBERLIN

+ ***Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat davor gewarnt, die Entscheidung über eine Finanztransaktionssteuer zu verschleppen: „Eines darf keinesfalls passieren: Dass wir drei Jahre diskutieren und dann nichts hinkriegen."***

– ***Wenige Tage nach der Einigung des Koalitionsausschusses hat die Vorsitzende der FDP-Fraktion, Birgit Homburger, die Transaktionssteuer wieder abgelehnt. Die Transaktionssteuer träfe die kleinen Sparer – „und das wollen wir nicht".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de/-/ae9
DGB-Bundeskongress 2010: Reden, Beschlüsse, Tagesprotokolle, die neue Satzung, der Geschäftsbericht 2006-2009, Fotogalerien und Videos

Hintergrund

www.einblick.dgb.de
Die vier tagesaktuellen „einblick-extra" der einblick-Redaktion zum DGB-Bundeskongress

DGB-KONGRESS

Gute Arbeit

„Kein verschämtes Randthema“

Gute Arbeit angesichts der Krise? Die intensive Debatte um eine humane Arbeitswelt auf dem DGB-Kongress hat gezeigt: Gerade in der Krise ist Gute Arbeit das richtige Konzept der Gewerkschaften gegen neoliberale ‚Hauptsache Arbeit‘-Parolen.

Foto: Udo Böhlefeld

Die 400 Delegierten aus den acht Mitgliedsgewerkschaften haben auf dem Kongress insgesamt 152 Anträge sowie 11 Änderungs- und acht Initiativanträge beraten und beschlossen.

Insgesamt drei Anträge beschäftigten sich mit dem Themenkomplex Gute Arbeit. Zunehmender Leistungsdruck, wachsende psychische und physische Belastungen und Unsicherheit durch prekäre Arbeitsbedingungen machten ein Konzept notwendig „gegen Maßlosigkeit, die sich in der Wirtschaft verbreitet hat“, so Lothar Schröder (ver.di). Deshalb sei Gute Arbeit „kein verschämtes Randthema“. Auch wenn die Bedingungen dafür nicht günstig seien, so Hans-Jürgen Urban (IG Metall), „der Kampf um Humanisierung der Arbeitswelt ist nicht trotz, sondern gerade wegen der Krise das Gebot der Stunde.“

Beschlossen wurde, den DGB-Index Gute Arbeit als Instrument auszubauen. Der Index hat seit 2006 eine neue Phase der Arbeitsberichterstattung in Deutschland eröffnet. Er misst Arbeitsqualität am Urteil der Beschäftigten. Ein Ergebnis ist etwa, dass nur 12 Prozent aller jungen Beschäftigten angeben, zu guten Arbeitsbedingungen beschäftigt zu sein, so Katy Hübner (IG BCE). Sie arbeiten besonders oft unter prekären Bedingungen. Gewerkschaften müssten gerade für junge Menschen Handlungsperspektiven aufzeigen, denn „wer prekäre Beschäftigung als Regelarbeitsverhältnis erlebt, verliert nicht nur das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft und das Vertrauen in die Demokratie, sondern auch das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Gewerkschaften“. •

Steuerpolitik

Mehr Verteilungsgerechtigkeit

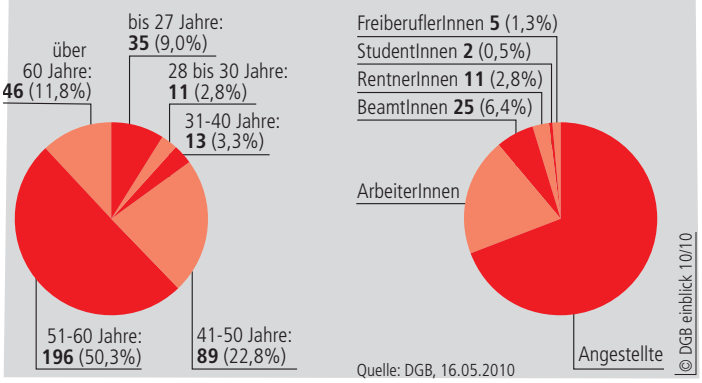
Die Delegierten auf dem DGB-Bundeskongress haben ein deutliches Zeichen in Sachen Steuerpolitik gesetzt: Für mehr Verteilungsgerechtigkeit soll sich der DGB in den kommenden Jahren stark machen. Schon lange kritisieren die Gewerkschaften die Schieflage in Sachen Steuerbelastung. Der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen ist gestiegen. Die Beschäftigten seien „die Lastenesel der Nation“, sagte DGB-Vorstand Claus Matecki während der Antragsberatung. Gleichzeitig wurden die Unternehmen wiederholt entlastet. Der DGB fordert einen linearprogressiven Verlauf der Einkommensteuer. Der so genannte Mittelstandsbauch solle abgeschafft werden.

Jeden nach seiner Leistungsfähigkeit zu besteuern – das allein genügt dem DGB nicht. Er sagt auch unmissverständlich, was nicht geht: „Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge müssen steuerfrei bleiben“, heißt es im Beschluss. Sie zu besteuern, wäre „ein Schlag ins Gesicht der eigentlichen Leistungsträger“, so Matecki. Der DGB lehnt ebenso eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ab. Sie würde die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen überproportional belasten.

Seit 2009 werden Kapitalerträge nur noch pauschal mit 25 Prozent besteuert. Diese Abgeltungssteuer solle durch den persönlichen Einkommensteuersatz ersetzt werden, fordern die Gewerkschaften. Außerdem müsse einiges auf den Prüfstand: das Ehegattensplittung und die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen. Die Vermögenssteuer soll wieder eingeführt, Erbschaften und Schenkungen sollten höher besteuert werden. Der DGB fordert, Konsequenzen aus der Finanzkrise zu ziehen. Notwendig sei eine Börsenumsatz- sowie eine Finanztransaktionssteuer, um Spekulationsgeschäfte einzudämmen. Ein weiterer Vorschlag würde ebenfalls Milliarden Euro in die Bundeskasse spülen: ein besserer Steuervollzug, sprich der Einsatz von mehr Steuerfahndern und Betriebsprüfern. •

Wer waren die Delegierten?

Von den 400 gemeldeten waren am ersten Kongresstag 390 anwesend



Die jüngste Delegierte auf dem DGB-Kongress war die 20-jährige Vanessa Haas von der IG Metall, der älteste der ver.di-Delegierte Horst Steiner (73). Gegenüber dem letzten Kongress 2006 hat sich das Durchschnittsalter aller Delegierten – 51 Jahre – nicht verändert.

Industriepolitik

Nachhaltig und aktiv

Schon vor der Wirtschaftskrise stand die deutsche Industriepolitik aufgrund des Strukturwandels vor großen Herausforderungen. Um jetzt in der Krise die Industrie zu stärken, fordern die Gewerkschaften in ihrem industriepolitischen Antrag eine aktive und nachhaltige Industriepolitik für Wachstum und Beschäftigung, die „ökonomische, ökologische und soziale Fehlentwicklungen korrigiert“. Beschäftigungspolitisch sei die Rolle der Industrie nicht zu unterschätzen. „Wir sorgen in unseren Branchen dafür, dass gute Arbeit in guten Unternehmen auch gut bezahlt wird“, sagte Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE. „Darauf können wir stolz sein, und damit gewinnt man auch Mitglieder.“ •

Gesellschaftspolitik

Mit Kurswechsel aus der Krise

Mit einem deutlichen Votum für die Regulierung der Finanzmärkte und für einen starken Sozialstaat wollen die Gewerkschaften in der Finanzkrise mehr als nur Krisenintervention betreiben und fordern „einen tiefer gehenden Kurswechsel", so Berthold Huber, Vorsitzender der IG Metall.

Foto: Udo Böhlefeld

Ab sofort streiten die Gewerkschaften für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Der Beschluss des DGB-Kongresses fordert zudem bessere Möglichkeiten, Tarifverträge allgemeinverbindlich zu erklären und das Entsendegesetz auf alle Wirtschaftsbereiche auszuweiten.

Angesichts der Frage, wie die Gewerkschaften die notwendige Kraft entwickeln, um einen solchen Kurswechsel durchzusetzen, plädierte Huber für eine „Zuspitzung noch in diesem Herbst" und rief zu dezentralen regionalen Aktivitäten gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Verbündeten auf.

John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), kritisierte, dass „die Kasinos der Spekulanten wieder geöffnet sind". Strengere Regulierungen seien wirtschaftspolitisch notwendig, auch weil sonst „der europäische Zusammenhalt und die soziale Marktwirtschaft gefährdet sind". Eine Lehre aus der Krise sei, dass „kein Land aus der Krise allein heraus kommt", sagte der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) Guy Ryder. Deshalb müsse die internationale Gewerkschaftsbewegung „das ganze Modell neu ausrichten".

Als zentrale Handlungsfelder ergeben sich aus der Debatte über „Wege aus der Krise", die gewerkschaftliche Betriebspolitik zu verstärken und den Niedriglohnsektor einzudämmen. Gleichzeitig setzen sich die Gewerkschaften für gute Arbeit bei fairem Lohn ein und wollen die Tarifbindung in Betrieben und Branchen steigern. Gefordert sind zudem neue gesetzliche Grundlagen zur Leiharbeit.

Beschlossen wurde auch der Initiativantrag „Europa aus der Geiselhaft der Finanzmärkte befreien". Darin fordern die Gewerkschaften die Entkoppelung der Staatsfinanzen von den Kapitalmärkten, eine „Europäische Bank für öffentliche Anleihen" und eine Finanztransaktionssteuer. Die Bonität von Mitgliedstaaten dürfe nicht mehr von privaten Rating-Agenturen abhängig sein, und „die Ungleichgewichte in der Eurozone müssen solidarisch abgebaut werden". •

Dienstleistungspolitik

Staat statt Privat

Dienstleistungen erfahren nicht die Anerkennung, die ihnen gebührt. Deshalb wollen die Gewerkschaften die öffentliche Daseinsvorsorge stärken und qualitativ hochwertige Dienstleistungen fördern. Ausdruck der geringen Wertschätzung ist nach Ansicht von Petra Gerstenkorn (ver.di), dass immer mehr gering Qualifizierte in der Pflege und anderen sozialen Dienstleistungen eingesetzt werden, „nach dem Motto, Alte und Demenzkranke pflegen kann jeder". Die Politik der Entstaatlichung und des Sozialabbaus habe „zur kontinuierlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt", heißt es im verabschiedeten Antrag zur Dienstleistungspolitik. •

Energiepolitik

Strategie gefordert

Um die Wirtschaftskrise langfristig zu überwinden, braucht es neben finanzpolitischen Maßnahmen auch eine Nachhaltigkeitsstrategie, fordert DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. „Wir müssen überall dort, wo es nicht erneuerbare Materialien gibt, stärker als bisher zu einer Kreislaufwirtschaft kommen." Zudem müsse mehr in die Forschung und Technologie der erneuerbaren Energien investiert werden. Deshalb fordern die Gewerkschaften in der Energiepolitik einen „weltweiten Paradigmenwechsel, der den Zusammenhang von Arbeit, Ökologie und Ökonomie neu definiert". Konkret unterstützen die Gewerkschaften das Bestreben der Bundesregierung, die Treibhausgase zu reduzieren und die Energieproduktivität zu verdoppeln. •

GBV-Wahlen: Alle wiedergewählt

Alle fünf bisherigen Mitglieder des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands (GBV) sind am zweiten Tag des DGB-Bundeskongresses wiedergewählt worden. Mit überragender Mehrheit ist Michael Sommer als DGB-Vorsitzender von den Delegierten bei den Wahlen zum GBV bestätigt worden. Er erhielt 366 von 389 abgegebenen Stimmen oder 94,1 Prozent (2006: 78,4 Prozent). Michael Sommer ist damit der zweite DGB-Vorsitzende neben Heinz Oskar Vetter, der eine dritte Amtszeit bestreitet.

Ingrid Sehrbrock ist mit 60,7 Prozent (2006: 56,8 Prozent) als stellvertretende Vorsitzende wiedergewählt worden. In einer verbundenen Einzelwahl haben die Delegierten Annelie Buntenbach mit 86,6 Prozent (2006: 78,8 Prozent), Dietmar Hexel mit 80,4 Prozent (2006: 69,6 Prozent) und Claus Matecki mit 53,2 Prozent (2006: 62,6 Prozent) im Amt bestätigt.

Sowohl Ingrid Sehrbrock als auch Claus Matecki, die beide vor dem nächsten DGB-Kongress 65 werden, wollen mit Erreichen des Rentenalters ihr Mandat niederlegen.

DGB-KONGRESS

Neue DGB-Satzung

Schlank und schlagkräftig

Nach zweijähriger Diskussion haben die Delegierten auf dem DGB-Kongress eine neue Satzung beschlossen. Sie stärkt den DGB als Bund der Gewerkschaften bei der Vertretung der gemeinsamen Interessen aller acht Mitgliedsgewerkschaften.

Der DGB gibt sich damit „eine an den harten Realitäten der Einnahmen- und Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften orientierte schlanke, aber schlagkräftige Struktur", erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in der Debatte. Die 66 DGB-Regionen werden in die Bezirke integriert. Auf kommunaler Ebene setzt der DGB künftig auf die Arbeit von Ehrenamtlichen. Um dem Prinzip des DGB als Bund der Gewerkschaften gerecht zu werden, wurde auch die Zusammensetzung der Vorstände der DGB-Organe neu gegliedert. Stimmrecht in den Bezirksvorständen haben künftig die VertreterInnen der Gewerkschaften und die gewählten DGB-Vorstandsmitglieder sowie die VertreterInnen von Frauen und Jugend. Beratend nehmen die Regionalgeschäftsführer an den Bezirksvorstandssitzungen teil.

Sommer verspricht sich von der neuen Satzung „eine bessere Verzahnung der neuen drei Ebenen" (Bundesvorstand, Bezirke, Kreis- und Stadtverbände) und „die Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit auf der kommunalen Ebene".

Ab 2014 wird der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand zudem von fünf auf vier Mitglieder verkleinert. Die neue Satzung ersetzt ab 1. Juni die bisherige, die seit 1971 galt. •

Foto: Simone Neumann

Mit wenigen Gegenstimmen beschloss der Kongress eine neue DGB-Satzung.

Europapolitik

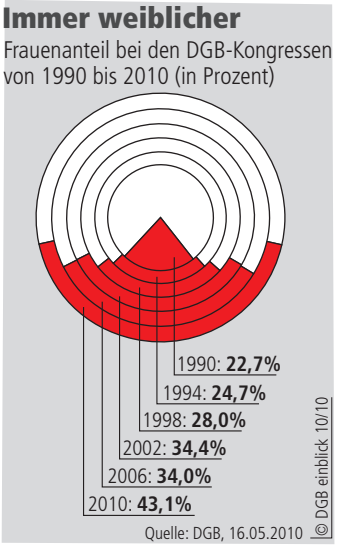
Sozial statt neoliberal

Nur ein Europa des sozialen Fortschritts hat Zukunft: Einstimmig beschlossen die Delegierten den europapolitischen Leitantrag. Er macht deutlich: Gewerkschaftliche Europapolitik muss in den kommenden Jahren mit den Folgen der Krise und mit neuen Mehrheiten unter schwierigsten Rahmenbedingungen gestaltet werden. Eine Chance sehen die Gewerkschaften in den durch Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages neu eingeführten Beteiligungsrechten. Weitere Forderungen beziehen sich auf die soziale Gestaltung des europäischen Binnenmarkts, eine EU-Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, die nicht zu Lohndumping und Ausbeutung führt, sowie die Stärkung des Europäischen Gewerkschaftsbundes. •

Gleichstellung

Umfassendes Konzept

Ein umfassendes Konzept zur „Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft" hat der DGB-Kongress beschlossen. Er folgte damit einem Antrag des DGB-Bundesfrauenausschusses. So soll eine neue Initiative zur Durchsetzung eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft gestartet, das Betriebsverfassungsgesetz weiterentwickelt und ein ganzheitliches betriebliches Gesundheitsmanagement unter Gender-Perspektive etabliert werden. Gefordert wird auch eine Quote von 40 Prozent Frauenanteil in Aufsichtsräten. •



Ein Quantensprung: Um neun Prozentpunkte ist der Frauenanteil unter den Delegierten gegenüber dem letzten DGB-Kongress 2006 gestiegen.

Internationales

DGB setzt auf G20

Die internationale Gewerkschaftsbewegung hat sich in den letzten Jahren verstärkt und erfolgreich in die globale Politik (G8, G20) eingemischt. Der DGB will sich innerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) weiter dafür einsetzen, dass die Debatte über eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung „so breit wie möglich geführt" wird. So fordert der DGB eine Charta für nachhaltiges Wirtschaften als neuen Referenzrahmen für gutes Regieren in den G-20-Staaten und trotz der weltweiten Krise „die Umsetzung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen als entwicklungspolitischen Beitrag für eine gerechtere Weltordnung".

Mehrere verabschiedete Initiativanträge fordern zudem Solidarität mit verfolgten GewerkschafterInnen in anderen Ländern ein – etwa in der Türkei oder in Kolumbien. „Kein Land ist für GewerkschafterInnen so gefährlich wie Kolumbien", erklärte Michaela Rosenberger (NGG). Deshalb müsse das „politische Versagen der kolumbianischen Regierung, elementare Menschen- und Gewerkschaftsrechte zu schützen", mit politischem Druck auf allen Ebenen beantwortet werden. Der Kongress sprach sich auch dafür aus, „kein Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien" abzuschließen, „solange dort GewerkschafterInnen verfolgt, erniedrigt, vertrieben und ermordet werden". •

Bildungspolitik

Eine neue Offensive

Die DGB-Gewerkschaften wollen eine neue Bildungsoffensive. Was dazu gehört, beschreibt der einstimmig beschlossene bildungspolitische Leitantrag. Die Gewerkschaften setzen sich für ein Bildungswesen ein, das Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit vereint und allen Menschen gleiche Chancen bietet. „Wir streiten gegen die soziale Auslese in unserem gegliederten Schulsystem und für ein längeres gemeinsames Lernen", betonte DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. Die Gewerkschaften fordern zudem ein starkes BAföG und den Verzicht auf Studiengebühren. Und: „Der Kern für gute Bildung" seien Arbeitsbedingungen und Qualifizierung der Beschäftigten, unterstrich der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne. •

DGB-KONGRESS

Kongresssplitter

Engagiert gegen Rassismus: Samy Deluxe

Der **Auftakt zum 19. Parlament der Arbeit** war gelungen, das Thema in Zeiten der Finanzkrise ungewöhnlich. „Das Motto ‚Mut gegen Rechts' ist leider, leider aktueller denn je", kommentierte Erich Foglar, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ÖGB, die aus seiner Sicht „tolle Eröffnung". Der Hamburger Rapper Samy Deluxe, der Kabarettist Serdar Somuncu und der belgische Mädchenchor Scala zeigten im Kulturprogramm überzeugend ihre Sicht auf das Thema Rassismus und Rechtsextremismus. + + + Zu Beginn bereits **„nahe am Optimum"** wie Frank Rzeppa, Mitarbeiter des Teams der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, kommentierte, erreichte der Kongress am dritten Tag die Zahl von tatsächlich 400 Delegierten. + + + Und die hatten zu tun: Drei Tage lang debattierten und verabschiedeten sie über 600 Seiten Anträge. Hinzu kamen bis zum Kongressende rund 600 000 Blatt Papier – Änderungsanträge, Tagesprotokolle und Pressespiegel – um immer auf dem neusten Stand zu sein. Um das Pensum zu schaffen, wurde die Redezeit am letzten Kongresstag auf fünf Minuten verkürzt. + + + Die Debatte zum gesellschaftspolitischen Leitantrag „Umdenken-Gegenlenken" nutzte der Vorsitzende der IG BAU Klaus Wiesehügel, um klar zu machen, wie sehr ihn die **Hetzkampagne der *BILD*** gegen die griechischen ArbeitnehmerInnen entsetzt hat und was die Boulevardzeitung seiner Meinung nach damit bezweckt: „Schon jetzt soll der Bevölkerung klar gemacht werden: ‚Wer sich gegen solche Sparmaßnahmen wehrt, der ist faul, gehört nicht in die EU und nicht in eine anständige Gesellschaft.' So soll die deutsche Arbeitnehmerschaft darauf eingeschworen werden, dass es sich nicht gehört, zu demonstrieren und dagegen zu sein, dass im Sozialbereich gespart wird." + + + Zum **Parteienabend** hatten Grüne, SPD, CDU und Die Linke eingeladen, um zwanglos mit den Delegierten und Gästen zu sprechen. Besonders gut besucht war es bei der SPD. Dort griffen zu später Stunde Michael Vassiliadis (Vorsitzender der IG BCE) und Ingo Schlüter (stellvertretender DGB-Vorsitzender des Bezirks Nord) zur Rockgitarre um – wie Vassiliadis sagte – zu zeigen: „Die deutsche Arbeiterbewegung ist musikalisch". Das Publikum war begeistert.

Klare Worte: Klaus Wiesehügel

+ + + Zuvor hatten sich im **Politik-Talk** Renate Künast (Grüne), Olaf Scholz (SPD), Karl-Josef Laumann (CDU) und Gregor Gysi (Linke) den Fragen des Moderatorenteams Dagmar Engel (Deutsche Welle-TV) und Heiner Bremer (n-tv) gestellt. Thema: „Kürzen–Sparen–Knausern: Die neue soziale Gerechtigkeit?". + + + Über die erfolgreiche **Mitgliederwerbung** seiner Parteikollegin freute sich Frank Bsirske: Die Fraktionsvorsitzende der Grünen Renate Künast ist in die Gewerkschaft ver.di eingetreten. Der ver.di-Vorsitzende hatte schon öfter um sie geworben: „Beharrlichkeit zahlt sich aus." Am Tag zuvor hatte er auf dem Kongress bereits zwei Studierende als neue Mitglieder begrüßt. + + + Mit der Forderung **„Ausbildung für alle"** nutzte die DGB-Jugend den Auftritt der Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen für ein demonstratives Happening auf der Bühne. Die jungen GewerkschafterInnen riefen: „Wir sind jung, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut". Mit der Aktion wollten sie auf ihre schlechten Ausbildungs- und Berufschancen hinweisen. Zu vielen drohe nach der Ausbildung der Weg in die Leiharbeit oder in prekäre und befristete Jobs. Von der Leyens Antwort war schlagfertig, aber wenig konkret: „Ich bin nicht jung, ich bin laut, weil ich an eure Zukunft glaub'." + + + Junge GewerkschafterInnen waren auch international vertreten: TeilnehmerInnen der **Global Labour University** stellten ihr Programm vor. Für ein Jahr studieren die GewerkschafterInnen aus aller Welt in Deutschland, Brasilien, Indien oder Südafrika. In Deutschland verbringen sie fünf Monate an der Universität in Kassel, dann machen sie ein Praktikum in einer internationalen Gewerkschaftsföderation oder einer „Global Union" und besuchen anschließend Kurse an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.

Rocken ab: Michael Vassiliadis und Ingo Schlüter

Neue ver.di-Kollegin: Renate Künast

Heiße Diskussion: DGB-Jugend mit Ursula von der Leyen

Fotos: Udo Böhlefeld, Sebastian Henneke

Was noch beschlossen wurde

Der DGB fordert in mehreren gesellschaftspolitischen Anträgen einen „Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus" sowie angesichts auslaufender Förderprogramme, deren Weiterentwicklung statt Mittelkürzung. Außerdem wird ein Verbotsverfahren gegen die rechtsextreme NPD gefordert.

Der Antrag E009 „Gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan" fordert den schnellstmöglichen Abzug aller deutschen Truppen aus Afghanistan und die Konzentration der deutschen Hilfe für Afghanistan ausschließlich auf zivile Projekte.

Beim Thema Arbeitnehmerdatenschutz fordert der DGB im Antrag E013 den Gesetzgeber auf, das elektronische Nachweisverfahren ELENA außer Kraft zu setzen. Im Leitantrag H001 finden sich zudem die Forderungen nach einem umfassenden Arbeitnehmerdatenschutzgesetz mit klaren Regelungen zur Überwachung sowie zur Kontrolle von E-Mails und Internet.

Der DGB-Kongress spricht sich aus für die Sozialversicherungspflicht aller Arbeitsverhältnisse vom ersten Euro an. „Frauen dürfen nicht länger in der so genannten Niedriglohnfalle landen", heißt es im Antrag G013.

DGB-KONGRESS

Foto: Udo Böhlefeld

Einer der Höhepunkte des DGB-Kongresses: Eine Delegation der Streikenden vom Herforder Betonwerk Westerwelle besuchte den Kongress – die Delegierten bekundeten mit langem Applaus ihre Solidarität.

Betonwerk Westerwelle

Gütetermin ohne Einigung

Unternehmer Kai-Uwe Westerwelle scheint ein echter Betonkopf zu sein. Das wurde bereits beim DGB-Kongress klar, nachdem eine Delegation der seit sieben Wochen streikenden Beschäftigten die Situation vor Ort geschildert hatte (einblick 8/10). Beim Gütetermin vor dem Arbeitsgericht am 21. Mai setzte die Geschäftsführung des Betonwerks jetzt noch einen drauf.

Nach nur acht Minuten schloss Richter Burkhard Fleer die Verhandlung in Sachen Westerwelle vor dem Arbeitsgericht Herford. Er habe noch nie eine so dünne Akte vorliegen gehabt. Die Geschäftsführung hatte die fristlosen Kündigungen der sechs Beschäftigten, die einen Betriebsrat gründen wollten, nicht begründet. Vor Gericht sprach der Anwalt des Unternehmens nur von „verhaltensbedingten" Aspekten. Die Hauptverhandlung ist für den 14. Juli angesetzt. Die Streikenden fordern die Wiedereinstellung der Gekündigten. Währenddessen geht die Produktion im Werk teilweise weiter, da LeiharbeiterInnen als StreikbrecherInnen eingesetzt werden. „Damit bekommt der Streik eine weitere politische Bedeutung für uns", sagte Nadine Schildermann vom Betonwerk auf dem DGB-Kongress. Es sei ein Skandal, wie Arbeitnehmerrechte mit Füßen getreten werden, erklärte der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. Auf dem DGB-Kongress wurden 10 000 Euro für die Streikkasse gesammelt. •

Leiharbeit

Neuer Termin

Gleiches Geld für gleiche Arbeit – das Thema Leiharbeit wurde während des DGB-Kongresses immer wieder debattiert. Für Michael Sommer, DGB-Vorsitzender, steht es „ganz oben" auf der Tagesordnung. Am Rande des Kongresses wurde deshalb ein Termin nach dem Kongress mit dem Bundesarbeitsministerium vereinbart, bei dem die Verhandlungen zur Überprüfung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes fortgesetzt werden sollen. „Wir werden den Druck aufrecht erhalten", sagte Sommer zum Abschluss des Kongresses. In zahlreichen Anträgen forderten die Gewerkschaften die Rahmenbedingungen für Leiharbeit zu verbessern. •

Arbeitsrecht

Rechte stärken

Prekäre, ungeschützte Arbeit boomt. Dieser Entwicklung will der DGB entgegentreten und Arbeitnehmerrechte stärken. Der beschlossene Leitantrag zum Arbeitsrecht will, dass „Verdachtskündigungen gesetzlich ausgeschlossen" und die Befristung von Arbeitsverhältnissen „auf sachliche Gründe" beschränkt werden. Der Teufelskreis, der insbesondere durch Befristungen entstehe, „macht vor allem eins unmöglich: Zukunft zu planen und menschenwürdig zu leben", heißt es im Antrag.

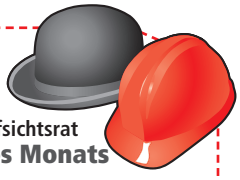
Beschlossen wurde auf dem Kongress auch, einen besseren Schutz so genannter Whistleblower zu fordern. Beschäftigte, die Missstände offenlegen, Korruption oder Missachtung von Umweltauflagen aufdecken, genießen hierzulande anders als etwa in den USA keinerlei gesetzlichen Schutz. Ebenfalls beschlossen wurden zwei Anträge zu Erhalt und Ausbau des Jugendschutzgesetzes. Dieser soll laut schwarz-gelbem Koalitionsvertrag eingeschränkt werden, derzeit werden die Vorschläge in einer Bund-Länder-Gruppe diskutiert. Konkret will der DGB verhindern, dass das Verbot der Züchtigung aus dem Gesetz gestrichen wird, die Ruhepausen gekürzt werden und die Wochenendarbeit ausgeweitet wird. •

Sozialpolitik

Zurück zur Parität

Einstimmig angenommen hat der DGB-Bundeskongress den sozialpolitischen Leitantrag „Ohne Solidarität keine Freiheit. Für gute Arbeit und soziale Sicherheit". DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach betonte in ihrem Plädoyer, dass der DGB in den kommenden vier Jahren für eine Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme kämpfen werde. Dazu gehören unter anderem die Einführung einer Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege sowie ein einheitliches Rentenrecht in ganz Deutschland. Scharf kritisierte sie den neoliberalen Tunnelblick auf die Lohnnebenkosten. Private Vorsorge bedeute, dass sich Arbeitgeber aus der Verantwortung stehlen. Mit der Umverteilung von unten nach oben müsse endlich Schluss sein, forderte Buntenbach. „Wir müssen die solidarischen Systeme stärken und einen weiteren Rückschritt wie bei der Kopfpauschale verhindern. Wir wollen die Parität zurück." •

Mitbestimmung ist ein wichtiger Pfeiler



Aufsichtsrat des Monats

Aufsichtsrätin des Monats im Mai ist **Edeltraud Glänzer.** Sie vertritt die Interessen der ArbeitnehmerInnen in den Aufsichtsräten der B. Braun Melsungen AG, der Solvay Deutschland GmbH und der Merck KGaA.

Foto: Udo Böhlefeld

Für die gelernte Industriekauffrau und diplomierte Sozialpädagogin steht vor allem eine an den Interessen der Beschäftigten ausgerichtete Unternehmensführung im Zentrum: „Unternehmensmitbestimmung ist neben der Betriebsratsarbeit ein wichtiger Pfeiler unserer Sozialpartnerpolitik." Glänzer ist seit 2005 Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG BCE. Im Fragebogen zum Aufsichtsrat des Monats erklärt sie, was die Herausforderungen der Unternehmensmitbestimmung sind. *www.dgb.de/-/p0K*

Außenansichten

Rund 200 internationale Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter waren auf dem 19. Ordentlichen DGB-Kongress zu Gast. Die *einblick*-Redaktion hat einige von ihnen nach ihren Eindrücken und der Bedeutung des DGB innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung gefragt.

Penny Schantz, Vertreterin des US-amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO, hebt die Erfolge der deutschen Gewerkschaftsbewegung hervor.
Ich habe den AFL-CIO auch auf dem letzten Kongress vertreten und kann sagen, dieser Kongress strahlt eine viel größere und kraftvollere Atmosphäre aus. Auch die Kanzlerin war ja beim letzten Kongress, und ihre Rede hat deutlich gemacht, wie anders der DGB heute von der Regierung wahrgenommen wird. Angela Merkel würdigte die Gewerkschaften als Problemlöser in der Finanzkrise. Sie erklärte außerdem, dass sie plane, die Beziehungen zu den Gewerkschaften enger zu gestalten. Das ist ein großartiger Erfolg der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Unsere beiden Organisationen arbeiten traditionell sehr eng zusammen. In Fragen der internationalen Solidarität ist es eher so, dass wir an eure Tür klopfen als umgekehrt. Jüngstes Beispiel ist die enorme Unterstützung der KollegInnen von ver.di und DGB in unserem Arbeitskampf mit T-Mobile USA, also der Deutschen Telekom. Das ist für uns eines der besten Beispiele internationaler Solidarität.

Namrata Bali ist Mitglied im Vorstand der indischen Gewerkschaft SEWA (Self Employed Women's Association), die selbstständige Frauen im Handwerk und andere prekär Beschäftigte organisiert. Sie geht davon aus, dass die Beschlüsse des Kongresses international beachtet werden.
Ich bin beeindruckt von der Art und Weise, wie über Maßnahmen zur Bekämpfung der weltweiten Wirtschaft- und Finanzkrise diskutiert wird. Gewerkschaften könnten es dabei belassen, sich zu beschweren. Aber genau das Gegenteil ist hier der Fall. Die weltweite Gewerkschaftsbewegung muss sich darüber im Klaren sein, dass wir alle die gleichen Probleme haben. Es geht um Mindestlöhne oder soziale Sicherung. Eine zentrale Frage für die Zukunft ist auch: Wie investieren wir in unsere Jugend? Ein Thema, von dem ich mir wünsche, dass es noch stärker diskutiert wird, ist informelle Arbeit. In Indien arbeiten vor allem Frauen in diesem Sektor – zum Beispiel polieren sie Diamanten oder leben von der Müllverwertung. Gerade hier hat die Krise gezeigt, wer die Verwundbarsten der Verwundbaren sind. Wichtig ist: Die Beschlüsse des Kongresses werden auch in der Welt wahrgenommen. Mit Sicherheit werden sie auch auf der Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Juni aufgegriffen.

Yiannis Panagopoulos, Präsident des griechischen Gewerkschaftsbundes GSSE, erklärt, was die griechischen ArbeitnehmerInnen von der internationalen Gewerkschaftsbewegung erwarten.
Ich denke, dass die Gewerkschaftsbewegung und besonders die starken Gewerkschaften wie die Gewerkschaften im DGB eine Führungsrolle übernehmen und die Stimme der ArbeitnehmerInnen weltweit sein sollten. Nicht nur für uns – als Spitze des Eisbergs – auch Spanien, Portugal oder Irland könnten folgen. Der griechische Sparkurs ist geprägt von neoliberaler Ideologie. Ein bekanntes Rezept: Kürze die Löhne und Renten und dereguliere den Markt, mit dem gesparten Geld kannst du deine Schulden bezahlen. Aber das ist falsch. Die Grundlage der griechischen Wirtschaft ist der Einzelhandel. Wenn diese kleinen Unternehmen nun pleitegehen, steigt die Arbeitslosigkeit weiter. Es ist ein Kreislauf: Die Leute haben kein Einkommen, sie geben kein Geld aus, und am Ende verliert auch der Staat, denn die Steuereinnahmen sinken. Bei unserem ersten Generalstreik ging es um das gesamte Sparpaket, das in erster Linie die ArbeitnehmerInnen und die RentnerInnen trifft. Beim zweiten Generalstreik (am 20. Mai, Anm. d. Red.) ging es um die konkrete Ankündigung, die Renten zu kürzen – auch die, die unter 500 Euro liegen – und gleichzeitig das Rentenalter anzuheben. Das bedeutet: Alte Menschen werden unter die Armutsgrenze fallen, und als Folge wird die Binnennachfrage sinken. Die Bevölkerung in Griechenland hat sehr bewusst an den Streiks teilgenommen, die Menschen sind wütend und wollen die Verursacher zur Verantwortung ziehen.

Foto: Udo Böhlefeld, Sebastian Henneke

Zu Gast

„Mitbestimmung ist ein Pfund, mit dem wir wuchern können", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in ihrer Rede auf dem DGB-Kongress. „Es gibt viele gemeinsame Ziele", konstatierte Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) vor den Delegierten. Beide Politikerinnen betonten die wichtige Rolle der Gewerkschaften. Was sie sonst noch sagten:

Angela Merkel: *„Die Schuldenbremse ist richtig. Sie mahnt uns für die Zukunft, nicht weiter über unsere Verhältnisse zu leben."*

„Ich glaube, dass ein einheitlicher flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn die Tarifautonomie schwächen wird."

Ursula von der Leyen: *„Ich halte den Mindestlohn für ein sinnvolles Instrument, weil ein einzelner Mensch, wenn er Vollzeit arbeitet, auch von seinem Lohn leben können muss und nicht auf Hartz IV angewiesen ist."*

„Ich möchte, dass dieses Land in den nächsten Jahren bei der Gruppe der Alleinerziehenden in Langzeitarbeitslosigkeit eine Kehrtwende macht, dass es nicht mehr heißt: Die kann nicht arbeiten, weil sie ein Kind hat."

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

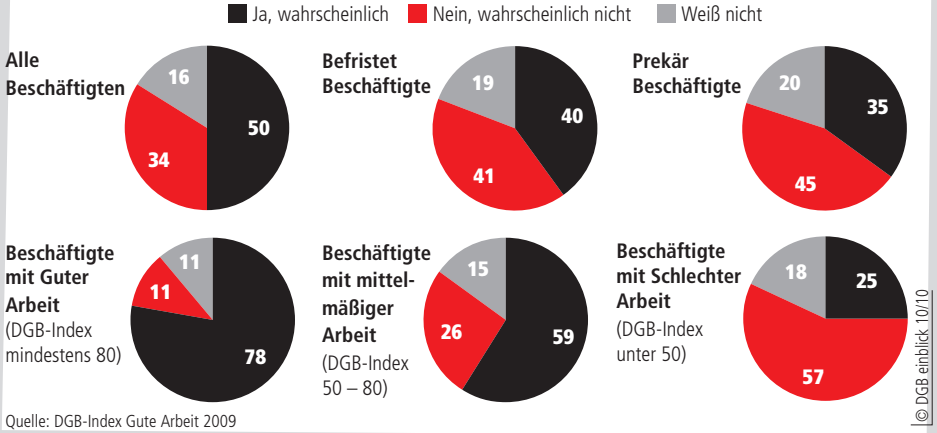
DIES & DAS

die DGB grafik

RENTE MIT 67: Nur jede/r Zweite hält durch

Im Herbst 2010 muss die Bundesregierung überprüfen, ob der Arbeitsmarkt es zulässt, das Renteneintrittsalter ab 2012 sukzessive auf 67 hochzusetzen. Aus Sicht der Gewerkschaften ist die Antwort jetzt schon klar. Nur 50 Prozent aller Beschäftigten sehen sich unter ihren derzeitigen Arbeitsbedingungen in der Lage, ihre jetzige Arbeit bis zum Rentenalter auszuüben. Das zeigt der DGB-Index Gute Arbeit. Die Rente mit 67 ist vor allem ein Rentenkürzungsprogramm – darin waren sich alle Delegierten auf dem DGB-Kongress einig.

Bitte denken Sie an Ihre Arbeit und Ihren Gesundheitszustand: Meinen Sie, dass Sie unter den derzeitigen Anforderungen Ihre jetzige Tätigkeit bis zum Rentenalter ausüben können? Antworten von Beschäftigten im Rahmen der repräsentativen Befragungen zum DGB-Index Gute Arbeit 2009 (in Prozent)



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2009

personalien

••• ***Inge Hamm,*** 54, wurde Anfang Mai zur neuen Regionalleiterin der IG Bauen – Agrar – Umwelt (IG BAU) in Baden-Württemberg gewählt. Die bundesweit erste „Landes-Chefin" der IG BAU koordiniert künftig die vier Bezirksverbände Nordbaden, Stuttgart, Südbaden und Südwürttemberg. Hamm folgt ***Nikolaus Landgraf,*** 43, der im Januar zum Vorsitzenden des DGB Baden-Württemberg gewählt wurde.

••• ***Dierk Hirschel,*** 39, bisher DGB-Chefökonom, arbeitet ab 1. Juni für Frank Bsirske, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

4.6. Projekt „Keine Zukunft für Nazis", Aktion „Noch lauter gegen Nazis! Streetparade gegen Naziaufmarsch", Hildesheim

4./5.6. DGB-Jugend, IG Metall und ver.di, Treffen „IG Metall und ver.di-Studierenden-Vernetzungstreffen", Springe

5.6. ver.di, Aktion „Tag der öffentlichen Daseinsvorsorge", Berlin

7.6. DGB Sachsen, Tagung „Trilaterale Konferenz: Arbeitnehmerfreizügigkeit 2011 – Faire Mobilität im Dreiländereck gestalten!", Dresden

7.6. ver.di, Fachtagung „Steuergerechtigkeit global", Berlin

8.6. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Wege aus der Kinderarmut", Berlin

8./9.6. ver.di und Hans-Böckler-Stiftung, Konferenz „8. Potsdamer Forum: Bund, Länder, Kommunen – Föderale Strukturen – Modell der Zukunft?", Potsdam

10.6. IG Metall-Jugend Baden-Württemberg, landesweiter Jugendaktionstag „Operation Übernahme"!

11.-13.6. GEW, Tagung „Organizing – ein Thema für die GEW?", Steinbach/Taunus

Tipp

Buch: ***Petros Markaris, Der Großaktionär, Diogenes Verlag Zürich 2008, detebe 23787, 480 Seiten, 10,90 Euro***

„Man kann manchmal Schöneres lesen als Anträge", erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in seinem Schlusswort zum DGB-Kongress und empfahl den Krimi „Der Großaktionär" von Petros Markaris. „Da erfährt man wesentlich mehr und wesentlich differenzierter etwas über die griechische Wirklichkeit von Spekulation, Milliardären, Zusammenspiel mit Regierungen, Polizei und Armee und Ähnliches mehr", so Sommer. Wir empfehlen, nicht nur diesen Band sondern auch die anderen Markaris-Krimis mit den Fällen des Athener Kommissars Kostas Charitos zu lesen. Kaum jemand sonst kritisiert die griechischen Verhältnisse so treffend mit viel bissigem Witz und hintergründigem Humor.

Schlusspunkt

„Die Beschlusslage ändert die Realität nur bedingt."

Katy Hübner, Bundesjugendsekretärin der IG BCE, in der Diskussion des Antrags F001 „Gute Arbeit" am 19. Mai auf dem DGB-Kongress. Sie zu fordern, sei gut, sie im Betrieb durchzusetzen, wichtiger.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Udo Böhlefeld, Haidy Damm, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Norbert Hüsson, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

URTEILE

Beschädigtenrente

Auch für Opfer eines „Stalkers"

Nachstellungen eines Stalkers können auch dann als „tätlicher Angriff" zu werten sein, wenn es zwischen Stalker und Opfer nur zu geringfügigen oder gar keinen körperlichen Berührungen kommt.

Der Fall: Die Frau war über fast zwei Jahre nahezu pausenlosen Belästigungen eines Stalkers ausgesetzt: unzählige Anrufe, SMS, Postkarten, Paketsendungen usw. Der Stalker alarmierte unter ihrem Namen wiederholt Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste, beauftragte ein Bestattungsunternehmen sowie diverse Pizza-Dienste und bestellte Versandhausartikel. Daneben lauerte er ihr vor der Wohnung und bei der Arbeit auf, verfolgte sie auf der Straße, bedrohte sie und ihre Kinder sowie Arbeitskollegen. Der Stalker wurde wegen der Übergriffe mehrfach bestraft und verbüßte eine mehrmonatige Freiheitsstrafe. Die Folge für das Opfer war eine schwere psychische Erkrankung. Einen Entschädigungsanspruch nach dem Opferentschädigungsgesetz lehnte das zuständige Versorgungsamt ab, das Gesetz verlange einen „tätlichen Angriff", der Stalker habe die Frau aber praktisch nicht berührt.

Das Landessozialgericht: „Gewaltlose" Nachstellungen eines Stalkers sind in ihrer Gesamtheit als „tätlicher Angriff" im Sinne des Opferentschädigungsgesetzes zu werten, wenn sie den Tatbestand der Nachstellung nach dem Strafgesetzbuch verwirklichen, sich zumindest mit bedingtem Vorsatz auch gegen die gesundheitliche Integrität des Opfers richten und auch mit Zwangswirkungen (Flucht- oder Ausweichverhalten) durch physische Präsenz des Nachstellers (Auflauern, Verfolgen, Festhalten des Opfers) verbunden sind.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 18. März 2010 - L 12 VG 2/06

Elterngeld

Lohnnachzahlung ist zu berücksichtigen

Die Höhe des Elterngeldes richtet sich nach dem im Jahr vor der Geburt des Kindes durchschnittlich erzielten monatlichen Einkommen. Zu diesem gehört auch rechtswidrig einbehaltener und erst aufgrund arbeitsgerichtlicher Verurteilung nachgezahlter Lohn.

Der Fall: Eine Frau, die über viele Jahre als Verkäuferin tätig war, erhielt in den Monaten vor der Geburt ihres Kindes kein Gehalt. Erst nach einer entsprechenden arbeitsgerichtlichen Verurteilung zahlte ihr Arbeitgeber den ausstehenden Lohn. Das zuständige Landesversorgungsamt berücksichtigte diese Nachzahlung jedoch nicht bei der Berechnung und gewährte Elterngeld nur in Höhe des Sockelbetrags (300 Euro). Hiergegen klagte die Frau mit Erfolg:

Das Landessozialgericht: Die Gehaltsnachzahlung ist als Einkommen zu berücksichtigen. Mit dem Elterngeld sollen Eltern, die sich vorrangig um die Kindesbetreuung kümmern, bei der Sicherung ihrer Lebensgrundlage unterstützt werden. Daher soll der betreuende Elternteil einen an seinem individuellen Einkommen orientierten Ausgleich für die finanziellen Einschränkungen des Kindes erhalten. Lediglich einmalige Einnahmen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld, Prämien und Erfolgsbeteiligungen, die für die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht so prägend sind, sind bei der Berechnung des Elterngeldes nicht zu berücksichtigen. Mit diesen Einnahmen ist eine Nachzahlung von rechtswidrig einbehaltenem Lohn nicht vergleichbar.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 3. März 2010 – L 6 EG 16/09

Betriebsrat

Keine Vergütung im Restmandat

Mitglieder eines Betriebsrats im Restmandat können vom Arbeitgeber keine Vergütung für die mit ihrer Betriebsratstätigkeit verbundenen Freizeitopfer verlangen.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 5. Mai 2010 - 7 AZR 728/08

Arbeitslosengeld II

Keine Übernahme von Nachhilfe

Ein Empfänger von Arbeitslosengeld II hat keinen Anspruch auf Kostenübernahme für privaten Schulnachhilfeunterricht bei normaler Lern- und Rechenschwäche.

Es handelt sich hierbei nicht um einen ungewöhnlichen und atypischen Bedarf. Schließlich benötigt ein nicht unerheblicher Anteil der Schülerinnen und Schüler Nachhilfeunterricht. Der Grundsicherungsträger ist nur in Ausnahmefällen verpflichtet, solche Kosten zu übernehmen.

Sozialgericht Bremen,
Beschluss vom 6. Mai 2010 - S 23 AS 409/10 ER

Gesetzliche Unfallversicherung

Berufsgenossenschaft trägt Beweislast

Der Unfallversicherungsträger trägt die Beweislast dafür, dass der Versicherte nach Antritt des versicherten Weges zur Arbeit seine Handlungstendenz dahingehend geändert hat, dass er nicht mehr seine Arbeitsstätte erreichen, sondern sich aus eigenwirtschaftlichen Gründen einer privaten Tätigkeit zuwenden wollte.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 15. April 2010 – L 6 U 3210/09

Opferentschädigung

Kein Anspruch bei Tod nach Einbruch

Verstirbt ein Hauseigentümer nach einem Einbruch, bei dem kein unmittelbarer Kontakt mit dem Täter stattgefunden hat, an den Folgen eines Schlaganfalls, erhält die Witwe keine staatliche Opferentschädigung.

Sozialgericht Dortmund,
Urteil vom 29. Oktober 2009 - S 18 VG 18/09

Bereitschaftszeiten

Sind bei Lkw-Beifahrern wie Vollarbeit

Wechseln sich Berufskraftfahrer auf längeren Touren als Fahrer und Beifahrer ab, so sind die Zeiten als Beifahrer als Bereitschaftszeiten vergütungspflichtig.
Für Bereitschaftszeiten kann – individualrechtlich oder kollektivrechtlich – eine geringere Vergütung als für „Vollarbeitszeit" vereinbart werden. Ist dies nicht geschehen, sind sie wie Vollarbeitszeit zu vergüten.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 4. Februar 2010 – 2 Sa 498/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 14.06.2010 11/10

DGB

inhalt

Seite 3
Mehr Einnahmen
Welche Finanzmarktinstrumente wirklich die Verursacher zur Kasse bitten

Seite 5
Mehr Gerechtigkeit
DGB fordert Reform des Kinderzuschlages und einen Aktionsplan, der Kinderarmut wirksam bekämpft

Seite 7
Mehr Beteiligung
Die neue DGB-Satzung wertet die ehrenamtliche Arbeit im DGB auf

Sparkonzept

Gerecht geht anders

Die Krisenverursacher werden nicht zur Kasse gebeten, stattdessen werden Langzeitarbeitslose mehrfach belastet. Das Sparpaket der Bundesregierung bedroht „die Zukunftsfähigkeit Deutschlands", kritisiert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer das am 7. Juni vorgelegte Eckpunktepapier der Bundesregierung.

Während die Kürzungen bei Arbeitslosen und Familien sich in konkreten Zahlen ausdrücken, herrscht bei der Wirtschaft das Prinzip Hoffnung vor. So heißt es nur vage, dass die Finanztransaktionssteuer international oder auf europäischer Ebene durchgesetzt werden soll. Durch eine Steuer auf Brennelemente hofft die Regierung auf Steuereinnahmen aus der Atomwirtschaft von bis zu 2,3 Milliarden Euro. Dafür können die Energieunternehmen auf längere Laufzeiten für alte Atommeiler hoffen.

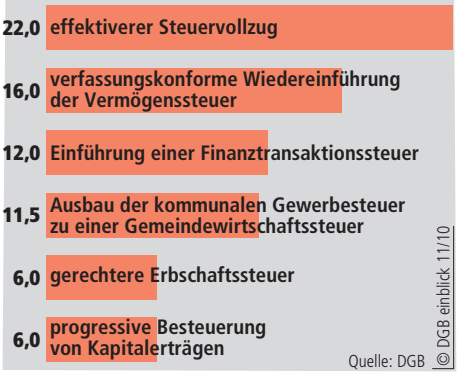
Konkret werden dagegen die Einsparungen im sozialen Bereich benannt: Beim Elterngeld wird gekürzt, bei Hartz IV-BezieherInnen soll das Elterngeld ebenso wie die Beiträge zur Rentenversicherung gleich ganz gestrichen werden. Wegfallen sollen auch die Zuschläge für Arbeitslose beim Übergang vom Arbeitslosengeld I ins Arbeitslosengeld II. Einsparen will man bei der Bundesagentur für Arbeit, indem Jobprogramme künftig nur nach Ermessen vergeben werden. Dabei seien „mehr und nicht weniger Investitionen in Aus- und Weiterbildung notwendig", so DGB-Vorstand Annelie Buntenbach.

„Unser Staat hat kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem", kommentiert Sommer. Die Regierung versuche „auf dem Rücken der Arbeitslosen" zu sparen, so der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirkse. Er fordert stattdessen Steuererhöhungen, denn Deutschland habe innerhalb von Europa bei der Besteuerung von Erbschaften und Vermögen „den Status einer Steueroase". Vor allem in den Kommunen drohten „griechische Verhältnisse, weil sie ihre öffentlichen Dienstleistungen nicht mehr finanzieren können". Zudem soll im Öffentlichen Dienst die Zahl der Bundesbeschäftigten bis 2014 um bis zu 15 000 Stellen sinken.

Dabei ist ein anderer Weg zur Haushaltskonsolidierung möglich. Allein eine Finanztransaktionssteuer bringe mindestens zwölf Milliarden Euro, so Sommer. Stattdessen streiche Schwarz-Gelb „bei den Schwächsten und schont die Besserverdienenden", so der DGB-Vorsitzende. Sommer kündigte an, den Protest gegen das Sparpaket in die Betriebe zu tragen. „Wir halten das für das wirkungsvollere Mittel, als jetzt einmal auf die Straße zu gehen", sagte er, „und das wird der Regierung wirklich wehtun." •

Statt sozialem Kahlschlag: Einnahmen erhöhen

Mögliche staatliche Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte und die geschätzten jährlichen Mehreinnahmen (in Milliarden Euro)



Quelle: DGB

© DGB einblick 11/10

Anstatt den Staat kaputt zu sparen, fordern die Gewerkschaften, die Verursacher der Krise zur Verantwortung zu ziehen – etwa durch einen effektiveren Steuervollzug oder die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und einer Gemeindewirtschaftssteuer.

plusminusBERLIN

+ ***Astrid Rothe-Beinlich (Bündnis90/Grüne) fordert, das rot-grüne Prostitutionsgesetz endlich in den Bundesländern umzusetzen. Arbeitsrechtliche Mindeststandards und Beratungs- und Ausstiegsangebote müssten ausgebaut werden.***

– ***Michael Kauch (FDP) beklagt sich über den vermeintlichen Einfluss der Solar-Lobbyisten im Bundesrat. Der will die Solarförderung nur um 10 statt um 16 Prozent kürzen. Kauch: „Erfreulicherweise handelt es sich um kein Zustimmungsgesetz."***

Der Surf-Tipp fürs Internet

http://survey.ituc-csi.org
2010: Jährliche Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung und Stellungnahmen aus den Gewerkschaften auf einen Blick

POLITIK AKTUELL

ILO-Konferenz

Hausangestellte besser schützen

Die 99. Arbeitskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation ILO hat am 2. Juni in Genf ihre Arbeit aufgenommen. Rund 2500 VertreterInnen von Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen aus 183 Ländern der Welt widmen sich bis zum 18. Juni aktuellen Fragen der Arbeitswelt: Arbeitnehmerrechten, Gesundheitsschutz und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Krise.

Ein zentrales Thema sind in diesem Jahr mehr Rechte für die über 100 Millionen meist weiblichen Hausangestellten. Viele von ihnen sehen sich oft körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt ausgesetzt. Zudem ist ihr gesellschaftlicher Status niedrig. Bis 2011 will die ILO ein Übereinkommen verabschieden, das Hausangestellten ein Leben in Würde ermöglichen und ihnen mehr Rechte geben soll. Ein weiteres wichtiges Thema: der Umgang mit HIV/Aids in der Arbeitswelt. Aids-Kranke und HIV-Infizierte sind alltäglichen Diskriminierungen ausgesetzt, verlieren ihre Arbeit und werden sozial ausgegrenzt. Mit einer ILO-Empfehlung soll ihr sozialer Schutz verbessert und die Prävention gestärkt werden.

Ein Jahr, nachdem die letzte ILO-Arbeitskonferenz einen globalen Beschäftigungspakt beschlossen hat, geht es auch 2010 wieder um eine Beschäftigungspolitik für eine faire Globalisierung. Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierungen diskutieren über Wege, um die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt der Politik zu stellen. Der Normenanwendungsausschuss, der Länder an den Pranger stellt, die gegen die Normen der ILO-Übereinkommen verstoßen, indem sie etwa Gewerkschaftsrechte verletzen, beschäftigt sich in diesem Jahr mit Burma, Costa Rica, Guatemala und Swaziland. •

www.ilo.org

Stopp Pauschale: Gemeinsam mit dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften engagieren sich zahlreiche Verbände und Organisationen im Bündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale" für ein gerechtes Gesundheitswesen. www.stoppauschale.de

Kopfpauschale

Mit dem Kopf durch die Wand

Gesundheitsminister Phillip Rösler (FDP) ist auch mit seinem neuen Vorschlag zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gescheitert. Vor der politischen Sommerpause soll er einen neuen Entwurf vorlegen. Aus Sicht des DGB ändert sich an der Grundproblematik der Kopfpauschale auch durch neue Modelle nichts. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach forderte Rösler auf, „den auf Biegen und Brechen geplanten Einstieg in den Ausstieg aus der solidarischen Finanzierung der GKV endlich zu stoppen".

Röslers Vorschlag sah eine einkommensunabhängige Gesundheitsprämie von durchschnittlich 30 Euro im Monat für alle gesetzlich Versicherten vor. Gleichzeitig sollte der Beitragssatz der Arbeitnehmer von heute 7,9 auf 7,3 des Bruttoeinkommens gesenkt werden und der Arbeitgeberanteil von derzeit sieben auf 7,3 Prozent erhöht werden. Letzteres scheiterte am Koalitionspartner CSU und den Arbeitgeberverbänden. „Das A und O einer gerechten Finanzreform der GKV ist die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung", so Buntenbach. Der DGB will die solidarische Finanzierung auf eine breitere Basis stellen, indem unter anderem Kapitaleinkünfte einbezogen werden.

Unklar ist weiter, wie ein Sozialausgleich aussehen könnte. Nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung würde dieser Bürokratiekosten in Höhe von 250 Millionen Euro jährlich verursachen. Zu einer individuellen Prüfung der Bedürftigkeit seien bislang weder Finanzbehörden noch Krankenkassen oder Kommunen in der Lage, konstatieren die Gesundheitsforscher Stefan Greß und Simone Leiber. •

DGB-Studie zur Bildungsrepublik

Ernüchternde Bilanz

Mehr als anderthalb Jahre nach dem Dresdner Bildungsgipfel hat der DGB eine ernüchternde Bilanz zur Umsetzung der Gipfel-Beschlüsse gezogen. „Bund und Länder setzen ihre Versprechen nur schleppend um. Ob bei den zusätzlichen Milliarden für das Bildungswesen, dem Ausbau der Krippenplätze oder der Senkung der Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss und ohne abgeschlossene Ausbildung – die Fortschritte sind kaum messbar. Gleichzeitig setzen viele Länder bei den Kitas, Schulen und Hochschulen den Rotstift an. Die Bildungsrepublik wird so zur Fata Morgana", erklärte DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. Untermauert wird dieser Befund durch eine Expertise des Essener Bildungsforschers Prof. Klaus Klemm im Auftrag des DGB. Sie belegt: Bei vier von fünf zentralen Versprechungen des Gipfels von Oktober 2008 gibt es kaum Fortschritte, lediglich bei der Zahl der StudienanfängerInnen wurde die avisierte Quote bereits erreicht.

Bund und Länder hatten sich 2008 verpflichtet, bis 2013 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung zu investieren. „Das macht einen Mehrbedarf von 40 Milliarden Euro jährlich aus. Noch immer warten wir auf einen konkreten Plan, wohin dieses Geld fließen und wie die Verteilung zwischen Bund und Ländern aussehen soll", so Sehrbrock. Stattdessen üben sich Bund und Länder in „kreativer Buchhaltung", verbuchen ganz neue Posten im Bildungsbudget wie etwa die Pensionen von Lehrenden und rechnen so den Investitionsbedarf runter. Jetzt wollen die Bundesländer auch noch die Zielmarke von 2013 auf 2015 verschieben. •

Die Studie: www.einblick.dgb.de

DGB und BDA

Tarifeinheit gesetzlich regeln

Die Tarifeinheit soll gesetzlich geregelt werden. Das fordern DGB und die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) in einer gemeinsamen Initiative. Sie schlagen vor, das Tarifvertragsgesetz in diesem Punkt zu erweitern, und haben dazu einen gemeinsamen Vorschlag vorgelegt. BDA und DGB reagieren damit auf die Ankündigung des zuständigen Senats des Bundesarbeitsgerichtes, künftig am Grundsatz der Tarifeinheit nicht mehr festzuhalten, da es keine gesetzlichen Bestimmungen bei konkurrierenden Tarifverträgen in einem Betrieb gebe. Vor diesem Hintergrund sei eine gesetzliche Regelung geboten, „um die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie zu sichern", heißt es im gemeinsamen Papier. Das Prinzip „Ein Betrieb – ein Tarifvertrag" habe sich bewährt und sei im Interesse beider Tarifvertragsparteien, erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Finanzmarktinstrumente

Milliarden für den Haushalt

Eine Finanztransaktionssteuer könnte jährlich einen Betrag zwischen 12 und 37 Milliarden Euro in die Kassen von Bundesfinanzminister Schäuble spülen. Genug Geld, um Kürzungen bei Hartz IV und andere „Neujustierungen von Sozialgesetzen" zu vermeiden, die Haushaltsprobleme aber trotzdem in den Griff zu bekommen.

Seit Monaten debattieren die ExpertInnen in Politik und Wirtschaft über die Frage, mit welchen Methoden den Zockern an der Wall Street und anderen Börsenumschlagplätzen beizukommen ist. Erfolg bislang: gleich Null. Dabei wird munter über Bankenabgabe, Finanztransaktionssteuer und Finanzaktivitätssteuer fabuliert, ohne Absicht und Wirkung der jeweiligen Instrumente auseinander zu halten.

So könnte die **Finanztransaktionssteuer** (FTT) nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) bereits bei einem Steuersatz von 0,01 Prozent weltweit jährlich 200 Milliarden Dollar einbringen. Die FTT soll, ähnlich wie die Mehrwertsteuer, bei jedem Geschäft an den Finanzmärkten erhoben werden – gleichgültig ob Kauf oder Verkauf, ob von Aktien, Devisen oder Derivaten.

Zahlen muss die Transaktionssteuer jede/r, die/der Finanzgeschäfte macht. Wie viel Geld die Steuer dem deutschen Staatshaushalt einbringt, ist abhängig vom Prozentsatz. Bei der vom IWF berechneten und vom DGB gewünschten Höhe von 0,01 Prozent liegt die prognostizierte Einnahme bei rund 12 Milliarden Euro – deutlich mehr, als die geplanten Einsparungen im Sozialetat für den Haushalt 2011 ausmachen. Die jährliche Steuereinnahme könnte bei einem Steuersatz von 0,05 Prozent auf bis zu 37 Milliarden Euro steigen. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband rechnet allerdings damit, dass die Steuer auch zu weniger Spekulation und damit weniger Einnahmen führen könnte – aber auch das könnte ja ein Ziel sein.

Die **Finanzaktivitätssteuer** (FAT), das jüngste Modell in der Debatte, basiert auf Vorschlägen des IWF. Ihre Funktionsweise ähnelt der Gewerbesteuer. Nicht der Handel wird besteuert. Die Finanzinstitute sollen stattdessen eine Steuer auf erzielte Gewinne, Gehaltszahlungen und Boni entrichten. Versicherungen, Kapitalanleger und Hedgefonds sollen ebenfalls zur Kasse gebeten werden. Zu befürchten ist, dass Unternehmen mit vielen MitarbeiterInnen langfristig versuchen, diese „strukturelle Benachteiligung" abzubauen. Werden Belegschaften drastisch verkleinert und finanzaktivitätssteuerpflichtige Gehälter in Honorarzahlungen an (Schein-)Selbstständige umgewandelt, würde sich das bei der Gewinn- und Verlustrechnung sogar noch steuermindernd auswirken.

Anders als uns die Regierung in ihrer Begleitmusik zu den sozialen Kürzungen weismachen will, trägt die so genannte **Bankenabgabe** weder zur Finanzierung des Bundeshaushalts oder künftiger Finanzkrisen bei, noch ist sie ein Instrument, um die Zockerei zu Lasten des Euro und damit der gesamten Europäischen Union einzudämmen. Den Plänen der Bundesregierung zufolge zahlen alle Banken einen jährlichen Anteil in einen Bankensicherungsfonds ein. Aus diesen Mitteln sollen künftig Banken aufgefangen werden, die in „Not geraten".

Kein Ende der Taschenspielertricks: Zum einen geraten Banken nicht passiv „in Not", zum anderen hat allein die „Sanierung" der Hypo Real Estate die SteuerzahlerInnen über 100 Milliarden Euro gekostet, die der Commerzbank 20 Milliarden Euro, und an die Landesbanken sind insgesamt über 40 Milliarden Euro gegangen. Die von der Bundesregierung erwarteten Einnahmen von zwei Milliarden Euro durch die Bankenabgabe reichen für einen Bankenrettungsfonds wohl kaum aus. Die Bankenabgabe ist nicht einmal als Maßnahme geeignet, künftige Bankencrashs zu verhindern – denn, so befürchten Fachleute, letztlich werden die Bankmanager dann noch eher dazu tendieren, sich im Notfall auf den Rettungsfonds zu verlassen.

Staatshilfen 2009 rasant gestiegen

	Von Banken abgerufene Staatshilfen in Milliarden Euro	*In Prozent des Bruttoinlandproduktes*	*Von den Regierungen bereitgestellte Mittel zur Bankenrettung in Milliarden Euro*
Spanien	***0,093***	***0,09***	***250,00***
Portugal	***0,043***	***0,26***	***20,00***
Deutschland	***51,14***	***2,05***	***545,20***
Lettland	***0,96***	***6,20***	***7,44***
Luxemburg	***2,80***	***7,64***	***7,00***
Irland	***35,58***	***19,16***	***388,50***

Quelle: Brüsseler Beihilfenanzeiger

Durch die Bankenrettung explodierten 2009 die Staatshilfen in den 27 Mitgliedstaaten der EU. Allein für den Bankensektor wurden 212 Milliarden Euro in Form von zinsgünstigen Krediten, Garantien oder Kapitalbeteiligungen abgerufen. Insgesamt waren im Jahr zuvor 66,5 Milliarden ausgegeben worden, 2009 summierten sich die Gesamtausgaben auf 279,6 Milliarden Euro.

Nur mit sozialem Raubbau

„Bis 2016 sollen jedes Jahr zehn Milliarden Euro eingespart werden. Das ist nur mit sozialem Raubbau zu erreichen. Dazu sage ich Nein. Man muss auf die Einnahmeseite gucken: Eine Finanztransaktionssteuer bringt mindestens zwölf Milliarden Euro."

Michael Sommer, DGB-Vorsitzender, zur Sparklausur der Bundesregierung am 6./7. Juni 2010

„Der DGB tritt mit aller Entschiedenheit für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer als eine der wichtigen Lehren aus der gegenwärtigen Finanzkrise ein. Mit einer Steuer auf Finanztransaktionen würden kurzfristige Spekulationen eingedämmt. Finanzströme würden transparent. Und sie bringt dringend benötigtes Geld in die öffentlichen Kassen."

DGB-Bundesvorstand, Stellungnahme anlässlich der Öffentlichen Anhörung des Bundestags-Finanzausschusses zu Finanzmarktsteuern am 17. Mai 2010

„Die Bankenabgabe taugt nicht zur Vorbeugung oder für die Finanzierung künftiger Krisen, denn die Kosten der gegenwärtigen Krise würden durch die Bankenabgabe erst in mehr als 60 Jahren eingespielt werden, alle anderen Akteure auf den Finanzmärkten blieben ungeschoren und die Profitabilität der kurzfristigen spekulativen Mehrfachtransaktionen würde nicht geschmälert."

Stellungnahme von attac zur Bundestags-Anhörung

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Filmpreis

AIDS-Drama ausgezeichnet

Die Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika ist eröffnet. Aber nicht nur aus aktuellem Anlass hat der DGB-Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt den Spielfilm „Themba" mit dem diesjährigen DGB-Filmpreis geehrt. Regisseurin Stefanie Sycholt erzählt in ihrem Werk die Geschichte eines jungen südafrikanischen Fußballers, der mit HIV infiziert ist. Sycholts Spielfilm, der in Emden Weltpremiere hatte, erhielt die höchste Wertung durch das Publikum des 21. Internationalen Filmfestes Emden-Norderney. Vier Filme konkurrierten um den DGB-Filmpreis für gesellschaftlich engagierte Filme. Der DGB hat die mit 5000 Euro dotierte Auszeichnung in diesem Jahr bereits zum 13. Mal vergeben. Ein Teil des Preisgeldes soll laut Stefanie Sycholt an ein Kinderheim in Südafrika gehen. •

www.niedersachsen.dgb.de

Foto: Filmfestspiele Emden/Norderney

Hauptdarsteller Nat „Junior" Singo mit Ex-Nationaltorwart Jens Lehmann, der eine Nebenrolle im preisgekrönten Spielfilm „Themba" spielt.

Gelbe Hand

Preisträger geehrt

Der Kampf gegen Rechts ist kein Ritual, sondern tägliches Bekenntnis und tägliche Notwendigkeit, betonte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf dem DGB-Bundeskongress. Eines von vielen gewerkschaftlichen Projekten gegen Fremdenhass und Intoleranz ist die Aktion „Mach meinen Kumpel nicht an" unter dem Zeichen der „Gelben Hand". Alljährlich zeichnet der Trägerverein vorbildliche (Jugend-) Aktionen gegen Rechts in Betrieben oder Berufsschulen aus.

Der erste Preis ging in diesem Jahr an Auszubildende des Ausbildungsrings Ausländischer Unternehmer e.V. aus Nürnberg. Die Jugendlichen haben Lehreinheiten gegen Rassismus konzeptioniert und an Berufsschulen Unterrichtseinheiten durchgeführt. Den zweiten Preis nahmen SchülerInnen des Kaufmännischen Berufsbildungszentrums Halberg in Saarbrücken entgegen. In einem Film haben sie sich mit dem Thema Vorurteile kritisch auseinandergesetzt. Das Lied „Gemeinsam stark" brachte Schülerinnen des Berufsschulzentrums Gesundheit und Soziales aus Chemnitz den dritten Preis ein. Der Vorsitzende des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an e.V.", Giovanni Pollice, würdigte die PreisträgerInnen: „Es sind gerade die kleinen, unspektakulären Aktionen, die eine große und wesentliche Rolle im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit spielen." •

www.gelbehand.de

Deutscher Personalräte Preis

Preisträger gesucht

Die betriebliche Mitbestimmung hat sich in der Krise einmal mehr bewährt. Betriebs- und Personalräte haben erfolgreich Arbeitsplätze gesichert, Betriebsvereinbarungen geschlossen und rechtliche Ansprüche der ArbeitnehmerInnen durchgesetzt. Dieses Engagement will die Zeitschrift „Der Personalrat" in Kooperation mit der HUK Coburg mit dem „Deutschen Personalräte Preis 2010" ehren. Das Motto in diesem Jahr: „Innovative Personalratsarbeit auch in schwierigen Zeiten". Ausgezeichnet werden sollen Initiativen und Projekte, die sich beispielhaft für sichere und vollwertige Arbeitsplätze einsetzen. Personalräte können sich bis zum 30. Juni mit ihren Projekten und Initiativen bewerben. •

www.deutscherpersonalraete-preis.de

DGB-Jugend

Blick ins braune Kinderzimmer

Springerstiefel und Glatze sind out. Seit einigen Jahren bedienen sich Neonazis in Sachen Kleidung, Lifestyle und Symbolik bei anderen Subkulturen, wie etwa dem HipHop oder dem Antifa-Style. Doch woran erkennen Eltern, LehrerInnen, AusbilderInnen oder Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen den Unterschied? Und was kann man dagegen unternehmen? Die DVD „National befreites Zimmer" der DGB-Jugend schafft Abhilfe. Mit Hilfe eines interaktiven Menüs kann man sich durch die verschiedenen Bereiche eines klassischen Jugendzimmers klicken. Was lesen Nazis, welche Musik hören sie, und welche Klamottenmarken sind im braunen Sumpf angesagt? So liefert die DVD umfassende Infos zu rechten Organisationen, Parteien und Gruppen sowie deren Strukturen, Auftreten, Lifestyle, Codes und Symbolen. Außerdem enthalten: Argumente, Aktionen und rechtliche Handlungsmöglichkeiten, um braunes Gedankengut zu bekämpfen. •

DGB-Jugend, DVD „National befreites Zimmer – Infomaterial für die Arbeit gegen Nazis, Faschos & Co.", 3 Euro, www.dgb-bestellservice.de

interregio

••• Angesichts klammer Kassen hat der ***DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt*** ein ***Maßnahmenpaket*** zur Einnahmeverbesserung der Kommunen vorgelegt. In dem Papier „Niedersächsische Kommunen stärken – Einnahmebasis ausbauen – Beschäftigung sichern!" werden die Bundes- und Landesregierung aufgefordert, die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern. Die schwierige finanzielle Lage der Kommunen sei in erster Linie auf ein Einnahmeproblem – nicht auf zu hohe Ausgaben – zurückzuführen. Wenn jetzt nicht gehandelt würde, könnten die Dienstleistungen für die BürgerInnen nicht im gleichbleibenden Umfang aufrecht erhalten werden. Das Maßnahmenpaket umfasst die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftssteuer, den Ausbau des Kommunalen Finanzausgleichs und eine Übernahme der von Bund und Ländern verursachten Kosten.

www.niedersachsen.dgb.de

••• Die ***DGB-Region Ostbrandenburg*** ist ***Partner*** im Projekt Branchendialog in der Mineralölwirtschaft (DIALOG), das seit 1. Januar 2010 unter Federführung des Qualifizierungsförderwerkes Chemie besteht. In dem Projekt arbeiten Sozialpartner aus Polen, Tschechien, der Slowakei, Österreich, Ungarn und dem Land Brandenburg grenzüberschreitend zusammen. Neben dem Erfahrungsaustausch zur Entwicklung von Innovationen und mehreren Netzwerkkonferenzen steht die Gestaltung der Personalpolitik angesichts des demografischen Wandels im Zentrum. Dazu gehören Aus- und Weiterbildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie betriebliche Gesundheitspolitik und alternsgerechte Arbeitsbedingungen.

http://region-ostbrandenburg.dgb.de

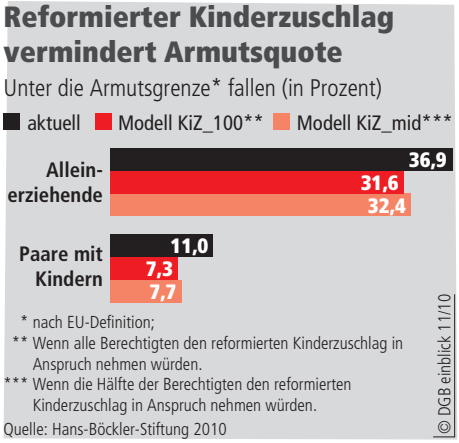
Kinderarmut

Reform des Kinderzuschlags vermindert Armut

Das geplante Sparpaket der Bundesregierung wird die Situation von einkommensschwachen Familien verschlechtern und damit auch das Armutsrisiko von Kindern weiter erhöhen. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach forderte deshalb auf der Fachtagung „Wege aus der Kinderarmut" in Berlin einen abgestimmten Aktionsplan, der die zentralen Armutsrisiken in den Blick nimmt.

Armut trifft überdurchschnittlich häufig Alleinerziehende, Familien mit mehr als drei Kindern und Familien mit Migrationshintergrund. Wenn ein Elternteil oder beide zudem arbeitslos sind, ist Armut programmiert. Dieses Risiko werde nur unzureichend vom Familienlastenausgleich aufgefangen und flankiert durch ein Sozialsystem, das eine Vielzahl von Familien in Hartz-IV Bedürftigkeit verweist, so Buntenbach. Als ein Mittel gegen Kinderarmut fordert der DGB deshalb eine Reform des Kinderzuschlages.

Irene Becker, Wirtschaftswissenschaftlerin an der Universität Frankfurt/Main, hat gemeinsam mit ihrem Kollegen Richard Hauser im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung den Reformvorschlag des DGB untersucht und kommt zu dem Schluss, dass damit die Armutsquote um bis zu einem Drittel gesenkt werden kann. Grundidee des 2005 eingeführten Kinderzuschlages ist: Wer von seinem Arbeitseinkommen zwar sich selbst, aber nicht mehr seine Kinder ernähren kann, soll nicht in den Hartz-IV-Bezug rutschen. In der Praxis hat diese Sozialleistung jedoch bisher wenig Bedeutung, da nur wenige Anträge gestellt und positiv beschieden werden. Denn zuerst muss ermittelt werden, ob ein Hartz-IV-Anspruch bestünde, wenn die Eltern, bzw. Mutter oder Vater, kinderlos wären. Wenn der Bedarf auch mit dem Kinderzuschlag nicht gedeckt werden kann, muss stattdessen Hartz IV beantragt werden. Darauf verzichten aber viele Familien, „aus Unwissenheit oder aus Scham", so Becker. Der DGB fordert deshalb zusammen mit anderen Verbänden in diesen Fällen die Einführung eines Wahlrechts zwischen Kinderzuschlag und Hartz IV, denn der Kinderzuschlag ist im Vergleich zu Hartz IV deutlich akzeptierter bei den Familien. Bisher profitieren vom Kinderzuschlag nur rund 300 000 Kinder. Dem gegenüber stehen 2,5 Millionen Kinder in Armut, davon wohnt rund eine Millionen mit nur einem Elternteil zusammen.



Mit dem Reformmodell des bisherigen Kinderzuschlages kann das erhöhte Armutsrisiko von Alleinerziehenden und Familien mit Kindern verringert werden.

Der DGB schlägt deshalb das Modell des verbesserten Kinderzuschlages vor, mit dem realistisch und zielgerichtet die Armutsquote gesenkt werden kann. Während dieses Modell je nach Inanspruchnahme rund fünf Milliarden Euro koste, seien andere Konzepte – also die Erhöhung des Kindergeldes oder ein Kindergrundeinkommen – mit steuerlichen Belastungen von rund 30 Milliarden „auch mittelfristig schwer darstellbar", so Buntenbach. Der DGB fordert auf der Grundlage des erarbeiteten Reformkonzeptes, den Grundbetrag von bisher 140 Euro auf 200 Euro zu erhöhen und eine Altersstaffelung einzuführen. Zudem sollen die bisherige Höchsteinkommensgrenze wegfallen und die Mindesteinkommensgrenze abgesenkt werden. Nach den Berechnungen des DGB „können von diesem Modell bis zu drei Millionen Kinder profitieren: Kinder, die damit aus dem Hartz-IV-Bezug herauskommen, Familien, die bereits jetzt den Kinderzuschlag erhalten und einkommensschwache Familien", so Buntenbach. Ausreichend sei das Modell dennoch nicht, nur „mit einem Bündel von Maßnahmen" wie dem Ausbau der Kinderbetreuung könne „ein Durchbruch gegen Kinderarmut gelingen".

Der DGB hat deshalb in seinem Positionspapier „Kein Kind zurücklassen" die drei zentralen Armutsdimensionen materielle Armut, Bildung und Gesundheit beschrieben, die „nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen", betont Buntenbach. Besonders das Bildungssystem wirke noch immer „hoch selektiv und trägt zur Verstärkung von ‚vererbten' ungleichen Bildungschancen bei." Und: „Kinderarmut bedeutet immer auch zugleich Familienarmut", deshalb müsse eine erfolgversprechende Strategie auch die Armut der Eltern bekämpfen. Heute seien rund 1,3 Millionen ArbeitnehmerInnen auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen. Arbeitslosigkeit und ein wachsender Niedriglohnsektor bleibe „zentrales Armutsrisiko". •

Kinderschutzbund gegen Sparpaket

„Hier wird am falschen Ende gespart", kritisiert der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes Heinz Hilgers das Sparpaket der Bundesregierung: „Besonders der Wegfall des Elterngelds für Hartz-IV-Empfänger ist ein Skandal. Dadurch wird die Situation junger, arbeitsloser Eltern und insbesondere der Alleinerziehenden massiv verschlechtert." Zudem seien die Folgen der Kürzungen fatal: „Offensichtlich hat die Bundesregierung nicht begriffen, dass die wachsende Kinderarmut in Deutschland das existenzielle Problem für alle künftigen Generationen ist.

Anstatt endlich ein schlüssiges Konzept zur Vermeidung von Kinderarmut vorzulegen, verschärft die Bundesregierung die Situation." Dabei habe das Bundesverfassungsgericht im Februar klar festgestellt, dass Kinder, die von Sozialgeld leben, schon jetzt unter einer mangelnden sozialen Teilhabe leiden. Mit den Sparvorhaben werde diese soziale Schieflage deutlich verschärft. „So setzt Deutschland seine Zukunft aufs Spiel", warnte Hilgers.

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

ver.di kritisiert die Sparpläne für Bundeswehrstandorte. Die negativen Auswirkungen für die Städte und Regionen seien enorm. Gerade in strukturschwachen Gegenden seien die Kasernen ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor.

Die IG BAU fordert einen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro für die Landwirtschaft. Mittelfristig sei für die 300 000 Beschäftigten ein Stundenlohn von 10 Euro notwendig, um eine existenzsichernde Rente aufbauen zu können. Dazu gehöre auch der Umbau der EU-Agrarsubventionen, die sich nach der Anzahl der Arbeitskräfte richten müssten.

Die gemeinsame Abteilung Sozialpolitik von TRANSNET und GDBA hat ihre Arbeit aufgenommen. Sie baut auf die sehr gute Kooperation der letzten Jahre im Bereich Sozialpolitik auf. Nach der Zusammenarbeit in der Tarifpolitik sei dies ein weiterer Schritt zur besseren Vertretung der Mitglieder gegenüber Politik und Arbeitgebern.

Die NGG fordert eine Abgabe auf Einwegflaschen und -Getränkeverpackungen. Nur noch ein Drittel des Mineralwassers werde in Mehrwegflaschen verkauft. Einweg sei aber nicht nur ökologisch unverantwortlich, sondern gefährde auch Arbeitsplätze in der Getränkeindustrie. Für den Verbraucher sei momentan nicht klar erkennbar, ob der Pfand auf Einweg oder Mehrweg gezahlt werde.

DGB-Bundesvorstand

Aufgaben neu verteilt

Kurz nach dem DGB-Bundeskongress hat der wieder gewählte Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand (GBV) in einer mehrtägigen Klausurtagung die Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder neu geordnet. Der DGB-Bundesvorstand hat dies in seiner ersten Sitzung nach dem Kongress gemäß der neuen Satzung bestätigt. Künftig wird der DGB-Vorsitzende Michael Sommer für Personal zuständig sein. In seinen Verantwortungsbereich fällt auch eine neue Abteilung Recht.

Die Verteilung der Zuständigkeiten im Einzelnen:

Der DGB-Vorsitzende **Michael Sommer** vertritt den DGB gegenüber den Spitzen von Regierung, Bundestag, Bundesrat, Parteien sowie Verbänden der Arbeitgeber und Organisationen in der Bundespolitik, ebenso in der europäischen und der globalen Politik und gegenüber den Gewerkschaften. Er ist außerdem zuständig für die Abteilungen Grundsatz und Gesellschaftspolitik, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Internationale Gewerkschaftspolitik, Personal und Recht.

DGB-Vize **Ingrid Sehrbrock** ist zuständig für die Abteilungen Beamte und Öffentlicher Dienst, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Jugend sowie Bildungspolitik und -arbeit.

Dietmar Hexel ist zuständig für die Abteilungen Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik, Mitbestimmungspolitik sowie Organisationspolitik und -entwicklung.

Annelie Buntenbach ist zuständig für die Abteilungen Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik sowie Europapolitik.

Claus Matecki ist zuständig für die Abteilungen Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, DGB-Haushalt und Innere Finanzangelegenheiten, Veranstaltungs-und Innenservice sowie für die Vermögensverwaltung/VTG. •

IGB-Kongress

Die Menschen zählen

Die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sind fatal: 34 Millionen Arbeitsplätze wurden vernichtet, 64 Millionen Menschen zusätzlich in Armut getrieben und mehr als 1,1 Billionen US-Dollar in die Rettungen von Banken und Unternehmen gesteckt. Passiert ist auf politischer Ebene wenig. Lehren aus der Krise – Fehlanzeige. Höchste Zeit, dass sich das ändert und im Mittelpunkt wieder die Menschen stehen.

Der 2. Weltkongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) in Vancouver (Kanada) steht deshalb unter dem Motto: Jetzt zählen die Menschen. Vom 21. bis 25. Juni treffen GewerkschafterInnen aus der ganzen Welt zusammen, um klare politische Signale für eine sozial gerechte und menschenwürdige Arbeitswelt zu geben. Hauptthemen: der Kampf gegen die Krise, mehr Fairness und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt und Maßnahmen gegen den Klimawandel.

Neben den fünftägigen Beratungen über die Zukunft der Arbeitswelt werden Spitzenpositionen des IGB neu gewählt. Kandidat für das Amt des IGB-Präsidenten ist der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, bisher stellvertretender IGB-Präsident. Die derzeitige Präsidentin Sharan Burrow soll den bisherigen Generalsekretär Guy Ryder ablösen, der zur Internationalen Arbeitsorganisation ILO geht. •

www.ituc-csi.org

?...nachgefragt

Foto: Transit/Christian von Polentz

Peter Senft, 61, war von 2006 bis 2009 Sozialreferent in der Deutschen Botschaft in Tshwane/Pretoria (Südafrika). Seit seiner Rückkehr arbeitet er in der Internationalen Abteilung der IG Metall. Senft erklärt, was die Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika für Land und Menschen bedeutet und welche Potenziale sich für Wirtschaft und Gesellschaft bieten.

Die Fußball Weltmeisterschaft in Südafrika bietet Chancen für das Land – wirtschaftlich, aber auch gesellschaftlich. In den vergangenen Jahren hat es in der weißen Bevölkerung einen Wandel gegeben. Fußball war bis dahin ein Sport der schwarzen Bevölkerung. Mittlerweile steht auch die weiße Bevölkerung hinter der WM und der Sportart. Die WM kann dazu beitragen, dass die Gesellschaft weiter zusammen wächst.

Wirtschaftlich ergeben sich aus dem massiven Ausbau der Infrastruktur Potenziale. So ist zum Beispiel das öffentliche Busnetz in den Metropolen wie Johannesburg und Kapstadt ausgebaut worden. Davon profitiert vor allem die schwarze Bevölkerung. Eine bessere Infrastruktur kann außerdem dazu führen, die großen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Metropolen und ländlichen Regionen anzugleichen.

All das verbessert auch die Rahmenbedingungen der industriellen Produktion, etwa der Automobilwirtschaft. Hier ist geplant, den Anteil lokaler Zulieferer zu erhöhen. Das macht Mut für eine weitere positive Entwicklung. Denn: In der Automobilbranche gibt es einen Tarifvertrag mit den sieben großen Herstellern – unter anderem BMW, Mercedes Benz, VW, MAN und Ford. Die Branche ist damit so etwas wie ein Leuchtturm, was Tarif- und Arbeitsbedingungen angeht. Das strahlt hoffentlich auch auf andere Branchen in Südafrika aus.

DGB-Ehrenamt

Die Chancen nutzen

Der DGB setzt künftig vor Ort aufs Ehrenamt. Ehrenamtliche DGB-Kreis- und Stadtverbände bilden seit 1. Juni eine neue, dritte verbindliche Satzungsebene. Für Harald Staier, seit langem ehrenamtlich im DGB-Kreisverband Odenwaldkreis aktiv, ist die Aufwertung des Ehrenamtes im DGB eine überfällige Anerkennung der bisherigen Arbeit der ehrenamtlichen KollegInnen. Damit die neue Struktur zum Erfolgsmodell werden kann, fordert er neben ausreichend Ressourcen auch mehr Beteiligung.

Am meisten hat mich überrascht, als ich im Zuge der Beratungen um die Aufwertung des Ehrenamtes in der neuen DGB-Satzung erfahren habe, **wie wenig ehrenamtliche DGB-Kreis- und Ortsverbände es zurzeit bundesweit gibt,** die funktionieren und kontinuierlich arbeiten. Verwundert hat mich das insofern, weil wir hier vor Ort seit langem erfolgreich als ehrenamtlicher Kreisverband arbeiten. Und nicht nur das: In jeder Stadt, die zum Odenwaldkreis gehört, existieren darüber hinaus flächendeckend DGB-Ortsverbände.

Mit der neuen Satzung verfolgen DGB und Gewerkschaften das Ziel, bundesweit bis 2014 in allen Landkreisen und kreisfreien Städten ehrenamtliche Strukturen aufzubauen. Aus Sicht der aktiven GewerkschafterInnen im Odenwaldkreis ist das nur zu begrüßen. Der Beschluss ist **eine überfällige Anerkennung unserer Arbeit** – durch den DGB, aber auch durch die Mitgliedsgewerkschaften. Schließlich unterstützen wir die Gewerkschaften vor Ort, sogar in der Mitgliederbetreuung, auch wenn das nicht zu den Aufgaben des DGB zählt. Dreimal in der Woche, zwischen 16 und 18 Uhr, beraten ehrenamtliche KollegInnen in unserem DGB-Informationsbüro in Michelstadt ArbeitnehmerInnen zu allen Fragen rund um das Arbeits- und Sozialrecht, die sie bewegen – von Fragen zum Kündigungsschutz über Probleme beim Arbeitslosengeld II-Bezug bis hin zu Fragen zum Rentenbescheid. Wir sind beispielsweise auch erster gewerkschaftlicher Ansprechpartner von Beschäftigten in kleinen Betrieben, in denen kein Betriebsrat existiert.

Über die konkrete Beratung der Beschäftigten hinaus mischen wir uns als DGB-Kreisverband auch in das **politische Geschehen vor Ort** ein. Zum einen in Gremien, so vertrete ich etwa den DGB im Hartz IV-Beirat bei der Kreisverwaltung, zum anderen aber auch mit Veranstaltungen für Gewerkschaftsmitglieder und solche, die es noch werden könnten. Ein besonderes Augenmerk setzen wir bei uns im Kreisverband darauf, **junge Menschen für die Gewerkschaften zu gewinnen.** Gemeinsam etwa mit Schülervertretungen haben wir bereits mehrfach Rockkonzerte veranstaltet. Wir kommen bei den Jugendlichen an, insbesondere mit unserem Engagement gegen Rechtsextremismus. Klares Zeichen: Bereits seit geraumer Zeit gibt es bei uns im Kreis eine DGB-Jugendgruppe.

Ehrenamtliche GewerkschafterInnen sollen künftig in Kreisen und Städten den DGB und die Gewerkschaften repräsentieren und die gewerkschaftlichen Inhalte und Ziele in der regionalen und kommunalen Politik vertreten. Wir erfüllen damit eine wichtige Funktion für DGB und Gewerkschaften. Ich bin mir sicher, **dass wir das leisten können.** Das zeigen auch unsere bisherigen Erfahrungen hier vor Ort im Odenwaldkreis. Allerdings funktioniert das nur, wenn den Ehrenamtlichen vor Ort **genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden** und wir in unserer Arbeit auch weiterhin von hauptamtlichen DGB-Funktionären unterstützt werden.

Aber das reicht allein nicht aus: Um die aktiven ehrenamtlichen KollegInnen bei der Stange zu halten und neue zu gewinnen, brauchen wir auch neue Formen der Beteiligung. Wer auf das Ehrenamt setzt, **muss ernstnehmen, was die Basis will.** Entscheidungen von oben nach unten durchzustellen, funktioniert mit einem solchen Organisationsmodell nicht. Die Bereitschaft, sich in seiner, in ihrer Freizeit für Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechte zu engagieren, ist bei einer ganzen Reihe Kolleginnen und Kollegen da – wenn sie sich mit ihren Positionen und ihrer Arbeit im DGB wiederfinden. Diese Chancen sollten DGB und Gewerkschaften nutzen.

Foto: privat

Harald Staier, 58, kaufmännischer Angestellter, ist seit über zehn Jahren ehrenamtlicher Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes Odenwaldkreis, der zur DGB-Region Südhessen gehört. Der ehemalige langjährige Betriebsrat ist darüber hinaus politisch engagiert in der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der SPD.
www.dgb-odenwaldkreis.de

Mehr Gewicht fürs Ehrenamt

Am 1. Juni ist die neue Satzung des DGB in Kraft getreten. Sie wertet die ehrenamtliche Arbeit im DGB auf. Ehrenamtlich geführte DGB-Kreis- und Stadtverbände bilden künftig eine neue, dritte verbindliche Satzungsebene. Ihre Aufgabe ist es, dort auf Öffentlichkeit und Politik Einfluss zu nehmen, wo die Beschäftigten und die Gewerkschaftsmitglieder wohnen und leben: in den Kommunen und Städten.

Die neue Ebene ergänzt die Arbeit der hauptamtlich geführten neun DGB-Bezirke, in die künftig die DGB-Regionen integriert sind, sowie die des DGB-Bundesvorstandes.

In Kürze wird eine neue Richtlinie erarbeitet werden, die entsprechend der auf dem 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress beschlossenen Satzungsänderung Näheres zu Aufgaben, Struktur und Finanzausstattung der DGB-Kreis- und Stadtverbände regelt.

Die neue Satzung: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

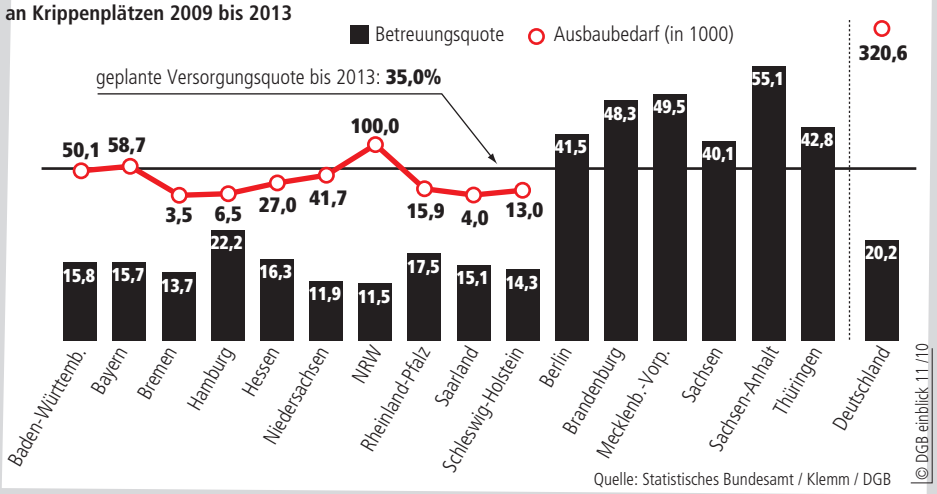
DIES & DAS

die DGB grafik

UNTER DREIJÄHRIGE: Mehr als 300 000 Betreuungsplätze fehlen noch

Bis 2013 soll für 35 Prozent aller Kinder unter drei ein Krippenplatz bereitstehen. Das haben Bund und Länder beim Dresdner Bildungsgipfel 2008 festgelegt (siehe Seite 2). Um diese Quote zu erfüllen, fehlen bundesweit nach wie vor über 300 000 Betreuungsplätze. Im Auftrag des DGB hat der Essener Bildungsforscher Prof. Klaus Klemm in einer Expertise eine Zwischenbilanz zur Umsetzung der Ziele des Bildungsgipfels gezogen. Sein Befund: Bei der derzeitigen Ausbaudynamik wird bis 2013 lediglich eine Quote von 30 Prozent erreicht.

Betreuungsquote von unter Dreijährigen nach Bundesländern 2009 (in Prozent) sowie der Ausbaubedarf an Krippenplätzen 2009 bis 2013



Quelle: Statistisches Bundesamt / Klemm / DGB

personalien

••• ***Jürgen Wechsler,*** 54, ist ab 1. Juli neuer Bezirksleiter des IG Metall-Bezirks Bayern. Er tritt damit die Nachfolge von ***Werner Neugebauer,*** 59, an, der nach 22 Jahren als Bezirksleiter das Amt zum 1. Juli niedergelegt hat. Wechsler war bisher Erster Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle Nürnberg. Der gelernte Mechaniker ist seit 1989 als Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall beschäftigt.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

15.6. ver.di und IG Metall, Workshop „Big Brother im Betrieb", Nürnberg

17.6. DGB, Workshop „Beruf und Pflege – ein Thema für Betriebs- und Personalräte", Offenbach

18.-20.6. DGB-Jugend, Workshop „Yes we organize! Organizing an Hochschulen", Hattingen

20.-23.6. DGB, Veranstaltung „14. Workshop Betriebliche Gesundheitsförderung – Förderung der psychischen Gesundheit", Starnberg am See

21.6. DGB-Sachsen, Konferenz „Behindertenpolitische Konferenz des DGB Sachsen", Chemnitz

22.6. DGB-Bildungswerk, „Netzwerktreffen ARGen und Optionskommunen", Frankfurt/Main

22.6. DGB, Workshop „Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Querschnittsthema gewerkschaftlicher Bildungsarbeit", Hamburg

23./24.6. ver.di, Fachtagung „Gute Aussicht durch Professionalisierung? – Neue Anforderungen an die Aufsichtsräte", Gladenbach

25.-27.6. Hans-Böckler-Stiftung, Global Labour University in Zusammenarbeit mit ver.di, Workshop „HBS-Sommeruni: Arbeit und Leben in den globalen Krisen – Gestaltungsmöglichkeiten für eine andere Welt", Berlin

Tipp

Umweltpreis 2010

Gemeinsam für die Umwelt: Mit dem Umweltpreis 2010 will die Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE erfolgreiche Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in der Wirtschaft auszeichnen. Das Besondere: Der Umweltpreis richtet sich an Unternehmen und Verwaltungen, die gemeinsam mit ihren MitarbeiterInnen innovative Projekte und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz umgesetzt haben. Mitarbeiterbeteiligung sei ein wesentlicher Schlüsselfaktor, um nachhaltige Produktion und Dienstleistung zu ermöglichen, heißt es in der Ausschreibung. Weitere Kriterien für Bewerber: Eine nachweisliche Steigerung der Energieeffizienz, Betriebs- und Personalräte müssen beteiligt worden sein, und der Sitz des Bewerbers liegt in Deutschland. Einsendeschluss ist der 31. August.

www.arbeit-umwelt.de

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Udo Böhlefeld, Haidy Damm, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt

„Die paar Tage ohne Regierungsoberhaupt wird Deutschland locker überstehen. Schließlich kommt das Land seit dem Herbst auch ohne Regierung gut klar."

Der Kabarettist Django Asül am 2. Juni auf www.stern.de zum Köhler-Rücktritt

Arbeitsunfall

Jugend-Fußballer kein Arbeitnehmer

Der Fall: Der Mann, von 1988 bis 1990 A-Jugend-Fußballspieler, trainierte werktäglich je 1 1/2 Stunden. Sonntags fand ein Spiel statt. Der Fußballverein zahlte ihm monatlich 350 DM. Nachdem er sich ei einem Fußballspiel verletzte, stellte er einen Antrag auf Anerkennung als Arbeitsunfall. Er sei Beschäftigter des Vereins gewesen. Über den Einsatz habe der Trainer entschieden, Trainings- und Spielzeiten seien vorgegeben gewesen. Auch für Nichtteilnahme habe dem Verein ein Sanktionsrecht zugestanden. Die Vergütung sei während Erkrankung und Urlaubs – nur nach Rücksprache mit dem Verein möglich – fortgezahlt worden. Die Berufsgenossenschaft lehnte die Feststellung eines Versicherungsfalls und Versicherungsansprüche ab.

Das Bundessozialgericht: Der Mann hat keine versicherte Beschäftigung verrichtet. Er war bei dem Verein nicht beschäftigt. Als aktives Mitglied des Vereins und der A-Jugendmannschaft hatte er dem Verein gegenüber nur die Rechte und Pflichten aus seiner Mitgliedschaft. Allein aus seinem Wunsch, in einer hochrangigen Mannschaft eingesetzt zu werden, ergab sich das Erfordernis, am vom Trainer angesetzten Training und dem sonntäglichen Wettkampf teilzunehmen und den Anweisungen des Trainers zu folgen. Es bestand keine darüber hinausgehende Eingliederung in die Organisation des Vereins und keine Direktionsgewalt der Vereinsführung. Aus der Zahlung einer Aufwandspauschale von 350,00 DM an die Jugendspieler auch bei Krankheit und der Gewährung von Sportkleidung kann nicht gefolgert werden, der Verein habe dies für eine Beschäftigung geleistet. Vielmehr wollte er Talente an sich binden und motivieren.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 27. Oktober 2009 - B 2 U 26/08 R

Spielervertrag

Unangemessene Strafen nicht zulässig

Eine Vertragsstrafenregelung in einem Fußballlizenzspielervertrag, die bei Verstößen gegen die Vertragspflichten als Strafe unter anderem Geldbußen bis zu einem Monatsgehalt vorsieht, stellt eine unangemessene Benachteiligung dar.

Der Fall: Der Vertrag beinhaltete unter anderem einen allgemein gehaltenen Katalog von Pflichten des Spielers sowie eine Sanktionierungsregelung bei Verstößen gegen die Vertragspflichten. Hierdurch konnte der Arbeitgeber Verweise, Ausschlüsse von Clubveranstaltungen sowie Geldbußen bis zur Höhe eines Monatsgehalts verhängen. Während eines Spiels erhielt der Spieler die Rote Karte, er wurde wegen dieser Tätlichkeit vom Sportgericht des Deutschen Fußballbundes für drei Meisterschaftsspiele gesperrt. Der Verein verhängte eine Geldbuße in Höhe eines Monatsgehalts. Die Klage auf Zahlung hatte Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der vertraglich vereinbarte Pflichtenkatalog und die korrespondierenden Sanktionierungen sind nicht eindeutig genug abgefasst, als dass dem Spieler bewusst sein konnte, welche Strafe er vom Verein zu erwarten hatte. Die Vertragsstrafenregelung ist somit rechtsunwirksam. Im Übrigen konnte der Arbeitnehmer seine Arbeitsleistung durch die Sperre zwar nicht vollständig erbringen, aber seine vertraglichen Tätigkeiten außerhalb des Spielbetriebes und des Spielfeldes erfüllen.

Landesarbeitsgericht Düsseldorf,
Urteil vom 1. März 2006 – 4 Sa 1568/05

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 11/10

URTEILE

Gesetzliche Unfallversicherung

Nur Pflichtaufgaben unter Schutz

Der Trainer einer Fußballmannschaft steht bei einem Mannschaftsausflug nur bei den Tätigkeiten unter Versicherungsschutz, die er zur Erfüllung seiner Pflichten als Trainer ausübt, nicht aber bei persönlichen Freizeitbetätigungen (hier: Unfall beim Wasserskifahren).

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,
Urteil vom 25. Juli 2008 - L 4 U 47/07

Ausländische Fußballprofis

Arbeitsgenehmigung kann befristet sein

Ein ukrainischer Berufsfußballer, der nur eine befristete Aufenthaltsbewilligung für seine Tätigkeit für einen bestimmten Sportverein hat, steht ab Beendigung dieser Tätigkeit der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung und hat daher keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Eine Vermittlung als Berufsfußballtrainer ist ausgeschlossen.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 1. Oktober 2009 - L 11 AL 205/06

Stadionverbot

Wenn Radaurisiko gegeben ist

Ein sachlicher Grund für ein bundesweites Stadionverbot ist gegeben, wenn aufgrund von objektiven Tatsachen die Gefahr besteht, dass künftige Störungen durch die betreffenden Personen zu befürchten sind. Eine derartige Gefahr wird regelmäßig bei vorangegangenen rechtswidrigen Beeinträchtigungen vermutet, kann aber auch bei einer erstmals drohenden Beeinträchtigung gegeben sein. Stadionverbote können eine nennenswerte präventive Wirkung nur dann erzielen, wenn sie auch gegen solche Besucher ausgesprochen werden, die zwar nicht wegen einer Straftat verurteilt sind, deren bisheriges Verhalten aber befürchten lässt, dass sie bei künftigen Spielen sicherheitsrelevante Störungen verursachen werden.

Bundesgerichtshof,
Urteil vom 30. Oktober 2009 – V ZR 253/08

Fußballprofi

Keine Zurückstellung vom Zivildienst

Die Tatsache, dass ein Berufsfußballspieler nach seiner Einberufung zum Zivildienst seinen ersten Profivertrag unterzeichnet, begründet nicht seine Zurückstellung. Denn durch die Einberufung erleidet der Fußballprofi keinen beruflichen Nachteil.

Verwaltungsgericht Düsseldorf,
Urteil vom 3. September 2009 - 11 K 4168/09

Freigabe eines Fußballers

Im verkürzten Prozess durchsetzbar

Die für einen Berufsfußballer für einen Vereinswechsel notwendige Freigabe durch den bisherigen Verein kann im Wege der einstweiligen Verfügung geltend gemacht werden. Das gilt vor allem nach einer außerordentlichen Eigenkündigung des Fußballspielers wegen eines erheblichen Lohnrückstands des Vereins.

Arbeitsgericht Leipzig,
Urteil vom 16. Januar 2008 - 2 Ga 2/08

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 28.06.2010 12/10

DGB

inhalt

Seite 3
Gegen neoliberale Sparpläne
Europäische Gewerkschaften kündigen Aktionen und Demonstrationen gegen den sozialen Kahlschlag an

Seite 5
Für soziale Vernetzung
Facebook, Twitter & Co. eröffnen Gewerkschaften und Betriebsräten neue Möglichkeiten der Mobilisierung und Kommunikation

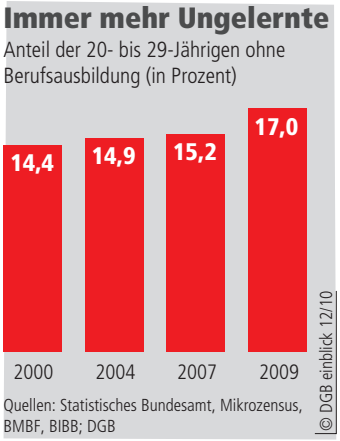
Seite 7
Krisenrezepte
Investitionen und Steuereinnahmen erhöhen – statt zu Lasten der Ärmsten zu sparen

Ausbildungsstellenmarkt

Ausbildung auch in der Krise sichern

Wenige Wochen vor Beginn des neuen Ausbildungsjahres am 1. August schlagen die Arbeitgeber Alarm: In Deutschland seien zurzeit noch 30 000 Ausbildungsplätze unbesetzt, verkündete der Deutsche Industrie- und Handelskammertag und berief sich dabei auf die Auswertung seiner aktuellen Lehrstellenbörse. Die Medien griffen diesen Befund auf: Es herrsche erstmals seit langer Zeit wieder ein Mangel an Bewerbern und nicht an Ausbildungsplätzen, vermeldete etwa die Tagesschau.

Aus Sicht des DGB hat das mit der Lage auf dem Ausbildungsmarkt wenig zu tun. Allein im Ausbildungsjahr 2009 wurden rund 74 000 von der Bundesagentur für Arbeit als „ausbildungsreif" eingestufte Jugendliche in Warteschleifen geparkt, obwohl sie noch einen betrieblichen Ausbildungsplatz suchten. Auch der aktuelle Nationale Bildungsbericht bestätigt: Das Angebot an Ausbildungsplätzen bleibt in fast allen Berufen hinter der Nachfrage zurück – trotz drohenden Fachkräftemangels. Noch immer landen Jahr für Jahr fast 400 000 Jugendliche im „Übergangssystem" zwischen Schule und Beruf – ohne Chance auf eine vollqualifizierende Ausbildung.



Mehr als 1,5 Millionen der 20- bis 29-Jährigen haben keinen Berufsabschluss.

Angesichts solcher Zahlen von einer entspannten Lage auf dem Ausbildungsmarkt zu reden, sei zynisch und schlicht falsch, erklärt Matthias Anbuhl, Abteilungsleiter für Bildungspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Die schlechte Ausbildungsbilanz im Krisenjahr 2009 zeige einmal mehr die Achillesferse des deutschen Ausbildungssystems: „Die Zukunftsperspektiven junger Menschen sind abhängig von der konjunkturellen Lage der Wirtschaft."

Während Arbeitgeber und Bundesregierung seit sieben Jahren eine entspannte Lage auf dem Ausbildungsmarkt verkünden, steigt die Zahl der jungen Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung. Mehr als 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keinen Berufsabschluss. Auf sie wartet allzu oft ein Leben, das geprägt ist von Langzeitarbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung. „Die soziale Spaltung in unserem Bildungssystem bleibt das größte Problem", stellt DGB-Vize Ingrid Sehrbrock fest.

Unabhängig davon bleiben tatsächlich Ausbildungsplätze unbesetzt. Die BewerberInnen seien nicht geeignet, hätten gravierende Schwächen in Mathematik oder der Rechtschreibung, lamentieren die Arbeitgeber. Eine Analyse des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigt, dass die Ursachen für unbesetzte Ausbildungsplätze oft auch bei den Betrieben liegen. So kritisieren die BIBB-Forscher das wenig planvolle Anwerbeverhalten vieler Unternehmen. Viele Stellen würden nicht bei der Bundesagentur gemeldet, die Kommunikation über Messen und Annoncen nur unzureichend genutzt. Vielfach handele es sich bei den unbesetzten Ausbildungsplätzen auch nur um latent vorhandene Stellen, die nicht aktiv beworben werden, so das BIBB. •

plusminusBERLIN

+ ***Die Vorsitzende der CSU-Arbeitnehmervereinigung (CSA), Gabriele Stauner, hat die „soziale Schieflage" des Sparpakets der Bundesregierung kritisiert. Zugleich kritisierte sie die „in Sachen Erhöhung des Spitzensteuersatzes so renitenten FDP-Yuppies".***

– ***Bayerns FDP-Fraktionschef Thomas Hacker wies die Kritik der CSU-Arbeitnehmer zurück. Hacker: Das Sparpaket sei intensiv diskutiert worden, es wird nun „umgesetzt – auch wenn sich Frau Stauner auf den Kopf stellt und mit den Füßen wackelt".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.gerecht-und-sozial.de
Aktionsseite des DGB Nord zur Vernetzung gegen die Spar- und Strukturmaßnahmen der Landesregierung Schleswig-Holstein

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
„Auf dem Arbeitsmarkt handeln, um den Aufschwung zu erhalten" Stellungnahme der Global Unions zum G8/G20-Gipfel in Ontario/Kanada 25.-27. Juni 2010

POLITIK AKTUELL

Arbeitnehmerdatenschutz

Heftige Kritik am neuen Entwurf

Datenschützer und Gewerkschaften haben den Entwurf der Bundesregierung zum Arbeitnehmerdatenschutz *(einblick 8/10)* bei einer Anhörung im Bundesinnenministerium am 18. Juni heftig kritisiert. Als „vollkommen untauglich" bezeichnete ver.di-Vize Gerd Herzberg den Entwurf, der „noch hinter die geltende Rechtsprechung zurückfällt". Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hatte bereits vor der Anhörung „deutliche Korrekturen" gefordert. Die Position der Beschäftigten würde „erheblich verschlechtert". Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar bemängelte, der Entwurf erlaube die Überwachung von Arbeitnehmern schon, um arbeitsvertragliche Nebenpflichten zu kontrollieren. Ein Arbeitgeber, der die private Nutzung der betrieblichen E-Mail-Adresse verboten hat, könnte damit „auf alle Mails zugreifen, um zu kontrollieren, ob private Mails dabei sind". Es könne der Eindruck entstehen, dass das, was in Unternehmen wie Lidl oder der Bahn AG beanstandet wurde, „nun nachträglich legalisiert werden soll", sagte Schaar. •

Leiharbeit

EU-Richtlinie umsetzen

Die IG Metall hat die Bundesregierung aufgefordert, die Beschäftigten in Leiharbeit vor Missbrauch zu schützen. „Notwendig sind gesetzliche Rahmenbedingungen, die die Verleihdauer einschränken, faire Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung sicherstellen", sagte der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel, auf einer Tagung am 17. Juni in Berlin. Der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegte Entwurf zur Neufassung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) sei weder ausreichend noch entspreche er der EU-Richtlinie zur Leiharbeit. Stammbeschäftigte könnten weiterhin durch billigere LeiharbeitnehmerInnen ersetzt werden. „Leiharbeit bleibt damit ein Instrument für Lohndumping." Damit folge die Bundesregierung den Interessen der Leiharbeitslobby, so Wetzel. Auch DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach kritisierte den Gesetzentwurf als „enttäuschend". Zwar werde der „lange überfällige Mindestlohn" in Aussicht gestellt, die „groben Ungerechtigkeiten" blieben jedoch bestehen. „LeiharbeiterInnen müssen flexibel sein, tragen ein hohes Risiko am Arbeitsmarkt und sind gesundheitlichen Risiken ausgesetzt. Dafür sollten sie wenigstens eine anständige Bezahlung erwarten können. Das bedeutet: Gleiches Geld für gleiche Arbeit." Die Gewerkschaften fordern deshalb eine zügige und umfassende Umsetzung der EU-Leiharbeitsrichtlinie, in der – neben „Equal Pay" – festgelegt ist, dass LeiharbeitnehmerInnen nur vorübergehend eingesetzt werden dürfen. •

Bundesarbeitsgericht

Tarifeinheit gekippt

Es hatte sich bereits abgezeichnet: Der 10. Senat des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) hat sich in seiner Entscheidung am 23. Juni dem 4. Senat angeschlossen und damit den Grundsatz der Tarifeinheit endgültig gekippt *(BAG, Beschl. v. 23.6.2010 – 10 AS 2/10 und 10 AS 3/10)*. Zukünftig können in Betrieben mehrere Tarifverträge nebeneinander gelten. Im Januar hatte der 4. Senat des BAG eine Entscheidung in diese Richtung gefällt und den 10. Senat aufgefordert, sich dieser Rechtsprechung anzuschließen. Der DGB und der Arbeitgeberverband BDA kritisieren die Entscheidung. Sie hatten im Vorfeld in einer gemeinsamen Initiative den Gesetzgeber aufgefordert, die Tarifeinheit jetzt im Tarifvertragsgesetz zu verankern. „Das Prinzip 'ein Betrieb – ein Tarifvertrag' hat sich bewährt", erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Die Gewerkschaften befürchten eine Zersplitterung der Tariflandschaft „mit negativen Folgen für Beschäftigte und Unternehmen", so Sommer. •

Gesundheit

Sonderbeitrag für Arbeitgeber

Um das prognostizierte Milliardendefizit der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und drohende Krankenkassenpleiten abzuwenden, fordert der DGB die Einführung eines Sonderbeitrages für Arbeitgeber. Der DGB schlägt vor, dass er ebenso wie der 2005 eingeführte Arbeitnehmer-Sonderbeitrag 0,9 Prozentpunkte ausmachen soll. „Es wäre ein fatales Signal, wenn nach dem ersten Sparhammer der Koalition die milliardenschweren Belastungen in der GKV einseitig bei den Versicherten und Beschäftigten abgeladen werden", sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. „Durch einen solchen Solidarpakt und eine 100-prozentige Ausfinanzierung des Gesundheitsfonds kann auf die Erhebung von unsozialen Zusatzbeiträgen ganz verzichtet werden." •

Anzeige

Otto Brenner Stiftung

OTTO BRENNER PREIS 2010

KRITISCHER JOURNALISMUS

»Kritischer Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten«

Preis-Kategorien: Otto Brenner Preis (1. Preis, 2. Preis, 3. Preis)
Otto Brenner Preis „Spezial" (Leitartikel, Kommentar, Essay)
Doppelkategorie Newcomer- / Medienprojektpreis
drei «Recherche-Stipendien» in Zusammenarbeit mit netzwerk recherche e.V.

Der Otto Brenner Preis ist mit einem Preisgeld von insgesamt **45.000 Euro** dotiert

Die Bewerbungsformulare und alle wichtigen Informationen zum Preis finden Sie unter: **www.otto-brenner-preis.de**

Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 13. August 2010

© Foto: www.marco-urban.de

Wirtschaftskrise in Europa

Gewerkschaften gegen neoliberale Sparpläne

Europas Regierungen reagieren auf die Wirtschaftskrise mit neoliberalen Strategien und Angriffen auf Arbeitnehmerrechte: Abbau des Kündigungsschutzes, Einsparungen im öffentlichen Dienst, Privatisierungen, höheres Renteneintrittsalter bei gleichzeitigen Rentenkürzungen. Für den Herbst haben die Gewerkschaften europaweit Aktionen und Demonstrationen angekündigt.

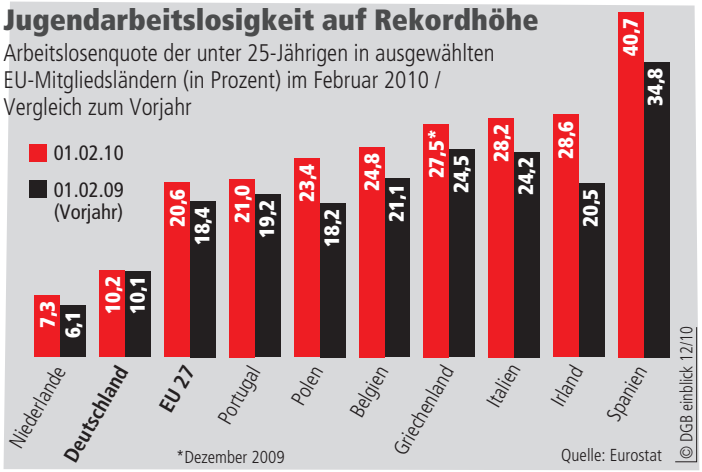
Die Kritik der Gewerkschaften ist grundsätzlich. Sie fordern einen klaren Kurswechsel. Die europäischen Regierungen hätten „in Panik dem Druck der Finanzmärkte nachgegeben", so John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). „Diese Panikreaktionen werden die geschwächte Wirtschaft hart treffen. Die Regierungen riskieren damit eine europaweite Rezession." Für den 29. September kündigt der EGB Aktionen in vielen europäischen Ländern und eine zentrale Demonstration in Brüssel an. Die spanischen Gewerkschaften UGT und CCOO haben für diesen Tag zum Generalstreik aufgerufen.

Gleichzeitig halten die Proteste in den europäischen Ländern an. In Portugal, Rumänien und Frankreich, Griechenland und Spanien gab es bereits Aktionen gegen die Pläne der Regierungen: Kürzungen bei den Renten, Arbeitsmarktreformen und weitere Privatisierungen.

So plant Spaniens sozialistische Regierung eine Arbeitsmarktreform, mit der der Kündigungsschutz abgebaut werden soll. Unternehmen, die in finanziellen Schwierigkeiten stecken, müssen bei Entlassungen künftig deutlich weniger Abfindung zahlen. Kann der Betrieb nachweisen, dass er seit sechs Monaten rote Zahlen schreibt, sinkt die Abfindungshöhe im Kündigungsfall von zuvor durchschnittlich 45 Tagen Gehalt pro Dienstjahr auf nur noch 20 Tage. Die alte Regelung diente den spanischen Arbeitgebern in den vergangenen Jahren als Begründung für die steigende Zahl befristeter Arbeitsverträge. Mittlerweile ist jede/r dritte Arbeitnehmer/in nur befristet eingestellt. „Wenn das Gesetz in Kraft tritt, wird es einfacher werden, Menschen zu entlassen", so Ignacio Fernández Toxo, Generalsekretär der Gewerkschaft CCOO. „Trotz allem, was gesagt wird: Befristete Beschäftigungsverhältnisse werden zunehmen, und die gemeinschaftlichen Tarifverhandlungen werden geschwächt."

Am 22. Juni hat das spanische Parlament mit knapper Mehrheit die umfassende Arbeitsmarktreform der Regierung Zapatero beschlossen. Zuvor hatte es bereits ein erstes Sparpaket verabschiedet, mit dem bis 2011 rund 15 Milliarden Euro eingespart werden sollen. Die Gehälter im öffentlichen Dienst werden durchschnittlich um fünf Prozent gekürzt. Gleichzeitig soll die Mehrwertsteuer um zwei auf 18 Prozent und das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre erhöht werden. Spaniens Regierung lässt die Verursacher der Krise bei der Beteiligung an deren Kosten weitestgehend außen vor: Weder ist eine Börsentransaktionssteuer vorgesehen, noch soll die sehr niedrige Steuerpauschale auf Kapital- oder Börsengewinne derzeit erhöht werden. Auch die Vermögenssteuer wird zunächst nicht reaktiviert, die erst 2008 abgeschafft wurde.

In Griechenland rufen die Gewerkschaften nach einer massiven ersten Protestwelle für den 29. Juni zu einem weiteren Generalstreik auf. Die griechische Regierung hat ebenfalls eine Lockerung des Kündigungsschutzes beschlossen, mit der ArbeitnehmerInnen einfacher, in größerer Zahl und mit geringeren Abfindungen entlassen werden können. Bei Neueinstellungen von Beschäftigten unter 25 werden niedrigere Einstiegsgehälter gestattet. Der Gewerkschaftsdachverband GSEE wies die Verordnungen als „inakzeptabel und nicht verfassungsgemäß" zurück. •



Die Perspektivlosigkeit der Jugend ist zentrales Thema bei den gewerkschaftlichen Protesten gegen die Sparpakete der europäischen Regierungen. In den meisten europäischen Ländern steigt die Jugendarbeitslosigkeit weiter. Unter zehn Prozent lag sie Anfang 2010 nur in den Niederlanden und Norwegen. In Spanien haben rund 40 Prozent der unter 25-Jährigen keinen Job.

„Gerecht geht anders"

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di will mit einer umfassenden, dauerhaft angelegten Aktionsplattform Druck gegen die „Politik der sozialen Schieflage" aufbauen. Unter der Überschrift „Gerecht geht anders" will ver.di den Protest in Betriebe und Verwaltungen tragen.

„Wir müssen den Druck aufbauen und steigern. Und wir werden den Beschäftigten, ihren Familien und Nachbarn deutlich machen, welche Folgen die schwarz-gelbe Politik konkret für sie hat", erklärt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Besonders die Finanznot von Städten und Gemeinden, die sich durch politische Entscheidungen in Bund und Ländern immer weiter verschärft, gefährde den sozialen Zusammenhalt.

Weitere Themenschwerpunkte sind „Sozialer Kahlschlag", „Zwei-Klassen-Medizin" und „Rente mit 67". ver.di will zudem bei vielfältigen Informationsveranstaltungen, in Betriebs- und Personalversammlungen, sowie in unterschiedlichsten Aktionen in allen Regionen mobilisieren.

www.gerecht-geht-anders.de

PROJEKTE UND PARTNER

neueBücher

Denis Goldberg, ein weißer Südafrikaner, überzeugter Kommunist, Humanist und Kämpfer gegen Apartheid, hat seine sehr persönliche Lebensgeschichte vorgelegt. Sie zeigt, dass es für Weiße in Südafrika eine Alternative zur Apartheid gab, eine Alternative, die Mut verlangte. In seinem Buch beschreibt Goldberg nicht nur seine unermüdliche Mitwirkung am Aufbau Südafrikas, Kindern Bildung zu ermöglichen und Kunst zu fördern. Er erzählt auch sehr persönliche Dinge aus der Kindheit, über seine Eltern oder seine beiden Ehen, über die psychischen Auswirkungen von Untergrundkampf und 22 Jahren Haft im Hochsicherheitsgefängnis von Pretoria. Der Techniker des bewaffneten Arms des ANC, einer der Kommandeure, nach der Haft im Exil Vertreter des ANC bei den Vereinten Nationen, kann nun melden: Auftrag erfüllt, Mauern eingerissen! Südafrika ist eine Demokratie, sein Lebensziel ist erreicht. Denis Goldberg, Mitkämpfer und Freund von Nelson Mandela, Oliver Tambo und Desmond Tutu, ist wie diese einer der Väter des heutigen Südafrika. Seine Biografie ist ein Geschichtsbuch vom Kap der Guten Hoffnung, spannend und lesenswert.

Denis Goldberg: Der Auftrag – ein Leben für die Freiheit Südafrikas, Assoziation A Verlag, Hamburg/Berlin, 303 Seiten, 19, 80 Euro

Bildungskampagne

GEW unterstützt 1GOAL

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützt die globale Bildungskampagne 1GOAL. Ziel der Kampagne ist es, das Recht auf Bildung weltweit bis 2015 durchzusetzen. Träger sind der Weltfußballverband FIFA, die nationalen Bildungsgewerkschaften und Entwicklungs- und Kinderrechtsorganisationen. Assibi Napoe, Gewerkschafterin und Vorsitzende der globalen Kampagne für Bildung, erklärt, was Fußball und Bildung verbindet: „Fußball selbst ist bildend – wer Fußball spielt, lernt Disziplin, Toleranz, Niederlagen einstecken. Außerdem vereint er Menschen weltweit. Deshalb nutzen wir die WM in Südafrika, um Bildung voranzubringen."

Auch die GEW sieht gute Chancen, in Kooperation mit Schulen, Sportvereinen und Organisationen, eine breite Öffentlichkeit für das Millenniumsziel „Bildung für alle" zu mobilisieren. Neben Unternehmen, Fußballclubs und NGOs unterstützen viele Stars und Profifußballer die Kampagne. Neben den ehemaligen Fußballstars Zinédine Zidane, Pelé und Eusébio gehört Jérôme Boateng, Mitglied der deutschen WM-Fußball-Nationalmannschaft, zu den Unterstützern von 1GOAL. •

www.join1goal.org

www.gew.de/1GOAL_Bildung_fuer_alle.html

Otto-Brenner-Preis 2010

PreisträgerIn gesucht

„Kritischer Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten" heißt es auch in diesem Jahr wieder, wenn der Otto-Brenner-Preis für herausragende journalistische Leistungen vergeben wird. Bis zum 13. August können Medienschaffende aus Print, Rundfunk und Internet ihre Beiträge bei der Otto-Brenner-Stiftung einreichen. Neben den drei Hauptpreisen werden zudem Sonderpreise in den Kategorien Spezial, Newcomer-/Medienprojekt sowie drei Recherche-Stipendien vergeben. In der Jury sitzen unter anderem der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, sowie die Journalisten Heribert Prantl, Sonia Mikich, Thomas Leif, Harald Schumann und der Medienforscher Volker Lilienthal. •

www.otto-brenner-preis.de

„Mitbestimmungsrechte nutzen"

Aufsichtsrat des Monats

Foto: Steffen Fuchs

Aufsichtsrat des Monats im Juni ist **Heinz Schmitt.** Er vertritt die Interessen der Beschäftigten bei der HeidelbergCement AG als Betriebsratsvorsitzender und als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender. IG BAU-Mitglied Schmitt arbeitet seit 1986 im Unternehmen. Sein Motto: „Wer das Recht hat, mitzubestimmen, der muss dies auch nutzen und Verantwortung übernehmen." Im aktuellen Fragebogen zum Aufsichtsrat des Monats schildert Schmitt, welche Herausforderungen das Unternehmen während der Krise stemmen musste und wie dies die Arbeit im Aufsichtsrat beeinflusst hat. *www.dgb.de/-/p0K*

interregio

••• Der ***DGB Hessen-Thüringen*** lehnt die ***Sparpläne*** der hessischen Landesregierung ab, Arbeitsgerichte zusammenzulegen oder Standorte ganz zu streichen. Um die Auswirkungen abzuschwächen, fordert der DGB als Ersatz für die Streichungen und Zusammenlegungen Außenkammern oder Gerichtstage. So könnten Bürgernähe und gut funktionierende Strukturen bewahrt werden. Dies sei im Interesse der Rechtsuchenden, für die die Arbeitsgerichte eingerichtet sind.

www.hessen.dgb.de

••• ***TRANSNET*** kritisiert das geplante ***Tariftreuegesetz*** im Saarland als ungenügend. Tariftreuegesetze seien notwendig, um Lohn- und Sozialdumping entgegenzuwirken. Im geplanten Gesetz könne jedoch ein beliebiger Tarifvertrag zugrunde gelegt werden. Darüber hinaus ende das Gesetz 2015 – der Sinn dieses „Verfallsdatums" sei unklar. TRANSNET ruft die saarländische Jamaika-Koalition auf, das Gesetz zu überarbeiten.

www.transnet.org/TRANSNET-Regionen/West/.Aktuelles

••• Mehr als 6000 GewerkschafterInnen haben am 10. Juni an ***Protestaktionen*** der ***IG Metall in Baden-Württemberg*** gegen die schlechte Ausbildungs- und Arbeitssituation der jungen Generation teilgenommen. Mit mehreren tausend gelben Aktionsbällen – den „Show Balls" – machten die TeilnehmerInnen deutlich, wie sie sich eine gerechte und faire Arbeitswelt vorstellen. „Was wir brauchen, ist mehr Sicherheit und weniger Armut durch reguläre Jobs", forderte Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Es sei unverantwortlich, wenn Praktika, Leiharbeit und befristete Jobs nicht die Ausnahme, sondern die Regel seien. Die Aktion fand zeitgleich in Stuttgart, Rastatt, Friedrichshafen, Offenburg und Aalen statt. *www.bw.igm.de*

Gewerkschaften und soziale Netzwerke

Vernetzt auf allen Kanälen

Facebook, Twitter & Co. – Fluch oder Segen: Auch in den Gewerkschaften scheiden sich an den sozialen Netzwerken im Web 2.0 die Geister. Fest steht: Ihre Bedeutung wächst – immerhin zählt allein Facebook in Deutschland zurzeit knapp 10 Millonen meist junge NutzerInnen, Tendenz steigend.

Auch die Gewerkschaften sind zunehmend in den sozialen Netzwerken aktiv.

Die Empörung der Arbeitgeber war groß am 22. September des vergangenen Jahres. Der Anlass: Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hatte entschieden, dass zu den gewerkschaftlichen Arbeitskampfaktivitäten auch ein „Flashmob" gehören kann. Der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg hatte im Rahmen eines Arbeitskampfes eine rund einstündige Aktion organisiert: 40 Personen suchten überraschend eine Einzelhandelsfiliale auf, packten dort Einkaufswagen voll, die sie dann aber stehen ließen, und verursachten durch den koordinierten Kauf von geringwertigen Artikeln lange Schlangen an den Kassen.

Die Aktion fand 2007 statt – in einer Zeit also, als soziale Netzwerke im Internet – Facebook, Twitter & Co. – für die meisten noch ein Buch mit sieben Siegeln waren, auch für die Gewerkschaften. Folgerichtig bereitete der ver.di-Landesbezirk den Flashmob über seine Homepage vor: „Gib uns Deine Handy-Nummer, und dann lass uns zu dem per SMS gesendeten Zeitpunkt zusammen in einer bestreikten Filiale, in der Streikbrecher arbeiten, gezielt einkaufen gehen."

Mittlerweile lassen sich Flashmobs problemlos ohne Kenntnis der Handy-Nummern oder der E-Mail-Adressen aktionsbereiter Menschen organisieren. Das zeigt ein Beispiel aus Italien, wo Blogger für den 5. Dezember vergangenen Jahres in den sozialen Netzwerken zum Flashmob „No Berlusconi Day" aufgerufen hatten. In weniger als einer Woche hatten sich mehr als 20 000 UnterstützerInnen für diese Aktion gesammelt. Die Polizei bezifferte am Ende die Zahl der Flashmobber auf 90 000, die Organisatoren auf 350 000 Menschen.

Die sozialen Netzwerke eröffnen auch Gewerkschaften und Betriebsräten neue Möglichkeiten der Mobilisierung und Kommunikation – direkt, schnell und interaktiv. Mehr Präsenz von GewerkschafterInnen bei Facebook, Twitter & Co. wünscht sich deshalb Andreas Skowronek, Journalist und Arbeitsrechtler, der sich seit längerem mit den sozialen Netzwerken auseinandersetzt. Er weiß aber auch: Ein Ersatz für die herkömmlichen Kommunikationskanäle der Gewerkschaften sind sie nicht, wohl aber eine zeitgemäße Ergänzung, vor allem für junge Zielgruppen. Ähnliches gilt auch für die Aktionsformen, die mit den neuen Medien entstanden sind. „Flashmobs werden den herkömmlichen Arbeitskampf nicht ersetzen", stellt Thomas Klebe, Justiziar der IG Metall, fest. „Sie können ihn allenfalls unterstützen – besonders in Bereichen, in denen die Gewerkschaften nicht so durchsetzungsstark sind."

Wer heute bei Facebook und Twitter nach DGB, IG Metall oder ver.di sucht, wird natürlich fündig. Eine optimal vernetzte Informationsarbeit steht und fällt aber mit der „kritischen Masse", betont Skowronek. Nur eine große Zahl von GewerkschafterInnen, Betriebsräten und Vertrauensleuten garantiere, dass zum Beispiel ein regionaler Missstand in der ganzen Republik bekannt wird. Berichtet etwa ein im Rheinland ansässiges Medium darüber, dass ein Unternehmen eine Betriebsratswahl torpediert, ist es mit den herkömmlichen Kommunikationskanälen eher unwahrscheinlich, dass sich dies von Flensburg bis Bad Tölz herumspricht. Ereignisse ohne eine bundesweite Bedeutung gelangen nun mal nicht in überregionale Medien. Facebook, Twitter & Co. schaffen hier Abhilfe, indem sie es ermöglichen, dass sich eine Nachricht von „Mund zu Mund" quer durchs Land verbreitet.

Soziale Netzwerke vernetzen zudem alle Informationskanäle miteinander, auch weitere neue Informationsquellen von gewerkschaftlichen Blogs bis hin zu Internet-Fernsehen wie dem „Streik-TV" von ver.di. Skowronek sieht zahlreiche Möglichkeiten, Facebook & Co. für die Gewerkschaftsarbeit zu nutzen – von der Mobilisierung bei Aktionen bis hin zur Wiederbelebung gewerkschaftlicher Betriebsgruppen oder als Kommunikationsplattform für Ehrenamtliche. Ein Selbstläufer seien sie aber nicht, betont er. Wichtig sei auch, sich wirklich auf das Medium einzulassen. Und das heißt auch, zu akzeptieren, dass die sozialen Netzwerke nicht als Einbahnstraße funktionieren. „Dialog und Interaktion sind das A und O", betont er. •

Direkte Kommunikation

Die Kommunikation in den sozialen Netzwerken hat eigene Gesetze und eine eigene Dynamik. Wer sie strategisch nutzen will, muss die Besonderheiten kennen:

- ***Direkte Kommunikation ersetzt mittelbare***
- ***Dialog statt Verlautbarung: Dialoge müssen und können angestoßen werden***
- ***Journalisten verlieren ihre Gatekeeper-Funktion***
- ***Die Kommunikation wird persönlicher***
- ***Texte, Bilder, Ton, Videos: Problemlos lassen sich unterschiedliche Medien einsetzen und vernetzen***
- ***Transparenz schafft Glaubwürdigkeit***
- ***Vernetzung und Verlinkung erweitern den Adressatenkreis***
- ***Realer und virtueller Raum verschmelzen miteinander***
- ***Dynamik und Interaktion sind das A & O für erfolgreiche Kommunikation in den sozialen Netzwerken***

Datenschutz

Allseits bekannt: Facebook tut sich schwer mit dem Datenschutz. Doch längst gibt es Werkzeuge (www.reclaimprivacy.org/facebook) oder Video-Anleitungen (www.youtube.com/watch?v=4Qdl1ILBOqM), die zeigen, wie die NutzerInnen ihre Privatsphäre schützen können.

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die GdP kritisiert die Pläne der Bundesregierung, mehr als 10 000 Stellen bei Bundesbehörden einzusparen, als „widersinnig". Ein weiterer Abbau bei Bundespolizei und Bundeskriminalamt werde zur Gefahr für die innere Sicherheit. Die Polizei habe bereits massiv Stellen abgebaut.

Für die NGG ist klar: Das Gastgewerbe hat die Entwicklungen in der Aus- und Weiterbildung verschlafen. Dies zeigten die Ergebnisse der Saisonumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). Ursachen für fehlende Azubis und Beschäftigte seien die schlechten Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen.

Die IG BAU und der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) warnen vor Kürzungen beim Klimaschutz. Die Fördermittel für die CO_2-Gebäudesanierung dürften nicht gestrichen werden. Öffentliche Gebäude müssten dringend saniert werden. Dies brächte auch Beschäftigungsimpulse für kleine und mittlere Handwerksunternehmen.

ver.di wehrt sich gegen die Verfahrenseinstellung in der Telekom-Bespitzelungsaffäre und will dafür kämpfen, dass die verantwortlichen Spitzenmanager belangt werden. Die betroffenen ArbeitnehmervertreterInnen seien entsetzt über die Einstellung der Ermittlungen, schließlich gehe es um massive Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte.

IGB-Kongress

Gerechte Globalisierung

Unter dem Motto „Jetzt zählen die Menschen – Aus der Krise mit globaler Gerechtigkeit" tagt vom 21. bis 25. Juni der 2. Weltkongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Rund 1400 Delegierte aus mehr als 150 Ländern debattieren im kanadischen Vancouver die Themen Globalisierung und Arbeitnehmerrechte. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem auch der Klimawandel und der Kampf gegen Aids. IGB-Präsidentin Sharan Burrow machte in ihrer Eröffnungsrede deutlich, dass die Auswirkungen der Krise nicht zu Lasten der Menschen in aller Welt gehen dürfen. In den vergangenen zwei Monaten hätte jedoch „eine europäische Regierung nach der anderen zu vorschnellen Sparmaßnahmen gegriffen", um die Finanzmärkte zu beruhigen. Dadurch sei die Rezessionsgefahr gestiegen, kritisierte Burrow. RadioLabour berichtet täglich über den Kongress unter: *www.radiolabour.net*. ●

www.ituc-csi.org, www.dgb.de

Gelbe Hand

Neue Unterstützer

Seit über zwanzig Jahren engagieren sich GewerkschafterInnen im Zeichen der Gelben Hand gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Arbeitswelt. Koordiniert werden die Aktivitäten vom 1986 gegründeten Verein „Mach meinen Kumpel nicht an". Am Rande des DGB-Kongresses im Mai ist es dem Vorsitzenden des Vereins Giovanni Pollice, Abteilungsleiter Migration/Integration beim Hauptvorstand der IG BCE, gelungen, prominente GewerkschafterInnen als neue Fördermitglieder zu gewinnen: den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, den TRANSNET-Vorsitzenden Alexander Kirchner sowie Claus Matecki, Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Vorstand. Zum 1. September soll die Geschäftsführung des Vereins mit Sitz in Düsseldorf neu besetzt werden. ●

Infos und Stellenausschreibung: www.gelbehand.de

?...nachgefragt

Foto: DGB

Die Richter am Bundesarbeitsgericht (BAG) haben entschieden: Die als Emmely bekannt gewordene Berliner Kassiererin darf wieder an ihren Arbeitsplatz zurück. DGB-Rechtsexpertin Martina Perreng erklärt, was das BAG-Urteil für so genannte Bagatellkündigungen bedeutet.

Das BAG hat endlich seine nicht nachvollziehbare Rechtsprechung korrigiert. Auch bei einem geringfügigen Vermögensdelikt ist nicht per se jedes Vertrauen zerstört und damit der Grund für eine fristlose Kündigung gegeben. Das entspricht der Realität: Es ist kaum nachvollziehbar, dass ein eingesteckter Kugelschreiber die Basis der Zusammenarbeit unwiederbringlich zerstört. Vielmehr drängt sich der Verdacht auf, dass diese Verstöße oft als Vorwand herhalten, um unliebsame MitarbeiterInnen loszuwerden. Natürlich müssen Unternehmen vor dem Griff in die Kasse oder ins Warenregal geschützt werden. Doch auch die Beschäftigten müssen sich darauf verlassen können, nicht wegen kleiner, oft vorgeschobener Vergehen auf die Straße gesetzt zu werden. Dem trägt das BAG Rechnung: Es geht davon aus, dass bei einer langjährigen, störungsfreien Beschäftigung „Vertrauenskapital" aufgebaut wird, das nicht ohne Weiteres durch ein geringfügiges Vermögensdelikt aufgebraucht wird. Dies hat zur Folge, dass Arbeitgeber in solchen Fällen ein milderes Mittel zur Disziplinierung, zum Beispiel eine Abmahnung, wählen müssen. Auch wenn die Rechtslage nach dem Urteil klar ist, kann eine gesetzliche Regelung mehr Transparenz schaffen. Deshalb gehen die Gesetzgebungsinitiativen der Bundestagsfraktionen von SPD, Grünen und der Linken in die richtige Richtung.

Audit Beruf und Familie

IG BCE zertifiziert

Die IG BCE ist mit dem Zertifikat des „audit berufundfamilie" für familienbewusste Personalpolitik ausgezeichnet worden. Erstmals wurde das Zertifikat der IG BCE 2006 verliehen, in diesem Jahr wurde es erneuert. Damit gehört die IG BCE zu den 130 Unternehmen, 124 Institutionen und 36 Hochschulen, die 2010 zertifiziert worden sind. Ziel des von der Hertie-Stiftung initiierten Audits ist es, in Wirtschaft und Verwaltung gute Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen. Der DGB ist seit 2005 Träger des Zertifikats. ●

www.beruf-und-familie.de

Ratgeber Leiharbeit

Neu aufgelegt

Der bewährte DGB-Ratgeber Leiharbeit liegt nun in einer überarbeiteten Neuauflage vor. Der Ratgeber informiert unter anderem über die Rechte von LeiharbeitnehmerInnen gegenüber dem Arbeitgeber und der Bundesagentur für Arbeit, gibt Hinweise zum Arbeitsschutz und zum Abschluss des Arbeitsvertrags und stellt den im März von der DGB-Tarifgemeinschaft abgeschlossenen Tarifvertrag zur Zeitarbeit vor. Der Ratgeber kostet einen Euro plus Versandkosten. ●

www.dgb-bestellservice.de

Sparpaket der Bundesregierung

Sparen muss in der Krise tabu sein

Das Sparpaket der Bundesregierung ist sozial ungerecht und volkswirtschaftlich unsinnig. Um die Krise zu überwinden, müssen stattdessen die öffentlichen Investitionen ausgeweitet und die Steuereinnahmen erhöht werden, meint DGB-Vorstand Claus Matecki.

Foto: DGB/Susann Loessin

Claus Matecki, 61, ist im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand unter anderem für Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik zuständig.

Sich verwundert die Augen zu reiben, ist derzeit wohl die dezenteste Form der eigenen Verärgerung Ausdruck zu verleihen: Da ist eine deutsche Bundesregierung, die so eindeutig zu Lasten der Ärmsten in dieser Gesellschaft spart, dass sogar der CDU-Wirtschaftsrat die soziale Schieflage konstatiert und einen höheren Spitzensteuersatz fordert. Dieselbe Bundesregierung erntet von der amerikanischen und den europäischen Regierungen zu Recht harsche Kritik, weil sie mit ihrem 80-Milliarden-Sparpaket **sämtliche zarten Wachstumskräfte abzuwürgen droht** – hier wie dort.

Obwohl der Binnenmarkt dringend Kaufkraft und mehr öffentliche Investitionen in Bildung, Umwelt, Daseinsvorsorge und Infrastruktur braucht, kürzt die Regierung bei Arbeitslosen und Niedriglöhnern, die ihr Geld fast komplett auf dem heimischen Markt ausgeben. Es werden zudem öffentliche Investitionen für Jahre auf Eis gelegt. So drosseln CDU und FDP die effektive Nachfrage und würgen die Wachstumskräfte im Inland ab. Dieses Vorgehen **bedroht zigtausend Arbeitsplätze.**

Was schon unter dem Aspekt Gerechtigkeit nicht hinnehmbar ist, ist auch volkswirtschaftlich unsinnig und verantwortungslos. Das Sparpaket wird über die Grenzen hinaus Fakten schaffen: als „Benchmark" für die Bewertung von Sparleistungen anderer Staaten und damit auch als faktische Einschränkung ihrer Handlungsspielräume – schließlich verfügen die meisten europäischen Nachbarn über keine finanziellen Puffer. Dies wirkt in den exportstarken Branchen wiederum negativ auf Wirtschaft und Beschäftigung in Deutschland zurück. Eine **erneute Rezession in Europa und Deutschland ist nicht auszuschließen.** Damit sind massive soziale und wirtschaftliche Verwerfungen programmiert; der radikale Sparkurs könnte die Eurozone sogar auseinanderbrechen lassen. Deutschland sollte sich also hüten, sich als „bester Sparer" zu empfehlen, um damit auf den Kapitalmärkten ein gutes Rating zu erzielen und sich auf Kosten der europäischen Nachbarn europaweit die günstigsten Zinsen und die beste wirtschaftliche Ausgangssituation zu organisieren.

Und: Die so genannte Schuldenbremse muss weg. Denn wenn die Schuldenbremse zur primären Staatsräson wird – wie im Falle der deutschen Bundesregierung, die sie sogar in die europäischen Nachbarländer exportieren will – müssen dahinter alle Ansprüche an eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch zukunftsfähige Politik zurücktreten. Eine solche Politik **belastet künftige Generationen weit mehr als die Hinnahme einer realistischen Schuldenquote.** Auch lässt die Sparpolitik à la Bundesregierung eine Privatisierungswelle in Bund, Ländern und Kommunen befürchten, deren Ergebnisse sich nur die Reichen werden leisten können.

Der DGB sagt klar: Sparen ist in einer instabilen wirtschaftlichen Situation tabu. Um die Krise zu überwinden, braucht es mehr Ausgaben für öffentliche Investitionen in Bildung, Umwelt, soziale Infrastruktur und Daseinsvorsorge. **Und es braucht mehr Einnahmen aus verschiedenen Steuerarten.**

Dazu gehört eine Finanztransaktionssteuer (FTT), die allein in Deutschland jährlich mindestens 12 Milliarden Euro in die Kasse bringt. Der vom DGB geforderte Steuersatz von 0,1 Prozent wird darüber hinaus eine regulierende Funktion haben: Schädliche Finanzmarktspekulationen werden eingedämmt. Neben der FTT gehört zu den nötigen Mehreinnahmen auch die Wiederbelebung der Vermögenssteuer bzw. -abgabe mit rund 16 Milliarden Euro Aufkommen pro Jahr. Eine gerechtere Erbschaftsteuer bringt rund 6 Milliarden zusätzlich, die Besteuerung von Kapitalerträgen nach persönlicher Leistungsfähigkeit schlüge ebenfalls mit plus 6 Milliarden Euro im Jahr zu Buche. Ein höherer Spitzensteuersatz von zum Beispiel 50 Prozent für wirklich große Einkommen würde zusätzlich 8 Milliarden bringen, ein offensiverer Steuervollzug rund 22 Milliarden. Käme dann noch die Gemeindewirtschaftssteuer zugunsten der Kommunen und würden einige der unsinnigsten Steuerentlastungen für Hoteliers und Unternehmen zurückgenommen, hätten Bund, Länder und Kommunen rund 70 Milliarden Euro mehr im Jahr. Darum geht es jetzt. **Nur die ernsthafte Umsetzung einer solchen Politik würde die Worte ausgewogen, fair und gerecht verdienen.** •

Fahrplan Sparbeschlüsse

Wenn SPD und Grüne Mitte Juli in Nordrhein-Westfalen die Regierung übernehmen, haben CDU und FDP zusammen nur noch 31 der 69 Stimmen im Bundesrat. Kaum wahrscheinlich, dass das Sparpaket die Länderkammer dann noch passiert. Die Bundesregierung will deshalb das Sparpaket splitten: Der größere Teil soll nicht die Zustimmung des Bundesrats benötigen, lediglich ein kleinerer soll zustimmungspflichtig sein. Das hat Otto Fricke, parlamentarischer Geschäftsführer der FDP, erklärt. Zuvor hatte bereits Peter Altmaier, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU, verlauten lassen, dass die Maßnahmen mit Ausnahme von Änderungen beim Wohngeld nicht zustimmungspflichtig seien.

Geplant ist, dass das Kabinett am 7. Juli den Haushaltsentwurf beschließt. Am 4. oder 8. August berät das Kabinett über das Haushaltsbegleitgesetz, mit dem die Sparbeschlüsse umgesetzt werden. Am 13. September wird der Haushalt 2011 in den Bundestag eingebracht.

Im Internet

www.einblick.dgb.de
Sparbeschlüsse der Bundesregierung und Stellungnahmen der Gewerkschaften

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

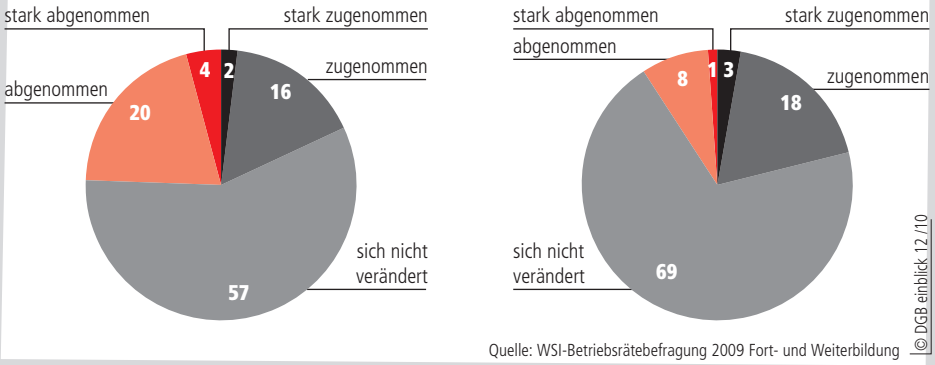
DIES & DAS

die DGB grafik

UNTERNEHMEN: Krisenopfer Fort- und Weiterbildung

Unternehmen sparen in der Krise an Fort- und Weiterbildung – das ergibt sowohl die WSI-Betriebsrätebefragung als auch eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Die IAB-Forscher stellen fest, dass im Krisenjahr 2009 die Zahl der Firmen mit Weiterbildungsangeboten von 49 Prozent auf 45 Prozent gesunken ist. Der Grund: Unternehmen scheuen in schwierigen Zeiten Kosten für Bildung. Sowohl 2008 als auch 2009 haben rund ein Viertel aller Beschäftigten an beruflichen Fortbildungen teilgenommen.

Angaben von Betriebsräten aus krisenbetroffenen und nicht krisenbetroffenen Unternehmen zur Fort- und Weiterbildungssituation in den Betrieben seit 2008 (in Prozent)



Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2009 Fort- und Weiterbildung

personalien

••• ***Ute Fritzel,*** 45, ist seit 1. Juni neue Referentin für Presse-, Öffentlichkeitsarbeit und Frauenpolitik beim DGB Hessen-Thüringen. Die Journalistin hat Politologie und Journalistik studiert und arbeitete in den letzten zehneinhalb Jahren als freie Mitarbeiterin beim Hessischen Rundfunk.

••• ***Klaus Ernst,*** 55, legt nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Partei Die Linke sein Amt als 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Schweinfurt zum 30. Juni nieder. Sein Nachfolger in diesem Amt ist ***Peter Kippes,*** 48, der bisherige 2. Bevollmächtigte der Schweinfurter IG Metall.

••• Die stellvertretende DGB-Vorsitzende ***Ingrid Sehrbrock,*** 62, ist auf der Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises „Arbeit und Leben" Mitte Juni einstimmig zur Präsidentin gewählt worden. Der Bundesarbeitskreis „Arbeit und Leben" ist eine gemeinsam von Gewerkschaften und Volkshochschulen getragene Bildungseinrichtung. Wieder gewählt wurden als erster Vorsitzender ***Dr. Dieter Eich,*** 63, Geschäftsführer des DGB-Bildungswerks, und als zweite Vorsitzende ***Gundula Frieling,*** 47, stellvertretende Direktorin des Deutschen Volkshochschulverbandes (DVV).

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Udo Böhlefeld, Haidy Damm, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Lena Clausen, Luis Ledesma, Peter Senft, Andreas Skowronek **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

28.6. Friedrich-Ebert-Stiftung, Workshop „Demokratie braucht Qualität – Gelingensfaktoren für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus", Berlin

28.6. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „'...nicht verfassungsgemäß!' Das BVerfG-Urteil zu Hartz IV", Trier

29./30.6. Hans-Böckler-Stiftung, IG BCE, Arbeitsdirektoren-Tagung „Zukunft der Beschäftigung – Wege aus der Krise", Berlin

1.7. DGB-Projekt Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Seminar „Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer", Berlin

1.-4.7. Europäisches Sozialforum, Istanbul

2./3.7. IG BAU-Frauenreferat, „Netzwerkkonferenz für Betriebsrätinnen: Zusammen wachsen", Steinbach

4.-9.7. DGB-Bildungswerk, Seminar „Beschäftigung sichern durch nachhaltiges Wirtschaften. Grundlagen und Strategien für den Betriebsrat", Berlin

5.7. Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Frauenquote in Aufsichtsräten", Berlin

7.7. DGB, Diskussion „Bündnisveranstaltung – Köpfe gegen Kopfpauschale", Berlin

7.7. Friedrich-Ebert-Stiftung, Veranstaltung „Sozial – Global – Gerecht: Soziale Gerechtigkeit für uns, Almosen für die Anderen?", Berlin

15.7. Hans-Böckler-Stiftung und DGB, Tagung „Wer ernährt die Familie", Leipzig

Schlusspunkt.

„Nein, eine Hinrichtung hat es nicht gegeben. Wir sind ja schließlich gesittete Menschen."

Der nordrhein-westfälische Finanzminister Helmut Linssen (CDU) nach der Krisensitzung der NRW-CDU, kurz bevor der Rücktritt von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers sowie sein Verzicht auf den Fraktionsvorsitz bekannt gegeben wurden.

Hartz-IV

PC gehört nicht zur Erstausstattung

Empfänger von Hartz-IV-Leistungen haben keinen Anspruch auf Übernahme der Kosten für einen PC. Sie können nicht verlangen, bei der Erstausstattung ihrer Wohnung wie die Mehrheit der Haushalte gestellt zu werden. Es kommt nicht darauf an, in welchem Umfang PCs in Haushalten in Deutschland verbreitet, sondern ob sie für eine geordnete Haushaltsführung notwendig sind.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 23. April 2010 – L 6 AS 297/10 B

Witwenrente

Nicht bei Ehe nach dem 65. Lebensjahr

Eine ärztliche Versorgungseinrichtung kann den Anspruch auf Witwenrente davon abhängig machen, dass die Ehe vor der Vollendung des 65. Lebensjahres des Mitgliedes geschlossen worden ist.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 26. Mai 2010 - 6 A 10320/10.OVG

Beamtenrecht

Keine Urlaubsabgeltung

Ein Beamter hat keinen Anspruch auf die finanzielle Abgeltung von Urlaub, den er krankheitsbedingt nicht nehmen konnte.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 30. März 2010 - 2 A 11321/09.OVG

Einzelhandel

Sechs Euro die Stunde ist sittenwidrig

Ein Stundenlohn von 6 Euro brutto für eine Verkäuferin im Einzelhandel ist sittenwidrig. Somit ist eine solche Vereinbarung nichtig. In diesem Fall steht der Arbeitnehmerin die für das Wirtschaftsgebiet übliche Vergütung zu; das ist in der Regel die tarifliche Vergütung.

Arbeitsgericht Leipzig, Urteil vom 11. März 2010 - 2 Ca 2788/09

Anhörung des Betriebsrats

Muss vollständig und korrekt sein

Eine bewusst unrichtige oder unvollständige und irreführende Darstellung der Kündigungsgründe führt zur fehlerhaften Anhörung des Betriebsrats und damit zur Unwirksamkeit der Kündigung.

Landesarbeitsgericht Köln, Urteil vom 27. Januar 2010 – 8 Sa 698/09

Betriebsratsausstattung

Ohne PC geht es nicht

Ein Betriebsrat kann zur Ausübung seiner Aufgaben vom Arbeitgeber einen PC nebst Zubehör verlangen, wenn dieser selbst beim Umgang mit dem Betriebsrat EDV nutzt. Der Arbeitgeber darf einen aus neun Mitgliedern bestehenden Betriebsrat nicht darauf verweisen, dass er seine Schriftstücke entweder mit der Hand oder mit einer alten elektrischen Schreibmaschine mit Korrekturband erstelle.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Januar 2010 - 3 TaBV 31/09

Berliner Verkehrsbetriebe

Psychotherapie für U-Bahn-Fahrer

Einem U-Bahn-Fahrer steht aufgrund eines Fahrgastunfalls gegenüber dem Träger der Unfallversicherung ein Anspruch auf Gewährung psychotherapeutischer Behandlung zu.

Der Fall: Der Zugfahrer hatte wiederholt Unfälle erlebt, bei denen sich Personen vor seinen Zug geworfen hatten und überrollt worden waren. 1999 nahm er schließlich eine Person auf den U-Bahn-Gleisen wahr, die sich auf den Zug zu bewegte. Der Zugfahrer leitete sofort eine Notbremsung ein, zu einem Unfall kam es nicht. Eine verletzte Person war nicht aufzufinden. Der Zugfahrer erlitt einen Schock und war arbeitsunfähig. Der Unfallversicherungsträger war der Meinung, dass der Zugfahrer sich die Person nur eingebildet hatte, bestritt ein psychisches Leiden und verweigerte eine Psychotherapie.

Das Landessozialgericht: Der Träger der Unfallversicherung ist verpflichtet, eine traumaspezifische Psychotherapie von bis zu 100 Stunden zu gewähren. In dem Ereignis des Jahres 1999 liegt ein Arbeitsunfall. Die unmittelbare und höchste Gefahr, erneut eine Person zu töten, hat zu einer posttraumatischen Belastungsstörung geführt.

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 17. Dezember 2009 - L 2 U 1014/05

Verhaltensbedingte Kündigung

Auf den Einzelfall kommt es an

Nicht jede eigenmächtige Wegnahme von Arbeitgebereigentum rechtfertigt eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses. Es kommt immer auf die Umstände des Einzelfalls an.

Der Fall: Im Betrieb des Arbeitgebers wurden 30 Jahre alte Werkbänke durch neue ersetzt und ausgesondert. Die alten Werkbänke wurden den Mitarbeitern ohne Erfolg angeboten und dann zur Entsorgung jahrelang zwischengelagert. Bei einem Arbeitnehmer (40 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, seit mehr als 12 Jahren im Betrieb) ergab sich eine private Nutzungsmöglichkeit für einen Teil einer solchen alten Werkbank. Er meldete entsprechenden Bedarf beim Vorgesetzten und beim die Kaffeekasse führenden Betriebsratsvorsitzenden an. An einem Freitagnachmittag lud der Arbeitnehmer für alle sichtbar den von ihm benötigten Teil der Werkbank in den Anhänger seines privaten PKWs. Dabei wurde er von der Geschäftsleitung beobachtet und zur Rede gestellt. Der Arbeitgeber nahm den Vorgang zum Anlass, das Arbeitsverhältnis fristlos, hilfsweise ordentlich zu kündigen. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Grundsätzlich können zu Lasten des Arbeitgebers begangene Vermögensdelikte zwar eine fristlose Kündigung rechtfertigen, selbst wenn es sich um Dinge von geringem Wert handelt. Stets ist aber eine Einzelfallabwägung erforderlich, die hier zu Gunsten des Arbeitnehmers ausgeht. Es ist zu berücksichtigen, dass dem Arbeitgeber wirtschaftlich kein Schaden entstehen konnte, da das aufgeladene Teil aus Sicht des Arbeitgebers wertloser störender Müll war und erst wieder einen Wert bekam, als es auf dem Hänger des Arbeitnehmers gesehen wurde. Die sofortige Rückgabe des Werkbankteils, die Beschreitung des offiziellen Genehmigungsweges und das Fehlen jeglicher Heimlichtuerei ist als Ausdruck einer auf Korrektheit und Ehrlichkeit ausgerichteten Grundhaltung des Arbeitnehmers zu werten. Eine Abmahnung hätte hier ausgereicht, um eine Wiederholung des beanstandeten Arbeitnehmerverhaltens auszuschließen.

Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, Urteil vom 13. Januar 2010 - 3 Sa 324/09

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 12/10

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 12.07.2010 13/10

DGB

inhalt

Seite 3
Im Angesicht der Krise
Die Gewerkschaften planen für den Herbst vor allem betriebliche Aktionen

Seite 5
Internationale Solidarität
2. Weltkongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Vancouver: „Jetzt zählen die Menschen"

Seite 7
Kürzungen beim Elterngeld
Für Thomas Gesterkamp das falsche Signal: Reiche Familien haben Vorrang

Gesundheitsreform

Extrem unsolidarische Kampfansage

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach wählte klare Worte: Das neue schwarz-gelbe Modell zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sei „eine Kampfansage an die 70 Millionen Versicherten. Es ist absolut inakzeptabel, dass ausschließlich sie alle Kostensteigerungen mit nach oben offenen Kopfpauschalen zahlen müssen".

Am 6. Juli hatte sich die schwarz-gelbe Koalition nach monatelangem Zerren auf höhere Beitragssätze und Zusatzbeiträge geeinigt, die vor allem kleine und mittlere Einkommen belasten. Danach sollen die Beitragssätze im kommenden Jahr von 14,9 auf 15,5 Prozent erhöht werden. Der Anteil der Arbeitgeber wird eingefroren, zukünftige Kostensteigerungen tragen allein die ArbeitnehmerInnen. Zudem soll der Zusatzbeitrag für die gesetzliche Krankenversicherung künftig jedes Jahr neu berechnet werden, eine Obergrenze entfällt, die Krankenkassen entscheiden über die Höhe. Bislang sind die Zusatzbeiträge auf ein Prozent des Bruttoeinkommens oder 37,50 Euro im Monat begrenzt. Die Zusatzbeiträge seien nichts anderes als „verkappte Kopfpauschalen, um den Versicherten das Geld aus der Tasche zu ziehen", so Buntenbach. Wenn zukünftig der Arbeitgeberbeitrag eingefroren wird, werde es Kopfpauschalen in Form von Zusatzbeiträgen nur so hageln. „Skandalös" sei der Versuch, die Arbeitgeber auf Biegen und Brechen aus der Verantwortung für die mittel- und langfristige Finanzierung der GKV zu entlassen. „Daran ändert auch die einmalige Beitragserhöhung für 2011 nichts", warnt Buntenbach.

DGB-Plakat zur Kopfpauschale

Auch der DGB-Vorsitzende Michael Sommer kritisierte die Zusatzbeiträge als „Fremdkörper in der solidarischen Krankenversicherung, weil sie die Versicherten einseitig unsolidarisch belasten und zu einem zerstörerischen Kassenwettbewerb führen". Der DGB lehnt insbesondere das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge und die Umwandlung der Zusatzbeiträge in eine Kopfpauschale als „extrem unsozial" ab. Um die Belastungen fair zu verteilen, fordert er die Koalition auf, einen Schritt weiterzugehen und die paritätische Finanzierung der GKV wieder einzuführen. Damit könnte das Defizit gedeckt und den Versicherten die unsozialen Zusatzbeiträge erspart werden.

Auch die Sozialverbände kritisieren die Eckpunkte scharf. Der Präsident des Sozialverbands Deutschland (SoVD) Adolf Bauer sagte: „Jetzt zeigt Schwarz-Gelb, wohin die Reise in der Gesundheitspolitik geht – mit der Ausweitung der Zusatzbeiträge sollen die Kostenrisiken im Gesundheitssystem in Zukunft allein auf die Patienten und Versicherten abgewälzt werden. Insbesondere Geringverdiener und Rentner gerieten dabei unter die Räder, „denn sie sind die großen Verlierer, wenn die Zusatzbeiträge künftig ungebremst steigen".

Die Gesundheitskommission „Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft" aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Wissenschaftlern lehnt „jede weitere einseitige Belastung der Versicherten als unausgewogen ab. Die finanziellen Lasten müssen solidarisch getragen werden", heißt es in ihrer Erklärung. •

plusminusBERLIN

+ *Hilde Mattheis (SPD/MdB) fordert einen deutlich höheren Spitzensteuersatz für Vermögensmillionäre. Diese hätten sich in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland als „äußerst krisenresistent" erwiesen. Deshalb könnten sie auch „starke Lasten schultern".*

– *Dorothee Bär (CSU/MdB) will nicht, dass Kinder von gleichgeschlechtlichen PartnerInnen adoptiert werden können. Diese „unerfüllten Wünsche einzelner" seien gegen das Wohl des Kindes, das „Vater und Mutter in ihrer unterschiedlichen Ausprägung" brauche.*

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.iuf.org/ccww
Globale Allianz der Coca-Cola Beschäftigten

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Erklärung der DGB-Kommission „Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft"

POLITIK AKTUELL

Leiharbeit

Überzogene Deregulierung

Drei Gesetzesentwürfe von SPD, von Der Linken und von Bündnis 90/Die Grünen zur Regulierung der Leiharbeit liegen dem Bundestag vor. Diese und der 11. Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen bei der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) waren am 28. Juni Thema einer Anhörung vor dem Ausschuss für Arbeit und Soziales. Dabei wurde deutlich: Sowohl der erhoffte Brückeneffekt wie auch der so genannte Klebeeffekt sind nicht eingetreten. Stattdessen hat die Deregulierung der Leiharbeit dazu geführt, dass Festangestellte zu schlechteren Bedingungen ersetzt werden und der Druck auf reguläre Löhne wächst. „Die Deregulierung ist völlig überzogen worden", erklärte DGB-Arbeitsmarktexperte Johannes Jakob während der Anhörung.

Für den Soziologen Klaus Dörre geht die Entwicklung in der Leiharbeit einher mit einer Disziplinierung der Stammbelegschaft: „Die Festanstellung erscheint als Privileg, das man mit Zähnen und Klauen zu verteidigen sucht. Man verzichtet auf anderes. Es reduziert die Ansprüche und macht die Beschäftigten gefügig". Die Gesetzesentwürfe fordern „Gleiches Geld für gleiche Arbeit", eine Überlassungshöchstdauer, die Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes und mehr Mitbestimmung. Die Fraktionen der Linken und der Grünen fordern darüber hinaus eine Flexibilisierungsprämie für LeiharbeiterInnen von zehn Prozent. Für den DGB weisen die Entwürfe in die richtige Richtung, heißt es in einer Stellungnahme. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Alles was Leiharbeitskräfte wissen müssen: Der DGB hat vor kurzem eine Neuauflage seiner Broschüre „Ratgeber Leiharbeit – Tipps und Hilfen für Beschäftigte" vorgelegt. Bestellungen: www. dgb-bestellservice.de

Leerverkäufe

Generelles Verbot

DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki hat das vom Bundestag Anfang Juli beschlossene Verbot ungedeckter Leerverkäufe als „halbherzig und lückenhaft" kritisiert. So soll es keine Verordnungsermächtigung für das Finanzministerium zum Verbot spekulativer Kredit- und Währungsderivate geben. „Dabei ist es entscheidend, dass die Politik gegen sekundenschnelle Spekulationen vorgehen kann", so Matecki. Hier zeige sich erneut, dass die Bundesregierung „keine gründliche Regulierung solcher volkswirtschaftlich unsinnigen Geschäfte beabsichtigt". Der DGB fordert ein generelles Verbot von Leerverkäufen sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und eine unabhängige öffentlich-rechtliche Bewertung von Finanzprodukten. •

Rente

Prekär im Alter

Ab 2012 soll das Renteneintrittsalter in Deutschland schrittweise angehoben werden. Für alle europäischen Länder empfiehlt das jetzt auch das „Grünbuch" zur Rentenpolitik der EU-Kommission. Demnach soll das Renteneintrittsalter bis 2060 schrittweise auf 70 Jahre steigen. Dabei ist schon jetzt die Situation Älterer prekär. Nicht einmal zehn Prozent der 64-Jährigen waren 2008 sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das ergab eine Anfrage der Partei DIE LINKE im Bundestag. Mehr als ein Fünftel gehen aus Erwerbslosigkeit und weniger als ein Fünftel aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in die Altersrente. Auch seien empfindliche Abschläge von der Altersrente schon heute Normalität.

Knapp die Hälfte aller, die in Rente gehen, mussten 2008 Abschläge von über hundert Euro in Kauf nehmen. In Ostdeutschland sind deutlich mehr als zwei Drittel von Abschlägen betroffen. „Das ist ein groß angelegtes Kürzungsprogramm", folgerte Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Linken im Bundestag. „Die Rente erst ab 67 muss sofort zurückgenommen werden, denn sie fördert Armut und sozialen Abstieg". •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Hartz-IV-Urteil

480 Millionen für Umsetzung

Im Entwurf für den Haushalt 2011 sind 480 Millionen Euro „als allgemeine Vorsorge für die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts" zum bildungsbezogenen Bedarf für Kinder aus Hartz-IV-Familien vorgesehen. Das Gericht hatte im Februar entschieden, dass bis Jahresende die Hartz-IV-Leistungen neu gefasst und für Kinder grundsätzlich neu berechnet werden müssen. Besonders scharf hatten die obersten RichterInnen die Regelungen für die rund 1,7 Millionen betroffenen Kinder gerügt, weil etwa Ausgaben für Schulsachen, die zum existenziellen Bedarf eines Kindes gehörten, bislang nicht berücksichtigt wurden.

Nach Einschätzung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes reichen die 480 Millionen bei weitem nicht aus, um die Vorgaben aus Karlsruhe umzusetzen: Nach Modellrechnungen des Verbandes seien mindestens 1,5 Milliarden Euro nötig. Wegen der geplanten Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-Empfänger stünden die Kinder im Ergebnis ohnehin schlechter da als vor dem Urteil des Gerichts. •

ELENA

Unkonkrete Ankündigung

Wirtschaftsminister Rainer Brüderle und Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (beide FDP) haben überraschend angekündigt, den Elektronischen Entgeltnachweis ELENA aus Kostengründen zu überprüfen. Die Kommunen hatten zuvor kritisiert, die Kosten pro Arbeitnehmer/in würden statt der geplanten zehn Euro inzwischen auf bis zu 80 Euro geschätzt. Brüderle kündigte an, über ein Moratorium nachdenken. Die Belastungen der öffentlichen Haushalte dürften durch dieses Verfahren nicht „durch die Decke gehen". Datenschutzrechtliche Gründe nannte er nicht.

Dem Bielefelder Verein zur „Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs" FoeBuD, der eine Verfassungsbeschwerde gegen das Verfahren initiiert hat, reicht die vage Ankündigung nicht: Solange es keine konkreten Pläne gebe, sehen die Gegner dieser Vorratsdatenspeicherung keinen Grund, sich „von dieser Vernebelungstaktik täuschen zu lassen", erklärte Rena Tangens von FoeBuD. •

Herbstaktionen der Gewerkschaften

Gegen eine Politik mit sozialer Schieflage

Mit vielfältigen Aktionen wollen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in diesem Herbst gegen das schwarz-gelbe Sparpaket und andere neoliberale Strategien zur Bewältigung der Krise mobilisieren. Schwerpunkt der Proteste sollen betriebliche Aktionen zwischen dem 25. Oktober und dem 13. November sein.

Die Verursacher der Krise müssen zahlen, und die Kosten der Krise dürfen nicht den ArbeitnehmerInnen aufgebürdet werden. Das fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften seit Beginn der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Bereits im Mai 2009 mobilisierten sie für diese Forderung über 100 000 Menschen zu einer Demonstration in Berlin. Doch alle Proteste, alle eindeutigen Empfehlungen von Experten, alle Gegenkonzepte gegen neoliberale Konzepte haben wenig gefruchtet – wie viele andere Regierungen in Europa setzt auch die Bundesregierung auf althergebrachte neoliberale Rezepte im Krisenmanagement – mit Einsparungen bei den öffentlichen Dienstleistungen und mit Kürzungen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

So will die Bundesregierung 80 Milliarden Euro bis 2014 einsparen. Bereits im nächsten Jahr sollen 11,1 Milliarden Euro weniger ausgegeben werden. Allein rund fünf Milliarden sollen dabei aus den Bereichen Soziales, Arbeitsmarktförderung und Hilfen für Familien kommen. Zwar wird Schwarz-Gelb erst Anfang September das endgültige Sparkonzept verabschieden, aber das Anfang Juni von CDU/CSU und FDP vorgelegte Sparpaket zeigt eindeutig: Gespart werden soll vor allem bei den Schwachen, im Arbeitsmarkt- und Sozialbereich.

Es reicht, sagen die Gewerkschaften und haben deshalb Anfang Juli im DGB-Bundesvorstand umfassende Aktivitäten gegen die soziale Schieflage bei der Krisenbewältigung sowie für soziale Gerechtigkeit, für einen starken Sozialstaat, für eine Regulierung der Finanzmärkte und für eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt verabredet. Insbesondere soll auch der massive Missbrauch von Leiharbeit thematisiert werden. Schwerpunkt werden Aktionen im Betrieb und in der Region sein. Einige Gewerkschaften haben bereits ihre Kampagnen gestartet, etwa ver.di unter dem Motto „Gerecht geht anders" *(www.gerecht-geht-anders.de)*. Der DGB wird die Aktivitäten der Mitgliedsgewerkschaften bündeln und ein übergreifendes Kommunikationskonzept erarbeiten.

Geplant ist, vor allem vom 25. Oktober bis zum 13. November in den Betrieben für die gewerkschaftlichen Forderungen zu mobilisieren. Als Fortsetzung des DGB-Kapitalismuskongress im Mai 2009 planen DGB und Gewerkschaften für den 7. Oktober, dem Welttag für menschenwürdige Arbeit, eine Tagung in Berlin zur sozial gerechten Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Einbezogen in die Herbstaktivitäten der Gewerkschaften werden auch die DGB-Kampagnen gegen die Rente mit 67 *(www.ichwillrente.net)* sowie die für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft *(www.stoppauschale.de)*. •

Kommunen in Not

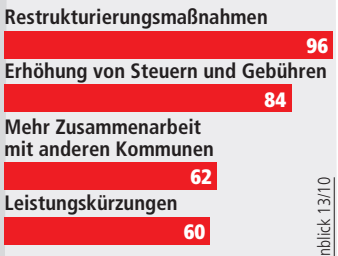
Spielplätze, Schulen und Straßen verrotten, Jugendzentren werden geschlossen, Kitas schließen früher, kommunale Gebühren, etwa für die Straßenreinigung, werden erhöht: Die Folgen der Krise spüren alle BürgerInnen hautnah vor Ort. Viele Kommunen sind durch die Krise, aber auch durch eine falsche Steuerpolitik der Bundesregierung in eine finanzielle Notlage geraten. Und reagieren darauf mit Kürzungen der Leistungen oder Gebührenerhöhungen.

Die finanzielle Misere der Städte und Gemeinden bestätigt auch eine aktuelle Erhebung der Beratungsfirma Ernst & Young. Danach bezeichnen 68 Prozent der Kommunen ihre eigene Finanzsituation als schlecht oder sehr schlecht. Die Folge ist, dass sie überall den Rotstift ansetzen – indem sie Personal abbauen, Leistungen kürzen und Gebühren erhöhen.

„Für viele Kommunen ist es völlig aussichtslos, sich aus eigener Kraft aus der Verschuldungsspirale zu befreien", sagt DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki und fordert: „Die Kommunen müssen von Bund und Ländern entschuldet werden." Gleichzeitig sei es unabdingbar, die Einnahmen des Staates und der Kommunen zu erhöhen. Die Folgen der Krise für die Kommunen und die öffentliche Daseinsvorsorge werden einer der Schwerpunkte der Herbstaktionen der Gewerkschaften sein.

Finanznot: Kommunen kürzen Leistungen

Strategien, mit denen die Kommunen auf ihre Finanznot reagieren (Angaben in Prozent)

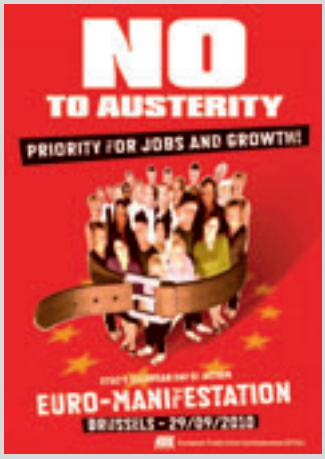


Quelle: Repräsentative Befragung von Stadtkämmerern in 300 deutschen Kommunen durch die Beratungsfirma Ernst & Young 2010

© DGB einblick 13/10

Demo in Brüssel

„Nein zu Sparmaßnahmen – Priorität für Wachstum und Beschäftigung": Unter diesem Motto ruft der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) für den 29. September europaweit zu Aktionen gegen die neoliberalen Stra-



tegien der Regierungen in Europa zur Bewältigung der Krise auf. Neben Aktionen in vielen Ländern wird es eine zentrale Demonstration in Brüssel geben. Die DGB-Gewerkschaften unterstützen den EGB-Aufruf und wollen insbesondere in den an Belgien grenzenden Bezirken für eine Teilnahme an der Brüsseler Demonstration mobilisieren.

Die Kritik des EGB ist grundsätzlich. Er fordert einen klaren Kurswechsel und kritisiert, die europäischen Regierungen hätten „in Panik dem Druck der Finanzmärkte nachgegeben", so EGB-Generalsekretär Johns Monks. „Diese Panikreaktionen werden die geschwächte Wirtschaft hart treffen. Die Regierungen riskieren damit eine europaweite Rezession."

www.etuc.org

Der EGB-Aufruf:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

PROJEKTE UND PARTNER

Studie

Fachkräfte im Osten knapp

„Lohnplus dank Geburtenknick" titelte die F*rankfurter Rundschau (FR)* Mitte Juni und prognostizierte, dass der Fachkräftemangel zur Angleichung der Einkommen in Ost und West führen werde. Damit griff die FR eine These auf, die der Transformationsforscher und Industriesoziologe Burkhard Lutz in einer Studie im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung (OBS) entwickelt hat, die inzwischen als Arbeitsheft 65 der OBS erschienen ist. In der Studie zum „Fachkräftemangel in Ostdeutschland" geht es aber um mehr als nur um den „lohnpolitischen" Aspekt.

Lutz und sein Team erwarten eine lang anhaltende Fachkräfteknappheit, auf die die Unternehmen in den neuen Ländern nicht vorbereitet sind. Die Arbeitslosigkeit im Osten – ausgelöst durch die massive Deindustrialisierung – führe zu großem Abwanderungsdruck. Inzwischen sinkt die Zahl der Schulabgänger rasch. Das schlägt zunehmend auf die Zahl der LehrstellenbewerberInnen durch. Gleichzeitig steigt die Zahl der Erwerbstätigen, die in Rente gehen, die frei werdenden Arbeitsplätze müssen wieder besetzt werden, entsprechende Fachkräfte fehlen jedoch. Eine überlebensgefährdende Situation für viele Betriebe, diagnostiziert die Studie. •

www.otto-brenner-stiftung.de

ver.di

Fernsehpreis für „Kassensturz"

Der ver.di-Fernsehpreis 2010 geht in diesem Jahr an Stephan Falk, Lars Montag und Connie Walther. Falk und Montag erhalten den Preis für das Drehbuch zum Tatort-Krimi „Kassensturz", der sich mit dem Mord an einem Bereichsleiter einer Discount-Kette und dessen Willkür im Umgang mit Beschäftigten befasst. Walther wurde für die Regie in „Frau Böhm sagt nein" ausgezeichnet. Drehbuchautorin Dorothee Schön hat für diesen ARD-Film die Vodafone-Übernahme aus dem Jahr 2000 und die VW-Affäre verarbeitet. Im Mittelpunkt steht dabei eine Sachbearbeiterin in der Buchhaltung, die sich weigert, unanständig hohe Prämien an die korrupten Vorstände auszuzahlen. Die Preise sind mit jeweils 7500 Euro Preisgeld ausgestattet. •

www.verdi.de

August-Schmidt-Stiftung

Chance auf Bildung ermöglichen

Seit mehr als fünfzig Jahren unterstützt die August-Schmidt-Stiftung nahezu im Verborgenen Waisen im Organisationsbereich der IG Bergbau, Chemie, Energie, deren Väter oder Mütter bei der Arbeit tödlich verunglückt sind oder an den Folgen von Silikose, Siliko-Tuberkulose, Asbestose und anderen typischen „Grubenerkrankungen" verstorben sind. Ihren Geschäftsbericht 2009 hat die Stiftung nun in Form einer informativen Broschüre mit viel Hintergrundwissen zur Stiftung vorgelegt. Die Stiftung hat im vergangenen Jahr 155 Waisen betreut, eine Hilfe, die für viele von ihnen sehr wichtig ist. Die Stiftung unterstützt junge Menschen, die durch den Verlust eines Elternteils in materielle Not geraten sind, mit einer Ausbildungsbeihilfe oder durch die Bezahlung von Studiengebühren. Die Gründung der Stiftung geht zurück auf eines der schwersten Grubenunglücke des deutschen Bergbaus im Februar 1962. Damals kamen auf der saarländischen Schachtanlage Luisenthal 299 Bergleute ums Leben. 87 wurden schwer verletzt. Die tödlich verunglückten Bergleute hinterließen 365 Halbwaisen. •

www.august-schmidt-stiftung.de

Sommerhitze

Arbeit in der Sauna

Wie viel Hitze müssen Beschäftigte am Arbeitsplatz aushalten? Vorschriften zur Raumtemperatur in Arbeitsstätten sowie Tipps und Hinweise zum Thema gibt es im Heft „Tipps 39 – Sommerhitze" des Fachbereichs Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung der IG Metall. •

Download: www.einblick.dgb.de

interregio

••• Mehr Anerkennung für GewerkschafterInnen, die sich ehrenamtlich engagieren, will die ***DGB-Region Köln-Bonn*** mit ihrem ***Projekt*** „Gewerkschaften haben viele Gesichter" erreichen. Einer größeren Öffentlichkeit sollen KollegInnen vorgestellt werden, die sich ehrenamtlich engagieren. Allein die DGB Region Köln-Bonn benennt rund 2000 ArbeitnehmervertreterInnen in verschiedenen Gremien: Prüfungsausschüsse bei Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern, ehrenamtliche Richter, Jugendschöffen, Mitglieder in Schulkonferenzen, Selbstverwaltung, Sozialversicherung usw. Dieses gewerkschaftliche Engagement will die DGB-Region stärker in die Öffentlichkeit bringen und zeigen, dass sich viele GewerkschafterInnen in unserer Gesellschaft engagieren. Weitere Ziele sind mehr öffentliche Anerkennung des Ehrenamtes und Neugewinnung von ehrenamtlichen KollegInnen über die „guten Beispiele". Die Portraits sollen nach der Sommerpause im Internet erscheinen.

https://koeln-bonn.dgb.de/uber-uns/gesichter

••• Der ***DGB Rheinland-Pfalz*** hat die ***Bundesratsinitiative*** der rheinland-pfälzischen Landesregierung zum Erhalt der Tarifeinheit begrüßt. Der Bezirksvorsitzende des DGB West Dietmar Muscheid erklärte: „Die Brisanz der BAG-Entscheidung gegen die Tarifeinheit darf nicht unterschätzt werden. Konkurrenz ist gut, aber nicht, wenn sie zu Lasten ganzer Belegschaften geht. Durch die Aufgabe der Tarifeinheit wird dem System der Branchentarifverträge das stabilisierende Fundament entzogen. Es droht nicht nur die Spaltung der Belegschaften, sondern auch der Abschied von dem überwiegend konstruktiven Klima zwischen den Tarifvertragsparteien.

www.dgb-west.de/dgb-rheinland-pfalz

Info-Broschüre

Männersache Vereinbarkeit

Die neue DGB-Informationsbroschüre „Männersache Vereinbarkeit" befasst sich mit der Situation von Vätern am Arbeitsplatz. Aktuelle und vergangene Rollenbilder werden beleuchtet. Übersichtlich werden in Arbeitsmodulen Anregungen gegeben, wie am Arbeitsplatz etwa Betriebs- und Personalräte eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für Männer erreichen können. •

www.dgb-bestellservice.de

Internationaler Gewerkschaftsbund

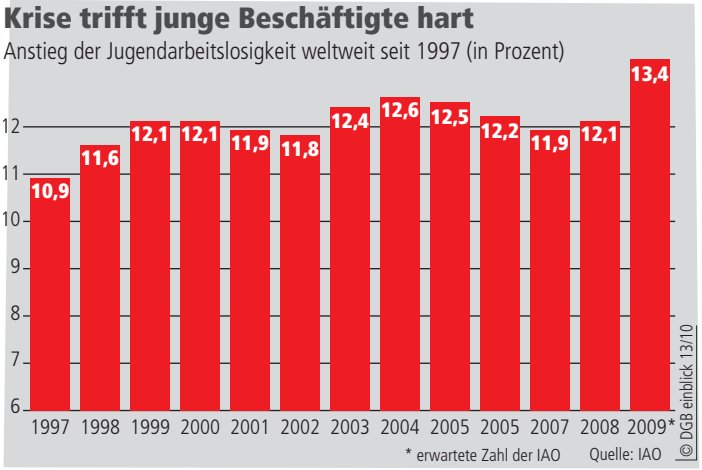
„International und solidarisch für die Menschen“

Erklärtes Ziel der internationalen Gewerkschaften ist es, auf die Krise und die unzureichenden Reaktionen der Regierungen gemeinsam und solidarisch zu reagieren. Das ist ein Ergebnis des zweiten Weltkongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) vom 21. bis 25. Juni im kanadischen Vancouver.

„Wir müssen mit Kraft und Solidarität darauf reagieren, dass die Antwort einiger PolitikerInnen ist, die ArbeiterInnen erneut zu bestrafen, indem sie den Finanzmärkten erlauben, die globale Politik zu dominieren“, sagte die neue Generalsekretärin Sharan Burrow bei der Eröffnung des IGB-Kongresses. Rund 1400 Delegierte aus der ganzen Welt debattierten anschließend unter dem Motto „Jetzt zählen die Menschen – Aus der Krise mit globaler Gerechtigkeit“ die Strategien und Inhalte der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Guy Ryder, dessen Amtszeit als Generalsekretär des IGB endete, appellierte an die Delegierten: „Der Zusammenhalt aller Gewerkschaften auf der Welt wird entscheidend sein für den Erfolg der internationalen gewerkschaftlichen Solidarität.“ In Folge der Krise hätten seit 2008 34 Millionen Arbeitnehmer ihre Arbeit verloren, weitere 64 Millionen Menschen wurden in die Armut gedrängt. So negativ sich die Krise auch für viele Menschen auswirke, so biete sie aber auch Chancen, „für einen neuen Weg, einen humanen Weg, der sich an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientiert“. Mit der Entschließung „Die Globalisierung verändern“ forderten die Delegierten konkrete Maßnahmen, um eine Wiederholung des Beinahe-Kollapses zu verhindern. Zudem, dafür stimmte der Kongress, muss es in der Globalisierung einen grundlegenden Richtungswechsel geben.

Im Themenreport forderte Ryder als vordringliche Ziele menschenwürdige Arbeit für alle, Fairness und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt, die Regulierung der Finanzmärkte, eine nachhaltige CO_2-arme Zukunft, ein neues Entwicklungsmodell und die Steuerung und Regulierung der Globalisierung. Zum Aktionsplan gehört auch die Umsetzung der globalen Beschäftigungsinitiative der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Ziel dieses globalen Job-Paktes ist es, Beschäftigung und sozialen Schutz in den Mittelpunkt von Konjunkturprogrammen zu stellen. Ryder drängte: „Die Gewerkschaften und der IGB müssen schnell handeln, sonst ist die Chance für grundlegende Veränderungen vorbei.“

Für diese Aufgabe seien die internationalen Gewerkschaften gut aufgestellt, meint der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der zum neuen Präsidenten des IGB gewählt wurde. „Vier Jahre nach seiner Gründung ist der IGB ein globaler Player geworden – die globale Stimme der arbeitenden Menschen dieser Welt“, sagte Sommer. Auch er sieht den IGB vor großen Herausforderungen: „Wir müssen dagegen angehen, dass die arbeitenden Menschen als Opfer der Krise auch noch die Folgen der Krise bezahlen sollen. Auch deshalb brauchen wir die Finanztransaktionssteuer. Wir müssen weltweit kämpfen, für gute Arbeit, gegen Arbeitslosigkeit, für Lebenschancen von Jugendlichen und Frauen. Besonders geht es mir um die Bekämpfung jeder Form von prekärer Arbeit. Prekäre Arbeit ist die Geißel der arbeitenden Menschen.“ Seine Wahl zum Präsidenten des IGB sei vor allem eine Anerkennung der deutschen Gewerkschaftsbewegung „für ihr solidarisches Eintreten für Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte weltweit“, so Sommer. •



Für 2009 geht die Internationale Arbeitsorganisation ILO davon aus, dass von den weltweit 211 Millionen Arbeitslosen rund 83 Millionen zwischen 15 und 24 Jahren alt sind. Die IGB-Resolution „Menschenwürdiges Leben für junge Arbeiterinnen und Arbeiter“ fordert deshalb, die Situation junger Beschäftigter besonders in den Blick zu nehmen.

Mehr Informationen zum 2. Weltkongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes: ***www.einblick.dgb.de/hintergrund***

Enttäuschende Ergebnisse beim G20-Gipfel

Die Ergebnisse des G20-Gipfels, der ebenso wie der IGB-Weltkongress in Kanada stattfand, sind aus Sicht der internationalen Gewerkschaften enttäuschend. Es wurden weder ein klarer Zeitplan für die Erhöhung der Ausgaben, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen, noch konkrete Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte verabschiedet. Zudem liefen die G20-Länder mit ihrer Eile, die Haushaltsdefizite bis spätestens 2013 zu halbieren, Gefahr, in eine erneute Rezession hineinzurutschen.

„Dies ist das falsche Schlusskommuniqué zur falschen Zeit – ein im Wesentlichen deskriptiver Text, der angesichts der sich verschärfenden Beschäftigungskrise von inakzeptabler Selbstgefälligkeit zeugt, in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit im Zuge verfrühter Sparmaßnahmen erneut in die Höhe zu schnellen droht“, erklärte die neu gewählte IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow. Immerhin hat Bundeskanzlerin Angela Merkel nach einem Treffen mit GewerkschafterInnen zugesagt, ein weiteres G20-Arbeitsministertreffen in Deutschland auszurichten.

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

TRANSNET

Reisezentren und Fahrkartenschalter zu schließen, ist für TRANSNET und GDBA eine „Schnapsidee". Bahnchef Grube hatte das Handy zur Fahrkarte der Zukunft erklärt, Beratung und Fahrkartenverkauf seien nicht mehr erforderlich. Die Bahngewerkschaften: „Auch das Ticket 3.0 braucht einen Mensch 3.0."

NGG

„Ein Zeichen für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft könnte die Regierung mit der Einführung eines dritten Mehrwertsteuersatzes setzen", fordert der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg. „Mit Luxussteuern auf Yachten, Privatflugzeuge, teure Uhren, Schmuck oder Luxusautos würden auch die Reichen mehr zum Staatshaushalt beitragen."

ver.di

ver.di hat die Glaubwürdigkeit der Ratingagentur Moody's auf „Ramschstatus" herabgestuft. Die Bonitätsnote sinke auf „Kaffeesatzleserei", erklärt ver.di-Wirtschaftsexperte Dierk Hirschel. Große Risiken bestünden auch für die Moody-Wettbewerber Standard & Poor's und Fitch, deren Glaubwürdigkeit sei dramatisch gesunken.

IG BCE

Als „kurzsichtig und kraftlos" hat Michael Vassiliadis, IG BCE-Vorsitzender, die schwarz-gelbe „Gesundheitsreform" bezeichnet. Notwendig wären Antworten, „wie unser Gesundheitswesen so gestaltet werden kann, dass alle Mitglieder einer alternden Gesellschaft am medizinischen Fortschritt teilhaben".

Workshop

Ökologie schafft Arbeit

„Ein neues Bündnis für Arbeit und Umwelt" steht im Mittelpunkt eines DGB-Workshops am 14. September in Berlin. Seit einigen Jahren wird in der Öffentlichkeit über ökologisch nachhaltiges Wirtschaften debattiert. In einer grünen Ökonomie ergeben sich durch effiziente Umwelttechnologien und -dienstleistungen Standort- und Wettbewerbsvorteile für innovative Unternehmen und bislang nicht ausgeschöpfte Wachstums- und Beschäftigungspotenziale.

Auf dem DGB-Bundeskongress haben die Gewerkschaften ein breites gesellschaftliches Bündnis gefordert, das diesen Wandel energisch vorantreiben und sozial gerecht gestalten soll. Auf dem Workshop in Berlin sollen vor allem der Zusammenhang von Guter Arbeit und Beschäftigungspotenzialen im Umweltbereich sowie mögliche Strukturen eines fortgesetzten Dialogs auf nationaler Ebene erörtert werden. Der Workshop ist Teil der DGB-Veranstaltungsreihe „Nachhaltige Klima-, Energie- und Umweltpolitik 2010". Anmeldeschluss ist der 30.August. •

andrea.hasenberger@dgb.de

Migranten

Verlierer im Bildungssystem

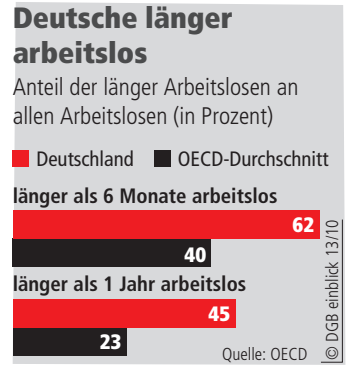
„Vor allem junge Einwanderer sind noch immer die Verlierer in unserem Bildungssystem", konstatierte DGB-Vorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock anlässlich des am 7. Juli in Berlin vorgestellten Migrationsberichts der Bundesregierung. Dem Bericht zufolge verlassen 13,3 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund die Schule ohne Abschluss – ein Drittel mehr als in den Vorjahren. Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss stieg insgesamt von 5,4 Prozent im Jahr 2005 auf inzwischen sieben Prozent. „Die Bildungspolitik muss die Integration von Migrantinnen und Migranten zu einem Schwerpunkt machen", fordert Sehrbrock.

Der Mangel an frühkindlicher Bildung, die frühe Aufteilung der Kinder auf die verschiedenen Schulformen und die Tatsache, dass Kinder mit Migrationshintergrund häufig in Förderschulen landen, seien wesentliche Gründe für die aktuelle Entwicklung. Problematisch sei zudem, dass erwachsenen MigrantInnen die Integration erschwert werde, weil die Anerkennung ihrer Qualifikationen in einem unsäglichen Wirrwarr der Zuständigkeiten verlaufe. „Wir können es uns nicht leisten, dass Lehrer und Ingenieure als Taxifahrer arbeiten müssen, weil ihre im Ausland erworbenen Qualifikationen nicht anerkannt werden." Sehrbrock begrüßte die Initiative der Bundesregierung, hier ein transparenteres Verfahren zu schaffen. •

OECD

Auf neoliberalem Kurs

Dank flexibler Arbeitszeitregelungen und Kurzarbeit ist der Arbeitsmarkt in Deutschland in der Krise robuster als in anderen Ländern. Das hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) in ihrem „Beschäftigungsausblick 2010" festgestellt. Allerdings blieben Arbeitslose hierzulande deutlich länger ohne Beschäftigung als anderswo. Die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre wertet die OECD positiv. Es sollte aber noch mehr Anreize zur „Aufnahme einer existenzsichernden Beschäftigung" geben, schlägt die OECD vor. Rund 200 000 Arbeitsplätze seien bis zum 3. Quartal 2009 durch Kurzarbeit erhalten worden, die erleichterte Kurzarbeiterregelung solle aber „auslaufen, wenn der Aufschwung an Fahrt gewinnt". Die Kurzarbeit habe „zur weiteren Segmentierung des deutschen Arbeitsmarktes beigetragen", so die OECD. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki hält die OECD-Vorschläge für eine weitere Deregulierung des deutschen Arbeitsmarktes für das falsche Rezept. „Sie kritisieren, dass die Nutzung von Kurzarbeit den Strukturwandel behindert hat. Dabei ignorieren sie völlig, dass gerade die Kurzarbeit dazu beigetragen hat, hochwettbewerbsfähige Industriestrukturen zu sichern." •



Der Anteil der Langzeitarbeitslosen bleibt in Deutschland auf deutlich höherem Niveau als im OECD-Durchschnitt.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat im letzten Jahr gemeinsam mit den europäischen Gewerkschaftsverbänden, unterstützt von der EU, das Projekt „Klimawandel, die neue Industriepolitik und die Auswege aus der Krise" ins Leben gerufen. Eine Broschüre fasst erste Ergebnisse zusammen. *Download: www.einblick.dgb.de*

MEINUNG

Kürzungen beim Elterngeld

Reiche Familien haben Vorrang

Der Ausbau des Elterngeldes stand im schwarz-gelben Koalitionsvertrag. Stattdessen soll jetzt die Leistung gekürzt und für Hartz IV-BezieherInnen gleich ganz gestrichen werden. Das ist sozial- wie gleichstellungspolitisch das falsche Signal, meint Buchautor Thomas Gesterkamp.

Foto: privat

Dr. Thomas Gesterkamp, 52, ist Journalist in Köln und Autor des Buches „Die neuen Väter zwischen Kind und Karriere", das gerade in einer aktualisierten Neuauflage erschienen ist (Verlag Barbara Budrich).

Kristina Schröder (CDU) hatte ehrgeizige Pläne. So wollte die neue Familienministerin die Bezugsdauer des Elterngeldes von 14 auf 16 Monate verlängern. Die so genannten Vätermonate – die verfallen, wenn sie vom Partner, meist dem Mann, nicht genommen werden – sollten von zwei auf vier steigen. Zudem war geplant, ein Teilelterngeld einzuführen, bei dem beide Partner parallel ihre Stelle reduzieren und über zwei Jahre unterstützt werden.

All das ist vom Tisch. Ihr Vorhaben sei „derzeit nicht finanzierbar", kommentierte Schröder die Ergebnisse der Sparklausur der Regierung. In den Verhandlungen versuchte sie gar nicht erst, familienpolitische Leistungen für ähnlich tabu zu erklären wie zum Beispiel die Bildungsausgaben. Statt das Elterngeld auszuweiten, wird es nun abgebaut, und zwar **mit deutlich unsozialer Schlagseite:** Fällt die Reduzierung auf 65 Prozent des vorherigen Nettoeinkommes bei höheren Verdiensten noch moderat aus, soll Hartz IV-Eltern die Mindestsumme von 300 Euro komplett gestrichen werden.

Die radikalen Einschnitte bei den einkommensschwachen Haushalten begründet die Ministerin mit **„Systemlogik"**: Das Elterngeld solle Berufstätigen die Entscheidung für ein Kind erleichtern. Tatsächlich ist das Instrument familienpolitisch und nicht sozialpolitisch ausgerichtet – es zielt nicht auf den Ausgleich zwischen Arm und Reich. Hartz IV-EmpfängerInnen haben vorher nicht gearbeitet, das stimmt. Doch nach dieser Maxime müsste das Elterngeld auch der nicht erwerbstätigen Zahnarztgattin vorenthalten werden.

Warum sollen gut versorgte Hausfrauen weiterhin 300 Euro bekommen, während die allein erziehende Mutter verzichten soll? Die Willkür, die hinter der Kürzung steckt, ist **selbst innerhalb der Regierung kaum vermittelbar.** „Wenn das Elterngeld als reine Lohnersatzleistung definiert wird, darf es auch nur an Leute ausbezahlt werden, die vorher erwerbstätig waren", sagt Miriam Gruß, familienpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. In dem Bemühen der Liberalen, sich einen sozialen Anstrich zu geben, stellte sie auch gleich eine Absenkung des Höchstsatzes auf 1500 Euro im Monat zur Diskussion. Das sei gerechter – und spare dem Finanzminister zudem eine weitere halbe Milliarde.

Wer mehr als 2679 Euro netto verdient, erhält nach den Plänen von Schwarz-Gelb weiter den Maximalwert von 1800 Euro Elterngeld. In Kombination mit der vollständigen Streichung der Minimalleistung für Hartz IV-Empfänger hinterlässt das Vorhaben einen **faden bevölkerungspolitischen Nachgeschmack.** Schon bei der Debatte um die Einführung des Elterngeldes vor vier Jahren hatten KritikerInnen moniert, hier solle vor allem die Gebärfreudigkeit von AkademikerInnen angeregt werden.

Bleibt es bei den Kürzungen in der derzeitigen Form – was angesichts der Kontroversen auch in Koalitionskreisen keineswegs sicher ist – ist die soziale Schieflage offensichtlich. Das Elterngeld konzentriert sich eben nicht systemlogisch auf jene, die wegen der Geburt eines Kindes ihre Berufstätigkeit unterbrochen haben. Neben Haushalten, in denen Väter wie Mütter Geld verdienen, erhalten die Leistung auch Familien, in denen Mama sich entschieden hat, ausschließlich für den Nachwuchs da zu sein.

Es ist kein Zufall, dass gerade die CSU, die 2013 eine „Herdprämie" für Hausfrauen durchsetzen will, sich sofort vehement gegen die FDP-Vorschläge stellte. Der Streichplan beim Elterngeld ist **sozial- wie geschlechterpolitisch ein Schritt in die falsche Richtung.** Reiche Familien haben Vorrang – unausgesprochen soll verhindert werden, dass Arme die Verlierer der Zukunft in die Welt setzen. An der Subventionierung der althergebrachten Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen will man erst recht festhalten.

Um Ministerin Schröder nicht zu brüskieren, hatten Berater im Kanzleramt zwischenzeitlich einen Kompromiss zur Diskussion gestellt. Danach hätte die Ministerin zwar die Teilzeitvariante des Elterngeldes durchsetzen können, aber auf die Verlängerung der Vätermonate verzichten müssen. **Jetzt hat sie gar nichts erreicht** – ein Rückschritt für die Gleichstellungspolitik: Denn nur wenn Männer mehr als eine Art verlängerten Urlaub machen, kann das wirksam die Rollenmuster von Paaren verändern. •

Kulturwandel bei den Vätern

Seit die Babyauszeit mit einer Lohnersatzleistung honoriert wird, hat sich die Beteiligung der Männer versechsfacht. Nach Auswertungen des Statistischen Bundesamtes stellen sie mittlerweile rund 20 Prozent der Anträge auf Elterngeld. Vor Einführung der neuen Regelung im Jahr 2007 waren es nur 3,5 Prozent.

Immerhin ein Drittel der Väter pausiert länger als zwei Monate. Es handelt sich also keineswegs um reine „Mitnahmeeffekte", wie KritikerInnen behaupten, sondern um einen grundlegenden kulturellen Wandel. Die hohe Akzeptanz der Väterzeit liefert zudem den Beweis, dass Politik Verhalten beeinflussen oder gar steuern kann.

Geschlechterpolitisch ist das Elterngeld ein großer Fortschritt, für den Bundeshaushalt allerdings eine Belastung. Fast 4,5 Milliarden Euro werden im laufenden Jahr ausgezahlt – das sind zwei Drittel des Gesamtbudgets des Familienministeriums. Ausgerechnet die erwünschte stärkere Beteiligung der Väter erwies sich als „Kostentreiber": 67 Prozent des letzten Nettoeinkommens fallen bei den männlichen Elternzeitlern mehr ins Gewicht, weil diese meist mehr verdienen als ihre Partnerinnen. Durch die Kürzungen will die Bundesregierung 630 Millionen Euro einsparen.

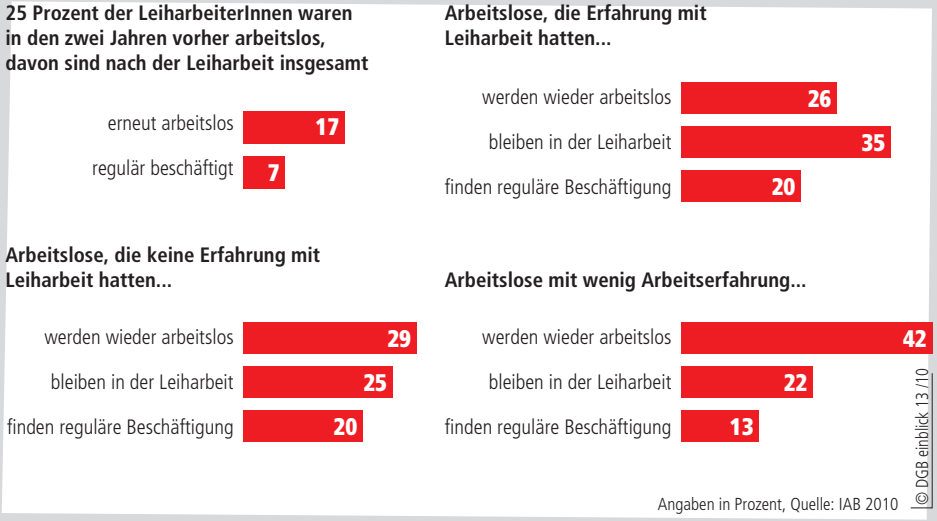
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

LEIHARBEIT: Schmaler Steg in reguläre Beschäftigung

Nur sieben Prozent aller zuvor arbeitslosen Leiharbeitskräfte schaffen es nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die Arbeitslosigkeit dauerhaft hinter sich zu lassen. „Leiharbeit ist keine breite Brücke, aber ein schmaler Steg in Beschäftigung", so IAB-Direktor Joachim Möller. Das hat einen hohen Preis: Leiharbeitskräfte verdienen rund ein Viertel weniger. Leiharbeit sei „eine der Hauptverkehrsstraßen in prekäre Beschäftigung", betont DGB-Vorstand Annelie Buntenbach.



personalien

••• Der DGB-Vorsitzende ***Michael Sommer,*** 59, ist neuer Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Er folgt der bisherigen Präsidentin ***Sharan Burrow,*** 56, aus Australien, die zur neuen Generalsekretärin des IGB gewählt wurde. Der bisherige Generalsekretär ***Guy Ryder,*** 55, wechselt als Stellvertretender Generaldirektor zur Internationalen Arbeitsorganisation ILO in Genf.

Tipp

Buch: ***Ruprecht Polenz, Besser für beide – Die Türkei gehört in die EU, Edition Körber-Stiftung, 110 S., 10 Euro***

Die Türkei hat eine faire Chance auf eine EU-Vollmitgliedschaft verdient – Ruprecht Polenz (CDU) widerlegt alle Einwände und liefert überzeugende Argumente. Die Verankerung in der EU schütze das Land vor islamistischen Gefährdungen und sie dokumentiert, dass die EU auch künftig Modell einer Friedensordnung sein kann.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Udo Böhlefeld, Haidy Damm, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Thomas Gesterkamp, Luis Ledesma, Thomas Lehmann **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Der nächste *einblick* erscheint am 30. August 2010

49 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

13.7. DGB-Region Mittelfranken, Diskussion „Die „schwäbische Hausfrau" spart sich aus der Krise? Oder: Brauchen wir einen „New Deal" für Europa?", Nürnberg

14.7. DGB, GEW, GdP, ver.di, Fachtagung „FrauenStärken: Neue Impulse für Gleichstellung in Baden-Württemberg", Stuttgart

15.7. DGB, Hans-Böckler-Stiftung, Tagung: „Wer ernährt die Familie?", Leipzig

18.-30.7. DGB-Bildungswerk, Workshop „SommerCampus für Betriebsräte", Hamburg

20.7. Nationaler Gedenktag an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft

23.7. ver.di, 6. Frauen-Alterssicherungs-Konferenz „Prekarität und deren Auswirkungen auf die Alterssicherung der Frauen", Berlin

8.-11.8. DGB-Bildungswerk, 3. Gesundheitsgipfel „Prävention und Gesundheitsförderung", Grainau / Bayern

20.8. DGB-Region Sachsen-Anhalt/Süd, Diskussion „Geregelte Leiharbeit! Zukunft oder Alptraum?", Halle

20.8. IGBCE, Demografie-Tagung „Die Weichen werden jetzt gestellt", Hannover

23.-29.8. DGB-Jugend Baden-Württemberg, Schwules Sommercamp, Markelfingen am Bodensee

Schlusspunkt.

„Wenn es mir nicht gelingt, ein vernünftiges Gesundheitssystem auf den Weg zu bringen, dann will mich keiner mehr als Gesundheitsminister haben."

Gesundheitsminister Phillip Rösler (FDP) im Februar 2010 zu seinen Plänen, das Gesundheitssystem durch eine Kopfpauschale zu reformieren.

Arbeitslosengeld

Bei Überzahlung keine Rückzahlung

Ein Arbeitsloser muss zu viel bezahltes Arbeitslosengeld dann nicht zurückzahlen, wenn die Behörde nicht durch die Vorlage der maßgeblichen Bescheide den Verschuldensvorwurf gegenüber dem Arbeitslosen belegen kann.

Landessozialgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 5. Februar 2010 - L 8 AL 66/08

Hartz IV

Leistungsträger zahlt Dachreparatur

Wer Leistungen der Grundsicherung bezieht, kann die Erstattung der Kosten für die Reparatur des Daches eines selbst bewohnten Hauses als Erhaltungsaufwand geltend machen. Denn ein dichtes Dach ist unerlässlich.
Sind irreparable Schäden an Eigentum und Gesundheit der Hausbewohner zu befürchten, kann der Leistungsbezieher den Erlass einer einstweiligen Anordnung beantragen.

Landessozialgericht Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 5. Mai 2010 - L 5 AS 425/10 B ER

Hartz IV

Darlehen sind schriftlich zu regeln

Behauptet ein Empfänger von Hartz-IV-Leistungen, das Geld auf dem Konto sei geliehen, muss er das beweisen. Er hat eine Darlehensvereinbarung mit einer Absprache zur Rückzahlung vorzulegen. Andernfalls gilt das vermeintliche Darlehen als Einkommen des Hartz-IV-Beziehers.

Bundessozialgericht, Urteil vom 17. Juni 2010 – B 14 AS 46/09 R

Unterkunftskosten

Auch Wohnmobil ist Wohnung

Wohnt ein Langzeitarbeitsloser nur im Wohnmobil, so kann er die Kosten des Fahrzeugs teilweise vom Jobcenter erstattet bekommen. Allerdings werden dann nur die Kosten erstattet, die für den Unterkunftszweck erforderlich sind.
Nicht erstattungsfähig sind dagegen Kosten für Pflege und Wartung des Fahrzeugs sowie Kraftstoffkosten.

Bundessozialgericht, Urteil vom 17. Juni 2010 - B 14 AS 79/09 R

Hartz-IV-Sätze für Kinder

Keine Rückwirkende Zahlung

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010, wonach die bisherige Berechnung der Hartz-IV-Sätze verfassungswidrig ist, begründet keinen Anspruch auf Zahlung für zurückliegende Zeiträume.

Bundessozialgericht, Urteil vom 17. Juni 2010 – B 14 AS 17/10 R

Betriebsratstätigkeit

Kinderbetreuungskosten gehören dazu

Der Arbeitgeber muss im erforderlichen Umfang die Kosten erstatten, die einem allein erziehenden Betriebsratsmitglied während einer mehrtägigen auswärtigen Betriebsratstätigkeit durch die Fremdbetreuung seiner minderjährigen Kinder entstehen.

Der Fall: Die allein erziehende Mutter, Betriebsratsmitglied, nahm an Sitzungen des Gesamtbetriebsrats und auswärtigen Betriebsräteversammlungen teil. Sie war deswegen zehn Tage ortsabwesend. Für die Betreuung ihrer 11 und 12 Jahre alten Kinder musste sie fremde Hilfe in Anspruch nehmen und verlangte die Erstattung der Betreuungskosten in Höhe von 600 Euro. Mit ihrer Klage hatte sie Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Nach dem Betriebsverfassungsgesetz trägt der Arbeitgeber die durch die Betriebsratstätigkeit entstehenden Kosten. Dazu gehören auch Aufwendungen, die einzelne Betriebsratsmitglieder zur Erfüllung ihrer Betriebsratsaufgaben für erforderlich halten dürfen, nicht aber sämtliche Kosten, die nur irgendwie durch die Betriebsratstätigkeit veranlasst sind. Grundsätzlich nicht erstattungsfähig sind Aufwendungen, die der persönlichen Lebensführung zuzuordnen sind. Vom Arbeitgeber zu tragen sind aber Kosten, die einem Betriebsratsmitglied dadurch entstehen, dass es die Betreuung minderjähriger Kinder sicherstellen muss, wenn es außerhalb der persönlichen Arbeitszeit Betriebsratsaufgaben wahrnehmen muss. Das Betriebsratsmitglied befindet sich in dem Fall in einer Pflichtenkollision zwischen seinen betriebsverfassungsrechtlichen Aufgaben und der Pflicht zur elterlichen Personensorge. Pflege und Erziehung der Kinder sind nicht nur „das natürliche Recht der Eltern", sondern auch „die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht". Dementsprechend darf dem Betriebsratsmitglied durch die gleichzeitige Erfüllung beider Pflichten kein Vermögensopfer entstehen.

Bundesarbeitsgericht, Beschluss vom 23. Juni 2010 - 7 ABR 103/08

Krebsbehandlung in Privatklinik

Keine Kostenerstattung

Eine gesetzliche Krankenkasse ist nicht verpflichtet, die Kosten für eine regionale Chemotherapie, eine nicht allgemein anerkannte Therapieform, zu übernehmen.

Der Fall: Die an Brustkrebs erkrankte Frau hatte sich in einem für gesetzlich Versicherte zugelassenen Krankenhaus behandeln lassen. Die herkömmliche Chemotherapie brach sie jedoch wegen erheblicher Nebenwirkungen ab. Sie entschied sich stattdessen für eine regionale, auf die betroffene Körperregion beschränkte Chemotherapie, die in einer nicht zugelassenen Privatklinik durchgeführt wurde. Die Krankenkasse weigerte sich, die Kosten für die Behandlung von etwa 27.000 Euro zu übernehmen. Es handele sich nicht um eine allgemein anerkannte Therapieform. Die Klage dagegen hatte keinen Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die von der Frau gewählte regionale Chemotherapie entspricht in Qualität und Wirksamkeit bei Brustkrebserkrankungen nicht dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnisse. Zudem hätte es auch bei der angewandten Standardchemotherapie Erfolg versprechende Möglichkeiten zur Verringerung der Nebenwirkungen gegeben. Es sei nicht gerechtfertigt, die Kosten auf die Versichertengemeinschaft abzuwälzen.

Landessozialgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 3. März 2010 - L 5 KR 2035/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 30.08.2010 14/10

DGB

Beschäftigtendatenschutz

Echter Schutz geht anders

Überwachungsskandale bei Unternehmen wie Lidl, der Deutschen Bahn oder der Telekom haben gezeigt, dass es klarer Regelungen zum Schutz der Beschäftigten vor Bespitzelung bedarf. Schwarz-Gelb hat reagiert und am 25. August einen Gesetzentwurf für den Beschäftigtendatenschutz vorgelegt. Aus Sicht von DGB und Gewerkschaften ist der aber kaum geeignet, „um Beschäftigte in Zukunft wirksam zu schützen", erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Wir fordern handfeste, konkrete Bestimmungen und Verbote zum Schutz der Beschäftigten statt Gummiparagraphen für die Arbeitgeber." Statt dessen schaffe der Entwurf erstmals eine Rechtsgrundlage, die das Ausspionieren von Beschäftigten im Arbeitsverhältnis ausdrücklich ermöglicht. Die Pläne der Bundesregierung seien ein Beispiel für „miserables Regierungswerk", urteilt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

Die Gewerkschaften erwarten, dass der Entwurf im parlamentarischen Verfahren nachgebessert wird. Immerhin: Die Gesetzesvorlage enthält gegenüber den im Frühjahr bekannt gewordenen Eckpunkten des Innenministeriums zum Beschäftigtendatenschutz *(einblick 06/10)* einige – wenige – Klarstellungen. So soll eine heimliche Videoüberwachung am Arbeitsplatz künftig auch in Ausnahmefällen nicht zulässig sein. Anderseits könnte aber die offene Videoüberwachung zum Alltag werden – und sogar zur Verhaltens- und Leistungskontrolle sowie zur Qualitätskontrolle eingesetzt werden. Das lehnen DGB und Gewerkschaften entschieden ab.

Verstöße gegen das informationelle Selbstbestimmungsrecht – insbesondere auch von Beschäftigten – sind nach wie vor Alltag. Mit einem eigenen Aufruf unterstützt der DGB-Bundesvorstand deshalb die Demonstration „Freiheit statt Angst" für einen besseren Datenschutz am 11. September in Berlin.

Für eine falsche Weichenstellung hält der DGB-Vorsitzende auch die im Gesetz vorgesehene Regelung zur Korruptionsbekämpfung. Ihre Aufklärung gehöre in die Hände von Polizei und Staatsanwaltschaft und nicht in die Hände der Arbeitgeber. Anonymisierte Datenabgleiche bis hin zu eigenen Ermittlungen mit einer zusätzlichen Datenerhebung durch den Arbeitgeber seien das Gegenteil eines echten Arbeitnehmerdatenschutzes. „Damit wird der Bespitzelungsskandal bei der Bahn, der zu Recht zum Rücktritt des damaligen Vorstandsvorsitzenden Mehdorn geführt hat, im Nachhinein gerechtfertigt", so Sommer.

Aufs Schärfste kritisieren DGB und Gewerkschaften, dass Arbeitgeber auch künftig durch ärztliche Untersuchungen und weitere Eignungstests das Profil der BewerberInnen ausleuchten dürfen. Es würden nicht mal konkrete Verbote ausgesprochen, etwa von Fragen wie der nach einer Schwangerschaft. Eine elementare Verschlechterung von Arbeitnehmerrechten sei, sagt Sommer, dass Arbeitgeber jetzt neu unter bestimmten Voraussetzungen ärztliche Untersuchungen und Eignungstests von bereits Beschäftigten verlangen können sollen. •

plusminusBERLIN

+ ***Jan Korte** (Die Linke) fordert, das SWIFT-Abkommen sofort auszusetzen. Es entspreche weder dem Grundgesetz noch dem europäischen Datenschutzniveau. Die vorgesehene Speicherdauer von fünf Jahren sei unverhältnismäßig, die Klagemöglichkeiten seien lachhaft.*

– ***Bundesinnenminister Thomas de Maizière** (CDU) begrüßt das SWIFT-Abkommen. Er hält es für „betroffenenfreundlich". Sein Rat an die BürgerInnen: Bei falschem Verdacht ganz einfach die Datenschutzbehörde kontaktieren, diese leite die Anfrage dann an die USA weiter.*

inhalt

Seite 3
Rente mit 67
Nur jeder vierte ältere Arbeitslose über 55 findet wieder Zugang zum Arbeitsmarkt

Seite 5
Globale Jugendarbeitslosigkeit
81 Millionen weltweit arbeitslos – die ILO warnt vor einer „verlorenen Generation junger Menschen"

Seite 7
Ein New Deal für Europa
Stephan Schulmeister, Wirtschaftsforscher aus Österreich, empfiehlt eine expansive Gesamtstrategie gegen die Krisenfolgen

Der Surf-Tipp fürs Internet

xlurl.de/code/q38289.html
50 Jahre Jugendarbeitsschutzgesetz

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Freiheit statt Angst – Aufruf des DGB zur Datenschutz-Demonstration „Freiheit statt Angst" am 11. September 2010 in Berlin

Energiekonzept

Effizienz statt Laufzeitverlängerung

IG Metall und IG BAU haben in einer gemeinsamen Stellungnahme mit Umwelt- und Verbraucherverbänden ein Energiekonzept gefordert, das auf Energieeffizienz statt auf Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken setzt. Sie fordern die Regierung zudem auf, die im Sparpaket für 2011 angekündigte Milliarden-Kürzung bei der energetischen Gebäudesanierung zurückzunehmen. Nur so könne die Bundesregierung ihre Klimaschutzziele erreichen und wichtige Impulse für eine zukunftsfähige Energieversorgung geben.

Die verstärkte Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen würde die Energiekosten für Wirtschaft und Verbraucher deutlich senken und etwa 850 000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Ein ambitioniertes Energieeffizienzgesetz könne wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz zum Job-Motor werden und langfristig Arbeitsplätze sichern, sagte IG Metall-Vorstand Wolfgang Rhode. Will die Bundesregierung klimapolitisch glaubwürdig bleiben, „muss sie die Streichungspläne bei den CO_2-Gebäudesanierungsprogrammen ad acta legen", so Martin Mathes, Leiter der Abteilung Wirtschafts-, Bau- und Arbeitsmarktpolitik der IG BAU. Durch die Kürzung würden über 100 000 Arbeitsplätze im Handwerk gefährdet. •

Anzeige
VERSICHERUNGSFORUM
Tagungsreihe des Verlags Versicherungswirtschaft GmbH
Tagesseminar
Produkt- und Rechtsfragen der betrieblichen Altersversorgung
www.vvw.de

Antidiskriminierung

Pilotprojekt Bewerbung

In einem Pilotprojekt testen fünf Unternehmen und das Bundesfamilienministerium ab diesem Herbst anonymisierte Bewerbungsverfahren. Nach Angaben der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sollen die Bewerbungen kein Foto und keinen Name enthalten und auch auf Angaben über Alter, Geschlecht, Familienstand und Herkunft verzichten. Ziel sei, dass allein die Qualifikation darüber entscheide, wer zum Bewerbungsgespräch eingeladen wird. Der einjährige Test soll wissenschaftlich durch das Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) und die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt der Europa-Universität Viadrina (KOWA) ausgewertet werden. Beteiligte Unternehmen sind u.a. die Deutsche Post, die Telekom, das Kosmetikunternehmen L'Oréal und der Konzern Procter & Gamble. •

Anzeige
VERSICHERUNGSFORUM
Tagungsreihe des Verlags Versicherungswirtschaft GmbH
28. September 2010
Köln, Tagungszentrum VersicherungsForum
Preis 480,– €*
*zzgl. MwSt
www.vvw.de

Antikriegstag

DGB: Raus aus Afghanistan

Der DGB fordert anlässlich des Weltfriedenstages am 1. September ein Ende des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan. „Der Krieg ist mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen", heißt es im Aufruf. Stattdessen brauche das Land Unterstützung beim Aufbau der Zivilgesellschaft. „Dazu gehört die Unterstützung der afghanischen Frauen sowie der ländlichen Bevölkerung." Zudem fordert der DGB, den Umbau der Bundeswehr „zur weltweit aktiven Interventionsarmee zu stoppen und an der Wehrpflicht festzuhalten. Eine faktische Abschaffung der Wehrpflicht ohne breite gesellschaftliche Debatte lehnen wir entschieden ab". •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Bildung

Chipkarten keine Lösung

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen plant, über eine Chipkarte den Zugang armer Kinder zu außerschulischen Angeboten der Bildung und Teilhabe zu fördern. Ab dem Sommer 2011 soll die Anwendung von Bildungs-Chipkarten in 40 Pilotregionen erprobt werden.

DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach fordert stattdessen kostenlose Schulspeisung für Alle und mehr Geld für die Bildungsinfrastruktur. „Ich befürchte, dass mit dem Bildungschip ein System aufgebaut wird, das zur Stigmatisierung der Kinder von Hartz IV-Beziehern führt und gleichzeitig die Bürokratie in Deutschland befördert", so Buntenbach. Der DGB lehne Sachleistungen nicht per se ab, aber „Instrumente, die einkommensarme Familien unter den Generalverdacht stellen, Geldleistungen Zweck zu entfremden, sehen wir kritisch". •

Anzeige
VERSICHERUNGSFORUM
Tagungsreihe des Verlags Versicherungswirtschaft GmbH
Weitere Informationen:
Claudia Dinges
Telefon: 0721/35 09-139
Telefax: 0721/35 09-205
E-Mail: versicherungsforum@vvw.de
www.vvw.de

Bankenabgabe

Hedge-Fonds kommen davon

DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki hat die von der Bundesregierung geplante Bankenabgabe begrüßt: „Die Bankenabgabe kommt zwar spät, geht aber in die richtige Richtung." Gleichzeitig bezweifelt er aber, dass dadurch künftige Krisen verhindert werden können. „Das vorgelegte Gesetz hat da noch erhebliche Defizite", kritisierte das für Wirtschaft zuständige Vorstandsmitglied. Zudem stehe die Beteiligung der Krisenverursacher weiterhin aus: „Daran ändert die Bankenabgabe nichts." Dass Versicherer und Hedge-Fonds ausgenommen bleiben, sei ökonomisch und ordnungspolitisch falsch. „Denn auch diese Finanzmarktakteure können erhebliche systemische Krisen verursachen", betonte er. Immerhin sei die Bankenabgabe nicht steuerlich absetzbar.

Zu dem im Gesetz verankerten Insolvenzverfahren sagte Matecki: „Ich begrüße, dass die Banken ihr Testament machen sollen. Schließlich sind Staaten und Steuerzahler in der Finanzkrise mit dem Argument der Systemrelevanz der Banken in Geiselhaft genommen worden." ‚Too Big to fail' dürfe zukünftig nicht mehr gelten. Es sei deshalb vernünftig, das interne Geflecht einer Großbank für die Politik und die Aufsicht transparent zu machen. Auch aus ordnungspolitischer Sicht sei es sinnvoll, die Frage der Zerschlagung der Großbanken schon vor dem Eintreten einer Krise zu diskutieren und gegebenenfalls ihre Zerlegung in kleine, unabhängige Einheiten einzuleiten, bevor es wieder zu spät sei, stellte Matecki klar. •

Rente mit 67

„Altersarmut ist eine reale Gefahr“

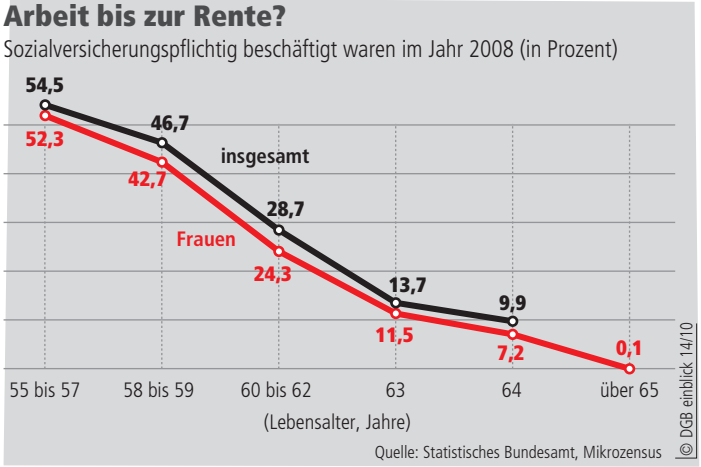
Kommt sie oder kommt sie nicht? Und wenn ja, wann? Während CDU und FDP an den Plänen festhalten, die Rente mit 67 ab 2012 schrittweise einzuführen, will die SPD erst zustimmen, wenn mindestens die Hälfte der 60-bis 64-Jährigen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat.

Kurzzeitig hatte von der Leyen gar von einem „Jobwunder“ für ältere ArbeitnehmerInnen gesprochen, musste dann aber zurückrudern, als klar wurde, dass nur 21,5 Prozent der 60- bis 64-Jährigen derzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Statt die „schlechte Arbeitsmarktsituation Älterer zu beschönigen“, forderte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach die Regierung auf, die Lage Älterer auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern: „Gute Arbeitsbedingungen für Jung und Alt, altersangemessene Arbeitszeitregelungen, vorbeugende Gesundheitsförderung in den Betrieben und bessere Weiterbildungsangebote.“

Momentan scheitert eine Verbesserung der Lage Älterer bereits an der Frage des Zugangs zum Arbeitsmarkt. Fast ein Drittel aller Arbeitslosen, nämlich 900 000, sind älter als 50 Jahre, und über 300 000 von ihnen sind länger als zwei Jahre arbeitslos. Nur jeder vierte ältere Arbeitslose über 55 Jahre findet überhaupt noch einmal Zugang zum Arbeitsmarkt. In der Gruppe der über 60-Jährigen sei die Arbeitslosigkeit in den vergangenen zwölf Monaten sogar um 50 Prozent angestiegen, so Buntenbach. „Heute muss die Hälfte der Altersrentner vor 65 mit Abschlägen in Rente gehen und verliert dabei im Durchschnitt 110 Euro Monatsrente. Und diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen vorher ausscheiden, werden mit Erwerbsminderungsrenten von ca. 640 Euro pro Monat abgespeist.“ Buntenbach warnt: „Altersarmut droht zu einem großen Problem zu werden. Besonders in Ostdeutschland spitzt sich die Situation wegen der hohen Arbeitslosigkeit und dem riesigen Niedriglohnsektor zu.“ Zentrale Fragen für die Gewerkschaften sind deshalb: Wie vermeiden wir Altersarmut? Wie sichern wir den Lebensstandard der ArbeitnehmerInnen im Alter? Wie verbessern wir die gesundheitliche Prävention in den Betrieben? Wie ermöglichen wir flexible, den Lebensumständen angepasste Übergänge von der Arbeit in die Rente? Und wie sichern wir diejenigen besser ab, die aus gesundheitlichen Gründen nicht so lange arbeiten können?

„Ohne ernsthaft die Fakten zu überprüfen und sich mit der Lebenswirklichkeit der Menschen z.B. auf den Baustellen, in den Krankenhäusern und Kindergärten, am Hochofen oder auf den Werften auseinander zu setzen, schickt die Arbeitsministerin ältere Beschäftigte in die Altersarmut oder in die Langzeitarbeitslosigkeit“, kritisiert Buntenbach. „Rente mit 67, das wissen die Menschen, bedeutet für sie Rentenkürzung. Lebensstandardsicherung ist damit für die meisten nur noch eine Illusion, Altersarmut für viele eine reale Gefahr.“

Die Linke lehnt die Rente mit 67 grundsätzlich ab, von den anderen Parteien sind bisher nur die SozialdemokratInnen bereit, ihren eingeschlagenen Kurs zu ändern und die geplante Erhöhung zumindest auszusetzen. Ein „Schritt in die richtige Richtung“, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Die SPD hätte anerkannt, „dass die Rente mit 67 unter den gegebenen Rahmenbedingungen zu einer reinen Rentenkürzung verkommt“. Die Gewerkschaften erwarten, „dass die SPD in ihrem Wahlprogramm für das Jahr 2013 sehr klar Position bezieht – und dabei am besten die Rente mit 67 endgültig aufgibt und stattdessen soziale, gerechte und nachhaltige Reformen vorschlägt“. Da die Bundesregierung „weiterhin auf Konfrontationskurs“ ist, wollen die Gewerkschaften das Thema Rente mit 67 auch in ihre Herbstaktionen einbeziehen, kündigte Sommer an. •



In den vergangenen Jahren ist der Trend, ältere Beschäftigte durch jüngere zu ersetzen, zwar zurückgegangen. Doch während der Anteil der sozialversichert Beschäftigten insgesamt knapp 60 Prozent beträgt, ist deren Anteil in der Gruppe der 60-Jährigen gerade mal halb so hoch.

DGB-Studie: Arbeitslosigkeit macht krank

Wer arbeitslos wird, erlebt dies meist als schwere Belastung, die weit über finanzielle Einschränkungen hinausgeht. Die psychischen Belastungen wirken sich auch auf die Gesundheit aus. Nach einer DGB-Studie der Abteilung Arbeitsmarktpolitik sind Arbeitslose wesentlich häufiger krank als Erwerbstätige. „Es lassen sich drastische Unterschiede belegen: Depressivität, Hoffnungslosigkeit und Hilflosigkeit bis hin zur Resignation sowie ein verringertes Selbstwertgefühl, geringeres Aktivitätsniveau und Einsamkeit stellen wesentliche Symptome einer schlechteren psychischen Gesundheit von Arbeitslosen dar“, so die Studie.

„Um die gesundheitsschädigenden Folgen von Arbeitslosigkeit abzufangen, brauchen wir geeignete Maßnahmen zur Vorbeugung. Dafür müssen alle Beteiligten – in der Arbeitsvermittlung, den Krankenversicherungen und der regionalen Gesundheitsversorgung – vernetzt zusammenarbeiten und neue Wege beschreiten“, fordert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Unsichere Beschäftigung im Niedriglohnsektor oder Ein-Euro-Jobs sind für die Gewerkschafterin keine Alternativen, denn sie „verschleißen die Betroffenen genauso wie dauerhafte Arbeitslosigkeit“.

Studie „Gesundheitsrisiko Arbeitslosigkeit“:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Jugend

Rechte von Azubis

Das neue Ausbildungsjahr hat begonnen. Mit dem Ratgeber „Gemeinsam gewinnen – Deine Rechte in der Ausbildung" steht die DGB-Jugend allen Azubis zur Seite. Worauf muss ich in meinem Arbeitsvertrag achten? Was für Mitspracherechte habe ich? Und: Wie viel Urlaub steht mir zu? Diese und viele weitere Fragen werden anschaulich und zusätzlich mit praxisnahen Tipps beantwortet. Außerdem: Ein Lexikon klärt die wichtigsten Begriffe zum Berufseinstieg. Der Ratgeber kann kostenfrei als pdf-Datei im Internet heruntergeladen werden. Ein Exemplar kostet 10 Cent zuzüglich Porto und Versand. •

www.dgb-bestellservice.de

Archiv der Jugendkulturen

Existenz sichern

Das Berliner Archiv der Jugendkulturen e.V. bittet um Spenden, um den Fortbestand dieser gemeinnützigen Einrichtung zu sichern. Zudem will der Verein eine Stiftung gründen. Das Ziel: Auf Dauer müssten wenigstens eine oder zwei hauptamtliche Stellen und die Sicherung der Grundkosten gewährleistet sein. Dies sei zurzeit nicht gegeben, erklären die Verantwortlichen. Vereinsmitglieder oder MitarbeiterInnen spenden privat Gelder, um die laufenden Kosten zu bestreiten. „Damit ist die Existenz dieser in Europa einmaligen Einrichtung in regelmäßigen Abständen akut gefährdet." Um die Stiftung zu gründen, müssten insgesamt 100 000 Euro zusammenkommen. Bei Redaktionsschluss waren knapp 12 000 Euro eingegangen. Das Archiv der Jugendkulturen sammelt und archiviert Zeitschriften, Tonträger, Flyer oder Konzertplakate und stellt diese Sammlung der Öffentlichkeit kostenlos zur Verfügung. **Spendenkonto:** Kontonummer: 1241383853, Bankleitzahl 500 502 01, Bank: 1822direkt Frankfurter Sparkasse, Konto-Inhaber: Klaus Farin, Verwendungszweck: Spende Stiftung. •

www.jugendkulturen.de

NGG und EFFAT

Netzwerk aufbauen

Die Gewerkschaft NGG und die Europäische Gewerkschaftsföderation für den Landwirtschafts-, Nahrungs- und Tourismussektor (EFFAT) laden vom 15. bis 18. September zur internationalen Cocoanet.EU Konferenz nach Oberjosbach ein. Ziel des von der EU geförderten Projektes ist es, ArbeitnehmervertreterInnen, Eurobetriebsräte und Unternehmen zu vernetzen – um die ökologischen und sozialen Bedingungen in der Kakao- und Schokoladenbranche zu verbessern. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Leitfaden für Arbeitslose

Unverzichtbar

Bereits in der 27. Auflage ist jetzt der neue „Leitfaden für Arbeitslose" erschienen. Gewohnt übersichtlich und detailliert hat das Arbeitslosenprojekt „Tu Was" den bewährten Ratgeber gründlich überarbeitet. Der praxisnahe Ratgeber gehört in jede Beratungsstelle von Initiativen, Gewerkschaften und Verbänden und ist auch für Nicht-Profis ein wichtiger Begleiter. •

Arbeitslosenprojekt „TuWas" (Hrsg.), Fachhochschulverlag, 702 Seiten, 15 Euro

interregio

••• 60 Jahre ***IG Metall Baden-Württemberg*** – mit einer ausführlichen ***Chronik*** feiert der IG Metall-Bezirk sein Bestehen. Auf 185 Seiten beschreiben die AutorInnen politische Erfolge, tarifliche Meilensteine und die wichtigsten betrieblichen Auseinandersetzungen. Angereichert mit vielen Bildern und Kurzbiografien der zentralen Köpfe – von Hans Brümmer, Eugen Loderer, Willi Bleicher bis zu Walter Riester – wirft die Chronik auch ein Licht auf die biografischen Werdegänge vieler GewerkschafterInnen im „Ländle".

Fattmann, Rainer; Faber, Jochen: Strategie Zukunft – 60 Jahre IG Metall Baden-Württemberg; INFO&IDEE Medienverlag, Ludwigsburg, 185 Seiten, 19,90 Euro

••• Der ***DGB Sachsen*** und der Verein „Gewerkschaften helfen" rufen angesichts der aktuellen Flutkatastrophe in Sachsen zu ***Spenden*** für die Betroffenen auf. Im Aufruf heißt es: „Unser Mitgefühl gilt den Betroffenen dieser erneuten Hochwasserkatastrophe, die Sachsen, Tschechien und Polen heimgesucht hat." Die DGB-Bezirksvorsitzende Iris Kloppich fordert die Landesregierung zudem auf, den Haushaltsentwurf 2011/12 zu überarbeiten: „Ein Sparhaushalt in der jetzigen Situation behindert den Wiederaufbau und schwächt die Wirtschaft." Außerdem sei es nun notwendig, eine Strategie zu entwickeln, um die Gefahr des Hochwassers in den kommenden Jahren einzudämmen. Das Spendenkonto: Verein Gewerkschaften helfen, SEB Bank, Bankleitzahl 300 101 11, Kontonummer 1756906400, Stichwort „Hochwasserhilfe 2010".

www.dgb-sachsen.de

„Mitbestimmung senkt Krisenanfälligkeit"

Aufsichtsrat des Monats

Foto: Schnitger

Katy Hübner (32), seit sechs Jahren hauptamtlich beschäftigt bei der Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie, ist Aufsichtsrätin des Monats Juli. Die Bundesjugendsekretärin der IG BCE vertritt die ArbeitnehmerInnen in den Aufsichtsräten von ExxonMobil Central Europe Holding GmbH, ESSO Deutschland GmbH und ROC (Retail Operating Company Deutschland GmbH). Für sie „ist Mitbestimmung das beste Instrument gegen die Ideologie der grenzenlosen Gewinnmaximierung. Denn Mitbestimmung hat immer ein Interesse an langfristiger und nachhaltiger Entwicklung – und das senkt die Krisenanfälligkeit".

„Wissenschaftlicher Sachverstand"

Foto: Kortenkamp

Werner Nienhüser (56) ist Aufsichtsrat des Monats August. Er vertritt als „weiteres" Mitglied im Aufsichtsrat der Georgsmarienhütte Holding GmbH die Interessen der ArbeitnehmerInnen. Nienhüser ist Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der Universität Duisburg-Essen. Seine Schwerpunkte in Lehre und Forschung: Arbeit, Personal und Organisation. „Im Aufsichtsrat setze ich meinen wissenschaftlichen Sachverstand im Bereich Personalmanagement im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein." Nienhüser ist Mitglied der GEW und Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung.

www.dgb.de/-/p0K

Jugendarbeitslosigkeit global

Die verlorene Generation

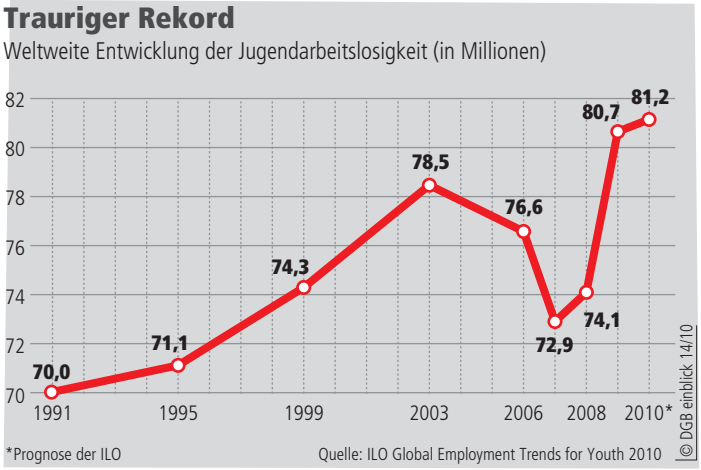
Rund 81 Millionen Jugendliche waren Ende 2009 weltweit arbeitslos – ein trauriger Rekord. Schuld daran ist laut „ILO Global Employment Trends for Youth 2010" die Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO warnt vor einer „verlorenen Generation junger Menschen".

Geht man von weltweit etwa 620 Millionen erwerbsfähigen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren aus, dann ergibt dies laut ILO eine Arbeitslosenquote von 13,0 Prozent. Damit erreicht die globale Jugendarbeitslosigkeit ein bisher noch nicht gemessenes Ausmaß. Die ILO-ForscherInnen erwarten, dass die Quote 2010 auf 13,1 Prozent steigen wird. Der seit 2002 rückläufige Trend ist durch die Krise abrupt beendet worden. Dies wird „erhebliche Folgen für junge Menschen haben, wenn die folgenden Jahrgänge in den Arbeitsmarkt eintreten und zu denen hinzukommen, die jetzt schon keine Arbeit haben", prognostiziert die ILO. Besonders massiv trifft die Krise Jugendliche in den Entwicklungsländern. 90 Prozent aller Jugendlichen weltweit leben dort, ihnen drohen Unterbeschäftigung und Armut. Sharan Burrow, Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), warnt: Gerade in diesen Ländern werde „die steigende Jugendarbeitslosigkeit durch die rund 152 Millionen jungen Menschen, die in die Kategorie der „arbeitenden Armen" fallen und in extremer Armut gefangen sind, weiter verschärft".

Der ILO-Bericht zeigt, dass 2008 ein Großteil der jungen Armen in den Entwicklungsländern im „immer überfüllteren" informellen Sektor arbeitete und von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag leben musste. Besonders schlechte Chancen auf einen existenzsichernden Job haben junge Frauen im Mittleren Osten und im Norden Afrikas. Dort hatten 2009 nur zwei von zehn jungen Frauen einen Job – bei den jungen Männern waren es vier von zehn. Weltweit liegt die Arbeitslosenquote von jungen Frauen mit 13,2 Prozent um 0,3 Prozent höher als bei jungen Männern (12,9 Prozent). Eine Ausnahme sind die entwickelten Industrienationen – hier sind junge Männer häufiger arbeitslos als ihre Altersgenossinnen.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock kritisiert die weltweite Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit scharf: „Die aktuellen Zahlen belegen, dass gerade junge Menschen, die vor dem Eintritt in das Berufsleben stehen, besonders stark von der Krise betroffen sind. Sie müssen ausbaden, was sie selbst nicht verursacht haben." Dass Deutschland mit einer Arbeitslosenquote von 8,8 Prozent bei den unter 25-Jährigen im internationalen Vergleich ganz gut abschneidet, habe „eindeutig mit dem dualen Ausbildungssystem zu tun", so Sehrbrock. Sorge mache vor allem der hohe Anteil von unsicher beschäftigten Jugendlichen in Leiharbeit, Befristung, in Minijobs und unbezahlten Praktika. Zudem sei die Quote der jungen Langzeitarbeitslosen auch in Deutschland hoch. Weit über 25 Prozent haben nach mehr als zwölf Monaten noch keine neue Beschäftigung gefunden, betont Sehrbrock. „Angesichts dieser Zahlen sind die Schreckensszenarien, die die Arbeitgeber regelmäßig zeichnen – sei es Fachkräftemangel oder freie Ausbildungsplätze, die nicht besetzt werden können – der blanke Hohn." Der DGB fordert deshalb, Beschäftigungsbrücken für junge Menschen zu bauen. Ein sinnvolles Instrument sei dabei etwa die Altersteilzeit – nach der Devise: jung für alt. Außerdem müsse unsichere Beschäftigung begrenzt werden, die Potenziale von Migrantinnen und Migranten sollten besser genutzt und im Ausland erworbene Qualifikationen leichter anerkannt werden, meint Sehrbrock.

Sharan Burrow nimmt bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auch die internationale Gewerkschaftsbewegung in die Pflicht: „Auch wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen mehr tun, um junge Menschen zu erreichen." Deren Anliegen gehörten ganz oben auf die gewerkschaftliche Agenda.



Die ILO geht davon aus, dass die Arbeitslosenquote von jungen Menschen auch 2010 noch steigen wird - auf 13,1 Prozent. Damit wären weltweit mehr als 81 Millionen Jugendliche arbeitslos. Erst für 2011 rechnen die ForscherInnen mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf 12,7 Prozent.

Hände weg vom Jugendarbeitsschutz!

Die schwarz-gelbe Bundesregierung will laut Koalitionsvertrag die Axt an das Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) legen. Sie will damit „Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe" abbauen. Die DGB-Jugend kritisiert dieses Vorhaben massiv: „Eine derartige Diffamierung des Jugendarbeitsschutzes als Ausbildungshemmnis muss scharf zurückgewiesen werden." Um gegen das schwarz-gelbe Vorhaben zu mobilisieren, hat die DGB-Jugend die Postkartenaktion „Hände weg vom JArbSchG" gestartet. Die gesammelten Unterschriften will die DGB-Jugend der Bundesregierung „zur gegebenen Zeit" zukommen lassen.

Das Jugendarbeitsschutzgesetz konnte in diesem Jahr sein 50-jähriges Jubiläum feiern. Unter anderem regelt das Gesetz Pausen- und Arbeitszeiten und sorgt für genügend Nachtruhe für minderjährige ArbeitnehmerInnen.

Mehr zur Aktion:
www.dgb-jugend.de

kurz&bündig

Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE, hat den so genannten „Energiepolitischen Appell" pro Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke nicht unterschrieben. Anderslautende Meldungen sind, so die IG BCE, „schlicht falsch". Auf einer Betriebsrätetagung am 31.8. will die IG BCE ihre Anforderungen an eine „nachhaltige Energiepolitik" präzisieren.
www.igbce.de

ver.di warnt im Vorfeld der Tarifrunden für Zeitungen und Zeitschriften vor neuen Sparorgien. Selbstverständlich sei ver.di offen für einen Dialog über Zukunftsstrategien in Verlagen. Bedingung dafür sei allerdings der Erhalt der Personalstärke und der Verzicht auf Lohndumping.

Die GdP hat Vorschläge zurück gewiesen, nach denen die Namen und Aufenthaltsorte von Sexualstraftätern im Internet veröffentlicht werden sollen. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Der Pranger war ein Instrument des Mittelalters."

Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg fordert die Bundesregierung auf, Beschäftigte vor den Folgen der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Mai 2011 zu schützen. Es gebe nur eine Antwort: „Das ist ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro."

Betriebsratswahlen 2010

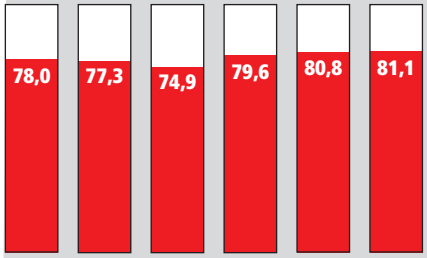
Betriebsräten den Rücken gestärkt

Vom 1. März bis 31. Mai fanden die turnusgemäßen Betriebsratswahlen statt. Seit Mitte Juli liegt die erste Zwischenauswertung der Ergebnisse vor. Ein von der Hans-Böckler-Stiftung gefördertes Forschungsprojekt bestätigt vor allem folgende Trends: Die Wahlbeteiligung steigt auf hohem Niveau weiter auf nunmehr über 81 Prozent. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Betriebsräte bleibt relativ stabil bei 77,3 Prozent. Und die Betriebsräte werden – auch dank der 2001 eingeführten Minderheitenquote bei Betriebsratswahlen – immer weiblicher: 24,8 Prozent aller neu gewählten Betriebsräte sind Frauen. „Die Belegschaften haben ihren gewerkschaftlichen Vertretern den Rücken gestärkt. Betriebsräte waren die wirklichen Krisenmanager im letzten Jahr. Die Beschäftigten haben das belohnt", betont DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel.

Seit zwölf Jahren werden im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem DGB die Entwicklung der Betriebsratswahlen insbesondere im Organisationsbereich der vier größten DGB-Gewerkschaften untersucht.

Wahlbeteiligung gestiegen

Wahlbeteiligung bei den Betriebsratswahlen 1990 bis 2010 (in Prozent)



Quelle: Trendreport Betriebsratswahlen 2010 – Zwischenergebnisse kurz nach der Wahl, Juli 2010, Institut für Soziologie / Philipps-Universität Marburg, , Daten 1990 – 1998: Büro für Sozialforschung Kassel

In den Betrieben gibt es anders als bei politischen Wahlen keine Wahlverdrossenheit: Seit dem Tief von 1998 ist die Beteiligung an den Betriebsratswahlen kontinuierlich gestiegen auf über 81 Prozent 2010.

Die vorliegende Zwischenauswertung basiert auf Daten aus knapp 7000 Betrieben, die bereits bei den Wahlen 2002 und 2006 ausgewertet wurden. Der Abschlussbericht des Trendreports Betriebsratswahlen 2010 wird im Spätherbst vorliegen und die Auswertung von Wahlergebnissen aus rund 35 000 Betrieben umfassen. •

DGB-Broschüre

Rechte für Wanderarbeiter

Die Mobilität der ArbeitnehmerInnen wächst auch über Staatsgrenzen hinweg. Wenn Beschäftigte in einem anderen Land einen Job annehmen, wirft das viele Fragen auf. Aspekte der sozialen Sicherung stehen dabei im Vordergrund. Mit der Broschüre „Die sozialrechtliche Absicherung von Wanderarbeitnehmern in Europa" zeigt der DGB, worauf man innerhalb der EU achten muss. Geklärt werden u.a. Leistungsansprüche bei Krankheit, Arbeitsunfällen und der Rente. Die Broschüre richtet sich in erster Linie an GewerkschafterInnen, ehrenamtliche RichterInnen an Arbeits- und Sozialgerichten und Rechtsanwälte. Ein Exemplar kostet 1,50 Euro zuzüglich Porto und Versand. •
www.dgb-bestellservice.de

?...nachgefragt

Foto: IG BAU

Die Beschäftigten im Betonwerk Westerwelle atmen auf – ihr Arbeitskampf war erfolgreich. Firmenboss Kai-Uwe Westerwelle musste einlenken und die Gründung eines Betriebsrates zulassen (einblick 10/2010). IG BAU-Gewerkschaftssekretär Bodo Matthey, 51, erklärt die aktuelle Lage im Herforder Betonwerk:

Beim Arbeitskampf im Betonwerk Westerwelle hatten wir drei Ziele: Erstens wollten wir einen Betriebsrat gründen. Zweitens sollten die Kündigungen gegen die Betriebsratskandidaten zurückgenommen werden, und drittens musste ein Haustarifvertrag her. Die Beschäftigten sind sehr froh, dass wir gemeinsam die ersten beiden Forderungen erkämpft haben. Die Verhandlungen für den Haustarifvertrag laufen. Eine unserer Bedingungen: Es dürfen nur noch LeiharbeiterInnen eingesetzt werden, deren Firmen den von der DGB-Tarifgemeinschaft ausgehandelten Lohn zahlen.

Persönlich befindet sich Herr Westerwelle gerade in einer Phase des Umbruchs. Die Zeiten, in denen er das Unternehmen nach Gutsherrenart geführt hat, sind nun vorbei. Die Demokratie hat in seinem Unternehmen Einzug gehalten – daran muss er sich jetzt gewöhnen. Ein positiver Nebeneffekt: Vor den Betriebsratswahlen waren gerade einmal zwei Mitarbeiter Gewerkschaftsmitglieder. Mittlerweile haben wir einen Organisationsgrad von 70 Prozent erreicht.

Lehren aus der Krise

Die Krise ist noch nicht überwunden

Die schwierigste Phase der Krise liegt noch vor uns. Davon ist der Wiener Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister überzeugt. Was wir aus der Krise lernen können, hat er für den einblick in zehn Thesen zusammengefasst.

1. Die große Krise **leitet den langsamen Zusammenbruch des Finanzkapitalismus ein.** Diese Form einer Marktwirtschaft hat sich seit den 1970er Jahren ausgebreitet, die kapitalistische „Kernenergie", das Gewinnstreben, konzentrierte sich dabei immer stärker auf Finanzveranlagung und -spekulation.

2. Nährboden des Finanzkapitalismus ist die neoliberale Weltanschauung. Die Aufgabe fester Wechselkurse samt Dollarentwertung, Ölpreisschocks, Rezessionen und hoher Inflation in den 1970ern sowie deren Bekämpfung durch eine Hochzinspolitik, die Deregulierung der Finanzmärkte und der Boom der Finanzinnovationen (Derivate) in den 1980ern, **all dies beruhte auf neoliberalen Empfehlungen.** Das Wirtschaftswachstum halbierte sich, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung stiegen.

3. Der Neoliberalismus nutzt die von ihm selbst geschaffenen Probleme zur weiteren Durchsetzung seiner Forderungen. Mit der Staatsverschuldung **wurden Sparpolitik und (damit) die Schwächung des Sozialstaats gerechtfertigt,** mit der Arbeitslosigkeit die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen, atypische Beschäftigung und die Senkung des Arbeitslosengeldes. Beide Entwicklungen haben das Wirtschaftswachstum weiter gedämpft und die Ungleichheit steigen lassen.

4. Die neoliberale (Reform-)Politik **stärkt die Mentalität des „Lassen wir unser Geld arbeiten",** insbesondere durch die Förderung der kapital-„gedeckten" Altersvorsorge, durch den Geldwert als Hauptziel der Politik, durch die Propagierung der „Kunst des Trading", durch die Fixierung auf die Börse als Zentrum der Wirtschaft. All dies förderte die Finanzbooms seit den 1990er Jahren.

5. Mit den Booms auf den Aktien-, Rohstoff-, Devisen- und Immobilienmärkten **wurden Finanzwerte geschaffen, die keine realwirtschaftliche Deckung hatten** – das Potenzial für die große Krise war aufgebaut, es entlud sich ab 2007 durch die gleichzeitige Entwertung von Aktien-, Rohstoff- und Immobilienvermögen, Nachfrage und Produktion brachen ein.

6. Die Politik hat mit Banken- und Konjunkturpaketen **nur die Symptome der großen Krise bekämpft,** ihre systemischen Ursachen blieben unberührt. Schlimmer noch: Die „Finanzalchemie" boomt mehr denn je, egal ob durch Spekulation auf Staatspleiten, höhere Rohstoffpreise oder eine Euroabwertung. All dies wurde durch den Neoliberalismus legitimiert, also kann es von den Eliten nicht als Krisenursache wahr genommen werden („Zauberlehrlingssyndrom").

7. Über drei Jahrzehnte hat die Umsetzung der neoliberalen Empfehlungen Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Armut steigen lassen, **den Sozialstaat geschwächt und das Potenzial für die große Krise aufgebaut.** Nun fordern die Eliten jene Therapien ein, die Teil der Krankheit sind: Senkung der Sozialausgaben, weitere Privatisierung, Schonung der Finanzvermögen, keine Konsolidierungsbeiträge der Vermögenden.

8. Die schwierigste Phase der großen Krise **liegt nicht hinter uns, sondern vor uns.** Bei neuerlich sinkenden Aktienkursen, hoher Arbeitslosigkeit, leeren Staatskassen, EU-weiter Sparpolitik sowie instabilen Wechselkursen und Rohstoffpreisen versuchen alle Sektoren, ihre Lage durch Ausgabensenkungen abzusichern: Unternehmer, Haushalte, Ausland und Staat. Das ist der Stoff für eine mehrjährige Krise.

9. In einer solchen Situation muss der Staat der Realwirtschaft nachhaltige Impulse geben, gleichzeitig aber auch seine Finanzlage stabilisieren. Dafür gibt es nur einen Weg: Er muss den Einkommensstärksten, insbesondere den Besitzern großer Finanzvermögen, **spürbare Konsolidierungsbeiträge abverlangen, und zwar aus ökonomischen Gründen:** Die „Reichen" reagieren auf (leichte) Einkommensverluste nicht mit einer Einschränkung ihres Konsums, sondern ihres Sparens (im Gegensatz zu den Beziehern von Sozialleistungen). Mit diesen Mitteln soll eine expansive Gesamtstrategie finanziert werden, welche Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und Klimawandel „im Ganzen" bekämpft.

10. Eine solche Strategie würde an die („realkapitalistische") Tradition der sozialen Marktwirtschaft anknüpfen, sie würde die Kooperation zwischen Unternehmen und Gewerkschaften stärken, die „Finanzalchemisten" in die Schranken weisen, und sie würde so den Übergang zu einem realkapitalistischen System ermöglichen, in dem **die Interessen von Arbeit und Realkapital Vorrang haben gegenüber den Interessen des Finanzkapitals.** •

Ein New Deal für Europa

Um die Krise zu überwinden, sollten die Staaten des europäischen Wirtschaftsraums auf eine expansive Gesamtstrategie setzen, die gleichzeitig Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und Klimawandel bekämpft. Finanziert werden können die zusätzlichen Investitionen durch Konsolidierungsbeiträge der Einkommensstärksten. Das fordert Stephan Schulmeister. Die wichtigsten Komponenten dieser Strategie hat er in dem Buch „Mitten in der großen Krise. Ein ‚New Deal' für Europa" (Picus Verlag Wien, 9,90 Euro, www.picus.at) beschrieben.

Foto: WIFO

Der Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister, 62, Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, lehrt an der Universität Wien sowie an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Stephan Schulmeister ist einer der Referenten einer DGB-Tagung in Berlin zur sozial gerechten Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise am 7. Oktober im Rahmen der Herbstaktionen der Gewerkschaften (einblick 13/10). Auch die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan sowie der Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber, Mitglied des Weltklimarates und Professor an der Uni Potsdam, werden an der Fortsetzung des DGB-Kapitalismuskongresses vom Mai 2009 teilnehmen.

Mehr dazu im nächsten einblick.

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

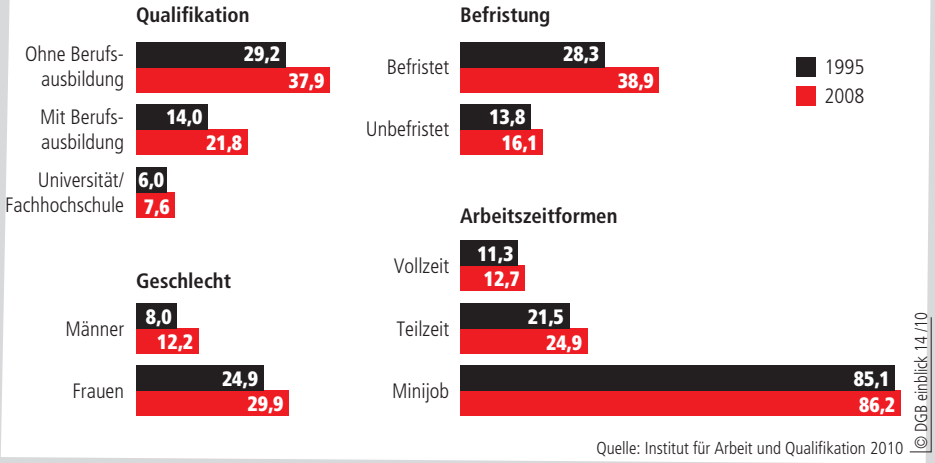
DIES & DAS

die DGB grafik

NIEDRIGLOHNJOBS: Boom in allen Bereichen

Der Niedriglohnsektor wächst rasant – und das in allen Bereichen, wie das Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) feststellt. Besonders stark zugenommen haben befristete Niedriglohnjobs. Negativer Spitzenreiter sind weiterhin Minijobs: 86,2 Prozent aller MinijobberInnen gehören zu den NiedriglöhnerInnen. Mies sind auch die Verdienstchancen der unter 25-Jährigen: 54,4 Prozent von ihnen erhalten Niedriglöhne. Stark zugenommen hat der Anteil bei den MigrantInnen – von 20,6 Prozent 1995 auf 38,9 Prozent 2008.

Anteil von Niedriglohnbeschäftigten in verschiedenen Kategorien (in Prozent)



Quelle: Institut für Arbeit und Qualifikation 2010

© DGB einblick 14/10

personalien

••• ***Dorothea Braunert,*** 44, ist ab 1. September neue Pressesprecherin in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation beim DGB-Bundesvorstand in Berlin. Die gelernte Journalistin war bisher beim DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt beschäftigt und dort für das Organisationsreferat sowie für Frauen- und Gleichstellungspolitik zuständig.

Tipp

Buch: ***Rikica-Radmila Šlozberg, Auf dich wartet noch das Leben..., Donat Verlag, Bremen 2010, 96 S., 12,80 Euro***

Nach dem Bombardement Belgrads am 6. April 1941 besetzen deutsche Truppen die Stadt, und sofort beginnt die Hatz auf Juden und Roma. Rikica-Radmila Šlozberg überlebt den Holocaust, verliert dabei ihre Mutter, den Bruder und ihren Ehemann. Ein beeindruckender Bericht, der unter die Haut geht.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Udo Böhlefeld, Haidy Damm, Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

1.9. DGB, Tagung „Rehabilitation in Deutschland – im Spannungsfeld zwischen hohen Erwartungen und starkem Preisdruck", Berlin

1.-4.9. GEW, Konferenz „Traumjob Wissenschaft – Karriereweg in Hochschule und Forschung", Templin

1./2.9. ver.di, Konferenz „Gesund trotz oder durch Arbeit?", Göttingen

3.9. DGB-Region Leipzig Nordsachsen, Fachtagung „Kommunalpolitische Konferenz: Arbeit und Zukunft für die Menschen in Sachsen", Leipzig

7./8.9. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Personalstrategien im Aufsichtsrat", Lohr

8.9. DGB Sachsen und DGB Berlin-Brandenburg, Veranstaltung „Zeitenwende – 20 Jahre DGB in Ostdeutschland" mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, Leipzig

9.9. DGB Nord und verschiedene Institutionen, Tagung „Verantwortung übernehmen im Norden", Lüneburg

10.9. IQ-Consult, Veranstaltung „Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund", Hannover

13.-16.9. TUC, „142. Gewerkschaftskongress", Manchester (England)

14.9. DGB, Workshop „Ein neues Bündnis für Arbeit und Umwelt", Berlin

Schlusspunkt.

„Im Bundesurlaubsgesetz ist der Mindesturlaub definiert. Alles andere ist Sache der Tarifparteien. Wenn Verbände der Meinung sind, der Urlaub müsse kürzer werden, müssen sie das mit den Tarifparteien verhandeln. Viel Spaß!"

Michael Fuchs, Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zum Vorstoß des Unternehmerverbandes Mittelständische Wirtschaft (UMW), den Jahresurlaub in Deutschland auf vier Wochen zu kürzen.

Eingetragene Lebenspartnerschaft

Auch Anspruch auf Hinterbliebenenrente

Die Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft bei der betrieblichen Hinterbliebenenversorgung für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, die bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder zusatzversichert sind, ist grundgesetzwidrig. Dem Partner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft steht seit 2005 ein Anspruch auf Hinterbliebenenrente und Sterbegeld zu.

Bundesgerichtshof,
Urteil vom 7. Juli 2010 - IV ZR 16/09

Betriebsrat

Kann Internetzugang verlangen

Der Betriebsrat kann vom Arbeitgeber die Einrichtung eines Internetzugangs und einzelner E-Mail-Adressen für die Betriebsratsmitglieder verlangen, sofern berechtigte Belange des Arbeitgebers dem nicht entgegenstehen. Die Beurteilung, ob Informations- und Kommunikationstechnik der Erfüllung von Betriebsratsaufgaben dient, ist Sache des Betriebsrats. Er hat dabei einen Beurteilungsspielraum.

Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 14. Juli 2010 - 7 ABR 80/08

Berufsausbildung

„Anlernverhältnis" unzulässig

Nach dem Berufsbildungsgesetz ist die Ausbildung für einen anerkannten Ausbildungsberuf nur nach der Ausbildungsordnung zulässig. Die Ausbildung hat grundsätzlich in einem Berufsausbildungsverhältnis stattzufinden. Soll dies nicht vereinbart werden, kann auch ein Arbeitsverhältnis begründet werden. Es ist jedoch unzulässig, die Ausbildung in einem anderen Vertragsverhältnis durchzuführen, etwa einem „Anlernverhältnis". Solche Verträge sind wegen des Gesetzesverstoßes nichtig. Wird trotzdem ein „Anlernverhältnis" eingegangen, ist es wie ein Arbeitsverhältnis zu behandeln. Zu zahlen ist die für Arbeitsverhältnisse übliche Vergütung.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 27. Juli 2010 - 3 AZR 317/08

Haftung des Arbeitgebers

Beweislast liegt beim Arbeitnehmer

Will der Arbeitnehmer Aufwendungsersatz für Unfallschäden am privaten PKW gegenüber dem Arbeitgeber geltend machen, so muss er die Umstände darlegen und beweisen, die eine grob fahrlässige Schadensverursachung ausschließen.

Landesarbeitsgericht Hamburg,
Urteil vom 9. April 2009 - 7 Sa 70/08

Widerspruch des Betriebsrats

Auf Kündigungsgrund richtig eingehen

Der Betriebsrat kann einer Kündigung widersprechen. Der Widerspruch muss sich dabei auf den vom Arbeitgeber vorgebrachten Kündigungsgrund beziehen. Es reicht nicht aus, dass der Betriebsrat sich auf einen Widerspruchsgrund beruft, der einem andersartigen, vom Betriebsrat angenommenen Kündigungsgrund entgegensteht.

Landesarbeitsgericht Hamburg,
Urteil vom 6. April 2010 - 1 SaGa 2/10

Kinderreisebettfall

Kündigung nicht gerechtfertigt

Eine vorsätzliche Pflichtverletzung des Arbeitnehmers, die gegen die Vermögensinteressen des Arbeitgebers gerichtet ist, kann eine fristlose Kündigung rechtfertigen. Ob das Fehlverhalten einen „wichtigen Grund" für eine fristlose Kündigung darstellt, ist unter Abwägung der Interessen beider Vertragsteile zu beurteilen.

Der Fall: Der Arbeitnehmer ist beim Abfallentsorgungsunternehmen seit über acht Jahren in der Altpapierentsorgung beschäftigt. In einem Altpapiercontainer, dessen Inhalt zur Entsorgung anstand, fand er einen Karton mit einem Kinderreisebett. Er nahm es an sich, ohne den Arbeitgeber zuvor um Erlaubnis zu fragen. Daraufhin kündigte der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis außerordentlich fristlos und warf dem Arbeitnehmer Diebstahl vor, wobei dieser durch vorherige Abmahnungen darauf hingewiesen worden war, dass auch die Mitnahme zu entsorgender Gegenstände verboten und nur im Falle ausdrücklicher Gestattung durch den Arbeitgeber erlaubt sei.

Das Landesarbeitsgericht: Der Pflichtverstoß des Arbeitnehmers stellt zwar einen „Kündigungsgrund an sich" dar. Das gilt vor allem unter Berücksichtigung einer zuvor erfolgten Abmahnung. Im Rahmen einer abschließenden Interessenabwägung genießt allerdings das Bestandsschutzinteresse des Arbeitnehmers Vorrang. Dies gilt vor allem angesichts des langjährigen störungsfreien Arbeitsverhältnisses und des fehlenden wirtschaftlichen Wertes des „Mülls".

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 10. Februar 2010 - 13 Sa 59/09

Zweite Eheschließung

Kann Kündigungsgrund sein

Auch bei Kündigungen in kirchlichen Einrichtungen sind grundlegende staatliche Rechtssätze zu beachten.

Der Fall: Der Arbeitnehmer, Chefarzt in einem katholischen Krankenhaus, und seine erste Ehefrau lebten seit 2005 getrennt. Nach weltlicher Scheidung der ersten Ehe im März 2008 schloss der Arbeitnehmer im August 2008 standesamtlich seine zweite Ehe. Der kirchliche Träger kündigte das Arbeitsverhältnis wegen dieser zweiten Ehe. Der dem Arbeitsverhältnis zugrunde liegende Arbeitsvertrag bedingt die Einhaltung der katholischen Glaubens- und Sittenlehre.

Das Landesarbeitsgericht: Es ist davon auszugehen, dass der Arbeitnehmer durch die erneute Eheschließung seine ihm nach kanonischem Recht obliegenden Loyalitätspflichten verletzt hat. Diese erneute Eheschließung ist danach ein Pflichtverstoß und als Kündigungsgrund geeignet. Das verfassungsrechtlich verbürgte Selbstbestimmungsrecht der katholischen Kirche ist durch die staatlichen Arbeitsgerichte zu achten. Zugleich müssen die Gerichte im Kündigungsschutzverfahren grundlegende staatliche Rechtssätze beachten. In diesem Fall wurde der Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt, weil das Krankenhaus mit protestantischen und katholischen Mitarbeitern gleiche Arbeitsverträge abgeschlossen hatte. Bei protestantischen Mitarbeitern wurde bei erneuter Eheschließung aber nicht zum Mittel der Kündigung gegriffen. Zudem wusste der Arbeitgeber bereits seit 2006 von dem eheähnlichen Verhältnis und ergriff keine arbeitsrechtliche Maßnahme. Nach dem Arbeitsvertrag war bereits dies ein Pflichtverstoß. Es ist unverhältnismäßig, wenn das Krankenhaus bei längerer Kenntnis von der eheähnlichen Gemeinschaft im Falle der erneuten Heirat sofort zum Mittel der Kündigung greift.

Landesarbeitsgericht Düsseldorf,
Urteil vom 1. Juli 2010 - 5 Sa 996/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 13.09.2010 15/10

DGB

Leiharbeit

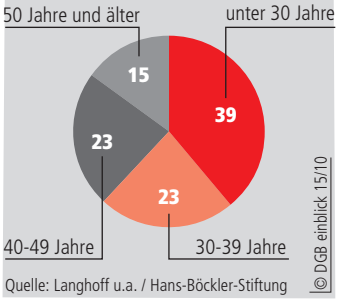
Von der Leyens Beruhigungszäpfchen

Einen neuen „Fall Schlecker" wird es künftig wohl nicht mehr geben. So viel steht fest, seit Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ihren Entwurf für ein leicht verbessertes Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) präsentiert hat. Der soll den so genannten Drehtüreffekt gesetzlich verbieten: Kein Unternehmen kann dann mehr Stamm-Beschäftigte entlassen und als schlechter entlohnte LeiharbeiterInnen für dieselbe Tätigkeit unternehmensintern wieder ausleihen".

Damit wird eine wichtige Forderung der Gewerkschaften endlich umgesetzt – wohlgemerkt: eine. Denn dass jetzt die perfideste Form des Missbrauchs von Leiharbeit verboten werden soll, schützt die allermeisten ZeitarbeiterInnen nicht vor alltäglicher Ungleichbehandlung. Die große Mehrheit der Beschäftigten der Branche sei vom Drehtüreffekt gar nicht betroffen, erklärt DGB-Vorstand Claus Matecki. In puncto „gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit" würden sie deshalb auch künftig leer ausgehen.

Leiharbeit ist jung

Anteil verschiedener Altersgruppen an allen LeiharbeiterInnen (in Prozent, gerundet)



Quelle: Langhoff u.a. / Hans-Böckler-Stiftung

Fast zwei Drittel der ZeitarbeiterInnen sind jünger als 40 Jahre, vier von zehn sogar jünger als 30.

Der Gesetzentwurf aus dem Arbeitsministerium soll außerdem die EU-Leiharbeitsrichtlinie von 2008 in deutsches Recht umsetzen. Doch auch hier springt die Bundesregierung aus Sicht des DGB zu kurz: Die EU-Richtlinie werde nicht korrekt umgesetzt, so Matecki. Schließlich sehe die „das Prinzip der gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit für alle Leiharbeiter" vor. Um gleiche und faire Bezahlung zu gewährleisten, fordert der DGB ein Gesamtpaket für die Zeitarbeitsbranche mit Existenz sichernden Mindestlöhnen und der Durchsetzung des Equal-Pay-Grundsatzes.

Neben dem Missbrauch der Leiharbeit für Lohndumping warnen die Gewerkschaften seit geraumer Zeit auch vor deren flächendeckender Ausweitung – als Dauerersatz für Stammbelegschaften. Auch hier unternimmt das Bundesarbeitsministerium bisher nichts. Als nicht mehr als ein „Beruhigungszäpfchen" bezeichnet deshalb der Zweite Vorsitzende der IG Metall Detlef Wetzel das Verbot des Drehtüreffekts.

Damit sich der Niedriglohnsektor über die Zeitarbeit nicht dauerhaft ausweitet, fordern sowohl IG Metall als auch ver.di eine Höchstüberlassungsdauer für LeiharbeiterInnen. Außerdem wollen die Gewerkschaften ein Synchronisationsverbot erreichen: Kein Leiharbeiter soll einen Arbeitsvertrag bei einem Verleiher erhalten, der auf die Einsatzdauer im Entleihbetrieb abgestimmt ist.

Wenn die Bundesregierung in diesen Punkten nicht nachbessert, sehen die Gewerkschaften massive Probleme für den deutschen Arbeitsmarkt. Der jetzige Entwurf bereite den Weg, „mindestens eine Million Stammarbeitsplätze in Leiharbeit umzuwandeln", schätzt Wetzel. Und mit Blick auf die volle europäische Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Mai 2011 sei der Verzicht auf einen Branchenmindestlohn „eine Einladung zur Lohndrückerei", so der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. •

plusminusBERLIN

+ Für Sevim Dagdelen (Die Linke) ist die soziale Situation vieler MigrantInnen Ergebnis jahrzehntelanger Fehlpolitik. Viele Gesetze machten ihnen die Integration unmöglich. Dagdelen fordert unter anderem die Abschaffung des selektiven Schulsystems und einen Rechtsanspruch auf Integrationskurse.

– Nicole Bracht-Bendt (FDP) ist gegen den von Familienministerin Schröder ins Gespräch gebrachten Rechtsanspruch auf eine Pflege-Auszeit für Beschäftigte. Stattdessen will sie Regelungen „auf freiwilliger Basis". Pflegende wären so weiter auf den guten Willen des Arbeitgebers angewiesen.

inhalt

Seite 3
Deutschland in Schieflage
Mit dezentralen Aktionen vor Ort und in den Betrieben wollen die Gewerkschaften in diesem Herbst für eine bessere Politik mobilisieren

Seite 5
Gesundheitspläne sind Provokation
Die Gesetzliche Krankenversicherung wird entsolidarisiert, den privaten Kassen aber finanziell unter die Arme gegriffen

Seite 7
Gleicher Lohn auch im Osten
Der politischen Einheit Deutschlands muss endlich auch die soziale folgen, fordert die sächsische DGB-Vorsitzende Iris Kloppich

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.gegenblende.de/05-2010
Neue Ausgabe des Debattenmagazins Gegenblende: „Ideen für ein politisches Konzept der Zukunft"

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Institut Arbeit und Technik (IAT): Leiharbeit in der Pflege

OECD-Studie

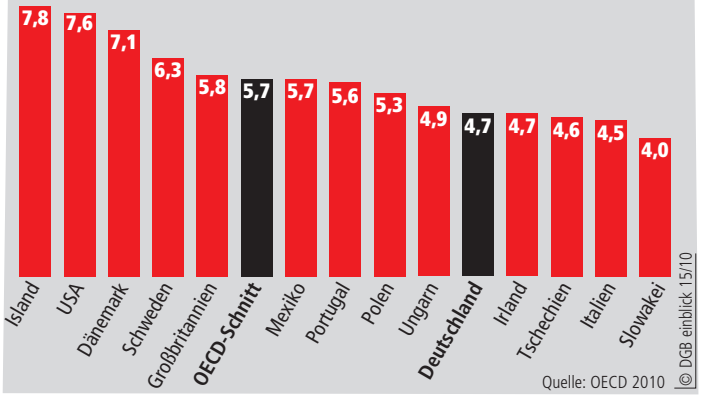
DGB: Mehr Menschen an die Unis

Die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2010" belegt: Deutschland nutzt das Potenzial der Hochqualifizierten weiterhin nicht genügend, und der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist sogar gesunken. Als „beschämend für die Bundesrepublik" bezeichnet die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock diese Entwicklung. Mit einem Anteil der Ausgaben für Bildung von 4,7 Prozent am BIP belegte Deutschland 2007 gemeinsam mit Irland den viertletzten Platz unter den untersuchten 31 Ländern.

Die Zahl der erwerbstätigen Hochqualifizierten ist hierzulande zwischen 1998 und 2008 jährlich nur um 0,9 Prozent gestiegen. Im OECD-Mittel betrug der Zuwachs 4,6 Prozent. Sehrbrock mahnte deshalb, alle Potenziale zu nutzen, um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. „Wir brauchen dringend Ausbildungsplätze für Altbewerber, junge MigrantInnen und HauptschülerInnen." Zudem seien die Hochschulen für Menschen ohne Abitur weitgehend verschlossen. Die Unis für beruflich Qualifizierte zu öffnen, sei ein erster Schritt. Notwendig seien auch berufsbegleitende Studiengänge, veränderte Curricula und ein reformiertes BAföG ohne Altersgrenze.

Stiefkind Bildung

Bildungsausgaben ausgewählter OECD-Länder bemessen am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt 2007 (in Prozent)



Der Anteil der Bildungsausgaben am BIP ist in Deutschland zurückgegangen, so die OECD. Von 5,3 Prozent im Jahr 2001 ist er um 0,6 Prozentpunkte auf 4,7 Prozent in 2007 gesunken.

www.einblick.dgb.de/links

Ausbildungsreport 2010

Rote Laterne Gaststättengewerbe

Viele Überstunden und das Gefühl, als billige Arbeitskraft ausgenutzt zu werden – dies sorgt vor allem bei Auszubildenden im Hotel- und Gaststättengewerbe für Frust. Das ist ein Ergebnis des Ausbildungsreports 2010. Zum fünften Mal hat die DGB-Jugend über 7300 Auszubildende aus den 25 beliebtesten Ausbildungsberufen zu ihrer Situation befragt. Am besten schnitt dabei der Beruf IndustriemechanikerIn ab. Auf Platz zwei landet der Ausbildungsberuf Bankkaufmann/frau, dicht gefolgt von den angehenden Industriekaufleuten.

Insgesamt sind 70,2 Prozent aller Azubis mit der Qualität ihrer Ausbildung zufrieden. Jedoch bezeichnen 11,2 Prozent der Befragten ihre Situation nur als ausreichend oder mangelhaft. Besonders schlechte Bedingungen haben angehende Hotel- und Restaurantfachleute. Wie schon 2009 belegen sie die beiden letzten Plätze. Ein Grund: Gerade im Hotel- und Gaststättengewerbe müssen zwei Drittel der Auszubildenden regelmäßig Überstunden leisten. Spitzenreiter sind dabei angehende Köche mit 10,2 Überstunden pro Woche. Zudem ist ein Großteil der Azubis in dieser Branche mit der fachlichen Anleitung unzufrieden.

DGB-Vize Ingrid Sehrbrock kritisiert die Verantwortlichen in diesen Unternehmen. Auszubildende seien nicht dazu da, möglichst viel Arbeit zu erledigen, sondern bräuchten Anleitung und Übung. NGG-Vize Michaela Rosenberger fordert eine Ausbildungsoffensive in der Gastronomie. „Das Gastgewerbe muss endlich in eine gute Ausbildung investieren." Es sei nicht verwunderlich, dass die Abbruchquote in der Branche doppelt so hoch ist wie die aller Azubis. Scharf kritisiert DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf die von Schwarz-Gelb geplante Flexibilisierung des Jugendarbeitsschutzes: „Junge Menschen benötigen ausreichend Schutz in der Ausbildung."

www.einblick.dgb.de/hintergrund

in eigener Sache

einblick 2.0: Nachdem die einblick-Redaktion bereits seit dem vergangenen Jahr den Kurznachrichtendienst **Twitter** nutzt, um Leserinnen und Leser über aktuelle Veröffentlichungen und News aus den Gewerkschaften auf dem Laufenden zu halten, nutzen wir jetzt auch das soziale Netzwerk **Facebook:** Alle Interessierten können sich ganz einfach mit uns „anfreunden", unsere neuesten Infos zeitnah erhalten und mit uns in Kontakt bleiben. Auch der DGB-Bundesvorstand hat seine Web-2.0-Präsenz ausgebaut und ist auf Facebook aktiv. Links zu den Profilen von einblick und DGB: *www.einblick.dgb.de/links*
Außerdem ist *einblick*-Redakteur **Timm Steinborn,** 30, nach einem halben Jahr Elternzeit wieder zurück an Bord. Welcome back!

Atompolitik

Polizei wird missbraucht

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die Entscheidung der Bundesregierung zur Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke scharf kritisiert. Die Verlässlichkeit politischer Entscheidungen scheine einer „sich an tagesaktuellen Ereignissen orientierenden Beliebigkeit" und „einer zu großen Nähe zur Wirtschaftslobby" gewichen zu sein, meint der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg. Angesichts der zu erwartenden Protestwelle warnt Freiberg: „Die Polizei wird zunehmend als Puffer zwischen Politik und Gesellschaft missbraucht."

EU-Finanzministertreffen

Haushaltsdiktat befürchtet

Die von den EU-Finanzministern gestartete Initiative zur Überwachung der Haushalte der Mitgliedsstaaten setze in den Defizitländern der Eurozone die „finanzpolitische Souveränität außer Kraft", kritisiert DGB-Vorstand Claus Matecki. Die geplanten „Sofortstrafen" seien zudem ein Rückschlag für die demokratische Entscheidungsfindung in Europa. Denn die könnten nur ausgesetzt werden, wenn die Mehrheit der Mitgliedsstaaten das will. „Damit werden die Defizitländer zu Bittstellern der Überschussländer", so Matecki.

Herbstaktionen der Gewerkschaften

Deutschland in Schieflage

„Deutschland ist in Schieflage: Gerechtigkeit ist etwas anderes – wir brauchen einen Kurswechsel": Während die Bundesregierung an ihrem unsozialen Sparpaket festhält und in den Unternehmen die wirtschaftliche Erholung nicht zu Festanstellungen, sondern vermehrt zu Leiharbeit führt, laufen die Vorbereitungen für die gewerkschaftlichen Protestaktionen auf Hochtouren. Mit Aktionen vor Ort, in Betrieben und Verwaltungen mobilisieren der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in diesem Herbst für eine bessere, gerechtere Politik.

„Es ist an der Zeit, dass wir ein klares Zeichen für soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit setzen", erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Die Politik der Bundesregierung hat eine soziale Schieflage, die wieder in Ordnung gebracht werden muss." Bereits auf dem DGB-Kongress im Mai haben die Gewerkschaften dezentrale Aktionen für mehr soziale Gerechtigkeit bei der Bewältigung der Krise verabredet. „Die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise werden auf den Schultern der kleinen Leute abgeladen. Restriktive Sparprogramme, Kürzungen der Sozialleistungen, Einschnitte in öffentliche Daseinsvorsorge und das Bildungssystem verschlechtern die Lebens- und Arbeitsbedingungen. Statt guter und gerecht bezahlter Arbeit droht die soziale Ordnung und der Schutz der arbeitenden Menschen verloren zu gehen", heißt es im gemeinsamen Aufruf von DGB und Mitgliedsgewerkschaften zu den Herbstaktionen. DGB und Gewerkschaften wollen sich einsetzen für „gute Arbeit, starke öffentliche Leistungen, ein gutes Auskommen im Alter, ein solidarisches Gesundheitssystem sowie qualifizierte Bildung und Ausbildung".

Ganz bewusst haben sich die Gewerkschaften für Aktionen vor Ort und in den Betrieben entschieden. „Wir wollen dezentral mit einer Serie von Aktionen Druck in der Fläche auf Politik und Arbeitgeber aufbauen", betont Sommer. Dazu gehören Demonstrationen ebenso wie Betriebsversammlungen oder Aktionen vor den Werkstoren. Dabei setzen die Gewerkschaften unterschiedliche Akzente, verknüpfen die Herbstaktionen mit laufenden Kampagnen, etwa zur Leiharbeit, zum Mindestlohn oder gegen die Rente mit 67, und haben teilweise eigene Slogans für die Mobilisierung ihrer Mitglieder gewählt. So nutzt zum Beispiel die IG Metall die Herbstaktionen, um den Druck für die Forderung nach Equal Pay für LeiharbeiterInnen zu erhöhen, die IG BAU startet eine Unterschriftenaktion gegen die Rente mit 67, und die Öffentlichen Dienst-Gewerkschaften – ver.di, GdP und GEW – mobilisieren u.a. auch gegen die Sparpakete in den Landeshaushalten. *einblick* wird in den nächsten Ausgaben laufend über die Aktionen aller Gewerkschaften berichten.

Ein erster Höhepunkt ist der 29. September, der europaweite EGB-Aktionstag unter dem Motto „Nein zu Sparmaßnahmen – Vorrang für Beschäftigung und Wachstum". Die deutschen Gewerkschaften beteiligen sich an der zentralen Demonstration in Brüssel, und der DGB ruft zu einer Demo in Dresden auf. Michael Sommer spricht auf der zentralen Kundgebung der spanischen Gewerkschaften, die für diesen Tag zum Generalstreik aufrufen. Die IG BCE nutzt den EGB-Aktionstag, um gegen das Bestreben der EU-Kommission zu demonstrieren, den deutschen Kohle-Kompromiss aufzukündigen. •

Der Aufruf zu den Herbstaktionen:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

Die IG Metall setzt einen besonderen Schwerpunkt auf das Thema Leiharbeit.

Gerecht ist, wenn vom Aufschwung auch die Beschäftigten profitieren und sie nicht nur die Lasten der Krise tragen müssen, sagt die IG BCE.

Unter dem Motto „Gerecht geht anders" hat ver.di bereits im Juni zu ersten Aktionen aufgerufen.

„Fair und gerecht geht anders", lautet das Urteil der NGG zum Sparpaket der Bundesregierung.

Unter *www.herbstaktion.dgb.de* finden sich alle wichtigen Infos und Links zu den Herbstaktivitäten von DGB und Mitgliedsgewerkschaften.

Umdenken – Gegenlenken – die Krise überwinden

Am 7. Oktober wollen DGB und Gewerkschaften in Berlin gemeinsam mit internationalen Gästen aus Wissenschaft, Kirchen und Parteien, aus Verbänden und Betrieben über einen sozialen Weg aus der Krise diskutieren. Themen der Konferenz unter dem Motto „Umdenken – Gegenlenken – die Krise überwinden" sollen insbesondere die Perspektiven junger Menschen, eine neue Wachstumsstrategie, die Regulierung der internationalen Finanzmärkte sowie die Sparpläne der Bundesregierung und deren Auswirkungen auf die Menschen sein.

Eröffnet wird die Konferenz von Sharan Burrow, der Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). In einem ersten Forum diskutieren die Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Gesine Schwan, der Wirtschaftswissenschaftler Dr. Stephan Schulmeister sowie der Klimaforscher Prof. Dr. Hans-Joachim Schellnhuber über einen „New Deal für Europa". Über Alternativen zum Sparkonzept der Bundesregierung wird Michael Sommer mit den Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien streiten. Weitere Referenten werden u.a. der EGB-Generalsekretär John Monks und der TRANSNET-Vorsitzende Alexander Kirchner sein.

www.kapitalismuskongress.de

PROJEKTE UND PARTNER

Neuer Verband

Arbeitsorientierte Beratung

Seit etwa 30 Jahren hat sich in Deutschland eine Szene von arbeitsorientierten UnternehmensberaterInnen herausgebildet. Sie unterstützen Unternehmen mit sozial verantwortlichen und nachhaltigen Konzepten. Um diese Consultants zu vernetzen und einheitliche Qualitätsstandards zu schaffen, hat sich nun der Bundesverband arbeitsorientierter Beratung e.V. (BaB) gegründet. Das traditionelle Beratungskonzept, das einseitig Kostensenkung favorisiere, sei nicht mehr zukunftstauglich, betonen der BaB-Vorsitzende Klaus Kost und sein Stellvertreter Uwe Knape. Vielmehr gelte es, Innovations- und Bildungsprozesse, Gleichstellungs- und Demografiefragen, Krisen- und Beteiligungsmanagement mit einzubeziehen. Aus diesem Grund möchte BaB solche Beratungstätigkeiten stärken, die nicht nur den Mehrwert, sondern auch die Wertekonflikte der Arbeitswelt ernst nehmen. •

info@bab-ev.de

WEED

Der Weg eines Computers

Wie viele Menschen sind an der Produktion eines PC beteiligt? Wie sind ihre Arbeitsbedingungen? Und in welchen Ländern arbeiten sie? Antworten auf diese Fragen liefert die Bildungs-CD „Der Weg eines Computers" der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisation WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung). Während die Computernutzer im reichen Norden vor allem von den Vorteilen der digitalen Welt profitieren, tragen viele Menschen in den südlichen Entwicklungsländern die Lasten. Veranschaulicht werden die Wechselwirkungen mit vielen Grafiken, Filmen und Interviews. Die CD richtet sich an SeminarleiterInnen, LehrerInnen und Jugendliche ab 15 Jahren. Die CD kann im Internet für 10 Euro zuzüglich Versandkosten bestellt werden. •

www.weed-online.de

Gedenken an die Opfer – auch im gerade angelaufenen Schuljahr können sich Schülerinnen und Schüler der Klassen acht bis elf wieder am Wettbewerb 2. Mai 1933 beteiligen. An diesem Tag vor 77 Jahren haben die Nazis die Gewerkschaftshäuser gestürmt.

Schülerwettbewerb

Die Erinnerung wach halten

Unter dem Titel ,,Geschichte und Politik für junge Köpfe" findet auch im Schuljahr 2010/11 wieder der Schülerwettbewerb zur Geschichte des 2. Mai 1933 statt. Die gewerkschaftliche Immobiliengesellschaft GIRO möchte mit dem Wettbewerb an die Erstürmung der Gewerkschaftshäuser in Deutschland vor 77 Jahren erinnern. Ziel ist es, die geschichtliche Erinnerung wach zu halten und das kritische Bewusstsein gegen Neonazis zu stärken. Die Aufgabe: SchülerInnen sollen die politischen Ursachen und die persönlichen Schicksale der verfolgten GewerkschafterInnen recherchieren und in Texten aufbereiten. Schirmherr ist der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Teilnehmen können Klassen, Teams oder Einzelne aus allen Schularten. Prämiert werden die Arbeiten mit insgesamt 25 000 Euro. Zudem winkt den drei HauptpreisträgerInnen eine Reise zur Preisverleihung nach Berlin. Einsendeschluss ist der 7. Februar 2011. Anmeldeformular und weitere Informationen gibt es im Internet. •

www.zweiter-mai-1933.de

Energieinitiative

Kostenloses Heizgutachten

Studien belegen: Die 20 Millionen Wohngebäude in Deutschland verbrauchen mehr Energie als die deutsche Industrie. Und: 78 Prozent dieser Energie werden nur für das Heizen aufgewendet. Für fast jeden zweiten Haushalt sind damit unnötige und zu hohe Kosten verbunden. Aus diesem Grund bietet die gemeinnützige co2online GmbH kostenlose Energie- und Heizkostengutachten an und gibt VerbraucherInnen Tipps, um Kosten zu senken. Gewerkschaften, Unternehmen, Verbände und Parteien können ihren MitarbeiterInnen und Mitgliedern das Heizgutachten kostenlos zur Verfügung stellen. Gefördert wird die Heizspiegelkampagne vom Bundesumweltministerium. •

www.heizspiegel.de

interregio

••• ***ver.di Hessen*** und andere Kooperationspartner haben in Frankfurt/Main eine ***gewerkschaftliche Anlaufstelle*** für illegal beschäftigte MigrantInnen ins Leben gerufen. Hier können sich MigrantInnen – mit und ohne Aufenthaltsgenehmigung oder Arbeitserlaubnis – über ihre Rechte aufklären und beraten lassen. Laut einer Studie arbeiten bundesweit bis zu 50 000 Menschen „unsichtbar" in Gastronomie, Bau- und Reinigungsgewerbe, Landwirtschaft oder Pflegediensten und werden von ihren Arbeitgebern systematisch ausgebeutet. ver.di Hessen betont, dass es wichtig sei, gleiche Rechte auch für „Unsichtbare" durchzusetzen und Sozialdumping zu unterbinden. Ähnliche gewerkschaftliche Anlaufstellen gibt es bereits in Berlin und Hamburg.

http://hessen.verdi.de/

••• Die Auseinandersetzungen um den Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofs „S 21" halten an. Die Initiative ***„Gewerkschafter gegen Stuttgart 21"*** hat nun unter 0711/2028331 eine Info-Hotline für Beschäftigte eingerichtet, deren Firmen am Projekt beteiligt sind. „Wir wollen damit deutlich machen, dass wir das Milliardenprojekt ablehnen, aber trotzdem solidarisch sind mit den Kolleginnen und Kollegen bei den Sicherheitsfirmen, der Bahnpolizei, den Baufirmen, Ingenieurbüros oder Handwerksbetrieben, die für das Projekt arbeiten", erklärte Bernhard Löffler, Mitinitiator der Initiative und Vorsitzender der ***DGB-Region Nordwürttemberg***. Viele der Beschäftigten seien selber Gegner des Projekts und stünden unter immensem Druck. Alle Anrufe bei der Hotline werden vertraulich behandelt. Im Übrigen hat der ***DGB Baden-Württemberg*** jetzt ein befristetes Moratorium für S 21 und mehr Beteiligung der BürgerInnen eingefordert.

www.gewerkschaftergegens21.de
www.bw.dgb.de

Gesundheitspolitik

Konjunkturprogramm für die Privaten

Unvermindert machen DGB, Gewerkschaften und Bündnispartner gegen die Kopfpauschale in der Krankenversicherung mobil. Den jüngsten Gesetzentwurf von Gesundheitsminister Rösler nennt DGB-Vorstand Buntenbach schlicht eine „Provokation". Und jetzt will die Koalition auch noch den kränkelnden Privatversicherern unter die Arme greifen.

Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) gibt sich optimistisch. Der Referentenentwurf zur schwarz-gelben Gesundheitsreform, den sein Ministerium in der Sommerpause erarbeitet hat, werde den Koalitionspartnern keinen Anlass geben, die FDP erneut als „Gurkentruppe" zu beschimpfen.

Umso deutlicher ist die Kritik der Gewerkschaften. Allein der Plan, den Arbeitgeberbeitrag künftig einzufrieren und Kostensteigerungen einzig von den Versicherten tragen zu lassen, sei eine gesellschaftliche Provokation, so DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Die immer wieder von Schwarz-Gelb kolportierte Behauptung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer würden in ähnlichem Umfang belastet, bezeichnet Buntenbach als dreiste Trickserei. Denn nur die aktuelle Beitragssatzerhöhung wird paritätisch verteilt, der Gesamtbeitragssatz ist es längst nicht mehr. „Die Versicherten müssen schon seit 2005 jährliche Mehrbelastungen von 15 Milliarden Euro tragen", so Buntenbach – vor allem durch den Arbeitnehmersonderbeitrag zur Gesetzlichen Krankenversicherung.

Und: Die Kopfpauschale soll in versteckter Form als „kassenindividuelle Zusatzbeiträge" kommen. Die Gesetzlichen Krankenkassen dürfen ihre Zusatzbeiträge nur noch pauschal erheben – und in beliebiger Höhe. Diese durch die Hintertür eingeführte Kopfpauschale werde insbesondere GeringverdienerInnen und RentnerInnen stark belasten, kritisiert Buntenbach. Zwar sieht der Referentenentwurf tatsächlich den angekündigten Sozialausgleich vor, setzt aber gleichzeitig hohe Hürden: Erst ab Mehrbelastungen von zwei Prozent des Einkommens soll ein Ausgleich stattfinden. Für Durchschnittsverdiener mit 2500 Euro monatlich gäbe es damit selbst bei einer Kopfpauschale von 50 Euro im Monat keinerlei Entlastung.

Ein weiterer Kritikpunkt des DGB: Der Gesetzentwurf sieht vor, die Verwaltungskosten der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu deckeln. Dadurch werde der Eindruck erweckt, es gäbe dort eine problematische Kostenentwicklung. Tatsächlich bewegt sich der Verwaltungskostenanteil der GKV seit 20 Jahren aber sehr konstant zwischen 5,5 und sechs Prozent der Gesamtausgaben. Zum Vergleich: Bei den privaten Krankenversicherern sind es 14,6 Prozent.

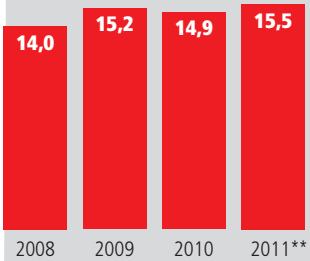
Die Unternehmen der Privaten Krankenversicherung (PKV) scheinen ohnehin eine gute Lobby bei den Koalitionären zu haben. Während die GKV entsolidarisiert wird, soll die PKV nach dem Willen von Schwarz-Gelb attraktiver werden. Und auch finanziell wird den Privaten unter die Arme gegriffen: Unter anderem soll die PKV jetzt ebenfalls von den staatlich verordneten Medikamentenrabatten für die GKV profitieren. Außerdem wird der Wechsel von den Gesetzlichen Krankenkassen zu Privatversicherern erleichtert und den Gesetzlichen soll es erschwert werden, attraktive Wahltarife oder Zusatzpolicen anzubieten.

Buntenbach kritisierte die Pläne als Konjunkturprogramm für die PKV-Konzerne. Wenn die Privaten von den Arzneimittelrabatten mit profitieren, müsse die PKV auch einen Solidarbeitrag für die GKV leisten. „Wir fordern, dass die Rosinenpickerei der PKV-Unternehmen nicht noch ausgeweitet wird."

Kurios findet die Pläne der Koalition auch Johann-Magnus von Stackelberg, Vize-Vorstandsvorsitzender des GKV-Spitzenverbandes. Obwohl sich die Privatversicherer als „Nischenanbieter für Gutverdiener" nicht den Herausforderungen eines Solidarsystems stellen müssten, seien sie offenbar trotzdem auf die Hilfe des Gesetzgebers angewiesen. Weil der PKV die Kosten davonliefen, „soll nun offensichtlich zu ihrem Schutz ein staatliches Förderprogramm aufgelegt werden", meint von Stackelberg. Auch die Hauptgeschäftsführerin des Verbands forschender Arzneimittelhersteller (VFA), Cornelia Yzer, kritisiert die geplanten Rabatte für die PKV – mit einem ganz marktwirtschaftlichen Argument, das gerade einem FDP-Minister eigentlich sympathisch sein sollte: Es sei Sache der privatwirtschaftlichen PKV-Unternehmen, ihre Finanzen in Ordnung zu halten, nicht Sache des Gesetzgebers. •

Wieder rauf

Entwicklung der Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung (in Prozentpunkten)*



*teilweise Jahresdurchschnitt aus verschiedenen Beitragssätzen
**Gesetzentwurf der Bundesregierung
Quelle: BMG

© DGB einblick 15/10

Erst 2009 hatte die Große Koalition den Beitragssatz zur Krankenversicherung auf 14,9 Prozent gesenkt, jetzt erhöht Schwarz-Gelb wieder auf 15,5 Prozentpunkte. Paritätisch finanziert sind die Beiträge aber längst nicht mehr. Seit 2005 zahlen Beschäftigte einen Sonderbeitrag von 0,9 Prozentpunkten.

E-Mails an die CSU

Inzwischen ist klar: Gesundheitsminister Rösler plant die Kopfpauschale durch die Hintertür. Mit der „Aktion Glaubwürdigkeit" will das Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale" jetzt vor allem die Bundestagsabgeordneten der CSU in die Pflicht nehmen. Denn die Christsozialen haben immer wieder, zuletzt vor der Sommerpause, erklärt: Sie werden einkommensunabhängige Zusatzbeiträge nicht mittragen. Genau die stehen jetzt aber wieder auf der Agenda. Deshalb bieten die „Köpfe gegen Kopfpauschale" jetzt online Musterbriefe an, die direkt an die ebenfalls online bereitgestellten E-Mail-Adressen der CSU-Abgeordneten geschickt werden können.

www.stoppauschale.de

Zweite Welle

Der DGB hat inzwischen für den Herbst eine zweite Welle der Kampagne „Köpfe gegen Kopfpauschale" angekündigt und will „die Wählerinnen und Wähler über die Tricksereien und Vernebelungsversuche von Minister Rösler aufklären".

Mehr zum aktuellen Gesetzentwurf und zur Kampagne:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

kurz&bündig

Die GdP in Brandenburg hat eine Volksinitiative gegen den geplanten Abbau von 1900 Stellen im Brandenburger Polizeidienst gestartet. Zielmarke sind 20000 Unterschriften, damit sich der Landtag erneut mit der Polizeireform befassen muss. Unterschriftenlisten: www.gdp.de/brandenburg

Die IG Metall Küste setzt sich gemeinsam mit Umweltverbänden und europäischen Gewerkschaften dafür ein, strikte Umweltstandards für die Schifffahrt auf Nord- und Ostsee umzusetzen. In einem Brief an die EU-Kommission fordern die Verbände, die für 2015 geplanten Schadstoffgrenzwerte für Schiffstreibstoffe nicht zu lockern. Eine Lockerung hatte unter anderem der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gefordert.

Auf der Fachkonferenz „Sicher unterwegs" wollen TRANSNET und die Verkehrsgewerkschaft GDBA am 23. September in Frankfurt/M. gemeinsam mit BetriebsrätInnen und Arbeitgebern die Diskussion um die Sicherheitslage in öffentlichen Verkehrsmitteln vertiefen.

Die GEW hat gemeinsam mit jungen WissenschaftlerInnen das „Templiner Manifest" veröffentlicht. Zwei der Forderungen: berechenbare Karrierewege und faire Arbeitsbedingungen an Hochschulen.www.einblick.dgb.de/hintergrund

Gewerkschaften helfen e.V.

Spenden für Pakistan

Der DGB ruft dazu auf, für die Betroffenen im pakistanischen Flutgebiet zu spenden. Sechs Millionen Menschen benötigen sofortige Hilfe, um zu überleben. Der DGB kündigte an, die Mittel vom Spendenkonto „Gewerkschaften helfen" an die „Aktion Deutschland hilft" weiterzuleiten. Die Fluthilfe für Pakistan ist die zweite große Spendenaktion in diesem Jahr, bei der der Verein „Gewerkschaften helfen" aktiv wird. Anfang des Jahres ist die Spendenaktion „Hilfe für Haiti" angelaufen *(einblick 3/2010)*. Dort sind bisher rund 47 000 Euro eingegangen. Der 2002 gegründete Verein hat in der Vergangenheit mehrfach dazu beigetragen, die Not von Menschen in Katastrophengebieten zu lindern. Bei der Oderflut im Jahr 2002 kamen insgesamt 730 000 Euro zusammen, um über 1200 GewerkschafterInnen in der Krisenregion zu helfen. Nach dem verheerenden Tsunami 2004 sind über 130 000 Euro Spenden eingesetzt worden, um GewerkschafterInnen im indonesischen Banda Aceh zu unterstützen. Spendenkonto: Gewerkschaften helfen, Konto 1756906400, BLZ 30010111, SEB Düsseldorf, Stichwort „Fluthilfe Pakistan". ●

OBS-Jahrestagung

Wege aus der Krise

Am 2. und 3. November findet die Jahrestagung 2010 der Otto-Brenner-Stiftung in Berlin unter dem Motto „Wege aus der Krise: Demokratie – Ökologie – Ökonomie" statt. Im Rahmen der Tagung werden auch die inzwischen zum sechsten Mal ausgelobten „Otto Brenner Preise für kritischen Journalismus" verliehen. Auf der Homepage der Stiftung ist noch bis zum 20. September eine Online-Anmeldung zur Jahrestagung möglich. ●

www.otto-brenner-stiftung.de

ver.di

Getrickst

Ver.di hat Beschäftigte der Pflegebranche erneut aufgerufen, ihre Gehaltsabrechnungen genau zu überprüfen. Hintergrund des Aufrufs: Anfang August wurde der Pflegemindestlohn eingeführt. In zwei von ver.di durchgeführten Hotline-Aktionen berichteten Betroffene aber von diversen Versuchen der Arbeitgeber, den Mindestlohn zu umgehen oder zu drücken. So legen einige Unternehmen Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und sogar Schichtzulagen inzwischen auf den Stundenlohn um, um so unterm Strich künstlich auf den vorgeschriebenen Mindestlohn-Stundensatz zu kommen. ●

Das Auto als Laubbläser – nur eine von vielen möglichen Ideen für den ACE-Fotowettbewerb.

Foto: ACE

ACE

Kreative Zweckentfremdung

Autos sind Fortbewegungsmittel – und für manche noch sehr viel mehr. Das vermutet zumindest der Auto Club Europa (ACE) und ruft zum Fotowettbewerb „Abgefahren: Mein Auto ist ein Multitalent!" auf. Wer Ideen für eine „kreative Zweckentfremdung" seines Wagens hat, schießt einfach ein Foto und sendet es über die ACE-Homepage *(www.ace-online.de)* ein. Dort gibt es online bereits erste Teilnehmerbeiträge zu sehen – für alle, die sich für ihren Schnappschuss noch inspirieren lassen wollen. Die SiegerInnen des Wettbewerbs werden mit attraktiven Preisen vom Navigationsgerät bis zum Tankgutschein belohnt. Einsendeschluss ist der 30. Oktober. ●

DGB Sachsen

Freizügig

Ab Mai 2011 gilt auch hierzulande die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU. Beschäftigte aus fast allen EU-Mitgliedsstaaten (außer Rumänien und Bulgarien) können dann in Deutschland eine Arbeit aufnehmen. Der DGB Sachsen hat jetzt eine Kurzinformation mit konkreten Antworten zu grenzüberschreitender Arbeit, Leiharbeit und Entsendung sowie zu Arbeits- und Sozialstandards veröffentlicht. Im Rahmen des deutsch-polnisch-tschechischen Arbeitsmarktprojekts EURES-TriRegio hat der DGB Sachsen außerdem eine Broschüre für Grenzgänger im Dreiländereck erarbeitet. Sie enthält in deutscher, polnischer und tschechischer Sprache alle wichtigen Informationen zum Arbeitsrecht und zu den Sozialversicherungen in den drei Ländern. Die Broschüre und die Kurzinformation können online heruntergeladen werden. ●

www.dgb-sachsen.de/news/download.htm

20 Jahre deutsche Einheit

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit auch im Osten

20 Jahre nach der politischen Einheit ist die soziale Einheit längst nicht erreicht. Vor allem auf dem Arbeitsmarkt sind die Unterschiede zwischen Ost und West nach wie vor groß. Iris Kloppich, Vorsitzende des DGB Sachsen, beschreibt, welchen Herausforderungen sich die Gewerkschaften im Osten in nächster Zeit stellen müssen.

Plötzlich in einer anderen Gesellschaft zu landen, das war für viele von uns in Ostdeutschland nicht leicht. Mit Unterstützung von Kollegen aus dem Westen habe ich damals die Strukturen der IG Metall in Sachsen mit aufgebaut und die Wahl von Betriebsräten in den Betrieben initiiert. Das war eine unglaublich spannende Zeit. **Gleichzeitig brach alles zusammen.** Wir haben dabei nicht tatenlos zugesehen. Es gab Betriebsbesetzungen und Demonstrationen. Um das Edelstahlwerk Freital zu retten, wurde sogar ein Flughafen besetzt.

Letztendlich konnten wir aber nicht verhindern, dass zigtausende Arbeits- und Ausbildungsplätze vernichtet wurden, die großen Kombinate verschwanden, und eine sehr kleinteilige Wirtschaftsstruktur entstanden ist. Von etwa 130 000 Unternehmen im Osten haben rund 90 000 weniger als fünf Beschäftigte. Angesichts dieser Strukturen betriebliche Mitbestimmung zu gewährleisten, ist ein Riesenproblem.

Für viele in Ostdeutschland ist die Wende untrennbar mit der Erfahrung verbunden, arbeitslos zu werden oder von Arbeitslosigkeit bedroht zu sein. Wer in der DDR aufgewachsen ist, kannte das nicht und hatte es nun plötzlich mit Massenarbeitslosigkeit zu tun. **Die hohe Arbeitslosigkeit macht erpressbar,** und so hat der falsche Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft" im Osten Spuren hinterlassen – auch in der geringen Bereitschaft, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die Erkenntnis „Gewerkschaft bin ich" wuchs erst langsam. Während es im Westen eine lange Erfahrung erfolgreicher Kämpfe gibt, ist im Osten den Menschen vieles abgenommen worden. Gegenwehr und Gestaltungsmacht waren unsere Aufgaben.

Heute stehen wir vor weiteren Herausforderungen: Sachsen hat wie die anderen östlichen Bundesländer eine alternde Bevölkerung, **während die von uns gut ausgebildeten jungen Leute abwandern.** Ein weiteres großes Thema bleibt der Niedriglohn. Der Niedriglohnsektor ist im Osten besonders groß. Es sind vor allem Frauen, die mit Billig-Jobs abgespeist werden.

Die soziale Einheit ist nach wie vor nicht hergestellt. Noch immer liegt die durchschnittliche Entlohnung im Osten um etwa 23 Prozent unter der im Westen, das durchschnittliche Arbeitseinkommen im Osten liegt um 900 Euro niedriger. Der Kampf für Fair Pay, für Equal Pay steht deshalb auf unserer gewerkschaftlichen Agenda an erster Stelle. Dazu gehört auch ein einheitlicher Mindestlohn von 8,50 Euro im Osten wie im Westen.

Es klingt in unseren Ohren wie Hohn, wenn Wirtschaftsminister Rainer Brüderle ein kommendes Jobwunder im Osten heraufbeschwört. **Das Jobwunder, das sehe ich noch nicht** – angesichts einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von zwölf Prozent im Osten. Die Krise ist längst nicht überwunden. Erst kürzlich hat das IAB in einer Untersuchung bestätigt, dass der leichte Rückgang der Arbeitslosenquote nicht zuletzt aus der anhaltenden Abwanderung herrührt. Deshalb muss der Solidarpakt bis 2019 fortgeführt werden. Beschäftigungspolitik hat Vorrang, und wir brauchen eine Wirtschafts- und Strukturpolitik, die innovative Zukunftsfelder in den Mittelpunkt stellt und die notwendigen Investitionen dafür sichert. Insbesondere brauchen die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie der ländliche Raum eine Zukunft.

Es hilft es uns nicht weiter, die Probleme isoliert voneinander zu betrachten. Wir müssen die Zusammenhänge und ihre Komplexität sehen. So sind qualifizierte Fachkräfte nicht zu halten, wenn die gleiche Tätigkeit im Westen deutlich besser entlohnt wird. **Gute Arbeit statt prekärer Beschäftigung muss unser Ziel sein.** Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Leiharbeit und Niedriglöhne dürfen nicht die Zukunft der Beschäftigten oder derer, die es werden wollen, sein. So halten wir nicht die jungen Menschen im Land, die dringend als Fachkräfte gebraucht werden.

Der DGB in Sachsen setzt deshalb auch besondere Akzente in seiner Arbeit auf Bildungsthemen und Strategien gegen den Fachkräftemangel. Gerade in letzter Zeit ist es den Gewerkschaften in Sachsen unter dem Motto „Deine Zukunft ist hier" gelungen, wieder mehr junge Leute als Gewerkschaftsmitglieder zu gewinnen. Das wollen wir weiter fortsetzen. •

Foto: Marcus Karsten

Iris Kloppich, 57, ist seit Januar 2010 DGB-Vorsitzende in Sachsen, davor war sie 16 Jahre stellvertretende DGB-Bezirksvorsitzende. Von 1986 bis 1989 war Kloppich Bezirkssekretärin für Jugend und Sport beim Dresdner Bezirksvorstand des DDR-Gewerkschaftsbundes FDGB. Nach dem Mauerfall 1989 arbeitete sie als Bezirkssekretärin für die IG Metall in Dresden und baute die Gewerkschaftsstrukturen mit auf.

„Jobwunder" mit Schönheitsfehlern

Zum zweiten Mal in Folge ist die Arbeitslosenzahl in Ostdeutschland im Juli unter die Millionenmarke gerutscht. Ein „Jobwunder"? Kaum: Nach 20 Jahren Stellenabbau ist der Ost-Arbeitsmarkt auf einem Niveau angelangt, das sich kaum noch absenken lässt. Die Arbeitsmarktforscher sind sich einig: Der Osten verdankt seine sinkende Arbeitslosigkeit keinem Wirtschaftsaufschwung, sondern der massiven Abwanderung nach 1990. Insgesamt wurde im Osten rund ein Drittel der Arbeitsplätze vernichtet, so das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Bis heute kehren viele Beschäftigte Ostdeutschland den Rücken. Allein zwischen 2000 und 2005 zogen laut IAB 204 000 Arbeitskräfte in den Westen.

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

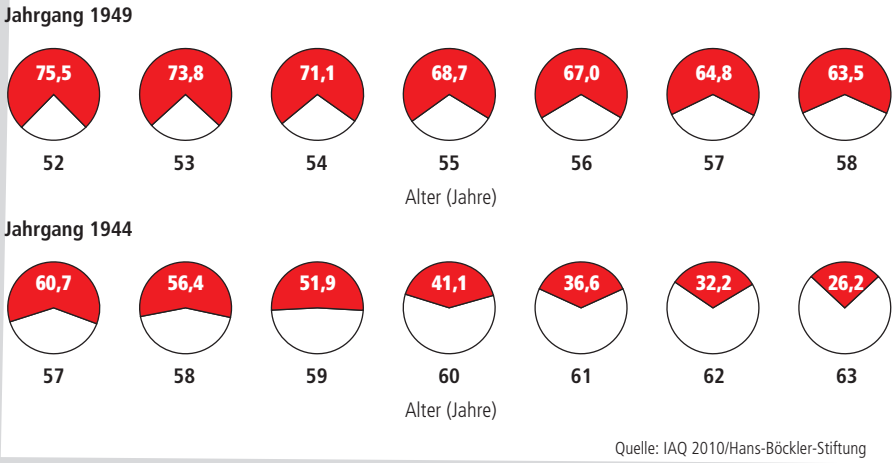
DIES & DAS

die DGB grafik

ÄLTERE ARBEITNEHMERINNEN: Mit 60 nur die Hälfte noch im Job

Der aktuelle Altersübergangsreport 2010 des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) belegt: Die Mehrheit der Beschäftigten scheidet deutlich vor dem 65. Lebensjahr aus dem Berufsleben aus. Sind mit Anfang 50 noch fast 75 Prozent im Job, so sinkt die Quote bei den 60-Jährigen auf 41 Prozent. Die Studie zeigt auch: Vor allem Handwerker und Industriearbeiter scheiden vorzeitig aus dem Erwerbsleben aus. Hochqualifizierte, wie Manager oder Ärzte, halten in ihrem Beruf länger durch.

Beschäftigtenanteil der Jahrgänge 1944 und 1949 in den Jahren 2001 bis 2007 (in Prozent)



Quelle: IAQ 2010/Hans-Böckler-Stiftung

© DGB einblick 15/10

personalien

••• ***Ruprecht Hammerschmidt,*** 42, Journalist, ist ab 1. Oktober neuer Pressesprecher der IG Bauen-Agrar-Umwelt. Als Redakteur bei der Berliner Zeitung war er bisher im Ressort Wirtschaft für Arbeitsmarkt, Gewerkschaften und Immobilien zuständig.

••• ***Andreas Meyer-Lauber,*** 58, seit 2004 Vorsitzender der GEW in NRW, soll neuer Bezirksvorsitzender des DGB Nordrhein-Westfalen werden. Einstimmig hat ihn der DGB-Bezirksvorstand als Kandidaten für dieses Amt nominiert. Die Wahl soll am 18. September auf einer außerordentlichen Bezirkskonferenz erfolgen. Der bisherige DGB-Vorsitzende von NRW, ***Guntram Schneider,*** 59, SPD, ist seit 15. Juli Arbeits-, Sozial- und Integrationsminister in der neuen Landesregierung NRW.

••• ***Ingo Nürnberger,*** 37, bisher politischer DGB-Referent für Alterssicherung und Rehabilitation, ist seit 1. September Abteilungsleiter für Sozialpolitik beim DGB-Bundesvorstand. ***Oliver Suchy,*** 41, der diese Abteilung seit dem Frühjahr kommissarisch leitete, ist nun verantwortlich für die politische Koordinierung und für Kampagnen in der Sozialpolitik und leitet das Büro von DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Udo Böhlefeld, Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

••• ***Christoph Hahn,*** 32, ist seit 1. September Büroleiter von DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki und gleichzeitig Referatsleiter für Verbraucherpolitik und Angelegenheiten der OECD und der TUAC in der Abteilung Wirtschaft-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand. Der bisherige Büroleiter ***Philipp Martens,*** 28, arbeitet ab 15. September in der Abteilung Wirtschaftspolitik der IG BCE-Hauptverwaltung.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

14.9. DGB, Workshop „Ein neues Bündnis für Arbeit und Umwelt", Berlin

14.9. DGB, Aktionstag Kommunalfinanzen „Damit die Stadt an der Finanznot nicht zerbricht", Köln

15.9. DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Infoabend „Neonazis in Nadelstreifen – Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft", Hameln

17.9. Hans-Böckler-Stiftung, Otto Brenner Stiftung, Greenpeace, BUND u.a., Tagung „Wende in der Atompolitik", Hannover

17.9. DGB Hessen-Thüringen, Herbsttagung „Das Soziale neu denken", Erfurt

18.9. DGB Berlin-Brandenburg, GEW und andere, Tagung „Vorfahrt für Bildung!", Berlin

23./24.9. Hans-Böckler-Stiftung, IG Metall, Engineering-Tagung „Umweltfreundliche Technik. Gute Arbeit. Mehr Nachhaltigkeit durch Mitbestimmung", Sindelfingen

Schlusspunkt.

„Das ist keine Koalition, sondern manchmal eine schlagende Verbindung."

Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) zum Zustand der schwarz-gelben Regierung bei seinem Auftritt auf dem Gillamoos-Volksfest am 6. September vor etwa 250 Gästen.

Hartz IV

Geldgeschenke gelten als Einkommen

Geldgeschenke an Bezieher von Arbeitslosengeld II (Hartz-IV) bleiben nur bis zur Höhe von 50 Euro jährlich anrechnungsfrei. Darüber hinausgehende Beträge sind hingegen voll als Einkommen zu berücksichtigen.

Sächsisches Landesssozialgericht, Urteil vom 8. April 2010 - L 2 AS 248/09

Diskriminierungsverbot

Ausschreibung muss altersneutral sein

Eine Stellenausschreibung verstößt grundsätzlich gegen das Verbot der Diskriminierung wegen des Alters, wenn ein „junger" Bewerber gesucht wird. Nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sind Stellen unter anderem „altersneutral" auszuschreiben, wenn kein Rechtfertigungsgrund für eine unterschiedliche Behandlung wegen des Alters vorliegt. Dem benachteiligten Arbeitnehmer steht ein Entschädigungsanspruch zu.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 19. August 2010 - 8 AZR 530/09

Schwerbehindertenvertretung

Anhörung auch bei Führungsstellen

Der Arbeitgeber hat die Schwerbehindertenvertretung in allen Angelegenheiten, die einen einzelnen oder die schwerbehinderten Menschen als Gruppe berühren, unverzüglich und umfassend zu unterrichten und vor einer Entscheidung anzuhören. Wird eine Führungsposition besetzt, muss die Schwerbehindertenvertretung nur dann am Besetzungsverfahren beteiligt werden, wenn die Aufgabe besondere schwerbehindertenspezifische Führungsanforderungen stellt. Das kann zum Beispiel der Fall sein, wenn es zu den Aufgaben der Führungskraft gehört, Arbeitsplätze behinderungsgerecht zu gestalten.

Bundesarbeitsgericht, Beschluss vom 17. August 2010 - 9 ABR 83/09

Pflegeversicherung

Zuschuss für Terrassentür

Die Pflegekasse hat den Umbau eines Küchenfensters in eine behinderungsgerechte Terrassentür zu bezuschussen, soweit die pflegebedürftige Versicherte hierdurch in die Lage versetzt wird, ohne fremde Hilfe mit ihrem Rollstuhl die Terrasse zu nutzen.

Sozialgericht Dortmund, Urteil vom 12. März 2010 - S 39 KN 98/08 P

Abwrackprämie

Wird nicht auf Hartz IV angerechnet

Die „Abwrackprämie" (staatliche Umweltprämie) ist von einer bedarfsmindernden Anrechnung auf das Arbeitslosengeld II (Hartz IV) ausgenommen. Denn die staatliche Umweltprämie steht dem Hilfeempfänger nicht tatsächlich nach freiem Ermessen für den privaten Konsum zur Verfügung.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 16. Juni 2010 - L 12 AS 807/10 B ER

Sozialamt

Ausnahmsweise doppelte Miete zahlen

Sozialhilfeempfänger können den Ersatz doppelter Mietaufwendungen verlangen, wenn sie aus gesundheitlichen Gründen aus der bisherigen Wohnung ausziehen müssen und die Mietzeiträume deshalb nicht nahtlos aufeinander abgestimmt werden können.

Der Fall: Die schwer- und gehbehinderte 90-jährige Frau lebte im zweiten Stock eines Hauses ohne Aufzug, bis sie wegen Gebrechlichkeit und Dauerschmerzen in stationäre Behandlung musste. Nach mehrwöchigem Krankenhausaufenthalt und anschließender stationärer Kurzzeitpflege stellte sich die Notwendigkeit vollstationärer Pflege heraus. Sie kündigte deshalb ihren Mietvertrag und wurde in die vollstationäre Pflege aufgenommen. Die Pflegekosten übernahm der Sozialhilfeträger, weigerte sich aber, die Wohnungsmiete bis zum Ablauf der dreimonatigen Kündigungsfrist zu zahlen. Die Übernahme dieser Kosten sei nicht erforderlich, da die Frau im Pflegeheim untergebracht sei. Zudem hätte sie früher mit ihrer Vermieterin über eine Auflösung des Mietverhältnisses sprechen müssen.

Das Landessozialgericht: Der Sozialhilfeträger ist zur Zahlung der Miete für die Wohnung bis zum Ablauf der Kündigungsfrist verpflichtet. Eine frühere Kündigung sei nicht zumutbar gewesen. Während der stationären Kurzzeitpflege hat sie hoffen dürfen, wieder in ihre alte Wohnung zurückzukehren. Da eine Neu-Vermietung innerhalb der Kündigungsfrist nicht möglich gewesen war, hat sie ferner alles Zumutbare und Mögliche getan, um die Kosten der doppelten Unterkunft so gering wie möglich zu halten.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 18. Februar 2010 - 9 SO 6/08

Gesetzliche Unfallversicherung

Auch Helfer sind geschützt

Gegen Unfall sind Personen versichert, die bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not Hilfe leisten oder einen anderen aus erheblicher gegenwärtiger Gefahr für seine Gesundheit retten.

Der Fall: Der vierzehnjährige Schüler hielt sich auf einem Spielplatz auf, an den ein umzäuntes Betriebsgelände grenzt. Ein sechsjähriges Mädchen war auf dem Betriebsgelände eingeschlossen und weinte anhaltend. Der Mutter gelang es nicht, ihre Tochter zur Rückkehr auf den Spielplatz anzuleiten. In Absprache mit der Mutter kletterte der Schüler über den Zaun und brachte das Kind zurück. Dabei blieb er mit dem rechten Mittelfinger hängen und verletzte sich. Der Finger musste schließlich amputiert werden. Der Schüler beantragte bei der zuständigen Unfallkasse, festzustellen, dass er einen Arbeitsunfall als Nothelfer erlitten habe. Die Unfallkasse lehnte ab: Er sei nicht als Nothelfer versichert gewesen, da für das Kind keine erhebliche und gegenwärtige Gefahr bestanden habe.

Das Bundessozialgericht: Der Schüler hat einen Arbeitsunfall erlitten; denn er hat bei einem Unglücksfall Hilfe geleistet . Ein solcher liegt nicht nur vor, wenn eine erhebliche Gefahr für Leib oder Leben einer anderen Person besteht. Es genügt, dass ein Schaden oder eine Gefahr für ein anderes wichtiges Individualrechtsgut droht bzw. besteht. Der Schüler hat das Mädchen aus einer Lage befreit, in der es nicht in der Lage gewesen ist, sich fortzubewegen. Alternativ zum Handeln des Schülers hätte die Polizei, die Feuerwehr oder eine ähnliche Organisation eingreifen müssen, was ebenfalls einen Unglücksfall nahelegt.

Bundessozialgericht, Urteil vom 15. Juni 2010 - B 2 U 12/09 R

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 27.09.2010 16/10

DGB

inhalt

Seite 3
Falsche Beratung
Banken klären ihre Kunden nicht ausreichend über Risiken von Finanzprodukten auf. DGB und Verbraucherschützer fordern schärfere Regeln

Seite 5
Die Zeit läuft
Ab dem 1. Mai 2011 gilt die volle EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit auch in Deutschland. Der DGB fordert die Bundesregierung zum Handeln auf

Seite 7
Wachstum mit Verstand
Mehrdad Payandeh plädiert für einen neuen Wachstumsbegriff, der ökonomische, ökologische und soziale Dimensionen vereint

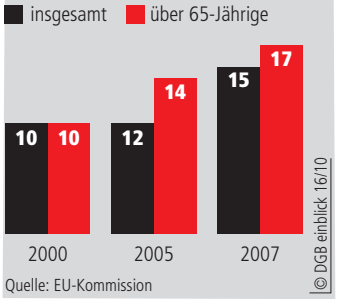
Rente mit 67

Schluss mit der Schönfärberei

Die Rente mit 67 ist für viele Beschäftigten kaum erreichbar und verschärft die soziale Schieflage in Deutschland. Zu diesem Ergebnis kommt der vierte Monitoring-Bericht des „Netzwerks für eine gerechte Rente", zu dem der DGB, Gewerkschaften sowie Sozial- und Wohlfahrtsverbände gehören. „Die Fakten belegen, dass die Einführung der Rente mit 67 nicht vertretbar ist. Wenn sich die Bundesregierung an die geltende Rechtslage hält, dann muss sie die Rente mit 67 in diesem Jahr stoppen oder zumindest auf Eis legen", betont DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Sie fordert die Bundesregierung auf, die Situation nicht länger zu verharmlosen oder schönzufärben. Es müsse darum gehen, den ArbeitnehmerInnen die Chance zu eröffnen, überhaupt bis 65 gesund in Arbeit bleiben zu können.

Im Mittelpunkt des Berichtes stehen die aktuelle Beschäftigungslage von älteren Menschen und die künftigen arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen. Die beiden Autoren, Prof. Dr. Gerhard Bäcker von der Universität Duisburg-Essen und Prof. Dr. Ernst Kistler, Leiter des Internationalen Instituts für Empirische Sozialökonomie (INIFES), präsentieren ernüchternde Zahlen: Nur 9,2 Prozent der 63-Jährigen und 6,3 Prozent der 64-Jährigen haben noch eine Vollzeitbeschäftigung. Dass beispielsweise der Deutsche Alterssurvey wesentlich positivere Zahlen vermelde, erklären die beiden Wissenschaftler damit, dass Grundlage des Survey nicht die sozialversicherten Beschäftigten sind, sondern jede/r mitgezählt wird, der mindestens eine Stunde in der Woche erwerbstätig ist. Sie gehen außerdem davon aus, dass die Entlastung auf dem Arbeitsmarkt nur sehr langsam vorankommen wird und im nächsten Jahrzehnt weiterhin von einer hohen Massenarbeitslosigkeit auszugehen ist.

Altersarmut wächst
Entwicklung der Armutsrisikoquote in Deutschland insgesamt und für über 65-Jährige (in Prozent)



Altersarmut wird auch hierzulande zunehmend zum Problem – auch wenn die Zahl der Grundsicherungsempfänger im Alter noch relativ gering ist. Sie steigt aber stark an. Schon heute sind 17 Prozent der über 65-Jährigen in Deutschland von Armut bedroht, so die EU.

Die Folge: Schon heute gehen 46,6 Prozent der AltersrentnerInnen mit Abschlägen in Rente (Seite 8). Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverband VdK Deutschland, geht davon aus, dass die Rente mit 67 die ohnehin drohende Altersarmut weiter verschärft: „Für die Betroffenen verlängert sich nicht die Lebensarbeitszeit, sondern die Zeit der Arbeitslosigkeit mit allen Folgen, wenn man nach kurzer Zeit schon auf Hartz-IV-Niveau abstürzt." Vor allem langjährig Versicherten drohe die Zwangsverrentung: „Auch wenn die Regelaltersgrenze auf 67 Jahre erhöht wird, können langjährig Versicherte vom Grundsicherungsträger mit 63 in Rente geschickt werden – mit den 14,4 Prozent Abschlägen." Menschen mit gesundheitlichen Problemen würden von der Rente mit 67 besonders hart getroffen: „Der durchschnittliche Zahlbetrag der Erwerbsminderungsrente ist mittlerweile auf 643 Euro gesunken und liegt damit unter dem Sozialhilfeniveau", so Mascher. Der VdK fordert wie der DGB Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente: „Die Abschläge müssen abgeschafft werden, weil sich niemand die Erwerbsminderung freiwillig aussucht." •

www.ichwillrente.net

plusminusBERLIN

+ ***Yvonne Ploetz (Die Linke) fordert, im 4. Armuts- /Reichtumsbericht die Situation von Straßenkindern zu berücksichtigen. Gesellschaftliche Missstände könnten nur effektiv angegangen werden, wenn Ursachen und Ausmaß offengelegt werden, so Ploetz.***

– ***Marie-Luise Dött, umweltpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, hält die Ideen von Klimaskeptikern, wonach der Klimawandel nicht durch Menschen verursacht sei, für „sehr, sehr einleuchtend". Klimaschutz sei eine „Ersatzreligion", keine Wissenschaft.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.youtube.com/user/stahltarifrunde2010
youtube-Kanal der IG Metall NRW zur Stahltarifrunde 2010

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
4. Monitoring-Bericht des Netzwerks für eine gerechte Rente

Hartz IV

Mauschelei

Der DGB hat das Verhalten von Bundesregierung und Koalition bei der Neugestaltung der Hartz-IV-Regelsätze scharf kritisiert. Über die künftige Höhe der Regelsätze hinter verschlossenen Türen in „politisch motivierten Verhandlungen des Koalitionsausschusses" diskutieren zu lassen, zeuge von mangelndem Respekt gegenüber dem höchsten deutschen Gericht und Millionen Menschen, die auf eine bessere Grundsicherung dringend angewiesen sind. Das Bundesverfassungsgericht hatte im Februar die derzeitige Berechnung der Regelsätze gekippt und ein transparentes und empirisches Verfahren eingefordert. Auch hier ist die Bundesregierung aus Sicht des DGB auf dem völlig falschen Weg: Das Urteil des Verfassungsgerichts solle offenbar „möglichst billig" umgesetzt werden, kritisiert DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die den Regelsätzen zugrunde gelegt wird, soll offenbar „nur noch das Konsumverhalten der Allerärmsten der Einkommenspyramide berücksichtigen", so Buntenbach. Nicht einmal die Hartz-IV-Aufstocker würden aus der Referenzgruppe herausgerechnet.

Sie wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass von höheren Hartz-IV-Regelsätzen eben nicht nur Hartz-IV-EmpfängerInnen profitieren würden, sondern auch viele Beschäftigte: Schließlich hingen die Regelsätze mit den Grundfreibeträgen im Einkommensteuerrecht zusammen. •

Leiharbeit

BDA für gesetzlichen Mindestlohn

Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), hat sich für einen gesetzlichen Mindestlohn in der Zeitarbeit ausgesprochen. Hintergrund ist die Möglichkeit für grenzüberschreitende Arbeitnehmerüberlassung ab Mai 2011 (siehe Seite 5). Der Arbeitgeberpräsident plädierte gegenüber der Rheinischen Post dafür, „dass die Erstreckung unseres Mindestlohns rechtzeitig und kurzfristig durch eine gesetzliche Regelung ermöglicht wird." Hundt meint damit die Aufnahme der Zeitarbeitsbranche ins Entsendegesetz – mit für allgemeinverbindlich erklärten Mindestlohn-Tarifverträgen. „Sonst befürchte ich, dass zum Beispiel Zeitarbeitsfirmen aus Polen ihre Mitarbeiter unter unseren tariflichen Mindestlöhnen anbieten", so Hundt. •

Shell-Jugendstudie 2010

Jugend vertraut Gewerkschaften

Eigentlich klingt das Resümee der 16. Shell-Jugendstudie positiv: Die Jugend blicke 2010 pragmatisch und optimistisch in die Zukunft, fassen die AutorInnen zusammen. Bei genauerer Analyse wird allerdings deutlich: Optimistisch sind vor allem junge Menschen aus mittleren und höheren sozialen Schichten. Aber nur ein Drittel der Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien blickt mit Zuversicht nach vorn. DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf kritisiert: "In keinem anderen Land hat die soziale Herkunft derart dramatische Auswirkungen auf die individuellen Bildungschancen wie in Deutschland." Deshalb seien die Forderungen der Gewerkschaften nach gerechtem Zugang zu Bildung und nach mehr Qualität in der Ausbildung weiterhin richtig.

Auch der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke unterstreicht das gewerkschaftliche Engagement für gute Bildung und bessere Chancen beim Berufseinstieg. Die Shell-Studie zeige, dass es hier dringenden Handlungsbedarf gebe. Positiv bewerten Rudolf und Werneke das Vertrauen der 15- bis 25-Jährigen in die Gewerkschaften. Auf einer Skala von 1 (sehr wenig Vertrauen) bis 5 (sehr viel Vertrauen) liegen die Gewerkschaften mit 3,1 seit Jahren konstant vor anderen Gremien und Institutionen wie Bürgerinitiativen (3,0), der Bundesregierung (2,8), den Kirchen (2,7), großen Unternehmen (2,6) und den Parteien (2,5). Die junge Generation sehe sehr klar, wer sich für sie und ihre Zukunft einsetze, kommentiert Rudolf. •

Gesundheitspolitik

90 Prozent werden belastet

Der Beschluss des Bundeskabinetts zur künftigen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist aus Sicht des DGB ein Affront gegen alle gesetzlich Versicherten. Der DGB kritisiert vor allem das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags als Ausstieg aus der solidarischen Finanzierung der GKV und die Einführung von pauschalen Zusatzbeiträgen, also von Kopfpauschalen. Vor allem die Unionsfraktion müsse sich darüber klar werden, dass damit „eine unvertretbare Belastungswelle auf 90 Prozent der Bevölkerung zukommt", so DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Das vom DGB gestartete Bündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale" hat inzwischen eine Unterschriftenaktion gegen die Pläne gestartet.

Die vom DGB eingesetzte Reform-Kommission, die ein Konzept für ein solidarisches Gesundheitssystem vorlegen will, hat Mitte September eine Erklärung zu den Rösler-Plänen veröffentlicht. Ihr Gesamtkonzept wird die Kommission noch in diesem Herbst präsentieren. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Foto: privat

Europa im Blick

Aufsichtsrat des Monats September ist **Roland Werner,** 56. Der gelernte Mess- und Regeltechniker ist seit 1990 Betriebsratsvorsitzender bei der Südzucker AG im Werk Brottewitz und vertritt seit 2002 die Interessen der ArbeitnehmerInnen im Aufsichtsrat der Südzucker AG. „Die Anliegen der Beschäftigten stehen für mich an oberster Stelle. Da die Zuckerbranche stark abhängig ist von europäischen Vorgaben aus Brüssel, haben wir auch die Arbeitnehmerinteressen der gesamten Branche im Auge – ganz besonders in schwierigen Zeiten." Werner berichtet im aktuellen Fragebogen zum Aufsichtsrat des Monats, was seine bisher größten Erfolge im Aufsichtsrat waren, worüber er sich ärgert und welchen Einfluss Europa auf die Arbeit in der Zuckerindustrie hat. *https://www.dgb.de/-/p0K*

Finanzaufsicht und Verbraucherschutz

Milliardenschäden durch falsche Beratung

Als mit dem Zusammenbruch der US-Bank Lehman Brothers vor zwei Jahren die Finanzmärkte weltweit wankten und teilweise einstürzten, verloren auch viele Privatanleger vergleichsweise hohe Summen. Schuld waren oft Finanzprodukte mit extrem hohen Risiken – über die die Kunden aber beim Vertragsabschluss kaum oder gar nicht informiert worden waren.

Die Politik reagierte damals: Deutsche Banken und Finanzinstitute wurden verpflichtet, ihre Kunden in Beratungsgesprächen über alle Risiken aufzuklären, das Gespräch zu dokumentieren und dem Kunden diese Dokumentation auszuhändigen. Eine gute Regelung, die auch der DGB als Konsequenz aus der Finanzkrise unterstützte.

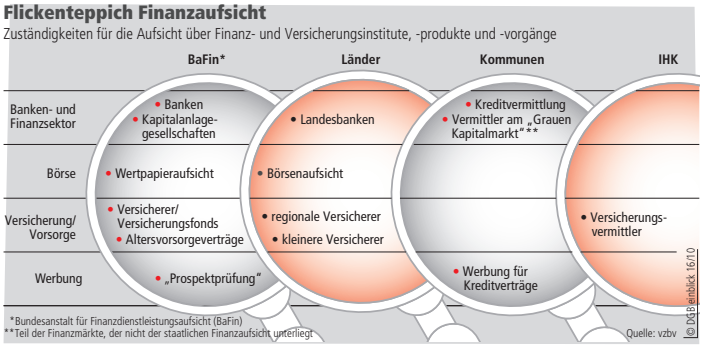
Bleibt ein Problem: Viele Banken halten sich einfach nicht an das neue Gesetz. Zweimal hat seit der Einführung der Dokumentationspflicht die Stiftung Warentest 21 Banken unter die Lupe genommen. Beim ersten Test fielen zwei Banken komplett durch, beim zweiten Test bereits sechs Banken – und über die Hälfte der getesteten Institute händigte überhaupt keine Beratungsprotokolle aus, obwohl die Testkunden der Stiftung ausdrücklich danach gefragt hatten.

Der DGB und der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) haben sich deshalb jetzt zusammengetan. Sie fordern gemeinsam, den Verbraucherschutz endlich als ein gesetzliches Ziel in der Finanzaufsicht zu verankern. „Gremien wie die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, BaFin, können derzeit gar nicht kontrollieren, was sie eigentlich kontrollieren wollen", erklärt vzbv-Vorstand Gerd Billen: Weil die gesetzliche Grundlage fehlt. Dabei wäre Kontrolle bitter nötig. Eine vom Verbraucherschutzministerium in Auftrag gegebene Studie schätzt den jährlichen finanziellen Schaden durch falsche und für die Kunden „nicht bedarfsgerechte" Finanzvermittlung auf 20 bis 30 Milliarden Euro. Die Verbraucherschützer vom vzbv gehen von noch höheren Zahlen aus.

Außerdem, auch da sind sich DGB und vzbv einig, muss die Finanzaufsicht effektiver und einheitlicher werden. Der DGB fordert deshalb einen Finanz-TÜV für alle Finanzprodukte, der bei der BaFin angesiedelt wird. „Kein Finanzprodukt darf zukünftig ohne Aufsicht bleiben, Aufsichtslücken müssen geschlossen werden", so DGB-Vorstand Claus Matecki. Der „Flickenteppich Finanzaufsicht" (siehe Grafik) braucht endlich klare Strukturen, fordern DGB und vzbv.

Aber auch die Vertriebsstrukturen in den Banken müssen sich ändern. „Ein fairer Umgang mit Verbrauchern setzt für Gewerkschaften immer auch einen fairen Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Finanzinstituten voraus", erklärt Matecki. Genau das Gegenteil ist jedoch vielerorts der Fall. Bankangestellte werden durch vorgegebene Verkaufszahlen enorm unter Druck gesetzt. Von „Drückerkolonnen" sprach 2009 gar Uwe Foullong, im ver.di-Vorstand zuständig für die Bankenbranche. Die Beschäftigten würden gezwungen, „auf Teufel komm raus Produkte zu verkaufen".

Deswegen hat ver.di die Aktion „Verkaufsdruck, nein danke!" gestartet. Eine Befragung von Beschäftigten bei Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken, deren Ergebnisse die Dienstleistungsgewerkschaft Mitte diesen Jahres veröffentlicht hat, zeigen: Über drei Viertel der Befragten fordern, die Zielvorgaben zunächst für 2010 auszusetzen. Und über 80 Prozent der BankberaterInnen wollen nur Finanzprodukte verkaufen, die sowohl die KundenInnen als auch sie selbst tatsächlich verstehen. •



Wer sich von einem Versicherungsvermittler einen Altersvorsorgevertrag bei einem regionalen Versicherungsunternehmen verkaufen lässt, kann sich als Kunde derzeit nicht auf eine einheitliche Kontrolle verlassen: Den Vermittler überprüft die örtliche Industrie- und Handelskammer, den Versicherer beaufsichtigt das Landeswirtschaftsministerium und den Vorsorgevertrag zertifiziert die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Finanzmärkte international

Basel III und neue EU-Regeln für Derivate und Leerverkäufe: Was sich international bei Aufsicht und Regulierung der Finanzmärkte tut, im nächsten einblick.

Schutz für Verbraucher

„Verbraucherschutz in die Finanzaufsicht!" ist der Titel der gemeinsamen Erklärung von DGB und dem Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv). Konkret fordern die beiden Verbände:

- ***Verbraucherschutz als Aufsichtsziel der Finanzaufsicht***
- ***ein Beschwerderecht für Verbraucherorganisationen***
- ***eine Kontrolle der Verkaufsgespräche für Finanzprodukte***
- ***ein Verkaufsverbot für besonders komplexe und riskante Finanzprodukte***
- ***kein Finanzprodukt ohne Kontrolle, auch am „Grauen Kapitalmarkt"***

Inzwischen haben sich über 50 weitere Verbände und Einzelpersonen der Erklärung angeschlossen, darunter die Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Sozialverband VdK, der Sozialverband Deutschland (SoVD), der Deutsche Mieterbund, der Deutsche Frauenring und Transparency International.

Die Erklärung online:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

PROJEKTE UND PARTNER

Arbeit und Leben Berlin

Spaltung überwinden

Europa ist eine reiche Weltregion – trotzdem leben 17 Prozent der Menschen in ständiger Armut. In Ballungsräumen bedeutet dies: Arme und Reiche schotten sich immer stärker in eigenen Stadtteilen ab. Mit der Konferenz „Segregation in Metropolregionen" geht der gewerkschaftliche Bildungsträger „Arbeit und Leben Berlin e.V." am 29. September in Berlin den Mechanismen dieser Entwicklung nach. Den Eröffnungsvortrag hält Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance. Im Anschluss diskutieren ExpertInnen aus Wissenschaft, Verwaltung, Verbänden und Gewerkschaften über Ursachen und Folgen von Armut und erörtern Optionen, der Aufteilung in wohlhabende und arme Viertel zu begegnen. Die Konferenz liefert damit einen Beitrag zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung" der EU. •

www.einblick.dgb.de/links

interregio

••• Bereits zum 13. Mal ist der von ***DGB-Bezirk Nord,*** der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern und der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern gestiftete ***Medienpreis „Sophie"*** vergeben worden. Ausgezeichnet in der Kategorie Print wird der Journalist Frank Pubantz von der *Schweriner Volkszeitung*. Er hatte in mehreren Artikeln über dubiose Finanzgeschäfte von Immobilienfirmen unter dem Dach der Volkssolidarität berichtet. Preisträger in der Sparte Rundfunk ist Jan Frerichs mit seiner Reportage „Harte Hunde, schwarze Schafe. Bauernhof im Knast". Wolfgang Heidelk erhält eine Sophie für seinen Hörfunkbeitrag „Großer Bahnhof Sternberg". Felix Hock wird für seine „Konspirativen KüchenKonzerte" als besten Onlinebeitrag geehrt. Den Nachwuchspreis erhält Tanja Krämer vom *Tagesspiegel*.

www.sophie-medienpreis.de

Berufsfortbildungswerk

Jugendlichen helfen

Das gewerkschaftsnahe Berufsfortbildungswerk bfw bekräftigt seinen Einsatz für die junge Generation. In einem Gespräch mit NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider betonte bfw-Geschäftsführer Achim Albrecht: „Für das bfw als einen der größten Bildungsanbieter in Deutschland ist es entscheidend, bei so wichtigen Themen wie etwa der Integration arbeitsloser Jugendlicher in den ersten Arbeitsmarkt, mit Politik und Wirtschaft Hand in Hand zu arbeiten." Die beiden waren sich einig, dass SchülerInnen mehr und bessere Orientierungshilfen beim Übergang ins Berufsleben brauchen. Im Mittelpunkt des Treffens standen die Themen Fachkräftemangel sowie die Integration benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt. •

www.bfw.de

Anzeige

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.

Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Eine große Gemeinschaft bietet Schutz

Sie suchen eine optimale Vorsorge für den Krankheitsfall? Kostengünstig, leistungsstark, individuell, zuverlässig? Dann werden auch Sie Mitglied bei Deutschlands größtem privaten Krankenversicherer.
Mehr als 2,1 Millionen Vollversicherte profitieren bereits von den hervorragenden Leistungen der Debeka.

erfahren. sicher. günstig.

Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18
56058 Koblenz
Telefon (02 61) 4 98-0
www.debeka.de

Debeka

Arbeitnehmerfreizügigkeit

Es geht auch ohne Lohndumping

Die EU wächst weiter zusammen. Ab Mai 2011 können ArbeitnehmerInnen aus acht der zehn osteuropäischen EU-Staaten ohne jede Einschränkung eine Beschäftigung in Deutschland annehmen. Zum selben Termin fallen hierzulande auch die Beschränkungen für die Dienstleistungsfreiheit für das Baugewerbe und die grenzüberschreitende Leiharbeit weg. Das könnten deutsche Unternehmen zum Lohndumping missbrauchen - wenn die Politik nicht noch handelt.

Die Koalition lasse die verbleibende Zeit „ungenutzt verstreichen", kritisiert DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. „Weder wurde die Bevölkerung ausreichend auf die Arbeitsmarktöffnung vorbereitet, noch wurden Maßnahmen gegen Lohndumping durch grenzüberschreitende Leiharbeit und Entsendung von Beschäftigten eingeleitet." Ab Mai 2011 können auch LeiharbeiterInnen von osteuropäischen Entleihfirmen in Deutschland tätig werden. Gilt für diese LeiharbeitnehmerInnen in ihrem Herkunftsland ein Tarifvertrag, entsteht dasselbe Problem wie heute schon bei deutschen ZeitarbeiterInnen: Der eigentlich gesetzlich geregelte Grundsatz der Gleichbehandlung mit der Stammbelegschaft des entleihenden Betriebs würde ausgehebelt. „Damit polnische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach dem 1. Mai 2011 nicht für drei bis vier Euro pro Stunde in Deutschland beschäftigt werden, muss die Bundesregierung endlich ihren Widerstand gegen einen allgemeinen Mindestlohn und gegen die Aufnahme der Leiharbeit in das Entsendegesetz aufgeben", fordert Buntenbach.

Dem DGB geht es dabei weder um eine Abschottung des deutschen Arbeitsmarkts noch darum, die osteuropäischen KollegInnen zu stigmatisieren. „Die Beschäftigten aus Osteuropa sind nicht das Problem", sagt DGB-Migrationsexperte Volker Roßocha. „Das Problem sind die deutschen Unternehmen, die zur Gewinnoptimierung auf Lohndumping durch ausländische Subunternehmer setzen." Wichtig sei dem DGB vor allem, ausländische ArbeitnehmerInnen über ihre Rechte aufzuklären. Der DGB Sachsen hat beispielsweise mit tschechischen und polnischen Gewerkschaften Infomaterial für grenzüberschreitend tätige Beschäftigte aufgelegt, und beim DGB Berlin-Brandenburg existiert bereits ein „Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte". ●

Für einen Großteil der osteuropäischen EU-Bürger gilt ab Mai 2011 auch in Deutschland die Arbeitnehmerfreizügigkeit.

EU wächst zusammen

Auf einer gemeinsamen Konferenz haben DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung Mitte September die Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit auf Deutschland diskutiert. Vorgestellt wurden auch zwei aktuelle Studien. Die Untersuchung von Frank Lorenz legt einen Schwerpunkt auf den „politischen Handlungsbedarf" bis zum Mai 2011, die Analyse von Timo Baas und Herbert Brücker beschäftigt sich mit den Auswirkungen möglicher Zuwanderung auf die Gesamtwirtschaft.

Beide Studien:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

Was der 1. Mai 2011 bedeutet

*Die „alten" EU-Mitgliedsstaaten konnten nach der EU-(Ost-)Erweiterung von 2004 in drei "Übergangsfristen" für maximal sieben Jahre die **Arbeitnehmerfreizügigkeit** für Bürger der neuen Mitgliedsstaaten beschränken (außer für Malteser und Zyprioten). Deutschland machte eine Ausnahme für HochschulabsolventInnen, hat diese sieben Jahre aber ansonsten voll in Anspruch genommen. Sie enden am 30. April 2011. Ab Mai 2011 dürfen dann Bürger aus allen EU-Staaten (außer aus Rumänien und Bulgarien, den Beitrittsländern von 2007) ohne spezielle Arbeitserlaubnis Beschäftigung in Deutschland aufnehmen.*

*Auch die in der EU im Rahmen der **Dienstleistungsfreiheit** mögliche Entsendung von ArbeitnehmerInnen konnte maximal sieben Jahre eingeschränkt werden. In Deutschland gibt es entsprechende Regelungen für einzelne Branchen, vor allem für das Baugewerbe. Ab Mai 2011 ist eine Entsendung auch in die deutsche Baubranche möglich. Hier gilt aber ein Mindestlohn nach dem Entsendegesetz, der somit auch für ausländische Dienstleistungserbringer bindend ist.*

*Mit der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit fallen auch die Beschränkungen für die **grenzüberschreitende Arbeitnehmerüberlassung** (Leiharbeit). Bisher durften nur LeiharbeiterInnen aus den „alten" EU-Staaten grenzüberschreitend tätig werden. Auch für in Deutschland grenzüberschreitend tätige LeiharbeiterInnen aus Osteuropa gilt dann das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG). Das sieht grundsätzlich die Gleichbehandlung mit den Stammbeschäftigten des entleihenden Betriebes vor. Es sei denn, ein Tarifvertrag regelt etwas anderes. Ausländische Verleihunternehmen könnten so mit Leiharbeits-Tarifverträgen, die sie in ihrem Herkunftsland abgeschlossen haben, den Gleichstellungsgrundsatz des AÜG umgehen. So machen es deutsche Zeitarbeitsfirmen bereits heute.*

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

ver.di und das Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) in Stuttgart haben eine Kooperation zur Forschung über Dienstleistungen vereinbart. Sie sieht unter anderem einen regelmäßigen Austausch über den Themenkomplex "Dienstleistungen und Technik", Betriebsräteschulungen und den Austausch mit Arbeitsdirektoren vor.

Die IG BCE veröffentlicht eine achtteilige Report-Reihe, um technische Trends und Innovationen in ihren Branchen zu dokumentieren und zu begleiten. Einige der Themen: Klimaschutz, Gesundheitsschutz und Energiesicherung. Die erste Ausgabe beleuchtet Technologietrends in der chemischen Industrie.
www.einblick.dgb.de/links

ver.di

Sammelwut

Personenbezogene Daten in großen Mengen zu sammeln und auszuwerten, ist im digitalen Zeitalter keine technische Herausforderung mehr. Aus Sicht von Datenschützern lässt auch der Staat seiner „Sammelleidenschaft" immer freieren Lauf – etwa mit dem Elektronischen Entgeltnachweis, kurz ELENA: Seit 1. Januar müssen Arbeitgeber für mögliche Sozialleistungen erforderliche Beschäftigtendaten an eine zentrale Speicherstelle melden. Verfassungs- und datenschutzrechtliche Bedenken sind bei der Politik bisher verhallt.

ver.di möchte mit der Diskussionsrunde „ELENA und Beschäftigtendatenschutz – Ohnmacht vor der allgegenwärtigen Datensammelwut?" im Rahmen der Veranstaltungsreihe „sicht.weisen" am 30. September in Berlin der Sache auf den Grund gehen. Eingeladen ist unter anderem Spiros Simitis, Datenschutzexperte und Mitglied des Deutschen Ethikrates. Im Fokus steht die Frage: Bringt der aktuelle Entwurf zu einem ergänzten Bundesdatenschutzgesetz tatsächlich mehr Schutz für Beschäftigte? •

http://sichtweisen.verdi.de

TRANSNET und GDBA

Fairness auf der Schiene

TRANSNET und die Verkehrsgewerkschaft GDBA haben mit der Deutschen Bahn und Arbeitgeberorganisationen von Verkehrs-, Wach- und Sicherheitsdienstleistern ein Fairness-Abkommen unterzeichnet. Es gilt für Subunternehmen, die für die Deutsche Bahn in den Bereichen Gleissicherung, Fahrzeugreinigung oder Facility Management arbeiten. In der Vergangenheit waren verschiedene Unternehmen aus diesen Bereichen in die Kritik geraten, weil sie Sozial- und Lohnstandards nicht eingehalten hatten. Damit soll Schluss sein: Ab sofort müssen auch Bahn-Dienstleister dafür Sorge tragen, dass Lohn- und Sozialdumping ausgeschlossen ist. Bei Verstoß drohen Sanktionen. Ausgehandelt worden ist das Abkommen von „mobifair". Dieser von TRANSNET und GDBA mit getragene Verein setzt sich für fairen Wettbewerb in der Mobilitätswirtschaft ein. •

www.transnet.org

DGB-Workshop

Nachhaltige Daseinsvorsorge

Eine verlässliche Wasserversorgung, eine funktionierende Abfallwirtschaft, eine gute öffentliche Daseinsvorsorge – das wünschen sich alle BürgerInnen. Inzwischen ist vielen klar: Privatisierungen führen in diesen Bereichen häufig zu schlechterer Qualität und miesen Arbeitsbedingungen. ExpertInnen warnen: Aktuelle Pläne der schwarz-gelben Koalition und der EU-Kommission könnten die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge weiter fördern. Mit dem Workshop „Nachhaltigkeit in der Daseinsvorsorge: privat oder öffentlich?" nimmt sich der DGB am 19. Oktober in Berlin des Themas an. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Herbstaktionen aktuell

+++ Zur **zentralen Demonstration des EGB am europaweiten Aktionstag am 29. September in Brüssel** *(einblick 16/06)* werden GewerkschafterInnen aus über der Hälfte aller EU-Staaten sowie aus Norwegen erwartet. Neben der Demo in Brüssel sind auch Protestzüge in Portugal, Italien, Lettland, Polen, Zypern, Rumänien, Tschechien, Litauen, Serbien und Irland geplant. Die Routen der Demonstrationszüge, Anfahrtswege, Videobotschaften des EGB, Plakate, den Aufruf auf Deutsch und viele weitere Infos gibt es online unter *www.etuc.org/a/7407* +++ Die IG BCE will am europäischen Aktionstag gegen die Pläne der EU-Kommission mobil machen, den deutschen Kohle-Kompromiss von 2007 zu kippen. Das würde das Aus für alle Steinkohlebergwerke bis 2014 bedeuten – ohne den bisher bis 2018 geplanten sozialverträglichen Übergang. Der 29. September ist deshalb auch **Kohle-Aktionstag.** Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis besucht an diesem Tag Betriebsversammlungen in den vier Steinkohlebetrieben in NRW, sein Stellvertreter Ulrich Freese spricht im Saarland, und rund 1200 Bergleute beteiligen sich als starke IG BCE-Delegation gemeinsam mit ihrem Vorsitzenden an der Kundgebung in Brüssel. *www.igbce-blogs.de/kampagne* +++ Der DGB Sachsen mobilisiert am Aktionstag zu einer **landesweiten Demo in Dresden** gegen den sozialen Kahlschlag und für den Erhalt von Arbeitsplätzen in Sachsen. Der Protest am 29.9. richtet sich insbesondere gegen den Doppelhaushalt 2011/2012 der Landesregierung. *www.dgb-sachsen.de* +++ Die IG BAU hat Mitte September zum Auftakt ihrer **Kampagne gegen die Rente mit 67** bundesweit auf mehr als 60 000 Baustellen Unterschriften gegen die Anhebung des Renteneintrittsalters gesammelt. „Die Protest-Unterschriften werden den Mitgliedern des Deutschen Bundestags rechtzeitig vor der Abstimmung im Parlament auf dem Tisch liegen", so der stellvertretende IG BAU-Vorsitzende Dietmar Schäfers. Die IG BAU erwartet im Rahmen der gewerkschaftlichen Herbstaktionen einen Renten-Herbst, bei dem sich der Unmut über die „Rente mit 67" auf Baustellen und Betrieben mit entsprechenden Aktionen zeigen werde. +++ Die IG Metall lädt für den 27. Oktober zu einer **Alternativen Anhörung** zur Rente mit 67 mit öffentlicher Aktion nach Berlin ein. Den „Welttag für menschenwürdige Arbeit" am 7. Oktober nutzt die Gewerkschaft, um gegen die Ausbreitung von prekärer Arbeit zu mobilisieren. Eine Übersicht über alle zentralen und regionalen Aktivitäten der IG Metall unter dem Motto „Kurswechsel für ein gutes Leben" bietet eine Deutschlandkarte im Internet. *www.einblick.dgb.de/links* +++ Die Folgen der desolaten Finanzsituation der Kommunen für alle BürgerInnen zeigt ver.di in einer interaktiven **Notlagenkarte** unter *www.gerecht-geht-anders.de/notlagenkarte*. Wer will, kann dort selbst Missstände aus seiner Heimatstadt dokumentieren. +++ Mehr zu den Herbstaktionen der Gewerkschaften unter *www.dgb.de/herbstaktion* und im nächsten *einblick*. +++

MEINUNG

Wirtschaft und Gesellschaft

Wachstum mit Sinn und Verstand

Für einen neuen Wachstumsbegriff, der die ökonomische, ökologische und soziale Dimension vereint, plädiert Mehrdad Payandeh.

Deutsche neigen zur Übertreibung. Bundeswirtschaftsminister Brüderle besonders. Mal zu pessimistisch, mal zu euphorisch. **Der XXL-Krise folgt nun der XL-Aufschwung** – ein „Wirtschafts-Sommermärchen". Nun seien wir Europas Wachstumslokomotive, meint Brüderle. Deutschland fühlt sich in seiner Wachstumsstrategie bestätigt. Die Kritik am deutschen Weg soll endlich ein Ende haben, wünscht sich der FDP-Minister. Doch der Schein trügt.

Denn die jetzige weltweite Wirtschaftserholung wird von Indien, China und Brasilien angetrieben. Der Modernisierungsdrang dieser Länder sorgt für eine rasche Nachfrage nach deutschen Industriegütern. Exporte beflügeln wiederum unsere Wirtschaft und sorgen für Wachstum. Dennoch glauben immer weniger Menschen daran, dass Wachstum auch Wohlstand bedeutet. Was wächst, sind vielmehr die Sorgen der Menschen um ihre Zukunft und die unseres Planeten. **Viele sehen für die Zukunft keine Verbesserung ihrer individuellen Situation:** Die Jugend beneidet die geordnete Welt der Elterngeneration. Die Beschäftigten fürchten Altersarmut, und die Rentner sind froh, in der Vergangenheit geboren zu sein. Mit Zukunft verbindet man nichts Gutes. Allen Beteuerungen der politischen Klasse zum Trotz.

Die Zweifel der Menschen daran, dass Wachstum das Gravitationszentrum unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems sein soll, sind mehr als berechtigt: Denn immer mehr greifen ökologische, soziale und ökonomische Verwerfungen um sich – unabhängig davon, ob wir uns in einer Krise oder im Aufschwung befinden. **Das ökonomische System verliert zunehmend seine Legitimation.** Und mit dem wachsenden Einfluss der Lobbyisten auch das ganze politische System.

Immer mehr Menschen stellen die Frage nach dem Sinn von Wachstum. Wozu Wachstum, wenn dadurch unsere natürlichen Lebensgrundlagen bedroht werden und eine Umweltkatastrophe die nächste jagt? Wozu Wachstum, wenn sich für viele die Lebensqualität dennoch verschlechtert und ein menschenwürdiges Leben für Klein und Groß, für Jung und Alt bedroht ist? **Wozu Leistungsbereitschaft, wenn das Entgelt allzu oft keine angemessene Gegenleistung mehr darstellt?** Wozu Hoffnung, wenn einem das Gefühl vermittelt wird, unerwünscht zu sein?

Seit dreißig Jahren feiern konservative und neoliberale Ökonomen mit der Wachstumskeule ihren Siegeszug gegen die „Sozial- und Ökoromantiker". Und die jüngste wirtschaftliche Erholung gibt ihnen Rückenwind dafür, ihren Angriff auf den Sozialstaat zu forcieren, den Markt von staatlicher Bevormundung zu befreien und die Entstaatlichung und Entsolidarisierung der ganzen Gesellschaft noch stärker voranzutreiben. Damit aber steuert unser Wirtschaftssystem zielgenau auf einen ökologischen und sozialen, aber auch auf einen ökonomischen Abgrund zu. **Ein radikaler Kurswechsel ist nötig.**

Wachstum, ob export- oder binnenmarktgetrieben, ist kein Selbstzweck. Es bemisst sich nicht nur quantitativ an produzierten Mengen, sondern vor allem daran, ob damit Arbeits- und Lebensbedingungen verbessert werden, ob sich Zukunftschancen eröffnen und ob natürliche Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Damit gewinnt Wachstum eine qualitative Dimension.

Die Endlichkeit von natürlichen Ressourcen, der Klimawandel und die Notwendigkeit, das ökologische Gleichgewicht zu erhalten, zwingen uns zum Umdenken. Damit nicht genug. **Qualitatives Wachstum hat auch eine soziale Dimension.** Es muss vielen sozialen Gruppen ermöglichen, am gesellschaftlichen Leben, an Bildungschancen, an Zukunftsperspektiven teilzuhaben. Qualitatives Wachstum beinhaltet natürlich auch eine ökonomische Dimension. Es strukturiert die Verfassung unseres Wirtschaftssystems um. Es entstehen intelligente, grüne Technologien. Neue Jobs und Berufsfelder ermöglichen ein umwelt- und sozialverträgliches Zusammenleben der Menschen.

Eine solche Wachstumsstrategie gelingt aber nur, wenn die spezifischen Regeln des Finanzmarktkapitalismus, die sich an kurzfristigen Renditeinteressen der Anleger ausrichten, ausgesetzt werden, der Markt in einen staatlichen Ordnungsrahmen eingebettet wird und das bisherige System durch eine sozial, ökologisch und humanistisch ausgerichtete Langfristorientierung der Wirtschaft ersetzt wird. **Ein sozialer und grüner Wohlfahrtsstaat wird dann zum Modell, mit dem moderne Gesellschaften die Zukunft gestalten.** So bekommt Wachstum Sinn und Verstand. •

Umdenken – Gegenlenken

Auf einer Konferenz unter dem Motto „Umdenken - Gegenlenken – die Krise überwinden" diskutieren DGB und Gewerkschaften am 7. Oktober in Berlin gemeinsam mit internationalen Gästen über die notwendigen Lehren aus dem Crash der Finanzmärkte und der folgenden Krise in der Realwirtschaft. „Wir wollen kein 'Weiter so'. Doch die Politik weigert sich beharrlich, Konsequenzen aus der Krise zu ziehen", so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Foto: DGB/Jan Piegsa

Mehrdad Payandeh, 49, ist seit Anfang September Leiter der Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Auf der Konferenz sollen deshalb auch neue Wachstumsstrategien und -definitionen diskutiert werden. Den Input für die Diskussionen gibt Professor Tim Jackson vom „Center for Environmental Strategy" an der Universität Surrey.

www.kapitalismuskongress.de

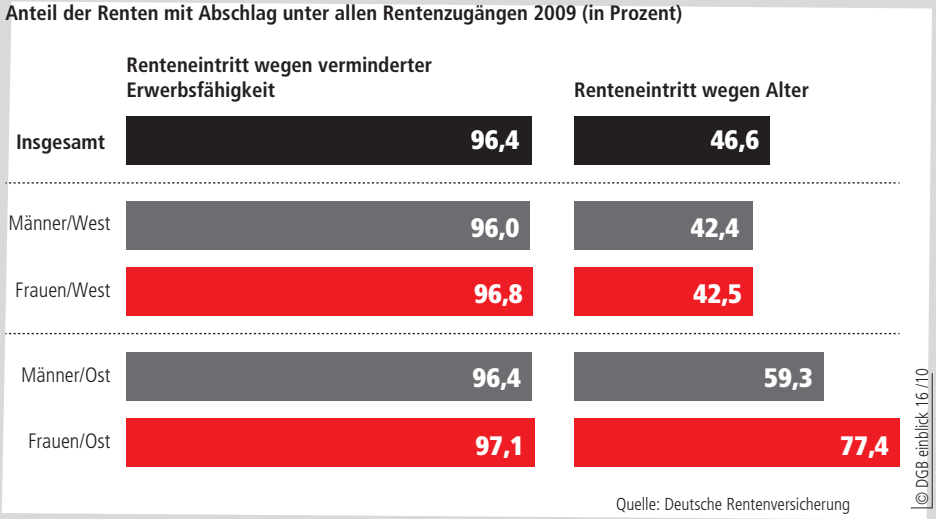
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

die DGB grafik

ALTERSRENTE: Jede/r Zweite geht mit Abschlägen

Fast die Hälfte aller AltersrentnerInnen müssen Abschläge bei der Rente in Kauf nehmen – durchschnittlich 114 Euro pro Monat. Kommt die Rente mit 67, wird sich diese Zahl noch erhöhen und damit auch die Altersarmut steigen. Das ist ein Ergebnis des Monitoring-Berichtes des „Netzwerks für eine gerechte Rente" (Seite1). Erhebliche Einbußen müssen auch die hinnehmen, die wegen Erwerbsminderung vorzeitig aus dem Job ausscheiden. Der DGB fordert deshalb eine Reform der Erwerbsminderungsrente. ***www.einblick.dgb.de***



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

27.9.-6.10. ver.di-Bildungswerk Hessen, 1. Interkulturelle Woche Hochtaunus, Oberursel

28.9. ver.di, Herbstaktion „Arme Kommunen", Berlin

28.9. ver.di, 7. Gender-Fachdialog: Städte und Gemeinden in Not – Genderherausforderungen in wirtschaftlichen Krisenzeiten, Berlin

29.9. DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, Herbstaktion „Das Banken-Casino zockt wieder – der Sozialstaat blutet", Berlin

29.9. DGB Sachsen, Herbstaktion „Demonstration zur Auseinandersetzung um den Landeshaushalt", Dresden

30.9. IG Metall-Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, „Bildungspolitische Konferenz für die Zukunft – Studium – Übernahme". Anschließend „Menschenkette für Ausbildung, Studium, Übernahme", Hannover

30.9. ver.di, Herbstaktion „Menschenkette: Gerecht geht anders!", Hamburg

3.10. dju, Hans-Böckler-Stiftung, Otto-Brenner-Stiftung und DJV, Kongress „Öffentlichkeit und Demokratie", Berlin

6./7.10. IG Metall, Hans-Böckler-Stiftung, Betriebsrätekonferenz „Für gute Arbeit – sicher und fair", Leipzig

7.10. IGB, Welttag für menschenwürdige Arbeit

7.10. IG Metall, Aktionstag gegen prekäre Arbeit

7.10. DGB, 2. DGB-Kapitalismuskongress. Anschließend Kundgebung am Alexanderplatz, Berlin

personalien

••• ***Andreas Meyer-Lauber,*** 58, ist neuer Vorsitzender des DGB-Bezirks Nordrhein-Westfalen. 79 Prozent der Delegierten stimmten auf einer außerordentlichen Bezirkskonferenz am 18. September für den bisherigen Vorsitzenden der GEW NRW. Meyer-Lauber tritt die Nachfolge von ***Guntram Schneider,*** 59, an, der seit 15. Juli neuer Arbeits-, Sozial- und Integrationsminister in NRW ist.

••• ***Dr. Klaudia Tietze,*** 32, ist seit 1. September neue hauptamtliche Geschäftsführerin des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.". Die Politikwissenschaftlerin folgt ***Michaela Dälken,*** 41, Öffentlichkeitsreferentin beim DGB-Bildungswerk und Leiterin des Kompetenzzentrums Europa, die den Verein als ehrenamtliche Geschäftsführerin betreut hat.

••• ***Mehrdad Payandeh,*** 49, bisher DGB-Referatsleiter für europäische und internationale Wirtschaftspolitik, ist seit 1. September Leiter der Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Schlusspunkt.

„Schließlich hat sich Herr Sarrazin in den 17 Monaten bei der Bundesbank aufgerieben und eine ganze Abteilung für Genetik aufgebaut."

Begründung des Kabarettisten Volker Pispers auf „WDR 2" am 14. September für den 10 000 Euro hohen, monatlichen Rentenanspruch von Thilo Sarrazin. Dieser will seinen Vorstandsposten bei der Deutschen Bundesbank zum 30. September räumen.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Udo Böhlefeld, Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30 88 24-0, Fax 030/30 88 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Minijob

Strafe für 1 Euro Stundenlohn

Arbeitgeber, die weniger als die verbindlichen Mindestlöhne zahlen, müssen mit Bußgeldern, Geld- oder Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren rechnen. In besonders schweren Fällen sieht das Strafgesetzbuch die Verhängung einer Freiheitsstrafe von bis zu 10 Jahren vor.

Der Fall: Der Arbeitgeber, eine Reinigungsfirma, in Magdeburg, beschäftigte Frauen aus der ehemaligen Sowjetunion als Reinigungskräfte für Toiletten an Autobahnraststätten, Autohöfen und einem Schnellrestaurant in sogenannten Minijobs. Sie arbeiteten bei einem Monatslohn zwischen 60 und 300 Euro und einem Arbeitseinsatz von zwei Wochen pro Monat täglich 12 Stunden. Daraus ergaben sich Stundenlöhne von etwa 1 Euro, obwohl der verbindliche Mindestlohn 7,68 Euro betrug. Trinkgelder behielt der Arbeitgeber ein.

Das Landgericht: Die gezahlten Stundenlöhne sind unangemessen und sittenwidrig. Dadurch, dass der Arbeitgeber die Beiträge zur Sozialversicherung (Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung) nur aus dem geringeren tatsächlich gezahlten Lohn und nicht aus dem Mindestlohn bezahlte, hat er Arbeitsentgelt vorenthalten und veruntreut. Das erfüllt einen Straftatbestand. Der objektive Tatbestand des Strafgesetzbuches ist bereits erfüllt, wenn der Arbeitgeber die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung bei Fälligkeit nicht an die zuständige Stelle abführt, obwohl er zur Zahlung in der Lage war. Bei Tariflohnunterschreitungen ist die Höhe der Beitragsschuld nach dem geschuldeten Tariflohn zu berechnen.

Landgericht Magdeburg,
Urteil vom 29. Juni 2010 - 21 Ns 17/09

Sozialhilfe

Fahrtkostenerstattung sichert Bildung

Der Träger der Sozialhilfe kann verpflichtet sein, die Fahrtkosten für den Besuch einer Fachoberschule zu übernehmen.

Der Fall: Die 17jährige Schülerin bezieht Leistungen der Grundsicherung. Sie beantragte beim zuständigen Landkreis die Übernahme der Kosten für eine Busfahrkarte zur Fachoberschule etwa 13 km vom Wohnort entfernt und zum schulbezogenen Praktikum etwa 24 km entfernt. Die Kosten für die Schülerjahresfahrkarte des Regionalen Nahverkehrsverbandes belaufen sich auf 736 Euro. Nach der Ablehnung durch den Landkreis beantragte die Schülerin den Erlass einer einstweiligen Anordnung. Mit ihrem Antrag hatte sie Erfolg.

Das Sozialgericht: Der Staat hat auch solche existenzsichernden Leistungen zu erbringen, die sich auf die Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben beziehen. Freilich ist der Teilhabeanspruch auf die Mittel beschränkt, die zur Aufrechterhaltung eines menschenwürdigen Daseins erforderlich sind und die man vernünftigerweise von der Gesellschaft beanspruchen kann. Dabei ist Bildung unabdingbar für die individuelle Entwicklung, das Zusammenleben in und der Fortentwicklung des Gemeinwesens. Wenngleich sich der Teilhabeanspruch dabei vornehmlich auf den gleichberechtigten Zugang zur Bildungseinrichtung richtet, ist dieses Teilnahmerecht ohne die Gewährleistung der notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen wertlos und verkommt zur leeren Hülse. Die Schülerin kann auch nicht darauf verwiesen werden, die Strecken zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückzulegen. Wegstrecken dieser Größenordnung sind nicht dauerhaft zu Fuß oder per Rad zu bewältigen.

Sozialgericht Marburg,
Beschluss vom 5. August 2010 - S 5 AS 309/10 ER

URTEILE

Kündigung

Falsche Frist rechtzeitig anfechten

Kündigt der Arbeitgeber mit einer Frist, die kürzer ist als die vorgeschriebene, muss der Arbeitnehmer die falsche Kündigungsfrist binnen drei Wochen nach Zugang der Kündigung gerichtlich geltend machen. Andernfalls gilt die ausgesprochene Kündigung als rechtswirksam und beendet das Arbeitsverhältnis zum „falschen" Termin.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 1. September 2010 - 5 AZR 700/09

Verdachtskündigung

In der Anhörung nichts verschweigen

Teilt der Arbeitgeber dem Betriebsrat/Personalrat vor Ausspruch einer Verdachtskündigung im Rahmen des Anhörungsverfahrens die ihm bekannten, den Arbeitnehmer erkennbar entlastenden Umstände nicht mit, so ist die Kündigung wegen nicht ordnungsgemäßer Anhörung des Betriebsrats/Personalrats unwirksam.

Landesarbeitsgericht Nürnberg,
Urteil vom 22. Juni 2010 - 5 Sa 820/08

Urlaub

Keine Unterbrechung wegen Krankenpflege

Müssen berufstätige Eltern im Urlaub ein krankes Kind pflegen, so gelten trotzdem die Urlaubstage als genommen. Insofern erlischt der Urlaubsanspruch. Nur wenn der Arbeitnehmer selbst während eines Urlaubs erkrankt, verfallen die Urlaubstage nicht.

Arbeitsgericht Berlin,
Urteil vom 17. Juni 2010 – 2 Ca 1648/10

Hitlerjugend

Verein wird verboten

Das vom Bundesinnenministerium ausgesprochene Verbot gegen den Verein Heimattreue Deutsche Jugend - Bund für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V. (HDJ) ist rechtmäßig. Die HDJ weist eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus, insbesondere mit der früheren Hitlerjugend auf. Sie ist der Blut-und-Boden-Ideologie und der Rassenlehre der Nationalsozialisten verhaftet und verbreitet antisemitische Thesen. Sie diffamiert die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Grundgesetzes und nimmt dieser gegenüber insgesamt eine kämpferisch-aggressive Haltung ein.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 1. September 2010 - 6 A 4.09

Fristlose Kündigung

Bei exzessiven privatem eMail-Verkehr

Die außerordentliche Kündigung eines langjährig beschäftigten Arbeitnehmers kann auch ohne vorangegangene einschlägige Abmahnung gerechtfertigt sein, wenn der Mitarbeiter über einen Zeitraum von mehr als 7 Wochen arbeitstäglich mehrere Stunden mit dem Schreiben und Beantworten privater E-Mails verbringt - an mehreren Tagen sogar in einem zeitlichen Umfang, der gar keinen Raum für die Erledigung von Dienstaufgaben mehr lässt.

Landesarbeitsgericht Niedersachsen,
Urteil vom 31. Mai 2010 – 12 Sa 875/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 11.10.2010 17/10

DGB

inhalt

Seite 3
Auf Sparflamme
Für die Förderung der energetischen Gebäudesanierung stehen bereits in diesem Jahr über eine Milliarde Euro weniger zur Verfügung als noch 2009

Seite 5
Konsequenzen
Basel III setzt den Banken neue Kernkapitalquoten, die EU verschärft die Regeln für den Derivate-Handel und für Leerverkäufe. Trotzdem kommen die Krisenverursacher recht glimpflich davon

Seite 7
Vertrauensfrage
Die EU will den deutschen „Kohlekompromiss" kippen, die Bundesregierung verteidigt ihn nur halbherzig. Wer seine eigenen Gesetze nicht ernst nimmt, setzt das Vertrauen in die Politik aufs Spiel, meint Michael Vassiliadis

Leiharbeit

Durchbruch – Equal Pay „geht doch!"

Gewerkschafter jubeln, Arbeitgeberfunktionäre fluchen – und Politiker drücken sich vor der Verantwortung: Der Tarifabschluss für die nordwestdeutsche Stahlindustrie vom 30. September, der als erster Flächentarifvertrag Equal Pay für Leiharbeitnehmer festschreibt, schlägt hohe Wellen.

Der IG Metall-Bezirksleiter von Nordrhein-Westfalen, Oliver Burkhard hat ihn ausgehandelt. Er hält den neuen Vertrag für „eine Ermutigung auf dem Weg, mit Arbeitsverhältnissen zweiter Klasse überall Schluss zu machen". So sieht es auch IG Metall-Vize Detlef Wetzel: „'Gleiche Arbeit – gleicher Lohn' ist nicht mehr aufzuhalten in dieser Gesellschaft." Für den IG Metall-Vorsitzenden Berthold Huber ist der Stahltarifvertrag „eine wichtige Etappe" auf dem Weg zur Verbreitung des Equal-Pay-Grundsatzes. Ob dieses Thema auch in der nächsten Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie eine Rolle spielen wird, ist noch offen. Verhandelt wird erst wieder 2012.

Doch Gesamtmetall baut schon vor. Der Stahlabschluss sei „in keiner Weise ein Modell oder gar ein Vorbild", sagte der Metallarbeitgeber-Präsident Martin Kannegiesser. Andernfalls würden die Arbeitsplätze gering qualifizierter LeiharbeitnehmerInnen komplett entfallen.

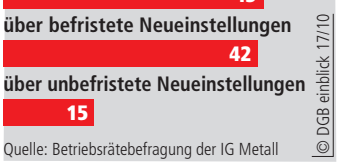
Dass der Bundesverband Zeitarbeit (BZA) den Stahlabschluss für „nicht akzeptabel" hält, versteht sich von selbst. Für die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) ist er „in keinem Fall auf andere Branchen übertragbar". Die konservative *Rheinische Post (RP)* ist realistischer: Der neue Tarif sei „natürlich ab sofort Maßstab für alle Branchen", kommentierte *RP Online* – „der Präzedenzfall ist in der Welt". Für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach beweist der Abschluss: „Es geht doch!" Und die *Süddeutsche Zeitung* meint, dass er „die Arbeitsbedingungen von Millionen Menschen prägen" könnte.

Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) wünscht sich, dass der Stahltarif „Schule macht". Auch Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) lobte ihn. Beides wirkt scheinheilig – im Entwurf des neuen Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes ist von Equal Pay keine Rede. Kauders Wunsch und von der Leyens Lob spiegeln sich im politischen Handeln von Schwarz-Gelb nicht wider. Ebenso wenig die Verlautbarungen von Heinrich Kolb, Fraktionsvize der FDP im Bundestag. Bereits Mitte Juli hatte er erklärt, die Liberalen seien „für eine faire Entlohnung in der Zeitarbeit", sie wollten den Grundsatz der gleichen Bezahlung „stärken".

Konkreter wird da der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Guntram Schneider (SPD). Für ihn ist der Stahlabschluss eine „Zeitenwende" und ein „starkes Signal" für die gleiche Entlohnung von Leiharbeitskräften und Stammbeschäftigten. Er versprach: Die rotgrüne Landesregierung werde eine entsprechende Bundesratsinitiative starten. •

Leiharbeit ist der Normalfall

Wie die Firmen 2010 ihren Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften decken (Angaben in Prozent)



Quelle: Betriebsrätebefragung der IG Metall

© DGB einblick 17/10

Die Arbeitgeber decken ihren Arbeitskräftebedarf im Aufschwung vorrangig mit Leiharbeit und befristeter Beschäftigung. Das hat eine aktuelle Umfrage unter mehr als 5100 Betriebsräten im Organisationsbereich der IG Metall ergeben. Unbefristete Einstellungen sind die Ausnahme.

plusminusBERLIN

+ ***Christine Hohmann-Dennhardt, Richterin am Bundesverfassungsgericht, sucht nach neuen Wegen, die Quote von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Einer ihrer Vorschläge: Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll auch die Gleichstellungspolitik von Unternehmen eine Rolle spielen.***

– ***Am 26. September verkündete die Koalition die neuen Hartz-IV-Regelsätze als „sachlich fundierte Entscheidung". Noch vier Tage zuvor sagte FDP-Generalsekretär Christian Lindner der Westdeutschen Zeitung: „Wir kennen noch nicht einmal den Warenkorb, auf dessen Grundlage gerechnet wird."***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bit.ly/JAV2010
Infos der DGB-Jugend zu den JAV-Wahlen 2010

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Materialien für die Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen

Kreishandwerkerschaften

Prekäre Arbeit gefördert

Der DGB kritisiert, dass inzwischen immer mehr Kreishandwerkerschaften eigene Zeitarbeitsunternehmen betreiben, um Handwerksbetrieben LeiharbeiterInnen anbieten zu können. Kreishandwerkerschaften sind Zusammenschlüsse aller Handwerksinnungen eines Stadt- oder Landkreises. Im Gegensatz zu den Handwerkskammern, in deren Selbstverwaltungen auch Arbeitnehmervertreter mitbestimmen, sind die Kreishandwerkerschaften einseitig arbeitgebergeführt – aber ebenso wie die Kammern Körperschaften öffentlichen Rechts.

Dass öffentlich-rechtliche Einrichtungen ArbeitnehmerInnen über eigene Leiharbeitsfirmen verleihen und so prekäre Arbeitsformen fördern, sei ein Skandal und müsse gestoppt werden, erklärte das für Handwerkspolitik zuständige DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel in der aktuellen Ausgabe des *DGB-Handwerksinfos*. Der DGB-Bundeskongress hatte bereits im Mai 2010 die Forderung beschlossen, die Kreishandwerkerschaften ersatzlos abzuschaffen. •

Mindestlohn

Arbeitgeber mal anders

So deutlich hat sich bisher kein Vorsitzender eines Arbeitgeberverbandes zum Thema Mindestlohn geäußert: „Nur ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn verhindert Lohndumping, steigende Arbeitslosigkeit im Inland, den Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und eine Gefährdung der Sozialversicherungssysteme", sagte Dieter Kuhnert, Bundesinnungsmeister des Gebäudereiniger-Handwerks Ende September.

In der Gebäudereinigung gebe es seit Langem einen tariflich ausgehandelten, für allgemeinverbindlich erklärten Mindestlohn. Ein solcher Branchenmindestlohn sei aber – auch mit Blick auf die volle EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit ab Mai 2011 – „nur die zweitbeste Lösung". •

Hartz IV

Hohle Floskeln

Mit deutlicher Kritik hat der DGB auf die Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze um nur fünf Euro reagiert – auch deshalb, weil die Erhöhung de facto von vielen Hartz-IV-BezieherInnen selbst finanziert wird: Denn die Bundesregierung will im Zuge ihres Sparpakets die Eingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose um ganze 20 Prozent kürzen. „Das Versprechen der Kanzlerin, dass die Integration in den Arbeitsmarkt wichtiger sei als Leistungserhöhungen wird so zur hohlen Floskel", erklärt DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. „Faktisch sollen die Langzeitarbeitslosen die Regelsatzerhöhung durch eine Kürzung ihrer Eingliederungsförderung selbst bezahlen." Gerade jetzt sei der Arbeitsmarkt aufnahmefähig – und gerade jetzt müsse versucht werden, auch Langzeitarbeitslose einzugliedern. Dafür benötige man aber mehr, und nicht weniger Mittel. •

Arbeitsministerium

Kein Mindestlohn für Weiterbildung

Das Bundesarbeitsministerium hat den Antrag, den (Mindestlohn-) Tarifvertrag für die Aus- und Weiterbildungsbranche für allgemeinverbindlich zu erklären, abgelehnt. Laut Begründung des Ministeriums mangele es dafür an einem öffentlichen Interesse. Den Antrag hatten als Tarifparteien GEW und ver.di gemeinsam mit dem Bundesverband der Träger der beruflichen Bildung e.V. gestellt. Noch unter der schwarz-roten Bundesregierung war mit der Aufnahme der Branche ins Entsendegesetz die formale Voraussetzung für einen allgemein verbindlichen Weiterbildungs-Mindestlohn geschaffen worden. •

Die Reaktionen der Gewerkschaften: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Gesundheit

Petition gestartet

Das vom DGB gegründete Bündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale" hat am 4. Oktober eine Online-Petition beim Deutschen Bundestag gestartet. Gefordert wird, die einkommensunabhängigen Zusatzbeiträge und das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung aus dem aktuellen Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform zu streichen – und die paritätische Finanzierung der Beiträge von Arbeitgebern und Versicherten wieder herzustellen. Die als „Zusatzbeiträge" getarnten Kopfpauschalen würden das Solidarprinzip des Sozialstaats ins Gegenteil verkehren und GeringverdienerInnen überproportional belasten, heißt es in der Begründung. Bereits 24 Stunden nach Freischaltung hatten über 500 BürgerInnen die Petition unterzeichnet. •

www.einblick.dgb.de/links

Mehrwertsteuer

Erhöhung trifft Schwache

Anlässlich der Diskussionen um eine Reform der Mehrwertsteuersätze innerhalb der schwarz-gelben Koalition hat die NGG gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Studie zum Thema präsentiert. Untersucht werden verschiedene Szenarien einer Angleichung der Steuersätze. Der Wegfall der ermäßigten Steuersätze und damit ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent würde beispielsweise alle VerbraucherInnen mit rund drei Prozent Mehrkosten belasten, errechnen NGG und DIW. Das träfe „vor allem die Schwachen der Gesellschaft, zum Beispiel Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen, Renterinnen und Rentner oder Arbeitslose", erklärt der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Juristentag

Gegensteuern

Die TeilnehmerInnen des 68. Deutsche Juristentags (DJT) haben Ende September in Berlin in ihren Beschlüssen eine „erhebliche Gefährdung" der sozialen Rechtsordnung in Deutschland festgestellt und vom Gesetzgeber verschiedene Maßnahmen gefordert, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. So sprachen sich die JuristInnen für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und für die Gleichstellung von LeiharbeiterInnen mit den Stammbelegschaften aus. Außerdem forderten sie, die Möglichkeiten für befristete Arbeitsverhältnisse einzuschränken und den geltenden Kündigungsschutz voll beizubehalten. Auch für die Finanzmärkte fordert der DJT strengere Regeln: Unter anderem solle ins Kartellgesetz eine Kontrolle von Bankenfusionen aufgenommen werden, um das Entstehen „systemrelevanter Unternehmensstrukturen" zu verhindern. •

Energetische Gebäudesanierung

Klimaschutz auf Sparflamme

Mal rauf, mal runter: Was die geplanten Fördersummen für energetische Gebäudesanierung angeht, gibt die Bundesregierung derzeit kein gutes Bild ab.

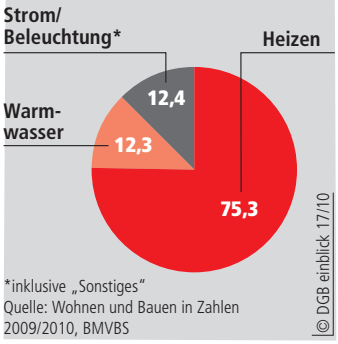
Energetische Gebäudesanierung war in der Vergangenheit ein echter Job-Motor für die Baubranche, fürs Handwerk und für Zulieferer in der Baustoffindustrie. 2009 erreichte die Erfolgsstory ihren Höhepunkt. 2,4 Milliarden Euro standen im vergangenen Jahr an Fördergeldern zur Verfügung – Teile davon aus den Konjunkturmaßnahmen der Großen Koalition in Folge der Finanzkrise. Rund 300 000 Arbeitsplätze wurden so in den vergangenen Jahren geschaffen und gesichert. Rund 600 000 sanierte Wohnungen sorgen heute für klimafreundliche Einsparungen von 1,4 Milliarden Tonnen CO_2 pro Jahr.

Noch unter der rot-grünen Bundesregierung war es auch auf Initiative der Gewerkschaften gelungen, das damalige „Bündnis für Arbeit" zu einem „Bündnis für Arbeit und Umwelt" zu machen: mit finanziell gut ausgestatteten Förderprogrammen für energetische Gebäudesanierung bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW Bankengruppe). Wer ein Gebäude energieeffizient sanierte, umbaute oder umrüstete bekam Fördergelder vom Staat. Eine Win-win-Situation: Wirtschaftliche Stabilität sowie Beschäftigungsaufbau und -sicherung für Baubranche und Handwerk, finanziell lohnende Einsparungen bei Immobilien und ein Beitrag zum Klimaschutz.

Doch diese Erfolgsstory steht auf der Kippe. Statt 2,4 Milliarden Euro soll es in diesem Jahr nur noch rund eine Milliarde geben, rund 950 Millionen in 2011 – und für 2012 gibt es bisher keine verlässlichen Pläne für die Fördersummen. Statt der 950 Millionen Euro im kommenden Jahr, sah das Sparpaket der Bundesregierung ursprünglich sogar nur noch 450 Millionen Euro vor. Die sollen jetzt immerhin – so steht es im schwarz-gelben Energiekonzept – mit weiteren 500 Millionen Euro aus dem neuen „Energie- und Klimafonds" aufgestockt werden. Bei diesem Fonds gebe es aber „erhebliche Unsicherheiten über die zukünftige Finanzierung", warnt der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. „Statt auf nicht planbare Einnahmen aus der Verlängerung der Atomlaufzeiten zu setzen, wäre eine Finanzierung aus regulären Haushaltsmitteln viel solider."

Einsparpotenzial

Anteil des Energieverbrauchs für Heizen, Warmwasser, Strom und Beleuchtung am Gesamtenergieverbrauch eines durchschnittlichen Privathaushalts (in Prozent)



*inklusive „Sonstiges"
Quelle: Wohnen und Bauen in Zahlen 2009/2010, BMVBS

© DGB einblick 17/10

Energetische Gebäudesanierung hilft, beim Heizen und beim Warmwasserverbrauch in Immobilien zu sparen – beides zusammen macht derzeit über 87 Prozent des Energieverbrauchs eines Privathaushalts aus.

Und ganz gleich woher die Gelder letztlich kommen: Ein ständiges politisches Auf und Ab bei den Fördergeldern können sich die Branchen, die von der Gebäudesanierung profitieren, nicht leisten: Der zuliefernde Mittelständler kann seine Produktion nicht beliebig rauf und runter fahren, qualifiziertes Personal in der Baubranche und im Handwerk kann nicht beliebig eingestellt und wieder entlassen werden. Die Forderung des DGB ist deshalb klar: Die „Erfolgsstory Gebäudesanierung" muss fortgesetzt werden. „Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, die erfolgreichen Förderprogramme zur energetischen Gebäudesanierung auf dem Niveau von 2009 fortzusetzen – und nicht zu kürzen", erklärt DGB-Vorstand Dietmar Hexel. Der DGB will die Fördersumme von 2,4 Milliarden Euro halten und verstetigen – Jahr für Jahr.

Und selbst diese Summe bleibt noch hinter dem eigentlichen Bedarf zurück. Um den zu ermitteln, müsste die Bundesregierung nicht einmal lange rechnen – das hat die bundeseigene Deutsche Energie-Agentur GmbH bereits gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung getan: Fünf Milliarden Euro jährlichen Förderbedarf sehen die beiden Institute. Nicht von ungefähr spricht die IG BAU von einer „chronischen Unterfinanzierung" der Programme.

Politische Bündnisse pro Gebäudesanierung haben IG BAU und IG Metall bereits geschmiedet. Die beiden Gewerkschaften setzen sich in einer gemeinsamen Erklärung mit Naturschutzverbänden, dem Bundesverband der Verbraucherzentralen und dem Deutschen Mieterbund für eine vernünftige Energiepolitik der Bundesregierung ein *(einblick 14/2010)*. Unter dem Titel „Energieeffizienz statt Laufzeitverlängerung" fordern die Verbände auch die Fortsetzung des CO_2-Gebäudesanierungsprogramms. „Die Steigerung der Energieeffizienz ist der kostengünstigste Weg, CO_2-Emissionen einzusparen und aktiv für mehr Klimaschutz zu arbeiten", argumentiert IG Metall-Vorstand Wolfgang Rhode. Die Programme zur Gebäudesanierung fortzuführen, sei dafür „ein ganz wichtiger Bereich". •

Steigende Mieten?

Für Diskussionen hat Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrer Ankündigung gesorgt, Vermietern künftig die Möglichkeit zu geben, Sanierungskosten stärker auf die Mieten umzulegen. Schon heute können Vermieter elf Prozent einer energetischen Modernisierung auf die Jahresmiete aufschlagen. Wird die energetische Gebäudesanierung dadurch für Mieter zum Kosten-Bumerang?

Nicht unbedingt. Für den Deutschen Mieterbund (DMB) beispielsweise ist das eine Frage des politischen Willens: Bei einer Wohnkostenbelastung von derzeit bis zu 30 oder 40 Prozent des verfügbaren Einkommens „sollten die Bundeskanzlerin und ihr Kabinett über Entlastungen und nicht über neue und zusätzliche Belastungen für Mieter nachdenken", meint DMB-Präsident Franz-Georg Rips.

Sein Vorschlag: Die Vermieter dürfen nach einer Sanierung die Mieten erhöhen – aber höchstens um den Betrag, den die Mieter real an Heizkosten einsparen. So würden Vermieter stärker finanziell profitieren und Mieter würden nicht weiter belastet.

PROJEKTE UND PARTNER

WSI-Herbstforum 2010

Prekäres Leben

Prekär Beschäftigte haben häufig auch „prekäre" Lebensbedingungen, etwa weil sie alleinerziehend sind oder der Partner arbeitslos ist. In der öffentlichen Diskussion taucht dieser Zusammenhang selten auf. Das möchte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung ändern. Darum lautet das Motto des diesjährigen WSI-Herbstforums am 25. und 26. November in Berlin „Prekarität im Lebenszusammenhang". ExpertInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbänden beleuchten die Facetten „prekären Lebens" und diskutieren Handlungsoptionen. Ziel ist, mehr Sensibilität für Bedürfnisse von Menschen in prekären Lebenslagen zu entwickeln. •

www.einblick.dgb.de/links

Otto-Brenner-Stiftung

Vorbild Skandinavien

Kann das skandinavische Weiterbildungsmodell auch auf Deutschland übertragen werden? Dieser Frage geht die aktuelle Studie der Otto-Brenner-Stiftung (OBS) „Berufliche Weiterbildung in Europa – Was kann Deutschland von nordeuropäischen Ländern lernen" nach. Der Hintergrund: In nordeuropäischen Ländern nehmen wesentlich mehr ArbeitnehmerInnen an beruflicher Weiterbildung teil, und gleichzeitig gelingt es dort, den Bedarf an Fachkräften annähernd zu decken. Autor Rainer Weinert zeigt, was die Sozialpartner leisten müssten, um die Weiterbildung auch in Deutschland voranzubringen. Die Studie steht zum kostenlosen Download auf der Internetseite der OBS bereit. •

www.otto-brenner-stiftung.de

Gleichstellung

Zahnloser Tiger?

Das Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) lädt am 25. und 26. Oktober zu einer Fachkonferenz nach Bonn ein. Das Thema: „Fakten und Fassaden. Gleichstellungspolitiken und Geschlechterwissen in Wissenschaft und Forschung". In Vorträgen und Podiumsdiskussionen soll der Frage nachgegangen werden, ob es messbare Erfolge in Sachen Chancengleichheit an deutschen Unis, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen gibt. Hat Gleichstellungspolitik an Bedeutung gewonnen, oder gleicht sie einem zahnlosen Tiger? Eingeladen sind alle AkteurInnen aus den Bereichen Wissenschaft und Forschung. Weitere Infos gibt es online. •

www.cews.org

Europäische Akademie der Arbeit

Absolventen an die Uni

Gute Nachrichten für Studierende der Europäischen Akademie der Arbeit (EAdA) in Frankfurt/Main: Seit Juli erlangen alle erfolgreichen AbsolventInnen auch eine fachgebundene Zugangsberechtigung zu Universitäten und Fachhochschulen in Hessen. Das heißt, sie können ein weitergehendes Studium in ihren jeweiligen Kernfächern – also Gesellschaftswissenschaften, Rechts- oder Wirtschaftswissenschaft – aufnehmen. Eine Änderung im Hessischen Hochschulgesetz macht dies möglich. Für das nächste Studienjahr 2011 können alle Interessierten ihre Unterlagen bis zum 11. Mai 2011 direkt bei der EAdA einreichen. Bewerben können sich Berufstätige mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und einem Jahr Berufserfahrung. •

www.akademie-der-arbeit.de

Alles zum BAföG, zu Stipendien und Studienkrediten – die Broschüre der DGB-Jugend zeigt, wie man sein Studium finanziert.

DGB-Jugend

Ausgelernte an die Uni

Studieren oder nicht? Eine wichtige Frage auch für junge Menschen mit einer erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung. Im Vorfeld gilt es viele Fragen zu klären: Welches Studium passt zu mir? Und was nützt es mir? Die Broschüre „Ausgelernt – und nun? Studium!" der DGB-Jugend ist in neuer überarbeiteter Auflage erschienen und gibt Studierwilligen wichtige Infos an die Hand. Die Broschüre kann im Internet kostenlos heruntergeladen werden oder über den DGB-Bestellservice geordert werden (sechs Cent pro Exemplar zuzüglich Porto und Versand). •

www.dgb-jugend.de
www.dgb-bestellservice.de

Hugo-Sinzheimer-Preis

Würde der Arbeit

Das „Hugo Sinzheimer Institut für Arbeitsrecht" (HIS) will WissenschaftlerInnen für herausragende arbeitsrechtliche Dissertationen ehren. Bis zum 15. November können Promovierende und wissenschaftliche BetreuerInnen Vorschläge beim HIS einreichen. Die Jury erwartet von den Arbeiten einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Arbeitsrechts. Im Fokus sollen die Würde des arbeitenden Menschen und die soziale Selbstbestimmung im Arbeitsleben stehen. Das HIS setzt damit die Tradition der Otto-Brenner-Stiftung fort, die den Hugo-Sinzheimer-Preis bereits in den Jahren 1996 bis 2003 vergeben hat. •

www.hugo-sinzheimer-institut.de

interregio

••• Die ***DGB-Region Mittelfranken*** lädt am 19. Oktober zu einem ***Diskussionsabend*** mit dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Christoph Butterwegge nach Nürnberg ein. Das Thema lautet: „Auf dem Weg zum Almosen- und Suppenküchenstaat? Es geht anders." Im Zentrum sollen die politischen Alternativen stehen, mit denen der Sozialstaat erhalten und in Zukunft gesichert werden kann. Die Diskussion findet im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Zeitenwechsel – Der Talk im Uhrenhaus" statt.

www.dgb-mittelfranken.de

••• Die Krisenfolgen sind weiterhin allgegenwärtig, etwa in den Sparpaketen der Regierungen überall in Europa. Die Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen, das ver.di-Bildungswerk Niedersachsen, die ***DGB-Region Niedersachsen-Mitte*** und die IG Metall Hannover laden aus diesem Grund zu einer ***Tagung*** unter dem Motto „Mit der Krise Leben? Europäische Konflikte, innergesellschaftliche Verwerfungen und Perspektiven" ein. Am 12. und 13. November werden in Hannover ExpertInnen aus Gewerkschaften und Organisationen ihre Sicht auf die gegenwärtige politische und soziale Lage erläutern und diskutieren.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Finanzmärkte

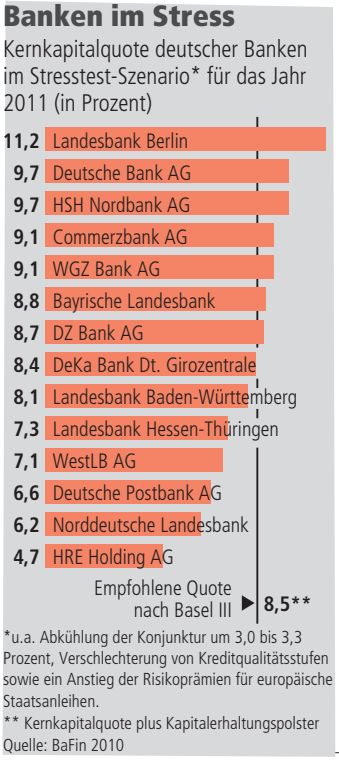
Ein bisschen an die Kette

Zwei Jahre sind vergangen, seit die US-Pleitebank Lehmann Brothers die Welt fast in den finanziellen und wirtschaftlichen Abgrund gerissen hätte. Neue Kernkapitalquoten für Banken und schärfere EU-Regeln für den Finanzmarkt sollen eine Wiederholung der Krise in Zukunft verhindern. Doch reichen die Maßnahmen aus?

Viel wurde in den vergangenen Monaten über das so genannte Kernkapital von Banken und Finanzinstituten diskutiert. In der Finanzwelt bezeichnet der englische Begriff „Tier 1" diesen Kapitalgrundstock. Verrechnet mit der Bilanzsumme einer Bank zeigt sich am Kernkapital unter anderem, wie es um die Stabilität eines Kreditinstituts bestellt ist. Kurz: Je höher die Kernkapitalquote, desto robuster ist die Bank im Fall von Kreditausfällen oder Krisen.

Genau das ist es, was die neuen Risiko-Vorschriften des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (siehe Randspalte) zum Ziel haben. „Basel III" fordert, dass Banken von 2013 bis 2015 ihre Kernkapitalquote von 4,5 auf sechs Prozent erhöhen. Die Quote für das „harte" Kernkapital („Core Tier 1") soll zeitgleich von zwei auf 4,5 Prozent steigen. Zusätzlich dazu sollen Banken sich einen Kapitalpuffer als Schutz vor besonders schweren Krisen von weiteren 2,5 Prozent zulegen – den hat es in dieser Form bisher noch nicht gegeben.

Das für Finanzmarktpolitik zuständige DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki bezeichnet die Maßnahmen als einen „Schritt in die richtige Richtung". Allerdings gebe es immer noch zu viel Spielraum. So zum Beispiel bei den langen Übergangszeiten von bis zu neun Jahren, die den Banken eingeräumt werden. Problematisch ist aus Sicht des DGB auch, dass das „harte" Kernkapital sich nur auf die risikobehafteten Aktiva bezieht und nicht auf alle Geschäfte angerechnet wird. „Hier besteht weiterhin ein eindeutiger Konflikt. In der Krise war genau die Überbewertung der scheinbar sicheren Aktivposten durch Ratingagenturen und Banken ein zentrales Problem", kritisiert Mehrdad Payandeh, DGB-Abteilungsleiter für Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik.



Insgesamt 14 deutsche Banken haben am europaweiten Banken-Stresstest 2010 teilgenommen. Durchgefallen war nur die stark angeschlagene Hypo Real Estate. Nach den neuen Regeln nach Basel III wäre das Ergebnis im härtesten Test-Szenario deutlich schlechter ausgefallen: Sieben Banken hätten den Test nicht bestanden.

Die Zentralbankpräsidenten und Bankenwächter sehen zudem eine Höchstverschuldungsquote („Leverage Ratio") vor. Damit soll überprüft werden, wie hoch eine Bank im Vergleich zu ihrem Eigenkapital verschuldet ist. Mit einer zulässigen Verschuldungsquote, die das Kernkapital um das 33-Fache übersteigen darf und einer Testphase bis 2018 kommen die Banken nach Meinung des DGB auch hier sehr milde davon.

Mit zwei Vorschlägen will auch die Europäische Kommission den Handel von Derivaten und Leerverkäufen stärker regulieren. So sollen Derivat-Händler, die auf steigende oder fallende Werte von Aktien und Währungen setzen, ihre Geschäfte über Clearing-Stellen abwickeln müssen. Diese sollen von den nationalen Aufsichtsbehörden kontrolliert werden. Als oberste Kontrollinstanz soll die neu geschaffene EU-Aufsicht für den Handel mit Wertpapieren, ESMA, fungieren. Alle Derivate sollen zudem in einem Register gespeichert werden. Der DGB begrüßt zwar den Aufbau einer europäischen Kontrollinstitution. Allerdings macht Payandeh auch klar: „Aus der Ferne wirkt diese Behörde wie ein Riese, bei näherer Betrachtung offenbart das Konstrukt allerdings viele kleine Hintertüren und Schlupflöcher für die Akteure am Finanzmarkt." Die Behörde suggeriere zwar Sicherheit, künftige Krisen könne aber auch sie nicht verhindern.

Vielmehr gelte es, alle Produkte am Finanzmarkt auf ihren volkswirtschaftlichen Nutzen zu untersuchen. Komme man zu dem Ergebnis, dass sie hochrisikoreich seien und für die Allgemeinheit keinen Nutzen hätten, müssten sie umgehend verboten werden, so Payandeh. Das gelte zum Beispiel für ungedeckte Leerverkäufe. Diese sollen nach dem Willen der Kommission nur in Ausnahmefällen und nur für die Dauer von drei Monaten „gesperrt" werden können. Ein dauerhaftes Verbot durch einzelne Mitgliedsstaaten ist demnach nur unter strengen Auflagen möglich. Für beide Vorschläge hat das EU-Parlament bereits grünes Licht gegeben. Damit bleiben die neuen EU-Regeln hinter der deutschen Praxis zurück. Die deutsche Bankenaufsicht BaFin hatte ungedeckte Leerverkäufe bereits im Frühjahr untersagt. •

Basel I und II

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht wurde 1974 nach dem Zusammenbruch der deutschen Bank Herstatt gegründet. Im Gremium sitzen VertreterInnen von Zentralbanken und der Bankaufsicht aus 27 Ländern. Angesiedelt ist der Ausschuss bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel. 1988 veröffentlichte das Gremium erstmals Mindestanforderungen für die Kapitalausstattung von Banken – genannt Basel I. So sollten Kreditinstitute mindestens acht Prozent Eigenkapital im Verhältnis zu ihren gesamten Aktiva – also zum Beispiel ihren Kreditforderungen – halten. Von diesen acht Prozent müssen vier Prozent aus dem sogenannten Kernkapital kommen. Dazu gehören unter anderem das Stammkapital sowie Gewinnrücklagen. 2004 wurden diese Regeln in Form von Basel II überarbeitet. Bei Kreditkunden mit schlechterer Bonität müssen Banken seitdem mehr Eigenkapital vorhalten. Die USA haben Basel II bisher noch nicht voll umgesetzt.

Basel III als PDF-Dokument zum Download unter:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Die IG Metall fordert die Politik auf, sich für eine aktive Industriepolitik sowie einen nachhaltigen, sozial tragfähigen und ökologischen Strukturwandel einzusetzen. Der industrielle Sektor sei nach wie vor die ökonomische Basis der deutschen Gesellschaft. Das betonten GewerkschafterInnen und Betriebsräte auf einer Engineering-Tagung von IG Metall und Hans-Böckler-Stiftung, an der rund 300 IngenieurInnen teilnahmen.

ver.di unterstützt die seit dem 1. Oktober laufenden Wahlen zu den Schwerbehindertenvertretungen mit der Kampagne „sbv. wähle deine starke seite". Schwerbehindertenvertretungen seien wichtige Institutionen für bessere Arbeitsbedingungen und für „Gute Arbeit" für alle, betont ver.di-Vorstandsmitglied Elke Hannack.
www.sbv-wahlen-2010.de

GEW-Studie

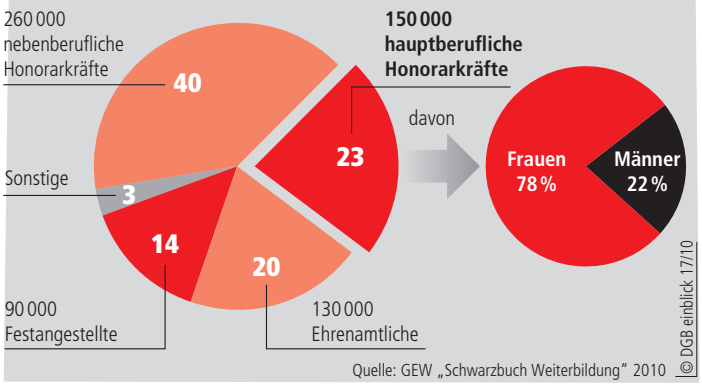
Schwarzbuch Weiterbildung

Bezahlung auf Hartz-IV-Niveau und keine soziale Absicherung – Lehrende in der Weiterbildung haben oft prekäre, unzumutbare Arbeitsbedingungen. Die GEW wendet sich mit dem „Schwarzbuch Weiterbildung" gegen die Ausweitung prekärer Arbeit in der Bildung. WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen und Beschäftigte schildern ihre Sicht auf die zentralen Probleme. So beschreibt eine Integrationskurslehrerin ihren Alltag zwischen hohen pädagogischen Erwartungen und prekären Arbeitsbedingungen: 12-Stunden-Tage, niedrige Honorare und das alles im Auftrag eines Bundesprogramms. Es sei ein Skandal, dass in der öffentlich geförderten Weiterbildung hoch qualifizierte pädagogische Arbeit oftmals auf Hartz-IV-Niveau bezahlt wird, heißt es im Vorwort. Die GEW fordert eine Tendenzwende in der Beschäftigung im Weiterbildungsbereich, im Interesse von Beschäftigten und Lernenden.

Das Schwarzbuch kann im Internet kostenlos heruntergeladen oder per Fax unter 06103/303 32 - 20 bestellt werden. Mindestbestellmenge: 10 Exemplare, Einzelpreis zwei Euro plus Porto und Versand. •
www.einblick.dgb.de/hintergrund

Weiterbildung: Prekär und weiblich

Beschäftigte in der Weiterbildung nach Beschäftigungsart (in Prozent) und prekär beschäftigte, hauptberufliche Lehrkräfte nach Geschlecht (in Prozent)



Rund ein Viertel aller in der Weiterbildung Beschäftigten arbeiten als hauptberufliche Honorarkräfte unter prekären Bedingungen. Mehr als drei Viertel von ihnen sind weiblich.

DGB

Entgeltrunde abgeschlossen

Der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand und der DGB-Gesamtbetriebsrat haben in den Verhandlungen zur aktuellen Entgeltrunde ein Ergebnis erzielt: Ab dem 1. Oktober diesen Jahres steigen die Gehälter der DGB-Beschäftigten um 1,5 Prozent, ab dem 1. Oktober 2011 gibt es eine weitere Erhöhung um 1,1 Prozent. Auch die Vergütungen der Auszubildenden werden entsprechend erhöht. Außerdem wird für den Zeitraum vom 1. Juli bis zum 30. September 2010 rückwirkend ein Einmalbetrag von 150 Euro gezahlt (für Auszubildende 50 Euro). Die Einigung hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2012. Damit werde die engagierte Leistung der DGB-Beschäftigten gewürdigt, betonten die Verhandlungspartner. Gleichzeitig berücksichtige das Ergebnis die Finanzsituation des DGB und schaffe Planungssicherheit bis Ende 2012. •

Herbstaktionen aktuell

+++ Die GEW will gemeinsam mit anderen Organisationen die **Initiative Bildungsrepublik Deutschland** gegen den Stillstand in der Bildungspolitik ins Leben rufen. Zur Gründung lädt die GEW für den 5. November nach Göttingen ein. **+++** Hunderttausende Menschen sind **europaweit am 29. September** dem Aufruf des EGB gefolgt und haben gegen die Sparmaßnahmen der Regierungen und für ein sozialeres Europa demonstriert. An der **zentralen Demo in Brüssel** nahmen allein 100 000 Menschen teil, darunter mehrere tausend deutsche GewerkschafterInnen wie DGB-Vorstand *Annelie Buntenbach* (Foto links). Der Generalsekretär des EGB, John Monks, wertet die hohe Beteiligung als „ein starkes Signal an die Regierungsspitzen, die die Wut und die Befürchtungen der ArbeitnehmerInnen nicht länger ignorieren können". **+++** In **Spanien** beteiligten sich am gleichen Tag mehr als zehn Millionen Menschen an einem **Generalstreik** und legten Teile der Infrastruktur und zentrale Industrien lahm. Der DGB-Vorsitzende *Michael Sommer* (Foto) war nach Madrid gereist, um den spanischen GewerkschafterInnen solidarische Grüße ihrer deutschen KollegInnen zu überbringen. **+++** Mehr zu den Herbstaktionen der Gewerkschaften: *www.dgb.de/herbstaktion*

Foto: DGB/Wagner

Foto: Liesa Johannssen / JOUR

Auseinandersetzungen um die Steinkohle

Was sind Gesetze noch wert?

Können sich die Menschen noch auf Gesetze und politische Vereinbarungen verlassen? Auch darum geht es im Streit um die Zukunft der deutschen Steinkohle, erklärt Michael Vassiliadis.

Der Kompromiss ging an die Grenzen des Möglichen und kam erst nach monatelangen Verhandlungen und Demonstrationen der Bergleute zustande: Bundesregierung, Kohleländer, Bergbauunternehmen und IG Bergbau, Chemie, Energie einigten sich im Februar 2007 darauf, den deutschen Steinkohlenbergbau 2018 auslaufen zu lassen. Bedingung der IG BCE: Der Prozess erfolgt sozialverträglich, ohne betriebsbedingte Kündigungen. Und 2012 überprüft der Bundestag, ob der Ausstiegsbeschluss unter den dann herrschenden energiepolitischen und wirtschaftlichen Bedingungen revidiert wird.

Eine Gewerkschaft stimmt dem Ende eines ganzen Industriezweiges zu. Und ihre betroffenen Mitglieder tragen diese Entscheidung mit. Das war nur möglich, weil das Verhandlungsergebnis vertraglich abgesichert und im Steinkohlenfinanzierungsgesetz kodifiziert wurde. **Die Bergleute vertrauen darauf, dass die Politik sich daran hält.** Ebenso die vielen tausend Beschäftigten des Evonik-Konzerns. Denn dessen Verwertung durch die RAG-Stiftung soll die Ewigkeitskosten des Bergbaus finanzieren. Auch das ist Bestandteil des Kompromisses von 2007.

Diesen Kohle-Pakt, der in vorbildlicher Weise den Menschen soziale Sicherheit gibt und den Steuerzahler entlastet, will die EU-Kommission nun zerschlagen. Sie plant eine Beihilfe-Verordnung, die eine Schließung aller Steinkohlenbergwerke bis 2014 verlangt. Die Bergleute reagierten zunächst mit ungläubigem Staunen, dann mit wachsender Wut. Nicht nur, weil sie Angst um ihre Arbeitsplätze haben. Sondern **weil sie sich von der Politik schlicht verschaukelt fühlen.** Sie ertragen die Belastungen von Zechenschließungen und Verlegungen auf weit entfernte Bergwerke, sie halten sich an die Vereinbarungen. Und nun soll das alles vergeblich gewesen sein?

Worauf kann man sich noch verlassen, wenn nicht einmal mehr Gesetze Sicherheit bieten? Diese Frage müsste die Politik in höchstem Maße alarmieren. Stattdessen gießt Bundeswirtschaftsminister Brüderle noch Öl ins Feuer und begrüßt den EU-Vorschlag. Dabei wäre es seine Aufgabe gewesen, in Brüssel eine Beihilferegelung vorzubereiten, die die Umsetzung des deutschen Kohle-Pakts sicherstellt. Doch **das kleine Karo der Parteipolitik liegt ihm offensichtlich näher als das große Gewicht eines breiten Konsenses.** Auch wenn die Bundeskanzlerin, unter deren Führung der Kompromiss 2007 zustande kam, ihren Wirtschaftsminister umgehend öffentlich korrigierte und eine Einhaltung des Kohle-Paktes zusicherte: Die Bergleute verlieren das Vertrauen in solche Zusagen. Noch protestieren

Foto: IG BCE

Michael Vassiliadis, 46, ist seit Oktober 2009 Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie.

sie diszipliniert und unterstützen die Bemühungen ihrer Gewerkschaft, durch Gespräche die Kommission zu überzeugen. Doch die Geduld weicht wachsender Unruhe.

Denn in Brüssel hat die Bundesregierung das Thema viel zu lange vernachlässigt. Auch jetzt sind keine Fortschritte zu erkennen. **Brüderle taktiert auf dem Rücken der Bergleute.** Statt in den zuständigen EU-Gremien energisch deutsche Interessen zu vertreten, sabotiert er mit fadenscheinigen Argumenten die klaren Ansagen der Bundeskanzlerin. Und die lässt es geschehen.

Für zusätzliche Frustration sorgt, dass der Kommissionsvorschlag eher von persönlichen Befindlichkeiten einzelner Kommissare als von Sachargumenten geprägt ist. Weder zieht das Wettbewerbsargument, noch die Klimapolitik. Deutsche Kohle steht nicht im Wettbewerb zu anderen EU-Ländern. Und selbst wenn alle europäischen Steinkohlenbergwerke sofort geschlossen würden, es würde kein Gramm CO_2 weniger emittiert. Denn die heimische Kohle würde sofort durch Importkohle ersetzt. Ganz abgesehen davon würde ein Kohle-Ausstieg vor 2018 wegen der damit verbundenen Massenentlassungen und einer möglichen Insolvenz der RAG-Stiftung rund zwei Milliarden Euro teurer für den Steuerzahler als die Vereinbarung von 2007.

Die Bergleute haben also gute Argumente. **Aber vor allem verlangen sie von der Politik, dass sie Wort hält und ihre eigenen Gesetze ernst nimmt.** Alles andere hätte einen massiven Vertrauensverlust und eine zunehmende Anti-Europa-Stimmung zur Folge. •

DGB gegen vorzeitiges Zechen-Aus

Zum 31. Dezember 2010 läuft die EU-Richtlinie 1407/2002 über Beihilfen für den Steinkohle-Bergbau aus. Seit Langem fordert die IG BCE eine Verlängerung dieser Richtlinie – doch die Bundesregierung hat in Brüssel zu wenig für eine Nachfolgeregelung getan, die dem deutschen Kohle-Pakt nicht zuwider läuft. Im Juli hat nun die EU-Kommission einen Entwurf für eine neue Verordnung vorgelegt, die das Aus für alle Zechen bereits 2014 bedeuten würde.

In einer gemeinsamen Entschließung vom 5. Oktober fordert der DGB-Bundesvorstand „die gesamte Bundesregierung auf, ihren Einfluss gegenüber dem EU-Ministerrat geltend zu machen, so dass der 2007 in Deutschland gefundene gesellschaftliche Kompromiss bis 2018 erhalten bleibt". Wegen der weltweiten Bedeutung der Kohle könne Deutschland nicht ohne großes Risiko auf die bewährte Bergwerkstechnologie in Form eines Sockelbergbaus verzichten. Zudem wäre der frühere Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau „ein in keiner Weise vertretbarer Vertrauensbruch gegenüber den Beschäftigten im Steinkohlebergbau und seiner Zulieferindustrie".

Die DGB-Entschließung im Wortlaut:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DIES & DAS

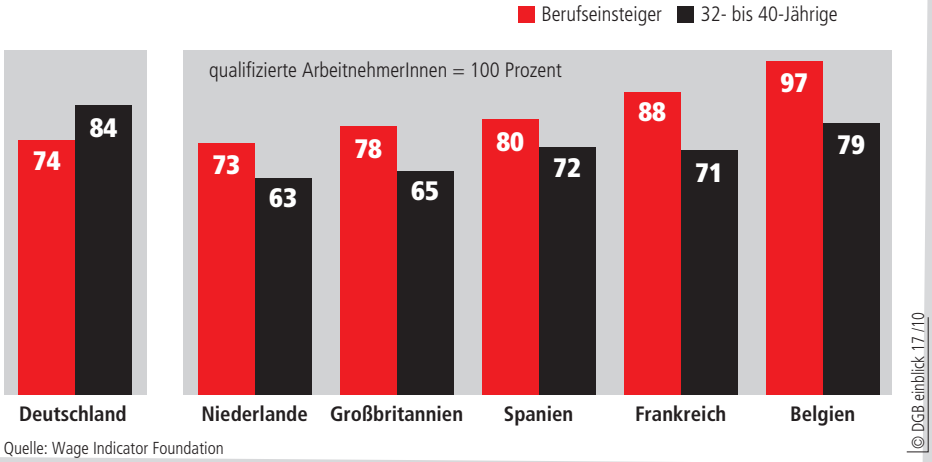
die DGB grafik

EINKOMMEN VON UNGELERNTEN: Lücke in Deutschland wächst

Ungelernte Berufseinsteiger bekommen heute in Deutschland nur drei Viertel des Durchschnittsgehalts von qualifizierten Berufseinsteigern. Im Vergleich zur nächst älteren Arbeitnehmergruppe (32 bis 40 Jahre) hat sich diese Lohnlücke vergrößert. Nicht so in anderen westeuropäischen Ländern: Hier hat sich bei heutigen Berufseinsteigern die Lücke verkleinert. Das ist ein Ergebnis einer Analyse von WageIndicator.org, der internationalen Kooperation des WSI-Lohnspiegels.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Einkommen ungelernter ArbeitnehmerInnen im Verhältnis zum Einkommen qualifizierter ArbeitnehmerInnen (in Prozent, gerundet)



Quelle: Wage Indicator Foundation

© DGB einblick 17/10

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

12.10. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Brauchen wir einen ‚Green New Deal'? Wie sieht die Industriepolitik der Zukunft aus?", Erfurt

13.10. Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagung „Mitten in der Krise?! Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft", Berlin

15.-17.10. IG Metall, Workshop „Studium und Beruf: Wie passt das zusammen?", Sprockhövel

18.10. ver.di, Betriebsräte-Fachtagung 2010, Berlin

19.10. DGB, Workshop „Nachhaltigkeit in der Daseinsvorsorge: privat oder öffentlich?", Berlin

19.10. ver.di, Diskussionsreihe „sicht.weisen", Berlin

19.10. DGB-Bezirk Bayern und DGB-Region Mittelfranken, Veranstaltungsreihe „ZeitenWechsel – der Talk im Uhrenhaus" zum Thema „Auf dem Weg zum Almosen- und Suppenküchenstaat? Es geht anders!", Nürnberg

19.-21.10. Arbeitsschutz aktuell, INQA-Netzwerk, Fachmesse „Arbeitsschutz aktuell 2010", Leipzig

20.10. Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Ein starker Sozialstaat sichert die Mitte der Gesellschaft", Bad Münstereifel

2010. IG Metall, Betriebs- und Personalrätekonferenz „Kurswechsel für gute Arbeit", Magdeburg

21.10. IG Metall, Arbeitsschutzkonferenz, Filderstadt

21./22.10. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Rechtsprobleme der tariflichen Unterbietungskonkurrenz", Hamburg

Der **„Otto Brenner Preis für Kritischen Journalismus"** geht in diesem Jahr an die Journalistin **Carolin Emcke** für ihren in der Wochenzeitung *Die Zeit* erschienenen Beitrag „Liberaler Rassismus". „Wer wissen will, warum die Debatte über den Islam in Deutschland so schauerlich falsch läuft", der müsse den Text der „Ausnahmejournalistin" Emcke studieren, so die Jury. Der 2. Preis geht an NDR-Chefreporter **Christoph Lütgert** und das Team der Sendung **„Panorama – Die Reporter"** für ihre „hartnäckigen Recherchen" zu den Arbeitsbedingungen beim Textil-Discounter KiK. Den 3. Preis erhält das Autorenteam **Markus Metz und Georg Seeßlen** vom Bayerischen Rundfunk für den Radiobeitrag „Von der Demokratie zur Postdemokratie". Verliehen werden die drei Hauptpreise sowie ein Spezial-, ein Newcomer- und ein Medienprojekt-Preis und drei Recherche-Stipendien für NachwuchsjournalistInnen im Rahmen der Jahrestagung der Otto-Brenner-Stiftung am 2. November.

www.otto-brenner-preis.de

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Udo Böhlefeld, Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Norbert Hüsson, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Geschwister-Scholl-Straße"

Neuer Name der ehemaligen Mannheimer Straße in der sächsischen Stadt Riesa. In der Straße sitzt der rechtsextreme NPD-Verlag „Deutsche Stimme". Mit der Straßenumbenennung zu Ehren von Sophie und Hans Scholl (Widerstandsgruppe „Weiße Rose", 1943 von den Nazis hingerichtet) wolle man der NPD klar machen, dass sie in Riesa nicht willkommen ist, erklärte Oberbürgermeisterin Gerti Töpfer (CDU).

Brustimplantat

Krankenkasse zahlt keinen Ersatz

Muss das wegen einer Brustvergrößerungsoperation eingesetzte Implantat, das die gesetzliche Krankenkasse der Versicherten als Sachleistung gewährt hatte, aus medizinischen Gründen entfernt werden, hat die Versicherte nur Anspruch auf Entfernung des Implantats, aber nicht auf Einsetzung eines neuen, nicht aus medizinischen Gründen notwendigen Implantats

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 5. August 2010 – L 5 KR 59/10

Altersdiskriminierung

Stellenanzeige muss neutral sein

Das Merkmal „junges Team" in einer Stellenanzeige stellt auch dann einen Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz dar, wenn es unter der Überschrift „Wir bieten Ihnen" erfolgt und kann wegen Altersdiskriminierung einen Entschädigungsanspruch auslösen.

Landesarbeitsgericht Hamburg, Urteil vom 23. Juni 2010 - 5 Sa 14/10

Uniformtragepflicht

Auch für freigestellte Personalräte

Soldaten, die als Mitglieder einer Personalvertretung vom Dienst freigestellt sind, müssen während ihrer Tätigkeit dennoch Uniform tragen.

Bundesverwaltungsgericht, Beschluss vom 28. September 2010 - 1 WB 41.09

Arbeitskampf

Bei Krankheit nicht immer Lohn

Beteiligt sich ein arbeitsunfähig erkrankter Arbeitnehmer nicht an einem Streik, so hängt der Entgeltfortzahlungsanspruch davon ab, ob dem Arbeitgeber die Beschäftigung möglich und zumutbar gewesen wäre.
Die Einrichtung eines Notdienstes spricht allein noch nicht für eine solche Beschäftigungsmöglichkeit.

Landesarbeitsgericht Nürnberg, Urteil vom 20. Juli 2010 – 5 Sa 666/09

Fristlose Kündigung

Keine Neugierde als EDV-Administrator

Ein EDV-Administrator darf seine Zugangsrechte nur für seine Aufgaben nutzen, die der Funktion des Computersystems dienen. Er darf nicht außerhalb dieser Aufgaben Inhalte fremder Datenbestände einsehen.
Ein Missbrauch seiner Zugangsrechte liegt vor, wenn der EDV-Administrator E-Mails und Kalendereinträge des Vorstands seiner Arbeitgeberfirma eingesehen hat. Dieses Verhalten kann eine fristlose Kündigung rechtfertigen.

Landesarbeitsgericht Köln, Urteil vom 14. Mai 2010 - 4 Sa 1257/09

Blüten in der Kasse

Fristlose Kündigung wirksam

Der dringende Verdacht, dass ein Kassierer Falschgeld in die Kasse gelegt hat, rechtfertigt eine fristlose Kündigung.

Der Fall: Die seit 25 Jahren in der Stadtverwaltung beschäftigte Arbeitnehmerin bearbeitete Führerscheinangelegenheiten und hatte dabei Gebühren zu kassieren. Anlässlich einer Kassenprüfung wurde in der Kasse Falschgeld in Höhe von 650 Euro gefunden, die sehr leicht als Fälschung zu erkennen waren. Alle Scheine wiesen die gleiche Herstellung auf. Die Arbeitnehmerin verteidigte sich, dass sie kein Falschgeld erkannt habe. Innerhalb der letzten Wochen habe der behördeneigene Kassenautomat häufiger Geldscheine nicht angenommen. Sie habe zwei bis dreimal versucht, Geld einzuzahlen, was nicht gelungen sei. Da dies ein altbekanntes Problem gewesen sei, habe sie die Scheine „aussortiert" und durch eigene Scheine ersetzt. Kurz vor der Kassenprüfung habe sie die zuvor separat gesammelten Geldscheine in Höhe von 650 Euro wieder in die Barkasse gelegt. Sie sei nicht mehr dazu gekommen, dies ihrem Vorgesetzten mitzuteilen. Die gegen die Kündigung erhobene Klage hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitgericht: Die Kündigung ist als Verdachtskündigung wirksam. Die von der Stadt vorgetragenen Indizien machen die Arbeitnehmerin dringend verdächtig, das Geld bewusst ausgetauscht zu haben. Bei Inaugenscheinnahme der Geldscheine durch das Gericht stellte sich heraus, dass die Fälschungen dilettantisch gemacht und sofort erkennbar waren: vor- und Rückseite waren offenkundig zusammengeklebt, farblich entsprachen sie nicht echten Geldscheinen, die Ränder waren ungleichmäßig, das Hologramm war auffällig anders.

Landesarbeitsgericht Hamm, Urteil vom 26. August 2010 - 17 Sa 537/10

Verfehlung im Dienst

Kündigung nicht immer gerechtfertigt

Eine einmalige schwerwiegende Verfehlung rechtfertigt nicht immer eine Kündigung. Vielmehr müssen die Interessen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers abgewogen werden.

Der Fall: Die Arbeitnehmerin hatte ihr 40-jähriges Dienstjubiläum im Kollegenkreis gefeiert. Im Anschluss daran legte sie dem Arbeitgeber eine von einer Catering-Firma erhaltene „Gefälligkeits"-Quittung über einen Betrag von 250,- Euro für Bewirtungskosten vor, da es eine Regelung gab, derzufolge der Arbeitgeber nachgewiesene Bewirtungskosten bis zur Höhe von 250 Euro erstattet. Die Bewirtungskosten beliefen sich aber in Wirklichkeit nur auf rund 90 Euro. Gegen die Kündigung klagte die Arbeitnehmerin mit Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Zwar hat die Arbeitnehmerin durch die Betrugshandlung eine strafrechtlich relevante grobe Pflichtwidrigkeit begangen. Im Rahmen der auf den Einzelfall bezogenen Interessenabwägung haben jedoch die zugunsten der Arbeitnehmerin zu berücksichtigenden Umstände überwogen. In erster Linie ist die 40-jährige beanstandungsfreie Beschäftigungszeit der Arbeitnehmerin in Rechnung zu stellen, die zu einem sehr hohen Maß an Vertrauenskapital geführt hat. Dieses ist durch die einmalige Verfehlung noch nicht vollständig zerstört worden. Des Weiteren war zu berücksichtigen, dass die Arbeitnehmerin sich bei ihrer Handlung außerhalb ihrer normalen Tätigkeit befunden hat, denn als Zugabfertigerin hat sie nicht regelmäßig mit Gelddingen zu tun.

Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, Urteil vom 16. September 2010 -2 Sa 509/10

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 25.10.2010 18/10

DGB

inhalt

Seite 3
Bilanz
Ein Jahr schwarz-gelbe Koalition, ein Jahr Klientelpolitik? einblick analysiert die wichtigsten Themenfelder

Seite 5
Trickserei
Die neuen Hartz-IV-Regelsätze und das „Bildungspaket" für Kinder halten nicht, was sie versprechen

Seite 7
Keine Spaltung
Der beste Weg zur Integration von Migranten ist es, die soziale Lage aller Beschäftigten zu verbessern, meint Rita Schiavi

Kopfpauschale

Eindeutige Politik gegen die Mehrheit

Die Zahlen sind eindeutig: Die deutliche Mehrheit der Bevölkerung will die von Schwarz-Gelb geplante Kopfpauschale in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nicht. Je nach Umfrageinstitut sprechen sich mal 66, mal 80 Prozent gegen diese Form der Beiträge aus – eindeutiger geht es nicht.

Doch die Bundesregierung scheint entschlossen, ihren Kurs fortzusetzen und auch in diesem Punkt gegen eine klare Mehrheit der Gesellschaft Politik zu machen. Dabei wird die von FDP-Gesundheitsminister Rösler initiierte Reform nicht einmal das bringen, was sich die Koalition selbst davon verspricht: eine nachhaltige Finanzierung der GKV. Keines der Finanzprobleme wird gelöst, stattdessen werden sogar die Arbeitgeber durch das Einfrieren ihres Beitrags zur GKV mehr und mehr aus der Verantwortung entlassen. Künftige Kostensteigerungen müssen die Versicherten über eine einkommensunabhängige Kopfpauschale alleine tragen. Für BezieherInnen kleinerer Einkommen und viele RentnerInnen heißt das nach Berechnungen des DGB: Sie müssen knapp 30 Prozent mehr für ihre Krankenversicherung bezahlen.

Foto: Dirk Ameelung

„Nur wer schon tot oder privat versichert ist, hat keine Angst mehr vor Reformen" – eine Aktion der Vertrauensleute des Akut-Krankenhauses Agnes Karll in Laatzen. Wer die Kopfpauschale stoppen will, kann die entsprechende Petition noch bis zum 15. November *(www.bit.ly/stoppauschale)* unterzeichnen oder sich auf den Seiten des Aktionsbündnisses „Köpfe gegen Kopfpauschale" informieren: *www.stoppauschale.de*

Das vom DGB mitgetragene Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale" hat inzwischen eine Petition beim Deutschen Bundestag gestartet *(einblick 17/2010)*. Bis Redaktionsschluss lagen bereits über 40 000 bestätigte Unterschriften vor. Sind bis zum 25. Oktober 50 000 Unterschriften zusammengekommen, muss sich der Bundestag mit den Anliegen der Petition befassen – und die sind klar: keine Kopfpauschale durch „einkommensunabhängige Zusatzbeiträge" und kein Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat der Bundesregierung die Route vorgegeben und die kommenden Wochen zum „Herbst der Entscheidungen" erklärt. Damit es kein „Herbst der falschen Entscheidungen" wird, setzen DGB und Gewerkschaften ihre Proteste und ihre Aktionen vor Ort und in den Betrieben unvermindert fort (mehr dazu auf den Seiten 6 und 8).

Denn neben der Kopfpauschale stehen bis zum Dezember noch drei weitere wichtige Weichenstellungen auf der politischen Agenda in Berlin: Am 29. Oktober ist das Sparpaket der Bundesregierung zur dritten und letzten Lesung im Bundestag, knapp einen Monat später soll es durch den Bundesrat. Bereits am 27. Oktober berät das Kabinett den aus Sicht der Gewerkschaften völlig unzureichenden Entwurf für ein neues Arbeitnehmerüberlassungsgesetz in der Leiharbeit. Und Mitte November wird die Bundesregierung sich mit dem Prüfbericht zur geplanten „Rente mit 67" befassen. •

plusminusBERLIN

+ ***Gerhard Schick** (Bündnis 90/Grüne) kritisiert das Steuerabkommen mit der Schweiz. Damit dort lagerndes Schwarzgeld in den hiesigen Bundeshalt komme, akzeptiere Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) offenbar im Gegenzug, dass die „Anonymität der Hinterzieher gewahrt bleibt".*

– ***Bei den Debatten um Laufzeitverlängerungen und Atomendlager kommt auch CDU-MdB **Manfred Behrens** ins Straucheln. Er hält das Lager Morsleben in seinem Wahlkreis für ein „Endlager, was jetzt erstmal als Zwischenlager angesehen wird", sagte er einem Kamerateam der NDR-Sendung „extra 3".***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.campact.de/klima/ml6/mailer
Online-Protestaktion der IG BAU gegen Kürzungen bei der energetischen Gebäudesanierung

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Memorandum „Bürgerverantwortung – Wege aus der Krise", unter anderem unterzeichnet von Berthold Huber, Michael Vassiliadis und Michael Sommer

Rente mit 67

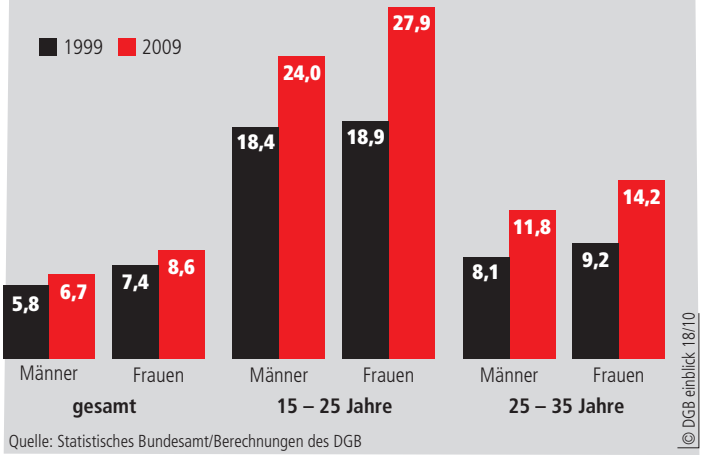
DGB begrüßt Seehofers Vorstoß

Der DGB hat den Vorstoß des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) zur Rente mit 67 begrüßt. Der hatte erklärt, aus der Rente mit 67 auszusteigen, wenn die Wirtschaft die Chancen für ältere Beschäftigte auf dem Arbeitsmarkt nicht verbessere. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer betont: „Wir nehmen die Äußerungen von Herrn Seehofer zum Anlass, die Bundesregierung zu ermahnen, einen ehrlichen Bericht zur Beschäftigung Älterer vorzulegen und daraus die Konsequenzen zu ziehen." Die Rente mit 67 müsse mindestens ausgesetzt werden. Die Lage der älteren Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt sei weiterhin dramatisch.

Nur 20 Prozent der über 60-Jährigen sind sozialversichert beschäftigt. In 60 Prozent der Betriebe gibt es keine Beschäftigten über 50 mehr. Voraussichtlich am 17. November wird sich das Kabinett mit dem Bericht zur Beschäftigungssituation Älterer befassen. Das Gesetz sieht vor, die Anhebung der Altersgrenzen auszusetzen, wenn der Bericht zu schlecht ausfällt. •

Jung, befristet, weiblich

Befristete Beschäftigungsverhältnisse von jungen Männern und Frauen im Zehnjahresvergleich (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt/Berechnungen des DGB

Befristete Arbeitsverhältnisse sind auf dem Vormarsch, und vor allem junge Frauen sind davon betroffen. Das belegt eine Untersuchung des DGB. Während 1999 der Anteil befristet beschäftigter Frauen in der Altersgruppe der 15- bis 25-Jährigen nur knapp über dem der gleichaltrigen Männer lag, stieg dieser Wert bis zum Jahr 2009 auf knapp 29 Prozent an und liegt damit um vier Prozent höher als bei den Männern. Auch in der Altersgruppe der 25- bis 35-Jährigen liegen die befristeten Arbeitnehmerinnen mit 14,2 Prozent deutlich vor den Männern. *www.einblick.dgb.de/hintergrund*

Hochschulpolitik

Soziale und demokratische Unis

Ziel der aktuellen Hochschulpolitik ist es, dass Unis und Fachhochschulen nach unternehmerischem Vorbild arbeiten. Das hat allerdings fatale Folgen für die Arbeits- und Studienbedingungen, kritisieren DGB und Gewerkschaften. Schuld daran seien die Konzentration auf wenige Eliteuniversitäten, autokratische Leistungsstrukturen, steinige Karrierewege und verdichtete Kurzzeitstudiengänge.

Diesen Entwicklungen setzen die Gewerkschaften das „Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule" entgegen. In einem Eckpunktepapier heißt es: „Wir wollen Wissenschaft demokratisieren, Hochschulen sozial öffnen, sowie Arbeits- und Studienbedingungen verbessern." Unter Federführung der Hans-Böckler-Stiftung soll das gewerkschaftliche Leitbild als Alternative in den hochschulpolitischen Diskurs eingeführt und weiterentwickelt werden. Das Ziel: Bessere Bedingungen für Studierende und WissenschaftlerInnen. Zudem soll daraus im weiteren Verlauf das Hochschulpolitische Programm des DGB entwickelt werden. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

in eigener Sache

Ein neues, altes Gesicht im Redaktionsteam des *einblick*: Seit 1. Oktober ist **Sebastian Henneke,** 31, festangestellter Redakteur in unserem Verlag. Für die *einblick*-LeserInnen ist er kein Unbekannter: Seit Ende 2008 hat er ein Redaktionsvolontariat in unserem Team absolviert – und uns so überzeugt, dass er nun als Redakteur weiter beschäftigt wird.

Medienpolitik

DGB für Gebührenreform

In der Debatte um ein neues Rundfunkgebührenmodell haben der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften Zustimmung signalisiert. Vor dem Hintergrund des ebenfalls vorliegenden Entwurfs des Staatsvertrags machten sie deutlich: „Ja zu einer Reform der Rundfunkgebühren – Nein zur Bestellung von Unternehmen und zu Einschnitten beim Programmauftrag." Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärt dazu: „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland wird solidarisch finanziert. Da auch Unternehmen von frei empfangbaren öffentlich-rechtlichen Angeboten profitieren, sind sie zu Recht in der Pflicht, Rundfunkgebühren zu zahlen. Dies müssen sie in gleichem Umfang auch bei einem neuen Gebührenmodell tun." Jede Gebührenkürzung auf Unternehmensseite müssten die BürgerInnen ausgleichen.

Der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke warnt zudem davor, die Reform der Rundfunkgebühren zum Anlass zu nehmen, den Programmauftrag der Öffentlich-Rechtlichen erneut zu beschneiden. „Es darf nicht sein, dass die Politik von vornherein die Gebühren deckelt und sich danach ableitet, welche Angebote sich die Anstalten noch leisten können." •

www.einblick.dgb.de/links

Lohn- und Sozialstandards

Vorbild Österreich

„Klotzen statt kleckern und über den bundesdeutschen Tellerrand blicken, zum Beispiel nach Österreich", hat Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der Gewerkschaft NGG, anlässlich des vom Kabinett beschlossenen Gesetzentwurfs zur Hartz-IV-Reform gefordert. Die „Klecker-Erhöhung" der Hinzuverdienstgrenzen sei eine Verhöhnung der Langzeitarbeitslosen. Notwendig sei ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro und nicht die Ausweitung des Niedriglohnsektors.

In Österreich haben der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) und die Wirtschaftskammern einen Kollektivvertrag abgeschlossen, um den Missbrauch von Lohn- und Sozialstandards zu bekämpfen. Bei Missachtung riskieren Unternehmen hohe Strafen und Nachzahlungen von hinterzogenen Sozialversicherungsbeiträgen. •

www.einblick.dgb.de/links

Ein Jahr Schwarz-Gelb

Klientel geht vor

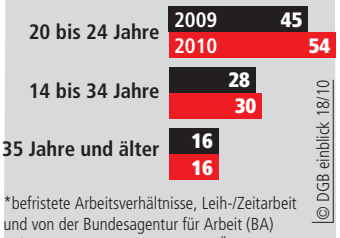
Ein Jahr ist es her – am 28. Oktober 2009 wurde die „Wunschkoalition" aus CDU, CSU und FDP vereidigt. Doch wie sieht die Ein-Jahres-Bilanz von Schwarz-Gelb aus Sicht der Gewerkschaften aus? einblick analysiert die entscheidenden Themenfelder.

„Wachstum. Bildung. Zusammenhalt" – so taufte Schwarz-Gelb nach rund dreiwöchigen Verhandlungen ihren Koalitionsvertrag. Eigentlich stünden die Zeichen nicht schlecht, um diesen Dreiklang nun sozial ausgewogen und solidarisch zu verwirklichen. Die von Gewerkschaften und SPD in der Großen Koalition initiierten Krisenmaßnahmen wie Kurzarbeit und Abwrackprämie kurbeln den Aufschwung an. 3,5 Prozent Wachstum sehen manche Wirtschaftsforscher für 2010 voraus. Doch anstatt diese günstigen Bedingungen zu nutzen, geht es Merkel, Westerwelle und Co. in erster Linie darum, die eigene Klientel zu bedienen – und das zu Lasten der Allgemeinheit. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer stellt der Regierung deshalb ein verheerendes Zeugnis aus: „Die Politik der Bundesregierung hat ganz klar eine soziale Schieflage. Klamme Kommunen, die Rente mit 67, Leiharbeit, Lohnsubvention durch Hartz IV oder auch die unsoziale Kopfpauschale machen deutlich, dass es nicht mehr gerecht in diesem Land zugeht."

Ein Beispiel: Nach mehrmonatiger Tatenlosigkeit beschließt Schwarz-Gelb Ende 2009 das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz". Darin enthalten: ein reduzierter Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen – zur großen Freude von Hoteliers. Pikant: Vor der Wahl hatten Miteigentümer der Mövenpick-Hotelgruppe 1,1 Millionen Euro an die FDP gespendet. Außerdem schustert Schwarz-Gelb Erben, Besserverdienenden und Großunternehmen Milliarden zu. Die Lasten tragen Bund, Länder und Kommunen – sie müssen auf rund zehn Milliarden Euro Einnahmen verzichten. Um die Lage für Städte und Gemeinden zu verbessern, fordert der DGB: Die Vermögenssteuer soll wieder eingeführt, die Erbschaftssteuer gerecht ausgestaltet werden. Und: Die Einkommenssteuer soll hohe und höchste Einkommen stärker belasten, um die Folgen der Krise zu stemmen. Stattdessen spart Schwarz-Gelb bei Geringverdienern und Arbeitslosen. So werden ALG II-EmpfängerInnen die Zuschüsse zur Rentenversicherung gestrichen, und WohngeldempfängerInnen müssen auf das Heizkostengeld verzichten. Die angekündigte Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes um fünf Euro ist für den DGB eine „Beleidigung der rund sieben Millionen Hilfeempfänger". Frohlocken dürfen hingegen die Lobbyvertreter der Atom- und Pharmakonzerne. Verlängerte Atomlaufzeiten und die Möglichkeit für Medikamentenhersteller, Preise für Arzneien durch „Zusatznutzen" frei festzustellen, spülen Milliarden auf die Konten großer Konzerne.

Je jünger, desto prekärer

Anteil von prekär Beschäftigten* unter ArbeiterInnen und Angestellten in verschiedenen Altersstufen für die Jahre 2009 und 2010 (in Prozent)



*befristete Arbeitsverhältnisse, Leih-/Zeitarbeit und von der Bundesagentur für Arbeit (BA) geförderte ABM/SAM-Stellen ohne Überschneidungen
Quelle: TNS Infratest Politikforschung/ IG Metall 2010

Leittragende der verfehlten schwarz-gelben Politik sind vor allem junge Menschen. Ein Großteil findet sich in Leiharbeit oder befristeten Beschäftigungsverhältnissen wieder. Laut einer Studie im Auftrag der IG Metall ist die Zahl der prekär beschäftigten 20- bis 24-Jährigen von 2009 bis 2010 um neun Prozent gestiegen.

Über so viel Einfühlungsvermögen durch die Koalitionäre würden sich auch die ArbeitnehmerInnen in Deutschland freuen. Ihre Interessen finden sich kaum im politischen Handeln von Schwarz-Gelb wieder. Der groß angekündigte Arbeitnehmerdatenschutz – einziges FDP-Thema mit Mehrwert für Beschäftigte – bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Der DGB-Vorsitzende Sommer kommentiert: „Der Gesetzentwurf muss aus Sicht der Gewerkschaften im parlamentarischen Verfahren dringend nachgebessert werden." Anonymisierte Datenabgleiche und Datenerhebungen durch Arbeitgeber seien das Gegenteil eines echten Arbeitnehmerdatenschutzes. Der DGB fordert konkrete Bestimmungen und Verbote statt „Gummiparagraphen für die Arbeitgeber". Auch der Gesetzentwurf zur Leiharbeit ist den Gewerkschaften ein Dorn im Auge. Die IG Metall nennt ihn eine „Zumutung". Weder Equal Pay noch ein Synchronisationsverbot werden berücksichtigt. Zudem mangele es an einer Begrenzung der Überlassungsdauer und der Allgemeinverbindlichkeitserklärung des tariflichen Mindestlohns, betont der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber.

Kein Wunder, dass die WählerInnen die Regierungskoalition abstrafen. Umfragen zufolge kommen Union und FDP momentan auf 33 bis maximal 36 Prozent. Die FDP müsste laut Forsa sogar um ihren Einzug in den Bundestag bangen. Vielleicht liegt ARD-Late-Night-Talker Harald Schmidt deshalb mit seiner Einschätzung nicht ganz falsch. Er spielt auf den von den Medien diskutierten Einzug Deutschlands in den UN-Sicherheitsrat an: „Deutschland hat einen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Wir verdanken ihn unserem Außenminister Guido Westerwelle. Sein nächstes Ziel: Ein Sitz für die FDP im nächsten Bundestag." •

Schwarz-gelber Boulevard

Anstatt sich um die Probleme der Menschen zu kümmern, gaben sich VertreterInnen der Regierungskoalition in Sachen Peinlichkeiten die Klinke in die Hand. Ein wichtiges Thema der Koalitionäre war fortwährend die Stimmung in den eigenen Reihen.

Der vorläufige Gipfel: Daniel Bahr (FDP), Staatssekretär im Gesundheitsministerium, befand im Juni: „Die CSU ist als Wildsau aufgetreten, sie hat sich nur destruktiv gezeigt." CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt erwiderte: Die Liberalen seien eine „gesundheitspolitische Gurkentruppe". Sie würden „erst schlecht spielen und dann auch noch rummaulen". Außerdem machte er auf einer Veranstaltung in Landsberg deutlich: „Der Frühling in Landsberg ist mir tausendmal lieber als die frostige Stimmung in Berlin."

Bei einer Diskussion zum Thema Wertstofftrennung vermerkte Dobrindt zudem: „Ich kann nicht über gelbe Säcke reden, das wäre unhöflich." Und Gesundheitsminister Rösler (FDP) resümierte nach einem knappen Jahr Schwarz-Gelb: „Das ist keine Koalition, sondern manchmal eine schlagende Verbindung."

PROJEKTE UND PARTNER

Schöneberger Forum

Beteiligen und mitbestimmen

Die Modernisierung des öffentlichen Dienstes hat erhebliche Folgen für die Beschäftigten. Aus diesem Grund fordern sie, in die entscheidenden Prozesse eingebunden zu werden. Das diesjährige Schöneberger Forum 2010 greift diesen Anspruch auf. Das Motto der Konferenz am 9. und 10. November in Berlin lautet deshalb: „mitbeteiligt – mitentscheiden – mitbestimmt. Für gute Arbeit im öffentlichen Dienst". Auf der Agenda: Neben dem beamtenpolitischen Diskurs werden Personalräte und Gleichstellungsbeauftragte ihre Erfahrungen einbringen und diskutieren. Als oberster Dienstherr hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) bereits zu gesagt. Außerdem: Die Zeitschrift *Der Personalrat* und der DGB vergeben dieses Jahr erstmals den Deutschen Personalrätepreis. •

www.schoeneberger-forum.de

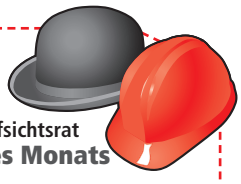
Auto Club Europa

Stressfrei zum Job

Was tun, um dem täglichen Stau im Berufsverkehr zu entgehen? Der Auto Club Europa weiß Rat. Mit der Info-CD „Effiziente Mobilität im Betrieb – Die Materialsammlung für den Umstieg" zeigt er, wie es besser geht. Zum Wohle der Beschäftigten, der Betriebe und der Kommunen. Mit vielen Tipps und Hintergründen zum Mobilitätsmanagement wird erläutert, wie Unternehmen oder Kommunen Fahrgemeinschaften organisieren oder den Umstieg auf Bus und Bahn managen können. Die CD richtet sich auch an Betriebs- und Personalräte. •

www.effizient-mobil.de

„Prekäre mit auf die Agenda"



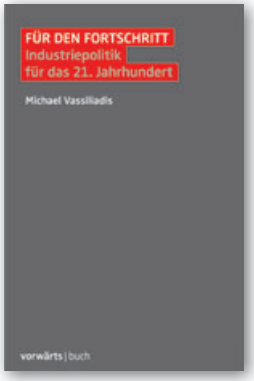
Aufsichtsrat des Monats

Foto: privat

Aufsichtsrat des Monats im Oktober ist **Nico Lopopolo.** Der 49-Jährige vertritt seit fast 20 Jahren die Interessen der Beschäftigten bei der Renk AG, einem Produzenten von Spezialgetrieben und Gleitlagern – seit 1994 als Betriebsratsvorsitzender und seit 1998 im Aufsichtsrat der MAN SE. „In erster Linie möchte ich die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Unternehmen verbessern." Dabei gehe es auch um die Situation der prekär Beschäftigten – also der LeiharbeitnehmerInnen oder der befristet Beschäftigten. „Das gehört für uns ganz selbstverständlich mit auf die Agenda eines Aufsichtsrates", betont IG Metall-Mitglied Lopopolo. Im aktuellen Fragebogen erklärt er, was es damit auf sich hat und wie die Arbeitgeberbank darauf reagiert. *http://www.dgb.de/-/p0K*

neue Bücher

Es ist Zeit für „eine neue Kultur des Fortschritts und der Verantwortung", fordert der IG BCE-Vorsitzende **Michael Vassiliadis** in seinem gerade erschienenen Buch, das vor allem eines sein will: die Einladung zu einer breiten gesellschaftlichen Debatte über „Fortschritt". „Zukunft hat der Fortschritt nur in ganzheitlicher Dimension", stellt Vassiliadis klar: Technologischer und wirtschaftlicher Fortschritt müssen mit sozialem und ökologischem Fortschritt verbunden werden. Der schmale Band ***Für den Fortschritt. Industriepolitik im 21. Jahrhundert*** hat es in sich – in neun Thesen bietet der IG BCE-Vorsitzende anregenden Stoff für Diskussionen. Er bekräftigt, dass innovative Industrien auch im 21. Jahrhundert der Schlüssel zum Fortschritt hierzulande sind. Er kritisiert, dass es immer schwieriger wird, industrielle Neuinvestitionen in der Gesellschaft durchzusetzen. Von der Politik erwartet er mehr Mut zu Entscheidungen, von den Unternehmen mehr Verantwortung, auch für die soziale und ökologische Entwicklung. Er ist überzeugt: Die Gewerkschaften, Motor für gesellschaftlichen Fortschritt auch in der Vergangenheit, sollten die Debatte über nachhaltigen Fortschritt anstoßen.



Michael Vassiliadis: Für den Fortschritt. Industriepolitik im 21. Jahrhundert, Vorwärts Verlag, Berlin 2010, 117 Seiten, 10 Euro

Zum 85. Geburtstag liegt nun erstmals eine umfassende Übersicht über das Leben des großen Musikers und Komponisten **Mikis Theodorakis** vor. Bislang unveröffentlichte Bilder und Interviews geben Einblick in sein künstlerisch ambitioniertes und politisch engagiertes Leben. Ergänzt wird das Buch um zwei liebevoll zusammengestellte CDs und eine DVD.

Asteris Kutulas, Mikis Theodorakis – Ein Leben in Bildern…, Schott-Verlag Mainz, 160 S. (inkl. 2 CD und DVD), 49 Euro

interregio

••• Im Rahmen der Herbstaktionen befragt der ***DGB Bayern*** die insgesamt 91 bayerischen Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Die PolitikerInnen sollen sich zu den Themen Sparpaket, Leiharbeit, Hartz IV, Rente mit 67, Kommunalfinanzen und zur Gesundheitsreform äußern. Alle Abgeordneten haben persönliche Zugangsdaten zur Homepage *www.namentliche-abstimmung.de* erhalten, um ihre Antworten ins Netz zu stellen. Die BürgerInnen können den so genannten ***Politiker-Navigator*** nutzen, um zu sehen, wie ihre Abgeordneten zu den politischen Themenfeldern stehen.

www.namentliche-abstimmung.de

••• Der ***DGB Hamburg*** und Attac Hamburg laden zu einer gemeinsamen ***Ausstellung*** mit dem Thema „Räume der Offshore-Welt: Steueroasen und Offshore-Zentren in Europa" ins DGB-Haus am Besenbinderhof ein. Um die Folgen der deregulierten Finanzwelt deutlich zu machen, werden Fotos von Briefkastenfirmen, Profiteuren, öffentlicher Armut und den Statussymbolen der Finanzwelt gezeigt. Zudem analysiert der Publizist Werner Rügemer, unter anderem bekannt aus dem Film *Let's make money*, am 28. Oktober die Rolle der Finanzoasen für die globale Wirtschaft. Die Ausstellung kann kostenlos jeweils ab 18:30 Uhr besichtigt werden. Weitere Infos gibt's im Internet. *www.dgb-hamburg.de*

Hartz IV

„Politische Trickserei“

„Menschenwürde macht sich nicht fest an der Kassenlage des Bundes“, sagte DGB-Vorsitzender Michael Sommer kurz vor der Bekanntgabe der neuen Regelsätze für Hartz-IV-BezieherInnen. Für die Bundesregierung offensichtlich doch. Denn bei der Neuregelung steht das vom Verfassungsgericht gewährte Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum keineswegs im Vordergrund.

Die Kritik von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Erwerbsloseninitiativen ist grundlegend. Denn weder die geforderte Transparenz noch das gewählte Verfahren der Regelsatzermittlung entsprechen den Vorgaben des höchsten Gerichts, sondern sind „das Ergebnis politischer Trickserei“, so DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

Ein methodisch schwerwiegendes Defizit besteht nach einer ersten Bewertung des DGB darin, dass die Bundesregierung keine eigenen statistischen Erhebungen zu den Bedarfen vorgenommen hat. „Der grundlegende Mangel der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) besteht unverändert fort. Sie ermittelt keinerlei Bedarfe, sondern misst lediglich das (behauptete) Konsumverhalten von Haushalten“, heißt es in der DGB-Stellungnahme. So wurde „statistisch getrickst, um auf das politisch gewünschte Ergebnis zu kommen“, sagt Buntenbach. Ein Beispiel ist die nicht berücksichtigte Studie des Dortmunder Instituts für Kinderforschung, nach der etwa 40 Prozent der Kosten für eine gesunde Ernährung in den Regelsätzen einer Familie fehlen.

Auch das „Bildungspaket“ der Bundesregierung sei „völlig unzureichend“, kritisiert der DGB. „Die Maßnahmen greifen zu kurz, teils werden längst vorhanden Hilfen als neu verkauft.“ So habe die Große Koalition das so genannte Schulbedarfspaket von 100 Euro bereits vor zwei Jahren eingeführt, einzige Neuerung ist die Aufsplitterung des Betrags: 70 Euro gibt es jetzt am Schulanfang, 30 Euro zum Halbjahr. Bei den anvisierten Gutscheinen würden „die kommerziellen Nachhilfe-Institute subventioniert“, statt Nachhilfe an guten Ganztagsschulen zu etablieren. „Außerdem ist völlig unklar, wie und in welchem Umfang die ohnehin überforderten Jobcenter sich nun auch noch um Nachhilfefragen kümmern sollen“, kritisiert der DGB. Unzureichend seien auch die Überlegungen, Kinder im Hartz-IV-Bezug am kulturellen Leben teilhaben zu lassen: „Wenn Kinder aus armen Familien ein Theater besuchen, sich im Fußballverein anmelden oder an einer Ferienfreizeit teilnehmen wollen, darf dies nicht am Geld scheitern. Es ist gut, wenn der Staat hier einen Zuschuss zahlt. Doch auch hier greift das Bildungspaket zu kurz: Mit nur zehn Euro im Monat lässt sich ein Kurs an einer Musikschule zum Beispiel nicht bezahlen.“ Auch die notwendigen Mittagessen in der Schulkantine oder im Kindergarten seien nur dort angedacht, wo bereits die Infrastruktur vorhanden ist. „Nötig ist deshalb vor allem ein massiver Ausbau der Bildungsinfrastruktur“, fordert der DGB und schlägt einen „Runden Tisch Kinderarmut“ vor, an dem Bund, Länder und Kommunen sowie andere Akteure, die mit Bildungs- und Armutsfragen bei Kindern befasst sind, vertreten sind, um gemeinsam armutsvermeidende Infrastrukturlösungen zu entwickeln.

Einen „Minischritt“ nannte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer dagegen die neuen Zuverdienstmöglichkeiten. BezieherInnen von Arbeitslosengeld II sollen bei einem Verdienst bis zu 1000 Euro 20 Prozent selbst behalten können. Bislang lag diese Grenze bei 800 Euro. Im Vordergrund müsse aber weiter stehen, „Arbeit zu schaffen und nicht Zuverdienstmöglichkeiten“, betonte Sommer. •

Unsachliche Berechnung

Grundlage der Neufestlegung der Regelsätze ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 (EVS) des Statistischen Bundesamtes, die „grundsätzlich keinerlei Bedarfe, sondern lediglich das Konsumverhalten von Haushalten messe“, so eine DGB-Stellungnahme. Zudem habe das Bundesarbeitsministerium (BMAS) nur die Haushalte aus der Referenzgruppe heraus gerechnet, die ausschließlich von staatlichen Transferleistungen leben, nicht aber so genannte Aufstocker oder diejenigen, die trotz Niedriglohn keine staatlichen Leistungen beantragen. Kritisiert wird auch, das BMAS habe externen Sachverstand nur punktuell hinzugezogen und keine eigenen Studien in Auftrag gegeben. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach forderte die Koalition deshalb „zu einer sachgerechten Berechnung der Regelsätze“ auf.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Sags weiter! Gewerkschafter profitieren doppelt.

ACE Auto Club Europa

Nur bis 31.12.2010:

2 für 1

Zwei Jahre Mitgliedschaft zum Preis von einem.

plus

20 € Tankkarten für jedes neue Mitglied.

Den ACE empfehlen lohnt sich! Mehr Infos zur Aktion: 040 25304612 oder ace.hamburg@ace-online.de

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

ver.di hat einheitliche Tarifstandards für alle im Auftrag des ZDF produzierten Filme durchgesetzt. Grundlage ist der mit der Produzenten-Allianz ausgehandelte Tarifvertrag. Unter anderem gelten nun wichtige Regeln für die Sozialversicherung und Zeitkonten. Entsprechende Eckpunkte sind mit der ARD bereits Ende 2009 vereinbart worden.

Die IG BAU verschärft den Kampf gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung im Maler- und Lackiererhandwerk. Ziel sei es, den Missbrauch effektiver zu bekämpfen. „Es gilt die schwarzen Schafe in der Branche zurückzudrängen", sagte der stellvertretende IG BAU-Vorsitzende Dietmar Schäfers. Partner sind das Bundesfinanzministerium und der Bundesverband Farbe, Gestaltung, Bautenschutz.

Fragen an ...

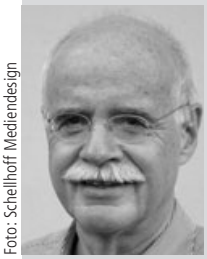


Foto: Schellhoff Mediendesign

Das DGB-Bildungswerk will ab 2012 die Bildungsangebote der beiden Tagungshäuser Hamburg-Sasel und Niederpöcking am Starnberger See verlagern. Dieter Eich, 64, Geschäftsführer des DGB-Bildungswerks, erläutert den Hintergrund.

Warum werden die Bildungszentren nicht weitergeführt?

Die Pachtverträge für beide Tagungshäuser laufen aus. Uns ist von Seiten der Besitzer signalisiert worden, dass bei einer Vertragsverlängerung die Pacht wesentlich erhöht werden soll und bauliche Maßnahmen in erheblichem Umfang anstehen. Da sich unsere finanziellen Mittel aus Mitgliedsbeiträgen der Gewerkschaften speisen, wäre es unverantwortlich, größere finanzielle Mittel in Häuser zu investieren, die nicht im Besitz des DGB-Bildungswerks sind.

Was bedeutet das für das Seminarangebot?

Der Vorstand des Bildungswerks hat beschlossen, dass unser Bildungsangebot in allen wichtigen Themenfeldern erhalten bleibt. Inhalte, Konzepte und ReferentInnen bleiben dieselben wie bisher. Allein die Tagungsorte werden sich ändern. In Hattingen werden beide DGB-Zentren der Jugendbildung und Erwachsenenbildung weiter ausgebaut. Das ist durch die Unterstützung der Landesregierung von NRW und der Stiftung Jugendmarke möglich. Der Seminarbetrieb der beiden Häuser Sasel und Niederpöcking läuft uneingeschränkt bis Ende 2011 weiter. In der verbleibenden Zeit suchen wir nach geeigneten gewerkschaftsnahen Alternativen.

Wird es weiterhin Angebote in den betroffenen Regionen geben?

Klar ist, dass die Bildungs- und Qualifizierungsangebote für Betriebs- und Personalräte in Hamburg und in der Umgebung des Starnberger Sees erhalten werden sollen. Eine Auslagerung in Hotels ist nicht geplant.

Welche Auswirkungen hat die Schließung für die Beschäftigten?

Da wir derzeit noch auf der Suche nach geeigneten Tagungszentren im Raum Hamburg und Starnberg/München sind, lassen sich die Auswirkungen für die Belegschaften der beiden Häuser derzeit noch nicht abschließend beurteilen. Natürlich werden wir gemeinsam mit den zuständigen Betriebsräten nach sozialverträglichen Lösungen suchen. Hierzu gibt es auf allen Ebenen Gespräche und Verhandlungen mit den betroffenen Betriebsräten und den Belegschaften.

DGB

BAföG-Erhöhung durch Bundesrat

Der Bundesrat hat Mitte Oktober der BAföG-Erhöhung mit einem neuen Höchstbetrag von 670 Euro monatlich zugestimmt. Rückwirkend zum 1. Oktober steigen die Sätze um zwei, die Elternfreibeträge um drei Prozent. Die Länderkammer hatte sich zunächst wegen der finanziellen Mehrbelastungen gegen eine Anhebung ausgesprochen. Nun stimmte sie zu – nachdem der Bund zusätzliche Gelder für die Forschungsförderung zugesichert hatte.

DGB und DGB-Jugend begrüßten die Anhebung. „Es ist eine gute Nachricht für die Studierenden, dass die BAföG-Blockade im Bundesrat beendet ist", sagte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Der DGB hatte die Bundesländer vor dem bald beginnenden Wintersemester zur Eile gemahnt.

Herbstaktionen aktuell

+++ Daten und Fakten satt zu allen wichtigen Themen der Herbstaktionen von Leiharbeit über Spar- und Bildungspolitik bis zur Kopfpauschale hat der DGB-Bundesvorstand in seinem Reader **„Materialien zu den Herbstaktionen"** zusammengestellt. Dazu informiert er, wann Parlament und Kabinett über das Sparpaket, den Entwurf eines neuen Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, Gesundheitsreform und den Bericht zur Beschäftigungssituation älterer ArbeitnehmerInnen beraten oder entscheiden. Download: *www.dgb.de/herbstaktion* **+++** Die Aktionen von DGB und Gewerkschaften für soziale Gerechtigkeit, für einen starken Sozialstaat, für die Regulierung der Finanzmärkte und gegen den Missbrauch der Leiharbeit sind erfolgreich angelaufen. Bereits seit September haben im gesamten Bundesgebiet zahlreiche dezentrale Aktionen stattgefunden, viele davon in Betrieben und Verwaltungen. Vom 25. Oktober bis zum 13. November steigt nun die **heiße Phase** der gewerkschaftlichen Aktivitäten. In diesem Zeitraum finden auch vier größere **Demonstrationen und Kundgebungen** statt – und zwar am **6. November in Hannover** sowie am **13. November in Dortmund, Nürnberg und Stuttgart.** Alle Termine und Links zu den Aktionsseiten der Gewerkschaften: *www.dgb.de/herbstaktion*

Integrationsdebatte

Keine Spaltung akzeptieren

Der beste Weg zur Integration von Migranten ist es, die soziale Lage aller Beschäftigten zu verbessern, meint Rita Schiavi von der größten Schweizer Gewerkschaft Unia.

Die Schweiz hat im europäischen Vergleich eine hohe Ausländerquote: 22 Prozent der Wohnbevölkerung hat keinen Schweizer Pass. Fremdenfeindlichkeit hat allerdings wenig mit der Anzahl anwesender Ausländer zu tun. Fremdenfeindlichkeit eignet sich aber sehr gut, von anderen Problemen und allgemeiner Unzufriedenheit abzulenken. Rechtspopulistische Parteien verstehen es in Deutschland, der Schweiz und anderswo, mit Fremdenfeindlichkeit Politik zu machen. In der Schweiz, mit ihrer direkten Demokratie, nutzen die rechtspopulistischen Parteien auch immer wieder das Mittel der Initiative, um fremdenfeindliche Vorlagen zur Abstimmung zu bringen. Letztes Beispiel: die Minarett-Initiative.

Die Gewerkschaft Unia, vor sechs Jahren aus der Baugewerkschaft, der Gewerkschaft der Metaller und einer kleinen Dienstleistungsgewerkschaft hervorgegangen, ist heute die größte Einzelgewerkschaft der Schweiz. Mehr als die Hälfte unserer Mitglieder haben keinen Schweizer Pass. Wir sind deshalb auch **die größte Migrantenorganisation der Schweiz.** Weil die Migrantinnen und Migranten kein Wahlrecht haben, verstehen wir uns auch als die politische Vertretung unserer ausländischen Mitglieder. Immer wieder bekämpfen wir fremdenfeindliche Vorlagen und mischen uns in Abstimmungskämpfe ein.

Leider gibt es kein einfaches Rezept gegen Fremdenfeindlichkeit. Als Gewerkschaft haben wir aber seit vielen Jahren eine Grundhaltung entwickelt, die uns als einzig mögliche und richtige erscheint: Wir akzeptieren **keine Spaltung der Arbeiterklasse in Einheimische und Ausländer!** Gegen Diskriminierung kämpfen, heißt auch, zu verhindern, dass ausländische Arbeitskräfte zu Konkurrenten für einheimische Arbeitskräfte werden. Deshalb haben wir unsere Zustimmung zur Personenfreizügigkeit mit der EU vom Erlass so genannter flankierender Maßnahmen abhängig gemacht. Was für Beschäftigte in der Schweiz gilt, gilt auch für entsandte Arbeitnehmer: **gleicher Lohn und Anstellungsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort.** Mit reger Kontrolltätigkeit – gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden – sorgen wir dafür, dass allgemein verbindliche Gesamtarbeitsverträge von allen Firmen eingehalten werden. Nur so kann verhindert werden, dass ausländische Arbeitskräfte als Lohndrücker und Sozialdumper benutzt werden.

Wichtig sind auch der gemeinsame Kampf und der gemeinsame Einsatz von MigrantInnen und SchweizerInnen in der Gewerkschaft. Die Schweizer Kollegen sind sich sehr wohl bewusst, dass unsere gewerkschaftliche Stärke wesentlich davon abhängt, dass es uns gelingt, die MigrantInnen gewerkschaftlich zu organisieren. Besonders in Branchen, wo MigrantInnen die Mehrheit der Beschäftigten stellen, ist deren Organisationsgrad, aber auch deren Mobilisierungsfähigkeit **für den gewerkschaftlichen Erfolg von großer Bedeutung.**

Foto: Unia/ Werner Tschan

Rita Schiavi, 55, Mitglied der Geschäftsleitung der Schweizer Gewerkschaft Unia, sieht ihre Gewerkschaft als größte Migrantenorganisation des Landes.

Als Gewerkschaft leisten wir außerdem einen großen Integrationsbeitrag. Dies wird außerhalb unserer Organisation leider zu wenig zur Kenntnis genommen. Wir bieten in verschiedenen Branchen eine große Anzahl von Sprachkursen an, die zum Teil auch durch gesamtarbeitsvertraglich festgelegte Berufsbeiträge finanziert werden. Die Stiftung ECAP, ein Bildungsinstitut, das ursprünglich von der italienischen Gewerkschaft CGIL gegründet wurde und an dem die Schweizer Gewerkschaften beteiligt sind, ist heute der **größte Anbieter von Sprach-, Integrations- und beruflichen Weiterbildungskursen für MigrantInnen** in der Schweiz. Zur Integrationshilfe gehört aber auch die Information der MigrantInnen über ihre Rechte und Pflichten. Auch in diesem Bereich leisten die Gewerkschaften viel. Wir publizieren **Zeitschriften und Informationsbroschüren in sieben bis neun Sprachen.** Und in den meisten dieser Sprachen sind wir auch in der Lage, unsere Mitglieder in den Gewerkschaftssekretariaten zu betreuen und zu beraten.

Etwas Wichtiges zum Schluss: Fremdenfeindlichkeit ist immer dann besonders groß, wenn die Verunsicherung und die sozialen Probleme groß sind. In Krisenzeiten also. Das wichtigste, was Gewerkschaften und linke Parteien gegen Fremdenfeindlichkeit tun können, ist deshalb der Kampf gegen Sozialabbau und für die Verbesserung der sozialen Lage aller Beschäftigten. •

An der Umsetzung hapert es noch

In den Gewerkschaften wird Integration seit Jahrzehnten erfolgreich gelebt. Gegenüber SPIEGEL-ONLINE forderte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer eine Ausweitung der gesellschaftspolitischen Rechte von Migranten:

„Seit Anfang der siebziger Jahre haben ausländische Beschäftigte in unseren Betrieben und im öffentlichen Dienst das aktive und passive Wahlrecht. Vor allem in der Industrie gibt es viele ausländische Betriebsräte, die sich – häufig sogar als Vorsitzende – um die Belange aller Beschäftigten kümmern. Was für die Betriebe gilt, sollte auch bei politischen Wahlen gelten.

Wenn Politiker Integration einfordern, müssen sie auch die Rahmenbedingungen dafür schaffen: Im nationalen Integrationsplan wurden zwar Ziele und Maßnahmen vereinbart, doch an der Umsetzung hapert es noch. Für eine erfolgreiche Integration brauchen wir die Anerkennung beruflicher Abschlüsse von Zuwanderern, ausreichend qualifiziertes und entsprechend bezahltes Personal für Kitas und Sprachkurse sowie den Zugang zu Integrationskursen für Zuwanderer mit unsicherem Aufenthalt.“

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

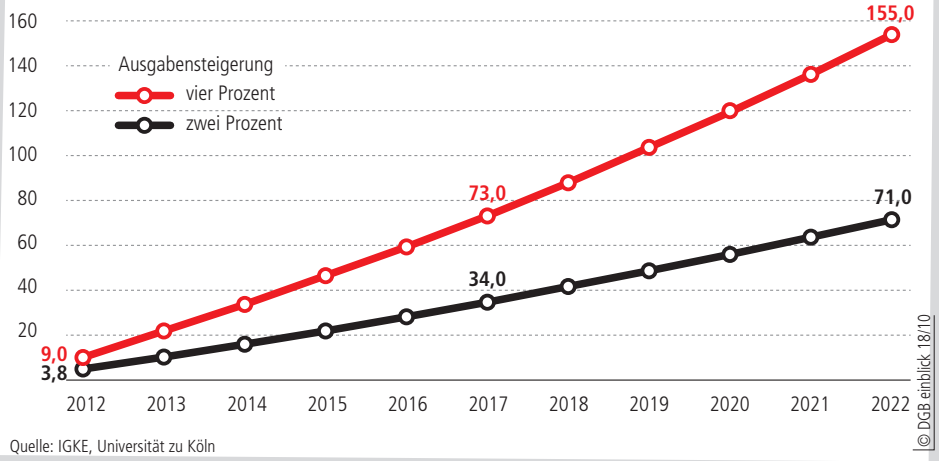
DIES & DAS

die DGB grafik

KOPFPAUSCHALE: Schneller und deutlicher Anstieg prognostiziert

Die von Schwarz-Gelb in der Gesetzlichen Krankenversicherung geplanten Kopfpauschalen („Zusatzbeiträge") könnten bereits innerhalb weniger Jahre zu einer massiven monatlichen Belastung der Versicherten führen. Eine vom DGB in Auftrag gegebene Studie der Uni Köln prognostiziert: Steigen die Gesundheitskosten jährlich nur um zwei Prozent, liegt die Kopfpauschale innerhalb von zehn Jahren rechnerisch schon bei über 70 zusätzlichen Euro im Monat. Bei stärkerem Kostenanstieg sind sogar über 150 Euro möglich.

Prognostizierte Höhe der geplanten Kopfpauschale bei zwei Prozent Ausgabensteigerung der Gesetzlichen Krankenversicherung pro Jahr sowie bei vier Prozent Ausgabensteigerung pro Jahr (in Euro)



Quelle: IGKE, Universität zu Köln

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

26.10. DGB-Region Dresden-Oberes Elbtal, Konferenz zur Situation der kommunalen Finanzen, Dresden

26.10. DGB-Region Ruhr-Mark, Auftaktveranstaltung „Heißer Herbst im Märkischen Kreis", Lüdenscheid

26.10. ver.di, Fachtagung „Gesetzliche Krankenversicherung auf Abwegen", Saarbrücken

26.10. ver.di, Kundgebung mit dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske, Ulm

27.10. IG Metall, „Alternative Anhörung" zur Rente mit 67 mit öffentlichen Aktionen, Berlin

27.10. DGB-Region Leipzig-Nordsachsen und ver.di, Straßenaktion „Entgeltgleichheit für Frauen", Leipzig

27.10. DGB-Ortsverband Frankenthal und IG Metall Ludwigshafen-Frankenthal, Kundgebung „Gegen Leiharbeit und Rente mit 67", Frankenthal

28.10. DGB-Bezirk Sachsen, Konferenz „Hoch flexibel, deregulliert und unorganisiert – Prekäre Beschäftigung und Gewerkschaften", Dresden

28.10. DGB-Region Schleswig-Holstein-Nordwest, IG Metall und ver.di, öffentliche Funktionsträgerkonferenz, Flensburg

29.10. DGB-Region NRW Süd-West, Sozialer Protest- und Aktionstag, Aachen

30.10. IG Metall, Kundgebung „Weg mit dem Sparpaket – Kurswechsel jetzt!", Hamburg

2./3.11. Otto-Brenner-Stiftung, Jahrestagung mit Verleihung der Otto-Brenner-Preise für kritischen Journalismus, Berlin

3.11. DGB und IG Metall, Veranstaltung „Sozialstaat – nur noch für Reiche?", Gelsenkirchen

3.11. Arbeit und Leben DGB/VHS NW, Arbeitsrechtstag Rhein-Ruhr 2010; unter anderem mit Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales in NRW, Essen

3.11. DGB-Bezirk Sachsen und Bündnis für Zukunft und Zusammenhalt, Demonstration gegen den geplanten Doppelhaushalt des Freistaats Sachsen, Dresden

4.11. ver.di-Bezirk Rostock u.a., Betriebsrätekonferenz zu Niedriglöhnen, Stralsund

4.11. DGB-Region Schleswig-Holstein-Nordwest, IG Metall und ver.di, öffentliche Funktionsträgerkonferenz, Husum

4./5.11. Hans-Böckler-Stiftung, IG Metall und Ruhr-Universität Bochum, Tagung „Leitbild trifft auf Praxis – Das Leitbild der Demokratischen und Sozialen Hochschule in der Diskussion", Bochum

6.11. DGB-Bezirk Niedersachsen, Aktionstag „Druck machen für gerechte Politik! Gegen soziale Kälte!", Hannover

Herbstaktionen

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Luis Ledesma, Bernhard Schulz **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Weil er aber nicht richtig ernst genommen wird, traut man ihm eine solche schädliche Wirkung gar nicht zu. Rösler profitiert von einer gewissen Aura der Lächerlichkeit."

Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach in einem Interview mit Spiegel Online aus September über die geplante schwarz-gelbe Gesundheitsreform und FDP-Gesundheitsminister Philipp Rösler.

URTEILE

Bereitstellung eines Parkplatzes

Angemessen muss er sein

Ein Arbeitgeber kann verpflichtet sein, einem Mitarbeiter kostenfrei einen Parkplatz zu überlassen, wenn die Entscheidung über den Entzug der Parkmöglichkeit eine unbillige Ermessensausübung darstellt.

Der Fall: Der Arbeitnehmer, dessen Wohnort weit entfernt von seinem Stationierungsort liegt, hatte bisher vom Arbeitgeber die Parkgebühren für einen auf dem Flughafengelände seines Heimatortes liegenden Parkplatz erstattet bekommen. Nachdem der Arbeitgeber diese Kosten nicht mehr tragen wollte, führten die Parteien einen Rechtsstreit, in dem der Arbeitgeber verurteilt wurde, dem Flugkapitän auf dem Flughafengelände seiner Heimatstation einen unentgeltlichen Parkplatz zu überlassen. Bisher hatte der Mitarbeiter einen Parkplatz in einem bestimmten Parkhaus genutzt. Nach dem Urteil im Vorverfahren teilte der Arbeitgeber ihm mit, er solle an einer anderen, weiter entfernten Stelle auf dem Gelände parken und mit einem Pendelbus zum Terminal fahren. Der Flugkapitän wollte jedoch weiterhin in dem Parkhaus parken und musste hierfür Wertmarken erwerben, für die er in etwa 1,5 Jahren einen Betrag von knapp 2.000 Euro zahlte. Diesen Betrag wollte er erstattet und im Übrigen wieder eine Parkmöglichkeit in dem Parkhaus eingeräumt bekommen. Mit seiner Klage hatte er Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der Arbeitgeber war verpflichtet, weiter kostenfrei zu den bisherigen Bedingungen zu dienstlichen Zwecken einen Parkplatz an der Heimatstation in dem Parkhaus zur Verfügung zu stellen. Zwar hat der Mitarbeiter keinen Anspruch auf einen bestimmten Parkplatz und der Arbeitgeber kann bestimmen, welchen Parkplatz er zur Verfügung stellt. Allerdings muss diese Leistungsbestimmung durch den Arbeitgeber nach billigem Ermessen getroffen werden. Das ist nicht geschehen. Der Arbeitgeber hat nicht offen gelegt, aufgrund welcher Erwägungen er einen anderen Parkplatz zugewiesen hat. Die Interessen des Flugkapitäns sind jedenfalls erkennbar berührt, wenn er statt eines Parkplatzes, von dem aus er in drei Minuten bzw. vier Minuten das Terminal erreichen konnte, nun einen Parkplatz mit deutlich längerem Fußweg oder der Nutzung eines Pendelbusses mit Fußweg erfordert.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 16. November 2009 - 17 Sa 900/09

Dienstwagen

Leichenwagen ist unzumutbar

Ist der Arbeitgeber verpflichtet, dem Arbeitnehmer einen Dienstwagen zur Verfügung zu stellen, kann er seine Verpflichtung nicht durch die Überlassung eines Leichenwagens erfüllen.

Der Fall: Dem Arbeitnehmer, bei einem Bestattungsunternehmer beschäftigt, steht nach dem Arbeitsvertrag ein Dienstfahrzeug auch zur privaten Nutzung zu. Nachdem der Arbeitgeber zunächst einen Caddy überlassen hatte, wollte er künftig einen Leichenwagenzur Verfügung stellen. Die hiergegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: In Anbetracht des Stellenwerts eines Leichenwagens in der allgemeinen Verkehrsanschauung ist es dem Angestellten nicht zumutbar, ein solches Fahrzeug für sich und seine Angehörigen in seiner Freizeit privat zu nutzen.

Landesarbeitsgericht Köln,
Urteil vom 19. November 2009 - 7 Sa 879/09

Gesetzliche Krankenversicherung

Kein Anspruch auf Rollstuhlbike

Erwachsene Krankenversicherte haben keinen Anspruch auf Erstattung der Kosten für ein selbstbeschafftes Rollstuhlbike („Speedybike") oder einen Elektrorollstuhl, wenn sie sich mit einem gewöhnlichen Aktiv(Greif)rollstuhl in einem Umkreis von 500 m um ihre Wohnung in zumutbarer Zeit noch selbstständig bewegen können.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,
Urteil vom 24. Juni 2010 - L 16 KR 45/09

Schwerbehindertenrecht

Transsexualität ist keine Behinderung

Transsexualität stellt keine eigenständige Behinderung im Schwerbehindertenrecht dar, die neben körperlichen und psychischen Einschränkungen besonders berücksichtigt werden muss. Das gilt auch, wenn trotz der Operation die Versicherte nicht in der Lage ist, sich als Frau fortzupflanzen.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 23. Juli 2010 - L 8 SB 3543/09

Hartz IV

Kein Geld für Schüleraustausch

Schüler, die Arbeitslosengeld II („Hartz IV") beziehen, haben keinen Anspruch auf Übernahme der Kosten eines Schüleraustausches, wenn an dem Austausch nur wenige speziell ausgewählte Schüler teilnehmen.

Empfänger von Arbeitslosengeld II haben zwar einen Anspruch auf die Übernahme der Kosten von Klassenfahrten; um eine solche hat es sich hier – Austauschprogramm mit den USA – aber nicht gehandelt. Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung ist es, die soziale Ausgrenzung von Schülern aus einkommensschwachen Familien zu verhindern. Eine derartige Ausgrenzung ist aber nicht zu befürchten, wenn nur wenige ausgewählte Schüler an einem Austauschprogramm teilnehmen.

Landessozialgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 22. Juni 2010 - L 13 AS 678/10

Ehrenamt

Sitzungsgeld ist Einkommen

Bekommt ein Hartz-IV-Empfänger Sitzungsgeld und Aufwandsentschädigung für eine ehrenamtliche Tätigkeit in kommunalen Gremien, so ist dies als Einkommen anzurechnen.

Sächsisches Landessozialgericht,
Urteil vom 17. Mai 2010 - L 7 AS 25/07

Arbeitslosengeld II

Kein Hartz IV für Haftzeit

Wird ein "Hartz IV"-Empfänger zur Verbüßung einer Ersatzfreiheitsstrafe in eine Justizvollzugsanstalt (JVA) aufgenommen, so steht ihm für die Zeit seiner Haft kein Arbeitslosengeld II zu.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 17. Juni 2010 - L 15 AS 96/10

mit Schwerpunkt gewerkschaftliche HERBSTAKTIONEN

einblick

gewerkschaftlicher Info-Service vom 08.11.2010 19/10

Herbstaktionen

Deutschland in Schieflage

„Gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und vor Ort sagen wir: Deutschland ist in Schieflage – sozial gerecht geht anders, wir brauchen einen Kurswechsel", hatte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer zum Start der drei zentralen Wochen der Herbstaktionen der Gewerkschaften angekündigt. Inzwischen laufen die Aktivitäten auf Hochtouren. Vom Hamburger Hafen bis zum Karwendel-Gebirge (siehe Fotos), von Frankfurt/Oder bis Brüssel: Bundesweit und auf europäischer Ebene setzen Kolleginnen und Kollegen Zeichen für eine sozial gerechte Politik.

„Restriktive Sparprogramme, Kürzungen der Sozialleistungen, Einschnitte in die öffentliche Daseinsvorsorge und das Bildungssystem verschlechtern die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bürgerinnen und Bürger spürbar", so Sommer. Der jetzt stattfindende Beschäftigungsaufbau erfolge fast ausschließlich im Niedriglohnsektor und in der Leiharbeit statt in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen mit guter und gerecht bezahlter Arbeit.

Fotos: Thorsten Wulff, ver.di/Benjamin Zers

Vom Hamburger Hafen bis zum Karwendel-Gebirge in 2244 Meter Höhe: In ganz Deutschland machen sich GewerkschafterInnen für eine bessere Politik stark.

Gleichzeitig habe sich die Regierung zum Erfüllungsgehilfen von Lobbyinteressen gemacht. Zum Beispiel in der Gesundheitspolitik. Schwarz-Gelb belastet einseitig die gesetzlich Versicherten mit der geplanten Kopfpauschale, will gleichzeitig die Arbeitgeberbeiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) einfrieren und greift außerdem noch den Privatversicherern unter die Arme. Der DGB fordert hingegen ein solidarisch finanziertes Gesundheitssystem für alle statt der geplanten Zwei-Klassen-Medizin. Dabei kann er sich der Unterstützung einer Mehrheit der BürgerInnen sicher sein. Umfragen haben gezeigt: 66 bis 80 Prozent der Befragten sind gegen die Kopfpauschale.

Dass Schwarz-Gelb eine eindeutige Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung macht, zeigt auch der große Erfolg der Bundestagspetition des Bündnisses „Köpfe gegen Kopfpauschale". Problemlos knackten der DGB und seine Bündnispartner die „magische Grenze" von 50 000 Unterschriften – über 65 000 unterzeichneten innerhalb von nur drei Wochen die Petition: ein erster großer Erfolg der gewerkschaftlichen Aktivitäten, der auch Bundeskanzlerin Angela Merkel zu denken geben sollte. Sie will diesen Herbst zum „Herbst der Entscheidungen" machen. •

plusminusBERLIN

+ *Schwarz-Gelb legt nach: Die angedachte „Vorkasse" für gesetzlich Krankenversicherte lehnt Steffen Lemme (SPD-MdB) ab. Gerade Arbeitslose, Aufstocker und Niedriglöhner verfügten nicht über die nötigen Geldreserven, um auch noch Arztrechnungen im Voraus zu bezahlen.*

– *Für Peter Bleser (CDU-MdB) ist Essen nicht nur Grundbedarf, „Essen ist Kultur und Gemeinschaft stiftend". Die Politik müsse „Anreize schaffen" für bessere Ernährung. Ob Bleser weiß, dass der neue Hartz-IV-Regelsatz bei „Nahrung und Getränke" um rund vier Euro gekürzt wurde?*

inhalt

Seite 2/3

Das läuft

Kreativ, bunt und überall: die Aktivitäten der Gewerkschaften für eine sozial gerechte Politik

Seite 6/7

Darum geht's

Die Vorsitzenden von DGB und Gewerkschaften sagen, worum es bei den Herbstaktionen geht, was den ArbeitnehmerInnen unter den Nägeln brennt und was die Politik jetzt tun muss

Seite 8

Das kommt

Mitmachen und Flagge zeigen: ein Ausblick auf die noch anstehenden Herbstaktionen der Gewerkschaften

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.dgb.de/herbstaktion
Die Herbstaktionen online

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Zahlen, Fakten, Argumente: DGB-Materialien zu den Herbstaktionen

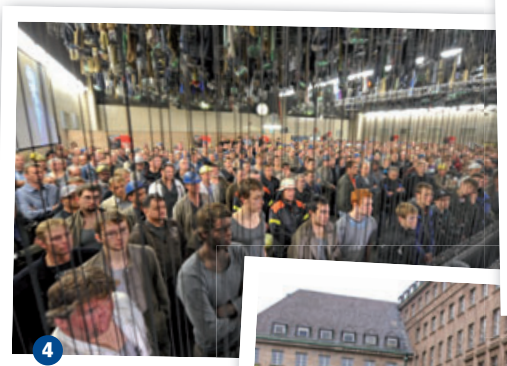
Bunter Herbst

Bunt, kreativ, laut, mit klarer Botschaft – und vor allem: überall. Die Aktionen, Proteste und Aktivitäten von DGB und Gewerkschaften machen in ganz Deutschland in Unternehmen, Betrieben und vor Ort in den Kommunen deutlich: Deutschland ist in Schieflage – sozial gerecht geht anders – wir brauchen einen Kurswechsel.

1

2

3


4

5

6

7

+++ 1,5 Millionen Beschäftigte will die IG Metall mit ihren Aktivitäten für einen „Kurswechsel für ein gutes Leben" erreichen – insgesamt 2200, überwiegend betriebliche, Aktionen bundesweit machen unter anderem auf die **Missstände bei der Leiharbeit,** der **Rente mit 67** oder der Situation junger Beschäftigter aufmerksam. Bilder und Berichte von den Aktionen gibt es online *(www.igmetall.de)*, mehr zu den Zielen vom Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Berthold Huber, auf Seite 6. **+++** Die ver.di-Aktionen unter dem Motto „Gerecht geht anders" *(www.gerecht-geht-anders.de)* hatten einen ihrer ersten Höhepunkte am 2.11. in Ulm: Mehr als 2000 Beschäftigte protestierten gegen das **Sparpaket der Bundesregierung** und dessen Folgen für die kommunalen Finanzen. Die angedachte Abschaffung der Gewerbesteuer sei ein „Brandsatz hinein in die kommunale Handlungsfähigkeit", so der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Auch in Köln ***(Foto 1)*** hatten die DGB-Gewerkschaften gemeinsam bereits im September gegen die **„Plünderung der Gemeindekassen"** demonstriert. **+++** Am 29.9. folgten **100 000 GewerkschafterInnen** einem Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbunds nach **Brüssel** und demonstrierten gegen die europaweite Sparpolitik in Folge der Krise – darunter auch viele deutsche KollegInnen, wie DGB-Vorstand Annelie Buntenbach ***(Foto 2)***. Für die IG BCE war der 29.9. zugleich **„Kohle-Aktionstag"**. Tausende deutsche Bergleute demonstrierten in Brüssel ***(Foto 3)*** und auf Betriebsversammlungen ***(Foto 4, Ibbenbüren)*** für den Erhalt des deutschen Kohlekompromisses. **+++** In Bochum hat das von Gewerkschaften unterstützte „Bochumer Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" mit einer **Menschenkette** um das Rathaus ***(Foto 5)*** gegen die Kürzungspolitik und die damit verbundene „soziale Kälte" ***(Foto 6)*** protestiert. **+++** Auch die gewerkschaftlichen Erwerbsloseninitiativen machen in diesem Herbst mobil. Im Oktober fand im niedersächsischen Oldenburg mit über 3000 TeilnehmerInnen die Aktion „Krach schlagen statt Kohldampf schieben!" statt ***(Foto 7)***. Die Forderung: mehr Geld für Lebensmittel in den **Hartz IV-Regelsätzen.** Ähnliche Demos sollen folgen. *www.erwerbslos.de* **+++** Kein Geld für Klamotten: Die **IG BCE-Jugend** München verteilte am 23.10. Flyer gegen das Sparpaket – gekleidet in **T-Shirts** mit der Aufschrift „Danke Sparpaket: Hab kein Geld für dieses T-Shirt. Bring ich wieder zurück!" ***(Foto 8)*** – die IG BCE-Jugend Augsburg entwendete als „Panzerknacker" verkleidet ***(Foto 9)*** symbolisch **Lobby-Parteispenden** bei CSU und FDP. **+++** In die voll besetzte Jerusalemkirche in Berlin hatte die IG Metall am 27.10. Abgeordnete aller Parteien zu einer **„alternativen Anhörung"** zur Rente mit 67 eingeladen. Eindrucksvoll schilderten KollegInnen die Situation in ihren Betrieben und machten deutlich, dass schon viele kaum bis 65 arbeiten können. Im Vorfeld der Anhörung hatten sich mehrere Hundert DemonstrantInnen vor dem Bundesarbeitsministerium versammelt ***(Foto 10)***. **+++** Über 5000 GewerkschafterInnen demonstrierten am 29.9. vor dem **Sächsischen Landtag** ***(Foto 11)*** in Dresden gegen die Sparpolitik von Landes- und Bundesregierung. Besonders in der Kritik: der Doppelhaushalt 2011/12 der sächsischen Staatsregierung. **+++** Die **IG BAU** sammelt seit Wochen auf Baustellen Unterschriften gegen die Rente mit 67 und für eine bessere **Erwerbsminderungsrente.** Sie sollen dem Bundeskabinett übergeben werden, wenn es sich mit dem Prüfbericht zur Rente mit 67 befasst. **+++** Inhaltlicher Auftakt der Herbstaktionen des DGB war der zweite **DGB-Kapitalismuskongress** in Berlin am 7.10., dem Welttag für menschenwürdige Arbeit. Die Solidarität und die Aktivitäten der deutschen Gewerkschaften seien „inspirierend" für andere, sagte Sharan Burrow,

Fotos: DGB-Region Köln-Bonn, DGB/Horst Wagner (3), DGB/Simone M. Neumann (3), DGB-Bezirk Sachsen/Jürgen Lein, DGB Hessen-Thüringen, RAG Deutsche Steinkohle (2), Stefan Nölle, Ulrich Lange (2), ALSO Oldenburg, IG BCE (3), Sebastian Henneke, NGG-Region Heilbron, IGM-Verwaltungsstelle Arnsberg, ver.di-Bezirk Köln/Gesa Großstück, Harold Henke, Guido Mintjalla

RBSTAKTIONEN 2010

Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes, zur Eröffnung ***(Foto 12)***. Im Anschluss an den Kapitalismuskongress II nahmen mehrere Hundert GewerkschafterInnen an einer Kundgebung teil ***(Foto 13)***. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer ***(Foto 14)*** forderte, die **Finanzbranche** endlich für die Krisenfolgen in die Pflicht zu nehmen. **+++** Unter dem Motto „Lasst unsere Städte nicht baden gehen" machte ver.di Köln auf die desaströse Finanzsituation der Kommunen aufmerksam. Symbolischer Protest: ver.di-**„Kampfentchen"** ***(Foto 15)*** werden zu Wasser gelassen. **+++** AktivistInnen des ver.di-Bezirks Mühlheim-Oberhausen mobilisierten mit einer Brückenaktion für die Großveranstaltung des DGB NRW am 13.11. in Dortmund ***(Foto 16)***. Am 13.11. finden außerdem in Nürnberg und Stuttgart weitere Großkundgebungen der Gewerkschaften statt – Hannover ist der Ort der vierten Großdemo (6.11.). **+++ „Annahme verweigert – zurück an Absender"** – mit einem riesigen, zurückgewiesenen „Sparpaket" grüßte die NGG-Region Heilbronn ***(Foto 17)*** Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am 21.10. auf ihrem Weg zu einer CDU-Regionalkonferenz. Auch die IG Metall sammelt mit „Annahme verweigert"-Aktionen auf **Postkarten** Unterschriften gegen das Sparpaket – wie etwa in der Verwaltungsstelle Arnsberg ***(Foto 18)***. **+++** Mit einer „Barkassen-Demo" ***(Foto Seite 1)*** setzte die IG Metall Hamburg ein Zeichen gegen den schwarz-gelben Sparwahn. Insgesamt nahmen 2000 GewerkschafterInnen an der Kundgebung im **Hamburger Hafen** teil. **+++** Der ver.di-Bezirk Emscher-Lippe Süd demonstrierte gemeinsam mit KollegInnen des DGB und anderer Gewerkschaften bei einer **Straßenaktion** für eine gerechtere Steuerpolitik ***(Foto 19)***. **+++ Zu Tode reformiert?** Kollegen der IG BCE Augsburg machten ihre Kritik an der aktuellen Bundespolitik am 16.10. in der Augsburger Innenstadt recht drastisch deutlich ***(Foto 20)***. **+++** MitarbeiterInnen des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen zeigten für das Aktionsmotto des DGB **vollen Körpereinsatz** ***(Foto 21)*** – „Deutschland in Schieflage" eben. •

kurz&bündig

Die GEW warnt angesichts der geplanten Aussetzung der Wehrpflicht vor einem deutlichen Mangel an Studienplätzen. Nach Berechnungen der Gewerkschaft werden sich bereits für das Wintersemester 2011/12 rund 70 000 zusätzliche Studienberechtigte um einen Studienplatz bewerben, die ansonsten Wehr- oder Zivildienst geleistet hätten.

Die neuen Vorschriften der VerkehrsministerInnen von Bund und Ländern zu Winterreifen sind aus Sicht der GdP „halbherzig". Zwar sei jetzt der bisher diffuse Begriff „winterliche Verhältnisse" konkretisiert worden: Bei Schneeglätte, Schneematsch, Reifglätte oder Glatteis müssen Winterreifen drauf. Trotzdem sei immer noch nicht definiert was eigentlich „Winterreifen" sind.

Die gemeinsame Aktion „Sicher unterwegs" von TRANSNET und GDBA trägt Früchte: Die Deutsche Bahn will 300 zusätzliche Beschäftigte im Bereich Sicherheit einsetzen.

DGB und Hans-Böckler-Stiftung laden am 16. November zur Konferenz „Klimapolitik: Aufgabe für Arbeitnehmer und Gewerkschaften?" nach Berlin ein. Auf der Tagesordnung: Auswirkung des Klimawandels auf Gesellschaft und soziale Gerechtigkeit sowie eine Analyse möglicher Spannungsfelder für Gewerkschaften und Beschäftigte.

Ausbildungspakt

Bundesregierung knickt ein

Es war eine historische Chance – ein Ausbildungspakt mit einem sozialen Konsens von Politik und Sozialpartnern. Der DGB hatte sich bereit erklärt, an den Verhandlungen über einen neuen Ausbildungspakt für die Jahre 2010 bis 2014 teilzunehmen.

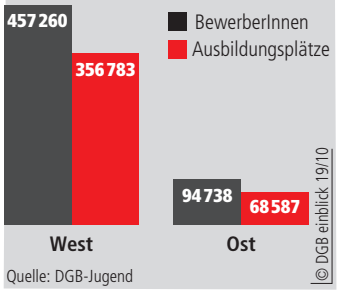
Am 25. Oktober schließlich war die Einigung da: Der DGB-Bundesvorstand beschloss, auf Grundlage der mit Bundesregierung und Arbeitgebern ausgehandelten Einigung dem Pakt beizutreten. Doch noch am selben Tag sorgten die Arbeitgeber für den Eklat: In einem Schreiben an das Bundeskanzleramt forderten sie im Ausbildungspakt ein klares Bekenntnis zu verkürzten, zweijährigen Ausbildungsberufen und zu Verschlechterungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Damit hätten die Arbeitgeber „die eigentlich schon abgeschlossenen Verhandlungen scheitern lassen", so DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. Der Pakt wurde ohne die Gewerkschaften unterzeichnet.

Der DGB hatte in den Verhandlungen zum Ausbildungspakt auch für eine „ehrliche Bilanz" plädiert: Die bisherigen Berechnungen der Paktpartner würden die Statistiken über bereits „versorgte" BewerberInnen schönen. Die tatsächlichen Zahlen zeigen allerdings einen deutlichen Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen (siehe Grafik). Eine Chronik der Ausbildungspakt-Verhandlungen, die Forderungen des DGB und der von Bundesregierung und Wirtschaft unterzeichnete Ausbildungspakt für die Jahre 2010 bis 2014 online. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Fehlende Ausbildungsplätze

Zahl der gemeldeten BewerberInnen und der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätze, September 2010



Quelle: DGB-Jugend

In Westdeutschland fehlen rund 100 000, in Ostdeutschland rund 26 000 betriebliche Ausbildungsplätze.

Leiharbeit

Millionenrisiken für Arbeitgeber

Für Dezember wird ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts erwartet, ob die „Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen" (CGZP) tariffähig ist. Bereits im April 2009 hatte das Berliner Arbeitsgericht der CGZP – einem Zusammenschluss von vier Gewerkschaften des Christlichen Gewerkschaftsbunds (CGB) – die Tariffähigkeit abgesprochen.

Jetzt wird mit dem Bundesarbeitsgericht die höchste arbeitsrechtliche Instanz entscheiden. Das Besondere: Wird die CGZP für nicht tariffähig erklärt, sind auch die von ihr abgeschlossenen (Billig-)Tarifverträge hinfällig, erklärt Thomas Klebe, Justitiar der IG Metall. Gilt für LeiharbeiterInnen kein Tarifvertrag, kommt der Equal-Pay-Grundsatz des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zum Tragen. Betroffene LeiharbeiterInnen könnten dann nachträglich den ihnen zustehenden höheren Lohn der Stammbelegschaften einklagen. Auch die Sozialversicherungsträger müssten rückwirkend höhere Versicherungsbeiträge in Millionenhöhe einklagen. •

DGB Sachsen

Proteste gegen Haushalt

Der DGB-Bezirk Sachsen hat seine scharfe Kritik am Haushaltsentwurf der sächsischen Staatsregierung bekräftigt. „Inhaltlich ist der Haushaltsentwurf mit seinen Kürzungen sozial ungerecht und verhindert notwendige Investitionen in die Zukunft", sagte der stellvertretende Bezirksvorsitzende Markus Schlimbach. Der Entwurf müsse grundsätzlich überarbeitet werden. Der DGB befürchtet, dass die geplanten Kürzungen im Doppelhaushalt 2011/12 fatale Folgen für BürgerInnen und ArbeitnehmerInnen haben. Unter anderem stünden bis zu 35 000 Arbeitsplätze auf der Kippe. •

TRANSNET und GDBA

Neue Gewerkschaft soll EVG heißen

Der Name der neuen Gewerkschaft aus TRANSNET und GDBA *(einblick 20/2009)* soll Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) lauten. Das haben die Spitzengremien beider Gewerkschaften einstimmig beschlossen. „Unsere neue Gewerkschaft soll einen Namen bekommen, der Tradition und Aufbruch miteinander verbindet", betonen die Vorsitzenden Alexander Kirchner, TRANSNET, und Klaus-Dieter Hommel, GDBA. Die endgültige Entscheidung wird dann der erste gemeinsame Gewerkschaftstag am 1. Dezember fällen. Am 30. November werden Delegierte beider Gewerkschaften letztmals getrennt die erforderlichen Beschlüsse zur Verschmelzung fassen. •

POLITIK AKTUELL

Rechtsextremismus

Verfestigt

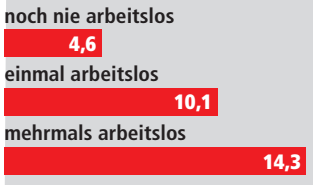
Im Zuge der Wirtschaftskrise haben rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung wieder zugenommen und sich auf hohem Niveau verfestigt. Das ist ein Ergebnis der Studie „Die Mitte in der Krise" im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Generell tendieren eher Männer – vor allem ältere – zu rechtsextremen Einstellungen. Die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen liegt bei etwa einem Drittel aller Befragten – in Ostdeutschland bei weit über 40 Prozent, im Westen bei rund 30 Prozent.

Ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild" mit hoher Zustimmung zu den abgefragten Aussagen hat die Studie bei 8,2 Prozent der BundesbürgerInnen (10,5 Prozent Ost, 7,6 Prozent West) ausgemacht. „In dem Maße, wie die prekarisierte Unterschicht anwuchs, nahm auch die rechtsextreme Einstellung in der Gruppe der Abstiegsbedrohten zu", heißt es in der Studie. •

www.fes-gegen-rechtsextremismus.de

Rechtes Weltbild

Von allen unter 31-jährigen Erwerbsfähigen, die bisher noch nie, einmal oder mehrmals arbeitslos waren, haben ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild"... (in Prozent)



Quelle: FES

© DGB einblick 19/10

Arbeitslosigkeit verstärkt unter jungen Menschen rechtsextreme Einstellungen.

Deutscher Betriebsräte-Preis

Rote Karte für Schlecker

Betriebsrätinnen der Drogeriemarktkette Schlecker aus Mayen und Fürth/Herzogenaurach sind mit dem Deutschen Betriebsräte-Preis in Gold ausgezeichnet worden. Die Preisträgerinnen überzeugten die Jury u. a. mit ihrem Projekt „Rote Karte für Anton Schlecker". In der Laudatio würdigte ver.di-Vorstand Dina Bösch bei der Preisverleihung am 20. Oktober in Bonn den erfolgreichen Einsatz der Schlecker-Kolleginnen gegen Lohndrückerei. NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider (SPD) lobte in seinem Grußwort die vorausschauende Arbeit von Betriebsräten in der Krise. Die mit GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen und betrieblichen Arbeitnehmervertretern besetzte Jury, darunter DGB-Vorstand Dietmar Hexel, hatte sich aus über 90 Vorschlägen für die Schlecker-Betriebsräte entschieden. Vergeben wird der Betriebsräte-Preis von der Zeitschrift Arbeitsrecht im Betrieb, Schirmherrin ist Bundesarbeitsministerin von der Leyen (CDU). •

www.deutscherbetriebsraete-preis.de

CorA-Aktionswoche

Das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung lädt vom 8. bis 12. November zu einer Aktionswoche unter dem Motto „Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen" nach Berlin ein. Ziel ist es, auf die oftmals schlechten Arbeits- und Umweltstandards europäischer Unternehmen in Entwicklungsländern hinzuweisen. Denn gerade dort verstoßen Tochterfirmen oder Zulieferer häufig gegen internationale Menschen- und Arbeitnehmerrechte. Den Auftakt macht CorA mit einer Podiumsdiskussion am 8. November mit Gästen aus Indien, Kolumbien und Südafrika.

www.einblick.dgb.de/links

2011 feiert der Internationale Frauentag sein 100. Jubiläum. Feiern wollen das auch die Gewerkschaftsfrauen mit zahlreichen Veranstaltungen unter dem Motto „100 Jahre Internationaler Frauentag: Heute für morgen Zeichen setzen".

?...nachgefragt

Foto: DGB

Zwei Vorschläge der EU-Kommission für Richtlinien im Bereich Arbeitsmigration könnten neue Türen für Lohndumping öffnen. Dabei geht es um die Saisonarbeit sowie um die konzerninterne Entsendung in global agierenden Konzernen. *einblick* fragte Annelie Buntenbach, im DGB-Vorstand für Europa zuständig, nach den Knackpunkten.

Die Richtlinie zur Saisonarbeit ist weder nötig noch hilfreich – die Beschäftigung von Saisonarbeitskräften aus Nicht-EU-Ländern ist durch das Aufenthaltsgesetz und durch bilaterale Vermittlungsabsprachen hierzulande geregelt. Eine europäische Regelung macht nur Sinn, wenn damit möglichst hohe soziale Standards garantiert würden. Doch das schlägt die Kommission nicht vor – im Gegenteil: Anders als bisher soll Saisonarbeit nicht auf Branchen wie Landwirtschaft oder Tourismus beschränkt bleiben. Das heißt: Die Richtlinie ließe die Beschäftigung von Saisonarbeitern in allen Branchen zu – ob beim Weihnachtsgeschäft im Handel oder bei der Schlaglochreparatur im Frühjahr. Das lehnen wir ab – ebenso wie die Entgeltregelung: Nach dem Entwurf fallen Wanderarbeitskräfte nur dann unter einen Tarifvertrag im Einsatzland, wenn der für allgemein verbindlich erklärt wurde. Das ist in Deutschland nur selten der Fall. Schutz vor Lohndumping würde ein gesetzlicher Mindestlohn bieten.

Nicht weniger problematisch ist die zweite Richtlinie. Sie soll ermöglichen, dass Führungs- und Fachkräfte sowie Trainees aus Nicht-EU-Ländern in globalen Konzernen an verschiedenen europäischen Standorten eingesetzt werden können. Auch das kann als Einladung zum Lohndumping wirken. Schließlich fallen Facharbeiter und angelernte Kräfte unter diese Richtlinie – und auch für sie gelten dann nur allgemein verbindliche Tarifverträge bzw. ein gesetzlicher Mindestlohn. Besonders perfide wird es, wenn die Fachkraft erst einmal in einem der Niedriglohnländer der EU eingesetzt und von dort aus nach Deutschland entsandt wird. Dann sind lediglich die Mindestbedingungen aus dem ersten Land bindend. Wir werden gemeinsam mit den europäischen Gewerkschaften alles dafür tun, um beide Vorhaben in der vorgelegten Form zu verhindern. Wir wollen ohne Ausnahme gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort!

HERBSTAKTIONEN

Gewerkschaften: „Dafür machen wir uns stark“

Herbst 2010 – die Aktionen, Proteste und Aktivitäten der Gewerkschaften sind bundesweit in vollem Gange. einblick hat die Vorsitzenden der acht DGB-Gewerkschaften gefragt: Was brennt den Kolleginnen und Kollegen in euren Branchen auf den Nägeln? Was muss sich an der aktuellen Politik ändern?

Wir brauchen Equal Pay in der Leiharbeit und gesetzliche Mindestlöhne in vielen Branchen. Wir sind bis dato in Berlin auf taube Ohren gestoßen. Deswegen verstärken wir bei diesem Thema den Druck. Das gilt auch für die Rente mit 67. Eine große Mehrheit in der Gesellschaft lehnt die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters ab. Trotzdem will die Bundesregierung bei der Rente mit 67 offenbar mit dem Kopf durch die Wand. Sie ignoriert die Realität in den Betrieben und am Arbeitsmarkt. Auch im Gesundheitswesen will Schwarz-Gelb die zusätzlichen Lasten der Zukunft allein den Arbeitnehmern aufbürden – mit der Kopfpauschale und dem Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge. Das ist die Art von Politik, die die Arbeitnehmer zu den Lasteseln des Sozialstaats macht.

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall

Vor allem in den Städten und Gemeinden wird den Menschen die Rechnung für die Bankenrettung präsentiert. Mit drastischen Kürzungen verschärft Schwarz-Gelb die Finanznot der Kommunen. Theater, Jugendzentren und Bibliotheken werden geschlossen, Kita- und Abfall-Gebühren erhöht. Wir erleben in den Betrieben, dass der Unmut über die zunehmende Ungerechtigkeit wächst. Die Kolleginnen und Kollegen sagen: Gerecht geht anders – Schluss mit dieser Politik, die oben entlastet und unten belastet!

Frank Bsirske, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Die Krise ist durchgestanden, wir haben dazu erheblich beigetragen. Jetzt geht's um uns, jetzt wollen wir unseren Anteil am Aufschwung. Wir fordern Teilhabe und eine faire Politik. Wir wollen gute Ausbildung, gute Arbeit, gute Bezahlung. Was wir nicht wollen, sind Leiharbeit, Kopfpauschale und Altersarmut. Der Modernisierungsbedarf ist riesig, die IG BCE zeigt Flagge in den Betrieben und Regionen: Für Gerechtigkeit und Fortschritt.

Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE

Auf Baustellen und in den Betrieben wehren sich die Beschäftigten energisch gegen die Rente mit 67. Wer sein Leben lang geschuftet hat, hält kaum bis 65 durch. Jeder dritte Maurer muss die Kelle früher aus der Hand legen. Schwarz-Gelb träumt von Senioren-Jobs, die es nicht gibt und nie geben wird. Statt sich Illusionen hinzugeben, muss die Regierung ihre Politik an der Realität ausrichten und die Rente mit 67 stoppen. Die CSU ist auf dem richtigen Weg. Nun müssen sich auch CDU und FDP bewegen. Zudem ist es überfällig, dass die Erwerbsminderungsrente angehoben wird. Wer sich kaputt gearbeitet hat, darf im Alter nicht zum Bittsteller und Almosenempfänger degradiert werden.

Klaus Wiesehügel, Vorsitzender der IG BAU

Deutschland gibt Jahr für Jahr gut 40 Milliarden Euro zu wenig für die Bildung aus. Die Folge: Von einem guten Bildungssystem, das Chancengleichheit für alle Menschen sichert und sich durch hervorragende Leistungen auszeichnet, sind wir noch weit entfernt. Damit der Staat seine Aufgaben wieder wahrnehmen kann, braucht er mehr Geld. Die GEW hat eine umfassende Reform des Steuersystems vorgeschlagen, die Reiche stärker in ihre gesellschaftliche Verantwortung nimmt. Der „Bildungsrepublik Deutschland“ kommen wir nur dann näher, wenn die Regierung bei der Bildungsfinanzierung endlich den Fuß von der Bremse nimmt. Dafür machen wir uns bei den DGB-Herbstaktionen stark.

Ulrich Thöne, Vorsitzender der GEW

Besonders unter den Nägeln brennt uns, dass die Bundesregierung das Thema gesetzlicher Mindestlohn aussitzt, obwohl ringsum in Europa die Alarmglocken läuten und selbst Arbeitgeber darauf hinweisen, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Wir sind es außerdem leid, wie die Arbeitgeber und ihre Verbände, zum Beispiel mit dem Ruf nach Arbeitszeitverlängerung, derzeit das Ungleichgewicht weiter zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschieben wollen. Und trotz der sich abzeichnenden Konjunkturerholung wird in Tarifverhandlungen gemauert. Der Aufschwung kommt bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht an.

Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der NGG

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat klar gezeigt, dass die Soziale Marktwirtschaft durch einen zügellosen und ungeregelten Wettbewerb bedroht wird. Wir brauchen einen anderen Wettbewerb. Einen, der faire Wettbewerbsbedingungen, faire Arbeitsbedingungen und Löhne garantiert. Deshalb kämpfen wir jetzt im Schienenpersonen-Nahverkehr für einen Branchentarifvertrag, der die Beschäftigten vor einem Unterbietungswettlauf schützt.

Alexander Kirchner, Vorsitzender der TRANSNET

Die GdP fordert von den politisch Verantwortlichen eine größtmögliche Transparenz und Nachvollziehbarkeit ihrer Entscheidungen. Unter allen Umständen muss der Eindruck vermieden werden, dass der Politik mittlerweile jegliche Bürgernähe abhanden gekommen ist und nur noch der eigene Machterhalt zählt. Politisches Handeln im Verborgenen oder gegenseitiges Blockieren kann kein Zukunftsmodell sein und treibt Bürgerinnen und Bürger zu Recht auf die Straße.

Konrad Freiberg, Vorsitzender der GdP

Fotos: IG Metall, ver.di, IG BCE, IG BAU, GEW, NGG, TRANSNET, GdP

HERBSTAKTIONEN

Herbstaktionen – Deutschland in Schieflage

Politik gegen die Menschen

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer beschreibt, was die soziale Schieflage in Deutschland ausmacht – und was die Gewerkschaften dagegen tun wollen.

Beginnend mit der geistig-moralischen Wende der Regierung Kohl über die Agenda 2010, die Maßnahmen vor und in der Krise, bis hin zu den aktuellen Entscheidungen der Bundesregierung und der Arbeitgeber bleibt festzuhalten: **Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der breiten Bevölkerung haben sich verschlechtert.** Gleichzeitig werden die Reichen und Vermögenden geschont und weiter begünstigt. Dieses Land ist in einer sozialen Schieflage. Ein Kurswechsel hin zu einer sozialen und gerechten Politik ist von dieser Bundesregierung nicht zu erwarten – im Gegenteil.

Ganz aktuell denke ich an den Ausbildungspakt. Auf Druck der Arbeitgeber hat die schwarz-gelbe Regierung unter Federführung von Bundeswirtschaftsminister Brüderle einen Pakt geschlossen, für den wieder einmal die junge Generation bezahlen wird. **Wir wollten den Jugendarbeitsschutz zu einem Ausbildungsschutz erweitern, die Arbeitgeber wollen ihn als Ausbildungshemmnis schleifen.** Unterzeichnet haben die Arbeitgeber mit der Regierung, wir nicht. Das spricht Bände.

Der von uns befürchtete Politikwechsel nimmt Gestalt an. Die Bundesregierung macht Politik gegen die Menschen in diesem Land. **Sie ist in vielen Politikfeldern zum Erfüllungsgehilfen der Wirtschaftslobby geworden.** Die Begünstigung von Hoteliers, der rückwärts gewandte Atomdeal oder die beabsichtigte Festschreibung des Arbeitgeberbeitrags in der Gesetzlichen Krankenversicherung sind dafür Beispiele, die einhergehen mit unsozialen Kürzungen und Einsparungen zu Lasten der breiten Bevölkerung.

Das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen ist durch die Schieflage in der Krisenbewältigung verletzt. Die Verursacher werden immer noch geschont und Bürgerinnen und Bürger zur Kasse gebeten. Ja, die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise werden auf den Schultern der kleinen Leute abgeladen. Restriktive Sparprogramme, Kürzungen der Sozialleistungen, Einschnitte in die öffentliche Daseinsvorsorge und das Bildungssystem zeigen das ganz deutlich. Wir sollen zahlen, während sich Finanzmanager und Banker schon wieder dicke Boni in die Taschen scheffeln.

Auch die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist kein Signal der Entwarnung. Der jetzt stattfindende **Beschäftigungsaufbau erfolgt fast ausschließlich im Niedriglohnsektor und in der Leiharbeit** statt in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen mit guter und gerecht bezahlter Arbeit. Der Schutz der arbeitenden Menschen geht immer mehr verloren. Die unsozialen Gesundheitspläne der Bundesregierung bedeuten das Ende der Solidarität in der Krankenversicherung.

Eine neue, gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist nicht in Sicht. Dabei brauchen wir sie mehr denn je: Prekäre Beschäftigung, der Missbrauch der Leiharbeit oder auch die Perspektivlosigkeit junger Menschen nehmen zu. **Die Menschen wollen gute Arbeit, starke öffentliche Leistungen, gutes Auskommen im Alter, ein solidarisches Gesundheitssystem sowie qualifizierte Bildung und Ausbildung.** Für eins der reichsten Länder dieser Welt ist es das Mindeste, dass die Menschen von ihrer geleisteten Arbeit leben können. Es ist an der Zeit, die Verursacher der Krise zur Verantwortung zu ziehen sowie Vermögende und Reiche an der Finanzierung des Staates entsprechend zu beteiligen. Und es ist an der Zeit, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die die Unternehmen durch die Krise gebracht haben, angemessen an dem von ihnen ermöglichten Erfolg beteiligt werden.

Foto: DGB

Michael Sommer, 58, ist Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes und Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Ungerechtigkeit, falsche Lobbypolitik und Endsolidarisierung in unserer Gesellschaft müssen ein Ende haben. Zu Recht erwarten die Menschen eine gerechte Politik und soziale Lösungen, wie Deutschland im globalen Wettbewerb bestehen kann, ohne dass dieser Wettbewerb menschenverachtend wird und Menschen – national wie international – gegeneinander ausgespielt werden.

Gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung machen die Gewerkschaften in diesen Wochen mit mehreren tausend dezentralen Veranstaltungen und Aktionen in Betrieben und Verwaltungen im gesamten Bundesgebiet mobil. Gemeinsam sagen wir: Deutschland ist in Schieflage. Sozial gerecht geht anders. Wir brauchen einen Kurswechsel! •

Sozial gerechte Politik

Die drei zentralen Wochen der Herbstaktionen laufen – konkret fordern die Gewerkschaften für eine sozial gerechte Politik:

- ***Gute Arbeit für alle. Schluss mit dem Missbrauch von Leiharbeit.***
- ***Schluss mit der falschen Sparpolitik in Kommunen und Ländern zu Lasten der Menschen.***
- ***Wir fordern: ein gutes Auskommen im Alter, flexible Übergänge in den Ruhestand, eine bessere Erwerbsminderungsrente und die Rücknahme der Rente und Pensionen ab 67.***
- ***Ein gutes Gesundheitssystem für alle und keine Zwei-Klassen-Medizin.***
- ***Für jeden Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung, Übernahme in den Betrieben, mehr und bessere Weiterbildung und die Streichung aller Bildungsgebühren von der Kita bis zur Hochschule.***

Mehr Informationen zu den Herbstaktionen der Gewerkschaften: ***www.dgb.de/herbstaktion***

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

DEUTSCHLAND IN SCHIEFLAGE

Fakten und Argumente

Behauptet wird, die hohe Zahl der „Aufstocker", die ihr Arbeitseinkommen mit Hartz-IV-Leistungen ergänzen müssen, komme nicht von zu geringen Löhnen, sondern davon, dass viele Aufstocker nur Teilzeit arbeiten wollten.
Fakt ist, dass beispielsweise in Ostdeutschland die Hälfte aller Teilzeitbeschäftigten „unfreiwillig" Teilzeit arbeitet, weil die Betroffenen keine Vollzeitbeschäftigung finden.

Behauptet wird, die geplante Gesundheitsreform sei sozial ausgeglichen.
Fakt ist, dass ArbeitnehmerInnen bereits jetzt mehr zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) beitragen als die Arbeitgeber – 15 Milliarden Euro pro Jahr: über einen „Arbeitnehmersonderbeitrag", die Praxisgebühr und Zuzahlungen. Jetzt soll auch noch der Arbeitgeberbeitrag zur GKV für immer eingefroren werden.

Behauptet wird, die Rente mit 67 sei notwendig und keineswegs ein verstecktes Rentenkürzungsprogramm.
Fakt ist, dass nur noch vier von zehn Unternehmen über 50-Jährige beschäftigen. Damit alle bis 67 arbeiten und ohne Abschläge in Rente gehen können, müssten bis zu drei Millionen neue sozialversicherungspflichtige Jobs entstehen. Außerdem hat die Bundesregierung alternative Modelle, wie die geförderte Altersteilzeit, ersatzlos auslaufen lassen.

Behauptet wird, es gebe genug Ausbildungsplätze für alle BewerberInnen.
Fakt ist, dass in den Statistiken getrickst wird: Jugendliche in außerbetrieblichen Maßnahmen werden als „versorgt" gezählt, obwohl sie noch einen Ausbildungsplatz suchen. Weitere Zehntausende werden als „nicht ausbildungsreif" deklariert und aus der Statistik gestrichen. Tatsächlich fehlten im September 2010 bundesweit über 126 000 Ausbildungsplätze (siehe Seite 4).

Behauptet wird, Leiharbeit wäre für viele LeiharbeiterInnen eine Brücke in reguläre Beschäftigung.
Fakt ist, dass dieser „Klebeeffekt" kaum funktioniert. Mehrere Studien und Umfragen haben gezeigt: Nur etwa 7 bis 15 Prozent aller LeiharbeiterInnen finden eine feste Stelle in einem Einsatzbetrieb.

Behauptet wird, viele politischen Entscheidungen der letzten Jahre und viele Pläne der schwarz-gelben Koalition seien „alternativlos".
Fakt ist, wir haben die Alternativen.
www.einblick.dgb.de/hintergrund

14 TAGE

mehr Infos: www.dgb.de/herbstaktion

Herbstaktionen (Auswahl)

8.11. DGB Nord, Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz zur Kopfpauschale, Greifswald

9.-11.11. DGB, 13. Schöneberger Forum, Berlin

9.11. DGB-Region Leipzig-Nordsachsen, Kundgebung „Straßenaktion zu Leiharbeit und Vergabepraxis", Leipzig

10.11. DGB Region Frankfurt-Rhein-Main, DGB Region Mittelhessen u.a., Kundgebung, Frankfurt/M.

10.11. Hans-Böckler-Stiftung und DGB, Fachtagung „Die Rente mit 67 auf dem Prüfstand – Arbeitsmarkt, Arbeitsbedingungen und Zeitarbeit: neue Formen der Ausbeutung", Hamburg

10.11. DGB Hamburg, Lesung Günter Wallraff: „Aus der schönen neuen Welt. Niedriglohn und Zeitarbeit: neue Formen der Ausbeutung", Hamburg

11.11. DGB Nord, Diskussion „Die Auswirkungen von Niedriglöhnen, Hartz IV und Sparpaket auf die Gesellschaft", Neubrandenburg

11.11. IG Metall und DGB West, Demonstration „Gemeinsam für ein gutes Leben", Kaiserslautern

11.11. DGB, Podiumsdiskussion „Kommunen in Not", Speyer

12.11. DGB u.a., Kundgebung „Kurswechsel für ein gutes Leben", Koblenz

12.11. DGB-Region Vorder- und Südpfalz, Ortsverband Frankenthal, Aktion „Straßentheater Kahlschlag", Frankenthal

12./13.11. DGB-Region Niedersachsen-Mitte u.a., Tagung „Mit der Krise leben?", Hannover

13.11. DGB Thüringen und IG Metall u.a., Kundgebung „Gerecht geht anders – Kurswechsel für ein gutes Leben", Erfurt

13.11. DGB Bayern, Kundgebung „Gerechtigkeit ist etwas anderes – Wir brauchen einen Kurswechsel!", Nürnberg

13.11. DGB NRW, Großveranstaltung „Gemeinsam für ein gutes Leben – Gerecht geht anders – für einen Kurswechsel in Berlin", Dortmund/Westfalenhalle

13.11. DGB Baden-Württemberg, Demonstration „Deutschland in Schieflage. Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit", Stuttgart

16.11. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Konferenz „Klimapolitik: Aufgabe für Arbeitnehmer und Gewerkschaften?", Berlin

18.11. DGB u.a., Demo „Für Schleswig-Holstein: Gerecht geht anders!", Kiel

22.-24.11. GdP, Ordentlicher GdP-Bundeskongress, Berlin

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„Das entspricht nicht meinen Anforderungen an ordentliche Gesetzgebungsarbeit."

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) laut SPIEGEL ONLINE (1. November) über die von CDU, CSU und FDP beschlossenen Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke.

Eingetragene Lebenspartnerschaft

Ehegattenzuschlag seit Juli 2009

Beamtinnen und Beamte, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, haben seit Juli 2009 Anspruch auf Zahlung des Familienzuschlags der Stufe 1 – so genannter Ehegattenzuschlag.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteile vom 28. Oktober 2010 - 2 C 10.09 und 2 C 21.09

Wettbewerbsverbot

Im Vorvertrag unverbindlich

Ein Vorvertrag, der den Arbeitnehmer ohne zeitliche Begrenzung zum Abschluss eines nachvertraglichen Wettbewerbsverbots verpflichtet, ist für den Arbeitnehmer unverbindlich. Aufgrund des unverbindlichen Vorvertrags kann der Arbeitnehmer wie bei einem bedingten Wettbewerbsverbot entweder Wettbewerbsfreiheit ohne Karenzentschädigung oder Wettbewerbsenthaltung zu den Bedingungen des Vorvertrags wählen.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 14. Juli 2010 - 10 AZR 291/09

Zutrittsrecht der Gewerkschaft

Gilt auch für Betriebsfremde

Eine Gewerkschaft kann verlangen, einmal im Kalenderhalbjahr im Betrieb Mitgliederwerbung durch betriebsfremde Beauftragte zu betreiben. Dabei sind aber betriebliche Belange des Arbeitgebers zu berücksichtigen, um Störungen des Betriebsfriedens und des Betriebsablaufs zu verhindern.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 22. Juni 2010 - 1 AZR 179/09

Pressefreiheit

Anzeigenredakteur ist Tendenzträger

Die Pressefreiheit des Grundgesetzes umfasst auch den Anzeigenteil einer Tageszeitung. Anzeigenredakteure sind Tendenzträger, wenn sie entweder durch eigene Veröffentlichungen oder die Auswahl und das Redigieren von Beiträgen und Texten Dritter auf die Tendenzverwirklichung eines Verlagsunternehmens unmittelbar inhaltlich Einfluss nehmen.

Bundesarbeitsgericht,
Beschluss vom 20. April 2010 - 1 ABR 78/08

Gleichbehandlung

Keine Diskriminierung bei Frauenarbeit

Wenn eine Gemeinde die Stelle einer kommunalen Gleichstellungsbeauftragten besetzen will, kann sie dafür eine Frau bevorzugen, wenn deren Aufgaben die Integrationsarbeit mit muslimischen Frauen umfasst. In diesem Fall ist das weibliche Geschlecht unverzichtbare Voraussetzung.
Ein männlicher Bewerber wird also nicht unzulässig benachteiligt, wenn er nicht in die Bewerberauswahl für die zu besetzende Stelle einbezogen wird.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 18. März 2010 – 8 AZR 77/09

Arbeitslosengeld

Sperrzeit für betrunkenen Taxifahrer

Verliert ein Berufskraftfahrer wegen Alkohols am Steuer seine Fahrerlaubnis und wird deshalb arbeitslos, so rechtfertigt dies eine Sperrzeit von zwölf Wochen. Dies gilt auch bei einer Trunkenheitsfahrt außerhalb der Arbeitszeit.

Der Fall: Einem Taxifahrer wurde aufgrund einer privaten Autofahrt mit 0,78 Promille Blutalkoholkonzentration die Fahrerlaubnis für zehn Monate entzogen. Hierauf kündigte sein Arbeitgeber außerordentlich. Die Bundesagentur für Arbeit gewährte dem 35-Jährigen Arbeitslosengeld, verhängte aber eine Sperrfrist von zwölf Wochen. Der Taxifahrer habe gravierend gegen die arbeitsvertraglichen Pflichten verstoßen und die Arbeitslosigkeit grob fahrlässig herbeigeführt. Dem widersprach der Mann. Er verwies darauf, dass es außerhalb seiner Arbeitszeit zu dem Verkehrsverstoß gekommen sei.

Das Landessozialgericht: Der Taxifahrer hat mit der privaten Trunkenheitsfahrt gegen arbeitsvertragliche Pflichten verstoßen. Bei einem Berufskraftfahrer ist die Fahrerlaubnis Geschäftsgrundlage für die Erfüllung des Arbeitsvertrages. Dabei wirkt die Pflicht, sich so zu verhalten, dass diese nicht entzogen wird, auch nicht unverhältnismäßig auf die private Lebensgestaltung. Aufgrund des Entzugs der Fahrerlaubnis für zehn Monate ist der Arbeitgeber zur außerordentlichen, verhaltensbedingten Kündigung berechtigt gewesen. Da es sich um einen Kleinbetrieb mit vier bis fünf Fahrern handele, hat der Taxifahrer auch nicht auf einen anderen Arbeitsplatz umgesetzt werden können. Der Mann kann sich wegen seines grob fahrlässigen Verhaltens ferner nicht auf einen wichtigen Grund berufen.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 22. Juni 2010 - L 6 AL 13/08

Beisetzungskosten

Nicht immer zahlen Angehörige

Angehörige von Verstorbenen sind verpflichtet, die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Totenruhe zu veranlassen und die Kosten dafür zu tragen. Das gilt nicht, wenn der Verstorbene sich schwerer Verbrechen gegenüber dem Angehörigen schuldig gemacht hat.

Der Fall: Der Vater hat die Mutter des Klägers getötet, als dieser 13 Jahre alt war. Er wurde deshalb zu einer Freiheitsstrafe von neun Jahren und sechs Monaten verurteilt. Nach der Haftentlassung hatten die Brüder keinen Kontakt zum Vater. Wegen des Tötungsdelikts wurden sie auch von ihrer Unterhaltspflicht freigestellt. Anfang 2010 fanden Polizeibeamte die Leiche des Vaters, das Ordnungsamt bat den Kläger telefonisch um die für die Bestattung erforderlichen Aufträge. Dieser weigerte sich. Die Stadtverwaltung erteilte daher die Aufträge und machte Kosten in Höhe von 2 000 Euro geltend.

Das Verwaltungsgericht: Nahe Angehörige sind zwar gesetzlich sorgepflichtig für die Leiche eines Verwandten. Dies gilt jedoch nicht immer. Härten, die sich aus der Regelung zur öffentlich-rechtlichen Verantwortlichkeit für Totenfürsorgemaßnahmen ergeben, sind zu berücksichtigen. Dabei kommt es maßgeblich auf den Gesichtspunkt der Zumutbarkeit an. Es sei dem Kläger aufgrund des Verhaltens seines Vaters nicht zumutbar gewesen, die Kosten für dessen Bestattung zu tragen. Der Vater des Klägers hat sich mit der Tötung der Mutter nicht nur ihr gegenüber eines schweren Verbrechens schuldig gemacht, sondern auch einer besonders schweren Verfehlung gegenüber ihren gemeinsamen, damals noch minderjährigen Kindern.

Verwaltungsgericht Kassel,
Urteil vom 25. Juni 2010 - . 6 K 422/2010.KS

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 19/10

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 22.11.2010 20/10

DGB

Internationale Gewerkschaften & G20

Künftig am Verhandlungstisch

Seit langem gefordert und jetzt endlich offiziell: Die Gewerkschaften der G20-Staaten werden künftig als Verhandlungspartner am G20-Prozess beteiligt. Darauf haben sich die G20-Staaten auf dem Gipfel in Seoul am 11./12. November geeinigt. Dieser Erfolg ist ein Ergebnis zahlreicher Gespräche, in denen die Gewerkschaften vor und während des Gipfels bei den Staats- und Regierungschefs für ihre Positionen geworben haben. Auf dem „Gewerkschaftsgipfel von Seoul" waren diesmal rund 50 hochrangige GewerkschaftsführerInnen vertreten – so viel wie nie zuvor. Dank des beständigen Drucks der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist letztlich auch noch erreicht worden, dass soziale Aspekte in das Schlussdokument von Seoul aufgenommen wurden. „Die Staats- und Regierungschefs haben sich auf einem Gipfel der Zwietracht und der nationalen Alleingänge zumindest darauf verständigen können, weiterhin die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen ins Zentrum aller Maßnahmen zu stellen, die sie zur wirtschaftlichen Gesundung ergreifen", erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der auch Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) ist. „Sie haben sich auch verpflichtet, den Ärmsten und denen, die besonders von der Krise betroffen sind, sozialen Schutz zu gewährleisten."

Foto: Michael Knuth

Überall in Deutschland haben in den letzten Wochen Zigtausende im Rahmen der gewerkschaftlichen Herbstaktionen Zeichen für gute Arbeit und eine sozial gerechte Politik gesetzt. Allein am 13. November beteiligten sich über 100 000 Menschen an den Kundgebungen gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung in Nürnberg (Foto), Dortmund, Stuttgart und Erfurt.

Insgesamt wird der Gipfel von Seoul aber wohl kaum in die Geschichte eingehen: „Angesichts der hochfliegenden Pläne zur Reform der Weltwirtschaft, die die G20-Chefs auf den Gipfeln in London und Pittsburgh vorgelegt hatten, sind die übrigen Gipfelbeschlüsse von Seoul enttäuschend", betont Sommer. So ist die Finanztransaktionssteuer kein Thema mehr. Stattdessen wird die Neuformulierung der Kapitalmarktregeln für die Banken (Basel III) als „große Wegmarke" gefeiert. Die Gewerkschaften bleiben bei ihrer Kritik an Basel III: viel zu spät und viel zu wenig *(einblick 17/10)*.

Die G20-Staaten müssten jetzt zeigen, dass sie es ernst meinen mit dem Beschäftigungsaufbau, fordert Sommer. Arbeitsplätze müssen Vorrang haben vor Defizitreduzierung. Hoffnungen setzen die Gewerkschaften in den nächsten Vorsitz der G20. Der geht für ein Jahr auf die französische Regierung über. „Die Franzosen haben signalisiert, dass sie die soziale Agenda und die Beschäftigungsagenda wieder verstärkt aufgreifen wollen – und die internationale Gewerkschaftsbewegung zu all diesen Fragen intensiv konsultieren wollen", erklärt Sommer. Fest steht bereits, dass es 2011 ein Treffen der G20-Arbeitsminister geben wird, verbunden mit offiziellen Konsultationen der Sozialpartner. •

plusminusBERLIN

+ ***Olaf Scholz (SPD) findet, dass junge MigrantInnen durch Erwerb eines Hauptschulabschlusses eine „Integrationsleistung erbracht haben". Das könne ein Bleiberecht rechtfertigen, selbst wenn sie und ihre Eltern eigentlich ausreisepflichtig seien.***

– ***Die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) will, dass MigrantInnen innerhalb eines Jahres die deutsche Sprache lernen. Sie droht: Wer das nicht schafft, müsse mit „Sanktionen vom Bußgeld bis zur Leistungskürzung rechnen".***

inhalt

Seite 3

Nicht vertretbar

Der Prüfbericht zur Rente mit 67 ist durchs Bundeskabinett. Schwarz-Gelb bewertet die Arbeitsmarktsituation Älterer viel zu positiv, meinen die Gewerkschaften

Seite 5

Praktikum für lau

Die Bundesregierung sieht keinen Anlass, die Situation von Praktikanten zu verbessern – weder in der Privatwirtschaft noch in den eigenen Ministerien

Seite 7

Glaubwürdigkeit zählt

Nach fast zehn Jahren als GdP-Vorsitzender tritt Konrad Freiberg auf dem anstehenden Gewerkschaftskongress nicht zur Wiederwahl an. Im einblick-Interview zieht er Bilanz

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bigbrotherawards.de

Noch bis Ende 2010 können auf der Internetseite des BigBrotherAwards Kandidaten für den Datenmissbrauch des Jahres vorgeschlagen werden

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund

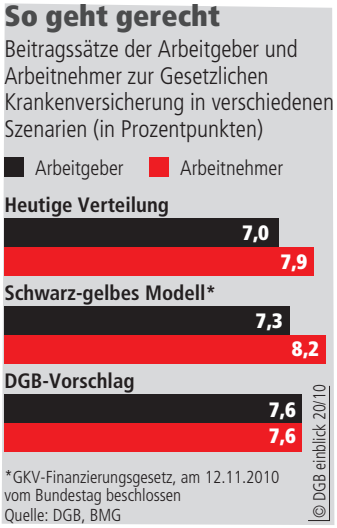
Die Erklärung der Global Unions anlässlich des G20-Gipfels in Seoul

GKV

Entlastungen möglich

Jetzt ist sie durch den Bundestag: Die Reform der Finanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) inklusive Kopfpauschale hat am 12. November das Parlament mit schwarz-gelber Mehrheit passiert. Die Koalition macht mit ihrem „GKV-Finanzierungsgesetz" nicht nur Politik gegen den eindeutigen Mehrheitswillen der Bevölkerung (*einblick 18/2010*), sie ignoriert auch, dass es finanzierbare Alternativen zur unsozialen Reform gegeben hätte.

Der DGB hat mit einem „Fünf-Punkte-Plan für eine nachhaltig solidarische Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung" eine solche Alternative vorgestellt. Statt die Schere zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen weiter auseinanderklaffen zu lassen, kehrt der DGB-Vorschlag zurück zu einer echten paritätischen Finanzierung – mit Entlastungen für die Versicherten.



Der DGB-Vorschlag setzt auf eine paritätische Finanzierung der GKV.

In der Summe „spart" der DGB im Vergleich zum Regierungsmodell sogar 0,3 Beitragspunkte: „Dafür schlagen wir vor, dass der Bund die steuerfinanzierten Beiträge für ALG II-Bezieher von derzeit 126,05 Euro auf die Höhe der durchschnittlichen Krankenkassenausgaben von 261 Euro pro Versicherte anhebt", erklärt DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. „Dadurch können die Beitragszahler um 3,7 Milliarden Euro entlastet und die Beiträge um weitere 0,3 Prozentpunkte gesenkt werden." So könnten die GKV-Finanzen kurzfristig stabilisiert werden.

Für eine langfristige Stabilisierung schlägt der DGB vor, die Versicherungspflichtgrenze zu erhöhen und mittelfristig abzuschaffen. Diese Grenze legt fest, ab welcher Gehaltshöhe ArbeitnehmerInnen nicht mehr in der Gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert sind und in die private Krankenversicherung wechseln. Außerdem sollen neben Löhnen und Gehältern auch Kapitaleinkünfte zur Finanzierung der GKV herangezogen werden. Beide Maßnahmen würden die Einnahmeseite der GKV deutlich verbreitern und stabilisieren. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Industriepolitik

Brüderle mutlos

Anfang November stellte Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) das industriepolitische Gesamtkonzept der Bundesregierung vor. Titel: „Industrieland Deutschland. Stärken ausbauen – Schwächen beseitigen – Zukunft sichern". Wie genau die Stärken „ausgebaut" werden sollen, bleibt in dem Papier weitgehend unklar – denn das FDP-geführte Wirtschaftsministerium setzt auf möglichst geringen staatlichen Einfluss. „Die Entwicklung, Herstellung und Vermarktung zukünftiger Konsum- und Investitionsgüter als auch die Entwicklung neuer Produktionstechnologien sollte am besten der unsichtbaren Hand, also dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage an den Märkten, überlassen werden", heißt es in dem Konzept.

Das einzig Positive an Brüderles Papier sei, „dass die Industriepolitik überhaupt wieder auf die tagespolitische Agenda gehoben wurde", sagte Dietmar Hexel, für Industriepolitik zuständiges DGB-Vorstandsmitglied. Ansonsten fehle es in dem Konzept an jeglichen ordnungspolitischen Anreizen. Brüderles Industriepolitik sei „ohne Mut und Richtung". Es fehlten Ideen für dringend notwendige Initiativen zur Kreislaufwirtschaft, zum Recycling oder zur Lagerstättenerkundung knapper Rohstoffe. Und auch ein weiterer Aspekt findet nach Ansicht des DGB zu wenig Beachtung: „Wir werden unser Fachkräfteproblem nicht lösen, wenn Niedriglöhne den Arbeitsmarkt dominieren. Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn ist auch ein industriepolitisches Programm", so Hexel. •

Ein-Euro-Jobs

Keiner will sie

Gewerkschaften, Forschungsinstitute, Arbeitgeber im Handwerk, ein Vorstand der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Bundesrechnungshof: So einhellig wie zurzeit war die Kritik an „Ein-Euro-Jobs" selten. Eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hatte Anfang November offenbart, dass Ein-Euro-Jobs Langzeitarbeitslose nicht wieder in den ersten Arbeitsmarkt bringen. Schlimmer noch: Ein-Euro-Jobber finden sogar seltener wieder eine reguläre Stelle als andere Langzeitarbeitslose.

Auch der Bundesrechnungshof erneuerte seine Kritik an den beschäftigungspolitisch ineffektiven Ein-Euro-Jobs und schlug eine Höchstquote je Kommune vor. BA-Vorstand Heinrich Alt forderte eine „neue Strategie" der Arbeitsförderung. Ein-Euro-Jobs sollten nicht mehr als Zwangsmaßnahme verordnet werden.

Otto Kentzler, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), forderte gegenüber der *Welt* sogar eine komplette Abschaffung: Ein-Euro-Jobs würden immer wieder „zur Durchführung handwerklicher Tätigkeiten genutzt – auch wenn das eigentlich verboten ist". Geförderte Arbeit konkurriere so mit regulär arbeitenden Unternehmen und schaffe damit mehr Arbeitslosigkeit. Der DGB fordert, Ein-Euro-Jobs nur noch auf freiwilliger Basis anzubieten, wenn Langzeitarbeitslose „im Einzelfall erst an Arbeit herangeführt werden müssen". Im Öffentlichen Dienst müssten aber „grundsätzlich reguläre Arbeitsplätze eingerichtet werden", betont DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. •

EU-Hedgefonds-Richtline

Kein Schutz vor Krisen

DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki hat die kürzlich vom EU-Parlament bestätigte Richtlinie zur Regulierung von Hedgefonds und Private Equity Fonds kritisiert. Sie dokumentiere „die fehlende Bereitschaft der Kommission und vor allem des Rates, Hedgefonds und Heuschrecken grundlegend so zu regulieren, dass künftig keine systemischen Risiken von den so genannten ‚Alternativen Investmentfonds' ausgehen".

Einzig die „arbeitnehmerorientierten Abgeordneten" im EU-Parlament hätten dafür gesorgt, dass es zumindest strengere Regeln für Private Equity Fonds gebe, so Matecki. Insgesamt erzeuge die Richtlinie nur Scheinsicherheit, ohne vor künftigen Verwerfungen zu schützen. „Die jetzige Regelung kann daher nur als ein erster Schritt angesehen werden", meint Matecki. Der DGB werde sich auch weiterhin für verschärfte Regelungen einsetzen – national und auf europäischer und internationaler Ebene. •

Rente mit 67

Nicht vertretbar, nicht erreichbar

Das Bundeskabinett hat den Prüfbericht von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) zur Rente mit 67 gebilligt und will an der schrittweisen Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters festhalten.

Als Erfolg wertet die Bundesregierung etwa, dass der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter unter den 60- bis 65-Jährigen auf 23 Prozent gestiegen ist. Das sei kein Erfolg, sondern „eine arbeitsmarkt- und sozialpolitische Katastrophe", kritisiert DGB-Vorstand Annelie Buntenbach. Schließlich heißt das auch, dass über drei Viertel dieser Altersgruppe keinen entsprechenden Arbeitsplatz haben. Und nicht einmal zehn Prozent schaffen es heute, bis zum Alter von 65 in regulärer Beschäftigung zu bleiben. „Wenn die überwiegende Mehrheit keine echte Chance hat, überhaupt bis 65 Jahren zu arbeiten, ist die Rente mit 67 völlig unzumutbar", so Buntenbach. Der DGB fordert deshalb: Die Rente mit 67 muss zumindest auf Eis gelegt werden. Die Beitragsziele der Bundesregierung (minus 0,5 Beitragspunkte bis 2030) ließen sich nach Ansicht des DGB auch ohne die „ohnehin marginalen Einsparungen der Rente mit 67" erreichen. Aktuelle Zahlen der Rentenversicherung zeigten die entsprechenden finanziellen Spielräume.

Im Jahresvergleich steigen die Arbeitslosenzahlen Älterer.

Auch die IG Metall kritisiert die Entscheidung der Bundesregierung scharf. Sie wirft Schwarz-Gelb außerdem vor, die vorliegenden Zahlen falsch zu interpretieren. IG Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban fordert eine unabhängige Expertenkommission zur Bewertung der Statistiken, an der auch die Sozialpartner beteiligt werden. ver.di bemängelt anlässlich der Kabinettsentscheidung die „plan- und strukturlose Alterssicherungspolitik der schwarz-gelben Koalition". IG BCE-Vize Ulrich Freese kommentiert: „Ältere haben nach wie vor schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt, es gibt schlicht nicht genug Arbeitsplätze." Die vorhandenen Arbeitsplätze seien oft weder alters- noch alternsgerecht. Solange das so sei, „kann und darf das Renteneintrittsalter nicht auf 67 steigen". ●

Erwerbsminderungsrente

Neben einem Stopp der Pläne zur Rente mit 67 fordern die Gewerkschaften auch, die Erwerbsminderungsrente wesentlich besser auszustatten als heute und den Rentenzugang wegen Erwerbsminderung zu vereinfachen. „Wer wegen Krankheit in angemessener Zeit keine Arbeit mehr findet, muss durch eine vernünftige Erwerbsminderungsrente abgesichert sein", meint der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wiesehügel. Derzeit sei die Erwerbsminderungsrente viel zu niedrig. Sie betrage durchschnittlich nur 643 Euro. „Das darf nicht das Ergebnis einer Lebensarbeitsleistung sein", so Wiesehügel.

Die Bundesregierung behauptet, in den letzten fünf Jahren hätte eine Million Älterer einen neuen Arbeitsplatz gefunden, und in den vergangenen zehn Jahren habe sich die Zahl älterer Erwerbstätiger verdoppelt.
Fakt ist, dass die Zahl älterer Arbeitsloser aktuell steigt (siehe Grafik) – völlig gegen den Trend bei der Gesamtarbeitslosenzahl.

Ursula von der Leyen behauptet, es gebe drei Möglichkeiten, die Finanzierung des Rentensystems zu stabilisieren: „Erstens Beiträge rauf, zweitens Renten kürzen oder drittens etwas länger arbeiten."
Fakt ist, dass es nach dieser Logik nur zwei Möglichkeiten gibt – denn „Zweitens" und „Drittens" laufen auf dasselbe hinaus: Das durchschnittliche Alter, in dem die Menschen heute in Altersrente gehen, liegt bei 63 Jahren. Wer früher als mit 67 (oder heute mit 65) in Rente geht, muss deutliche Rentenabschläge hinnehmen. Bereits heute geht fast jede/r zweite „NeurentnerIn" mit Abschlägen in den Ruhestand.

Ursula von der Leyen behauptet, die Rente mit 67 sei trotzdem keine Rentenkürzung, weil die Menschen im Durchschnitt immer länger leben und damit auch länger Rente beziehen: Unterm Strich gebe es also ungefähr genauso viel.
Fakt ist, dass etwa Langzeitarbeitslose, die mit deutlichen Abschlägen in Rente gehen müssen, wesentlich früher sterben als andere (u.a. Studie Uni Leipzig von 2006). Abgesehen davon ist das Argument an Zynismus kaum zu überbieten: Die Rente reicht zwar nicht zum Leben – aber das immer länger.

Die Bundesregierung behauptet, bis ins Jahr 2024 erhöhe sich die Rente eines so genannten Eckrentners von heute 1224 Euro auf 1584 Euro: eine Steigerung um über 29 Prozent.
Fakt ist, dass der statistisch berechnete „Eckrentner" (gleichmäßiger Durchschnittsverdienst im gesamten Erwerbsleben, 45 Beitragsjahre zu Rentenversicherung) zur reinen Fiktion geworden ist. Im letzten Jahrzehnt erreichten über 70 Prozent der männlichen und fast 90 Prozent der weiblichen „NeurentnerInnen" keine 45 Beitragsjahre.

Ursula von der Leyen behauptet, die Rente mit 67 sei auch für körperlich hart Arbeitende kein Problem. Dachdeckern beispielsweise könne man zwar nicht zumuten, diese Arbeit bis 67 zu machen. Aber man könne ihr „Wissen im Kopf" nutzen, sie könnten zum Beispiel in der Ausbildung arbeiten.
Fakt ist, dass die Arbeitslosenquote von Dachdeckern schon im Alter von 55 Jahren, auch gesundheitsbedingt, bei fast 18 Prozent liegt – weit über dem Durchschnitt aller Berufe. Wenn ab etwa diesem Alter alle Dachdecker nach und nach in die Ausbildung gehen, gäbe es angesichts der aktuellen Auszubildendenzahlen im Dachdeckerhandwerk mehr neue Ausbilder (knapp 10 000) als Auszubildende (8247). Das ist eher realitätsfremd, Frau von der Leyen.

PROJEKTE UND PARTNER

DGB-Projekt

Familie geht vor

Muss die Familie vereinbar mit dem Beruf sein oder der Beruf vereinbar mit der Familie? Durch die Entgrenzung und Flexibilisierung von Erwerbsarbeit eröffnen sich Chancen, entstehen aber auch Risiken: Chancen für eine selbstgestaltete Lebensplanung und geschlechtergerechte Arbeitszeiten – aber nur unter günstig gestalteten betrieblichen Bedingungen. Sowohl die Chancen als auch die Risiken will der DGB am 13. Dezember mit einer familienpolitischen Tagung zum Thema „Familiengerechte Jobs statt jobgerechte Familien!" in Berlin analysieren. ExpertInnen aus Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft erörtern, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden kann. Die Tagung mit Diskussionsrunden und vier Workshops ist zudem die Abschlussveranstaltung des DGB-Projekts „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!" – die Verantwortlichen stellen die zentralen Ergebnisse der vergangenen Jahre vor. Eingeladen sind Betriebs- und Personalräte, GewerkschafterInnen und MultiplikatorInnen aus Wissenschaft und Arbeitswelt. Anmeldungen bis zum 6. Dezember per E-Mail an: *sabine.westphal@dgb.de* •

www.familie.dgb.de

neueBücher

Über alle Parteigrenzen ist sich die Politik einig: **Die Bildungsausgaben müssen steigen.** Doch anstatt in Schulen und Hochschulen zu investieren, binden sich Bund und Länder mit der jüngst eingeführten Schuldenbremse noch selbst die Hände. Das von **Kai Eicker-Wolf,** Wirtschaftsexperte des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, und dem GEW-Vorsitzenden **Ulrich Thöne** herausgegebene Buch ***An den Grundpfeilern unserer Zukunft sägen*** nimmt deshalb die aktuelle Haushaltspolitik unter die Lupe. In fünf Beiträgen analysieren die AutorInnen die Folgen der Steuerreformen der letzten Jahre für die öffentlichen Haushalte und damit auch für die Bildungsausgaben – und wo Deutschland international in Sachen Bildungsausgaben steht. Außerdem wird der finanzielle Bedarf im Bildungs- und Betreuungssystem analysiert. Das Fazit: ein Kurswechsel zu Gunsten expansiver Ausgaben im Bildungsbereich muss her.

Kai Eicker-Wolf, Ulrich Thöne (Hrsg.): An den Grundpfeilern unserer Zukunft sägen – Bildungsausgaben, Öffentliche Haushalte und Schuldenbremse, Metropolis Verlag, 199 Seiten, 22,80 Euro

Hans-Böckler-Stiftung

Duale Ausbildung

Lernen im Betrieb und in der Berufsschule – das ist der bewährte Zweiklang in der dualen Berufsausbildung. Mit einer Analyse von Betriebs- und Dienstvereinbarungen zeigt ein Band der Hans-Böckler-Stiftung (Bund-Verlag, 139 Seiten), wie betriebliche Akteure die duale Ausbildung in den letzten 40 Jahren gestaltet haben. Ausgewertet werden Regelungen zu allen Aspekten rund ums Thema – vom Auswahlverfahren bis zur Übernahme. Ziel der Dokumentation ist es, Trends aufzuzeigen und Anregungen für Betriebs- und Personalräte zu geben, wie eigene Vereinbarung auf den Weg gebracht werden können. Der Band inklusive CD-ROM kann für 12,90 Euro zuzüglich Porto und Versand online beim Bund-Verlag bestellt werden. •

www.bund-verlag.de

Anzeige

bfw
Unternehmen für Bildung.

Beschäftigung stabilisieren

Wir engagieren uns seit rund **60 Jahren** für die **Sicherung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen** durch Qualifizierung und Vermittlung. In unseren **bundesweit 25 Geschäftsstellen und circa 300 Bildungsstätten** qualifizieren wir **jährlich etwa 60.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.** Wir sind in den Regionen verankert und so der kompetente Partner für Arbeitsuchende, Arbeitnehmer, Unternehmen, öffentliche Institutionen und Kommunen in der regionalen Arbeitsmarktpolitik. Das bfw ist zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2008.

Wir beraten Sie gerne!

Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw), Schimmelbuschstr. 55, 40699 Erkrath, Tel.: 02104 499-0, Fax: 02104 499-255, E-Mail: info@bfw.de, www.bfw.de

Die bfw-Unternehmensgruppe:

bfw Unternehmen für Bildung.
weitblick personalpartner
max Partner für Kompetenz und Qualität im Netzwerk Gesundheit und Soziales
inab Unternehmen für Bildung.

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk Nord*** und die Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V. (VUMV) haben eine ***gemeinsame Broschüre*** unter dem Titel „Die NPD – eine Gefahr für soziale Marktwirtschaft, Betriebe und Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern" herausgegeben. Der stellvertretende DGB-Bezirksvorsitzende Ingo Schlüter betont: „Die NPD im Landtag ist ein echter Standortnachteil. Die Risiken, die von Fremdenhass, Rassismus und Intoleranz ausgehen, sind nicht zu unterschätzen." Mit einem gemeinsamen Projekt wollen die Sozialpartner zudem in Betrieben und Berufsschulen für Demokratie, Toleranz und politische Streitkultur werben.

www.nord.dgb.de

••• Die ***DGB-Region Köln-Bonn*** und die Volkhochschule Köln laden vom 4. bis 6. Mai 2011 zum ***„Ersten Kölner Festival des politischen Kabaretts"*** ein. Insgesamt 16 renommierte KabarettistInnen werden die aktuelle Politik an drei Themenabenden auf die Schippe nehmen. Das Programm: am 4. Mai „Die große Hartz IV-Gala", am 5. Mai „Krise? Welche Krise?" und am 6. Mai „Schlachtplatte – die Endabrechnung". Unter anderem dabei: Wilfried Schmickler, Heinrich Pachl und Fatih Cevikkolu.

www.koeln-bonn.dgb.de

DGB-Jugend

Nullnummer Praktikum

Die Situation von Praktikantinnen und Praktikanten bewertet die Bundesregierung weitgehend positiv. Weder in der Privatwirtschaft noch in den eigenen Ministerien will Schwarz-Gelb die Bedingungen für PraktikantInnen verbessern. Dabei wäre das dringend nötig, betont die DGB-Jugend.

Die jüngste Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der grünen Bundestagsfraktion zur Situation von PraktikantInnen wirkt realitätsfremd: Lohndumping und Missbrauch von Praktika, etwa um Vollzeitjobs billig zu ersetzen, kommen laut offizieller Stellungnahme angeblich nur selten vor. Für die Bundesregierung steht fest: „Die überwältigende Mehrheit von Praktika dient unmittelbar dem Interesse des Praktikanten zur Erweiterung seiner Kompetenzen und findet unter angemessenen Bedingungen statt." Unfaire Praktika seien auf „konkrete Problemgruppen" beschränkt, meint der Parlamentarische Staatssekretär im Bildungsministerium Helge Braun (CDU). Für DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf ist diese Sichtweise schlicht „zynisch". Besonders vor dem Hintergrund, wie die Regierung ihre eigenen PraktikantInnen behandele.

Denn: Mehr als 3000 junge Menschen haben allein in 2009 ein Praktikum in einem der 14 Bundesministerien oder nachgelagerten Behörden absolviert. Aber gerade mal zwei Ministerien haben allen PraktikantInnen eine Vergütung gezahlt. In neun Ministerien gab es keine Bezahlung, drei Ministerien zahlten nur manchen eine Vergütung. Rudolf kritisiert: „Die Bundesregierung hat offenbar kein Problembewusstsein in Bezug auf die Situation junger Menschen." Mittlerweile sei es normal, dass junge Menschen auch nach Abschluss ihrer Ausbildung und ihres Studiums mit Praktika, Mini-Jobs, Honorarjobs oder befristeten Arbeitsverträgen konfrontiert werden. „Das Praktikum muss gesetzlich als Lernverhältnis definiert werden", fordert Rudolf. „Inhalt, Dauer und Vergütung müssen geregelt werden, reguläre Stellen dürfen nicht durch Praktika ersetzt werden."

Ein Blick in Zahlen des Bundesarbeitsministeriums von 2008 hätte Schwarz-Gelb einen Hinweis auf die wirkliche Situation der „Generation Praktikum" geben können. Denn die belegen: Rund 20 Prozent der jungen Menschen mit abgeschlossener Ausbildung oder Hochschulzeugnis absolvierten trotz Abschluss ein oder mehrere Praktika, um einen Einstieg in die Arbeitswelt zu finden. Jedes zweite dieser Praktika dauerte sogar länger als sechs Monate. Besonders bedenklich: Mehr als die Hälfte dieser freiwilligen Einstiegspraktika war unbezahlt.

Auswärtiges Amt begehrt

Gesamtzahl aller PraktikantInnen in Bundesministerien (BM) 2009*

* Angaben des Gesundheitsministeriums und des Familienministeriums liegen nicht vor
Quelle: Bundesregierung 2010

Das Auswärtige Amt war 2009 das begehrteste Ressort. Allerdings: Keine/r der dort eingesetzten 871 PraktikantInnen erhielt eine Vergütung. Und das bei einer durchschnittlichen Praktikumsdauer zwischen sechs Wochen und einem halben Jahr. Einzig das Innenministerium (82 bis 511 Euro) und das Justizministerium (50 bis 255 Euro) zahlten allen PraktikantInnen eine Vergütung.

Die DGB-Jugend betreibt seit mehreren Jahren eine Bewertungsbörse im Internet, um die Erfahrungen der „Generation Praktikum" zu dokumentieren. Die Bilanz vieler ehemaliger PraktikantInnen klingt ernüchternd: Von enttäuscht („Unbezahlter fester Arbeitsplatz") bis sarkastisch („Manchesterkapitalismus bekam hier für mich eine ganze neue Bedeutung.") reichen die Kommentare. Ein ehemaliger Praktikant einer großen Hamburger PR-Firma berichtet beispielsweise: „Die Firma gehört eindeutig in die Kategorie Ausbeutung! Überstunden ohne Ende werden als selbstverständlich angesehen. Man ersetzt als Praktikant schlichtweg eine Arbeitskraft."

In der achtseitigen Stellungnahme der Bundesregierung spielen solche Erfahrungen keine Rolle. Konkrete Statistiken zum Thema gebe es nicht, erstellen will die Regierung aber auch keine. Man sehe dafür „gegenwärtig keine Veranlassung." Die Regierung verfahre so frei nach dem Motto „Wo es keine statistischen Daten gibt, gibt es auch kein Problem", kritisiert die DGB-Jugend – und will Abhilfe schaffen: Gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung und der FU Berlin führt die Gewerkschaftsjugend aktuell eine Nachfolgestudie zur Praktikanten-Befragung 2007 durch. Titel: „Generation Praktikum 2010". Veröffentlicht werden die Ergebnisse voraussichtlich im März 2011.

Ratgeber Praktikum

Die DGB-Jugend steht jungen Menschen im oder vor einem Praktikum mit Rat und Tat zur Seite. Unter www.dgb-jugend.de finden sich viele Tipps und Hintergründe zu einem vollwertigen und fairen Praktikum.

Vor allem ein Blick in das seit 2007 laufende Praktika-Bewertungsportal lohnt sich. Rund 500 Ex-PraktikantInnen haben dort ihr Resümee zu den Praktikumsbedingungen in Unternehmen und Verwaltungen abgegeben: Ob PR-Agentur oder Friseur-Studio, fast alle Branchen sind vertreten. Ebenfalls ratsam: Ein Blick in den Leitfaden der DGB-Jugend für ein faires Praktikum.

Darüber hinaus gibt es jede Menge Links, Verweise auf Broschüren und Infos für Betriebsräte sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen.

www.dgb-jugend.de/studium/praktika

Kleine Anfrage der Grünen zu Praktika sowie die Stellungnahme der Bundesregierung:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

Gemeinsam mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband hat ver.di eine Vereinbarung zur Finanzanlageberatung unterzeichnet. Sie stellt u.a. Grundsätze zur Transparenz und Verständlichkeit von Finanzprodukten auf. Jetzt komme es darauf an, flächendeckend eine „gute und faire Kundenberatung zu erreichen", so ver.di-Vorstand Uwe Foullong.

TRANSNET kritisiert die „Bedarfsplanüberprüfung" für Schienen- und Straßenbauprojekte von Verkehrsminister Ramsauer (CSU) als „mutlos". Von der Ankündigung Ramsauers, zusätzlichen Güterverkehr auf die Schiene holen zu wollen, sei „nicht viel übrig geblieben".

Die GdP in NRW hat sich der Forderung von NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) angeschlossen, am 1. Mai 2011 keine Fußballspiele mit Sicherheitsaufwand auszutragen. Die Polizei habe am 1. Mai aufgrund von Mai-Demonstrationen und länderübergreifenden Einsätzen (zum Beispiel in Berlin) „nicht genügend Kräfte".

Die IG BAU hat die Handwerkspolitik der Bundesregierung massiv kritisiert. Die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Brüderle (FDP) „zweijährige Schmalspur-Ausbildungen" zuzulassen, werden dramatische Folgen für das Handwerk haben, so IG BAU-Vorstand Andreas Steppuhn.

IG BCE-Internetportal

Studieren ohne Abitur

Nach der Meisterprüfung oder mit einer vergleichbaren beruflichen Qualifikation studieren? Das geht auch ohne Abitur. Ein Beschluss der Kultusministerkonferenz von 2009 hat die formalen Zugangsvoraussetzungen zum Studium für qualifizierte Berufstätige vereinfacht. Allerdings sind nicht alle Hochschulen auf die Studierenden mit beruflichem Hintergrund eingestellt. Die IG BCE hat im Internet eine Datenbank mit allen Unis und Fachhochschulen zusammengestellt, die ein Studium ohne Abitur ermöglichen. Ob berufsbegleitende Präsenz-Uni, Fern- oder Teilzeitstudium: Die IG BCE zeigt, an welcher Uni das möglich ist. Einfach auf der interaktiven Deutschland-Karte ein Bundesland anklicken und die verschiedenen Uni-Standorte unter die Lupe nehmen. •

www.einblick.dgb.de/links

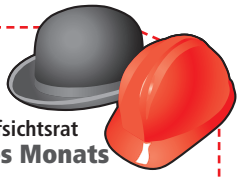
IG Metall-Tool

Stress bekämpfen

Viele Angestellte klagen immer häufiger über Stress im Büro. Die Ursachen sind vielfältig – schlechte Arbeitsorganisation, großer Leistungsdruck oder ein mieses Arbeitsklima. Das „stressBürometer" der IG Metall soll Abhilfe schaffen. Damit können Betriebsräte ab sofort den Problemen im Büro auf den Grund gehen. Mit dem Tool können Details unter anderem zur Arbeitsorganisation, zum Leistungsdruck, zur Softwareergonomie und zu Umgebungseinflüssen erhoben und ausgewertet werden. Das „stressBürometer" beinhaltet zudem Handlungshilfen, um psychische Belastungen zu beurteilen, ein Auswertungsprogramm im Excel-Format sowie weitere hilfreiche Infos. •

www.einblick.dgb.de/links

„Zeigen, wie es besser geht"



Aufsichtsrat des Monats

Foto: privat

Aufsichtsrat des Monats November ist **Timo Lage.** Der 32-jährige gelernte Industrieelektroniker vertritt die Interessen der ArbeitnehmerInnen bei Gigaset Communications GmbH – einem international agierenden Hersteller schnurloser Telefone. Als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats und Betriebsrat am Standort Bocholt ist ihm ganz wichtig: „Im Aufsichtsrat geht es nicht darum, gegen etwas zu sein, sondern zu zeigen, wie man es besser machen kann." Außerdem stehe er für „absolute Transparenz". Die Beschäftigten sollen über alle Entscheidung in den Gremien aufgeklärt werden. Was das bedeutet, erklärt Lage im aktuellen Fragebogen zur DGB-Aktion „Aufsichtsrat des Monats". *http://www.dgb.de/-/p0K*

IG BCE-Stiftung

Stadt Hannover erhält Umweltpreis

Die Stadtverwaltung Hannover, Fachbereich Gebäudemanagement, ist von der Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE mit dem Umweltpreis 2010 ausgezeichnet worden. Ihr Projekt „Tatort" konnte im Feld der 70 Bewerber überzeugen. Vergeben wurde der insgesamt mit 25 000 Euro dotierte Preis für beispielhafte Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz unter Einbeziehung der Beschäftigten.

Die 39 Beschäftigten des „Tatorts" Werkhof Hermann-Löhns-Park sparten von 2007 bis 2009 mehr als 40 Prozent Wärmeleistung ein, dazu noch Wasser und Strom. Insgesamt reduzierten sie die Energiekosten um rund 15 000 Euro bzw. sparten 30,5 Tonnen CO_2 ein. Sowohl Ergebnis als auch Konzept – gute Kommunikation und praxisnahes Vorgehen – überzeugten die Jury. Die Energiesparmaßnahmen am „Tatort" Werkhof sind Teil eines groß angelegten Projekts „Tatort Büro", in das auch Feuerwehr, Verwaltungen, Museen oder Freizeitheime einbezogen sind. 30 Prozent der jährlichen Einsparungen gehen als Prämie an die Belegschaft – für Verbesserungen des Arbeitsumfeldes.

Den zweiten Preis erhielten die Evonik Degussa GmbH, Werk Rheinfelden und die Deutschen Edelstahlwerke in Witten. Den dritten Preis teilen sich die Leverkusener Firma Currenta und UPM Nordland Papier in Dörpen/Emsland. •

www.arbeit-umwelt.de

DGB-Jugend

Neues Bildungsprogramm

Das Seminarprogramm der DGB-Jugend für 2011 liegt jetzt vor. Schwerpunkte im kommenden Jahr: Rhetorik, kreative Konfliktlösung und Seminare zum Thema „Antirassismus". Außerdem gibt es Workshops zum Organizing, zur internationalen gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und zu DGB-Jugend-Projekten wie „students at work". Das Programm kann kostenlos im Internet heruntergeladen werden. •

www.dgb-jugendbildung.de

Foto: Sebastian Henneke

Konrad Freiberg, 59, ist seit November 2000 Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Beim GdP-Bundekongress vom 22. bis 24. November in Berlin tritt er nicht zur Wiederwahl an. Im *einblick*-Interview spricht er über den Castor-Transport, Personalabbau bei der Polizei und die Rolle des DGB.

Interview zum GdP-Bundeskongress

„Glaubwürdigkeit ist das Wichtigste“

Du hast in den vergangenen Wochen mehrfach kritisiert, dass gesellschaftliche Konflikte, die die Politik herbeigeführt hat, auf dem Rücken der Polizei ausgetragen würden – die Polizei als Puffer zwischen Politik und Bürgern?

Die Polizei ist ein entscheidender Indikator für gesellschaftliche Entwicklungen. Unsere Kolleginnen und Kollegen spüren, dass die gesellschaftliche Spaltung in Deutschland zunimmt. Uns fällt auf, dass die Politik Entscheidungen an den Menschen vorbei trifft. Stuttgart 21 ist ein Beispiel dafür, die Aufkündigung des Atomkonsenses ein anderes – was zu den massiven Protesten rund um den jüngsten Castor-Transport geführt hat.
Wenn man sich die Geschichte der Castor-Transporte ansieht, dann war es der rot-grüne Atomkonsens, der diesen Konflikt befriedet hat. Wenn man wie Schwarz-Gelb hergeht und diesen Konsens aufkündigt, muss man auch dafür sorgen, dass diese Entscheidung in der Gesellschaft akzeptiert wird – das gehört zum politischen Prozess.

Und wie geht es jetzt weiter?

Im Unterschied zu irgendeiner Krawall-Demo standen der Polizei in Gorleben, mal abgesehen von wenigen Fehlgeleiteten, ganz normale Bürgerinnen und Bürger gegenüber. Und das stellt die Polizei vor massive Probleme. Die Regierung sollte zur Kenntnis nehmen, dass diese Proteste im Wendland erst der Anfang sind. Wir wollen nicht, dass die Polizei eingesetzt wird, um strittige Entscheidungen der Politik gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern durchzusetzen. Deswegen habe ich auch so harte Worte gefunden. Politik ist dazu da, die Menschen zu überzeugen. Sorge macht uns, dass sie stattdessen nun darauf setzt, Entscheidungen kompromisslos durchzuboxen.

Personalabbau betrifft auch die Polizei immer stärker. Wie sehr belastet das eure Kolleginnen und Kollegen?

Zusammen genommen mit verschiedenen anderen Entwicklungen, wie einem enorm gestiegenen Aufwand bei Großdemonstrationen, bei Fußballspielen bis runter in die dritte oder vierte Liga, bei Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten oder bei Rockerprozessen, verschärft der Personalabbau die Situation der Kolleginnen und Kollegen drastisch. Die Konsequenz hat man nun beim Castor-Transport gesehen. Dort haben Polizisten über 30 Stunden Dienst geschoben – und das waren keine Einzelfälle. Unser Aufruf an die Politik lautet deshalb: Verheizt die Leute nicht!

Auch die GdP hat sich in den vergangenen zwei Jahren immer wieder für eine sozial gerechtere Politik stark gemacht. Jetzt könnte man fragen: Warum interessiert sich eine „Beamtengewerkschaft“ wie die GdP für die Finanz- und Wirtschaftskrise? Wie betrifft das eure Kolleginnen und Kollegen?

Ich bin ein überzeugter DGB-Gewerkschafter. Für mich war von Anfang an wichtig: Wir sind Teil der Arbeitnehmerschaft insgesamt. Wenn die Wirtschaftskrise dazu führt, dass die öffentlichen Haushalte belastet werden, heißt es oft: „Beim Öffentlichen Dienst muss gespart werden.“ Das sehen wir in Europa, und das sehen wir bei uns. Dabei geht es uns nicht nur um die Rolle der Polizei, sondern vor allem auch um die Rolle des Staates insgesamt. Was wir erleben, ist eine massive Entstaatlichung, die auch eine große Gefahr für die Demokratie ist.

Was wird neben den Vorstandswahlen euren Kongress noch bestimmen?

Sicherlich das Thema „Gewalt gegen Polizisten“. Das hat wirklich ungeheure Ausmaße angenommen und ist leider keine Entwicklung, die man von heute auf morgen wieder stoppen kann oder die sich in zwei Jahren von allein erledigt. Deswegen mahnen wir auch die Politik immer wieder an, sich dieses Problems anzunehmen. Denn es gibt für Gewalt immer gesellschaftliche Ursachen: Menschen, die keinen Halt mehr haben. Jugendliche, die für sich keine Perspektive mehr sehen.

Wie geht ihr das Thema an?

Wir versuchen darauf hinzuweisen, welchen Gefahren Polizisten ausgesetzt sind. Allein in Berlin sind im letzten Jahr 3000 Polizisten verletzt worden. Aber nicht nur das: Viele können sich nicht vorstellen, was es für eine Demütigung ist, mit Steinen beworfen zu werden von Menschen, die einen nicht mal kennen, denen man nichts getan hat. Wir fordern einen besseren Schutz für Polizisten – auch mit Gesetzen.

2009 hatten zwei DGB-Gewerkschaften ein reales Mitgliederplus: die GdP und die GEW. Wie habt ihr, die GdP, die Trendwende geschafft?

Ich glaube, es gibt da kein Patentrezept nach dem Motto „Wir wissen wie's geht!“. So etwas erreicht man nicht, indem der Vorstand ein Konzept aufstellt. Es ist uns einfach auf allen Ebenen sehr gut gelungen, die Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, dass wir die Vertreter ihrer Interessen sind – auch gegenüber der Politik. Wir haben mit kontinuierlicher Arbeit Vertrauen aufgebaut. Auch in diesem Jahr werden wir wieder ungefähr ein Prozent mehr Mitglieder haben. Obwohl die Zahl der Polizistinnen und Polizisten kleiner wird, haben wir ein Plus. Das macht uns natürlich stolz. Das Allerwichtigste ist schlicht und einfach die Glaubwürdigkeit einer Gewerkschaft.

Du bist jetzt fast zehn Jahre GdP-Vorsitzender und damit ebenso lang Mitglied im DGB-Bundesvorstand. Was wünschst du dem DGB für die Zukunft?

Eines ist mir wirklich eine Herzensangelegenheit: Der DGB ist mehr als die Summe der einzelnen Gewerkschaften. Im DGB haben wir schwierige, manchmal quälende Diskussionen geführt. Aber genau dieser Druck muss sein: der Druck, dass eine gemeinsame Lösung im DGB gefunden werden muss. Wenn dieser Druck nicht mehr da ist, geht jeder seiner Wege – insbesondere die großen Gewerkschaften. Deswegen weise ich immer wieder auf die Bedeutung des DGB hin und darauf, wie wichtig es ist, gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Das ist uns bisher immer gelungen – dafür bin ich dankbar, und das wünsche ich mir auch für die Zukunft.

Die Langfassung des Interviews gibt es online – mit weiteren Themen: von der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst der Länder bis zur Integrationsdebatte. ***www.einblick.dgb.de***

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

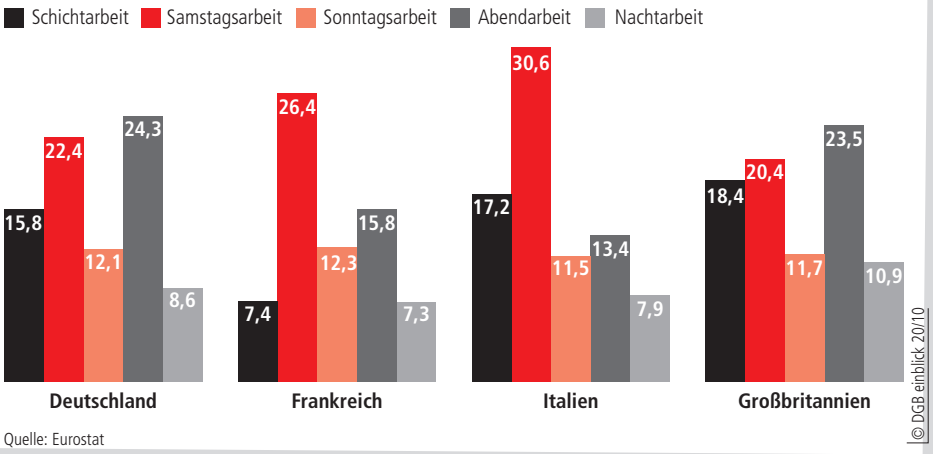
DIES & DAS

die DGB grafik

ARBEITSZEITEN: Atypisch wird typisch

Der „Nine-to-Five-Job" mit regelmäßigen Arbeitszeiten an fünf Werktagen pro Woche ist in den großen westeuropäischen Volkswirtschaften längst nicht mehr die Regel. Rund ein Viertel bis über ein Drittel aller ArbeitnehmerInnen arbeitet in Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien regelmäßig zu „atypischen" Arbeitszeiten – ob im Schichtbetrieb, nachts oder am Wochenende. In den osteuropäischen EU-Ländern sind die Quoten häufig noch höher, wie aktuelle Zahlen von Eurostat zeigen.

Anteil der ArbeitnehmerInnen zwischen 15 und 64 Jahren, die 2009 regelmäßig folgende atypische Formen der Arbeitszeit hatten (in Prozent)



Quelle: Eurostat

© DGB einblick 20/10

personalien

••• Die stellvertretende DGB-Vorsitzende ***Ingrid Sehrbrock,*** 62, sowie ***Regina Görner,*** 60, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, sind auf dem CDU-Bundesparteitag Mitte November als Bundesvorstandsmitglieder der Partei wiedergewählt worden. Beide konnten ihr Ergebnis von vor zwei Jahren verbessern. Ingrid Sehrbrock erhielt 70,39 Prozent der Stimmen (2008: 67,73%), Regina Görner 65,88 Prozent (65,60%).

••• ***Edeltraud Glänzer,*** 55, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG BCE, ist Anfang November von der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum EKD-Ratsmitglied gewählt worden.

••• ***John Monks,*** 65, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB), ist geadelt worden. Auf Vorschlag der britischen Labour Party zog er als „Life Peer" ins House of Lords, das britische Oberhaus, ein. Sein offizieller Titel: Baron Monks of Blackley in the County of Greater Manchester.

••• ***Heike Lehmann,*** 35, Diplom-Politologin, seit Januar 2007 persönliche Referentin der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock, ist seit dem 1. November Referatsleiterin für „Gleichstellung in Betrieben und Verwaltungen" in der Abteilung Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik des DGB-Bundesvorstands.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30888 24-0, Fax 030/30888 2420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

22.-24.11. GdP, 24. Ordentlicher Bundeskongress, Berlin

25./26.11. WSI-Herbstforum, Berlin

25.11. DGB, Workshop „Schulstruktur und Lernkultur – Möglichkeiten und Grenzen des zweigliedrigen Schulsystems", Berlin

29.11.-10.12. Vereinte Nationen, UN-Klimagipfel, Cancun/Mexiko

30.11. TRANSNET und GDBA, getrennte Gewerkschaftstage mit Beschlussfassung über die Verschmelzung beider Gewerkschaften, Fulda

1.12. TRANSNET und GDBA, geplanter Termin für den ersten gemeinsamen Gewerkschaftstag, Fulda

1./2.12. ver.di b+b, 2. Arbeitnehmerdatenschutzkonferenz, Göttingen

2.12. DGB und GEW, Workshop „Sprachförderung für Kinder unter drei Jahren", Berlin

3.-5.12. TRANSNET und GDBA, erster gemeinsamer Jugendtag, Fulda

4.12. IG BCE, Recklinghäuser Tagung, Recklinghausen

6.12. DGB Berlin-Brandenburg, Lausitzkonferenz „Die Lausitz – Energieland Gestern, Heute, Morgen", Cottbus

Schlusspunkt.

***Welt am Sonntag:* Ihr Vorgänger Gerhard Schröder hatte einen Müntefering, Helmut Kohl hatte Schäuble. Wer würde aus Ihrem Kabinett Kanzler, wenn Sie morgen von der Straßenbahn überfahren würden?**
***Merkel:* Ich werde mich von Straßenbahnen fernhalten.**

Interview mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, Welt am Sonntag, 14. November

Krankenversicherung

Privat bleibt bei Hartz IV privat

Wer in der Vergangenheit selbstständig erwerbstätig und privat versichert war, wird bei Bezug von Arbeitslosengeld II (Hartz IV) nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungspflichtig. Dies gilt auch dann, wenn schon vor dem Leistungsbezug der private Krankenversicherungsschutz beendet und die selbständige Tätigkeit aufgegeben worden war.

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen,
Beschluss vom 23. August 2010 - L 16 KR 329/10 B ER

Kündigungsschutzgesetz

Gilt nicht in Kleinbetrieben

Nach dem Kündigungsschutzgesetz genießen Arbeitnehmer in Betrieben, in denen in der Regel nur zehn oder weniger Arbeitnehmer beschäftigt sind, keinen Kündigungsschutz. Die darin liegende Ungleichbehandlung zwischen Arbeitnehmern größerer und kleinerer Betriebe verstößt nicht gegen das Grundgesetz. Sie ist sachlich gerechtfertigt, weil Kleinbetriebe typischerweise durch enge persönliche Zusammenarbeit, geringere Finanzausstattung und einen Mangel an Verwaltungskapazität geprägt sind.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 28. Oktober 2010 - 2 AZR 392/08

Pflegeversicherungsrecht

Benotung eines Pflegeheims öffentlich

Die Benotung eines Pflegeheims darf veröffentlich werden, soweit sie auf einer neutral, objektiv und sachkundig durchgeführten Qualitätsprüfung des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen basiert.

Hessisches Landessozialgericht,
Beschluss vom 28. Oktober 2010 - L 8 P 29/10 B ER

Arbeitnehmererfindung

Bei Streit nicht zum Arbeitsgericht

Für einen Rechtsstreit, in dem ein Arbeitnehmer seinen früheren Arbeitgeber auf Schadensersatzleistungen in Anspruch nimmt, weil er ihm vorwirft, nach der Meldung einer Erfindung des Arbeitnehmers diese zwar zum Patent angemeldet, die Meldung aber nicht weiter betrieben zu haben, ist der Rechtsweg vor die Arbeitsgerichte nicht eröffnet. Vielmehr ist dafür das für Patentstreitigkeiten zuständige Gericht ausschließlich zuständig.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Beschluss vom 2. August 2010 - 7 Ta 203/10

Arbeitnehmereigenschaft

Schulbegleiter ist Arbeitnehmer

Ein Schulbegleiter, auch Integrationshelfer genannt, ist eine Person, die während eines Teils oder auch während der gesamten Schulzeit, einschließlich des Schulweges, bei einem Schüler ist, um dessen behinderungsbedingte Defizite zu kompensieren und Hilfe bei alltäglichen Verrichtungen zu geben. Ein vom Träger der Schule vertraglich verpflichteter Schulbegleiter ist im Regelfall Arbeitnehmer.

Arbeitsgericht Würzburg,
Urteil vom 28. Juli 2010 – 1 Ca 2108/09

Hartz IV

Wohnungssuche darf nicht ewig dauern

Empfänger von Arbeitslosengeld II müssen sich um eine neue angemessene Wohnung innerhalb von sechs Monaten bemühen.

Der Fall: Ein Hartz-IV-Empfänger lebte in einer 91 qm-Wohnung, deren Mietzins sich mit Nebenkosten auf über 900 Euro belief. Der Betroffene wurde aufgefordert, sich eine angemessene Wohnung zu suchen. Dazu erklärte er sich bereit, gab allerdings an, an mehreren Allergien zu leiden, weshalb er an eine Wohnung besondere Ansprüche stelle: Sie solle im Randbereich der Stadt liegen, gute Anbindung an die Innenstadt und gute Infrastruktur haben. Zudem müsse sie mindestens 700 Meter von Handyfunkmasten entfernt sein. Als er nach über einem Jahr keine Wohnung gefunden hatte und die Behörde die volle Mietübernahme einstellte, kündigte der Vermieter wegen Mietrückständen. Darauf beantragte der Betroffene beim Sozialgericht die Übernahme der Mietrückstände. Gegen die Ablehnung durch das Sozialgericht legte der Betroffene Beschwerde ein.

Das Landessozialgericht: Der Hartz-IV-Empfänger war verpflichtet, sich binnen einer Frist von sechs Monaten intensiv um eine Wohnung zu bemühen. Dies sei – schon angesichts der Sonderwünsche – nicht der Fall gewesen. Die Übernahme unangemessener Wohnungskosten sei nicht gerechtfertigt, zumal manche der hinderlichen Anforderungen des Betroffenen nicht nachvollziehbar sind.

Bayerisches Landessozialgericht,
Beschluss vom 24. Juni 2010 - L 7 AS 391/10 B ER

Unterschlagung

Notarielles Geständnis steht fest

Gibt ein Arbeitnehmer im Arbeitsverhältnis begangene Unterschlagungen zu und unterzeichnet vor einem Notar ein Schuldanerkenntnis, kann er gegen die Wirksamkeit nicht mit Erfolg einwenden, die Überführungsmethoden seien unzulässig gewesen.

Der Fall: Der Arbeitnehmer war in einem Getränkemarkt beschäftigt. Nachdem erhebliche Fehlbestände an Leergut aufgefallen waren, installierte der Arbeitgeber eine nicht erkennbare Videokamera über dem Arbeitsplatz. Die Auswertung ergab für zwei Monate über 10 000 Euro Schaden. Der Arbeitnehmer gab zu, seit vier Jahren regelmäßig fingierte Pfandbonzettel abgerechnet zu haben. Er bestätigte handschriftlich, in dieser Zeit einen Schaden von wenigstens 110 000 Euro verursacht zu haben. Später unterzeichnete er ein notarielles Schuldanerkenntnis. Ihm wurde eine monatliche Ratenzahlung in Höhe von 200 Euro eingeräumt. Kurz danach ließ der Arbeitnehmer das notarielle Schuldanerkenntnis anfechten. Er verlangte die Urkunde wegen Sittenwidrigkeit des Rechtsgeschäfts heraus.

Das Bundesarbeitsgericht: Einwände gegen die Höhe des von ihm verursachten Schadens oder gegen die Art und Weise der Überführung kann der Arbeitnehmer gegen dieses Schuldanerkenntnis nicht ins Feld führen. Mit der Unterzeichnung hatte er solche bekannten Einwände aufgegeben. Der Inhalt der notariellen Urkunde stellt sich auch nicht als sittenwidrig dar. Zwar ist die Summe hoch, im Verhältnis zu dem vorausgegangenen Geständnis und zu den Feststellungen, die der Arbeitgeber gemacht hatte, ist der Schadensbetrag aber vorsichtig kalkuliert. Der Arbeitgeber hat auch keine Geschäftsunerfahrenheit des Arbeitnehmers ausgenutzt. Die Drohung mit einer Strafanzeige erscheint angesichts des vom Arbeitnehmer selbst eingeräumten Sachverhalts nicht als unverhältnismäßig.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 22. Juli 2010 - 8 AZR 144/09

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 06.12.2010 21/10

DGB

inhalt

Seite 3
Gegen Sparpolitik
Deutsche und französische Gewerkschaften sind sich einig: Mit Lohn- und Sozialdumping lassen sich die Krisenfolgen nicht überwinden

Seite 5
Weichen gestellt
Die Delegierten des GdP-Bundeskongresses haben den Kurs für die kommenden Jahre bestimmt. einblick stellt die zentralen Beschlüsse vor

Seite 7
Studieren ohne Abitur
Warum beruflich Qualifizierte eine Bereicherung für die deutschen Hochschulen sind, erklärt Edeltraud Glänzer

Leiharbeit

Die Lösung heißt Equal Pay

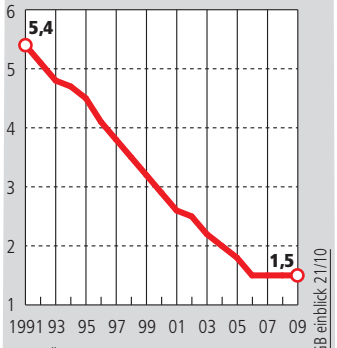
Wenn das Thema nicht so ernst wäre, könnten die jüngsten Koalitionsquerelen um einen Zeitarbeitsmindestlohn für den einen oder anderen Lacher taugen: Erst kann sich FDP-Fraktionsvize Heinrich Kolb einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn für die Leiharbeit vorstellen, dann muss er dementieren – Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) begrüßt Kolbs Vorstoß trotzdem. Schließlich signalisierten die Liberalen „Gesprächsbereitschaft", betonten aber gleichzeitig, dass sie von ihrer Position nicht abrücken werden: kein Mindestlohn für die Zeitarbeit. Ursula von der Leyen hingegen erklärte zum Zeitarbeitsmindestlohn, sie wolle, „dass wir die Beratungen noch in diesem Jahr abschließen".

Ganz gleich, was diese Beratungen bringen: Wie mit dem Entwurf des neuen Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes verfehlt die Koalition auch mit der aktuellen Mindestlohndebatte den Kern des Problems. „Nachdem sich die Union jahrelang gegen einen Mindestlohn in der Zeitarbeit gesträubt hat, ist es eine späte, aber immerhin richtige Erkenntnis, dass wir mit Blick auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Mai 2011 auch den Zeitarbeitsmindestlohn brauchen", betont DGB-Vorstand Claus Matecki. Viel wichtiger sei es aber, das Equal-Pay-Prinzip endlich gesetzlich festzuschreiben: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Denn die inzwischen fast eine Million LeiharbeiterInnen verdienen bis zu 50 Prozent weniger als ihre fest angestellten KollegInnen.

Diese hohe Entgeltdifferenz sei der „wirtschaftliche Anreiz" dafür, dass der aktuelle Beschäftigungsaufbau zu großen Teilen in der Leiharbeit stattfinde, schreiben Berthold Huber und Detlef Wetzel, Erster und Zweiter Vorsitzender der IG Metall, in einem offenen Brief an alle Abgeordneten des Bundestags. Auch für Huber und Wetzel ist ein Zeitarbeitsmindestlohn mitnichten der Weisheit letzter Schluss: „Eine Mindestlohnregelung löst keines der heute bestehenden Probleme mit der Leiharbeit", betonen die beiden Gewerkschafter. „Nur eine strikte Durchsetzung des Equal-Pay-Prinzips kann den Missbrauch von Leiharbeit und Lohndumping verhindern." Dieses Prinzip schreibt sogar die EU-Leiharbeitsrichtlinie vor. Da aber auch das „reformierte" deutsche Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) davon abweichende Tarifverträge zulässt, setzt es die europäischen Vorgaben nicht korrekt in deutsches Recht um, kritisiert der DGB. Das Resümee des Gewerkschaftsbunds zur aktuellen Koalitionsdebatte ist deshalb klar: Zeitarbeitsmindestlohn ist gut, Equal Pay noch wichtiger. •

Immer weniger allgemeinverbindlich

Anteil der für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge an allen Tarifverträgen* (in Prozent)



*ohne Änderungs- und Paralleltarifverträge
Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2010

Die schwarz-gelbe Koalition diskutiert derzeit darüber, den Zeitarbeitsmindestlohn ins Entsendegesetz aufzunehmen und so für allgemeinverbindlich zu erklären. Solche Erklärungen werden immer seltener und gelten heute nur noch für 1,5 Prozent aller Tarifverträge. Hauptgrund: Die aktuelle Gesetzeslage räumt den Arbeitgebern de facto ein Vetorecht ein – und das wird oft zur Blockade genutzt.

plusminusBERLIN

+ ***SPD-MdB Hilde Mattheis hat die von einigen Banken praktizierte kostenpflichtige Umwandlung eines Girokontos in ein pfändungsgeschütztes „P-Konto" kritisiert. „Geschäfte mit Armut per Bankkonto" müssten beendet werden.***

– ***Kein Herz für Kinder – Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) scheint keinen großen Wert auf die Arbeit des UN-Kinderhilfswerks zu legen. Sein Haus kürzte die Mittel für UNICEF um 28 Prozent – von 6,5 auf 4,7 Millionen Euro.***

Der Surf-Tipp fürs Internet

www.boeckler.de/73692.html
Aktualisierte Datenbank „Betriebsvereinbarungen" der Hans-Böckler-Stiftung

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Dossier „Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule"

Bildungspolitik

Arbeitgeber drängen in die Schule

Mehrere Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände haben ihre Vorstellungen für ein eigenständiges Unterrichtsfach „Wirtschaft" an allgemeinbildenden Schulen präsentiert. Ziel der Verbände sei es offenbar, so der DGB, „ihr Verständnis einer deregulierten unternehmensorientierten Wirtschaft in die Schule zu bringen". Für diese Einschätzung spricht, dass die Autoren des 140-seitigen Papiers („Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen") die Einbindung von politischen und sozialen Zusammenhängen in das von ihnen entworfene Fach „Wirtschaft" weitgehend ablehnen. Auch Integrationsfächer wie „Sozialkunde" oder „Politik/Wirtschaft" stehen im Arbeitgeberkonzept in der Kritik.

„Dass die Wirtschaft dabei von ‚ökonomischer Bildung' spricht, ist schlicht irreführend", kritisiert Matthias Anbuhl, Abteilungsleiter für Bildungspolitik beim DGB-Bundesvorstand. „Unterricht darf nicht für Selbstdarstellung oder Interessenspolitik missbraucht werden." Der DGB setzt dem Arbeitgeberkonzept das Konzept der „sozioökonomischen Bildung" entgegen. Praxisorientiert und interdisziplinär sollen politische und gesellschaftliche Zusammenhänge von Arbeit und Wirtschaft mit ethischen, rechtlichen und ökologischen Aspekten verknüpft werden. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

GEW-Studie

Kein Traumjob

Geringer Verdienst, hohe körperliche und psychische Belastung, Leben auf Hartz IV-Niveau und drohende Altersarmut – so sieht die Lebens- und Arbeitsrealität vieler ErzieherInnen laut einer Studie der Max-Traeger-Stiftung im Auftrag der GEW aus. Danach haben nur 50 Prozent der Beschäftigten eine Vollzeitstelle und verdienen 224 Euro unter dem deutschen Durchschnittslohn. Die Folgen: Ein Drittel der Beschäftigten wechselt vorzeitig den Beruf, alle anderen müssen nach durchschnittlich 38 Jahren im Beruf mit rund 870 Euro Rente auskommen. Die GEW kritisiert: Der Anspruch an die Qualität frühkindlicher Bildung und die Bedingungen, unter denen ErzieherInnen gute Arbeit leisten sollen, „klaffen meilenweit auseinander." Die Gewerkschaft fordert deshalb mehr unbefristete Vollzeitstellen, mehr Gehalt und bessere Arbeitsbedingungen. •

Anzeige

KDA
KIRCHLICHER DIENST IN DER ARBEITSWELT

Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine oder einen

Referentin/en für Bildungsmanagement und Netzwerkarbeit *(75%-Stelle)*
Teilzeit (50%), z.Zt. 19,5 Stunden, unbefristet
Teilzeit (25%), z.Zt. 9,75 Stunden, befristet für 5 Jahre.

Die Referentenstelle bezieht sich auf die inhaltliche und bildungspolitische Arbeit im Bereich Kirche – Wirtschaft – Arbeitswelt auf Bundesebene einschl. Kontakten zu entsprechenden Arbeitsfeldern in den einzelnen Regionen und Landeskirchen.

Die Aufgaben im Einzelnen.
Für die unbefristete 50%-Stelle:
- Kommunikations- und Netzwerkarbeit in gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Kontexten,
- Mentoring ehrenamtlicher Vorstände und Gruppen („Community Organizing"),
- Weiterentwicklung und zeitgemäße Gestaltung der Medienpräsenz.

Für die befristete 25%-Stelle:
- Die Entwicklung von Weiterbildungsmodulen und Aktionsprogrammen für haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende,
- Konzeptionierung und Implementierung dazu passender Finanzierungsmodelle.

An den Bewerber/die Bewerberin mit einem akademischen Abschluss werden folgende Erwartungen gestellt:
- Kenntnisse in sozial- und wirtschaftsethischen Arbeitsfeldern,
- Erfahrungen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit,
- Kooperations- und Teamfähigkeit.

Die Stelle ist nach Entgeltgruppe E 13 DVO/TVöD dotiert. Dienstsitz ist Hannover. Die Zugehörigkeit zur Evangelischen Kirche wird vorausgesetzt.

Bewerbungen richten Sie bitte bis spätestens 07.01.2011 an die Bundesgeschäftsstelle des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA): Blumhardtstr. 2, 30625 Hannover, a.brassler@kda-ekd.de.
Nähere Auskünfte erteilen der Bundesvorsitzende Pfarrer Peter Janowski (02772 40 89 0) und der Bundesgeschäftsführer Dr. Axel Braßler (0511 55 474 131).

Hartz IV-Reform

Weiter in der Kritik

Anlässlich einer Anhörung im Bundestag haben DGB und weitere Verbände erneut die Neuregelung zur Berechnung der Hartz IV-Regelsätze heftig kritisiert. Der DGB bemängelt vor allem, dass die Höhe der Regelsätze nicht darauf ausgelegt ist, Armut zu vermeiden, sondern eindeutig politisch motiviert sei.

Besonders kritisch sieht der Gewerkschaftsbund auch die geplante „Pauschalierung von Unterkunftskosten" im Hartz IV-System. Bisher prüfen die Kommunen im Einzelfall, was „angemessene Kosten" sind. Künftig sollen Landesgesetze ihnen das Recht einräumen, regional Pauschalen für angemessene Wohnkosten festzulegen. So bekämen die Kommunen die Möglichkeit, ihre klammen Haushalte durch einen Unterbietungswettbewerb bei den Wohnkostenpauschalen zu entlasten. „Wenn zukünftig Lokalpolitik die Höhe der Leistungen bestimmt, ist dies für ein bundesweites Leistungssystem für knapp sieben Millionen Menschen ein Armutszeugnis", so der DGB.

Im Rahmen der Anhörung bezweifelten außerdem mehrere ExpertInnen, dass die neuen Regelsätze verfassungskonform sind: Aus Sicht des Sozialverbands Deutschland ist die Berechnung „in zahlreichen Punkten angreifbar", Dr. Jürgen Borchert vom hessischen Sozialgericht sieht eine „Fülle von Ungereimtheiten", und die Darmstädter Professorin Anne Lenze hält das „gesamte Paket für verfassungsrechtlich höchst riskant". •

Ausbildung

Drei statt zwei

Erst kürzlich brachte die Wirtschaft unter anderem mit ihrer Forderung nach zweijähriger Berufsausbildung die Verhandlungen zum Ausbildungspakt mit den Gewerkschaften zum Scheitern *(einblick 19/2010)*. Jetzt haben GewerkschafterInnen ein deutliches Zeichen gegen diese „Schmalspurausbildungen" gesetzt: DGB und Gewerkschaften überreichten dem Bundeswirtschaftsministerium rund 23 000 Unterschriften gegen eine verkürzte zweijährige Berufsausbildung im Bürobereich. Die UnterzeichnerInnen sprechen sich gegen entsprechende Forderungen der Arbeitgeber aus und unterstützen „eine dreijährige, moderne und zukunftsfähige" Ausbildung. Das Wirtschaftsministerium signalisierte bereits, dass es bei der dreijährigen Ausbildung für Büroberufe bleiben soll. •

Gewerkschaften in Europa

Gemeinsam gegen die Sparpolitik

Überall in Europa das gleiche Bild: Statt die Verursacher an den Kosten der Krise zu beteiligen, bedroht die Sparpolitik der EU-Staaten das soziale Fundament Europas. Die Gewerkschaften in Europa sind sich einig: Nur gemeinsam und solidarisch können sie dem Sozialabbau die Stirn bieten – im EGB und in den bilateralen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften einzelner EU-Staaten. „Solidarität statt Konkurrenz" ist der einzige Weg aus der Krise, betonten VertreterInnen deutscher und französischer Gewerkschaften bei ihrem dritten gemeinsamen Forum Ende November in Paris.

„Das Eurosystem steckt in einer tiefen systemischen Krise", betonte DGB-Vorstand Annelie Buntenbach angesichts der aktuellen Entwicklungen in Irland auf dem deutsch-französischen Gewerkschaftsforum in Paris, das in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung stattfand.

Die TeilnehmerInnen des Forums waren sich einig: Mit Lohn-, Sozial- und Steuerdumping lässt sich die noch längst nicht überwundene Krise nicht bekämpfen. Ihre Ursachen – von der fehlenden Regulierung der Finanzmärkte bis zum zügellosen Streben nach Profit – seien nicht behoben, heißt es in der gemeinsamen Erklärung der deutschen und französischen Gewerkschaften. „Was uns in die Krise geführt hat, setzt sich nach der Krise mit erhöhter Dynamik fort", fasste Dierk Hirschel, ver.di-Experte für europäische Wirtschaftspolitik, zusammen.

Einig waren sich die TeilnehmerInnen des Forums in ihrer Kritik an der Europapolitik ihrer beiden Heimatländer. Statt sich für eine nachhaltige Wirtschafts- und Finanz- sowie für eine zukunftsfähige Industriepolitik in der EU einzusetzen, seien Deutschland und Frankreich die treibenden Kräfte im Europäischen Rat, die eine Unterstützung von Ländern wie Griechenland, Irland, Spanien oder Portugal an einen rigiden Sparkurs knüpfen. Diese wachstums- und arbeitnehmerfeindliche Politik lehnen deutsche wie französische Gewerkschaften ab. Stattdessen setzen sie sich dafür ein, „solidarische und faire Lösungen in Europa zu finden und nationale Egoismen und Alleingänge zu stoppen". Die Sparmaßnahmen gefährdeten das Europäische Sozialmodell, führten zu einer gesellschaftlichen Spaltung und gefährdeten letztendlich das „Europäische Einigungswerk".

„Die Ursachen der Krise müssen behoben werden. Europa braucht einen Kurswechsel, sonst bekommt es die Probleme nicht in den Griff", stellt Annelie Buntenbach klar. •

Die gemeinsame Erklärung des 3. Deutsch-Französischen Gewerkschaftsforums:
www.einblick.dgb.de/hintergrund

Kaum ein Vorbild für Europa: Von 1998 bis zum Beginn der Krise 2008 erhöhten sich die gesamtstaatlichen Ausgaben in Deutschland im Jahresschnitt nominal lediglich um 1,4 Prozent, real – nach Abzug der Preissteigerung – sanken sie sogar um 0,2 Prozent. Damit ist Deutschland nach Japan „Vize-Weltmeister" in „sparsamer Ausgabenpolitik", so Gustav Horn vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) – mit erheblichen Folgen für Infrastruktur, Sozialsystem und Binnenkonjunktur. Horn warnt: Allein das von Schwarz-Gelb beschlossene Sparpaket setzt 2011 einen restriktiven Impuls von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, der „XXL-Aufschwung" in diesem Jahr ist Ergebnis von Spezialeffekten und wirkt kaum nachhaltig.

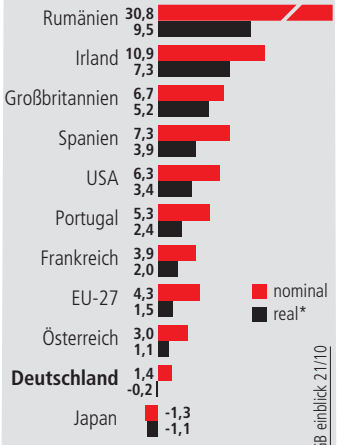
Die Aktionen gehen weiter

Für den 15.12. rufen die griechischen Gewerkschaften zum Generalstreik auf, die Tschechen demonstrieren am 8.12., die Spanier am 16.12.. Der EGB zeigt online mit einem „Bonus Watch"-Adventskalender die andere Seite – Manager-Boni trotz Krise.

www.etuc.org

Deutschland: Vize-Weltmeister in sparsamer Ausgabenpolitik

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der Staatsausgaben von 1998 bis 2008 in ausgewählten Ländern (in Prozent)



?...nachgefragt

Foto: CFDT

Ungeachtet massiver Proteste hat die französische Regierung ihre umstrittene Rentenreform beschlossen und das Renteneintrittsalter heraufgesetzt. *einblick* fragte Marcel Grignard, den stellvertretenden Generalsekretär der französischen Gewerkschaft CFDT, wie es nun weitergeht und welche Bedeutung die bilateralen Beziehungen zwischen deutschen und französischen Gewerkschaften haben.

Die Regierung Sarkozy hat nicht nur die Proteste ignoriert, sondern auch die miserablen Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ähnlich wie in Deutschland führt eine Erhöhung des Renteneintrittsalters zu mehr Altersarmut und unzumutbaren Härten für viele Beschäftigte. Immerhin ist es uns gelungen, durchzusetzen, dass die Erhöhung des Renteneintrittsalters 2013 noch einmal überprüft werden soll. Wir sind uns sicher, dass die Reform einer ehrlichen Überprüfung nicht standhalten wird, und setzen nun darauf, sie spätestens 2013 zu Fall zu bringen.

Ähnlich wie Deutschland und Frankreich eine bestimmende Rolle in der Politik der EU spielen, ist auch die Zusammenarbeit zwischen den deutschen und den französischen Gewerkschaften von herausragender Bedeutung. In den bisher drei deutsch-französischen Gewerkschaftsforen haben wir enorme Fortschritte in der Kooperation gemacht. In der Analyse der Krise sind wir uns einig, und bei aller Unterschiedlichkeit etwa in der politischen und gewerkschaftlichen Kultur sind wir auf dem besten Wege, gemeinsam Strategien zu entwickeln – für unsere Politik im EGB und in der EU, aber auch was den G20-Prozess betrifft. Auch hier wollen wir den Austausch verstärken – nicht zuletzt deshalb weil 2011 Frankreich den G20-Vorsitz übernimmt.

PROJEKTE UND PARTNER

Jugend-Kampagne

Änder das!

Ein breites Bündnis von Jugendorganisationen, darunter die Gewerkschaftsjugend, ist sich einig: Die Bundesregierung zerstört mit ihrem einseitigen und unsozialen Sparwahn die Zukunft junger Menschen. Aus diesem Grund haben sie die bundesweite Kampagne „Änder das!" gestartet. Mit einer symbolischen Aktion startete das Bündnis Ende November am Brandenburger Tor in Berlin: Schwarz-gelbe Mumien rissen ein intaktes Schwimmbad ein, um auf die Folgen der Sparpolitik à la Merkel und Co. hinzuweisen. Der DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf fordert die Bundesregierung auf, sich endlich ernsthaft für die Belange der jungen Generation einzusetzen. Auf der Kampagnen-Homepage können sich UnterstützerInnen über Ziele, Aktionen und Hintergrund informieren. Themenschwerpunkte der Kampagne sind Sozialabbau, Bildungsmisere, Ausbeutung, Sparwahn, Klimawandel, Intoleranz und Gender. Bündnispartner sind die DGB-Jugend, die Jusos, die Grüne Jugend, SJD – Die Falken, das Jugendwerk der AWO, die BUND-Jugend, die Naturfreunde und der Bund der Alevitischen Jugendlichen. •

www.aenderdas.de

Anzeige

Sie wollen über Ihren beruflichen Tellerrand blicken und sind an Wirtschaft und Politik interessiert?

Informieren Sie sich über ein Sozialökonomisches Studium in Hamburg - nach Aufnahmeprüfung auch ohne Abitur!

Infos: www.gdff.de oder www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialoekonomie/studium/

Anzeige

Der Fachbereich Sozialökonomie (WiSo-Fakultät der Universität Hamburg) bietet ein interdisziplinäres, praxisbezogenes Studium mit den Fächern BWL,VWL, Soziologie und Recht für Berufserfahrene - auch ohne Abitur - an.

Infos: www.gdff.de oder www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialoekonomie/studium/

DGB-Bildungswerk

Fachkraft gegen Rechts

Auf Schulhöfen, in der Nachbarschaft, im Sportverein, aber auch in den Betrieben muss der Kampf gegen Rechtsextremismus intensiviert werden – darüber sind sich die Gewerkschaften einig. Aus diesem Grund bietet das DGB-Bildungswerk die berufsbegleitende Fortbildung zur „Fachkraft Rechtsextremismus-Prävention" an. Ziel: grundlegende Kenntnisse über rechte Ideologie, Organisationen, politische Ziele und Strategien zu vermitteln. An insgesamt sechs Wochenenden plus einer Blockwoche führen anerkannte ExpertInnen durch das Seminar. Im Internet finden Interessierte weitere Infos. •

www.dgb-bildungswerk.de

Deutscher Personalräte-Preis

Im Einsatz für Beschäftigte

Der erstmals verliehen Deutsche Personalräte-Preis in Gold geht an den Hauptpersonalrat Gesamtschulen beim Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW. Der Grund: Neue Beschäftigte werden dort bei ihrer Einstellung nun einheitlich eingestuft. Damit wird die Einkommenssituation von tarifbeschäftigten Lehrkräften verbessert. Den Preis in Silber erhält der Personalrat der Berliner Stadtreinigung, der mit zwei Projekten rund 50 Arbeitsplätze für leistungsgeminderte Beschäftigte schuf. Für eine Dienstvereinbarung zum Gesundheitsschutz bei der Polizei wurde der Hauptpersonalrat Polizei beim Innenministerium des Landes Rheinland-Pfalz mit Bronze geehrt. Vergeben wird der Preis von der Fachzeitschrift *Der Personalrat* und dem DGB-Bundesvorstand. •

www.deutscherpersonalraete-preis.de

Auto Club Europa

Gute Fahrt 2011

Welche neuen Regeln müssen AutofahrerInnen ab 2011 beachten? Der Auto Club Europa (ACE) weiß Rat. Im Internet bietet er umfassende Infos zur Winterreifenpflicht, Führerschein mit 17, Tagfahrleuchten und vielen weiteren Neuregelungen. Außerdem: Europa-Urlauber finden beachtenswerte neue Gesetze aus den Ländern Griechenland, Italien, Spanien und Österreich. Ein Beispiel: Laut ACE erklärt Griechenland ab dem 1. Januar alle Bargeld-Transaktionen über 1500 Euro für illegal. •

www.ace-online.de

Anzeige

Die Absolventen des Sozialökonomischen Studienganges haben gute bis sehr gute Berufsaussichten in Unternehmen,Verbänden, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen oder als Selbständige.

Einzelheiten unter www.gdff.de/alumni/karrieren.php

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk Baden-Württemberg*** lehnt den geplanten unterirdischen ***Tiefbahnhof S21*** in Stuttgart ab. Der DGB plädiert für einen modernisierten Kopfbahnhof in der schwäbischen Landeshauptstadt. Auch in den Gewerkschaften gebe es Gegner und Befürworter von S21, so der DGB. Allerdings müsse sich der DGB als Dachverband der Gewerkschaften zu zentralen gesellschaftspolitischen Fragen positionieren – insbesondere, wenn es um Steuergelder in Milliardenhöhe gehe. Der DGB betont: „Durch S21 entstehen kurzfristig Arbeitsplätze – wie viele es in 15 Jahren sind, kann niemand voraussagen. Neue Arbeitsplätze entstehen aber auch bei einer Modernisierung des Kopfbahnhofs." Ganz zentral sei die Einhaltung von Gesetzen, Arbeitsschutzvorschriften und Tarifverträgen bei öffentlichen Bauten. Gesetzesverstöße, die beim S21-Bau vorkamen, dürften sich nicht wiederholen.

www.bw.dgb.de

••• Der ***DGB-Bezirk Bayern*** hat die ***Gesprächsplattform*** „Initiative Elektromobilität Bayern" begrüßt. Diese bringt Arbeitgeber, Gewerkschaften und Wissenschaft zusammen, um über elektrobetriebene Fahrzeuge als Zukunftsprojekt der Automobilindustrie in Bayern zu diskutieren. Der bayerische DGB-Vorsitzende Matthias Jena betont: „Elektromobilität ist ein großes Zukunftsthema für den Standort Bayern: für Hersteller, Zulieferer und Energieversorger. Die Gewerkschaften wollen diesen technologischen Wandel aktiv mitgestalten. Wir begrüßen, dass der Ministerpräsident unsere Anregung aufgreift und alle wichtigen Akteure zusammenbringt." E-Mobilität betreffe über die Automobilindustrie hinaus weitere Branchen. Ein zentrales Element seien Investitionen in eine intelligente Energie-Infrastruktur. Insgesamt gehe es mindestens um 600 000 Arbeitsplätze, erklärt Jena.

www.bayern.dgb.de

GdP-Bundeskongress

Sicherheit ist MehrWert

Mit großer Geschlossenheit haben die Delegierten des 24. Ordentlichen Bundeskongresses der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Weichen für die gewerkschaftliche und politische Arbeit in den kommenden vier Jahren gestellt. einblick stellt die zentralen Beschlüsse vor.

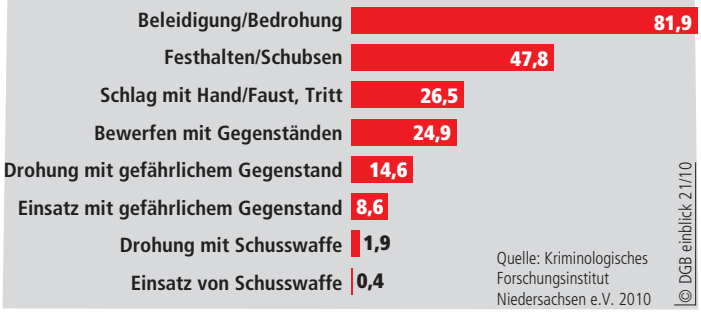
„Sicherheit ist MehrWert" lautete das Motto des GdP-Bundeskongresses. Bernhard Witthaut, neuer Vorsitzender der GdP, machte deutlich, worum es dabei geht: „Mit unserer Arbeitskraft schaffen wir täglich einen Mehrwert, der in unserem Gemeinwesen unverzichtbar ist. Wir gewährleisten die innere Sicherheit." Angesichts der massiven Arbeitsbelastung im Polizeidienst forderte er, dass es einen PoW – einen Polizisten ohne Wochenende – nicht mehr geben dürfe.

Die insgesamt 254 Delegierten stellten mit ihren Beschlüssen die Weichen für die kommenden Jahre. So forderten sie einstimmig ein besseres Arbeits- und Gesundheitsmanagement, um dem hohen Krankenstand zu begegnen. Einmütig stimmten sie für ein einheitliches Versammlungsgesetz. Der Hintergrund: Variierende Polizei- und Versammlungsgesetze führen zu zusätzlichen Belastungen. Mit Forderungen nach „echten" Pensionsfonds, einem zielgenauen „Gender-Check" im Beamtenrecht und mehr Begleitpersonal in öffentlichen Verkehrsmitteln bezogen die Delegierten mit großen Mehrheiten Stellung zu aktuellen Problemen. Eine klare Absage erteilten sie der Forderung, die Bundeswehr im Inneren einzusetzen.

Lob zollten Bundespräsident Christian Wulff und Innenminister Thomas de Maizière (CDU) sowohl den PolizistInnen als auch der GdP. „Solidarität, Sympathie, Respekt und Dankbarkeit: Das alles hat die Polizei verdient", betonte Wulff.

Gefährlicher Einsatz

Anteil von PolizeibeamtInnen, die 2009 im Dienst mit verschiedenen Aggressionsformen konfrontiert wurden (in Prozent)



Über ein Viertel der befragten Polizistinnen und Polizisten ist 2009 tätlich angegriffen worden, das belegt eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen.

Gewalt gegen Polizisten

Dramatische Ergebnisse liefert der Zwischenbericht zur Studie „Gewalt gegen Polizisten" des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen: Gewalt gegen PolizistInnen ist mittlerweile Alltag in Deutschland. In den letzten zehn Jahren habe der Tatbestand „Widerstand gegen die Staatsgewalt" um über 23 Prozent zugenommen.

Rund acht Prozent aller PolizistInnen sind laut Studie in den vergangenen fünf Jahren mindestens einmal so heftig angegriffen worden, dass sie ein bis sechs Tage dienstunfähig waren. Besonders auffällig: Ein Großteil dieser Angriffe fand nicht bei gewalttätigen Demonstrationen statt, sondern ereignete sich im regulären Streifendienst.

Die GdP fordert aus diesem Grund: „Neben der Erhöhung des Strafmaßes wäre vor allem eine Mindestfreiheitsstrafe statt einer Geldstrafe angemessen." Ein erster Schritt zeichnet sich ab: Der bestehende Paragraph „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" wird verschärft. Widerstand gegen die Polizei kann künftig drei statt bisher zwei Jahre Haft nach sich ziehen.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

Fragen an ...

Foto: GdP

Der neue GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut, 55, zu den politischen Herausforderungen in den kommenden vier Jahren.

■ Welche Signale gehen von eurem GdP-Kongress aus?

■ *In erster Linie geht von unserem Bundeskongress ein Signal der Geschlossenheit in vielen Fragen aus. So lehnen wir zum Beispiel den Einsatz der Bundeswehr im Inneren ab. Außerdem gilt für uns: Polizeiliche Arbeit darf nicht ausschließlich mit dem Taschenrechner bewertet werden. Pläne der Bundesländer, fehlende Polizeikräfte durch Bürgerwehren und private Sicherheitsdienste zu ersetzen, müssen gestoppt werden. Dies gefährdet das staatliche Gewaltmonopol.*

■ Was sind die Ziele der GdP?

■ *Uns geht es darum, die GdP weiterzuentwickeln. Wir wollen Projekte zur Mitgliederwerbung und -bindung ausbauen. Wir sind auf einem guten Weg. Klar ist: Mit den bisherigen 170 000 Mitgliedern geben wir uns nicht zufrieden.*

■ Wo werden deine Schwerpunkte liegen?

■ *Auf dem Kongress hab ich gesagt: Ich will Tag und Nacht für die GdP und ihre Mitglieder da sein. Das meine ich ernst. Mein Ziel: Die Polizei muss in der Mitte unserer demokratisch verfassten Gesellschaft stehen. Dabei gilt es auch, gegen die durch politische Entscheidungen verursachte Frontenbildung anzugehen, wie sie sich in Stuttgart und beim Castor-Transport angedeutet hat. Die Polizei muss in diese Dialoge vorab eingebunden sein. Außerdem wollen wir weiterhin in solchen Fällen auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen.*

■ Innenminister de Maizière hat der GdP in Sicherheitsfragen eine abwägende Wortwahl angeraten. Wie siehst du das?

■ *Ich lasse mir von niemandem den Mund verbieten. Für die GdP gilt: Wir sagen, was wir für richtig halten. Wenn wir der Meinung sind, auf bestimmte Sachverhalte hinweisen zu müssen, dann tun wir das.*

GEWERKSCHAFTEN

kurz&bündig

TRANSNET

TRANSNET und GDBA haben – kurz vor ihrem Zusammenschluss zur EVG – die Neuausrichtung des „Aktionsplan Güterverkehr" durch das Bundesverkehrsministerium scharf kritisiert. „Das Ziel, Güterverkehr auf die Schiene zu ziehen, hat die Bundesregierung offenbar aufgegeben", heißt es in einer Stellungnahme.

ver.di

ver.di hat Forderungen aus der FDP zurück gewiesen, den Zoll der Bundespolizei zuzuordnen und somit dem Bundesinnenministerium zu unterstellen. Derzeit ist der Zoll dem Bundesfinanzministerium unterstellt. ver.di werde sich einer „Optimierung der Zusammenarbeit von Zoll, Bundespolizei und Bundeskriminalamt" nicht verschließen. Eine „Bundesfinanzpolizei" lehnt die Gewerkschaft aber ab.

GEW

Die GEW warnt vor einer „Pensionierungswelle" von LehrerInnen. In den nächsten fünf Jahren steige die Zahl der Pensionierungen im Vergleich zu 2009 um 20 Prozent. Die Bundesländer hätten dafür noch nicht ausreichend vorgesorgt.

IG BAU

Die IG BAU fordert möglichst schnell eine Pflicht für Rußpartikelfilter in allen Baumaschinen, um den Gesundheitsschutz von BauarbeiterInnen zu verbessern. Nach bisherigen Plänen soll diese Pflicht erst 2014 und nur für Neuanschaffungen eingeführt werden.

TRANSNET und GDBA

EVG ist Realität

Ein neuer Name im DGB: die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) ist seit Anfang Dezember Realität. Entstanden ist die EVG aus der Verschmelzung der Gewerkschaften TRANSNET und GDBA. Gewerkschaftstage der beiden Organisationen fassten am 30. November in Fulda die entsprechenden Beschlüsse, am 1. Dezember fand dann – ebenfalls in Fulda – der erste gemeinsame Gewerkschaftstag statt. Seit Jahren arbeiten die DGB-Gewerkschaft TRANSNET und die Verkehrsgewerkschaft GDBA, Mitglied des Deutschen Beamtenbundes (dbb), eng zusammen – beispielsweise als Tarifgemeinschaft. Im Herbst vergangenen Jahres kündigten die beiden Gewerkschaften schließlich an, ihre Organisationen zusammenführen zu wollen.

Dass die neue Gewerkschaft Mitglied des DGB bleibt, hatte der TRANSNET-Vorsitzende Alexander Kirchner bereits im November 2009 gegenüber *einblick* klar gemacht *(einblick 20/2009)*. Die EVG hat rund 240 000 Mitglieder, rund 30 000 davon kommen von der GDBA. Es ist das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass eine DGB- und eine ehemalige dbb-Gewerkschaft zusammengehen.

Vorsitzender der EVG ist der bisherige TRANSNET-Vorsitzende Alexander Kirchner, seine StellvertreterInnen sind Klaus-Dieter Hommel (zuvor GDBA-Vorsitzender) und Regina Rusch-Ziemba (zuvor stellvertretende TRANSNET-Vorsitzende). Mehr Infos zum ersten gemeinsamen Gewerkschaftstag der EVG gibt es im Internet. •

www.evg-online.org

DGB-Kalender

2011 kompakt

Der DGB-Kalender für das kommende Jahr ist da – und kommt in neuer Aufmachung. Nicht nur der Umschlag hat ein neues „Outfit" bekommen, auch im Kalendarium gibt es jetzt mehr zu entdecken: Hier finden sich wichtige Daten zur Gewerkschaftspolitik wie etwa zu den Sozialwahlen 2011. Außerdem laden historische Kurzinfos über Jubiläen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zum Stöbern und Durchblättern ein. Daneben bietet der Kalender wie gewohnt Fakten rund um den DGB und die Gewerkschaften sowie einen umfangreichen Service- und Adressteil. •

Der DGB-Kalender 2011 ist kostenlos bei den DGB-Regionen und DGB-Bezirken vor Ort erhältlich.

Der Internationale Frauentag feiert 2011 sein 100-jähriges Jubiläum *(einblick 19/2010)* – und die Gewerkschaftsfrauen feiern selbstverständlich mit. Anlässlich des „runden Geburtstags" bietet der DGB-Bestellservice im Online-Shop jetzt Briefmarken der Deutschen Post mit Logo und Slogan des Frauentags 2011 an. Geliefert werden die Marken als „Portocards" (jeweils 4 selbstklebende Marken im Umschlag, zwei 45-Cent-Marken, zwei 55-Cent-Marken). Mindestbestellmenge: 25 Portocards für 71,54 Euro zzgl. Porto und Versandkosten. Auch T-Shirts mit dem Frauentags-Logo sind beim Bestellservice erhältlich.
www.dgb-bestellservice.de

IG Metall

Solarstreik

Am ersten Warnstreik in der deutschen Solarbranche überhaupt beteiligten sich Mitte November bei der Firma Solibro in Bitterfeld-Wolfen (Sachsen-Anhalt) über 180 Beschäftigte. Die IG Metall fordert von der Geschäftsführung die Aufnahme von Tarifverhandlungen und die Übernahme des Tarifvertrags der Metall- und Elektroindustrie. Die Gewerkschaft kritisiert seit Jahren, dass die deutsche Solarbranche zwar mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, vielerorts aber über 30 Prozent geringere Löhne und Gehälter zahlt, als vergleichbare Tarifverträge in anderen Branchen vorsehen. Ein Facharbeiter bei Solibro, einer Tochterfirma des weltweit größten Solarzellenherstellers Q-Cells SE, verdient zur Zeit 8,33 Euro brutto Stundenlohn – der vergleichbare Tariflohn liegt bei 14 Euro.

Trotz des Warnstreiks verweigert Solibro weiterhin Verhandlungen. Die IG Metall-Mitglieder in der Belegschaft haben sich daraufhin Ende November auf einer Mitgliederversammlung für weitere Warnstreiks im Dezember ausgesprochen. •

Studieren ohne Abitur

Eine Bereicherung für die Hochschulen

Auch in Deutschland sollten beruflich Qualifizierte ohne Abitur uneingeschränkt studieren können, fordert Edeltraud Glänzer (IG BCE).

Beruflich Qualifizierte ohne klassisches Abitur sind unter den 2,1 Millionen Studierenden immer noch die Ausnahme. Ihr Anteil liegt derzeit gerade mal bei 0,6 Prozent an den Universitäten und 1,9 Prozent an den Fachhochschulen. In Zeiten des Fachkräftemangels und global konkurrierender Wissensgesellschaften **muss das Potenzial aller Beschäftigten genutzt werden.** Eine uneingeschränkte Durchlässigkeit zwischen Arbeitswelt und Hochschule ist im Zuge der demografischen Entwicklung zwingend.

Einige Bildungsminister haben den formalen Zugang (z.B. für Meister) zwar gelockert, aber nur wenige Hochschulen haben diese Gruppe, die oftmals berufsbegleitend studieren muss, im Blick. Dabei haben sich alle Bundesländer auf der Kultusministerkonferenz 2009 darauf geeinigt, die Hochschulen für Berufstätige zur Fort- und Weiterbildung zu öffnen. Fast alle Länder haben ihre Gesetze mittlerweile angepasst und den Zugang für beruflich qualifizierte Personen zumindest auf dem Papier erleichtert. Jedoch fallen diese Regelungen in den Bundesländern sehr unterschiedlich aus – so fordern einige Länder zwei Jahre Berufspraxis, andere fünf Jahre. **Von einer Gleichbehandlung kann deshalb bisher noch nicht die Rede sein.**

Foto: IG BCE

Edeltraud Glänzer, 55, ist als Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG BCE unter anderem für Bildung und Wissenschaft sowie Berufliche Bildung und Weiterbildung zuständig.

Zudem ist die Umsetzung an den Hochschulen derzeit unbefriedigend. Bisher gibt es nur wenige staatliche Volluniversitäten in Deutschland, die sich dieser Herausforderung voll annehmen. Private Hochschulen versuchen diese Lücke auf dem Weiterbildungsmarkt zu schließen, indem sie meist sehr teure Angebote machen, um beruflich qualifizierten Beschäftigten zu einem Hochschulabschluss zu verhelfen. Ein Studienabschluss darf jedoch **nicht von den individuellen finanziellen Möglichkeiten abhängig** sein. Die Bundesregierung muss für solche Angebote die BAföG-Regeln erweitern, damit Berufstätige überhaupt finanziell in der Lage sind, ein Studium zu absolvieren. Dazu gehört, die Altersgrenze von 35 Jahren beim BAföG zu streichen.

Sollten Eingangsprüfungen durchgeführt werden, muss sichergestellt werden, dass es sich dabei nicht um abgespeckte Abitur-Prüfungen handelt. **Nicht das schulische Wissen ist entscheidend,** sondern das für den Studiengang relevante Wissen aus Berufsbildung und -praxis muss im Vordergrund stehen. Außerdem muss sichergestellt sein, dass die Prüfungen transparent gestaltet werden, um eine adäquate Vorbereitung zu gewährleisten.

Beruflich Qualifizierte sind selten Vollzeitstudierende. Es bedarf mehr, als reiner Teilzeitregelungen, die in manchen Bundesländern und Hochschulen als Fortschritt anzusehen sind, weil sie bisher gänzlich fehlten. In einem berufsbegleitenden Studium müssen jedoch die Realitäten und Verpflichtungen berufstätiger Studierender Berücksichtigung finden, indem beispielsweise Seminare und Vorlesungen, sowie Sprechzeiten der Dozierenden in die Abendstunden oder ins Wochenende gelegt werden. Vor- und Brückenkurse müssen Berufstätigen ermöglichen, fehlende Sprach- und MINT-Kenntnisse nachträglich zu erwerben.

Wichtig ist die Anrechnung beruflicher Kompetenzen. Beruflich qualifizierte Personen bringen einen großen Schatz an Erfahrung mit und sind dank ihrer beruflichen Praxis eine Bereicherung für den Hochschulbetrieb. Diese Erfahrung lässt sich in vielen Fällen mit zu erbringender Studienleistung vergleichen und muss daher angerechnet werden können. Es wurden für viele Studienfächer bereits transparente Verfahren entwickelt, die es nun anzuwenden gilt. Dies steigert nicht nur die Anerkennung beruflicher Praxis, sondern ist auch ein logischer Schluss, um indirekte Doppelbelastungen zu vermeiden. Außerdem ist die Anerkennung ein Signal, das die Hürden zur Aufnahme eines Studiums verringern kann.

Partielle Angebote an einigen Hochschulen reichen nicht. Die Hochschulen müssen sich flächendeckend zu beruflich Qualifizierten ohne allgemeine Hochschulreife bekennen. Sie dürfen sich nicht als reine Weiterbildungsträger betrachten, sondern müssen ihren gesellschaftlichen Bildungsauftrag im Blick behalten. Dieser wird derzeit bei beruflich Qualifizierten deutlich vernachlässigt. •

Dritter Bildungsweg: Studieren ohne Abi

Im internationalen Vergleich hängt Deutschland bei der Öffnung der Hochschulen für Studierende ohne Abitur hinterher: Während hierzulande 0,6 Prozent der Studierenden an den Unis und 1,9 Prozent an den FHs keine klassische Hochschulzugangsberechtigung haben, sind es in Schweden sechs Prozent und in Großbritannien sogar 15 Prozent aller Studierenden.

Um dem drohenden Mangel an hoch qualifizierten Fachkräften zu begegnen, beschloss die Hochschulrektorenkonferenz im November 2008 die „Neuordnung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte". Im März 2009 einigten sich die KultusministerInnen der Länder darauf, dass AbsolventInnen betrieblicher Aufstiegsfortbildungen deutschlandweit den allgemeinen Hochschulabschluss erhalten. Ihr Abschluss ist dem Abitur gleichgesetzt. Berufstätige mit mindestens zweijähriger Ausbildung plus dreijähriger Berufspraxis sollen ein fachgebundenes Zugangsrecht zur Hochschule erhalten. Doch bislang hapert es noch mit der Umsetzung der KMK-Beschlüsse an den Unis.

Die IG BCE hat im Internet eine Datenbank mit allen Unis und Fachhochschulen zusammengestellt, die ein Studium ohne Abitur ermöglichen.

www.einblick.dgb.de/links

Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

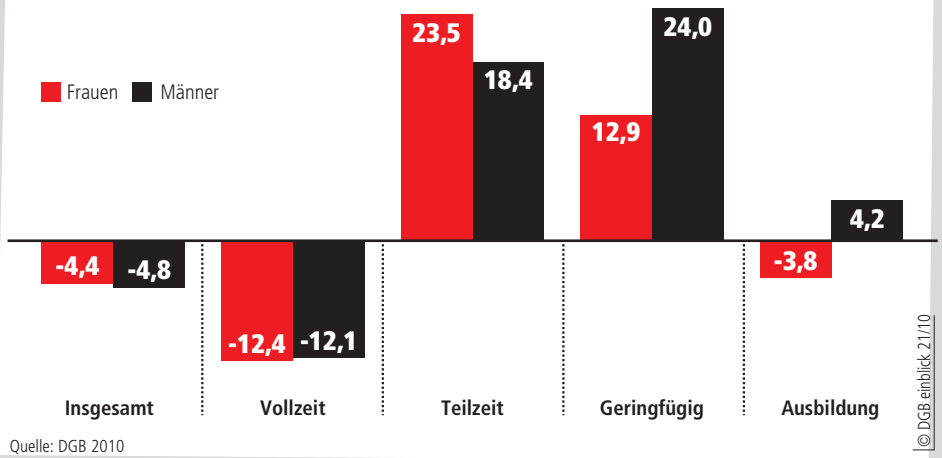
DIES & DAS

die DGB grafik

JUNGE FRAUEN: Weniger Vollzeit, mehr Teilzeit

Sozialversicherte Vollzeit-Jobs werden immer seltener, dafür wächst Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung. Eine DGB-Analyse belegt: Im Jahr 2000 arbeiteten 2,7 Millionen junge Frauen unter 30 Jahren in Vollzeit. 2009 waren es nur noch 2,3 Millionen. Insgesamt ist die Zahl junger Menschen, von Männern wie von Frauen, in regulären Vollzeitjobs rückläufig. Der Rückgang der Ausbildungszahlen bei Frauen wird durch eine höhere Quote von weiblichen Studierenden kompensiert, so die DGB-ExpertInnen.

Beschäftigungsformen und Ausbildung von 15- bis 30-Jährigen im Jahresvergleich 2000 und 2009 (in Prozent)



Quelle: DGB 2010

personalien

••• Neuer Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist ***Bernhard Witthaut.*** 96 Prozent der Delegierten des 24. Ordentlichen GdP-Bundeskongresses stimmten für den 55-jährigen Polizeihauptkommissar. Witthaut folgt ***Konrad Freiberg,*** 59, der aus Altergründen nicht mehr kandidierte. Stellvertretende Vorsitzende sind ***Kerstin Philipp,*** 47 (93,2 %), ***Hugo Müller,*** 51 (77,7 %), ***Frank Richter,*** 51 (74,6 %), und ***Jörg Radek,*** 50 (91,6 %). Zudem bestätigten die Delegierten ***Andreas Schuster,*** 51 (80,9 %), als Bundeskassierer und wählten ***Oliver Malchow,*** 47 (73 %), zum neuen Bundesschriftführer. Weitere Mitglieder im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand sind ***Elke Gündner-Ede,*** 54 (68,9 %), und ***Jörg Bruchmüller,*** 51 (74,7 %).

••• Auf Vorschlag der Mitgliedstaaten hat die EU im Oktober die 344 Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) für die nächste Amtszeit bis 2015 ernannt. Das beratende EU-Organ setzt sich aus VertreterInnen von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und anderer Interessengruppen wie Verbrauchern und Bauern zusammen. Zu den acht VertreterInnen aus DGB-Gewerkschaften gehören: ***Egbert Biermann*** (IG BCE), ***Gabriele Bischoff*** (DGB, stellvertretende Präsidentin der Arbeitnehmergruppe), ***Armin Duttiné*** (ver.di), ***Alexander Graf von Schwerin*** (ver.di / CDA), ***Claus Matecki*** (DGB, Mitglied im Präsidium der Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt), ***Horst Mund*** (IG Metall), ***Michaela Rosenberger*** (NGG) und ***Hans-Joachim Wilms*** (IG BAU, Mitglied im EWSA-Präsidium).

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

8.12. DGB, Fachveranstaltung „Der ‚Rente mit 67'-Bericht der Bundesregierung – eine ehrliche Bestandsaufnahme?", Berlin

9.12. DGB Ostsachsen und ver.di Ostsachsen, Diskussion „Wer rettet den Rettungsdienst?", Bautzen

9.12. DGB, Tagung „Mitbestimmen – Partizipationsmöglichkeiten für Drittstaatsangehörige", Düsseldorf

10.12. DGB, Workshop „Die EU – Agenda ‚Neue Kompetenzen für neue Beschäftigung'", Berlin

11.12. DGB-Jugend Vorder- und Südpfalz, Herbstaktion „Hip-Hop-Event ‚Sozialer Kahlschlag – nicht mit uns'", Ludwigshafen

13.12. DGB-Bezirk Sachsen, Tagung „Arbeiten solange der Rücken hält – Rente mit 67, mit 70 oder noch später?", Dresden

15.12. ver.di, Diskussion „sicht.weisen", Berlin

Schlusspunkt.

„Für einen SPD-Vorsitzenden sind zehn Jahre Vorsitz sowieso immer beeindruckend."

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel in seinem Grußwort auf dem GdP-Bundeskongress am 23.11. über Konrad Freiberg, der nach zehn Jahren als GdP-Vorsitzender nicht mehr zur Wiederwahl angetreten ist.

URTEILE

Opferentschädigungsrecht

Entschädigung erst ab Antrag

Gewaltopfer erhalten Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz. Der Antrag muss im Jahr nach der Schädigung gestellt werden.

Der Fall: Die Frau erlitt 1992 bei einem Überfall Verletzungen am Bein durch mehrere Schüsse. 2001 nahm sie infolge einer Fernsehsendung Kontakt zu einem Opferhilfeverein auf, der sie auf mögliche Entschädigungsansprüche hinwies. Auf ihren Antrag stellte das Landesversorgungsamt eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 Prozent fest und gewährte Versorgungsleistungen ab dem Antragsmonat. Die 47-Jährige begehrte aber auch Leistungen für die Vorjahre. Die Gewalttat habe zu einer posttraumatischen Belastung geführt, daher habe sie den Antrag nicht früher stellen können.

Das Landessozialgericht: Wird der Antrag auf Entschädigung nicht innerhalb eines Jahres gestellt, werden Versorgungsleistungen erst ab Antragsmonat gezahlt. Nach Jahresfrist besteht ein rückwirkender Anspruch nur, wenn der Geschädigte unverschuldet an der Antragstellung verhindert war. Davon ist nicht auszugehen, wenn der Antrag erst Jahre nach der Tat gestellt wird. Die Frau ist nicht ohne Verschulden an einer früheren Antragstellung gehindert gewesen. Insbesondere hat die psychische Erkrankung sie nicht entsprechend eingeschränkt. Ihre späte Antragstellung sei vielmehr darauf zurückzuführen, dass sie erst 2001 von der Opferentschädigung erfahren hat. Rechtsunkenntnis begründet jedoch keine rückwirkenden Leistungsansprüche.

Hessisches Landessozialgericht,
Beschluss vom 22. September 2010 – L 4 VE 11/10

Kündigung

Drei Schrauben können Job kosten

Ein Betrug über drei Schrauben im Wert von 28 Cent zulasten des Arbeitgebers kann ein wichtiger Grund für eine fristlose Kündigung sein. Aber es kommt immer auf den konkreten Fall an.

Der Fall: Der 50-jährige Betriebsratsvorsitzende ist seit über 30 Jahren bei seinem Arbeitgeber tätig, der das Arbeitsverhältnis fristlos kündigen wollte. Dabei ging es ging um drei Schrauben im Wert von 28 Cent, die der Betriebsratsvorsitzende an einen früheren Arbeitskollegen verschenkt hatte. Der Vorfall kam durch einen anonymen Brief an den Arbeitgeber heraus. Der forderte vom Betriebsrat die Zustimmung zur fristlosen Kündigung, die der Betriebsrat verweigerte. Auf Antrag des Arbeitgebers sollte das Arbeitsgericht die Zustimmung durch Gerichtsentscheidung ersetzen. Der Antrag hatte keinen Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Diebstahl, Unterschlagung oder Betrug durch Arbeitnehmer können auch dann zur außerordentlichen Kündigung führen, wenn nur geringfügige Werte betroffen sind. Das Bundesarbeitsgericht hat aber auch entschieden, dass „eine über lange Jahre ungestörte Vertrauensbeziehung" zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer „nicht notwendig schon durch eine erstmalige Vertrauensenttäuschung unwiederbringlich zerstört" werde. Im vorliegenden Fall war vor allem die lange Betriebszugehörigkeit des Betriebsratsvorsitzenden von großer Bedeutung. Positiv zu bewerten ist außerdem, dass der ertappte Betriebsratsvorsitzende nicht geleugnet, sondern sein Vorgehen sofort bedauert hatte.

Arbeitsgericht Bonn,
Beschluss vom 21. Oktober 2010 – 1 BV 47/10

Adipositastherapie

Erst danach Magenverkleinerung

Krankenkassen tragen die Kosten einer operativen Magenverkleinerung für übergewichtige Versicherte nur dann, wenn zuvor unter ärztlicher Anleitung geeignete konservative Behandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden.
Dazu gehört eine sechs- bis zwölfmonatige integrierte Ernährungs-, Bewegungs- und Verhaltenstherapie.

Sozialgericht Dortmund,
Urteil vom 31. August 2010 - S 40 KR 313/07

Überstunden

Keine Entlastung für Beamte

Ein Schulleiter kann keinen individuellen Anspruch auf Entlastung geltend machen, selbst wenn er über einen längeren Zeitraum hinweg faktisch mehr als die nach der Arbeitszeitverordnung maßgeblichen Zeitstunden pro Woche Dienst geleistet hat und noch leistet.

Hessischer Verwaltungsgerichtshof,
Urteil vom 20. Mai 2010 - 1 A 1686/09

Mietschulden

Keine Übernahme beim Auszug

Mietschulden eines Sozialhilfeempfängers sind nicht zu übernehmen, wenn für die Zukunft zu erwarten ist, dass die Wohnung nicht erhalten bleiben kann.
Das ist anzunehmen, wenn die Miete die Angemessenheitsgrenze übersteigt und der Hilfebedürftige aus persönlichen oder finanziellen Gründen nicht in der Lage sein wird, den darüber liegenden Betrag aus dem Regelsatz zu bestreiten.

Hessisches Landessozialgericht,
Beschluss vom 9. November 2010 – L 7 SO 134/10 B ER

Unberechtigte Abmahnung

Wird nicht publik gemacht

Wird gerichtlich festgestellt, dass Abmahnungen und Kündigung unwirksam waren, so kann der betroffene Arbeitnehmer nicht verlangen, dass der Arbeitgeber alle Konzernmitarbeiter darüber informiert.

Landesarbeitsgericht München,
Urteil vom 22. September 2010 - 11 Sa 520/09

Personalakte

Einsicht auch nach Beschäftigungsende

Der Arbeitnehmer hat auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ein berechtigtes Interesse daran, den Inhalt seiner fortgeführten Personalakte auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 16. November 2010 - 9 AZR 573/09

Autor: Luis Ledesma, Kassel – einblick 21/10

einblick
gewerkschaftlicher Info-Service vom 20.12.2010 22/10

DGB

inhalt

Seite 3
2010 in Zahlen
Kaum noch Kurzarbeit, Boom bei der Leiharbeit, Anstieg bei Minijobs in Privathaushalten

Seite 5
Nach der Krise
Der DGB-Index Gute Arbeit 2010 zeigt: Gute Arbeit ist auch nach der Krise Mangelware. Die Krisenfolgen zeigen sich in manchen Branchen deutlich

Seite 7
Auf der Schiene
einblick-Interview mit Alexander Kirchner, dem Vorsitzenden der neuen Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

Jahresrückblick 2010

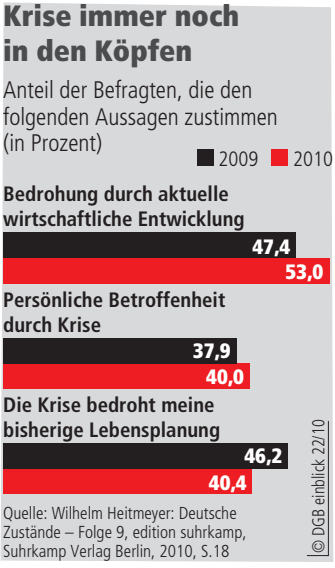
Von Aufschwung bis Zumutungen

2010: für die einen das Jahr des Aufschwungs nach der Krise, für die anderen das Jahr der schwarz-gelben Zumutungen. Wir blicken zurück auf einige der bestimmenden politischen Themen.

LEIHARBEIT. 2010 begann mit einem handfesten Leiharbeits-Skandal: Beim Discounter Schlecker wurde ein umfassendes Lohndumping-System öffentlich. Der Konzern hatte fest angestellten MitarbeiterInnen reihenweise gekündigt, um sie dann auf ihrem alten Arbeitsplatz erneut als billigere Leiharbeitskräfte einzusetzen. Fast zeitgleich veröffentlichte die Bundesregierung im Januar ihren Leiharbeitsbericht. Der wies ausdrücklich darauf hin: Der Lohnabstand zwischen LeiharbeiterInnen und Stammbelegschaften im selben Betrieb ist erheblich. Die Koalition blieb dennoch weiter tatenlos. Und das, obwohl sich im Laufe des Jahres immer deutlicher zeigte, dass sich der Beschäftigungsaufbau nach der Krise zu großen Teilen in Leiharbeit vollzieht. Auch ein im Mai vorgestelltes Rechtsgutachten des DGB, das zeigte, dass die EU-Leiharbeitsrichtlinie nicht korrekt in deutsches Recht umgesetzt wird, nahm Schwarz-Gelb offenbar nicht ernst. Die EU-Richtlinie fordert eindeutig den Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit" („Equal Pay") – im deutschen Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) kann dieser Grundsatz aber mit (Dumping-)Tarifverträgen umgangen werden.

Erst im Herbst legte Arbeitsministerin von der Leyen (CDU) schließlich einen Entwurf für ein „verbessertes" AÜG vor: Es sollte zwar einen künftigen „Fall Schlecker" verhindern, Equal Pay sieht es weiterhin nicht vor. Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, nannte den Gesetzentwurf denn auch nicht mehr als ein „Beruhigungszäpfchen". Die DGB-Gewerkschaften fordern weiterhin: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – das Kabinett hingegen hat noch kurz vor der Weihnachtspause die „Beruhigungszäpfchen"-Vorlage durchgewunken.

SPARPAKET. 2010 war auch das Jahr des schwarz-gelben Sparpakets: 80 Milliarden Euro will die Koalition bis 2014 einsparen.



Wissenschaftler der Universität Bielefeld stellen in einer aktuellen Studie (siehe Buchtipp Seite 8) fest, dass große Teile der Bevölkerung sich weiterhin durch Krisenfolgen bedroht fühlen oder tatsächlich von solchen betroffen sind.

Die Hauptlast sollen Arbeitslose und GeringverdienerInnen tragen. Selbst die Kritik prominenter Unions-Vertreter, wie die von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), der das Sparpaket als zu einseitig monierte, konnte die Bundesregierung nicht auf einen sozialeren Kurs bringen. So soll 2011 Hartz-IV-EmpfängerInnen etwa der Heizkostenzuschuss und das Elterngeld gestrichen werden. Außerdem sollen die Steuerzuschüsse zur Rentenversicherung für LeistungsbezieherInnen eingespart werden.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer übte scharfe Kritik: „Mit dem Beschluss manifestiert die Bundesregierung die Schieflage in diesem Land und kürzt dramatisch zu Lasten der Ärmsten in dieser Gesellschaft, bei gleichzeitiger Schonung der Reichen und Vermögenden." Der DGB hat deshalb vorgerechnet, dass sich 70 Milliarden Euro Mehreinnahmen mit realistisch umsetzbaren und vor allem sozial ausgewogenen Maßnahmen realisieren ließen: unter anderem mit einer neuen Vermögenssteuer, einer gerechten Erbschaftssteuer und einer Finanztransaktionssteuer. Besonders dringend nötig hätten dieses Geld etwa die klammen Kassen der Kommunen. Deshalb hat ver.di bei den Herbstaktionen unter dem Motto „Gerecht geht anders" auf die dramatische Lage der öffentlichen Haushalte hingewiesen.

AUSBILDUNG. Für junge Menschen, vor allem für Auszubildende und Ausbildungsplatzsuchende, war 2010 kein „Freu-

Weiter auf Seite 3

Der Surf-Tipp fürs Internet
www.boeckler.de/320_110811.html
WSI: Tarifbilanz 2010

Hintergrund
www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Stellungnahme zum Bundesfreiwilligendienst

PISA

Soziale Kluft bleibt

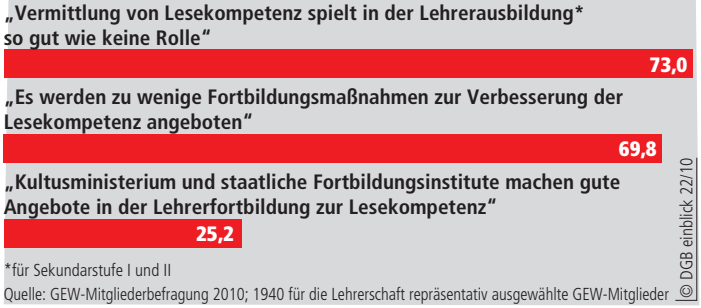
In Mathe und Naturwissenschaften sind Deutschlands 15-Jährige seit dem Jahr 2000 etwas besser geworden und liegen jetzt knapp über dem OECD-Durchschnitt, bei der Lesekompetenz sind sie weiterhin Mittelmaß. So lauten unterm Strich die Ergebnisse der Anfang Dezember vorgestellten PISA-Studie 2009.

Doch hinter den Rankings verbirgt sich das Wesentliche: die soziale Spaltung. In kaum einem anderen Industrieland ist die soziale Auswahl im Schulsystem so hoch wie in Deutschland. Daran hat sich seit der ersten PISA-Studie aus dem Jahr 2000 kaum etwas geändert. Die PISA-ForscherInnen drücken es so aus: „Der Leistungsabstand zweier Schüler mit ähnlichem Hintergrund beträgt in Deutschland mehr als 100 PISA-Punkte, je nach dem, ob sie auf eine Schule mit günstigem oder ungünstigem Umfeld gehen." Zum Vergleich: Hundert Punkte entsprechen mehr als zwei Schuljahren Leistungsunterschied.

GewerkschafterInnen und BildungsexpertInnen sehen in einer neuen Ganztagsschuloffensive ein mögliches Mittel gegen die Misere. Der Bildungsforscher Eckhard Klieme, der den deutschen Teil der PISA-Studie umgesetzt hat, forderte ein gemeinsames Ganztagsschulprogramm von Bund und Ländern. Das Programm dürfe aber nicht wieder ein reines „Bauprogramm" werden, die Gelder müssten vielmehr in Inhalte, besseren Unterricht und bessere Förderung fließen. Ähnliches forderte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock: Beim Ausbau der Ganztagsschulen hätte bisher Bauförderung im Vordergrund gestanden, „jetzt brauchen wir mehr Qualität". •

Zu wenig Fortbildung

Anteil der LehrerInnen, die der jeweiligen Aussage „ganz" oder „eher" zustimmen (in Prozent)



*für Sekundarstufe I und II

Quelle: GEW-Mitgliederbefragung 2010; 1940 für die Lehrerschaft repräsentativ ausgewählte GEW-Mitglieder

© DGB einblick 22/10

Fort- und Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen ist auch im Schulwesen der Schlüssel zu mehr Qualität – leider reichen die Angebote für Lehrerinnen und Lehrer noch nicht aus. Das zeigt eine GEW-Mitgliederbefragung.

Bundesfreiwilligendienst

Nur Taschengeld

Der DGB lehnt den von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) geplanten Bundesfreiwilligendienst (BFD) ab. Mit dem BFD will die schwarz-gelbe Koalition den durch das Aussetzen der Wehrpflicht wegfallenden Zivildienst „zumindest teilweise kompensieren", so Schröder. Anders als der Zivildienst richtet sich der BFD aber ausdrücklich an „Menschen jeden Alters".

Der DGB befürchtet deshalb, dass mit dem neu geschaffenen öffentlichen Dienstverhältnis BFD ein „weiterer Schritt zur Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen getan wird", wie es in einer Stellungnahme heißt. Denn wie beim Zivildienst sieht der DGB erst recht beim altersunabhängigen BFD die Gefahr, dass reguläre Vollzeitstellen mit Freiwilligen besetzt werden – und das für ein im Gesetzentwurf vorgesehenes Taschengeld von maximal 324 Euro in West- und 273 Euro in Ostdeutschland.

Weiterer Kritikpunkt des DGB: BFD-Kräfte wären zwar sozialversichert, hätten aber offiziell keinen Arbeitnehmerstatus – mit allen negativen Konsequenzen für Arbeitsrecht, Arbeitsschutz und Mitbestimmung. Das Resümee des DGB: Wenn ein solches Dienstverhältnis mit geringer Bezahlung und verminderten Arbeitnehmerrechten als Konkurrenz zu regulärer Beschäftigung etabliert wird, würde der Niedriglohnbereich weiter „ausfransen". •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

CGZP

Nicht tariffähig

Ein Paukenschlag für die Zeitarbeitsbranche: Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat am 14. Dezember in letzter Instanz entschieden, dass die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personal-Service-Agenturen (CGZP) nicht tariffähig ist. Das Verfahren hatten ver.di und der Berliner Senat angestrengt. Der CGZP fehlt laut BAG-Urteil die erforderliche „Tarifmächtigkeit", da sie schlicht über zu wenig Mitglieder verfügt – und so Forderungen gegenüber der Arbeitgeberseite nicht adäquat durchsetzen kann. „Wir fühlen uns in unserer Rechtsauffassung durch das BAG in vollem Umfang bestätigt", sagte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Gerd Herzberg unmittelbar im Anschluss an das Urteil.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer begrüßte das Urteil als „deutliches Signal gegen Dumping-Tarifverträge". Der IG Metall-Justiziar Thomas Klebe verwies auf die „enormen Rechtsfolgen" der Entscheidung: Da die CGZP nicht tariffähig ist, sind auch die von ihr abgeschlossenen (Dumping-)Tarifverträge nichtig. Gilt für LeiharbeiterInnen aber kein Tarifvertrag, kommt automatisch der „Equal-Pay-Grundsatz" zum Tragen. Damit könnten auf die Arbeitgeber jetzt Lohnnachforderungen und Nachforderungen der Sozialversicherungen in Milliardenhöhe zukommen. Laut IG Metall können allein die Sozialversicherungsträger Beiträge für vier Jahre im Wert von bis zu 2,4 Milliarden Euro nachfordern. •

Gesundheitspolitik

Bürgerversicherung als Ziel

Mitte Dezember hat die vom DGB initiierte Reform-Kommission „Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft" ihren Abschlussbericht präsentiert. Der Einstieg in die Kopfpauschale wird im Bericht der Kommission vehement abgelehnt, stattdessen soll die Gesetzliche Krankenversicherung zur Bürgerversicherung umgestaltet werden. Die ExpertInnen haben ein mögliches Bürgerversicherungskonzept durchgerechnet – und der Kommissionsbericht zeigt: es ist finanzierbar. Mehr noch: Durch die empfohlenen Maßnahmen ergibt sich ein finanzieller Spielraum, der einer Beitragssatzsenkung bis zu 2,2 Prozentpunkten entspricht. So könnte den Versicherten die von der Koalition geplante Beitragserhöhung erspart bleiben, meint DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. •

www.einblick.dgb.de/hintergrund

RÜCKBLICK 2010

Fortsetzung von Seite 1

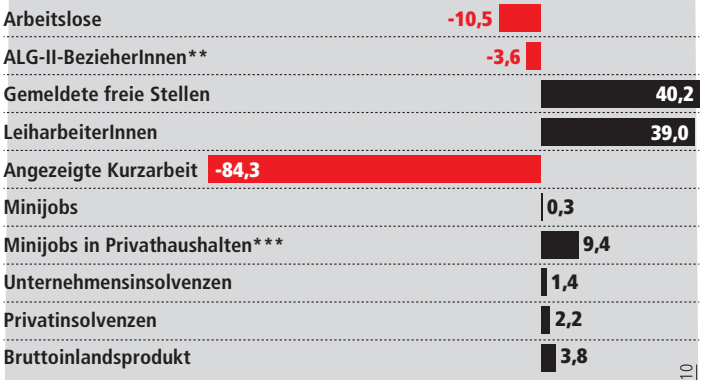
denjahr": Buchstäblich in letzter Minute haben die Arbeitgeber am 25. Oktober den Ausbildungspakt torpediert und eine Beteiligung der Gewerkschaften verhindert. Entgegen einer noch am Vormittag desselben Tages zugesagten gemeinsamen Linie bestanden die Arbeitgeber am Abend auf einem Abbau des Jugendarbeitsschutzes und auf ein klares Bekenntnis zur zweijährigen „Schmalspurausbildung". Die Bundesregierung knickte ein.

Für den DGB war damit eine Teilnahme am eigentlich schon ausgehandelten und dann doch wieder umgeschriebenen Ausbildungspakt unmöglich. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock kritisierte: „Einmal mehr lässt sich die Bundesregierung von der Wirtschaft ihre Politik ins Blatt diktieren." Resümee des DGB: ein handfester Skandal und eine vertane historische Chance für einen neuen Ausbildungspakt zwischen Sozialpartnern und Politik. Dabei ist es dringend nötig, sich stärker denn je auf die Probleme der jungen Generation am Arbeitsmarkt zu konzentrieren.

Etliche Untersuchungen haben in diesem Jahr gezeigt: Die junge Generation ist allzu oft Verlierer der Krise. Besonders der sehr hohe Anteil von unsicher beschäftigten Jugendlichen und Ausbildungsplatzsuchenden in außerbetrieblichen „Warteschleifen" gibt Grund zur Sorge. Das Schreckensszenario Fachkräftemangel, dass die Arbeitgeber gerne zeichnen, sei vor diesem Hintergrund der „blanke Hohn", erklärte Sehrbrock.

2010 in Zahlen

Entwicklung verschiedener Arbeitsmarkt- und Wirtschaftskennzahlen in 2010* (in Prozent)



*Vergleich: 31. Dezember 2009 mit dem aktuellsten statistisch verfügbaren Wert aus 2010 (Arbeitslose, ALG-II-BezieherInnen, gemeldete freie Stellen: 11/2010, angezeigte Kurzarbeit: 10/2010, Insolvenzen, BIP, LeiharbeiterInnen: 09/2010, Minijobs: 06/2010)
**Zahl aller Personen in Bedarfsgemeinschaften
***„haushaltsnahe Beschäftigung" über das „Haushaltsscheckverfahren"
Quellen: BA / Statistisches Bundesamt / Knappschaft Bahn See

2010: eindeutig ein Jahr, in dem die schlimmsten Folgen der Krise überstanden sind (minus 84 Prozent Kurzarbeit), aber auch ein Jahr, in dem der Beschäftigungsaufbau in prekären Jobs stattfindet (plus 39 Prozent Leiharbeit). Erfolgreich waren DGB und Gewerkschaften mit ihren Herbstaktionen, an denen sich bundesweit Hunderttausende beteiligten, um gegen die aktuelle Politik der Bundesregierung und die soziale Schieflage in Deutschland zu protestieren. Ein weiterer Erfolg: Die vom DGB und dem Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale" gestartete Bundestagspetition gegen die schwarz-gelbe Gesundheitsreform verzeichnete weit über 120000 UnterstützerInnen – jetzt muss sich der Bundestag mit der Petition befassen. Positiv waren auch die Trends der diesjährigen Betriebsratswahlen: gestiegene Wahlbeteiligung, mehr weibliche BR-Mitglieder und ein Großteil der Mandate für die DGB-Gewerkschaften.

HARTZ IV. „Die Regelleistungen sowohl des Arbeitslosengeldes II für Erwachsene als auch des Sozialgeldes für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres genügen dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht." Diesen Satz verkündete Jürgen Papier, damaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts, am 9. Februar. Nach der Jobcenter-Struktur monierten die Karlsruher RichterInnen mit der Regelsatzberechnung ein weiteres Kernstück der Hartz-Reformen.

Was folgte, war eine breite gesellschaftliche Debatte über den Sozialstaat, in deren Verlauf der DGB immer klar machte: Die Grundsicherung darf sich nicht an der Kassenlage des Bundes orientieren, sondern muss Existenz sichernd sein, Verarmung verhindern und Teilhabe ermöglichen. Nicht loszulösen von der „Hartz-IV-Debatte" ist aus Sicht der Gewerkschaften – auch das machte der DGB 2010 immer wieder klar – die Frage der Niedriglöhne.

Weit über eine Million AufstockerInnen, die trotz Vollzeit-Beschäftigung auf ergänzendes ALG II angewiesen sind, zeigen, warum Maßnahmen gegen Lohndumping und die Ausweitung des Niedriglohnsektors dringend nötig sind – auch, um eine Abwärtsspirale bei der Grundsicherung zu verhindern. Denn was die Koalition schließlich als Reaktion auf das Karlsruher Urteil präsentierte, strotzt nur so vor Trickserein: Unter anderem werden in die Berechnung des Bedarfs von ALG-II-EmpfängerInnen selbst AufstockerInnen als Referenz mit einbezogen: Wer nicht genug verdient, um davon leben zu können, ist allerdings als Maßstab für einen „Grundbedarf" denkbar ungeeignet.

Ganz so einfach wird Schwarz-Gelb mit seinen Hartz-Rechenspielen aber nicht durchkommen: Derzeit fehlt der Koalition dafür eine Mehrheit im Bundesrat. •

DGB-Bundeskongress 2010

Insgesamt 152 Anträge haben die 400 Delegierten auf dem 19. Ordentlichen DGB-Bundeskongress im Mai diskutiert und beschlossen. Außerdem bestätigten sie den bisherigen Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand (GBV) im Amt. Inhaltlich wurden die Weichen für eine faire und gerechte Ausgestaltung der Arbeitswelt gestellt. Insgesamt drei Anträge behandelten das Thema „Gute Arbeit". Der Tenor: Der Kampf gegen unsichere Beschäftigung und zunehmenden Leistungsdruck in der Arbeitswelt soll forciert werden. Ebenfalls beschlossen: Die Gewerkschaften kämpfen ab sofort für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Eine neue Struktur sieht die neue Satzung des DGB vor. Die 66 Regionen werden in die Bezirke integriert. Und: Auf kommunaler Ebene wird die Arbeit der Ehrenamtlichen mit der neuen Satzungsebene der DGB-Kreis- und Stadtverbände deutlich gestärkt. „Es war ein richtig guter Kongress", kommentierte der mit 94,1 Prozent wiedergewählte DGB-Vorsitzende Michael Sommer – ein Kongress, der „viel auf den Weg gebracht hat."

PROJEKTE UND PARTNER

Im Netz

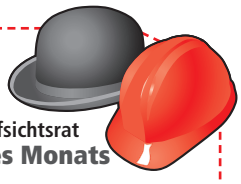
Historische Gewerkschaftspresse

In einem gemeinsamen Projekt haben Friedrich-Ebert- und Hans-Böckler-Stiftung Publikationen der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände aus den Jahren 1897 bis 1933 digitalisiert und ins Internet gestellt. Rüdiger Zimmermann, Leiter der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, sieht darin nicht nur eine Rettung gewerkschaftlicher Quellenbestände vor dem physikalischen Zerfall, sondern, weil die Bestände für alle zugänglich sind, auch eine Demokratisierung des gewerkschaftlichen Gedächtnisses. Der Allgemeine freie Angestelltenbund (AfA) und seine Verbände haben während der Weimarer Republik etwa 20 Zeitschriften herausgegeben.

Zu den digitalisierten Publikationen gehören unter anderem die AfA-Bundeszeitung *Der freie Angestellte* das *Handlungsgehülfen-Blatt* und die *Rundschau für die Frau*. Diese Publikationen spiegeln den Angestelltenalltag wie auch die politischen Kämpfe der Angestelltenbewegung wider. Die Digitalisierung historischer Gewerkschaftspresse soll fortgesetzt werden. •

www.einblick.dgb.de/links

„Wir sind keine Co-Manager"



Aufsichtsrat des Monats

Foto: ver.di

Aufsichtsrätin des Monats Dezember ist **Andrea Kocsis,** 45. Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende – zuständig für den Fachbereich Postdienste – sitzt seit 2007 im Aufsichtsrat der Deutschen Post AG. Ihr Leitmotiv als stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende: „Wir sind die Interessenvertretung der Beschäftigten, deshalb treffen wir notwendige Entscheidungen immer unter der Fragestellung: Was hat das für Auswirkungen auf die Beschäftigten?" ArbeitnehmervertreterInnen seien keine Co-Manager. „Für die Interessen der Shareholder ist auch ohne uns umfassend gesorgt", erklärt sie. Was das für ihre Arbeit im Aufsichtsrat bedeutet und welche Themen sie dort bewegen, erklärt sie im aktuellen Fragebogen zum „Aufsichtsrat des Monats".

http://www.dgb.de/-/p0K

neue**Bücher**

Arbeitende Menschen stehen im Mittelpunkt des neuen Buchs von **Martin Kempe,** dem ehemaligen Chefredakteur von *ver.di publik*. Ein Viertel aller Beschäftigten hierzulande arbeitet unter prekären Bedingungen. Das heißt nicht, dass sie wehrlos sind. Der Titel des Buchs ist Programm. In einfühlsamen Interviews und Reportagen stellt Kempe Menschen vor, die beginnen, sich zusammenzuschließen, ihre Interessen offensiv zu vertreten und Kraft zur Gegenwehr zu entwickeln – beim Drogerieriesen Schlecker, in ostdeutschen Call-Centern, in einer Universitätsklinik oder in einem globalen IT-Konzern. Die Porträts zeigen, dass auch unter widrigen Bedingungen Menschen die Hoffnung auf menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen nicht aufgeben.

Martin Kempe, Ermutigungen für den aufrechten Gang im Betrieb, Westfälisches Dampfboot, Münster 2010, 169 Seiten, 14,90 Euro

Boykott-Aufruf

Killer-Jeans

Die Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) ruft mit ihren Bündnispartnern zum weltweiten Stopp von Jeansproduktionen auf, bei denen mit der Sandstrahltechnik gearbeitet wird. Der Grund: Immer mehr ArbeiterInnen, die Jeans sandstrahlen, erkranken an der unheilbaren Krankheit Silikose (Staublunge). Allein in der Türkei sind bereits 46 Todes- und über 4000 Krankheitsfälle registriert. CCC fordert Mode-Unternehmen auf, sofort auf die Sandstrahltechnik zu verzichten. Die Regierungen sollten Importverbote für sandgestrahlte Jeans prüfen. Erste Erfolge zeigen sich: Große Modeketten haben bereits angekündigt, die Jeans nicht mehr anzubieten. Auf der CCC-Homepage kann das Manifest zum Stopp unterzeichnet werden. •

www.saubere-kleidung.de

Hans-Böckler-Stiftung

Minijob-Datenbank

Rund 7,2 Millionen Arbeitsverträge auf 400-Euro-Basis sind 2009 abgeschlossen worden – der überwiegende Teil in ländlichen Regionen Westdeutschlands. Das zeigt eine neue Online-Datenbank des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Vor allem Frauen arbeiten in Minijobs – oft zu Niedriglöhnen. Ländliche Gebiete im Westen liegen vorn, weil dort viele Paare eine traditionelle Arbeitsteilung pflegen und sich wegen des unzureichenden Angebots an Kinderbetreuung Beruf und Familie schlechter vereinbaren lassen. Die interaktive Landkarte und weitere Infos gibt's im Internet. •

www.einblick.dgb.de/links

interregio

••• Der ***DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt*** hat den ***Leitfaden „Interkulturelle Öffnung und Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt"*** herausgegeben. MigrantInnen haben es schwer auf dem Arbeitsmarkt. Dabei ist ihre erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt eine der Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben aller. „Interkulturelle Öffnung ist ein wichtiger Weg, um vorhandene Potenziale positiv zu bewerten und sich von Vorurteilen vor dem Fremden zu lösen", betont der DGB-Bezirksvorsitzende Hartmut Tölle. Ziel des Leitfadens ist es, MultiplikatorInnen für diese Thematik zu sensibilisieren.

www.niedersachsen.dgb.de

••• Der ***DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg*** hat sich für einen ***„echten Rechtsanspruch auf Qualifizierung"*** für BeamtInnen ausgesprochen. „Viele wollen sich stärker fortbilden. Doch die Arbeitsbelastung ist so hoch, dass eine Fortbildung oft zeitlich nicht drin ist", erklärt die DGB-Vorsitzende Doro Zinke. Zudem legten viele Vorgesetzte wenig Wert auf Weiterbildung der Beschäftigten. Zinke fordert außerdem: Bei Beförderungen müssten Leistung und tatsächliche Kompetenz zählen und nicht der Bildungsabschluss von vor 30 Jahren. Hier enthalte ein Gesetzentwurf des Berliner Innensenators Ehrhart Körting (SPD) noch zu viele überflüssige Hürden.

www.berlin-brandenburg.dgb.de

DGB-Index Gute Arbeit 2010

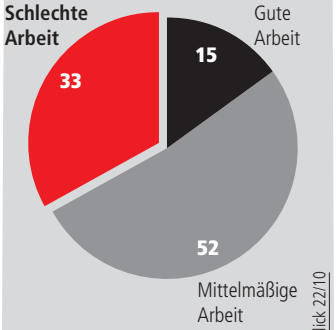
Gute Arbeit nach der Krise?

Ein Großteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland schätzt seine Arbeitsbedingungen gerade einmal mittelmäßig ein – ein Drittel bewertet sie sogar als schlecht. Die Auswertung des DGB-Index Gute Arbeit 2010 zeigt: Mit Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit sind die Beschäftigten besonders unzufrieden. Und je nach Branche zeigen sich deutlich die Folgen der Krise.

Die Ergebnisse des vierten DGB-Index Gute Arbeit liegen vor – und sind ernüchternd. Ein Drittel der Beschäftigten bewertet seine Arbeitsbedingungen schlecht, nur 15 Prozent haben „Gute Arbeit".

Schlechte Arbeit: Weiterhin jeder Dritte

Prozentuale Verteilung der Arbeitsplätze nach Qualitätsstufen*



*Schlechte Arbeit: weniger als 50 Punkte beim DGB-Index Gute Arbeit, mittelmäßige Arbeit: 50-80 Punkte, Gute Arbeit: mindestens 80 Punkte

Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2010

© DGB einblick 22/10

Die Werte haben sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich verbessert. Damit seien die Ergebnisse zwar keine Katastrophe, erklärte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer bei der Vorstellung des Index für 2010, „aber wahrlich nicht berauschend". Schlecht bezahlte und unsichere Arbeit präge noch viel zu oft die Gesellschaft.

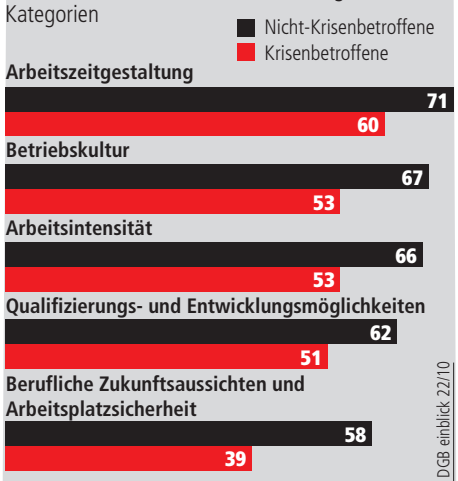
In der Tat drückt vor allem die Einschätzung der Beschäftigten über Lohn, Gehalt und ihre berufliche Zukunft den Indexwert nach unten: Die drei in diesem Jahr am schlechtesten bewerteten Kategorien sind das Einkommen, die Aufstiegsmöglichkeiten und die Arbeitsplatzsicherheit – alle mit einem Indexwert unter 50 und damit im Bereich „schlechter Arbeit". Vor allem mit ihrem Einkommen (Indexwert 41) sind die Befragten besonders unzufrieden. Kein Wunder: Eine detailliertere Index-Auswertung zeigt, dass über 36 Prozent der befragten Vollzeit-Beschäftigten im prekären Einkommensbereich arbeiten (fast 20 Prozent mit einem Bruttoverdienst unter 1500 Euro im Monat, weitere 16 Prozent mit unter 2000 Euro). Besonders betroffen von prekären Löhnen trotz Vollzeit sind Frauen (47 Prozent), befristet Beschäftigte (68 Prozent) und LeiharbeiterInnen (77 Prozent).

Auch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen sich in den Index-Auswertungen deutlich: Zwei Drittel der Befragten berichten von krisenbedingten Veränderungen in ihrem Betrieb – von Entlassungen, über Kurzarbeit bis zu systematischem Überstundenabbau. Rund 46 Prozent der Befragten waren von diesen Maßnahmen selbst betroffen. Besonders hart hat die Krise, auch das belegt die Indexbefragung, drei Branchen getroffen: die Metallindustrie (69 Prozent der ArbeitnehmerInnen waren von Maßnahmen in Folge der Krise persönlich betroffen), die chemische Industrie (67%) sowie das Baugewerbe (52%). Diese Werte zeigten, dass die Beschäftigten einen erheblichen Beitrag zur Überwindung der Krise geleistet hätten, erklärte Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, anlässlich der Vorstellung der Index-Ergebnisse. „Jetzt geht es darum, Arbeitsplätze sicher und fair zu gestalten", so Huber.

Im Dienstleistungssektor bekamen die Beschäftigten des Finanzdienstleistungsbereichs die Krisenfolgen am deutlichsten zu spüren (48% persönlich Betroffene). Gelernt haben die Arbeitgeber der Finanzbranche aus der Krise aber offenbar wenig: Anders als ver.di seit geraumer Zeit fordert, hat sich hier die Arbeitsintensität für die Beschäftigten im Vergleich mit anderen Branchen weiter überdurchschnittlich erhöht, bei der Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen hingegen ist die Branche nach der Krise unterdurchschnittlich. •

Krise bedeutet schlechtere Arbeit

Indexwerte von krisenbetroffenen und nicht-krisenbetroffenen ArbeitnehmerInnen in ausgewählten Kategorien



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2010

© DGB einblick 22/10

In allen Kategorien haben Beschäftigte aus Unternehmen, die von der Wirtschaftskrise betroffen sind oder waren, schlechtere Index-Werte als andere ArbeitnehmerInnen. Laut Index-Report könnte das zwei Gründe haben: Entweder hat die Krise die Arbeitsbedingungen verschlechtert – oder Unternehmen mit schlechten Arbeitsbedingungen sind krisenanfälliger.

Der Index

Für den DGB-Index Gute Arbeit werden seit 2007 jährlich repräsentativ mehrere Tausend ArbeitnehmerInnen befragt – für den aktuellen Index 4150 Beschäftigte bundesweit. Sie bewerten ihre Arbeitsbedingungen in insgesamt 15 Kategorien – vom Sinngehalt der Arbeit über Qualifizierungsmöglichkeiten und Arbeitsintensität bis zum Einkommen. Die so errechneten Indexwerte reichen von 0 bis 100.

Beschäftigte, die einen Indexwert unter 50 haben, haben „schlechte Arbeit". „Mittelmäßige Arbeit" haben ArbeitnehmerInnen mit 50 bis 80 Indexpunkten – der Bereich „gute Arbeit" beginnt über 80 Punkten.

Index 2010

Auch 2010 bewertet, wie schon 2009, ein Drittel (33 Prozent) der ArbeitnehmerInnen seine Arbeitsbedingungen als „schlecht" – nicht einmal halb so viele, 15 Prozent, haben „Gute Arbeit" (2009: 12 Prozent). Der Rest, 52 Prozent, bewertet seine Arbeitsbedingungen als „mittelmäßig" (2009: 55 Prozent).

Der durchschnittliche Indexwert aller befragten Beschäftigten liegt 2010 bei 59, also im Bereich „mittelmäßige Arbeit".

www.einblick.dgb.de/hintergrund

kurz&bündig

Neuer Name, neues Magazin: Die erste Ausgabe der Mitgliederzeitschrift der EVG ist erschienen. Der Name der neuen Publikation lautet „imtakt". Thema der ersten Ausgabe ist der EVG-Gründungskongress. In einem passwortgeschützten Mitgliederbereich ist „imtakt" online auch als E-Paper verfügbar.

Nicht mehr, sondern weniger Geld hat der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) in den Tarifverhandlungen für TageszeitungsRedakteurInnen angeboten. Das Urlaubsgeld soll gestrichen werden und für Neueinstellungen sowie „Outsourcing" ein 25 Prozent niedrigeres Tarifniveau gelten. ver.di meint: eine „nicht hinnehmbare Abwertung des Journalistenberufs".

Die IG BCE fordert die zügige Verabschiedung eines CCS-Gesetzes. Mit der CCS-Technik soll CO_2 im Kraftwerksprozess abgeschieden und anschließend unterirdisch gespeichert werden. Das entsprechende Gesetz dürfe nicht weiter aufgeschoben werden und müsse endlich durchs Bundeskabinett, so die IG BCE.

Die GEW kritisiert massiv die Geschäftsführung der Berlitz-Sprachschulen. Berlitz wolle festangestellte Lehrkräfte „massenhaft" kündigen und stattdessen Honorarkräfte einsetzen. „Berlitz steht für den Sittenverfall in der Weiterbildung", so die GEW.

Tarifauseinandersetzungen 2011

Am Aufschwung beteiligen

Der Aufschwung ist da, doch auch nach der Krise steigen Löhne und Gehälter wesentlich geringer als andere Einkünfte. Das wollen die Gewerkschaften ändern und fordern für die Tarifrunden 2011 ein deutliches Plus.

6 bis 7 Prozent mehr Geld – so lautet die Forderungsempfehlung des Hauptvorstands der IG BCE für die Chemie-Tarifrunde 2011. Die genaue Tarifforderung soll nach den Debatten in den Chemie-Betrieben in den nächsten Wochen aufgestellt werden. Die chemische Industrie habe im Rekordtempo wieder Vorkrisenniveau erreicht, begründet der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis die Forderungsempfehlung: „Deutschland hat das Krisental schneller als andere Länder durchschritten, der Aufschwung ist da. Zu dieser positiven Entwicklung haben die Beschäftigten einen erheblichen Beitrag geleistet. Das muss sich jetzt auch in den Portemonnaies wiederfinden."

Auch die anderen Gewerkschaften wollen, dass die Beschäftigten mit Entgelterhöhungen am Aufschwung beteiligt werden. So fordert ver.di für die Telekom-Beschäftigten 6,5 und für das Versicherungsgewerbe sechs Prozent. Die IG Metall will für die VW-Beschäftigten sechs, die NGG verlangt für ihre Branchen fünf bis sechs Prozent. Eine spürbare Gehaltssteigerung wollen auch ver.di, GdP, GEW und dbb-Tarifunion für die 585 000 Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder (ohne Hessen und Berlin) erreichen. Sie gehen mit der Forderung nach einem Sockelbetrag von 50 Euro plus drei Prozent mehr Gehalt in die im kommenden Jahr beginnenden Tarifverhandlungen. •

Internetportal

Infos für mobile Bauarbeiter

Das „Informationsnetz Arbeitsmobilität in Europa" der Europäischen Föderation der Bau- und Holzgewerkschaften (EFBH) informiert im Internet aktuell und mehrsprachig über Arbeitsbedingungen am Bau in verschiedenen europäischen Ländern. Deutsche, die im Ausland arbeiten wollen, können sich dort über Mindestlöhne oder Urlaubstage ebenso informieren wie ausländische Beschäftigte, die in Deutschland arbeiten. Die Seite gibt es zurzeit in Deutsch, Englisch, Polnisch, Rumänisch und Ukrainisch. Weitere Sprachen wie Kroatisch oder Türkisch sollen in den nächsten Wochen folgen. Das Projekt geht auf eine gemeinsame Initiative der IG BAU und der Schweizer Gewerkschaft UNIA zurück. •

www.einblick.dgb.de/links

DGB

Gute Arbeit im Handwerk

Anfang Dezember hat der DGB die Initiative „Handwerk: Gute Arbeit, fairer Lohn" gestartet. Auf der Homepage zur Initiative können Beschäftigte ihren Handwerksbetrieb in einem kurzen Fragebogen auf den Prüfstand stellen: Wird Tariflohn gezahlt? Werden Auszubildende übernommen? Der Clou: Nach dem Ausfüllen zeigt ein kurzer Film, wie es um die Arbeitsbedingungen im eigenen Betrieb bestellt ist. Sind sie schlecht, beginnt die Filmsequenz mit der Einblendung „Firma XY könnte besser". Sind sie gut, gibt's den „Daumen nach oben". Außerdem bietet die Homepage jede Menge Hintergrundinfos zu Arbeitsbedingungen im Handwerk.

Die DGB-Initiative ist auch ein Signal an die Arbeitgeber im Handwerk, flächendeckend für bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen zu sorgen. Mit einer groß angelegten Kampagne versucht der Zentralverband des Deutschen Handwerks seit einigen Monaten, das Image des Handwerks in der Öffentlichkeit zu verbessern und Nachwuchskräfte zu werben. „Nur wenn gute Arbeit und faire Tariflöhne das Bild bestimmen, sind Handwerksbetriebe auch in Zukunft für qualifizierte Fachkräfte attraktiv", meint dazu DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel. •

www.gute-arbeit-fairer-lohn.de

Nord-Süd-Netz

Spenden für Bangladesh

„Made in Bangladesh" steht nicht nur für preisgünstige Textilien sondern auch für Hungerlöhne und Schikanen gegen GewerkschafterInnen. Zwar ist es in diesem Jahr gelungen, nach langen Streiks die Erhöhung des monatlichen Mindestlohns von 18 auf 33 Euro durchsetzen. Existenz sichernd wären aber 55 Euro. Damit die Gewerkschaften in Bangladesh ihren Kampf fortführen können, brauchen sie Geld und Qualifikation. Das Nord-Süd-Netz im DGB-Bildungswerk ruft zu Spenden zur Unterstützung der Gewerkschaften in den Textilbetrieben Bangladeshs auf. •

Spendenkonto: Nord-Süd-Netz, SEB Düsseldorf, BLZ 300 101 11, Kontonummer: 101 600 93 00

Interview

Gegen eine Politik der Ausgrenzung

Anfang Dezember ist die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) durch die Verschmelzung der DGB-Gewerkschaft TRANSNET und der GDBA, bisher Mitglied im Deutschen Beamtenbund, entstanden. Alexander Kirchner, Vorsitzender der EVG, spricht im einblick-Interview über den Weg bis zum Gründungskongress und über künftige Ziele.

■ Glückwunsch, die EVG ist Realität geworden. Von außen betrachtet wirkte der gesamte Prozess harmonisch und konfliktfrei – stimmt der Eindruck?

■ *Wir haben nun über ein Jahr lang intensiv diskutiert. Auch kontrovers und kritisch, aber niemals unter der Gürtellinie. Der Weg hin zur Verschmelzung und zu den Gewerkschaftstagen verlief in gegenseitigem Respekt. Das war wichtig und das wird auch wichtig bleiben, denn natürlich müssen wir uns in der neuen Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft auch noch finden, wir müssen Gremien bilden und Strukturen schaffen.*

Foto: EVG

Alexander Kirchner, 54, ist seit Anfang Dezember Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG).

■ Die Gewerkschaftstage der TRANSNET und der GDBA haben jeweils mit großer Mehrheit für die EVG gestimmt. Wie habt ihr es geschafft, die Mitglieder beider Gewerkschaften mitzunehmen?

■ *Durch eine breite und intensive Basisbeteiligung. Unter dem Motto „Werkstatt Gewerkschaft" haben wir jeder und jedem die Möglichkeit gegeben, sich einzubringen: In über 200 Betriebsbesuchen durch die Vorstände, in Mitglieder- oder Funktionärsversammlungen, in Diskussionsrunden oder in ganz konkreten Themenworkshops. Und der gesamte Prozess war überaus transparent. Vom Mitglied aus denken, zum Mitglied hin handeln – das war die Maxime der vergangenen Monate und das wird sie auch künftig sein. Wir werden unser Ohr noch stärker in die Betriebe und Dienststellen halten als bisher.*

■ Auf eurem Gründungskongress hast du gesagt, die EVG sei ein „Gegenmodell zum Berufsegoismus". Ein klares Signal an die GDL. Wie steht die EVG zur Lokführergewerkschaft – wird es eine Zusammenarbeit geben?

■ *Einer Zusammenarbeit mit der GDL steht nichts im Wege, wenn diese bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Darunter verstehe ich, dass alle Berufsgruppen gemeinsam betrachtet werden und eben nicht eine losgelöst. Vernünftige und erfolgreiche Tarifpolitik kann nur gelingen, wenn die vermeintlich Starken den augenscheinlich Schwachen zur Seite stehen. Funktioniert das nicht, betreiben wir eine Politik der Ausgrenzung. Dann werden die Starken vielleicht noch stärker, aber es wird immer mehr Schwache geben, und die werden in jedem Fall noch schwächer.*

■ In Kooperation mit anderen DGB-Gewerkschaften wollt ihr die Beschäftigten im Verkehrssektor gewerkschaftlich organisieren – mit ver.di wollt ihr ein gemeinsames Projekt entwerfen. Was ist geplant?

■ *ver.di hat den Prozess der Verschmelzung von TRANSNET und GDBA zur EVG aktiv unterstützt. Das ist gut und dafür danke ich den Kolleginnen und Kollegen. Ich denke, dass wir in den nächsten Monaten zusammenkommen werden, um uns die Situation im Verkehrssektor genau anzuschauen. Wir wollen gemeinsam mit ver.di den Organisationsgrad in der Branche erhöhen – und damit ist auch klar: Die EVG richtet sich nicht gegen eine andere Gewerkschaft. Wir werden nicht in Betriebe gehen, in denen andere Gewerkschaften bereits die Betriebswirklichkeit gestalten.*

■ Auch politisch hat die EVG schon Zeichen gesetzt. Ihr fordert einen „Masterplan Verkehr" und habt zuletzt die Politik der Bundesregierung mehrfach kritisiert. Was läuft falsch in der Verkehrspolitik?

■ *Die Politik von Herrn Ramsauer und der Koalition hinter ihm ist vom Asphalt gesteuert. Statt eine nachhaltige ökologische Verkehrswende auch nur wenigstens anzustreben, werden die alten Fehler fortgesetzt. Es wird einseitig in die Straße investiert, ohne zu fragen, wie es in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter gehen kann. In der Schweiz plant man zurzeit den Bahnfahrplan für das Jahr 2030. In Deutschland ist man nicht in der Lage, auch nur ein Konzept für die nächsten fünf Jahre vorzulegen. Das ist ein Armutszeugnis für unser Land. Dabei ist der Verkehrssektor Grundlage für Wirtschaft und Handel. Ohne ausreichende Mobilität ist Wachstum weder in der Industrie noch bei Dienstleistungen möglich.* •

Die EVG

Am 30. November stimmten TRANSNET und die GDBA auf getrennten Gewerkschaftstagen in Fulda der Verschmelzung zur Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) zu – mit jeweils großer Mehrheit: rund 97 Prozent Ja-Stimmen bei TRANSNET, gut 91 Prozent bei der GDBA. Am 1. Dezember tagten die Delegierten dann gemeinsam auf dem EVG-Gründungskongress. Die EVG hat etwa 250 000 Mitglieder, rund 220 000 kommen von TRANSNET, 30 000 von der GDBA.

Vorsitzender der EVG ist der bisherige TRANSNET-Vorsitzende Alexander Kirchner, seine StellvertreterInnen sind Regina Rusch-Ziemba (zuvor TRANSNET-Vize) und Klaus-Dieter Hommel (zuvor GDBA-Vorsitzender). Weitere EVG-Vorstandsmitglieder sind Wolfgang Zell (EVG-Bundesgeschäftsführer, zuvor TRANSNET), Wilhelm Bahndorf, Heinz Fuhrmann (beide GDBA), Reiner Bieck und Martin Burkert (beide TRANSNET).

Die EVG ist Mitglied des DGB.

Langfassung des Interviews online: Alexander Kirchner zur aktuellen Schlichtung in der DB-Tarifrunde und zum Branchentarifvertrag.
www.einblick.dgb.de

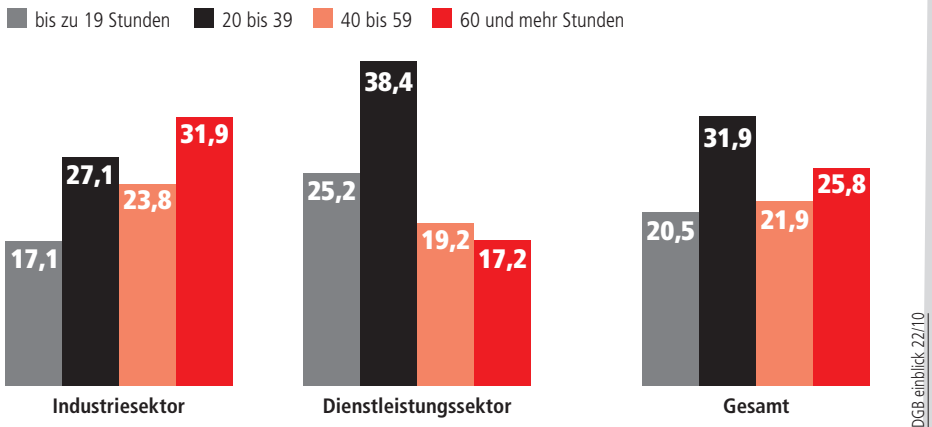
Vertrieb durch PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin, PVSt, DPAG, Entg. bez., A 45918

die DGB grafik

ARBEITSZEITKONTEN: In der Krise bewährt

Im Verlauf der Wirtschaftskrise sind Guthaben auf Arbeitszeitkonten stark abgebaut worden. So hatte jeder zweite Beschäftigte in Unternehmen mit Arbeitszeitkonten Mitte 2008 noch 60 Überstunden oder mehr angesammelt – in der Krise hatte ein Viertel die „Vorräte" dann bereits aufgebraucht. Das belegt eine Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Im Durchschnitt sind die Guthaben von 72 auf 27 Stunden zurückgegangen. Das IAB-Fazit: Arbeitszeitkonten haben sich in der Krise bewährt.

Anteil von Unternehmen, in denen die Arbeitszeitkonten vom dritten Quartal 2008 bis zum dritten Quartal 2009 durchschnittlich um die entsprechenden Stunden abgebaut wurden (in Prozent)*



*Nur von der Wirtschaftskrise betroffene Unternehmen

Quelle: IAB-Berechnung auf Basis der WSI-Betriebsrätebefragung 2009

© DGB einblick 22/10

28 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

1.1. Gründung der Europäischen Bankenaufsicht (EBA), London

2.-7.1. DGB-Bildungswerk, Seminar „Betriebsrat und Arbeitsrecht", Hattingen

9.-14.1. DGB-Bildungswerk, Seminar „Der Jahresabschluss als Informationsquelle", Hamburg

14.-16.1. DGB-Jugend, Arbeitskreis Internationales, Celle-Hustedt

personalien

••• ***Gunter Barnbeck,*** 64, Leiter der Abteilung Personal beim DGB-Bundesvorstand, geht zum 31. Dezember in den Ruhestand. Ihm folgt ***Stefan Collm,*** 58, bisher Leiter des Bereichs Geschäftsführende Aufgaben beim DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg, zuständig für Personal, Finanzen, Planung und Koordinierung sowie EDV.

••• ***Alexander Kirchner,*** 54, Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), ist Anfang Dezember zum neuen Vorsitzenden der Allianz pro Schiene gewählt worden. Er folgt ***Klaus-Dieter Hommel,*** 53, ehemaliger Vorsitzender der Verkehrsgewerkschaft GDBA und stellvertretender Vorsitzender der EVG, der den Vorsitz der Allianz seit 2008 inne hatte. Der Allianz pro Schiene gehören neben der EVG 16 weitere Verkehrsverbände, Umweltverbände und Forschungseinrichtungen an, darunter etwa der Auto Club Europa (ACE) und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Tipp

Buch: ***Wilhelm Heitmeyer, Deutsche Zustände – Folge 9, edition suhrkamp, Berlin 2010, 348 Seiten, 15 Euro***

Bereits zum neunten Mal liefern WissenschaftlerInnen und JournalistInnen um Wilhelm Heitmeyer einen Blick in die „Abgründe" der deutschen Gesellschaft. Auch in der aktuellen Studie steht wieder die „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" im Fokus. Das bedenkliche Ergebnis: Die Krise hat nicht nur in den unteren Einkommensgruppen zu mehr Vorurteilen gegenüber sozial Schwachen geführt, sondern auch in den mittleren und hohen Einkommensklassen. In jedem Fall stünden nun die Eliten in der Verantwortung, fordern die AutorInnen. In einem ganzen Kapitel widmen sich daher renommierte AutorInnen der „Upper Class" und ihrer Verantwortung für die Gesellschaft.

Schlusspunkt.

„Ministerin von der Leyen und die Bundesregierung nehmen das Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts sehr genau – allerdings nur bei einer einzigen, einer allereinzigen Frage: beim Datum."

Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 3. Dezember zu den vom Bundesverfassungsgericht geforderten Korrekturen bei Hartz IV bis zum 1. Januar 2011.

IMPRESSUM *einblick* erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/30882 4-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion *einblick* (Adresse s.o.)
Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
Der nächste *einblick* erscheint am 17. Januar 2011

URTEILE

Hartz IV

Mietübernahme trotz 3 Unterschriften

Einem Bezieher von Hartz-IV-Leistungen steht die gesamte Miete zu, wenn er die angemessene Wohnung alleine bewohnt. Haben die Eltern den Mietvertrag mit unterschrieben, vermindert sich sein Anspruch nicht auf 1/3.

Der Fall: Der verschuldete Leistungsbezieher bewohnt alleine eine Wohnung von 37 qm. Der Vermieter hatte aus Gründen der Bonität darauf bestanden, dass beide Elternteile, die eine eigene Wohnung haben, den Mietvertrag mit unterschreiben. Die ARGE bewilligte nur 1/3 der Miete. Den Rest müssten laut Mietvertrag die Eltern an den Vermieter zahlen. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Sozialgericht: Die Eltern haben den Mietvertrag nur aus Bonitätsgründen unterschrieben und sind nicht Mieter geworden. Sie haben dem Vermieter nur ein Schuldversprechen gegeben, damit ihr verschuldeter Sohn überhaupt eine Wohnung anmieten konnte.

Sozialgericht Magdeburg,
Beschluss vom 20. Februar 2010 - S 11 AS 3600/09 ER

Fristlose Kündigung

Zwei Frikadellen kosten nicht den Job

Der unerlaubte Verzehr von zwei Frikadellen im Gastronomiebetrieb rechtfertigt nicht den Ausspruch einer fristlosen Kündigung.

Der Fall: Der Arbeitnehmer ist seit 19 Jahren im Gastronomiebereich einer Universität beschäftigt. Die Arbeitgeberin wirft ihm vor, er habe eines Tages beim Durchgang durch die Küche Pommes frites sowie zwei Frikadellen zum Verzehr an sich genommen. Obwohl der Vorgesetzte ihn darauf hingewiesen habe, dass es nicht zulässig sei, Lebensmittel zu entnehmen, ohne diese zu bezahlen, soll der Arbeitnehmer in Anwesenheit des Vorgesetzten zwei weitere Frikadellen genommen und sich mit diesen in den Pausenraum begeben haben. Daraufhin habe der Vorgesetzte ihm den Hinweis erteilt, er habe zurzeit keine Pause und ihn gebeten, sich ins Büro zu begeben. Der Arbeitnehmer sei aber weiter zum Sozialraum gegangen und habe geäußert, der Vorgesetzte solle ihn in Ruhe lassen, er wisse was er tue. Erst nach Einschalten eines weiteren Vorgesetzten sei er zu einem Gespräch bereit gewesen. Die Arbeitgeberin kündigte das Arbeitsverhältnis fristlos. Sie bewertet das Verhalten des Arbeitnehmers als Diebstahl, zumindest bestünde ein Diebstahlsverdacht. Zudem stützt sie die Kündigung auf die Verweigerungshaltung des Arbeitnehmers. Die dagegen erhobene Klage hatte Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Der behauptete Verzehr der Pommes frites und der Frikadellen im vorliegenden Fall kann keinen wichtigen Grund für die fristlose Kündigung darstellen. Dabei sind insbesondere die 19-jährige Betriebszugehörigkeit und der Umstand, dass der Arbeitnehmer nach den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes nur noch außerordentlich kündbar ist, zu berücksichtigen. Aber auch die von der Arbeitgeberin vorgetragene Weigerung des Arbeitnehmers, ins Büro zu kommen, kann die fristlose Kündigung nicht rechtfertigen. Als milderes Mittel hätte zunächst eine Abmahnung ausgesprochen werden müssen, die dem Arbeitnehmer als letzte Warnung die Möglichkeit gegeben hätte, das behauptete Verhalten zu überdenken. Allein die Nichtbefolgung von Weisungen des Vorgesetzten macht den Arbeitnehmer nicht zum Straftäter.

Landesarbeitsgericht Hamm,
Urteil vom 4. November 2010 - 8 Sa 711/10

Risikoschwangerschaft

Leistungen trotz Arbeitsfähigkeit

Eine Schwangere, für die zur Vermeidung einer Fehlgeburt ein Beschäftigungsverbot angeordnet worden ist, hat auch dann Anspruch auf Weitergewährung von Leistungen der Arbeitsagentur, wenn sie nicht gleichzeitig arbeitsunfähig ist.

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen,
Urteil vom 25. Oktober 2010 - L 11 AL 149/07

Zeugen Jehovas

Kein Sonderurlaub für Bezirkskongress

Bundesbeamte können keinen Sonderurlaub für die Teilnahme an einem so genannten Bezirkskongress der Religionsgemeinschaft Jehovas Zeugen beanspruchen. Die Sonderurlaubsverordnung des Bundes beschränkt die Gewährung von Sonderurlaub auf die Teilnahme am Deutschen Katholikentag und am Deutschen Evangelischen Kirchentag, ohne dass es auf die Konfession der teilnahmewilligen Beamten ankommt. Zweck dieser Regelung ist es, die besondere gesellschaftliche Wirksamkeit der beiden von der Norm erfassten Veranstaltungen zu fördern, ohne dadurch einzelne religiöse Bekenntnisse wegen ihrer Glaubensinhalte zu privilegieren oder zu benachteiligen. Sie erlaubt es nicht, Veranstaltungen durch Sonderurlaub zu fördern, die nach ihrem Inhalt in erster Linie religiöse Feste oder Gottesdienste sind. Um solche Veranstaltungen handelt es sich bei den Bezirkskongressen der Zeugen Jehovas, die als das nach der Abendmahlsfeier zweitwichtigste religiöse Fest angesehen werden.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 25. November 2010 - 2 C 32.09

Freier Warenverkehr

Kontaktlinsen auch im Internet

Die EU-Mitgliedstaaten dürfen den Vertrieb von Kontaktlinsen über das Internet nicht verbieten. Die Gesundheit der Verbraucher ist durch weniger beeinträchtigende Maßnahmen zu schützen.

Europäischer Gerichtshof,
Urteil vom 2. Dezember 2010 - C-108/09

Rentenbeiträge

Auch Fitnesstrainer müssen abführen

Fitnesstrainer sind als Trainer Lehrer im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung und müssen aus ihren Honoraren Rentenbeiträge an die Rentenkasse abführen.

Bayerisches Landessozialgericht,
Urteil vom 17. März 2010 - L 13 R 550/09

DDR-Rente

Aufhebung kann zulässig sein

Invalidenrenten nach dem Recht der DDR wurden zum 1. Januar 1992 in Erwerbsunfähigkeitsrenten umgewandelt, ohne dass eine Gesundheitsprüfung erfolgte. Stellt sich später heraus, dass sich das Leistungsvermögen wesentlich gebessert hat, kann die Rentenbewilligung aufgehoben werden.

Landessozialgericht Sachsen-Anhalt,
Urteil vom 29. April 2010, L 3 R 521/06